



Department of History and Civilization

Entstehung, Soziologie und Semantik des indigenen Journalismus in Algerien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Philipp Zessin

Thesis submitted for assessment with a view to obtaining the degree of
Doctor of History and Civilization of the European University Institute

Florence, 22 October 2010

EUROPEAN UNIVERSITY INSTITUTE
Department of History and Civilization

Entstehung, Soziologie und Semantik des indigenen Journalismus in Algerien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Philipp Zessin

Examining Board:

Professor Heinz-Gerhard Haupt, European University Institute
Professor Kiran Patel , European University Institute
Professor Jörg Requate, University of Bielefeld
Professor Rachid Ouaiïssa, University of Marburg

© 2010, Philipp Zessin

No part of this thesis may be copied, reproduced or transmitted without prior permission of the author

Meinen Eltern in Dankbarkeit

Inhaltsverzeichnis

Danksagungen	V
Einleitung	1
1. Einführung in das Thema und Erkenntnisinteresse	1
2. Forschungsstand und historiographische Vorarbeiten	5
3. Analytischer Bezugsrahmen, Begrifflichkeiten, Untersuchungszeitraum	10
4. Quellen	17
5. Gliederung	19
 I. Die Entstehung einer indigenen intellektuellen Elite Ende des 19. Jahrhunderts: Sprachsituation, schulische Bildung, soziale Zusammensetzung, Identität	 21
I.1) Linguistische Vielfalt und Sprachsituation im kolonialen Algerien	21
I.2) Die französische Schulpolitik in Bezug auf die indigene Bevölkerung und die Rolle des Arabischen im Schulunterricht	25
I.3) Die soziale Zusammensetzung der indigenen Eliten und ihr beruflicher Werdegang	37
I.4) Die ersten journalistischen Gehversuche der französisierten und der arabisierten Eliten: Gemeinsamkeiten und Unterschiede und ihre Folgen für die Identitätsbildung	41
 II. Der gesetzliche Rahmen und die korporativen Strukturen des Journalismus	 51
II.1) Pressegesetzgebung in Frankreich vom Ende des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts	51
II.2) Journalismus und Korporatismus: Frankreich und Algerien im Vergleich	62
 III. Der indigene Journalismus als Herausforderung für den Kolonialstaat	 73
III.1) Die <i>Surveillance des indigènes</i> als integraler Bestandteil der kolonialen Ordnung	74
III.2) Staatliche propagandistische Einflussnahme auf die indigene öffentliche Meinung	78
III.2.1) Einflussnahme durch <i>Radio-Alger</i>	79
III.2.2) Publikationen und öffentliche Reden der Administration	85
III.2.3) Die Verbreitung staatlicher Propagandadiskurse durch indigene Mittler	89
III.3) Der polizeiliche Umgang mit der indigenen Presse: <i>Surveillance politique</i> und Repression	93
III.3.1) Das Kompetenzgerangel der polizeilichen Überwachungsdienste	94
III.3.2) Die Mittel der <i>Surveillance Politique</i> : Observierung, Verbote, Geld- und Gefängnisstrafen	100
III.3.3) Die Zuspitzung der Konfrontationskonstellation zwischen <i>Surveillance Politique</i> und indigener Presse nach 1945 und das Ende der propagandistischen Integrationsbemühungen	112

IV. Soziologie des indigenen Journalismus: Akteure, Publikationen und die journalistische Praxis	117
IV.1) Die Merkmale des indigenen Journalismus: Politisierung, Nucleus und Träger von politischen Ideen und sein Beitrag zur Ausdifferenzierung der „opinion publique musulmane“	118
IV.2) Die reformistische Zeitung <i>La Défense</i> : Eine indigene Musterzeitung unter Beobachtung und am Rande des finanziellen Kollapses	129
IV.3) <i>Alger-Républicain</i> : Der Versuch der Verschmelzung von indigenem und europäischem Journalismus	141
IV.3.1) Gründung und Anfangsjahre 1938-1940: Sozialistische Ausrichtung und das Projekt der Zusammenführung von Europäern und Muslimen	142
IV.3.2) Wiedererscheinen, Grenzen der interethnischen Integration und Annäherung an den Kommunismus 1943-1947	146
IV.3.3) <i>Algérianisation</i> der Redaktion und gleichzeitige Unterordnung unter die Kommunistische Partei Algeriens 1947-1954	150
 Fallstudien: Gesellschaftliche und politische Visionen von Algerien im journalistischen Diskurs	 165
 V. Die reformistische Zeitung <i>La Défense</i>: Obsessive Fixierung auf „Modernität“ und Plädoyer für eine muslimische Identität	 165
V.1) „Recht“ und „Gerechtigkeit“: Die Orientierung an französischen Wert- und Gesetzesnormen als Grundlage für Gleichstellungsforderungen	168
V.2) <i>La Défense</i> und die Frage der französischen Souveränität über Algerien	176
V.3) Die zentrale Rolle von Wissen und Bildung für die „Entwicklung“ der muslimischen Gemeinschaft Algeriens	182
V.4) Die Herausbildung eines politischen Bewusstseins innerhalb der muslimischen Gemeinschaft als zentrales Moment im Denken von <i>La Défense</i>	187
V.5) Die Debatte um den <i>Statut Personnel Musulman</i> und die gesellschaftliche Rolle der Religion 195	
V.6) <i>La Défense</i> und „die Anderen“: die Abgrenzung von Teilen der indigenen Elite und vom „mauvais Français“ zu identitätsbildenden Zwecken	205

VI. „Soziale Frage“ oder „indigene Frage“? <i>Alger-Républicain</i> zwischen Klassenkampf und antikolonialem Engagement	215
VI.1) Der Republikanismus <i>Alger-Républicains</i> und das Projekt der „Entfeudalisierung“ Algeriens	216
VI.2) Gleichstellung oder Französisierung der Muslime? <i>Alger-Républicain</i> und das ambivalente Projekt der „Verschmelzung“ muslimischer und europäischer Lebenssphären in Algerien	222
VI.3) Die Bejahung der französischen Oberhoheit über Algerien unter der Bedingung tief greifender Reformierung	231
VI.4) <i>Alger-Républicain</i> als „Stimme der Armen“: die besondere Bedeutung der Sozialreportage in der Berichterstattung der Zeitung	241
VI.5) „Antifaschismus“ und „Antiimperialismus“ im Diskurs von <i>Alger-Républicain</i> und die zentrale Rolle der sozialistischen, später kommunistischen Weltanschauung	248
 VII. Die übrigen Publikationen: <i>La Voix des Humbles</i>, <i>La Voix Indigène</i>, <i>El Bassair</i>, <i>Egalité</i>, <i>L'Algérie Libre</i>, <i>El Maghrib El Arabi</i>	 259
 Schlussbemerkung	 273
 Literaturverzeichnis	 283

Danksagungen

Zuvorderst möchte ich Heinz-Gerhard Haupt meinen Dank aussprechen. Ich habe ihn vor vielen Jahren als engagierten Professor an der Universität Bielefeld kennen gelernt und mit Begeisterung seine Seminare verfolgt. Ich kann sagen, dass sein analytisches Gespür, die von ihm untersuchten Themen und benutzten Methoden, welche kultur- und sozialgeschichtliche Sichtweisen miteinander verbanden, sowie sein Engagement für die Studenten ganz wesentlichen Anteil an meinem Interesse für die Geschichte und an meinem Werdegang haben. Darüber hinaus hat mich seine warmherzige Art und Weise, offen auf die Studenten zuzugehen und sie in die konkrete und unmittelbare Forschungsarbeit mit einzubeziehen, von Anfang an beeindruckt. Seine Forschungserfahrung und tiefe Kenntnis der französischen Geschichte haben es mir immer wieder ermöglicht, meine Arbeit in einen größeren Zusammenhang einzuordnen und die Thesen auf die bestehenden Forschungszusammenhänge und –probleme hin auszurichten.

Ebenso wichtig für meine Entwicklung war Jörg Requate, in dessen Seminaren ich zeit- und gesellschaftsgeschichtlich sozialisiert worden bin und an den ich mich in all den Jahren in Bielefeld immer wenden konnte, wenn ich Fragen hatte oder mich in schwierigen Situationen befand. Ich habe ihn als unverzichtbaren Grundpfeiler der Lehre erlebt, dessen Sprechstunden stets ausgebucht waren und der zahlreiche Studenten zum Abschluss geführt hat. Durch die enge Zusammenarbeit in verschiedenen Forschungsprojekten ist Jörg Requate zu einem Freund geworden, dessen Rat ich auch in Zukunft nicht missen möchte. Die vorliegende Arbeit wäre ohne seine aufmerksame Lektüre in dieser Form nicht möglich gewesen: Seine Fähigkeit, aus hunderte Seiten langen Texten die Kernthesen herauszufiltern und sie kritisch in Augenschein zu nehmen, habe ich in all den Jahren sehr zu schätzen gelernt.

Auf der französischen Seite möchte ich vor allem Gilbert Meynier danken, der mir beratend zur Seite gestanden, immer wieder Teile der Arbeit gelesen und mir wichtige Quellen- und Detailhinweise gegeben hat. Sylvie Thénault, Malika Rahal und Anne-Marie Pathé, damals noch am *Institut d'Histoire du Temps Présent*, haben mir mehrfach die Möglichkeit gegeben, in ihrem Kolloquium vorzutragen und meine Hypothesen zur Diskussion zu stellen. Weiterer Dank gilt Emmanuelle Sibeud von der Universität Paris 8, Daniel Hick vom *Centre des Archives d'Outre-Mer* und Aurélie Zbos vom *Maison de Radio-France*, die mir bei den Archivrecherchen behilflich waren.

An dieser Stelle sei auch noch eine Hommage an das Europäische Hochschulinstitut und Florenz im Allgemeinen erlaubt. Ich habe die vier Jahre hier als wissenschaftlich und persönlich immens bereichernde Zeit empfunden und kann den Rahmen, in dem ich meine

Danksagungen

Dissertation schreiben konnte, nur als privilegiert bezeichnen. Große Anerkennung gebührt den Institutsangestellten, vor allem Rita Peero, Nicky Koniordos, Francesca Parenti und Antonio Corretto, für ihren unermüdlichen Einsatz zugunsten der Forscher an der EUI.

Meiner Partnerin Lidia möchte ich für die wunderschönen Florentiner Jahre, für ihre Geduld und Zuneigung und für ihre allgegenwärtige Unterstützung danken.

Einleitung

1. Einführung in das Thema und Erkenntnisinteresse

„Il y a en France trois pouvoirs constitutionnels. Mais le quatrième, et peut-être le plus puissant, c'est le pouvoir de la presse. [...] En Algérie, ce sont les grands quotidiens de la colonie... qui étouffent la voix du peuple musulman. [...] Qu'avons-nous à opposer à cette formidable artillerie? A peine deux ou trois petits hebdomadaires. [...] Il (nous) faut... un grand journal.“¹ Abdallah, Generalsekretär des *Congrès Musulman Algérien* und damit ein wichtiger Vertreter der indigenen politischen Klasse, verwies hier im April 1937 auf eine wichtige Facette der Ausgrenzung der muslimischen Gemeinschaft im kolonialen Algerien: Diese äußerte sich nicht nur in der politischen und rechtlichen Diskriminierung, sondern machte sich auch in Form von Zugangsbeschränkungen zum öffentlichen Diskurs bemerkbar. In der Tat spielten Muslime im öffentlichen Leben eine untergeordnete Rolle: Ihre Sprache, das Arabische, war in Verwaltung, Schul- und Gesundheitswesen marginalisiert und ohne Status, die Stellen im Beamtenapparat fast ausschließlich von Europäern besetzt, der öffentliche Raum zumindest in den Städten von französischer Architektur und Stadtplanung geprägt, der öffentliche Diskurs in Politik und Medien vom Französischen dominiert. Ein wichtiger Faktor für die auch von den Muslimen selbst so empfundene Ausgrenzung war ihre relative „Sprachlosigkeit“: Vom Beginn der Kolonialherrschaft 1830 bis Ende des 19. Jahrhunderts verfügten sie über keine einzige selbst gestaltete Zeitung oder Publikation, in der sie Stellung zum politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Geschehen hätten nehmen können. Die indigene Bevölkerung bezog ihre Informationen aus staatlichen arabischsprachigen Zeitungen wie *Le Mobacher*, aus indigenophilen Publikationen, die von Europäern geführt wurden, die mit der „cause indigène“ sympathisierten, oder schlichtweg aus französischsprachigen Zeitungen der europäischen Gemeinschaft Algeriens.² Viele Europäer in Algerien ignorierten nicht zuletzt deshalb die Muslime, welche 90 % der Gesamtbevölkerung stellten, weil diese in keiner Weise als öffentliche Akteure in Erscheinung traten. Ihr Dasein, ihre Lebensumstände und Lebensweisen, ihre Wahrnehmungsmuster und politischen Orientierungen blieben lange Zeit unausgesprochen und unvermittelt. Was von den Europäern nicht wahrgenommen wurde, war für sie schlichtweg nicht existent: Die indigene Bevölkerung blieb in der europäischen Presse

¹ La Défense, 16.4.1937.

² Zu *El Mobacher* siehe Zahir Ihaddaden, *Histoire de la presse indigène en Algérie. Des origines jusqu'en 1930*, Algier 1983, S. 35ff. und zu den indigenophilen Publikationen siehe Ebd., S. 142ff.

Algeriens lange Zeit ein absolutes Randphänomen und tauchte höchstens im Zusammenhang mit den Topoi der „Insécurité“ und der „Criminalité“ auf.³

Die Sicherung der kolonialen Herrschaft gründete also nicht zuletzt auch auf der Medienmacht, über die die Administration und die zumeist rechtskonservativen Medienunternehmer Algeriens – die sich im Übrigen weitgehend über ihre politischen Ziele und ideologischen Orientierungen einig waren – verfügten. Mit der Tagespresse der Verleger und den speziell an die muslimische Gemeinschaft gerichteten offiziellen Propagandaorganen, die die Kolonisierten vom Wohle französischer Herrschaft überzeugen sollten, konnte diese Interessengemeinschaft in entscheidender Weise meinungsbildend wirken und potenzielle politische Kontrahenten schon auf publizistischem Wege marginalisieren. Ein wichtiger Effekt dieser Medienmacht bestand darin, dass die indigenen Eliten – in Algerien stärker als in jeder anderen französischen Kolonie – unter großem Einfluss der Franzosen standen und sich ihre soziale Konstituierung, auf deren Einzelheiten in Kapitel I noch ausführlich eingegangen werden wird, ab Ende des 19. Jahrhunderts unter enger Kontrolle der Administration vollzog,⁴ Ihre Französisierung führte in Kombination mit der Stigmatisierung und Ausgrenzung der arabischen Sprache dazu, dass sich Teile der Eliten von ihrer Herkunftskultur entfremdeten und so von Seiten der Franzosen effizienter für ihre Zwecke eingesetzt sowie als Vorbild für alle indigenen Eliten dargestellt werden konnten. Andere Teile dieser Eliten empfanden diese Erfahrung als besonders schmerzhaft: So unterstrichen Schriftsteller wie Mouloud Haddad, Albert Memmi und Mouloud Feraoun ihr „déracinement“ im Verhältnis zur von ihnen idealisierten arabischen Sprache und zu ihrer Herkunftskultur und beklagten den „Verlust“ von Sprache und Identität.⁵ Hier wird deutlich, wie sehr die Eliten- und Sprachpolitik der Administration als Herrschaftsinstrument diente: Die Privilegierung französisch ausgebildeter und vom indigenen Milieu entfremdeter Muslime gegenüber den traditionellen, ländlichen Eliten der „grandes familles“ sollte die kulturelle Resistenz der Kolonisierten gegenüber der aufoktroiierten französischen Kultur schwächen und den Weg für die sprachliche, aber auch politische und rechtliche „Durchherrschaft“ Algeriens ebnen. Dennoch ging diese Rechnung nicht immer auf: Zwar war der Grad der Französisierung der indigenen Eliten und ihre Entfremdung von der hocharabischen Sprache

³ So schürte ein Teil der europäischen Presse Algeriens in den Jahren 1890 bis 1910 Ängste vor der „Kriminalität“ der Muslime. *Le Réveil de Sétif* beispielsweise titelte 1906: „Le droit au meurtre est maintenant ouvert“ und führte aus: „Les colons ne doivent pas hésiter. [...] Qu'ils tirent juste et visent bien.“ Siehe *Le Réveil de Sétif*, 13.12.1906.

⁴ Fanny Colonna, *Instituteurs algériens 1883-1939*, Paris 1975, S. 84ff.

⁵ Zu Haddad und Feraoun siehe Mohamed Benrabah, *Langue et pouvoir en Algérie. Histoire d'un traumatisme linguistique*, Paris 1999, S. 61-69. Zu Memmi siehe Albert Memmi, *Portrait du colonisé*, Paris 1957.

hoch im Vergleich zu anderen Kolonien oder Protektoraten wie Marokko oder Tunesien. Doch führte die Bewusstseinsbildung vom „déracinement“ bei den oben genannten Schriftstellern zu einer Abwehrreaktion, die sie in den 1950er Jahren dazu bewegte, ins nationalistische Lager zu wechseln.⁶

Die genannten Autoren waren bei weitem nicht die einzigen Mitglieder der indigenen Eliten, die solche Prozesse der Bewusstseinswerdung hinsichtlich der eigenen Entfremdung und Manipulierung, aber auch bezüglich ihres eigenen Handlungsspielraums, der sich ihnen bot, durchliefen. Das obige Zitat Abdallahs zeigt, dass sich die Muslime beispielsweise über die der Presse inhärenten Einflussmöglichkeiten Ende der 1930er Jahre längst im Klaren waren und die diskursive Marginalisierung nicht länger hinnahmen. Die Aussage Abdallahs muss aber in einen größeren Entwicklungszusammenhang eingebettet werden: Wenn dieser 1937 eine „große Zeitung“ als Sprachrohr für die Muslime forderte und die „Unterdrückung der muslimischen Stimme“ offen anprangerte, so war die Zeit für ein solch forsches und unverblümtes öffentliches Auftreten eines Muslims Ende des 19. Jahrhunderts noch nicht reif, auch wenn indigene Journalisten zu diesem Zeitpunkt ihre ersten publizistischen Versuche starteten. Aber auch zu diesem frühen Zeitpunkt gab es durchaus Publikationen, die eigene Standpunkte formulierten und der Administration nicht nach dem Mund redeten. So prangerte die allererste eigenständige indigene Zeitung *El Hack* und ihr Chefredakteur Omar Samar 1893 das materielle Elend und die Ausgrenzung der Muslime an, was ein Jahr später zum Verbot des Blattes führte.⁷ 1911 gründete eine Gruppe muslimischer Kleinbeamter, Grundschullehrer und Richter eine gleichnamige Publikation: Sie publizierten trotz ihrer tadellosen Französisierung einen Teil der Artikel auf Arabisch, legten auf diese Weise ein klares Bekenntnis zu ihrer kulturellen Identität ab und bezogen gegen die Assimilierung Stellung.⁸ Noch viel wichtiger als ihre inhaltliche Position war das Zeichen, das sie an die Administration und die Europäer einerseits und an die Muslime andererseits sandten: Dass sie nämlich nicht bereit waren, ihre Rolle als passive Diskursrezipienten auszufüllen und die Propaganda der Administration untätig auf sich wirken zu lassen, sondern dass sie selbst dazu in der Lage waren, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese offen und mutig nach außen zu vertreten. Eins jedenfalls zeichnete sich bereits ab, noch bevor die Publikationstätigkeit der indigenen Gemeinschaft in den 1920er Jahren förmlich explodierte: Trotz der Herabsetzung ihrer Lebenschancen und der Ausgrenzung ihrer Sprache ergriffen die Muslime im Rahmen

⁶ Benrabah, Langue, S. 62.

⁷ Ihaddaden, Presse indigène, S. 78.

⁸ Gilbert Meynier; Ahmed Koulakssis, L'Emir Khaled, premier zaim? Identité algérienne et colonialisme français, Paris 1987, S. 49f.

der ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten öffentlich das Wort und waren bemüht, sich mit ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Sicherlich geschah dies zu Beginn – also Ende des 19. Jahrhunderts – in aller Regel auf Französisch, was vor allem ihrer schulischen Sozialisation und der pressegesetzlichen Regelungen der Zeit geschuldet war. Die Muslime zeigten diesbezüglich große Flexibilität und benutzten nicht selten beide Sprachen in ein und derselben Zeitungsausgabe.⁹ Sprache war für sie nur Mittel zum eigentlichen Zweck: dem eigenen Standpunkt – ob politischer, sozialer, kultureller oder religiöser Art – endlich öffentlich Geltung zu verschaffen. Der Journalismus stellte in dieser Beziehung gewissermaßen den idealen Träger für dieses Anliegen dar: Er symbolisierte das Vordringen in den öffentlichen Raum und diente den indigenen Eliten quasi als eine Bühne, auf der sie ihre Ideen präsentieren und verbreiten konnten. Der Zugang zum öffentlichen Diskurs war nun nicht mehr das Alleinstellungsmerkmal der europäischen Minderheit in Algerien: In Zukunft musste sie es hinnehmen, die Bühne des öffentlichen Kommunikationsraumes mit den Muslimen zu teilen.

Die vorliegende Arbeit nimmt diesen indigenen Journalismus in den Blick und fragt nach seinen Entstehungsbedingungen und –zusammenhängen. Dabei geht es nicht zuletzt darum, Rückschlüsse über die Funktionsweise öffentlicher Kommunikation in einem kolonialen Kontext zu gewinnen. Zentrales Anliegen des Projektes ist es, das Eindringen indigener Journalisten in den öffentlichen Raum zu fokussieren und die Reaktionen von Kolonialstaat und europäischer Bevölkerung auf die Partizipation am öffentlichen Diskurs der bis dahin ausgegrenzten kolonisierten Bevölkerung zu beobachten. Die Journalisten verstanden sich dabei als Ausdruck einer entstehenden indigenen öffentlichen Meinung, was in ihren Augen die Legitimität ihres Anliegens nur steigern konnte. Der Journalismus entwickelte sich dabei nicht nur zu einem zentralen Instrument der politischen Meinungsäußerung, die den Kolonisierten in Form von politischen Parteien oder gar von politischer Partizipation lange verwehrt blieb, sondern wurde ebenso zu einer wichtigen Instanz von Identitätsbildung, sozialer Selbstbeschreibung sowie zum Träger von gesellschaftlichen Zukunftsvisionen. Die Journalisten waren dabei insoweit herausragende Akteure der kolonisierten Gemeinschaft, als sie diffuse Stimmungen und latente Überzeugungen aufnahmen und zu publizistischen Standpunkten gerinnen ließen, welche dann wiederum mit Macht auf die Rezipienten zurückwirkten. Insofern waren sie in exponierter Stellung an der Meinungsbildung im indigenen Milieu beteiligt. Ihre Biographien spiegeln dabei ihren komplexen Status als

⁹ Ihaddaden, *Presse indigène*, S. 70.

kolonisierte Eliten, gemeinschaftsübergreifende Vermittler und verfolgte Politaktivisten wider. Schreiben und öffentliches Kommunizieren, soviel war klar, stellten fundamentale Eingriffe in die koloniale Ordnung dar und wurden auch ohne explizites secessionistisches Anliegen als Hinterfragen des kolonialen Status Quo aufgefasst.

2. Forschungsstand und historiographische Vorarbeiten

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich nicht zuletzt auch deshalb mit der gewählten Thematik, weil sich diesbezüglich erhebliche Forschungsdesiderata auftun. Zwar hat es in den letzten Jahren unzweifelhaft einen Boom in der Kolonialismusforschung, nicht zuletzt auch in Bezug auf Algerien, gegeben und auch die Kommunikations- und Öffentlichkeitsforschung haben neue Stimuli erhalten. Doch sind beide Forschungsfelder bis jetzt nur selten zusammen gedacht worden: Wie sich Kommunikation unter den spezifischen Bedingungen des Kolonialismus gestaltete, wovon Diskursausschluss und –zugang hier abhingen, inwieweit kommunikative Netzwerke Machtressourcen darstellten, aber auch dazu genutzt werden konnten, um koloniale Herrschaft zur Disposition zu stellen – all diese Fragen sind hochinteressant und bisher zu wenig erforscht worden.

Die historische Kommunikationsforschung hat in den letzten Jahren ihren Fokus sehr stark auf das Politische gerichtet und dabei interessante Perspektiven erarbeitet.¹⁰ Zentral ist ihr konstruktivistischer Ansatz im Hinblick auf die Begrifflichkeit des „Politischen“: Ein wichtiges Ziel war es, die Politikgeschichte aus ihrem Fokus auf den gesellschaftlich autonomen Teilbereich der Politik und deren Institutionen zu lösen und für jede historische Konstellation spezifisch zu bestimmen, was von den jeweiligen Akteuren als „politisch“ wahrgenommen wurde.¹¹ Eine leitende Hypothese hierbei lautete, dass sich der Raum des „Politischen“ im Zuge der Verdichtung gesellschaftlicher Kommunikation ausweitete und die gesellschaftlichen Eliten hinsichtlich ihrer Kontrolle über die politischen Institutionen und vor allem hinsichtlich ihrer Deutungshoheit über das, was als „politisch“ definiert wurde, unter Druck gerieten.¹² Die historische Kommunikationsforschung hat sich dabei aber sehr stark auf westliche, nicht selten deutsche Beispielfälle konzentriert und Ansätze zu einer globaleren Ausrichtung unter Einbeziehung kolonialer Fallbeispiele vermissen lassen. Dabei ging es in Kolonien wie Algerien ja um genau das, worum sich auch im Europa des 18. und 19.

¹⁰ Siehe dazu beispielhaft Ute Frevert; Heinz-Gerhard Haupt (Hgg.), *Neue Politikgeschichte: Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt a. M. 2005. Darin beispielhaft die beiden folgenden Aufsätze: Ute Frevert, *Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen*, S. 7-26; Heinz-Gerhard Haupt, *Historische Politikforschung: Praxis und Probleme*, S. 304-312.

¹¹ Frevert, *Konzepte*, S. 14.

¹² Haupt, *Praxis*, S. 312.

Jahrhunderts viele Debatten drehten: nämlich um eine mögliche Ausweitung der Teilhabe an politischer Partizipation sowie am öffentlichen Diskurs, sprich am Kampf um die gesellschaftliche Deutungshoheit. Ute Frevert schrieb diesbezüglich: „Nicht die Kommunikation als solche, sondern lediglich der Grad ihrer Offenheit und Vieldeutigkeit unterscheidet... demokratische von nicht-demokratisch verfasster Politik.“¹³ Auch am algerischen Beispiel lässt sich diese Aussage verifizieren: Hier drangen die Muslime mit Beginn des 20. Jahrhunderts in den öffentlichen Raum und Diskurs vor und publizierten Zeitungen und Zeitschriften wie es die Europäer taten – mit dem Unterschied, dass für sie die Grenzen des Sagbaren wesentlich enger gesteckt waren. Leider hat sich die historische Kommunikationsforschung bisher kaum mit Fragestellungen, die sich auf den kolonialen Kontext beziehen, beschäftigt, obwohl dieser durchaus gewisse strukturelle Ähnlichkeiten aufweist und es interessant wäre, den Gemeinsamkeiten und Unterschieden nachzugehen.¹⁴ Auch die Öffentlichkeitsforschung der letzten Jahre hat sich kaum für nichtwestliche Kommunikationssituationen interessiert und ihr Hauptaugenmerk auf europäische und nordamerikanische Beispielfälle gelegt.¹⁵

Vor allem britische und indische Historiker haben sich als einige der wenigen mit eben solchen Fragen auseinander gesetzt. So konnte beispielsweise Christopher Bayly in seiner Studie „Empire and Information“ zeigen, wie wichtig für die Briten die Informationsgewinnung im Hinblick auf die Sicherung ihrer Kolonialherrschaft über Indien war.¹⁶ Durch Vordringen in indigene Milieus, durch Zuhören und Befragen indigener Akteure, durch den Aufbau an Netzwerken von Informanten gelang es den Briten, das notwendige Herrschaftswissen zu erlangen und sich für die „imperial rule“ zunutze zu machen. In Baylys Buch geht es aber nicht nur um die Rolle, die kommunikative Interaktion für die Herrschaftssicherung hatte, sondern auch darum, wie Kommunikation und Information

¹³ Frevert, Konzepte, S. 16.

¹⁴ Hier einige weitere wichtige Referenzen der historischen Kommunikationsforschung: Christoph Gusy; Heinz-Gerhard Haupt (Hgg.), Inklusion und Partizipation. Politische Kommunikation im historischen Wandel, Frankfurt a.M. / New York 2005. Ute Frevert; Wolfgang Braungart (Hgg.), Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte, Göttingen 2004. Willibald Steinmetz, Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume. England 1780-1867, Stuttgart 1993. Thomas Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2002.

¹⁵ Axel Schildt, Knut Hickethier, Karl Christian Führer, Öffentlichkeit – Medien – Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte 41, 2001, S. 1-38. Axel Schildt, Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit, in: Geschichte und Gesellschaft 27, 2001, S. 177-206. Winfried Schulz, Politische Kommunikation: Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. Zur Rolle der Massenmedien in der Politik, Opladen 1997. Jürgen Wilke, Massenmedien und Zeitgeschichte, Konstanz 1999.

¹⁶ Christopher Alan Bayly, Empire and information. Intelligence gathering and social communication in India, 1780-1870, Cambridge 1996.

zur Destabilisierung von Macht genutzt werden konnten: Die Inder bauten ihre eigenen, von den Briten abgeschotteten Kommunikationsnetzwerke auf und ließen so wichtige Informationsquellen versiegen. Bayly bringt dies in einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Verfall der britischen Herrschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. All dies sind Fragen, die in der vorliegenden Arbeit an den algerischen Beispielfall von kolonialer Kommunikation gerichtet werden.

Auch Partha Chatterjee hat sich für die Kommunikation im Kontext des britischen Kolonialismus in Indien interessiert, dabei aber stärker den innerindischen Austausch in den Blick genommen.¹⁷ Er spricht für die Mitte des 19. Jahrhunderts von der Entstehung einer „Indian public sphere“¹⁸ und beschreibt bemerkenswerte Gemeinsamkeiten mit der bürgerlichen Öffentlichkeit im Westeuropa des 18. Jahrhunderts: Auch in Indien kristallisierte sich zunächst eine literarische und bildungsbezogene „Öffentlichkeit“ heraus, die vorzugsweise über Kultur und Wissen diskutierte, die Politik aber zunächst aussparte. Verlage, Kulturvereine, Wissensgesellschaften entstanden, in denen die indischen Eliten Selbstverständigung betrieben und sich ihrer Identität vergewisserten. Ähnlich wie Bayly beschreibt er, wie diese eine Sphäre der Kultur und Bildung jenseits der Kontrolle der Kolonialherren aufbauten, die sich zunehmend politisierte und schließlich zu einem wichtigen Träger des indischen Nationalismus wurde. Weitere Veröffentlichungen haben sich mit der Herauentwicklung eines imperialen Pressesystems¹⁹, mit den Publikationsaktivitäten indigener Eliten im britischen Kolonialreich²⁰ sowie mit der Entstehung von indigenen Journalismen²¹ auseinander gesetzt, was belegt, wie wichtig und inspirierend die britische und indische Historiographie für die Erarbeitung der in der vorliegenden Arbeit entwickelten Thematik gewesen sind.

Die französische und die algerische Forschung dagegen haben sich bisher nur in Ansätzen mit den Schnittpunkten zwischen Kommunikation und Kolonialismus beschäftigt. Zweifellos hat es in den letzten Jahren auch in Frankreich und Algerien einen Boom der historischen Kolonialismusforschung gegeben mit einer kaum mehr überschaubaren Anzahl von

¹⁷ Siehe dazu Partha Chatterjee, *The Disciplines in Colonial Bengal*, in: Ders. (u.a. Hgg.), *Texts of power: Emerging Disciplines in Colonial Bengal*, London 1995, S. 1-29.

¹⁸ Siehe dazu auch Margrit Pernau, Yunus Jaffery (Hg.), *Information and the public sphere: Persian newsletters from Mughal Delhi*, New Delhi 2009.

¹⁹ Simon J. Potter, *News and the British world. The Emergence of an Imperial Press System, 1876-1922*, Oxford 2003.

²⁰ Julie Codell, *Imperial Co-Histories. National Identities and the British and Colonial Press*, London 2003.

²¹ Nadi Ali Kahn, *A History of Urdu Journalism (1822-1857)*, Delhi 1991.

Neupublikationen.²² Allerdings dominiert hier eindeutig der Bezug auf den Algerienkrieg²³ und auf Aspekte der „Mémoire“²⁴, also der Art und Weise, wie die koloniale Vergangenheit erinnert und historiographisch eingeordnet wird und inwieweit diese Formen der Erinnerung bis heute die französische Gesellschaft spalten. Einige wenige Historiker haben dennoch – und dies bereits ab den 1960er und 1970er Jahren – ihr Augenmerk auf die Kommunikationssituation im kolonialen Algerien gerichtet und dabei speziell den indigenen Journalismus in den Blick genommen. So betonte beispielsweise Ali Merad 1964 die grundlegende Bedeutung desselben für die Entwicklung des Landes nach 1945, die von einer zunehmenden Selbstorganisation der Muslime und von ihrer Abwendung von Frankreich geprägt war: „L'évolution de l'Algérie d'après 1945 ne peut s'expliquer sans de nécessaires références à l'intense activité journalistique (et politique) des intellectuels musulmans entre 1919 et 1939... L'ampleur du journalisme musulman en Algérie au cours des années 20 ne sera ni dépassée ni égalée après la Seconde Guerre Mondiale.... En effet, l'activité journalistique des intellectuels musulmans algériens s'analyse en deux tendances: l'une, essentiellement revendicative, était dirigée sur l'administration locale et sur la France; l'autre avait pour objet la communauté musulmane, dont elle s'efforçait de hâter la prise de conscience politique... Dès l'origine, la presse musulmane d'Algérie était portée par une opinion publique naissante.“²⁵ Merad unterstrich hier zu Recht die zentrale Rolle des indigenen Journalismus: Dieser war Hauptträger der „opinion publique naissante“ und trug wesentlich dazu bei, ein politisches und identitäres Bewusstsein bei der indigenen Bevölkerung zu schaffen. Die Existenz eines indigenen Journalismus veränderte die Kommunikationssituation im kolonialen Algerien nachhaltig: Muslime partizipierten nun am öffentlichen Diskurs, schufen sich gesellschaftliche Freiräume in Form von selbst organisierten Vereinen, Schulen, Lesezirkeln u. Ä. Eine solche Entwicklung war nur möglich,

²² Für einen Literaturüberblick siehe Philipp Zessin, Frankreichs Kolonialherrschaft über Algerien: Geschichte und historiografische Perspektiven, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 55, 2007, S. 105-123.

²³ Siehe nur beispielhaft Raphaëlle Branche, L'embuscade de Palestro: Algérie 1956, Paris 2010. Dies., La guerre d'Algérie: Une histoire apaisée?, Paris 2005. Dies., La guerre d'indépendance des Algériens, Paris 2009. Sylvie Thénault, Une drôle de justice: les magistrats dans la guerre d'Algérie, Paris 2001. Dies., Histoire de la guerre d'indépendance algérienne, Paris 2005. Die Auflistung ließe sich beliebig verlängern. Einen guten Überblick über die Literatur gibt Raphaëlle Branche in ihrem oben genannten Buch „La guerre d'Algérie: Une histoire apaisée?“, S. 407-436.

²⁴ Claude Liauzu, Pour une histoire critique de la colonisation. Pour un travail de mémoire, in: Hommes et Migrations, Jg. 2001, Nr. 1231, S. 85-91. Ders. (Hg.), Violence et colonisation: pour en finir avec les guerres de mémoire, Paris 2003. Benjamin Stora, 1999-2003, guerre d'Algérie, les accélérations de la mémoire, in: Ders.; Mohamed Harbi, La guerre d'Algérie, 1954–2004: la fin de l'amnésie, Paris 2004, S. 501-514.

²⁵ Ali Merad, La formation de la presse musulmane en Algérie (1919-1939), in: IBLA. Revue de l'institut des belles lettres arabes à Tunis, 1964, Heft 27, S. 9.

solange es einen indigenen Binnendiskurs gab, der den Austausch von Zielen, Meinungen, Zukunftsvisionen sicherstellte und als Forum für die Selbstverständigung fungierte.

Einige wenige Doktorarbeiten haben sich unmittelbar für den indigenen Journalismus interessiert. An erster Stelle muss hier Zahir Ihaddadens Dissertation mit dem Titel „Histoire de la presse indigène. Des origines jusqu'en 1930“ genannt werden. Der Verfasser hat in mühsamer Kleinarbeit wichtige Informationen über die Entstehung, die Besonderheiten, die Entwicklung und Unterdrückung der indigenen Presse zusammengesucht, ohne dabei jedoch die Problematik einem übergeordneten Erkenntnisinteresse unterzuordnen. Dennoch arbeitet Ihaddaden detailreich das Vordringen indigener Journalisten in die Sphäre öffentlicher Kommunikation heraus, zeigt das misstrauische Verhalten der Behörden und nimmt schließlich Einzelanalysen der meisten Zeitungen in Bezug auf ihr Personal und ihre publizistische Orientierung vor. Große Mankos sind allerdings die Wahl des Endpunktes 1930, als die indigene Presse gerade in voller Expansion begriffen war, sowie die schematische, Wiederholungen mit sich bringende Gliederung und die fehlende Fragestellung. Die Tatsache, dass Alain Messaoudis Dissertation „Savants, conseillers, médiateurs: les arabisants et la France coloniale (vers 1830 – vers 1930)“ eine der wichtigsten Grundlagen für die Beschäftigung mit dem indigenen Journalismus im kolonialen Algerien darstellt, sagt einiges über die Forschungslage aus.²⁶ Der Fokus seiner Arbeit liegt gar nicht auf dem Publizismus, doch gerät dieser in den Blick, weil Messaoudi die „Arabisants“ umfassend ausleuchtet und ihr Umfeld, in dem sich viele arabischsprachige indigene Journalisten bewegten, skizziert. Dadurch erfährt der Leser viel Erhellendes über die Anfänge indigenen Schreibens: Viele muslimische Journalisten begannen ihre Karriere in einer der offiziellen arabischsprachigen Zeitungen der Administration, die oft von europäischen „Arabisants“ geführt wurden. Insgesamt fällt auf, wie sehr die existierende Literatur die Anfänge der indigenen publizistischen Aktivitäten um die Jahrhundertwende fokussiert hat, während die Entfaltung der indigenen Presse ab den 1920er Jahren kaum gewürdigt worden ist. Sicherlich ist die Skizzierung ihrer Genese von großer Bedeutung für das Verständnis der späteren Expansion. Doch entwickelte die indigene Publizistik in der Zwischenkriegszeit eine Dynamik, die die muslimische Gemeinschaft Algeriens als solche erfasste und transformierte. Unter diesem Blickwinkel ist die eingehende Beschäftigung mit den 1920er und 1930er Jahren unabdingbar. Auch die monumentale Studie von Pierre Montois zur Presse im

²⁶ Alain Messaoudi, *Savants, conseillers, médiateurs: les arabisants et la France coloniale (vers 1830-1930)*, Diss. Paris 2008.

*Département Constantine*²⁷ endet 1918: Die indigene Presse spielt hier nur eine Rolle neben anderen; namentlich die europäischen Publikationen werden untersucht. Nützlich sind außerdem Arbeiten zu einzelnen Journalisten der Zwischenkriegszeit²⁸ sowie Fallstudien zu einzelnen Publikationen²⁹, während sich die sonstigen Arbeiten eher mit allgemeinen Bemerkungen zur indigenen Presse zufrieden gegeben haben.³⁰

Es bilden sich also interessante Perspektiven, wenn man Kommunikationsforschung mit Kolonialismusforschung verknüpft: Die Frage nach der Teilhabe am öffentlichen Diskurs wurde nicht nur im Europa des 18. Jahrhunderts zu einem Politikum; auch im kolonialen Kontext entschieden die Chancen, Zugang zu öffentlicher Kommunikation zu erhalten, maßgeblich darüber, inwieweit die Kolonisierten Selbstverständigung betreiben und in den Kampf um die gesellschaftliche Deutungshoheit mit eingreifen konnten. Nur so waren Prozesse der politischen Bewusstseinsbildung möglich und konnten Debatten über eventuelle Reformen des kolonialen Status Quo in Gang gebracht werden. Das Fortbestehen der Kolonialherrschaft hing nicht zuletzt von ihrer immer wieder aktualisierten diskursiven Vergewisserung ab. Die indigenen Eliten mussten von der Nützlichkeit und vom Sinn ihrer Zusammenarbeit mit der Kolonialadministration immer wieder aufs Neue überzeugt werden; schließlich waren sie als Mittler zwischen Behörden und der „indigenen Masse“ unabdingbar. Nicht zuletzt vom Einfluss auf die Emissions- und Rezeptionskanäle der Ressource Kommunikation hing der Fortbestand der „situation coloniale“ ab.

3. Analytischer Bezugsrahmen, Begrifflichkeiten, Untersuchungszeitraum

Die vorliegende Arbeit muss zur theoretischen Debatte bezüglich der eingangs erwähnten „Sprachlosigkeit“ der indigenen Bevölkerung verortet werden. In der Tat hat es zu den Fragen der Sprache als Identitätsmerkmal und der Einbeziehung der Kolonisierten in den öffentlichen Diskurs umfangreiche philosophische und soziologische Diskussionen gegeben, für den kolonialen Kontext im Allgemeinen, aber genauso für Algerien im Besonderen. Auf der einen Seite haben beispielsweise Jean-François Lyotard und Frantz Fanon die „totale Sprachlosigkeit“ betont und die „Kolonisierten“ als „aus der Geschichte Ausgeschlossene“

²⁷ Pierre Montois, *La presse dans le département de Constantine de 1870 à 1918*, Diss. Aix-en-Provence 1982.

²⁸ Saddek Benkada, *Publicistes et journalistes de l'entre-deux-guerres en Algérie: trajectoire d'intellectuels*, in: Noureddine Sraieb (u.a. Hgg.), *Anciennes et nouvelles élites du Maghreb*, Aix-en-Provence 2003, S. 99-108.

²⁹ Guillaume Laisne, *Engagements d'un quotidien en société coloniale. Le cas d'Alger-Républicain (1938-1955)*, IEP Paris, *Mémoire de Master Recherche* 2007.

³⁰ Fatima Zohra Guechi, *La presse algérienne et l'Union Française*, in: Charles-Robert Ageron (u.a. Hgg.), *Les chemins de la décolonisation de l'Empire colonial français*, Paris 1986, S. 377-385. Christiane Souriau-Hoebrechts, *La presse maghrébine. Libye - Tunisie - Maroc - Algérie*, Paris 1969.

bezeichnet. Lyotard z. B. zufolge habe der französische Kolonialismus in Algerien die Identität und damit auch die Sprache und Kultur der Muslime restlos zerstört: „Le tort, ici, c’est l’annexion de l’Algérie. Ce tort est dit absolu car il eut pour fin de détruire l’identité et la culture d’un peuple, de substituer la langue du colonisateur à celle du colonisé, et de bouter, selon la formule d’Albert Memmi, le colonisé hors de l’histoire, hors de la cité. Dans le processus de colonisation de l’Algérie, le colonialisme a concentré l’absoluité de sa volonté d’anéantissement. Ce qui fut visé, c’est la perte totale de l’indigène, son déracinement intégral.“³¹ Hier sollen keineswegs die fatalen Auswirkungen des Kolonialismus in Algerien in Abrede gestellt werden. Wie in der vorliegenden Arbeit argumentiert, hatte dieser nachweislich tief greifende Folgen für die identitäre Verfasstheit der Muslime und prägte deren Wirklichkeits- und Selbstwahrnehmung nachhaltig. Dennoch tendierte Lyotard zu sehr zu einem binären Schwarz-Weiß-Denken: Bei ihm zählten alle Kolonisierten zu den aus der *Cité* „Ausgeschlossenen“ und zu den „Vernichteten“, obgleich gerade der indigene Journalismus zeigt, dass im kolonialen Rahmen und unter sicherlich stark eingeschränkten Bedingungen dennoch die Teilnahme am öffentlichen Diskurs erstritten und eine gewisse Entfaltung einer muslimischen Zivilgesellschaft erreicht werden konnte. Es kann keinen Zweifel daran geben, dass diese kolonisierten Eliten, die in der vorliegenden Arbeit als Trägerschicht des indigenen Journalismus im Mittelpunkt stehen werden, in besonderer Weise durch das Stigma, unter dem sie als Kolonisierte litten, geprägt waren und dieser Umstand in die Ausformung ihrer Verhaltensweisen mit einfluss. Dennoch darf der für sie vorhandene Gestaltungsspielraum nicht vollständig in Abrede gestellt werden: Ein kleiner Teil der Eliten integrierte sich vollständig ins „koloniale System“, während der größere Teil für eine Verbesserung des Statuses der indigenen Gemeinschaft stritt und dazu eben auch die begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel der Pressefreiheit und der Diskursteilnahme nutzte.

Frantz Fanon bezog bezüglich der „Sprachlosigkeit“ eine ähnlich einseitige Position wie Lyotard. Er konstatierte in Bezug auf die *Evolués*, also die französisierten indigenen Eliten, eine vollständige Anpassung an die französische Lebensweise und Sprache und warf ihnen vor, ihre Herkunftskultur zu negieren: „Un homme qui possède le langage possède par contre-coup le monde exprimé et impliqué par ce langage.“³² Fanon ließ hierbei außer Acht, dass ein großer Teil der französisierten Elite sowohl der arabischen Sprache als auch ihrem Herkunftsmilieu verbunden blieb. Der Anteil der Eingebürgerten war gering und das ostentative Bekenntnis zu muslimischen Bekleidungsgebräuchen weit verbreitet. Fanons

³¹ Jean- François Lyotard; Mohammed Ramdani, *La guerre des Algériens*. Ecrits 1956-1963, Paris 1989, S. 10.

³² Frantz Fanon, *Peau noire, masques blancs*, Paris 1952, S. 15 sowie S. 30.

Argumentation war vereinfachend und konsequent zu Ende gedacht gleichbedeutend mit einer Selbstanklage: Er gehörte nämlich als ursprünglich Kolonisierter aus Martinique objektiv selbst zu den *Evolués* und hatte nach seiner Ausbildung als Arzt und Psychiater in Frankreich sein gesamtes soziologisches Werk auf Französisch verfasst. Fanon praktizierte also genau das Verhalten, was er der indigenen Elite in Algerien so bitterlich vorhielt: Er dachte, sprach und schrieb auf Französisch und wandte sich mit seinen Büchern wie „*Peau noire, masques blancs*“ und seinem Welterfolg „*Les damnés de la Terre*“ keineswegs an die Algerier oder die Schwarzafrikaner, in deren Namen er zu argumentieren vorgab, sondern an ein vornehmlich westliches Publikum.

Der tunesische Schriftsteller Albert Memmi äußerte sich weniger polemisch zur „Sprachlosigkeit“ der Kolonisierten, zeichnete die Kolonialherrschaft jedoch auch als subtile Praxis des Ausschlusses der indigenen Bevölkerung nicht nur vom öffentlichen Diskurs, sondern von ihrer Existenz als „*sujets de l'Histoire*“.³³ Memmi verwies hier auf die Verfügung der Franzosen über die Deutungshoheit bezüglich der algerischen Geschichte und auf die „geschichtliche Vernichtung“ der indigenen Gemeinschaft, die diese Form der Historiographie mit sich brachte. Ein wichtiger Faktor für das „Resignieren“ der Muslime vor der kolonialen Übermacht Frankreichs und für ihren Rückzug ins Private war Memmi zufolge sprachlicher Natur: Die komplette Französisierung des öffentlichen Sprachgebrauchs habe die Kolonisierten zu „*étrangers dans leur propre pays*“ werden lassen.³⁴

Der senegalesische Schriftsteller Léopold Senghor dagegen hatte eine abweichende Sicht auf die Sprachfrage im kolonialen Text. Auch wenn er die Bedeutung indigener Sprachen unterstrich und Wert auf ihre Pflege und Weitervermittlung legte³⁵, so sah er dennoch die sprachlichen Auswirkungen des Kolonialismus grundsätzlich positiv. Die Kenntnis des Französischen verschaffe der indigenen Bevölkerung Zugang zur französischen Geisteswelt: zu Literatur, Philosophie, Wissenschaft, politischem Denken usw.³⁶ Senghor grenzte sich hier insoweit von Lyotard, Fanon und Memmi ab, als er die Verbreitung des Französischen nicht als unterdrückend und verdrängend in Bezug auf die indigene Identität und Sprache wahrnahm, sondern als ergänzend und bereichernd: Die Kolonisierten eigneten sich seiner Meinung nach die ihnen nützlichen Teile des Französischen an, behielten aber die eigene Muttersprache bei und reichten diese auch an die nachwachsende Generation weiter.

³³ Albert Memmi, *Portrait du colonisé*, Paris 1957, S. 37.

³⁴ Ebd., S. 127.

³⁵ Léopold Senghor, *Liberté 1. Négritude et humanisme*, Paris 1963, S. 19.

³⁶ Ebd., S. 40ff.

Nun stammten die genannten Autoren aus unterschiedlichen Ländern und waren mit einer jeweils spezifischen kolonialen Situation besonders gut vertraut, ohne dass sie unbedingt die Lage in anderen Teilen des französischen Kolonialreiches näher gekannt hätten. Gerade der Senegal wich hinsichtlich der Beschaffenheit der kolonialen Ordnung und der Haltung der Kolonialbehörden zu den Lokalsprachen erheblich von Ländern wie Algerien oder Tunesien ab.³⁷ Problematisch an der Auffassung der zitierten Autoren war, dass sie dazu neigten, Einzel- zu Modellfällen zu erklären und daraus Schlussfolgerungen für das gesamte französische Kolonialreich abzuleiten. Die empirische Auseinandersetzung mit der Frage nach der „Sprachlosigkeit“ der indigenen Gemeinschaft in Algerien zeigt jedenfalls, dass die „situation coloniale“ und die Kommunikationskonstellationen hier sehr viel komplexer und vielschichtiger waren, als es die Thesen der zitierten soziologischen Literatur vermuten lassen. Anders als von Lyotard oder Fanon dargestellt, konnte sich in Algerien zumindest die französischsprachige indigene Publizistik in der Zwischenkriegszeit relativ frei entfalten und durchaus auch kritisch Position zum Kolonialismus beziehen. Des Weiteren waren beispielsweise die *Caids* (Verwalter), *Oukils* (Anwälte an islamischen Gerichten) und *Kadis* (Richter an islamischen Gerichten) allesamt Staatsbedienstete und damit öffentliche Akteure der „société coloniale“, die dazu befähigt und sogar explizit dazu angehalten waren, sich zu Wort zu melden und Stellung zu beziehen. Ebenso gab es indigene Journalisten beim staatlichen Sender *Radio-Alger* sowie Presseredakteure bei offiziellen Publikationen wie *Le Mobacher* oder *L'Akhbar*. Sicherlich stieß, wie die vorliegende Arbeit zeigt, die indigene Presse an Grenzen des Sagbaren und sah sich nach 1945 einem staatlichen Repressionsapparat gegenüber, der die Teilnahme am öffentlichen Diskurs nicht selten zu einem Spießrutenlauf werden ließ. Aber genau dies zeigt ja, dass die Partizipation von Muslimen an der öffentlichen Rede im kolonialen Kontext grundsätzlich möglich war: In der Konstituierungsphase des Kolonialismus bis 1870 sowie in dessen Endphase in den 1950er Jahren blieb den indigenen Eliten der Zugang zur Öffentlichkeit versagt. In der kolonialen Hochphase zwischen 1870 und den 1930er Jahren dagegen konnten sie trotz der bestehenden Beschränkungen am Diskurs partizipieren. Man konnte also als Kolonisierter öffentlich das Wort ergreifen und sich zivilgesellschaftlich organisieren, solange das koloniale System selbst stabil war. Zwar veranlasste dessen Destabilisierung in den 1950er Jahren, die ja nicht zuletzt auch herbeigeschrieben und –geredet wurde, die Administration dazu, den Zugang zur öffentlichen

³⁷ David Robinson, *Paths of accommodation: Muslim societies and French colonial authorities in Senegal and Mauritania, 1880-1920*, Ohio 2000. Ebenso Yves-Jean Saint-Martin, *Le Sénégal sous le Second Empire: naissance d'un Empire colonial, 1850-1871*, Paris 1989.

Rede radikal zu begrenzen und den Kolonisierten das Wort zu verweigern. Doch vertrug sich das koloniale System im Gegensatz zu der von Fanon und Lyotard vertretenen Ansicht mit den indigenen Publikationsaktivitäten, solange diese keine secessionistischen Forderungen erhoben.

Die Begrifflichkeiten, die der Themenstellung der vorliegenden Arbeit zugrunde liegen, sind von großer Bedeutung und sollen in der Folge kurz erklärt werden. Der hier untersuchte Journalismus wird deswegen mit „indigen“ umschrieben, weil dieser Begriff zumindest im Deutschen relativ wertneutral ist. Eine Alternative wäre „autochthoner Journalismus“ gewesen. „Muslimischer Journalismus“ hätte zu sehr die religiöse Dimension betont, auch wenn die in den Blick genommenen Schreib- und Publikationsaktivitäten fast ausschließlich von Muslimen betrieben wurden und sich die große Mehrheit der Publizisten zur „muslimischen Identität“ bekannte. „Algerischer Journalismus“ wäre mit Blick auf die europäische Presse Algeriens missverständlich gewesen, während „arabischer Journalismus“ die transnationale Dimension zu sehr betont hätte. Außerdem gab es viele berberische Journalisten, zu denen die Umschreibung nicht gepasst hätte.

Der Begriff der „Öffentlichkeit“ ist in Bezug auf den indigenen Journalismus nur eingeschränkt anwendbar. Sicherlich gab es so etwas wie eine „opinion publique musulmane“, ein Begriff, der ja auch immer wieder von der Literatur verwendet worden ist.³⁸ Diese bestand quasi aus der Gesamtheit der von den Muslimen veröffentlichten Meinungen und manifestierte sich im kolonialen Algerien in besonderer Weise ab den 1920er Jahren. Der Begriff der „indigenen Öffentlichkeit“ ist jedoch problematisch: Er transportiert den gesamten Kontext der Genese der „Öffentlichkeit“ in West- und Mitteleuropa im 18. bzw. 19. Jahrhundert und evoziert Vorstellungen und Bilder, die nur bedingt Anwendung auf nichtwestliche Länder wie Algerien finden können. So hatte ja gerade das „Publizieren“, das „öffentlich Machen“ mit der Anfechtung der vormodernen Praxis der arkanen Politik zu tun. Es ging darum, den Staat dazu zu bringen, seine Geschäfte offen zu legen und Rechenschaft abzulegen.³⁹ Zunächst war die Öffentlichkeit literarischer Natur: Jenseits der gelehrten Literaturkritiker konstituierte sich ein Publikum, das an der Herausbildung des literarischen Geschmacks partizipierte. In der Folge entstanden Zeitschriften und Bücher mit Literaturkritik; später wagte es die entstandene Publizistik, auch die Sphäre der Politik ihrem

³⁸ So von Charles-Robert Ageron, *Les Algériens musulmans et la France*, Band 2, Paris 1968, S. 1025. Ebenso Merad, *Formation*, S. 9. Siehe außerdem Abdelkader Djeghloul, *Éléments d'histoire culturelle algérienne*, Algier 1984, S. 85.

³⁹ Peter Uwe Hohendahl (Hg.), *Öffentlichkeit - Geschichte eines kritischen Begriffs*, Stuttgart 2000, S. 2.

Urteil auszusetzen.⁴⁰ All diese Konnotationen schwingen beim Gebrauch des Begriffs „Öffentlichkeit“ mit und erschweren die Verwendung für den algerischen Fall. In der arabischen Welt nämlich gestalteten sich die Vorstellungen von „staatlich“, „öffentlich“ und „privat“ gänzlich unterschiedlich.⁴¹ Zwar war der Staat im politischen Feld unangefochten und konnte hier von gesellschaftlichen Akteuren weder kontrolliert noch herausgefordert werden, doch hatten staatliche Akteure kaum Einfluss auf die Gestaltung der bestehenden sozialen und moralischen Ordnung.⁴² Es ging also in der islamischen Welt nicht darum, den Staat zu mehr „Publizität“ hinsichtlich seiner Politik zu bewegen. Während in den westlichen Ländern der Staat entscheidend an der Herausbildung einer „Öffentlichkeit“ beteiligt war und „öffentlich“ ja bis heute in unserem Sprachgebrauch gleichgesetzt werden kann mit „staatlich“, vollzog sich die Entstehung „öffentlicher“ Strukturen in den islamischen Ländern vorzugsweise jenseits des Staates. Eine wichtige Rolle spielte hier das Stiftungswesen, welches im Wesentlichen die Funktionen ausübte, die dem modernen Staat westlichen Typus zufielen: Bau von Straßen, Moscheen, Schulen, Marktplätzen und ihr Unterhalt, Sicherstellung der Wasserversorgung etc.⁴³ Zwar kam es oft vor, dass der jeweilige Herrscher Stiftungsakte vollzog, um sich auf diese Weise der Loyalität der Bevölkerung zu vergewissern, doch tat er dies ausschließlich als Privatmann und ohne jegliche gesetzlich verbrieft Verpflichtung.⁴⁴ Des Weiteren stifteten vor allem Geschäftsleute. Entscheidend war, dass durch solche Stiftungsakte „Öffentlichkeit“ hergestellt wurde: Letztere war nicht wie im Westen staatlich abgesichert und konstituierte sich nicht in Form von Parlament und Publizistik, sondern entstand durch die jeweiligen Stiftungsakte immer wieder neu.⁴⁵ Nutznießer waren immer „öffentliche“ Entitäten: In der Regel die Gemeinschaft der Gläubigen, wie im Fall der Errichtung von Moscheen, sowie die *Ulama*, also die muslimischen Religionsgelehrten, die die Moscheen verwalteten und Koranschulen führten. Ohnehin war alles „Öffentliche“ sehr viel stärker an die religiöse als an die politische Sphäre gebunden: Das Politische blieb quasi „Privatsache“ des Herrschers, während die als „öffentlich“ relevant betrachteten Bereiche wie die Religionsausübung, die Versorgung mit

⁴⁰ Hohendahl, *Öffentlichkeit*, S. 14.

⁴¹ Siehe beispielhaft Mohamed Kerrou (Hg.), *Public et privé en islam*, Paris 2002, besonders Anton Blok, *Dans les coulisses de la scène publique. Naissance de la privacy*, S. 47-76. Ebenso Abderrahmane Moussaoui, *Du public et du privé. La notion d'intérêt général en Algérie*, S. 247-266.

⁴² Miriam Hoexter, *The Waqf and the public sphere*, in: Miriam Hoexter; Shmuel N. Eisenstadt; Nehemia Levtzion (u.a. Hgg.), *The Public Sphere in Muslim societies*, New York 2002, S. 123.

⁴³ Ebd., S. 128.

⁴⁴ Ebd., S. 121.

⁴⁵ Shmuel N. Eisenstadt, *Concluding remarks: Public sphere, civil society, and political dynamics in Islamic societies*, in: Miriam Hoexter (u.a. Hgg.), *The Public Sphere in Muslim societies*, New York 2002, S. 151.

Lebensmitteln und Wasser, der Waren- und Personenverkehr vorwiegend auf der Stiftungsaktivität von Privatleuten beruhten und von den *Ulama* auf ihr Funktionieren hin überwacht wurden.⁴⁶

„Öffentlichkeit“ bedeutete also im islamischen Kontext etwas anderes als im westlichen, weshalb die vorliegende Arbeit bemüht ist, im Hinblick auf die Publikations- und Kommunikationsaktivitäten der indigenen Gemeinschaft in Algerien andere Begrifflichkeiten zugrunde zu legen. Im Folgenden wird also von der Entstehung einer „indigenen Sphäre öffentlicher Kommunikation“ gesprochen. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts und besonders ab den 1920er Jahren erschöpften sich die öffentlichen Aktivitäten der indigenen Eliten aber nicht im Veröffentlichen von Zeitungen und Büchern: Die sich herausbildende indigene Sphäre gesellschaftlicher Selbstorganisation schloss den florierenden Publizismus mit ein, war aber ebenso geprägt von Kultur- und Lesezirkeln, Sport- und Pfadfindervereinen, karitativen Organisationen etc. In ihnen probierten die Muslime erste Formen autonomer sozialer Organisation jenseits der unmittelbaren Kontrolle der Administration aus. Die genannten Begrifflichkeiten sind als analytische Begriffe besser geeignet als der Öffentlichkeitsbegriff, weil sie dessen historische und kulturspezifische Konnotationen vermeiden und die Idee der Kommunikationsräume⁴⁷ aufgreifen, in denen jeweils unterschiedliche Diskurse geäußert, rezipiert, angeeignet und transformiert wurden und schließlich zu einem regen kommunikativen Austausch führten.

Der Untersuchungszeitraum reicht vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 1950er Jahre, wobei gerade die Primärquellen in ihrer großen Mehrheit aus der Zwischenkriegszeit bzw. der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg stammen. Dies hat vor allem forschungspragmatische Gründe: Die 1920er und 1930er Jahre bieten aufgrund des Aufblühens indigener Publikationstätigkeit eine Fülle an einschlägigen Materialien; beide Fallbeispiele fallen in diesen Zeitraum, wobei die Entwicklung *Alger-Républicains* auch für die 1940er und 1950er Jahre weiterverfolgt wurde. Der Startpunkt der Untersuchung ist nahe liegend: Ende des 19. Jahrhunderts entstanden die ersten eigenständigen indigenen Zeitungen, deren Gedeihen vor allem über Sekundärliteratur nachvollzogen wurde. Die Weltkriege, vor allem der Zweite, sind deshalb außen vor geblieben, weil der gesamten indigenen Presse hier aufgrund der Kriegsgesetzgebung Schweigen verordnet war. Mit Beginn des Unabhängigkeitskrieges im November 1954 endet der Untersuchungszeitraum der

⁴⁶ Shmuel N. Eisenstadt, Concluding remarks: Public sphere, civil society, and political dynamics in Islamic societies, in: Miriam Hoexter (u.a. Hgg.), *The Public Sphere in Muslim societies*, New York 2002, S. 151.

⁴⁷ Siehe Frevert; Haupt, *Neue Politikgeschichte*.

vorliegenden Arbeit: Unter den harten Bedingungen der Repression und Verfolgung überlebten nur vereinzelte Untergrundpublikationen und Teile des indigenen Radiojournalismus.

4. Quellen

Die vorliegende Arbeit stützt sich auf eine Vielfalt unterschiedlichster Quellen: von Archivmaterialien über Zeitungsausgaben und politische Essays bis hin zu klassischer Sekundärliteratur. Eine Fundgrube für die Thematik war das *Centre d'Archives d'Outre-Mer* in Aix-en-Provence: hier liegen u. a. die Akten der französischen Zivilverwaltung des kolonialen Algerien, inklusive der Polizei. Aufgrund der Überwachung der indigenen Publikationsaktivitäten kann die Vita vieler Journalisten zumindest in Teilen gut nachvollzogen werden. Die Behörden recherchierten die Aufenthaltsorte der Herausgeber, ermittelten die Auflage, politische Orientierung, personelle Zusammensetzung der jeweiligen Zeitung und erstellten teilweise sogar Listen von den Abonnenten. Diese Berichte stellen eine wichtige Grundlage für die Portraitierung der indigenen Presse und für die Rekonstruktion der journalistischen Praxis dar. Zusätzlich legte der *Service des Liaisons nord-africaines* (SLNA), welcher dem Präfekten unterstand, jeweils eine persönliche Akte für viele einzelne Journalisten an, was die biographische Nachvollziehung ihres Werdegangs ermöglicht. Bei Razzien und Beschlagnahmungen fielen der Polizei auch Privatkorrespondenzen der Herausgeber in die Hände, anhand derer man Näheres über die Strukturen der Publikationen, ihre politische Ausrichtung und die personelle Zusammensetzung der Redaktion erfährt.

Das *Centre des Archives Contemporaines* in Fontainebleau ist insofern für die Bearbeitung der Thematik von Belang, als hier große Teile der Archivakten von *Radio-France* lagern, dem *Radio-Alger* als staatlicher Radiosender angeschlossen war. Obwohl *Radio-Alger* bereits Mitte der 1930er Jahre auf Sendung ging, ist es nicht gelungen, Archivmaterial zu beschaffen, welches von vor dem Zweiten Weltkrieg stammt. Besonders interessant wären Akten zu den indigenen Radiojournalisten, die ja anders als ihre Kollegen von den Printmedien Angestellte des öffentlichen Dienstes und in dieser Position prädestiniert waren, eine Mittlerrolle zwischen Administration und der indigenen Bevölkerung einzunehmen. Spannend wäre auch ein Vergleich des Radiojournalismus mit dem Printjournalismus im Hinblick auf den Loyalitäts-, Modernitäts- und Identitätsdiskurs. Für die Zeit nach 1955, die jedoch aus forschungspragmatischen Gründen aus dem Untersuchungszeitraum ausgeklammert bleiben musste, gibt es umfassende Akten über die Rekrutierung, politische Ausrichtung und

Zusammensetzung des indigenen Radiopersonals. Diesbezüglich kann man nur hoffen, dass sich künftige Forschungsarbeiten näher mit diesem Fundus beschäftigen werden.

Das Archivmaterial der *Ligue des Doits de l'Homme* war bezüglich der vorliegenden Arbeit nur insoweit von Interesse, als sich führende indigene Journalisten wie Lamine Lamoudi in den 1930er Jahren in die Algierer Lokalsektion einbrachten und für die Pressefreiheit Partei ergriffen. Hier deuten sich also potenzielle Verknüpfungspunkte von indigenem und europäischem Diskurs und Ansätze von gemeinsamem zivilgesellschaftlichem Engagement an. Zwar haben Teile der entsprechenden Akten gesichtet werden können, doch enthalten diese über die konkreten Anliegen und Ziele der *Ligue* hinaus wenig Konkretes zur personellen Zusammensetzung, insbesondere zum Engagement von Muslimen in den algerischen Sektionen. Hier wird man eventuell in Algerien selbst nach Material Ausschau halten müssen; eventuell sind aber auch bei der Odyssee des Archivmaterials, das 1940 von den Deutschen aus Paris verschleppt wurde und erst nach mehr als 50-jähriger Lagerung in der Sowjetunion den Weg zurück nach Frankreich fand, relevante Akten verloren gegangen.

Zur Erfassung der Semantik des indigenen Journalismus sind zahlreiche Zeitungen ausgewertet worden. Neben den beiden systematisch untersuchten Publikationen *Alger-Républicain* und *La Défense* konnten zahlreiche weitere Titel zumindest cursorisch und punktuell durchgesehen werden. Sicherlich ist gerade bei Tageszeitungen das Problem der schiereren Masse gegeben, was die Fokussierung auf spezifische Rubriken wie Leitartikel oder bestimmte *Tribunes* und besonders relevante Themen notwendig macht. Schließlich bezieht die vorliegende Arbeit auch die in Buchform veröffentlichten Essays führender Journalisten wie Ferhat Abbas, Rabah Zénati, Said Faci oder Henri Alleg, aber auch von arabisierten Kollegen wie Tewfik El Madani oder Moubarak El Mili mit ein: Hier offenbarten sich in besonders pointierter und oft auch polemischer Weise ihre Problemdiagnosen und Zukunftsvisionen. Bezüglich der Sekundärliteratur ist besonders darauf geachtet worden, neben den französischen Vorarbeiten auch die algerischen und nicht zuletzt angelsächsischen Veröffentlichungen mit einzubeziehen.

Ein Manko der vorliegenden Arbeit ist sicherlich die Nichtberücksichtigung arabischsprachiger Zeitungen. Mit Ausnahme der cursorischen Durchsicht einiger weniger reformistischer und nationalistischer Publikationen mit Hilfe Dritter ist ausschließlich französischsprachiges Material verwendet worden. Dies ist den sprachlichen Unzulänglichkeiten des Autors geschuldet. Allerdings war die französischsprachige Publizistik die meiste Zeit federführend in der Sphäre indigener öffentlicher Kommunikation:

Nur in den 1930er Jahren hielten sich die beiden Sprache im Hinblick auf ihre Verwendung in etwa die Waage.

5. Gliederung

Die vorliegende Arbeit umfasst sieben Kapitel. Das erste Kapitel ist dabei explizit einleitend angelegt: Hier soll dem Leser der Rahmen vor Augen geführt werden, in dem die Entstehung des indigenen Journalismus von Statten ging. In der Tat bedingten sowohl die tief greifenden sozialstrukturellen Veränderungen, die die indigene Gesellschaft Ende des 19. Jahrhunderts erfassten, als auch die Schul- und Sprachpolitik der Administration die Genese der indigenen Publikationsaktivitäten. Das Kapitel porträtiert sozusagen die politischen, gesellschaftlichen und linguistischen Ausgangsbedingungen, unter denen die Muslime mit dem Schreiben und dem öffentlichen Kommunizieren begannen. Das zweite Kapitel erläutert den rechtlichen Rahmen, der sich der indigenen Presse bot und arbeitet die gesetzlichen Feinheiten heraus, die die Arbeit der muslimischen Journalisten in Algerien in besonderer Weise regulierten. Auch die korporativen Strukturen des algerischen Journalismus kommen hier zur Sprache. Das Kapitel 3 beschäftigt sich mit den konfliktgeladenen Beziehungen zwischen Administration und indigenem Journalismus: Es verweist auf die Tradition des Misstrauens zwischen Kolonialherren und Kolonisierten, unterstreicht die Propagandabemühungen der Behörden, die indigenen Eliten vom Nutzen der französischen Herrschaft zu überzeugen und macht schließlich deutlich, wie sehr die Administration mit polizeilichen Mitteln der Überwachung und Repression auf die Herausforderung des indigenen Journalismus reagierte. Kapitel 4 widmet sich eingehend der strukturellen Beschaffenheit dieses Journalismus und fragt nach der sozialen Herkunft seiner Träger, nach seiner politischen Orientierung und Aufladung, nach den praktizierten Kommunikationsformen sowie nach der finanziellen und materiellen Lage. All diese Aspekte werden am Beispiel der beiden Zeitungen *La Défense* und *Alger-Républicain* erörtert und so Porträts typischer indigener Publikationen erstellt, die ihre Politisierung und Bedeutung für die politische Meinungsbildung zeigen. Die Kapitel 5 und 6 sind als Fallstudien angelegt: Sie nehmen eine semantische Analyse der beiden oben genannten Zeitungen vor. Das Phänomen des indigenen Journalismus kann nur dann angemessen erfasst werden, wenn auch dessen Diskurs berücksichtigt wird: In der Tat ging es ihm ja gerade darum, die Stimme der Kolonisierten hörbar zu machen, in Diskussionen über die politische und gesellschaftliche Zukunft Algeriens einzugreifen und Einfluss auf Deutungen und Sichtweisen zu nehmen. Die Kapitel arbeiten die Wertvorstellungen und

Denkkategorien der indigenen Journalisten heraus und offenbaren ihre Wahrnehmung von der kolonialen Wirklichkeit. Kapitel 7 schließlich gibt eine kurze Übersicht über den Diskurs anderer bedeutsamer indigener Zeitungen und macht deutlich, welche Vorstellungen beispielsweise die Nationalisten und die Gruppe der assimilationistischen Grundschullehrer, deren Publikationen nicht in Form von detaillierten Fallstudien untersucht werden konnten, von der Zukunft Algeriens und von zentralen Konzepten kolonialer Ordnung wie „Nation“ oder „Modernität“ hatten.

I. Die Entstehung einer indigenen intellektuellen Elite Ende des 19. Jahrhunderts: Sprachsituation, schulische Bildung, soziale Zusammensetzung, Identität

Die französischen Kolonialherren sahen sich nach der Einnahme Algiers 1830 und der progressiven Ausweitung ihres Herrschaftsgebiets mit einer indigenen Gesellschaft konfrontiert, deren Struktur und Hierarchie nicht immer leicht zu durchschauen und zu verstehen war. Nahezu 40 % der männlichen Bevölkerung konnten Arabisch lesen und schreiben⁴⁸ und es existierte in den Städten eine schmale intellektuelle Elite. Doch befand sich das Machtzentrum der indigenen Gesellschaft auf dem Land, bei den „grandes familles“, die Ländereien besaßen und teilweise Feudalprivilegien genossen. Trotz der sich über mehrere Jahrzehnte hinziehenden Eroberung des Landesinneren Algeriens und der opferreichen „Befriedung“ war die sich etablierende französische Verwaltung schnell auf das Wissen und die Vermittlung lokaler Akteure angewiesen, um ihre Herrschaft implementieren zu können. Die „grandes familles“ wurden zu ihren natürlichen Verbündeten: Während die Verwaltung in den Städten relativ zügig ihre Macht durchsetzen konnte, halfen die „grandes familles“ dabei, die ländliche Gesellschaft, welche die Bevölkerungsmehrheit stellte, unter Kontrolle zu halten und nicht zu aufmüpfig werden zu lassen. Dabei machten sich diese bei der Bevölkerung nicht gerade beliebt: Als *Caid*s oder *Aghas* (dies bezeichnete einen Zivilbeamten im Osmanischen Reich) spannten sie sie zu Frondiensten ein, erhoben für die Kolonialverwaltung Steuern und sprachen Recht.⁴⁹ Dass die Administration auf diese Weise Feudalstrukturen stützte und innermuslimische Ungleichheiten förderte, störte sie erst, als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend Bedarf an schulisch ausgebildeten, französisierten Muslimen entstand: Die „grandes familles“ hatten nun als privilegierte Vermittler der Administration ausgedient, es schlug die Stunde der städtischen Elite.

I.1) Linguistische Vielfalt und Sprachsituation im kolonialen Algerien

Die Sprachsituation stellte sich im kolonialen Algerien äußerst komplex dar. So gab es nicht nur den in der vorliegenden Arbeit fokussierten Konflikt zwischen dem Französischen als Sprache der Kolonialherren und dem Arabischen als Sprache der Kolonisierten. Hinzu kam die Diglossie, welche die große Mehrheit der indigenen Bevölkerung betraf: Diese praktizierte als Alltagssprache das Dialektalarabische, welches sich relativ stark von dem

⁴⁸ Benrabah, Langue, S. 47.

⁴⁹ Siehe Colonna, Instituteurs, S. 79. Ebenso Ageron, Algériens Musulmans, S. 130ff.

ausschließlich geschriebenen Hocharabisch unterschied.⁵⁰ Aufgrund des verbreiteten Analphabetismus, der sich im Zuge der Kolonialherrschaft noch verschärfte⁵¹, handelte es sich um eine unvollständige Diglossie, die streng genommen nur die schmale Schicht der Alphabetisierten betraf. Diese Situation machte Vergemeinschaftungsprozesse unter der kolonisierten Bevölkerung nicht gerade leichter: Ohne Kongruenz von „Volkssprache“ und Hochsprache war ohne massive Einschulung und Bildung an die Identifikation mit einem abstrakten Kollektiv nicht zu denken.

Außerdem gab es in Algerien ethnisch-linguistische Minderheiten. Zuvorderst sind hier die Berber zu nennen, die das Land bereits vor der Arabisierung im siebten nachchristlichen Jahrhundert bewohnten. Sie sprachen je nach geographischer Ansiedlung unterschiedliche Sprachen: Neben dem Kabyllischen zählten auch Chaouia, Mzabi und Targui dazu.⁵² In der Mehrzahl unterlagen sie einem ausschließlich mündlichen Gebrauch; im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde das Kabyllische allerdings unter Beteiligung französischer Gelehrter und mit Hilfe des lateinischen Alphabets transkribiert. Schließlich sind noch die Sprachen der europäischen Zuwanderer zu nennen: Neben dem Französischen errangen das Spanische im Westen Algeriens (um Oran) sowie das Italienische in den Küstengebieten des Ostens nennenswerte regionale Bedeutung.⁵³ Durch eine Schulpolitik, die anders als in Bezug auf die indigene Bevölkerung engagiert zu nennen ist, erlernten diese Zuwanderergruppen relativ schnell das Französische, ohne ihre Muttersprache jedoch vollständig aufzugeben.⁵⁴

Die Administration wusste sich diese komplexe Sprachsituation für ihre Zwecke zunutze zu machen und verfolgte eine *Dividere-et-Imperare*-Strategie. So bevorzugte sie ab Ende des 19. Jahrhunderts systematisch die kabyllische Region: Deren Bewohner wurden für nur oberflächlich islamisiert und arabisiert erklärt und daher am ehesten für assimilierungstauglich befunden. Die Kolonialbehörden errichteten hier überproportional viele Schulen, ließen Missionare gewähren und förderten die berberischen Sprachen schulisch und ab den 1930er Jahren sogar mit einem eigenen Radioprogramm.⁵⁵ Ziel war es, die

⁵⁰ Zur Sprachsituation in Algerien in historischer Perspektive siehe Khaoula Taleb Ibrahim, *Les Algériens et leur(s) langue(s): éléments pour une approche sociolinguistique de la société algérienne*, Algier 1997, Kapitel 1: *La situation socio-linguistique de l'Algérie*, S. 22-43.

⁵¹ 1830 waren ca. 40 % der männlichen erwachsenen Bevölkerung alphabetisiert, siehe Yvonne Turin, *Affrontements culturels dans l'Algérie coloniale. Ecoles, médecines, religion 1830-1880*, Paris 1971, S. 127.

⁵² Ibrahim, *Langues*, S. 33f.

⁵³ Ebd., S. 34ff.

⁵⁴ So waren 1901 84 % aller schulpflichtigen europäischen Kinder im französischen Bildungssystem eingeschult, siehe Colonna, *Instituteurs*, S. 50.

⁵⁵ Zur kolonialen Berberpolitik und zur Entstehung des so genannten „mythe kabyle“, also des Mythos von der Nähe der Berber zum Christentum und zum Westen sowie ihrer Überlegenheit gegenüber den ethnischen Arabern, siehe Patricia M. E. Lorcin, *Imperial identities. Stereotyping, Prejudice and Race in Colonial Algeria*, London/New York 1999, S. 1ff.

arabische Bevölkerung gegen die kabyllische Gemeinschaft aufzubringen und so einen Teil des aufgestauten Unmuts von sich selbst abzulenken. Viele Araber sahen in der aus ihrer Sicht angestrebten Gleichstellung des Kabyllischen mit dem Arabischen eine Entweihung ihrer Sprache und wandten sich in der Folge vehement sowohl gegen wie auch immer geartete Rechte für die Berber als auch gegen ihre Sprachen.⁵⁶

Ebenso nutzte die Administration die beträchtlichen Unterschiede, die im Arabischen zwischen der Alltags- und Hochsprache bestanden, um eine umfassende Ausbildung der indigenen Schüler in ihrer Muttersprache zu erschweren. Wie im Kapitel I.2 zur Schulpolitik zu sehen sein wird, begünstigten die Kolonialbehörden den Unterricht des Dialektalarabischen zu Lasten des Hocharabischen⁵⁷ unter dem Vorwand, diese Sprache befände sich näher an der Lebenswirklichkeit der Schüler. Tatsächlich wollte die Schulbehörde zunächst einmal verhindern, dass die indigenen Schüler sich mit dem schriftlich nutzbaren Hocharabischen vertraut machten. Doch muss hier hinzugefügt werden, dass die Administration in ihrer Haltung gegenüber den in Algerien verwurzelten Sprachen über die Jahrzehnte durchaus schwankte. Anfang des 20. Jahrhunderts beispielsweise brachte die Schulbehörde das Dialektalarabische als „Sprache für Halbalphabetisierte“ in Verruf und ersetzte sie auf Unterrichtsebene durch das Hocharabische. Es hieß nun, die indigenen Eliten sollten unbedingt die klassische Sprache des Korans beherrschen, um den Bruch mit der Tradition nicht zu groß werden zu lassen.⁵⁸ Dies zeigt, wie inadäquat Pauschalurteile in Bezug auf die komplexe Sprachsituation und auf die koloniale Sprachpolitik sind.

Auf öffentlicher Ebene war die Sprachfrage in Algerien von Beginn der Kolonialzeit an klar geregelt: Durch die Integration Algeriens in die französische Republik 1848 hatte allein das Französische den Rang einer offiziellen Sprache, während das Arabische statuslos blieb.⁵⁹ Auf nichtoffizieller Ebene stellten sich die Sprachverhältnisse naturgemäß völlig anders dar: So standen der einige Hunderttausend Mitglieder starken europäischen Bevölkerung über drei

⁵⁶ So sorgte vor allem die Gleichstellung des Kabyllischen mit dem Arabischen in den Programmen *Radio-Algers* für Unmut bei den Arabern. Doch reicht dieser ethnische Konflikt, zu dessen Entstehung die französischen Kolonialherren erheblich beigetragen haben, bis heute: Während der 1950er Jahre kam es innerhalb der nationalistischen Bewegung zu schweren Spannungen zwischen beiden ethnischen Gruppen und seit der Unabhängigkeit 1962 hat es immer wieder Autonomiebestrebungen der Berber gegeben, die der algerische Staat teilweise gewalttätig zu unterbinden versuchte. Siehe Salem Chaker, *Berbères d'aujourd'hui – Berbères dans le Maghreb contemporain*, Paris 1999. Zur Vertiefung der berberischen Dimension der indigenen Gesellschaft und seiner Geschichte, siehe Alain Mahé, *Histoire de la Grande Kabylie 19e-20e siècles. Anthropologie historique du lien social dans les communautés villageoises*, Saint-Denis 2001, S. 147ff. Siehe ebenso Amar Oerdane, *La question berbère dans le Mouvement National Algérien 1926-1980*, Paris 1982.

⁵⁷ Ibrahim, *Langues*, S. 36.

⁵⁸ Messaoudi, *Arabesants*, S. 507.

⁵⁹ Claude Collot, *Les institutions de l'Algérie durant la période coloniale*, Paris 1987, S. 37ff.

Millionen arabisch-, teils auch berbersprachige Autochthone gegenüber. Doch wurde die indigene Bevölkerung im Zuge der Kolonisierung weitgehend ins Private zurückgedrängt und mit ihr das Arabische. Öffentlich relevante Bereiche wie Verwaltung, Schule, Gesundheitswesen etc. wurden sprachlich französisiert und die indigene Bevölkerung auf diese Weise trotz ihrer numerischen Dominanz marginalisiert. Wenige gesellschaftliche Teilbereiche konnten sich die Muslime erhalten: So stellten sie den islamischen Klerus, auch wenn der Zugang zu diesem eng von den Kolonialbehörden kontrolliert wurde. Ebenso blieb ein islamisches Justizsystem bestehen, welches die Franzosen nicht antasteten.

Gravierend wirkte sich auch die Übernahme der Deutungshoheit über den öffentlichen Raum durch die Kolonialherren aus: Straßennamen wurden massenhaft umbenannt, Denkmäler ersetzt, Moscheen in Kirchen umgetauft, ganze Landstriche enteignet und europäischen Siedlern übertragen, Orte umbenannt.⁶⁰ Die seitens der Kolonialherren vorgenommene sprachliche Hierarchisierung knüpfte nicht zuletzt an von Linguisten geleistete Vorarbeiten an: Diese hatten bereits im 18. Jahrhundert die indo-europäischen Sprachen in ein hierarchisches Verhältnis zu den restlichen Sprachen gesetzt. Gerade afrikanische Sprachen wurden nicht selten als „gargouillis barbare“ bezeichnet, mit Stammesstrukturen assoziiert und als bloßer Dialekt beschrieben.⁶¹ Die Funktion der Sprachen im kolonialen Algerien knüpfte an die gesellschaftliche Rollenverteilung an: So dominierte das Französische im öffentlichen Alltagsleben, in Verwaltung, Justiz, Politik und im größten Teil des Schulwesens, während das Arabische vor allem im Bereich der Religion zur Geltung kam und somit aus Sicht der Kolonialherren seinem „sakralen Charakter“ Rechnung trug. Bezeichnenderweise herrschte hier das auf dem Laizismus basierende französische Religionsverständnis vor, nach dem Religion der Privatsphäre zuzuordnen war. Die Muslime dagegen kamen mit ihrer Vorstellung von Religion als alle anderen Gesellschaftsbereiche dominierendes Denksystem nicht zum Zug und mussten die Privatisierung und letztlich Marginalisierung alles Religiösen hinnehmen. Die arabische Sprache wurde zudem als unfähig dargestellt, die „moderne Welt“ zu beschreiben, was zur Zementierung der bestehenden Rollenverteilung der Sprachen beitrug.⁶²

⁶⁰ Ibrahim, *Langues*, S. 37. Zu den Enteignungen siehe Mostefa Lacheraf, *L'Algérie: nation et société*, Paris 1965, S. 69ff. Ebenso Claude Martin, *Histoire de l'Algérie Française 1830-1962*, Paris 1962, S. 221.

⁶¹ Louis-Jean Calvet, *Linguistique et colonialisme*, Paris 1974, S. 162.

⁶² Ebd., S. 168.

I.2) Die französische Schulpolitik in Bezug auf die indigene Bevölkerung und die Rolle des Arabischen im Schulunterricht

Während die sich nach 1830 langsam etablierende Militärverwaltung bereits 1832 drei Privatschulen für europäische Kinder genehmigte, so stand sie zunächst einmal der Schulpolitik in Bezug auf die lokale Bevölkerung unentschlossen gegenüber. Nicht von ungefähr wurde die Armee ab den 1830er Jahren mit zahlreichen *Enquêtes* beauftragt, die auf Grundlage von Befragungen der Lokalbevölkerung deren Bedürfnisse im Bildungsbereich zutage fördern sollte, nach dem Motto: „S’informer pour mieux gouverner.“⁶³ In Algier entstand 1833 eine so genannte *Ecole d’enseignement mutuel*, in der Europäer und Muslime gemeinsam unterrichtet werden sollten, wobei von den angemeldeten 58 indigenen Kindern jedoch kaum eines regelmäßig erschien.⁶⁴ Das bereits vor der Kolonisierung in schlechtem Zustand befindliche traditionelle lokale Bildungssystem, so wurde schnell klar, verfiel nun nach 1830 zusehends: Erstens verließen angesichts der französischen Invasion zahlreiche *Tolbas* (Lehrer) und Intellektuelle im Allgemeinen das Land und emigrierten zumeist in arabische Länder des Mittleren Ostens, wo sie weiterhin ihrer Tätigkeit als Lehrer, *Cadi* oder Religionsgelehrtem nachgehen konnten.⁶⁵ Zweitens hatten Ermessensfehler der sich etablierenden Kolonialbehörden Folgen, deren Tragweite sie sich nicht immer bewusst waren: So konfiszierten sie 1844 die so genannten *Biens habous*, also einen umfangreichen und unveräußerlichen Grundstücks- und Immobilienbestand, mit deren Erträgen die Kommunen bis dahin ihre Schulen und religiösen Einrichtungen wie Moscheen betrieben hatten.⁶⁶ Für die Behörden war die Konfiszierung Teil der Befriedungsstrategie, nach der so umfangreiche und wertvolle Güter wie die *Biens habous* nicht dem Feind überlassen werden durften. Doch trug ihre Beschlagnahmung zur Beschleunigung des Verfalls des so genannten *Enseignement libre* in erheblichem Maße bei: Die Bevölkerung musste nun selbst das Geld für den Schulbetrieb aufbringen, was angesichts der wirtschaftlichen Not immer schwieriger wurde und dazu führte, dass die *Zaouias* (Schulen) und Koranschulen zwar nicht vollständig verschwanden, jedoch oft nur noch unregelmäßigen Unterricht anboten, der darüber hinaus von unzureichend qualifizierten *Mouderrès* und *Tolbas* geleitet wurde.⁶⁷

Doch entsprang dieser Verfallsprozess nicht unmittelbar der Intention der Kolonialbehörden: Sicherlich hatte die Frage nach der Schulbildung für die Lokalbevölkerung zunächst einmal keine unmittelbare Priorität bei diesen, doch basierten viele Entscheidungen auch auf

⁶³ Antoine Léon, *Colonisation, enseignement et éducation. Etude historique et comparative*, Paris 1991, S. 103.

⁶⁴ Ebd., S. 45.

⁶⁵ Maurice Poulard, *L’enseignement pour les indigènes en Algérie*, Diss. Algier 1910, S. 57.

⁶⁶ Daniel Rivet, *Le Maghreb à l’épreuve de la colonisation*, Paris 2002, S. 179.

⁶⁷ Turin, *Affrontements*, S. 237.

Fehleinschätzungen der Lage sowie auf Unkenntnis der tieferen Zusammenhänge, in denen die politischen Maßnahmen und ihre Auswirkungen auf die fragile Struktur der indigenen Gesellschaft standen. Tatsächlich setzten sich die Kolonialbehörden bereits ab den 1830er Jahren mit der Frage nach der indigenen Schulbildung auseinander: Den Anhängern der *Ecoles d'enseignement mutuel* standen dabei die Verfechter einer Wiederherstellung des traditionellen *Enseignement Arabe Libre* gegenüber. Letztere argumentierten, dass die Muslime ohnehin nur ihren eigenen Unterricht akzeptieren würden⁶⁸; es sei besser, diesen zu stützen und ihn dann zu kontrollieren, als ihn völlig verkommen zu lassen und dann von Null an unter hohen Kosten wieder aufbauen zu müssen.⁶⁹ Die Gegner erwiderten, dass das *Enseignement Arabe Libre* auch unter den Türken bereits privat betrieben worden und staatlich kaum kontrollierbar sei. Es sei zudem „unpädagogisch“ und dem „Fanatismus“ der Muslime zuträglich und damit nur in vollständig reformierter Form der Förderung wert.⁷⁰ Jedenfalls war den Behörden Ende der 1840er Jahre klar, dass sie handeln mussten: Die Stellen im traditionellen muslimischen Rechts-, Schul- und Kultussystem drohten von im Mittleren Osten ausgebildeten Kräften übernommen zu werden; zudem gab es auf französischer Seite Bedarf an muslimischen Kleinbeamten und Übersetzern.

Die Maßnahmen betrafen zunächst vor allem zwei Ebenen: Einmal das entscheidend wichtige Grundschulwesen (*Enseignement Primaire*), das quasi die Grundversorgung mit Bildung sicherzustellen hatte, sowie das traditionelle System der weiterführenden indigenen Schulen, welche die Ausbildung der niederen muslimischen Funktionsträger übernommen hatten. Auf der Ebene des *Enseignement Primaire* reagierten die Behörden 1850 mit der Gründung von drei, später weiteren, so genannten *Ecoles arabes-françaises*, wobei hier sowohl das Pariser Bildungs- als auch das Kriegsministerium Zuständigkeit beanspruchten.⁷¹ In den größeren Städten sollten die Kinder der Lokalbevölkerung mit europäischen Kindern gemischt und so der „Assimilierung“ zugeführt werden. Wichtig war in diesem Zusammenhang, dass sich also zunächst einmal die Anhänger des gemischten Unterrichts durchsetzten und die umfassende Reformierung des autonomen indigenen Grundschulsystems, eine Mammutaufgabe, verworfen wurde.⁷² Einerseits war das Misstrauen gegenüber den verfügbaren Lehrkräften (*Tolbas* und *Mouderrès*) und ihren „rückwärtsgewandten“ Lehrmethoden besonders

⁶⁸ Turin, *Affrontements*, S. 153.

⁶⁹ Ebd., S. 164.

⁷⁰ Ebd., S. 171.

⁷¹ Ebd., S. 160.

⁷² Ebd., S. 244.

ausgeprägt⁷³, andererseits versprach man sich vom unmittelbaren Kontakt der kolonisierten Schüler mit ihren europäischen Kameraden die besten Chancen für eine rasche Anpassung an französische Denk- und Handlungsmuster. Zum Ende der 1850er Jahre wurde das Netz an *Ecoles arabes-françaises* bis in ländliche Regionen hinaus ausgedehnt.⁷⁴ Im Hinblick auf die notwendige Ausbildung von muslimischen Rechts- und Religionsgelehrten entschlossen sich die Behörden dazu, drei so genannte staatliche *Médersas* zu gründen, also Einrichtungen, an denen muslimische Schüler in Arabisch, islamischem Recht, Theologie und weiteren Fächern wie Geographie unterrichtet wurden.⁷⁵ Die bisherigen *Médersas* galten als Hort des Widerstands gegen die französische Präsenz und als Ausbildungsstätte Frankreich feindlicher gesinnter Funktionseliten. Der Unterricht sollte staatlich kontrolliert und auf diese Weise dem Widerstand die intellektuelle Nahrung genommen werden; schließlich handelte es sich bei den Schülern um angehende „directeurs de l’opinion en société arabe“.⁷⁶ Gleichzeitig war man bestrebt, den traditionell autoritären Unterrichtsstil und die auf Auswendiglernen angelegten Lernmethoden durch mehr Selbstreflexion und Textkritik zu ersetzen.

Die *Médersas* und ihre Spezialausbildung ausgenommen blieb die Ausbildung breiterer Schichten von Kolonisierten an weiterführenden Schulen nicht der Rede wert. Während die europäischen Kinder in immer größerer Zahl über das Grundschulniveau hinausgelangten, besuchten in den 1870er Jahren gerade einmal 40 kolonisierte Schüler in ganz Algerien weiterführende *Collèges* oder *Lycées*.⁷⁷ Daran konnte auch die Gründung des *Collège Impérial arabe-français* 1857 in Algier nichts ändern. Die wenigen muslimischen Absolventen wurden ihrerseits Lehrer an den *Ecoles arabes-françaises* oder an den *Médersas*.⁷⁸

Trotz der Bemühungen der Kolonialbehörden, die Bildungsbedingungen für die kolonisierte Bevölkerung zu verbessern, blieb der erhoffte Effekt bis in die 1880er Jahre aus: Gerade einmal 3.500 kolonisierte Schüler besuchten in ganz Algerien und in allen Schulformen zusammen genommen den Unterricht, was einer Einschulungsquote von wenigen Prozent im Verhältnis zur Bevölkerung im schulpflichtigen Alter entsprach.⁷⁹ Gerade die entscheidend wichtigen *Ecoles arabes-françaises* brachten nicht den erhofften Erfolg: Gelang es anfangs der Schulaufsicht, muslimische Familien aus städtischem Milieu und höherem sozialen Rang

⁷³ Turin, *Affrontements*, S. 244.

⁷⁴ Ebd., S. 284.

⁷⁵ Ebd., S. 171.

⁷⁶ Ebd., S. 184.

⁷⁷ Poulard, *Enseignement*, S. 80.

⁷⁸ Turin, *Affrontements*, S. 279.

⁷⁹ Leon, *Colonisation*, S. 145.

dazu zu bewegen, ihre Kinder zur Schule zu schicken⁸⁰, so sank der Zuspruch in den folgenden drei Jahrzehnten massiv ab, vom Scheitern im ländlichen Milieu gar nicht zu sprechen. Die Gründe waren vielfältig: Einerseits wurden die Kinder in der Landwirtschaft gebraucht; doch viel entscheidender war die von Fanny Colonna beschriebene „résistance culturelle“⁸¹ der kolonisierten Bevölkerung: Die meisten Eltern hegten tiefes Misstrauen gegenüber den Besatzern und fürchteten nicht nur eine kulturelle Überfremdung, sondern ebenso die Missionierung ihres Nachwuchses.

Weitere Gründe für das Scheitern dieses Schulmodells waren die mangelnde interkulturelle Kompetenz der Schulbehörden, der Widerstand vieler Kommunen sowie Rekrutierungsprobleme in Bezug auf die Grundschullehrer. Der Unterricht war zudem auf die europäischen Schüler zugeschnitten: So verfügten die Lehrer ausschließlich über Lehrbücher aus der Metropole, die für den kulturellen Horizont französischer Schüler geschrieben worden waren.⁸² Gleichzeitig sabotierten viele Kommunen mit europäischer Bevölkerungsmehrheit die *Ecoles arabes-françaises*: Sie wollten nur noch für die ausschließlich von europäischen Kindern besuchten Grundschulen finanziell aufkommen und forderten ein Aufgehen der *Ecoles arabes-françaises* im allgemeinen Grundschulsystem.⁸³ Bereits Ende der 1870er Jahre ging die Zahl dieser Schulen entsprechend zurück. Nicht zuletzt ließ auch die Anzahl und Qualität der Grundschullehrer zu wünschen übrig: Aufgrund des Mangels an Fachkräften in Algerien kamen viele Pädagogen aus der Metropole; sie sprachen zumeist kein Arabisch und standen den kolonisierten Schülern oftmals sprachlos gegenüber. In der Folge kam es nicht selten vor, dass Unteroffiziere der französischen Armee den Unterricht aufgrund ihrer Sprachkenntnisse übernahmen.⁸⁴ Dieser Umstand führte schließlich zur Gründung einer so genannten *Ecole Normale* in Mustapha bei Algier 1865: Hier wurden Europäer und Muslime gemeinsam zu Grundschullehrern ausgebildet, um das schwache Unterrichtsniveau zu heben und nicht vom „Import“ von Fachkräften aus der Metropole angewiesen zu sein.⁸⁵

Die 1880er Jahre dann stellten eine tiefe Zäsur im Umgang mit der Schulbildung der indigenen Bevölkerung dar. Das Scheitern der *Ecoles arabes-françaises* und der Mischung europäischer und indigener Schüler führte dazu, dass man nun umdachte und den Nachwuchs

⁸⁰ Turin, *Affrontements*, S. 279.

⁸¹ Colonna, *Instituteurs*, S. 32.

⁸² M. Cheffaud, *L'enseignement des Musulmans en Algérie, de 1830 à 1946*, in: *Documents algériens*, 1947, S. 22.

⁸³ Turin, *Affrontements*, S. 284.

⁸⁴ Ebd., S. 290.

⁸⁵ Colonna, *Instituteurs*, S. 95.

der Lokalbevölkerung in eigene Schulen schickte, um ihn hier spezifisch zu fördern.⁸⁶ Dies änderte jedoch nichts an der Zielsetzung der Assimilierung: Vielmehr übernahm nun das Pariser Bildungsministerium die volle Hoheit über die indigenen Schulen in Algerien, mit der Absicht, die Schüler so nah wie möglich an die Ideale der Republik heranzuführen. Dass dazu aber mehr nötig war, als bloßer Kontakt mit den oft überlegenen europäischen Schülern, leuchtete nun auch dem Ministerium ein.⁸⁷ Die kolonisierten Schüler wurden auf drei Schulen aufgeteilt: In den Ballungsgebieten entstanden die so genannten *Ecoles principales*, für die durchaus auch europäische Kinder zugelassen werden sollten, jeweils geleitet von einem französischen Schuldirektor und mit einem französischen *Instituteur* als Lehrkraft. In kleinstädtischem Milieu verfügten die *Ecoles élémentaires* ebenso über einen französischen *Instituteur*, während die Klassen an den *Ecoles préparatoires* auf dem Land von einem *Maître adjoint musulman* oder einem *Moniteur musulman* unterrichtet wurden.⁸⁸ Nach einer Testphase, die ausschließlich die Kabylei betraf, dehnte das Ministerium das Schulnetz auf das ganze Land aus. Relativ schnell zeigte die neue Politik positive Wirkung: Die Zahl kolonisierter Schüler stieg von 3.100 im Jahre 1883 auf 25.000 1901 an.⁸⁹ Sicherlich hegten viele Eltern muslimischer Kinder Misstrauen gegenüber der neu eingeführten Schulpflicht, obwohl diese für die indigene Bevölkerung faktisch nicht durchgesetzt wurde. Doch sorgten vereinheitlichte Programme für alle *Ecoles indigènes*⁹⁰ und vor allem eigens eingestellte *Talebs*, also Studenten, die die fehlenden *Maîtres adjoints musulmans* massenhaft vertraten und auch religiöse Erziehung erteilten, dafür, dass manche Vorurteile abgebaut wurden.⁹¹ Hinzu kam, dass der Widerstand der indigenen Bevölkerung gegen die Kolonialherrschaft nun spürbar erlahmte: Die letzten Aufstände waren 1871 niedergeschlagen worden und die überkommenen traditionellen Bildungs- und Sozialstrukturen endgültig zerbrochen. Dies ging einher mit einer Identitätskrise, der die Kolonisierten anfälliger für die Akzeptanz fremder Einflüsse machte.⁹² Nicht zuletzt legten die *Ecoles indigènes* nun eine wesentlich größere Neutralität in politischer und religiöser Hinsicht an den Tag, was den Graben zwischen Kolonialherren und Kolonisierten zusätzlich verringerte.⁹³

⁸⁶ Léon, *Colonisation*, S. 156.

⁸⁷ Hubert Desvages, *L'enseignement des Musulmans en Algérie sous le rectorat de Jeanmaire: le rôle de l'école*, in: *Le Mouvement Social* 70, 1970, S. 120.

⁸⁸ Léon, *Colonisation*, S. 164.

⁸⁹ Colonna, *Instituteurs*, S. 15.

⁹⁰ Ebd., S. 16.

⁹¹ Ali Merad, *Regards sur l'enseignement des Musulmans en Algérie (1880-1960)*, in: *Confluent* 32-33, 1963, S. 617.

⁹² Colonna, *Instituteurs*, S. 23.

⁹³ Cheffaud, *Musulmans*, S. 28.

Dennoch blieb die „résistance culturelle“ der Lokalbevölkerung spürbar⁹⁴, während gleichzeitig die Skepsis der europäischen Siedler gegenüber indigener Bildung immer mehr anstieg. Für sie stellte das autonome indigene Schulsystem eine „école d’insurgés“ dar, in denen den Kolonisierten „Flausen in den Kopf gesetzt wurden“ und die aus ihnen zukünftige „déclassés“ machte, welche für die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten überqualifiziert wären.⁹⁵ Die Siedler plädierten deshalb für eine extrem kurze, auf das Erlernen bloßer praktischer Fähigkeiten ausgerichtete Ausbildung. Vor allem die Kosten für die *Ecoles indigènes* waren ihnen ein Dorn im Auge, obwohl diese nur einen Bruchteil im Vergleich zu den europäischen Bildungsausgaben ausmachten. Die Auswirkungen dieser Geisteshaltung wären keineswegs so dramatisch gewesen, wenn das an Assimilierung und „Mission Civilisatrice“ festhaltende Pariser Bildungsministerium weiterhin fest die Zügel in der Hand gehalten hätte. Doch erlangte Algerien 1900 Finanzautonomie, welche auch den Bildungssektor betraf: Die so genannten *Délégations Financières*, in denen die Siedler die Mehrheit hielten, entschieden nun über die Schaffung von Lehrerstellen, während die Kommunen für die Bereitstellung der Schulgebäude sowie deren Unterhalt verantwortlich zeichneten.⁹⁶ Infolgedessen sanken die Ausgaben für indigene Schulen 1902 um 15 % und 1908 wurden anstelle vieler *Ecoles préparatoires* so genannte Hilfsschulen errichtet, in denen Hilfslehrer zu Billigstlöhnen unterrichteten.⁹⁷ Immerhin waren 1914 46.000 indigene Schüler eingeschult, was aber angesichts des starken Bevölkerungswachstums die hehren Bildungsziele zunichte machte: Die Einschulungsquote lag nur kaum über der von 1880 bei 5 %.⁹⁸

Die für die Spezialausbildung einer niederen muslimischen Funktionselite zuständigen *Médersas* blieben anders als die *Ecoles arabes-françaises* über 1880 hinaus bestehen und erfuhren 1895 durch eine striktere Regulierung des Zugangs sowie der Einführung eines standardisierten Abschlussdiploms sogar eine Aufwertung.⁹⁹ Die Stimmen, die in den 1870er Jahren eine Abschaffung dieser „Brutstätten des Fanatismus“ forderten, brachte der *Gouverneur-Général*, dem die *Médersas* direkt unterstanden, dadurch zum Schweigen, dass er den *Médersas* größere Aufmerksamkeit entgegen brachte. So wurden eine Aufnahmeprüfung eingeführt und Stipendien sowie Gehälter des Lehrpersonals erhöht, was zu einer verstärkten Nachfrage und einer Verbesserung der Ausbildungsqualität führte: Von

⁹⁴ Léon, *Colonisation*, S. 170.

⁹⁵ Ebd., S. 167.

⁹⁶ Poulard, *Enseignement*, S. 215.

⁹⁷ Colonna, *Instituteurs*, S. 44.

⁹⁸ Léon, *Colonisation*, S. 170.

⁹⁹ Ebd., S. 168.

1885 bis 1903 kletterten die Studentenzahlen von 80 pro Jahrgang auf 208.¹⁰⁰ Zudem zog die Algierer *Médessa* 1904 in ein größeres Gebäude um, bei dessen Eröffnung der *Gouverneur-Général* Jonnart persönlich zugegen war.¹⁰¹ Dies macht die Entschlossenheit deutlich, mit der die Behörden die Kontrolle über die Schlüsselfunktionen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft gewinnen wollten: *Cadi*, *Oukil* (Anwalt), *Mufti*, *Tolba* und *Mouderrès* sollten zur Loyalität zu Frankreich erzogen werden und dafür als Gegenleistung eine gute Ausbildung und ein gesichertes Auskommen bekommen – wobei nur 12 Absolventen jährlich einen Platz im öffentlichen Dienst fanden, was den politisch erwünschten Effekt wesentlich schmälerte und weiterhin die Existenz eines intellektuellen Prekariats bedingte.¹⁰²

Die Entwicklung der Grundschullehrerausbildung war angelehnt an die des *Enseignement Primaire*: Auch hier trug man nun der Entstehung von gesonderten *Ecoles indigènes* Rechnung und gründete 1888 an der Algierer *Ecole Normale* eine *Section indigène*, in der die Ausbildung der *Maîtres adjoints musulmans* speziell für die *Ecoles préparatoires*, an der ein Großteil der indigenen Kinder unterrichtet werden sollten, von Statten ging.¹⁰³ Ziel war es, den Widerstand der Eltern gegen die europäische Schule durch den Einsatz indigener Lehrer aufzuweichen und so bessere Schulabsolventenzahlen unter den Kolonisierten zu erreichen. Den angehenden indigenen Lehrern wurde eine strikte Moral- und Disziplinerziehung auferlegt, die sie zu Vorbildern in Sachen Pünktlichkeit, Sauberkeit und Fleiß machen sollte.¹⁰⁴

Der Erste Weltkrieg stellte zwar für das bestehende indigene Schulsystem aus institutioneller Sicht keine Zäsur dar, doch wirkte er in erheblichem Maße auf den Erfahrungshorizont vieler Kolonisierter ein: Viele von ihnen dienten in dieser Zeit entweder in der französischen Armee oder arbeiteten in Industrie oder Landwirtschaft in der Metropole. Nicht selten kehrten sie mit veränderten Wertvorstellungen zurück und waren nun der westlichen Lebensweise gegenüber aufgeschlossener.¹⁰⁵ Dies hatte unmittelbare Auswirkungen auf ihre Haltung gegenüber der Schulbildung: Die anfänglich ausgeprägte Skepsis wich nun der Bejahung und einer verstärkten Nachfrage vieler Eltern nach schulischer Bildung für ihre Kinder. Die Logik, dass sozialer Aufstieg nur über Alphabetisierung und grundlegende Schulbildung funktionierte, verinnerlichten die indigenen Eltern und hielten ihre Kinder dazu an, zumindest die

¹⁰⁰ Léon, *Colonisation*, S. 173.

¹⁰¹ Poulard, *Enseignement*, S. 153.

¹⁰² Ebd., S. 151f.

¹⁰³ Léon, *Colonisation*, S. 160.

¹⁰⁴ Colonna, *Instituteurs*, S. 146.

¹⁰⁵ Léon, *Colonisation*, S. 187ff.

Grundschule abzuschließen, um sich Hoffnung auf eine Stelle als Lehrer, Übersetzer oder Kleinbeamter machen zu können.¹⁰⁶ In gewisser Weise drehte sich nun die Konstellation um: Die Muslime drängten nun verstärkt in das Schulsystem hinein, während die Behörden bemüht waren, ihren Bildungshunger nicht zu groß werden zu lassen.

In der Tat bestand gerade auf höherer ministerieller Ebene der Wunsch nach Verinnerlichung „zivilisatorischer“ Verhaltensweisen auf Seiten der indigenen Bevölkerung, doch wollte man den nun tausendfach angestrebten sozialen Aufstieg durch die Schule begrenzen.¹⁰⁷ Die europäische Bevölkerung Algeriens fürchtete um ihre soziale Vormachtstellung und auch die Administration verfolgte keineswegs das Projekt der sozialen Mobilität für die Kolonisierten. Ziel war es vielmehr, die Lokalbevölkerung durch die Vermittlung grundlegender Bildung und praktischen Wissens in ihren Dörfern zu halten, ihre Lebensweise in Fragen von Hygiene, Erziehung, dem Umgang mit Frauen und Landwirtschaft zu rationalisieren und so ihren Lebensstandard zu verbessern.¹⁰⁸ Eine umfassende Landflucht und unmittelbares Konkurrieren mit den Europäern um niedere Beamtenstellen war in diesem Zusammenhang nicht vorgesehen. Ohnehin begann die schmale französierte Schicht unter den Kolonisierten an der Ernsthaftigkeit des Assimilierungsprojekts zu zweifeln: Trotz der Teilnahme vieler Indigener am Ersten Weltkrieg wurde ihr Anliegen in dieser Sache weitgehend abgeschmettert. So lehnte die Nationalversammlung 1919 die Erleichterung der Einbürgerung ab; in den 1930er Jahren dann scheiterte die groß angekündigte Reform Blum-Viollette, die größeren Teilen der indigenen Bevölkerung die Bürgerrechte gewährt hätte.¹⁰⁹ Die Zurückhaltung der Administration gegenüber den Aufstiegsbestrebungen der Kolonisierten führte dazu, dass die indigenen Schulen trotz massiv gestiegener Nachfrage unterfinanziert blieben und Klassen nicht selten eine Stärke von 60 Schülern erreichten. Immer wieder richteten indigene Eltern Briefe und Bittschriften an die Verwaltung, sie möge doch endlich auch in ihrem Dorf bzw. in ihrer Kleinstadt eine Schule eröffnen.¹¹⁰ Angesichts der Tatsache, dass die Neugründungen indigener Schulen in den 1920er Jahren immer stärker der Nachfrage hinterhinkten, tauchte sogar wieder die Überlegung auf, beide parallel funktionierenden Schulsysteme zu fusionieren und so die kolonisierten Kinder doch noch in den europäischen Schulen einzuschulen. Doch lehnten die Europäer dies strikt mit dem Argument ab, die Integration indigener Kinder in ihre Schulen würde das Niveau nach unten sinken lassen.¹¹¹

¹⁰⁶ Léon, *Colonisation*, S. 192.

¹⁰⁷ Colonna, *Instituteurs*, S. 72.

¹⁰⁸ Ebd., S. 55f.

¹⁰⁹ Léon, *Colonisation*, S. 195.

¹¹⁰ Colonna, *Instituteurs*, S. 33.

¹¹¹ Léon, *Colonisation*, S. 197f.

Zwar stieg die Gesamtzahl indigener Schulkinder bis 1939 auf 114.000 (1914: 46.000), doch konnte dieser Anstieg nur mühsam mit dem demographischen Wachstum der Kolonisierten mithalten, so dass die Einschulungsrate bei 8 % verharrte. Die Unterfinanzierung des Systems führte dazu, dass man Mitte der 1930er Jahre wieder auf Hilfsschulen zurückgriff, in denen im Zweischichtensystem unterrichtet wurde, um mehr Kinder ausbilden zu können.¹¹²

Angesichts dieser aus indigener Sicht enttäuschend verlaufenden Bildungsentwicklung blühte das bis Anfang des 20. Jahrhunderts fast vollständig verdorrte *Enseignement arabe libre*, also das traditionelle Koranschulsystem, wieder auf. Die reformistische Bewegung, welche eine Rückbesinnung auf die religiösen, kulturellen und sprachlichen Eigenheiten der muslimischen Gemeinschaft forderte, konzentrierte ihre Anstrengungen auf den Aufbau eines umfassenden Netzes an Koranschulen, die jenseits staatlicher Förderung, aber auch Kontrolle, die muslimischen Kinder in arabischer Sprache, koranischer Lehre und grundlegenden Kenntnissen in Geographie und Mathematik unterrichteten.¹¹³ 1939 befanden sich immerhin 40.000 Kinder in diesen Schulen, also etwa ein Drittel im Verhältnis zu den staatlichen Schulen, was angesichts der bescheidenen Finanzmittel einer beachtlichen Leistung gleichkommt. Doch hatte das *Enseignement arabe libre* den Nachteil, keine staatlich anerkannten Abschlüsse verleihen zu können, was den Absolventen schlechte Berufsaussichten bescherte.

Erst nach 1945 kam es zum echten Versuch, das Gros der indigenen Bevölkerung tatsächlich einzuschulen: Trotz ihrer Lippenbekenntnisse hatte die Administration die Chance der Zwischenkriegszeit verstreichen lassen, im großen Stil Schulen für die nun bildungswillige kolonisierte Bevölkerung zu bauen. Angesichts der nach 1945 rapide erodierenden Legitimität der französischen Souveränität in Algerien und der Unzufriedenheit der Kolonisierten mit den ihnen gewährten Konzessionen entschloss sich die Regierung zu signifikanten Schritten: So fusionierten 1949 das europäische und das indigene Schulsystem zu einem einzigen, wodurch die finanzielle Benachteiligung der Kolonisierten im Bildungsbereich wegfiel.¹¹⁴ Auch wurden die Schulbücher dahingehend überarbeitet, dass in ihnen keine ethnische Hierarchie mehr erkennbar war und sie nun auch für die indigenen Schüler ansprechende und anschauliche Materialien zur Verfügung stellten.¹¹⁵ Nicht nur im Grundschulbereich lernten Europäer und Muslime nun zusammen: So wurden die *Médersas* 1951 in so genannte *Lycées*

¹¹² Léon, Colonisation, S. 198.

¹¹³ Ebd., S. 205.

¹¹⁴ Ebd., S. 224.

¹¹⁵ Ebd., S. 227f.

d'enseignement franco-musulmans umgewandelt. Die zahlenmäßigen Fortschritte machten sich jetzt schnell bemerkbar: 1954 waren mehr als 300.000 oder 15 % indigene Kinder eingeschult¹¹⁶, was fast einer Verdreifachung der Einschulungsrate im Verhältnis zum Vorkriegsniveau gleichkommt. Doch konnten diese Kraftanstrengungen nicht überdecken, dass die „conquête des esprits“ bereits 1945 gescheitert und es zu spät war, diese jetzt auf die Schnelle nachzuholen. Die Schülerzahlen wuchsen trotz oder gerade wegen des Algerienkrieges bis 1960 sogar auf knapp 700.000 oder 30 % an¹¹⁷, bevor Algerien 1962 unabhängig wurde.

Schließlich muss noch auf den Rang des Arabischen im Schulunterricht Bezug genommen werden, da sich hiermit die sensible Frage der Identifizierung der indigenen Bevölkerung mit dem Schulsystem als solchem verband. Grundsätzlich war das Französische Unterrichtssprache, während das Arabische allenfalls als „Fremdsprache“ gelehrt wurde. Die ab 1850 eingerichteten *Ecoles arabe-françaises* setzten sich dann auch zunächst einmal als oberstes Ziel, muslimische Schüler mit der französischen Sprache vertraut zu machen und ihre sprachliche Annäherung dadurch zu erleichtern, dass sie gemeinsam mit europäischen Schülern unterrichtet wurden.¹¹⁸ Dennoch ging die Schulverwaltung auf die muslimischen Familien zu: Um diesen ihr Misstrauen gegenüber dem von den Kolonialherren betriebenen Schulsystem zu nehmen, genehmigte sie Arabischunterricht.¹¹⁹ Doch spielte dieser in den Jahren 1850-1880 faktisch kaum eine Rolle: Es fehlte zunächst einmal an ausgebildeten Grundschullehrern, die des Arabischen mächtig waren. Hinzu kam der Widerstand vieler europäischer Siedler und von Teilen der Schulverwaltung gegen eine Ausweitung des Arabischunterrichts.¹²⁰ Nur die drei 1850 gegründeten und staatlich kontrollierten *Médersas*, welche den muslimischen Klerus und niedere indigene Funktionseleiten ausbildeten, hielten den Unterricht in dieser Sprache ab.¹²¹

Nach Schließung der *Ecoles arabe-françaises* 1880 dann wurde die Stellung des Arabischen im algerischen Schulsystem spürbar aufgewertet. Ziel war es jetzt nicht mehr nur, die indigenen Schüler an die französische Sprache und Zivilisation heranzuführen. Die Schulpolitik wandelte sich nämlich nun dahingehend, dass der Widerstand der muslimischen Bevölkerung gegen das französische Schulsystem überwunden und der Grundstein für eine –

¹¹⁶ Léon, *Colonisation*, S. 230.

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ Messaoudi, *Arabissants*, S. 306.

¹¹⁹ Ebd., S. 307.

¹²⁰ Ebd., S. 506f.

¹²¹ Ebd., S. 507.

für das Kolonialsystem notwendige – französisierte Elite gelegt werden sollte.¹²² Die flächendeckende Einführung von Arabischunterricht war dazu gedacht, das Vertrauen der muslimischen Familien zu gewinnen und sie dazu zu bewegen, ihre Kinder in die französischen Schulen zu schicken. Die Schuldekrete von 1883 machten Arabischunterricht in den Grundschulen für indigene Schüler tatsächlich obligatorisch, wohingegen dieser für die europäischen Mitschüler optional blieb.¹²³ Faktisch jedoch hatte das Arabische auch nach 1880 weiterhin mit zahlreichen Widrigkeiten zu kämpfen: So konnte die Ausbildung indigener und damit arabischsprachiger Grundschullehrer an der *Ecole Normale* in Bouzaréah zwar den Lehrermangel lindern, das Grundproblem als solches aber auch nicht beheben. Als Folge boten nur die in ländlichen Regionen gelegenen *Ecoles indigènes* Arabischunterricht an, so dass dieser in ethnisch gemischten und städtischen Gebieten die Ausnahme blieb. Auch handelte es sich zumeist um Dialektalarabisch, welches den indigenen Kindern, die die nur oral verwendete Sprache von zuhause her bereits kannten, kaum von Nutzen war.¹²⁴

Erst unter dem vom Pariser Erziehungsministerium berufenen Rektor der Akademie von Algier, Charles Jeanmaire, konnte sich auch das geschriebene und formale Hocharabisch ab 1898 als Unterrichtsfach durchsetzen. Auf Druck der indigenen öffentlichen Meinung, aber auch unterstützt von führenden französischen Arabisten wie Augustin Bernard wurden die Unterrichtsprogramme für die Grundschule geändert: Das Hocharabische schlug hier nun mit zweieinhalb bis fünf Wochenstunden zu Buche und beschränkte sich nicht nur auf die indigenen Schüler, sondern bezog ebenso deren europäische Kameraden mit ein.¹²⁵ Obwohl Grundschullehrer nicht verpflichtet waren, Arabisch zu können, führte die Schulverwaltung 1906 ein *Certificat d'aptitude à l'enseignement élémentaire de l'arabe parlé* ein, durch dessen Erwerb sich die Pädagogen Prämien hinzuverdienen und ihren Status verbessern konnten. Trotz der Vereinheitlichungsbestrebungen Jeanmaires blieben wichtige Unterschiede zwischen den beiden ethnisch unterschiedenen Schülergruppen bestehen: Während die Europäer nun zunehmend das ihnen nützlichere Dialektalarabisch erlernten, wurde Hocharabisch vor allem an den *Ecoles indigènes* unterrichtet.¹²⁶ Von einem „Aufgehen“ und „Assimilieren“ der indigenen Schüler durch Mischung mit europäischen Schülern konnte also keine Rede mehr sein: Vielmehr hatte das System immer stärker die Tendenz, je nach ethnischer Gruppe zu unterscheiden und spezifische Programme zur Anwendung kommen zu lassen.

¹²² Messaoudi, *Arabissants*, S. 507f.

¹²³ Ebd., S. 511.

¹²⁴ Ebd., S. 511f.

¹²⁵ Ebd., S. 513f.

¹²⁶ Ebd., S. 513.

Interessanterweise expandierte der Arabischunterricht nach 1905 am Stärksten an den weiterführenden *Collèges* und *Lycées*, an denen so gut wie keine indigenen Schüler anzutreffen waren. Hauptanliegen der Schulpolitik in diesem Zusammenhang war es, die Vermittlerschicht zwischen Europäern und Muslimen auf eine breitere ethnische Basis zu stellen und die bis dahin vorherrschende indigene Dominanz abzumildern.¹²⁷ Diese Entwicklung ging mit einer weiteren Aufwertung der Sprache einher: So erhielten Gymnasiasten ab 1874 die Möglichkeit, Arabisch als Abiturfach zu belegen. Auch wurde die Aufwertung institutionell durch die Einführung des Studienfaches Arabisch an Gymnasien sowie der *Agrégation* bestätigt.¹²⁸ Doch ging es dabei nicht so sehr um die Würdigung der arabischen Sprache, die das französische Bildungssystem bis dahin stark vernachlässigt hatte. Vielmehr stand die „conquête des coeurs“ der indigenen Bevölkerung im Vordergrund, welche um die Jahrhundertwende in ihrer überwältigenden Mehrheit des Französischen unkundig war und nur in ihrer Muttersprache vom Wohl der Kolonialherrschaft überzeugt werden konnte.¹²⁹ Mehrere muslimische Gelehrte ereiferten sich gegen die Vermittlung des Dialektalarabischen und sahen darin einen „Angriff auf die Würde der arabischen Sprache“, was einmal mehr unterstreicht, dass der Arabischunterricht vorrangig einen instrumentellen Charakter trug.¹³⁰

Für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg kann von einer Ausweitung des Arabischunterrichts, wie es zwischen 1883 und 1914 der Fall war, keine Rede mehr sein. Vielmehr erschien die Sprache den Behörden nun zunehmend als suspekt und bedrohlich.¹³¹ Dies hing einerseits mit dem blühenden indigenen Publizismus und dem gesteigerten öffentlichen Selbstbewusstsein der Kolonisierten zusammen, war andererseits aber auch auf den obsessiven Diskurs des „péril démographique“ zurückzuführen: Die Angst vor der demographischen Verdrängung durch die geburtenstärkeren Muslime war jedenfalls allgegenwärtig.¹³² Auf Seiten der Europäer war der Rückgang des Interesses am Arabischunterricht deutlich zu spüren: Gerade an weiterführenden Schulen, an denen nur wenige muslimische Schüler lernten, ging die Zahl der Klassen mit Arabischunterricht stark zurück. Dies führte gleichzeitig dazu, dass sich auch die Ausbildung zum Arabischlehrer einer abnehmenden Popularität erfreute, wodurch es wiederum zu einem akuten Arabischlehrermangel an den Grundschulen kam.¹³³ Selbst nach 1949, als indigenes und europäisches Grundschulsystem vollständig fusionierten, erlangte der

¹²⁷ Messaoudi, *Arabissants*, S. 519.

¹²⁸ Ebd., S. 520.

¹²⁹ Ebd., S. 520f.

¹³⁰ Ebd., S. 522f.

¹³¹ Ebd., S. 537.

¹³² Ebd., S. 538.

¹³³ Ebd., S. 538f.

Arabischunterricht nie obligatorischen Status und blieb weitgehend den indigenen Schülern vorbehalten. Arabisch galt nun zunehmend als „feindliche“ Sprache und wurde zum Symbol des muslimischen Nationalismus. Schließlich muss auf die Bemühungen der Reformisten verwiesen werden, die nach dem Ersten Weltkrieg das *Enseignement Arabe Libre* wieder auferstehen ließen und bis zu 40.000 Schüler jenseits jeglichen staatlichen Einflusses mit dem Arabischen vertraut machten.¹³⁴ Sicherlich waren diese Zahlen im Verhältnis zum Bildungsbedürfnis der indigenen Bevölkerung gering; auch schafften die Reformisten es nicht, durchschlagende Erfolge bei der Alphabetisierung im Hocharabischen zu erreichen. Dennoch fielen ihre Bemühungen zumindest indirekt auf fruchtbaren Boden: So verankerten sie die Bedeutung des Arabischen im Bewusstsein vieler Muslime und wirkten so in entscheidender Weise gemeinschafts- und identitätsstiftend. Insofern ist die Rolle des *Enseignement Arabe Libre* und ihrer Träger, der *Oulémas*-Bewegung, für den rapiden Aufstieg des muslimischen Nationalismus nach 1945 nicht zu unterschätzen.

I.3) Die soziale Zusammensetzung der indigenen Eliten und ihr beruflicher Werdegang

Die Schicht der indigenen Eliten, die sich im Zeitraum 1880-1920 konstituierte, war äußerst schmal und muss hier näher umrissen werden. Sie setzte sich aus den französisierten Eliten, die die *Ecoles indigènes* besucht hatten, und den arabisierten Eliten, welche an den Koranschulen und den *Médersas* oder im Ausland ausgebildet wurden, zusammen, wobei die Grenzen fließend waren. In der Praxis waren viele Eliten zwei- oder sogar mehrsprachig, auch wenn die Kombination Dialektalarabisch/Französisch häufiger vorkam als Hocharabisch/Französisch. Beide Gruppen bildeten ab den 1920er Jahren die Trägerschicht für den aufblühenden Journalismus und unterschieden sich vor allem aufgrund ihrer schulischen Sozialisation.

Die französisierten Eliten rekrutierten sich aus der schmalen Gruppe derjenigen Kolonisierten, die eine *Ecole arabe-française*, nach 1880 eine *Ecole indigène*, oder sogar zusätzlich eine weiterführende französische Schule besucht hatten. Doch funktionierte das von den Kolonialherren eingesetzte Schulsystem für die Kolonisierten, wie Fanny Colonna gezeigt hat¹³⁵, nur im Ausnahmefall als „Fahrstuhl nach oben“. Von einem massenhaften sozialen Aufstieg durch die Schule kann hier in keiner Weise die Rede sein. Vielmehr blieben der erworbene Schulabschluss und das erlernte Französisch im Regelfall ohne soziale Wirkung, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen war, dass kaum Betätigungsmöglichkeiten

¹³⁴ Siehe Kapitel I.2.

¹³⁵ Colonna, *Instituteurs*, S. 77.

für gebildete Kolonisierte vorgesehen waren und diese auch politisch weitgehend unerwünscht blieben.¹³⁶ Gingen 1914 immerhin 46.000 indigene Kinder in die Grundschule, so besuchten zur gleichen Zeit gerade einmal 400 (!) Kolonisierte französische *Collèges* oder *Lycées*, also weiterführende Schulen, nachdem die Zahl um die Jahrhundertwende noch bei 86 gelegen hatte.¹³⁷ Dies macht deutlich, wie begrenzt die Basis für eine auch intellektuell rege französisierte Elite war und wie sehr es sich bei Journalisten beispielsweise um Einzelfälle und Ausnahmen von der Regel handelte.

Etwa von den 1880er Jahren an waren die „grandes familles indigènes“, welche vorwiegend in ländlichen Regionen quasi das Monopol auf hoheitliche Ämter wie das *caïdat* (Verwaltungsbeamter) innehatten, im Abstieg befindlich.¹³⁸ Während sie bis dahin gewissermaßen im Auftrag der Kolonialherren den ländlichen Raum, der von der Administration unterverwaltet war¹³⁹, kontrollierten und hier Steuern erhoben, Frondienste verhängten und Recht sprachen, so änderte sich die Lage im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts: Die Ziviladministration weitete nach dem niedergeschlagenen Aufstand von 1871 ihren Einfluss auf viele ländliche Gebiete aus.¹⁴⁰ Ein Übriges taten die Enteignungen indigener Landbesitzer zugunsten von europäischen Siedlern.¹⁴¹ Die Stammesstrukturen, die bis dahin als wichtige Vermittler und Multiplikatoren der Kolonialadministration fungiert hatten, brachen nun in sich zusammen, wodurch die traditionelle indigene Sozialordnung aus den Fugen geriet: Die überkommene und relativ bildungsferne Elite büßte ihre Machtstellung zumindest in Teilen ein und sank in der Gunst der Administration, was zu einem Vakuum führte, das geschlossen werden musste.¹⁴² Die Kolonialadministration hatte natürlich weiterhin ein vitales Interesse am Bestehen einer indigenen Elite sowie an ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit: Auch wenn sie die eigenen Machtbefugnisse territorial ausdehnte, so war sie mehr denn je auf eine niedere und vor allem untergeordnete, jedoch nicht wegzudenkende indigene Funktionselite angewiesen. Diese musste über eine bessere

¹³⁶ Zum Druck, den die Siedler auf die Administration ausübten, um die Schulbildung der Kolonisierten zu begrenzen und sich so ein ungelerntes, forderungsloses und billiges Landproletariat zu erhalten, siehe Merad, *Regards*, S. 607.

¹³⁷ Colonna, *Instituteurs*, S. 93.

¹³⁸ Einen Überblick über diese Entwicklung gibt Ageron, *Algériens Musulmans*, Band 1, S. 390-393.

¹³⁹ Mahé, *Grande Kabylie*, S. 9.

¹⁴⁰ Ageron, *Algériens musulmans*, Band 1, S. 144ff. Auch S. 162ff.

¹⁴¹ Colonna, *Instituteurs*, S. 79.

¹⁴² Ageron, *Algériens musulmans*, Band 1, S. 390-393, Unterkapitel „La décadence des grandes familles“. Ismael Urbain kommentierte diese Destrukturierung der indigenen Gemeinschaft kritisch: „On n’a pas pris garde qu’en poursuivant ces fantômes (féodalités-aristocratie) on a complètement désorganisé la société indigène et quand nous avons besoin d’agir sur elle, nous n’avons plus de prise, nous nous trouvons en présence d’individus isolés.“ Zitiert nach Ageron, *Algériens Musulmans*, Band 1, S. 393. Dennoch gab es durchaus Ausnahmen: So arbeiteten einige Journalisten, die aus der traditionellen Notablenelite stammten, bei offiziellen Publikationsorganen wie *Le Mobacher*. Siehe Ihaddaden, *Presse indigène*, S. 145.

Ausbildung verfügen als die bisher fungierenden „grandes familles“: Die Durchsetzung des Zivilregimes in weiten Teilen Algeriens erforderte Justizbeamte, Übersetzer, Schreibkräfte, muslimischen Klerus, Grundschullehrer, Gesundheitspersonal, Landbautechniker u. Ä., die allesamt des Französischen mächtig waren.¹⁴³ Die „grandes familles“ konnten diesen Bedarf nicht decken, behielten aber dennoch einen gewissen Einfluss im ländlichen Raum. Auch der Ruin des traditionellen Schulsystems, welches zumindest den Klerus und die Beamten des islamischen Justizsystems noch einigermaßen effektiv ausgebildet hatte, machte den Bedarf an anderweitig ausgebildeten indigenen Eliten nur noch dringlicher.¹⁴⁴

An ihre Stelle traten nun die wenigen Absolventen der „filière indigène“ des französischen Schulsystems, wobei unterstrichen werden muss, dass die große Masse der Absolventen des *Enseignement Primaire* in ihren Dörfern blieb und in der familiären Landwirtschaft mitarbeitete.¹⁴⁵ Nur ein kleiner Teil der Grundschulabgänger trat in den Dienst der Kolonialadministration, was nicht zuletzt daran lag, dass nur für wenige der zu besetzenden Posten das so genannte *Certificat d'Etudes Primaires* (CEP), welches den erfolgreichen Abschluss der *Ecole primaire indigène* bestätigte, genügte, wie etwa für Schreibkräfte. Für die meisten Stellen war eine relativ kurze Spezialisierung an weiterführenden Schulen im Anschluss an die sechsjährige Grundschulausbildung vonnöten. So gingen angehende *Auxiliaires médicaux* und *Techniciens agricoles* auf so genannte *Ecoles techniques*, während Anwärter auf ein Amt als *Imam*, *Muphti* oder *Cadi* (Richter an islamischen Gerichten) für vier weitere Jahre eine der drei offiziellen *Médersas* besuchte.¹⁴⁶ Auffällig ist, wie viele der insgesamt wenigen Tausend naturalisierten Muslime einen Grad in der Armee anstrebten: In den Jahren 1860-1890 stiegen Dutzende von ihnen zu Hauptmännern, Obersten und sogar Offizieren auf. Häufig kombinierten sie diese Stellung mit der Aufgabe als *Interprète militaire*. Viele von ihnen hatten sogar eine weiterführende Schule besucht, einige wenige das Abitur gemacht, womit sie sich deutlich von ihren Religionsgenossen absetzten, die nicht über die französische Staatsbürgerschaft verfügten.¹⁴⁷ Doch bildete die Schlüsselposition im öffentlichen Dienst eindeutig das Amt des Grundschullehrers: Diesem kam im Hinblick auf die von der Administration angestrebte „Assimilierung“ der indigenen Bevölkerung strategische Bedeutung zu und erlangte bei der indigenen Bildungselite rasch höchste Popularität. Obwohl das Amt keineswegs ein übermäßig hohes Einkommen versprach, entwickelte es sich zur prestigereichsten Stellung und zog die besten Schüler aus dem

¹⁴³ Colonna, *Instituteurs*, S. 84ff.

¹⁴⁴ Mahé, *Grande Kabylie*, S. 261.

¹⁴⁵ Colonna, *Instituteurs*, S. 57f.

¹⁴⁶ Ebd., S. 86f.

¹⁴⁷ Siehe dazu Ismael Hamet, *Les Musulmans français du Nord de l'Afrique*, Paris 1906, S. 191ff.

Enseignement Primaire an, welche allerdings zunächst noch die *Ecole Normale* zu absolvieren hatten, wo sie innerhalb von drei Jahren zu Grundschullehrern ausgebildet wurden.¹⁴⁸ Fanny Colonna hat für die Zeit von 1880 bis 1939 zeigen können, dass die Mehrheit der *Instituteurs* aus einem wohlhabenden, pro-französischen Milieu stammte und ihre Väter überproportional häufig Französisch lesen und schreiben konnten. Nicht wenige von ihnen absolvierten zusätzlich zur *Ecole indigène* eine weiterführende Schule, also das *Collège*, wenn nicht sogar das *Lycée*, und zogen dennoch die Ausbildung zum Grundschullehrer vor, obwohl ihnen der Weg zum *Officier de santé* oder zum prestigereichen Richter an islamischen Gerichten offen stand.¹⁴⁹ Dies macht deutlich, welche Attraktivität das Amt auf die französisierte kolonisierte Elite ausstrahlte und wie sehr das französische Schulsystem und seine „filière indigène“ mit zunehmender Dauer das traditionelle arabische Schulsystem, das – sicherlich geschwächt – weiter existierte und ab den 1930er Jahren durch den Eifer der Reformisten neue Impulse erhielt, austauch.¹⁵⁰ In der Tat war die Ausbildung im französischen System mit weitaus besseren Berufsaussichten verbunden, was die kolonisierte Bevölkerung besonders ab den 1920er Jahren immer mehr verinnerlichte und in Verbindung mit einem gesteigerten Pragmatismus dazu veranlasste, das traditionelle Koranschulsystem links liegen zu lassen. Selbst das reformistische *Enseignement arabe libre* der 1930er Jahre erreichte höchstens 40.000 Schüler, während die „filière indigène“ 1939 bereits 114.000 indigene Schüler umfasste.¹⁵¹ Bezeichnenderweise schickten die Reformisten nach 1945 ihre eigenen Kinder mehrheitlich nicht mehr in das *Enseignement arabe libre*, das sie selber betrieben, sondern in das lukrativere französische System.¹⁵² In der Tat bot das traditionelle System außer dem möglichen Besuch einer offiziellen *Médresa*¹⁵³ kaum Berufsaussichten, allenfalls noch als schlecht bezahlter Lehrer in eben dem *Enseignement arabe libre*, in dem man selbst unterrichtet worden war. Dennoch muss hier hinzugefügt werden, dass ein erheblicher Teil der französisierten Eliten, ca. 25 %, gleichzeitig des Hocharabischen mächtig waren und zumeist die Tätigkeiten ausfüllten, welche ihren Sprachkenntnissen entsprachen, also Übersetzer, Richter und Anwalt an islamischen Gerichten, Funktionen im islamischen Kultursystem. Der beruflich aus dem Kolonialsystem ausgeschlossene Teil der arabisierten Eliten fristete meist ein elendes materielles Dasein, obwohl er es durchaus zu Anerkennung innerhalb der indigenen Gesellschaft brachte.

¹⁴⁸ Colonna, *Instituteurs*, S. 95.

¹⁴⁹ Ebd., S. 97.

¹⁵⁰ Ebd., S. 94.

¹⁵¹ Léon, *Colonisation*, S. 197.

¹⁵² Colonna, *Instituteurs*, S. 88.

¹⁵³ Wobei der öffentliche Dienst jährlich gerade einmal 12 Abgänger einer *Médresa* aufnehmen konnte, siehe dazu Poulard, *Enseignement*, S. 151f.

Auffällig ist die enge Beziehung, die zwischen der Grundschullehrerausbildung und dem Journalismus bestand. Die Quellen legen offen, dass viele Publizisten zuvor diese Ausbildung durchlaufen hatten und oftmals parallel zur pädagogischen Tätigkeit schrieben. Grundsätzlich kann man annehmen, dass das Grundschullehreramt unter Kolonisierten als eine Art Exzellenznachweis galt, mit dem man Zutritt zur Elite erhielt, womöglich ähnlich zur französischen *Agrégation*, die auch von Hochschulabsolventen erworben wurde, welche gar nicht beabsichtigten, als Lehrer zu arbeiten. Natürlich war der Journalismus in keiner Weise mit den sonstigen oben genannten Funktionen vergleichbar, für die die Administration geeignete indigene Bewerber benötigte. Er war quasi ein Nebenprodukt der Ausbildung der kolonisierten Elite: Die Qualifizierung von Funktionseliten führte eben auch dazu, dass sich diese – konfrontiert mit westlichem Denken – ihrer Stellung als kolonisierter Elite bewusst wurden und die Teilnahme am öffentlichen Diskurs für sich beanspruchten. Der Administration missfiel diese Publikationsaktivität, da sie in ihren Augen nicht vereinbar war mit der untergeordneten Stellung der kolonisierten Elite im öffentlichen Dienst Algeriens.¹⁵⁴ Sie war peinlich darauf bedacht, die Kolonisierten nicht in direkte Konkurrenz mit den Europäern treten zu lassen: So waren viele Stellen bis nach dem Ersten Weltkrieg vollen französischen Staatsbürgern vorbehalten, darunter auch die des Grundschullehrers. In der Tat konnten indigene Absolventen der Ausbildung nur *Maître adjoint* werden, also Grundschullehrer zweiter Kategorie, was mit weniger Einkommen und weniger Verantwortung verbunden war, aber dennoch nichts an der großen Popularität der Tätigkeit änderte.¹⁵⁵ Das durch die Publikationstätigkeit zum Ausdruck kommende Selbstbewusstsein der kolonisierten Elite war den Europäern ein Dorn im Auge: Sie warfen der *Ecole indigène* vor, eine „Ecole d’insurgés“ zu sein, welche bei den Kolonisierten eine rebellische und aufmüpfige Haltung fördere, die den Status Quo in Frage stelle.¹⁵⁶

I.4) Die ersten journalistischen Gehversuche der französisierten und der arabisierten Eliten: Gemeinsamkeiten und Unterschiede und ihre Folgen für die Identitätsbildung

Auch wenn französisierte und arabisierte Eliten bisweilen unterschiedliche schulische Sozialisationen erfuhren, so darf man sich beide Gruppen nicht als hermetisch voneinander abgeriegelte Strömungen vorstellen, wie sich am Beispiel des Journalismus zeigen lässt. Sicherlich bereiteten das traditionelle Schulsystem einerseits und die „filière indigène“

¹⁵⁴ Zur Haltung der Administration gegenüber dem indigenen Journalismus siehe Kapitel III.3 zur *Surveillance politique*.

¹⁵⁵ Zur Zugangsbeschränkung zum Amt des Grundschullehrers siehe Cheffaud, *Enseignement*, S. 29. Zum Schutz der Europäer vor indigener Konkurrenz siehe Colonna, *Instituteurs*, S. 78.

¹⁵⁶ Merad, *Regards*, S. 607.

andererseits jeweils auf unterschiedliche Berufe und Funktionen vor. Doch gab es durchaus auch Grauzonen und Übergänge zwischen beiden Gruppen: So artikulierten sich französisierte Kolonisierte 1911 und 1912 mittels der zweisprachigen Publikation *El Hack* als Sprachrohr des Algierer Kleinbürgertums, ergriffen anders als die Mehrheit der jungalgerischen Intellektuellen gegen die Naturalisierung Partei und unterstrichen vielmehr die Bedeutung des Islam.¹⁵⁷ Trotz ihrer Französisierung publizierten sie in der Zeitung auch Artikel auf Arabisch und machten damit deutlich, dass ihnen sehr wohl an der Wahrung ihrer kulturellen Identität gelegen war. Die Redakteure setzten sich aus Grundschullehrern, Kleinbeamten, Richtern und Anwälten an islamischen Gerichten zusammen und demonstrierten damit einträchtig, dass der Graben zwischen beiden Schul- bzw. Ausbildungssystemen nicht unüberwindbar war. Sie zeigten sich dem „Assimilationismus“ der jungalgerischen Mehrheit gegenüber kritisch, ohne in antifranzösische Reaktionsmuster zurückzufallen.¹⁵⁸ Auch gab es Beispiele von Journalisten, die eine zweigleisige Schulausbildung genossen hatten und in beiden Systemen bzw. kulturellen Sozialisationsräumen zuhause waren. So besuchte Abdelhamid Benzine, von 1950 bis 1955 Redakteur bei *Alger-Républicain*, in den 1930er Jahren parallel *Ecole indigène* und Koranschule, wuchs so zweisprachig auf und ging ab 1939 sogar auf das französische *Collège* in Sétif. Nach 1945 schloss er die Ausbildung an der *Médersa* ab und studierte schließlich islamisches Recht an der Zitouna-Universität in Tunis.¹⁵⁹

Gerade zu Beginn der allerersten journalistischen Versuche kolonisierter Autoren war die Grenze zwischen arabisierten und französisierten Eliten fließend. So stellte *Le Mobacher*, eine von der Administration 1848 herausgegebene arabischsprachige Zeitung¹⁶⁰, die die indigene Bevölkerung mit den Zielen und Absichten der Kolonialherren vertraut machen sollte, eine Reihe indigener Redakteure ein, die an den *Ecoles arabes-françaises* und teilweise an den weiterführenden Schulen (*Collèges*, *Lycées*) ausgebildet worden waren, ein. Die Badaouis, sowohl Vater als auch Sohn, arbeiteten für das Regierungsblatt, ohne sich von ihrer arabischen Herkunftskultur zu lösen.¹⁶¹ Das Beispiel der Brüder Fekar zeigt ebenso, wie eng arabisierte und französisierte Milieus miteinander verwoben waren: Larbi, französischer Staatsbürger, arbeitete neben seiner Publikationstätigkeit als Grundschullehrer und gründete 1903 die zweisprachige Zeitung *El Misbah*¹⁶² in Oran, während sein Bruder Benali als einer

¹⁵⁷ Zu *El Hack* siehe Collot, Régime juridique, S. 355.

¹⁵⁸ Meynier; Koulakssis, L'Emir Khaled, S. 49f.

¹⁵⁹ René Gallissot (u. a. Hgg.), Algérie: engagements sociaux et question nationale: de la colonisation à l'indépendance de 1830 à 1962, Ivry-sur-Seine 2006, Eintrag „Benzine“.

¹⁶⁰ Siehe Collot, Régime juridique, S. 350.

¹⁶¹ Hamet, Musulmans, S. 205.

¹⁶² Zur Zeitung *El Misbah* siehe Djeghloul, Histoire culturelle, S. 78ff. Siehe ebenso Collot, Régime juridique, S. 354.

der ersten *sujets français* die Algierer Universität abschloss und Anwalt wurde.¹⁶³ Die Fekars fungierten als Vermittler zwischen den Europäern und der kolonisierten Bevölkerung und symbolisierten gleichzeitig gleichsam innerfamiliär die Verbundenheit arabisierten und französisierter Intellektueller.¹⁶⁴

Die französischsprachigen Publikationen hatten in der Regel sehr viele Redakteure in ihren Reihen, die die „*filière indigène*“ durchlaufen und des Öfteren sogar eine weiterführende Schule besucht hatten. Klassisch war hier die Karriere als Grundschullehrer bzw. *Maître adjoint* für diejenigen, die nicht die französische Staatsbürgerschaft besaßen. So hatten alleine bei *Alger-Républicain* die Redakteure Boualam Khalfa, Mohand Léchani¹⁶⁵, Ahmed Akkache¹⁶⁶, Lakhdar Kaidi¹⁶⁷ und Ahmed Smaili diesen Beruf ausgeübt, bevor sie zum Journalismus stießen. Allen gemeinsam war der Besuch einer *Ecole indigène* und anschließend der *Ecole Normale* in Bouzaréah, an der französische Staatsbürger zum Grundschullehrer und indigene Bewerber zum *Maître adjoint* für den Grundschuldienst ausgebildet wurden.¹⁶⁸ Der Verband indigener Grundschullehrer gründete 1922 selbst die Zeitung *La Voix des Humbles*, die eine gewichtige Rolle im Spektrum der indigenen Presse der Zwischenkriegszeit spielte und aus der das hohe Selbstwertgefühl eben dieser als Grundschullehrer fungierenden kolonisierten Elite sprach. Doch gab es auch Beispiele für Journalisten, die aus den traditionellen Bildungsinstitutionen hervorgegangen waren, wie Mohamed Benhoura, der an einer *Médersa* zum *Cadi* ausgebildet worden war und für zahlreiche Publikationen wie beispielsweise die reformistischen Zeitungen *La Défense* und *La Justice*, *L'Ikdam* sowie in den 1950er Jahren für *Alger-Républicain* schrieb.¹⁶⁹ Die Journalisten arabischsprachiger Publikationen dagegen, allen voran diejenigen reformistischer Provenienz, hatten sehr viel häufiger das traditionelle Koranschulsystem durchlaufen und arbeiteten oftmals selbst als Lehrer im so genannten *Enseignement arabe libre*, welchem die Reformisten in den 1930er Jahren neues Leben einhauchten. Beispielhaft sei hier Said Zahiri erwähnt, der nach Koranschule und *Médersa libre* an der Tuniser Zitouna studiert hatte, dann Lehrer an einer Koranschule in Biskra wurde und ab 1937 für den *El Maghrib El Arabi* als

¹⁶³ El Hadi Chaladi, Un juriste en quête de modernité, Benali Fekar, in: Aissa Kadri (u. a. Hgg.), *Parcours d'intellectuels maghrébins. Scolarité, formation, socialisation et positionnements*, Paris 1999, S. 165-181.

¹⁶⁴ Zu den Brüdern Fekar und der Brückenfunktion der Zeitung *El Misbah*, siehe Messaoudi, *Arabissants*, S. 496.

¹⁶⁵ Annie Rey-Goldzeiguer, *Aux origines de la guerre d'Algérie 1940-1945. De Mers-El-Kebir aux massacres du Nord-Constantinois*, Paris 2002, S. 78f.

¹⁶⁶ Gallissot, *Engagements*, S. 53. Zu weiteren Elementen seiner Biographie siehe Emmanuel Sivan, *Communisme et nationalisme en Algérie, 1920-1962*, Paris 1976, S. 167.

¹⁶⁷ Gallissot, *Engagements*, S. 375ff.

¹⁶⁸ Boualam Khalfa schaffte sogar das Abitur, bevor er die *Ecole Normale* besuchte, siehe Gallissot, *Engagements*.

¹⁶⁹ Centre des Archives Nationales d'Outre-Mer (CAOM) 4I/178: Presse arabe de langue française, 1936-1958.

Redakteur arbeitete.¹⁷⁰ Auch Bachir Al Brahimi, später ein führendes Mitglied der Reformisten, unterrichtete 1925 nach seiner Ausbildung an einer *Zaouia* als Lehrer an einer *Médersa Libre* in Sétif, wobei er kaum des Französischen mächtig war.¹⁷¹ Redakteure nationalistischer Publikationen hatten häufig eine intermediäre Position: Sie waren meist des Französischen mächtig, da sie in der Regel die „filière indigène“ durchlaufen hatten; jedoch zeigen ihre Biographien viel häufiger Knicke, die ihnen den Zugang beispielsweise zur *Ecole Normale* und damit zum Grundschullehreramt verwehrten, wie im Fall von Aissat Idir und Ahmed Mezerna.¹⁷² Möglicherweise führten solche Erfahrungen von Ausschluss und Zurückweisung von Seiten des Kolonialsystems zu einer größeren Empfänglichkeit für nationalistisches Gedankengut.

Die französisierte kolonisierte Elite hatte durchaus keinen leichten Stand und fand sich oft zwischen allen Stühlen wieder. Auf der einen Seite stieß sie auf den Widerstand der Europäer: Die Administration bremste die fordernd auftretenden Intellektuellen in ihrem Elan und blockte ihre Reformansprüche ab. So wandte sich 1912 eine Gruppe von *Jeunes-Algériens* mit dem Ziel an die Regierung, im Gegenzug für die eingeführte Wehrpflicht zumindest mehr politische Partizipation zu erhalten. Trotz der gemachten Versprechen wurden diese Forderungen nur in Teilen und erst nach dem Ersten Weltkrieg in die Praxis umgesetzt.¹⁷³ Auch die europäisch-französische Öffentlichkeit goutierte die Teilnahme der indigenen Elite am öffentlichen Diskurs wenig und verspottete sie als „demi-francisés à certificat d'études“ und „Jeunes Turcs panislamistes“.¹⁷⁴ Hierin steckte sowohl der Vorwurf, sich mit vagem Halbwissen und Grundschulabschlüssen die öffentliche Rede anzumaßen als auch die Angst vor der Entstehung einer islamisch orientierten öffentlichen Meinung in Algerien, beeinflusst von der muslimischen Erweckungsbewegung des Mittleren Ostens. Auf der anderen Seite durchlebte zumindest ein Teil der französisierten Elite einen von wachsendem Unverständnis geprägten Prozess der Entfremdung von ihrem Herkunftsmilieu, den Auguste Berque wie folgt beschrieben hat: „Les siens ne le comprennent plus... Il a parfois oublié sa langue maternelle, ses mœurs sont les nôtres... Il n'y a plus entre eux et lui communauté d'idées ou

¹⁷⁰ Gallissot, *Engagements*, S. 595ff.

¹⁷¹ Siehe Geheimdienstbericht über den Cheikh Brahimi vom 15.9.1950, CAOM 81F/766: Association des Oulémas, surveillance, 1933-1958. Zu seiner Biographie siehe auch Rey-Goldzeiguer, *Origines*, S. 181.

¹⁷² Zu Idir siehe Mohamed Farès, Aissat Idir. Contribution à l'histoire du mouvement syndical algérien du PPA à l'UGTA, Paris 1992. Zu Mezerna siehe Bericht des *Service de Liaison Nord-Africain* der Präfektur Constantine CAOM 93/4282: Dossiers individuels, personnalités marquantes, surveillance des individus, 1944-1957, Eintrag: Mezerna.

¹⁷³ Siehe Ageron, *Algériens musulmans*, Band 2, S. 1041.

¹⁷⁴ Meynier, *L'Emir Khaled*, S. 73.

de sentiments. Et nous, nous l'accueillons avec réserve – voilà le drame des „Evolués“.¹⁷⁵

Auch die Familiengründung war oft von Hindernissen begleitet: So strebten manche französisierte Intellektuelle eine Liebesheirat an, die in ihrem Herkunftsmilieu nicht realisierbar war. Doch handelten sie sich nicht selten Absagen von Französinnen ein und blieben Junggesellen, was ihre soziale Frustration noch mal steigerte.¹⁷⁶

Dies waren nicht die einzigen Probleme, die den französisierten *Jeunes-Algériens* in ihrer Auseinandersetzung mit ihren Religionsgenossen begegneten: So führte nämlich ihre Bejahung der Assimilierung zu Misstrauen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft. Sie galten deswegen hier als Fremde, die sich den Kolonialherren anbiederten und ihre Herkunft negierten.¹⁷⁷ Doch war die Realität komplexer als es die populistischen Vorwürfe erscheinen lassen mögen: So waren die französisierten *Jeunes-Algériens* untereinander uneinig, wie sie auf die kulturelle Vereinnahmung durch die Kolonialherren reagieren sollten. So gab es sicherlich Intellektuelle, die sich voll und ganz hinter das Projekt der kulturellen Assimilierung und der Naturalisierung der kolonisierten Bevölkerung ohne Beibehaltung des so genannten *Statut Personnel Musulman*, also des muslimischen Privatrechts, stellten. Insbesondere die beiden Führungsfiguren der *Association des instituteurs d'origine indigène*, Rabah Zénati und Said Faci, beide französische Staatsbürger und journalistisch bei der *Voix des Humbles* aktiv, verfochten diese Option und beschrieben die indigene Kultur in ihren Schriften und Zeitungsartikeln als „rückständig“ und nichtreformierbar.¹⁷⁸ Doch vereinigte diese Position keineswegs die Mehrheit der *Jeunes-Algériens* auf sich: Die meisten von ihnen hielten unumstößlich an ihrer kulturellen Identität als Muslime fest, auch wenn sie durchaus nicht selten für eine Einbürgerung unter Beibehaltung ihres *Statut Personnel Musulman* plädierten. Noch vor dem bahnbrechenden Besuch des ägyptischen reformistischen Journalisten Mohammed Abdou in Algerien 1903¹⁷⁹ verfolgten sie oftmals die Reformbewegungen des Mittleren Ostens mit besonderer Aufmerksamkeit und standen den Bestrebungen nach einer Rückkehr zum ursprünglichen Islam und dem Erstarken der arabischen Sprache wohlwollend gegenüber.¹⁸⁰ Bis in die 1920er Jahre hinein verharnte die

¹⁷⁵ Auguste Berque, Les intellectuels algériens, in: Revue Africaine, Société d'Histoire d'Algérie (SHA), 1947, S. 131.

¹⁷⁶ Ebd.

¹⁷⁷ Benrabah, Langue, S. 54f.

¹⁷⁸ Siehe beispielhaft Rabah Zénati, Le Problème algérien vu par un indigène, Paris 1938 sowie Said Faci, L'Algérie sous l'égide de la France contre la féodalité algérienne, Toulouse 1936.

¹⁷⁹ Siehe dazu Ali Merad, L'enseignement politique de Muhammad Abduh aux Algériens (1903), in: L'Orient 28, 1963, S. 75-123.

¹⁸⁰ Messaoudi, Arabisants, S. 497.

Zahl der bedingungslosen Naturalisierungen bei wenigen Tausend insgesamt, was die Resistenz der großen Mehrheit der französisierten Eliten unter Beweis stellt.¹⁸¹

Sicherlich stellte die Elite der kolonisierten Grundschullehrer das empfänglichste Milieu für die Assimilierung dar. Sie durchliefen die *Ecole Normale*, an der sie in Spezialkursen zu *Instituteurs* bzw. *Maîtres adjoints* ausgebildet wurden. Doch ging es hier nicht nur darum, die angehenden Pädagogen angemessen auf ihre berufliche Aufgabe vorzubereiten, sondern darum, die kolonisierten Schulanwärter förmlich „umzuerziehen“: Sie sollten westliche Wertmuster, Verhaltens- und Denkweisen verinnerlichen, um diese dann den indigenen Kindern, die sie zu unterrichten hatten, vorleben zu können.¹⁸² Zwar unterstrich die Behörde immer wieder das Ziel der „acculturation sans déculturation“, also der Verinnerlichung westlicher Werte ohne Aufgabe der eigenen, doch ging es in der Praxis gerade darum, den Habitus des jeweiligen Schulanwärters zu verändern. Die *Ecole Normale* bot klosterähnliche Verhältnisse: Die Studenten bereiteten sich drei Jahre lang in einer abgeschotteten Anlage außerhalb Algiers auf den Schuldienst vor; neben einem strikt geregelten Alltag mit festen Unterrichts-, Essens- und Schlafzeiten gab es keinen freien Ausgang, vom Urlaub abgesehen. Pünktlichkeit, Disziplin, Rationalität, Gefühlskontrolle u. Ä. sollten den Anwärtern vermittelt werden, was die „Fonction moralisatrice“ der Institution unterstreicht.¹⁸³ Auch wenn sich letztlich die größten Verfechter einer restlosen Assimilierung in der *Association des instituteurs d'origine indigène* tummelten, so änderte dies dennoch nichts daran, dass das Projekt der „Acculturation“ durch die *Ecole Normale* insgesamt wenig fruchtete: Die Mehrheit der kolonisierten Grundschullehrer war nur oberflächlich „umerzogen“ und in ihrer kulturellen Identität als Muslime bzw. Kolonisierte zumeist nicht berührt.¹⁸⁴

Trotz der sicherlich vorhandenen Unterschiede zwischen arabisierten und französisierten Eliten gab es unter der Mehrheit der kolonisierten Intellektuellen der Jahre 1890 bis 1918 dennoch einen gewissen Grundkonsens, der darauf hinauslief, nach einer Synthese zwischen der „modernité occidentale et l'Islam salafi“ Ausschau zu halten.¹⁸⁵ Die aus dem Koranschulsystem und den *Médersas* hervorgegangene arabisierte Elite bejahte jedenfalls teilweise die französischen Modernitätsvorstellungen, gerade im Bildungs- und Infrastrukturbereich, wie Ben Rahal, ein wichtiger Exponent dieser Strömung, schrieb: „Tout le domaine des sciences exactes... le système des travaux publics et de l'enseignement...

¹⁸¹ Léon, *Colonisation*, S. 192.

¹⁸² Colonna, *Instituteurs*, S. 127ff.

¹⁸³ Ebd., S. 146.

¹⁸⁴ Ebd.

¹⁸⁵ Abdelkader Djeghloul, *La Formation des Intellectuels Algériens Modernes 1880-1930*, in: Ders.; Omar Carlier, Fanny Colonna (Hgg.), *Lettrés, intellectuels et militants en Algérie 1880-1950*, Oran 1988, S. 13.

nous pouvons l'adopter sans grandes modifications.“¹⁸⁶ Großen Wert legte die arabisierte Elite auf die kulturelle muslimische Identität und war nicht bereit, hier Konzessionen wie in Form der bedingungslosen Naturalisierung zuzugestehen, während die technischen, wissenschaftlichen, teilweise auch gesellschaftlichen Vorzüge Frankreichs anerkannt wurden. Politische Aspekte blieben vor 1918 marginal: Sie kamen zwar in Form von der Forderung nach Wahlrecht und Wählbarkeit kolonisierter Eliten zum Ausdruck, doch spielte die Frage nach der grundsätzlichen politischen Ordnung Algeriens bis in die 1920er Jahre unter der kolonisierten Elite keine Rolle.

Auch wenn es nicht für alle kolonisierten Eliten galt – ob französisiert oder arabisiert oder beides –, so vollführten nicht wenige von ihnen einen ständigen Spagat zwischen islamischer Identität und Kollaboration mit dem Kolonialstaat. Eine gewisse Faszination der Durchsetzungskraft westlicher Technik und Staatlichkeit ging einher mit dem von den kolonisierten Eliten empfundenen Gefühl der „Extériorité“ im Verhältnis zum kolonialen System und der Betonung ihrer Verwurzelung in der muslimischen Tradition. Vermutlich war das Bekenntnis der französisierten Eliten zum Islam eher eine Reaktion auf ihren Ausschluss von voller politischer Partizipation, Gleichberechtigung und Akzeptanz von Seiten der Europäer. Angesichts der Gefahr, nirgendwo dazuzugehören, betonten sie ihren traditionellen Kleidungsstil und ihre Frömmigkeit, nicht zuletzt auch, um den Entfremdungstendenzen von der muslimischen Mehrheitsbevölkerung entgegenzuwirken.¹⁸⁷ Die arabisierten Eliten hingegen hatten ein natürlicheres Verhältnis zu ihrem kulturellen Habitus, was jedoch keineswegs ihr Interesse an den westlichen Modernitätsvorstellungen einschränkte. In den Jahren 1890 bis 1918 waren Fälle wie der Omar Kaddours keine Seltenheit: Der arabisierte Journalist schrieb einerseits für das arabischsprachige Regierungsblatt *Le Mobacher*, das seinen Redakteuren wenig interpretatorischen Freiraum ließ und sie auf administrationsfreundliche Deutungen festlegte. Gleichzeitig war Kaddour Redakteur bei der oben bereits genannten Zeitung *El Hack* (1911-1914), in der er immer wieder Kritik an der Politik der Administration übte, wobei er sich auf einem schmalen Grat bewegte.¹⁸⁸ Auch Mustapha Ben El-Hodja ging aus dem Koranschulsystem hervor und arbeitete als Arabischlehrer an der Algierer Safir-Moschee, bevor er Redakteur bei *Le Mobacher* wurde.¹⁸⁹ Es ist nicht immer einfach zu erkennen, was an der Haltung der Journalisten Kalkül und was Überzeugung war: Klar ist, dass die kolonisierten Eliten unter einem gewissen

¹⁸⁶ Siehe dazu Benrabah, *Langue*, S. 54.

¹⁸⁷ Meynier; Koulakssis, *L'Emir Khaled*, S. 53.

¹⁸⁸ Messaoudi, *Arabissants*, S. 336, Fußnote 863.

¹⁸⁹ Djeghloul, *Formation*, S. 10.

Rechtfertigungszwang gegenüber der ungebildeten Mehrheit standen und immer wieder versuchten, den Verdacht der Regierungsnähe zu entkräften.

Es darf nicht vergessen werden, dass auch die arabisierten Eliten durchaus Interesse an der Veränderung des Status Quo innerhalb der muslimischen Gemeinschaft hatten: Besonders die Verbreitung der reformistischen Lehre in Algerien ab dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts stärkte ihre Überzeugung, dass die Religiosität und Frömmigkeit der Muslime eine tief greifende Wandlung zu durchlaufen hatten und dass gleichzeitig ein politisches Bewusstsein geschaffen und die kulturelle Identität geschärft werden müssten. Ähnlich wie die französisierten Eliten setzten sie dabei die Hoffnung in den Kolonialstaat, dass dieser dabei helfen möge, die alten Strukturen der indigenen Gesellschaft – geprägt von der Vormachtstellung der „Grandes familles“, der ländlichen Notablen sowie der *Marabouts*¹⁹⁰ – zu zerstören.¹⁹¹ Was freilich danach kam und wie die neuen Strukturen auszusehen hatten, darüber waren sich auch arabisierte und französisierte Eliten keineswegs immer einig. Dennoch konstituierten beide Strömungen in den Jahrzehnten vor 1918 gemeinsame Geselligkeitsnetzwerke, namentlich die so genannten *Cercles culturels*, in deren Rahmen Lesungen und Konferenzen stattfanden, aber natürlich auch Kontakte und Interessensnetzwerke geknüpft wurden, die teilweise noch in den 1920er Jahren Bedeutung hatten und den Ursprung für die Gründung politischer Gruppierungen bilden sollten.¹⁹² Hinzu kam oft das Prinzip der Genossenschaft: Die Mitglieder konnten sich beispielsweise gegen Krankheit oder Armut absichern und so auch einen materiellen Nutzen aus ihrer Zugehörigkeit zum jeweiligen *Cercle* ziehen.¹⁹³ An diesen Orten der Geselligkeit setzte man sich zum Ziel „de réveiller les indigènes de leur apathie“ und „d’aider à l’évolution nécessaire des Indigènes“.¹⁹⁴ Hierin spiegelte sich der Glaube der kolonisierten Eliten an den Fortschritt und die Machbarkeit der Dinge; der Einfluss französischen Denkens war hier deutlich zu spüren. In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg überwogen also noch die Gemeinsamkeiten zwischen *Jeunes-Algériens* und arabisierten Intellektuellen im Hinblick auf Fortschrittsdenken und identitäres Empfinden. Erst in Folge der Intensivierung und Ausweitung der indigenen öffentlichen Kommunikation nach 1918, welche der Publikationsflut indigener Zeitungen geschuldet war, sowie der Politisierung des öffentlichen indigenen Diskurses spaltete sich die kolonisierte Elite in ideologische Lager, die mit

¹⁹⁰ Die *Marabouts* waren lokale Heilige, die verehrt wurden, aber auch selbst Koranschulunterricht anboten. Näheres siehe Kapitel V.6.

¹⁹¹ Djeghloul, *Formation*, S. 13.

¹⁹² Ageron, *Algériens musulmans*, Band 2, S. 1033f.

¹⁹³ Für Einzelheiten zu den verschiedenen *Cercles*, siehe Kapitel IV.2.

¹⁹⁴ Ageron, *Algériens musulmans*, Band 2, S. 1035.

gemeinsamen Interessenslagen und Geselligkeitsorten immer weniger vereinbar waren.¹⁹⁵ *Jeunes-Algériens* und die sich um den Reformismus herum sammelnden arabisierten Intellektuellen gingen von nun an getrennte Wege.

Die veränderte Elitenpolitik der Administration schuf also den Rahmen für den Wandel der Sozialstruktur der indigenen Gesellschaft. Während die Bedeutung und vor allem die Machtstellung der ländlichen Notablenelite zum Ende des 19. Jahrhunderts klar erodierte, wuchs eine eher städtische, auf Französisch ausgebildete Elite heran, die in der Lage war, die von den Kolonialherren an sie gerichteten Erwartungen zu erfüllen: Sie übersetzte für die Armee und die „Affaires indigènes“, bildete indigene Schüler an den *Ecoles indigènes* aus und arbeitete im Gesundheitswesen und als Landbautechniker. Doch kam hier in gewissen Grenzen auch die arabisierte Schicht der Intellektuellen zum Zuge: Diese stand der Administration eher im muslimischen Justiz- und Kultussystem zu Diensten.¹⁹⁶ Auch der anfängliche indigene Journalismus war ein Produkt der Behörden: Sie engagierten muslimische Redakteure in offiziellen arabischsprachigen Publikationen, die die indigene Bevölkerung vom Wohle der Kolonialherrschaft überzeugen sollten. Nicht intendiert hingegen war dessen Eigendynamik: Sowohl französisierte wie auch arabisierte intellektuelle Eliten begannen Ende des 19. Jahrhunderts vorsichtig damit, ihre Stimme zu erheben und das Schicksal des kolonisierten Teiles der Algerier auf der öffentlichen Agenda zu platzieren.

¹⁹⁵ Djeghloul, *Formation*, S. 18f.

¹⁹⁶ Colonna, *Instituteurs*, S. 80.

II. Der gesetzliche Rahmen und die korporativen Strukturen des Journalismus

Zentral für das Verständnis des indigenen Journalismus in Algerien ist der gesetzliche Rahmen, in dem er sich bewegte. Bis zu welchem Grad unterlag er denselben Vorschriften wie die französische Presse der Metropole? Inwiefern wurden spezifische Gesetze erlassen, die seine Publikationsaktivitäten regulierten? Der indigene Journalismus stand sinnbildlich für das Vordringen der Kolonisierten in den öffentlichen Raum und die indigenen Journalisten waren Träger dieser nun immer deutlicher vernehmbaren Stimme im kolonialen Algerien. Problematisch daran fanden die Behörden vor allem, dass sich die öffentlichen Wortmeldungen mit Beginn des 20. Jahrhunderts, und dann vor allem ab den 1920er Jahren jenseits jeglicher staatlichen Kontrolle vollzogen, was aus ihrer Sicht eine gesonderte Regulierung erforderte. In der Tat erfuhr das eigentlich liberale Pressegesetz von 1881 mehrere Änderungen und Anpassungen, die mit Blick auf den indigenen Journalismus beschlossen wurden. Das Kapitel untersucht die Entwicklung der Pressegesetze von 1881 bis in die 1950er Jahre und beleuchtet dabei vor allem die Besonderheiten, denen das koloniale Algerien – trotz seiner vollen Zugehörigkeit zur Republik – ausgesetzt war. Ebenso kommt die Selbstorganisation der journalistischen Sphäre in Form korporativer Verbände zur Sprache. Hier machten sich gewaltige Unterschiede zwischen dem europäischen Journalismus in Algerien und dem indigenen Pendant bemerkbar: Während die Europäer ihre Interessen strikt durchorganisierten und effizientes Lobbying betrieben, blieb der indigene Journalismus marginalisiert, nicht selten kriminalisiert und erfüllte vor allem seine Rolle als Sprachrohr politischer Emanzipationsbestrebungen der indigenen Gemeinschaft.

II.1) Pressegesetzgebung in Frankreich vom Ende des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts

Nachdem in der Zeit des *Second Empire* die Zeitungen immer stärker zu Sprachrohren und Verlautbarungsorganen der Regierung verkommen waren¹⁹⁷, wurden mit Gründung der Dritten Republik 1871 die Voraussetzungen für die Entfaltung einer freien Presse geschaffen. Allerdings muss betont werden, dass eine zentrale Gesetzesänderung noch in die Regierungszeit Napoleons III. 1868 fiel: Sie schuf die *Autorisation préalable* ab, nach der ein Verleger die Gründung einer Publikation bei den Behörden beantragen und genehmigen lassen musste, was bis dahin häufig abschlägig beschieden worden war.¹⁹⁸ Vollendet wurde dieser wichtige Schritt in Richtung Presseliberalisierung kurz nach Gründung der Dritten

¹⁹⁷ Michel Mathien, *Les journalistes. Histoire, pratiques et enjeux*, Paris 2007, S. 47.

¹⁹⁸ Claude Bellanger, Jacques Godechot (u. a. Hgg.), *Histoire générale de la presse française*, Band 2: De 1815 à 1871, Paris 1969, S. 346f. Siehe auch Pierre Albert, *Histoire de la presse politique nationale au début de la Troisième République (1871-1879)*, Diss. Paris 1980, S. 112ff.

Republik, nämlich durch die Entscheidung der Nationalversammlung, das *Cautionnement* abzuschaffen. Letzteres hatte bis dahin die Hinterlegung einer Kautions von bis zu 40.000 Francs für die Gründung einer Publikation notwendig gemacht und war vor allem kleinen und finanzschwachen Verlegern zur Last gefallen.¹⁹⁹ Das umfassende Pressegesetz, das in großen Teilen bis heute in Kraft ist, wurde jedoch erst nach den Krisenjahren der Dritten Republik, also nach 1877, möglich, als sich in gewissen Grenzen ein republikanischer Konsens herausgebildet hatte. In den Debatten, die der gesetzgeberischen Entscheidung vorausgingen, wurde vor allem die Bedeutung der Presse als Ausdruck der „société civile“ hervorgehoben, die dazu beitragen sollte, den Bürger aufzuklären und die Wahlentscheidungen auf diese Weise so rational wie möglich zu machen.²⁰⁰ Das Gesetz von 1881 kann symbolisch als „Grundgesetz der Pressefreiheit“ betrachtet werden, da es nicht nur bereits vorher verabschiedete Einzelmaßnahmen der Liberalisierung wie die Abschaffung des *Cautionnement* und der *Autorisation préalable* bestätigte, sondern diese in einem Gesetzestext zusammenfasste und erstmals verkündete: „L'imprimerie et la librairie sont libres“ (Art. 1).²⁰¹ Damit entbehrte nun die Zensur jeglicher Rechtsgrundlage und auch einer behördlichen Erlaubnis bedurfte es nicht mehr, um zu publizieren. Die einzige Auflage war die Namensangabe des Druckers sowie des Besitzers bzw. Verwalters der Publikation. Diese waren vor dem Gesetz auch die Hauptverantwortlichen im Fall von Rechtsübertretungen von Zeitungsbeschäftigten. Die Verfasser der Artikel, also die Journalisten, konnten nur als Komplizen belangt werden.²⁰²

Was bedeutete dieses Gesetz für Algerien? Zunächst einmal machte Artikel 69 deutlich: „La présente loi est applicable à l'Algérie et aux colonies.“²⁰³ Algerien war verfassungsgemäßer Teil der Republik und somit fanden auch hier von der Nationalversammlung verabschiedete Gesetze ihre Anwendung. Dennoch stellten sich in Algerien im Zuge der Herausbildung einer indigenen Presse ab den 1920er Jahren viele Fragen unter anderen Vorzeichen als in der Metropole: In Frankreich war die Presse grundsätzlich frei, so dass hier Aspekte wie die finanzielle Abhängigkeit vieler Publikationen von Verlagshäusern oder der Wandel des Selbstverständnisses der Journalisten von Literaten zu Informationsvermittlern in den Vordergrund rückten. In Algerien galt zwar auch das Gesetz von 1881, doch beinhaltete es für

¹⁹⁹ Mathien, *Journalistes*, S. 58.

²⁰⁰ Für eine allgemeine Übersicht zur Pressegesetzgebung in Frankreich siehe Claude Bellanger, *Histoire générale de la presse française*, Bd. 3, Paris 1972.

²⁰¹ Loi sur la liberté de la presse du 29 juillet 1881, Paris 1881.

²⁰² Mathien, *Journalistes*, p. 73

²⁰³ Loi sur la liberté de la presse du 29 juillet 1881, Paris 1881.

den kolonialen Kontext durchaus einschränkende Klauseln, die in der Metropole im Entstehungszeitraum des Gesetzes gar nicht zur Kenntnis genommen worden waren. So musste der Verwalter der Publikation laut Artikel 6 französischer Staatsbürger sein, was viele indigene Zeitungen vor Probleme stellte: Algerische Muslime waren zwar französische Rechtssubjekte, jedoch keine Staatsbürger; auch in der zahlenmäßig minimalen Elite blieben Einbürgerungen, so genannte „Naturalisations“, die Ausnahme, da sie in der Regel die Aufgabe des *Statut Personnel Musulman* zur Voraussetzung hatten, also letztlich die Aufgabe der Religion.²⁰⁴ Auffällig viele Publikationen, besonders in den 1930er Jahren, griffen demzufolge auf Strohmann zurück, die sich dafür bezahlen ließen, ihren Namen für die Stellung als Zeitungsverwalter herzugeben. Ein solcher Strohmann war beispielsweise Mohamed Benchérif, alias Juglaret, ein in Paris geborener Franzose, der in Algerien lebte und mit der „cause indigène“ sympathisierte. Er war in der ersten Hälfte der 1930er Jahre gleichzeitig Verwalter von Organen wie *La Défense*, *La Justice*, *La Voix du Peuple*, *El Djahim* sowie *El-Hayat*. Die Polizei war bemüht, ihn als „unfähig“ und „nichtsutzig“ zu stigmatisieren.²⁰⁵

Dem so genannten *Décret Régnier* vom 30. März 1935 war es vorbehalten, erstmals explizit – und nicht implizit wie der Artikel 6 des Pressegesetzes zum staatsbürgerlichen Status des Verwalters – auf die Herausforderung Frankreichs durch die koloniale bzw. indigene Frage zu verweisen.²⁰⁶ Es hatte folgenden Wortlaut: „Quiconque... aura provoqué soit des indigènes algériens, soit des indigènes des colonies ou protectorats français... à des désordres ou manifestations contre la souveraineté française, à la résistance active ou passive contre l'application des lois... sera puni d'une peine de trois mois à deux ans de prison et de 500 à 5.000 Francs d'amendes.“ Das Dekret zielte nicht zuletzt auf die indigene Presse und führte zu einer Erweiterung der Artikel 23 und 24 des Pressegesetzes, die bis dahin neben gewöhnlichen Delikten wie dem Aufruf zur Plünderung nur die „provocation de crime contre la sûreté de l'Etat“ gekannt hatten.²⁰⁷ Hier kam nun das Delikt der Anstiftung zu „désordres contre la souveraineté française“ hinzu, womit explizit die Herrschaftsfrage in das zentrale Pressegesetz der Republik aufgenommen wurde. Hatte man 1881 das Pressegesetz noch einhellig als Ausdruck und Anerkennung der politischen Meinungsvielfalt begrüßt und die Eventualität von Publikationsaktivitäten politisch Andersdenkender bewusst in Kauf genommen, so wurde nun der indigenen Presse genau dieses Recht verweigert. Das *Décret*

²⁰⁴ Zum *Statut Personnel Musulman* siehe ausführlich Kapitel V.5.

²⁰⁵ Siehe beispielhaft CAOM 15H/ 20: Dossiers de presse. Darunter *La Défense*, 1932-1945, Dossier *El Djahim*.

²⁰⁶ Zum Dekret siehe Collot, *Régime juridique*, S. 365.

²⁰⁷ *Loi sur la liberté de la presse* du 29 juillet 1881, Paris 1881.

Regnier sollte zu einem wichtigen Instrument gegen indigene Publikationen in Algerien werden.

Die für die indigene Presse wichtigsten und einschneidendsten gesetzlichen Verfügungen waren nicht ursprünglicher Teil des Gesetzes vom 29. Juli 1881, sondern ergaben sich aus Gesetzesänderungen und -erweiterungen sowie aus Ministerialdekreten. Maßgeblich in diesem Zusammenhang war das Gesetz vom 22. Juli 1895, welches den Artikel 14 des Pressegesetzes von 1881 dahingehend änderte, dass nun nicht mehr nur im Ausland erscheinende Publikationen durch bloßen Entscheid des Innenministers verboten werden konnten, sondern ebenso in Frankreich erscheinende Publikationen in ausländischer Sprache.²⁰⁸ Da dem Arabischen der Status einer offiziellen Sprache verweigert wurde, fielen also in dieser Sprache abgefasste indigene Presseerzeugnisse unter das Gesetz. Besonders sensibel in diesem Zusammenhang war nicht nur die ständige Verbotsdrohung, die über arabischsprachigen Publikationen schwebte, sondern vor allem auch die Tatsache, dass die Verbote auf dem Verwaltungswege vom Innenminister und auf Vorschlag des *Gouverneur-Général* – also ohne richterliches Zutun – erlassen werden konnten.²⁰⁹

Das Gesetzesdekret vom 6. Mai 1939 bekräftigte noch einmal die weit reichenden exekutiven Handlungskompetenzen der Regierung: „Le Ministre de l'intérieur peut interdire la circulation, la distribution, la mise en vente en France des journaux ou écrits, périodiques ou non, rédigés en langue étrangère. Cette interdiction peut être également prononcée contre des journaux ou écrits de provenance étrangère rédigés en langue française, imprimés à l'étranger ou en France... La saisie des journaux et écrits... peut être opérée administrativement.“²¹⁰ Das Dekret bestätigte zunächst einmal in unmissverständlicher Weise die Lesart, mit der die Pressegesetzgebung auszulegen war, nämlich repressiv: Ausländische bzw. „fremdsprachige“ Schriften sollten an der Einfuhr nach Frankreich, Algerien eingeschlossen, bzw. Verbreitung gehindert oder, wo nötig, durch Verbot aus dem Verkehr gezogen werden.²¹¹ Hinzu kam, dass französischsprachige Publikationen, die in Frankreich erschienen, nun auch auf administrativem Wege verboten werden konnten: Dafür reichte, es aus, dass die Behörden hinter dem jeweiligen Titel ausländische „Drahtzieher“ am Werke sahen.²¹² Der Ermessensspielraum war hier natürlich groß und öffnete der rechtlichen Willkür Tür und Tor.

²⁰⁸ Siehe CAOM 15H/20: Dossiers de presse, El Amel, 1932-1945.

²⁰⁹ Siehe Gesetzestexte 22. Juli 1895 und 29. Juli 1881, Loi sur la liberté de la presse du 29 juillet 1881, Paris 1881.

²¹⁰ CAOM 8 CAB/50: Répression des collaborateurs de presse, revue de presse algérienne 1945-1946.

²¹¹ Zur – selbst unter französischen Verfassungsrechtlern – durchaus umstrittenen Auslegung der Pressegesetzgebung siehe Collot, Régime juridique, S. 373.

²¹² Ebd., S. 375.

In den selben Kontext wie das Dekret vom 6. Mai muss das Gesetzesdekret vom 24. August 1939 eingeordnet werden: Es verschärfte die Bestimmungen des Vorgängerdekrets erheblich, und zwar dahingehend, dass nun Flugblätter und Nachrichtenblätter („Bulletins“) ausländischer Herkunft nicht verboten werden *konnten*, sondern in Frankreich und Algerien schlichtweg untersagt waren.²¹³ Gleichzeitig beinhaltete das Dekret eine massive Ausweitung der staatlichen Kontrolle über das Pressewesen im Allgemeinen, nicht nur über die ausländischen Titel, und war bereits mit Blick auf die Kriegssituation verfasst; die Präfekten konnten nun auf dem Verwaltungsweg jegliche Publikation verbieten, welche die „défense nationale“ gefährdete; auch eine umfassende und präventive Zensur wurde eingeführt.²¹⁴

Das Dekret vom 6. Mai 1939 blieb zunächst über 1945 hinaus in Kraft und entwickelte sich zu einem wichtigen Instrument für die Behörden. Es schloss vor allem das bei indigenen Publikationen beliebte Schlupfloch, das diesen die Möglichkeit ließ, auf Französisch zu erscheinen und sich damit der meisten rechtlichen Sanktionen zu entziehen. In der Tat konnte nun gerade im Fall von indigen-nationalistischen Publikationen auf deren ausländische „Drahtzieher“ verwiesen werden; der „arabische Nationalismus“ galt als eine Ideologie, die aus Ägypten über Tunesien nach Algerien gelangt war. Trotz der meist vagen Beweislage hatten die Behörden nun unter Umgehung des Rechtsweges alle Möglichkeiten in der Hand, um die ihnen unliebsame indigene Presse zu kontrollieren und ihre Wirkungskreise stark zu begrenzen.²¹⁵ Die Verabschiedung des Algerienstatuts 1947 half der indigenen Presse hier nicht weiter: Zwar erlangte das Arabische den Rang einer offiziellen Sprache sowie die Gleichstellung mit dem Französischen in allen presse- und publikationsrelevanten Fragen, doch gab es erstens nach 1945 kaum noch Zeitungen, die nicht auf Französisch erschienen, und zweitens bot das Arabische als nun offizielle Sprache insofern keinen Schutz vor Verfolgung, als die „ausländische Herkunft“ der vertretenen Ansicht genügte, um die jeweilige Publikation auf dem Verwaltungsweg zum Schweigen zu bringen.²¹⁶ Immerhin wurde das *Décret Régnier* 1948 abgeschafft²¹⁷, doch minderte dies den Verfolgungsdruck auf die indigene Presse kaum, sondern streckte nur die Prozedur in die Länge. Die Behörden gingen stattdessen nun häufiger den Rechtsweg unter Berufung auf das Strafgesetzbuch, um indigene Journalisten und Publizisten für ihre „provocation de désordres contre la souveraineté française“ anzuklagen.

²¹³ CAOM, 5I/172: Presse et publications: instructions, arrêtés de saisie, 1947-1958.

²¹⁴ CAOM 9H/70: Territoires du Sud surveillance des indigènes, 1945-1946. Siehe auch CAOM 1K/588: Interdiction de journaux, 1945. Ebenso Jacques Cantier, *L’Algérie sous le régime de Vichy*, Paris 2002, S. 34.

²¹⁵ Siehe Collot, *Régime juridique*, S. 376.

²¹⁶ Ebd., S. 379f.

²¹⁷ Ebd., S. 386.

Die Nachkriegszeit stand also insgesamt eher im Zeichen einer Verschärfung der Publikationspraxis, nicht nur in den Kolonien, sondern auch in Bezug auf die Auseinandersetzung mit dem Vichyregime und den Kollaborateuren. Im Namen der nun wieder bestehenden demokratischen Grundordnung sollte es nicht einfach eine Rückkehr zur Pressefreiheit geben, die vor dem Krieg geherrscht hatte. Zu groß war das Misstrauen gegenüber reaktionären und antidemokratischen Kräften, zu traumatisch die Erfahrung der späten 1930er Jahre, als rechtsextreme und faschistische Propaganda ungehindert verbreitet und so die Akzeptanz autoritärer politischer Herrschaftsformen gesteigert werden konnte.²¹⁸ So vertraute die neue politische Führung im Nachkriegsfrankreich nicht auf eine Selbstregulierung der politischen Kräfte auf dem publizistischen Markt, sondern erließ harsche Repressionsmaßnahmen gegen die kollaborationistische Publikationen und Journalisten. Zahlreiche Zeitungen wurden verboten und enteignet, etwa ein Viertel aller Journalisten verlor zumindest für gewisse Zeit die vormals eingenommene Stellung.²¹⁹ Nicht nur auf höchster politischer Ebene stand die Abrechnung mit Vichy auf der Prioritätenliste weit oben; auch manche Stadträte, wie der von Algier, begrüßten die Maßnahmen gegen die Kollaborationspresse: „La presse de Pétain avait contribué à creuser un fossé entre musulmans et européens... L’Echo d’Alger, la Dépêche Algérienne, les Dernières Nouvelles se sont livrés au cours des derniers mois à des appels au désordre, à la haine raciale et à la division. Le Conseil Municipal... demande au Gouvernement Provisoire de la République d’appliquer en Algérie les mesures de salubrité publique adoptées en France en supprimant dans l’intérêt de la France, de l’Algérie et de la démocratie la presse de la trahison et de la haine.“²²⁰ So wurde hier u. a. im Namen der Demokratie ein Presseverbot gefordert. Verfechter faschistischen Gedankenguts hatten den Lokalpolitikern zufolge keinen Platz mehr im publizistischen Feld Algeriens und gehörten, wie in der Metropole vorgemacht, verurteilt und mit Berufsverbot belegt. Ohnehin war das Nachkriegsklima antiliberal und interventionistisch ausgerichtet: Der Glaube an den Staat und dessen Regulierungskräfte war ausgeprägt, nicht nur im Bereich des Publizistik und der Kultur, sondern auch in der

²¹⁸ Siehe beispielhaft Andreas Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918-1933/39*, Berlin und Paris im Vergleich, München 1999; Jean-Pierre Azéma, *La IIIe République: 1870-1940*, Paris 1991; Zeev Sternhell, *Ni droite ni gauche: l'idéologie fasciste en France*, Paris 2000; Michel Winock, *Nationalisme, antisémitisme et fascisme en France*, Paris 2004.

²¹⁹ Christian Delporte, *Les journalistes en France 1880-1950. Naissance et construction d’une profession*, Paris 1999, S. 400.

²²⁰ CAOM 8 CAB/50: Répression des collaborateurs de presse, revue de presse algérienne 1945-1946.

Wirtschaft, wo es in Frankreich zur Verstaatlichung von Schlüsselsektoren wie dem Energiemarkt kam.²²¹

Die Abrechnung mit dem Vichyregime schlug sich im Presserecht im Gesetz vom 11. Mai 1946 nieder, das per Dekret am 17. Juni 1946 auch auf Algerien ausgedehnt wurde: Der Besitz von Zeitungen, die unter deutscher Besatzung länger als 15 Tage erschienen waren (Stichtag 10. Juli 1940), fiel an den Staat, was gleichbedeutend mit der Schließung der betroffenen Publikationen war (für die *Zone Libre* galt als ausschlaggebendes Datum der 25. November 1942, für Algerien, auch ohne deutsche Besatzung, der 25. Juni 1940).²²² Der Stichtag war für Algerien bewusst so früh angesetzt worden, weil die wichtigsten Zeitungen offen mit der von der Vichyregierung propagierten und implementierten neuen Ordnung sympathisiert hatten und bis zur Landung der britischen und amerikanischen Truppen am 8. November 1942 weiter erschienen waren. Betroffen waren unter anderen mehrere große Algerier Zeitungen, die *Dépêche Algérienne* und die *Dernières Nouvelles*, sowie das *Echo d'Oran*. Allerdings zog sich die Beschlussfassung des Gesetzes zeitlich so lange hin, dass der Algerier Präfekt die Maßnahmen gegen die algerischen Zeitungen 1946 als „für viele nicht mehr nachvollziehbar“ bezeichnete – Algerien hatte bereits 1942/1943 das Ende des Vichyregimes erlebt.²²³ Immer wieder hatten Gerüchte über unmittelbar bevorstehende Maßnahmen gegen die Kollaborationspresse kursiert²²⁴, die vor allem von den links orientierten Zeitungen befeuert worden waren, in der Hoffnung, davon materiell zu profitieren.

Kraft des Gesetzes vom Mai 1946 wurde die *Société Nationale des Entreprises de Presse* (SNEP) gegründet, die vom Staat den Auftrag erhielt, die konfiszierten Presseunternehmen zu verwalten. So übernahm die SNEP beispielsweise 1946 Druckerei und Redaktionsräumlichkeiten der *Dépêche Algérienne*. Dem Gesetz entsprechend wurden diese dann von der SNEP Publikationen zur Verfügung gestellt, deren Herausgeber bzw. Redakteure sich in der *Résistance* verdient gemacht hatten oder deren politische Orientierung mit den Mehrheitsverhältnissen der Nachkriegsjahre übereinstimmte.²²⁵ So richtete sich der

²²¹ Zum politischen Klima im Nachkriegsfrankreich siehe beispielhaft Marc-Olivier Baruch (Hg.), *Une poignée de misérables. L'épuration de la société française après la Seconde Guerre mondiale*, Paris 2003.

²²² CAOM 9CAB/46: Surveillance de la presse, 1947-1948.

²²³ Siehe CAOM 1K/588: Interdiction de journaux 1945. In der Tat lehnte es der *Commissaire à l'information* des *Commandement civil et militaire* in Alger, Henri Bonnet, ab, nach der Beseitigung des Vichyregimes in Algerien im November 1942 repressiv gegen die „presse nord-africaine“ vorzugehen. So konnten auch die *Dépêche* und die *Dernières Nouvelles* weiterhin erscheinen. Bonnet rechtfertigte sich mit dem Hinweis auf die „notwendige Einheit im Kampf gegen den Feind“ und riet auch dem *Commissaire à la Justice*, de Menthon, von Maßnahmen ab. So kam es, dass sich Sanktionen gegen die algerische Kollaborationspresse bis 1946 verzögerten. Siehe dazu CAOM 9CAB/46: Surveillance de la presse, 1947-1948.

²²⁴ CAOM 1K/586: Rapports de renseignement sur les agences de presse et sur les journaux 1942-1951.

²²⁵ CAOM 10CAB/2: Alger-Républicain: Rapports, notes, saisies, 1949-1955.

sozialistisch, ab 1947 kommunistisch ausgerichtete *Alger-Républicain* in den Redaktionsräumen der *Dépêche* ein²²⁶, während die Druckerei verschiedenen Publikationen, wie *Alger-Républicain*, *Liberté*, *Effort Algérien*, *Carrefour* u. a. diente. Sie alle waren für ihren Widerstand oder ihre Abneigung gegen Vichy und die Kollaboration bekannt.

Allerdings wurden in Algerien nur Zeitungen verurteilt, bei denen mindestens einem Redakteur Feindpropaganda nachgewiesen werden konnte, wie im Fall der *Dépêche Algérienne*: „La Dépêche Algérienne fut condamnée par la Cour de Justice d’Alger, le 4 janvier 1946, en la personne de son rédacteur en chef, Pierre Ganne, frappé de 20 ans d’indignité nationale, pour avoir sciemment apporté une aide à l’Allemagne, notamment en publiant des articles en faveur de l’ennemi et de la collaboration avec l’ennemi.“²²⁷ Auch das *Echo d’Oran*, dessen Herausgeber Mannoni am 8. November 1942 interniert wurde, und die *Dernières Nouvelles* mussten aufgrund der für den „Feind“ gemachten Propaganda schließen.²²⁸ Doch blieb die Gesetzesauslegung in Algerien hinter der Praxis der Metropole zurück, wo mit den der Kollaboration beschuldigten Publikationen wesentlich weniger zurückhaltend umgegangen wurde.

Ohnehin war im Algerien der Nachkriegszeit wenig von dem republikanischen Geist zu spüren, der in der Metropole Einzug erhalten hatte, wenn man von den Einzelbeispielen wie dem Algierer Stadtrat absieht, der ein typischer Fall von linkem Engagement des europäisch-sozialistischen Milieus in den Städten war. Vielmehr hatten die Jahre des Vichyregimes die rechtskonservativen und autoritären Neigungen vieler Europäer in Algerien offen gelegt; die Skepsis gegenüber der *Epuration* war hier besonders ausgeprägt.²²⁹ So waren zwar vormals einflussreiche Zeitungen wie die *Dépêche* oder die *Dernières Nouvelles* nun untersagt, doch bildeten sich aus den Verlegern und dem Redakteurstamm sogleich neue Publikationen: Die *Dépêche* hieß nun *Journal d’Alger* und nahm 1949 sogar seinen, wenn auch leicht abgewandelten Namen wieder an (*Dépêche quotidienne*). Die *Dernières Nouvelles* gründeten unmittelbar nach der Schließung im Oktober 1946 ein neues Blatt mit dem Namen *Alger-Soir*. Doch dabei blieb es nicht: Ehemalige Herausgeber dieser Zeitungen während der Kollaborationszeit erlangten nach dem Krieg schnell Einfluss in Verlegerverbänden und knüpften enge Kontakte zu politischen Kreisen. Anfang der 1950er Jahre starteten sie eine Kampagne gegen das Gesetz vom 11. Mai 1946 selbst. In einem Schreiben von 1952 stritten sie zunächst ab, den Deutschen gegenüber Sympathien gehegt zu haben: „En effet, un envoyé spécial de notre journal sur le front de Tunisie ayant été fait prisonnier par l’ennemi... celui-ci

²²⁶ CAOM 1K/586: Rapports de renseignement sur les agences de presse et sur les journaux 1942-1951.

²²⁷ CAOM 10CAB/2: Alger-Républicain: Rapports, notes, saisies, 1949-1955.

²²⁸ Ebd.

²²⁹ Siehe Cantier, Vichy, S. 393ff.

veut les forcer à écrire des articles anti-alliés et en faveur de la collaboration. Ils s'y refusent carrément. L'un est libéré à la prise de Tunis et reprend son service... l'autre... s'engage dans la Résistance.“²³⁰ Auch sie argumentierten mit Verweis auf die verstrichene Zeit: In der Metropole war bereits 1944 massiv gegen die Kollaborationspresse vorgegangen worden, während die *Dépêche* und die *Dernières Nouvelles* bis 1946 problemlos weiter erscheinen konnten. Ebenso bestritten sie mit dem Argument ihre Deutschfreundlichkeit, sie seien nie in Kontakt mit dem „Feind“ gekommen, da Algerien nicht besetzt gewesen sei. Deswegen sei das Gesetz vom Mai 1946 für sie nicht anwendbar und es müsse wenigstens *a posteriori* „Unrecht beseitigt“ werden. Schließlich begründeten sie ihre Gunst für das Vichyregime folgendermaßen: „La politique du Maréchal nous paraissait comme le plus sûr moyen d'éviter une occupation italo-allemande de l'Afrique du Nord qui aurait eu lieu avant le débarquement des Alliés.“²³¹

Auf den Versuch, die gesetzlich verfügten Enteignungen wieder rückgängig machen zu lassen, reagierten linke Zeitungen wie *Alger-Républicain* und *Liberté*, die von dem Gesetz profitiert hatten, aber auch linksorientierte Professoren wie André Mandouze von der Universität Algier mit der Gründung der *Association pour la défense de la loi du 11 mai 1946*. Sie wiesen in ihrem Gründungsmanifest auf die Verstrickung der enteigneten Zeitungen in die Kollaboration mit dem Vichyregime hin und unterstrichen die politische und ethische Dimension der Enteignung, die über den Faschismus selbst hinausweise: „La France s'est jurée... de confisquer aux collaborateurs l'instrument de leur crime et de supprimer la cause même de la trahison: la mainmise de l'argent sur les formes d'expression de la pensée.“²³² Es ging ihrer Meinung also nicht nur darum, die Kollaborateure für ihr Einlassen mit dem perhorreszierten Feind zu bestrafen und sie aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Vielmehr waren sie darauf erpicht, nach der Wiederherstellung der Pressefreiheit nun endlich auch die Unabhängigkeit gegenüber kommerziellen Interessen zu realisieren, ein genuines Projekt vieler Journalisten seit der umfassenden Liberalisierung des Presserechts 1881.

Die Gegenseite mobilisierte jedoch nicht nur in Algerien, sondern vor allem in der Metropole, wo weit mehr Zeitungen von Enteignungen betroffen waren. Als der Abgeordnete der Nationalversammlung und Vorsitzende der *Commission de la Presse*, Roland de Moustier, 1954 Abänderungen am Gesetz vom 11. Mai 1946 über die „dévolutions de biens de presse“ vorschlug und einen entsprechenden Entwurf vorlegte, versuchte u. a. der aus Bordeaux stammende Jurist Richard Chapon, einen Sturm der Entrüstung zu entfachen. Er kritisierte

²³⁰ CAOM 9CAB/46: Surveillance de la presse, 1947-1948.

²³¹ Ebd.

²³² CAOM 10CAB/2: Alger-Républicain: Rapports, notes, saisies, 1949-1955.

Moustier dafür, in der geplanten Gesetzesrevision nicht weit genug gehen zu wollen und bezichtigte ihn gar, die angekündigte „Revision“ als Deckmantel für eine endgültige Bestätigung des Gesetzes zu benutzen: „Ainsi serait fait un sort à tous les recours introduits valablement devant le Conseil d’Etat depuis huit ans! Ainsi une loi d’exception viendrait priver le justiciable des garanties que lui donne la constitution. On passe ainsi du transfert à l’Etat à l’attribution à des intérêts privés. On élimine les véritables propriétaires innocents, mais gêneurs. Le Parlement proclame rétroactivement l’impeccabilité des décrets dans une variante républicaine du lit de justice.“²³³ Aus Chapons Sicht zielte der Entwurf auf eine Bestätigung des Gesetzes: Die anfangs dem Staat übertragenen Güter sollten nun auch rechtlich, nach acht Jahren intensiver Nutzung, in den Besitz der 1946 begünstigten Zeitungen übergehen. Was ebenso auffällt, ist das Rechtsverständnis Chapons: Dieser pflegte enge Kontakte nach Algerien und teilte mit vielen der dort lebenden Europäern die Geringschätzung der in der Metropole herrschenden politischen Eliten. Sie hatten in ihren Augen keine Legitimität und dementsprechend wertete Chapon ihr Handeln bezüglich der Presse als „injuste“, obwohl die Enteignungen von Presseunternehmen in der Nachkriegszeit zweifelsohne auf einer gültigen Rechtsgrundlage beruhten. Aus Sicht Chapons war das Gesetz nicht dem Bemühen um Gerechtigkeit entsprungen, sondern politischen Motivationen; ohnehin sah er Interessenüberschneidungen zwischen dem Gesetzgeber und den belohnten Zeitungen für gegeben: „La loi de 1946 a été votée, et avec quel profit pour eux, par les communistes et les socialistes. Aujourd’hui, en fardant la vérité, on veut sanctionner l’expropriation pour cause d’utilité privée, les dépossessions et donner vie éternelle à la SNEP (Société Nationale des Entreprises de Presse).“ Für den Juristen steckten die belohnten Publikationen und die politischen Eliten unter einer Decke. Er sah eine Verschwörung im Gange, die zum Zweck hatte, den aus seiner Sicht rechtmäßigen Eigentümern endgültig ihre Güter zu entreißen. Seine Kontakte nach Algerien nutzte Chapon dazu, auch dort entsprechende Lobbyarbeit für sein Anliegen zu leisten. Dass der Kontakt u. a. über den *Gouverneur-Général* Léonard lief, also den höchsten Repräsentanten der Republik in Algerien, ist nur auf den ersten Blick verwunderlich: Anders als in der Metropole beäugten hier große Teile der politischen Eliten von Anfang an die *Epuration* als lästige Pflichtübung²³⁴ und betrachteten die Maßnahmen beispielsweise gegen die

²³³ CAOM 10CAB/176: Presse, journalistes, saisies de journaux, 1954.

²³⁴ Siehe Cantier, Vichy, S. 382ff sowie S. 393f. Sowohl der Vorsitzende des am 3. Juni 1943 in Algier eingesetzten *Comité Français de Libération Nationale* (CFLN), Giraud, als auch der erste *Gouverneur-Général* Algeriens nach dem Ende des Vichyregimes, Georges Catroux, waren zurückhaltend gegenüber einer rigorosen *Epuration* und bauten vielen belasteten Vichybeamten und Militärs Brücken zurück ins zivile Leben. Giraud verzögerte 1943 sogar die Wiedereinführung des *Décret Crémieux*, das den algerischen Juden 1870 die französische Staatsbürgerschaft verliehen hatte und 1940 vom Vichyregime für ungültig erklärt worden war.

Kollaborationspresse als „überzogen“ und „nicht nachvollziehbar“.²³⁵ Auch der in der Regel aus der Metropole stammende Gouverneur konnte sich der Haltung seiner Administration zumeist nicht entziehen, die häufig zu Obstruktion und Sabotierung von in der Metropole beschlossenen Entscheidungen führte. Chapon bezeichnete Léonard als „ami“ und bat ihn in mehreren Schreiben um Unterstützung für den Kampf gegen de Moustiers Gesetzesentwurf, unter Hinweis auf die möglichen Folgen für Algerien. Schließlich suchte er bei dem Gouverneur nach, seinen Forderungskatalog an die „personnes intéressées“ in Algerien weiterzuleiten.²³⁶ Letztlich aber scheiterte Chapon damit, das Gesetz zu stoppen und die Enteignungen rückgängig zu machen.

Eine entscheidende Rolle für die Publizistik im Nachkriegsalgerien spielte die Frage der Papierversorgung. Diese war von einem rechtlichen Vakuum geprägt: Die für die Presse lebenswichtige Versorgung mit Papier, von 1942 bis in die 1950er Jahre Mangelware in Algerien, blieb zunächst rechtlich unreguliert. Von 1942/1943, also dem Ende des Vichyregimes an, hatte die amerikanische Armee die Oberhoheit über die Papiereinfuhr²³⁷, bevor sie dem provisorisch regierenden *Commandement civil et militaire* in Algier diese Kompetenz übergab. Aufgrund der Engpässe und dem Wunsch nach „Einheit im Kampf gegen den Feind“ versuchte der *Commissaire à l'Information des Commandements*, Henri Bonnet, das Papier so ausgewogen wie möglich zu verteilen: Er setzte den Hauptmann de Baillancourt als hauptamtlichen „Dispatcher de papier“ ein. Priorität hatten für de Baillancourt Tageszeitungen, da sie die Öffentlichkeit über die Erfolge des alliierten Vordringens in Europa am schnellsten in Kenntnis zu setzen in der Lage waren.²³⁸ Relativ schnell nach dem Kriegsende in Europa wurde die Papierzuwendung dann jedoch zum Politikum: Die Presse florierte in Algerien nach Wiedereinführung der durch Vichy suspendierten Pressefreiheit, was zu einer immer akuter werdenden Papierknappheit führte. Mit dem Verbot der Algierer Kollaborationspresse 1946 stellte sich dann zudem die Frage, welche Zeitungen das Papier erhalten sollten: Jegliche Entscheidung zugunsten der einen und zuungunsten der anderen Publikation wurde als politisch motivierte Handlung ausgelegt. Deswegen übernahm ab 1946 das *Gouvernement Général* die Zuteilung des wertvollen Guts: Viele Verleger sprachen nun persönlich oder per Briefwechsel beim Gouverneur vor, um für ihre Publikation an Papier zu kommen. Dieser bemühte sich in Paris stetig um eine Erhöhung

Auch entwickelte die 1943 in Algerien eingesetzte *Commission d'Epuration* keinen vergleichbar großen Arbeitseifer wie die 1944 in der Metropole entstandene Kommission: Bis 1944 wurden hier gerade einmal 97 Strafen ausgesprochen. Siehe dazu Herbert Lottman, *L'Epuration (1943-1953)*, Paris 1994, S. 63ff.

²³⁵ CAOM 1K/588: Interdiction de journaux 1945.

²³⁶ CAOM 10CAB/176: Presse, journalistes, saisis de journaux, 1954.

²³⁷ CAOM 9CAB/46: Surveillance de la presse, 1947-1948.

²³⁸ Ebd.

des für Algerien vorgesehenen Kontingents, was 1948 zu einer Steigerung um monatlich 100 Tonnen führte.²³⁹ Deutlich wird vor allem, dass die fehlende rechtliche Regulierung die Papierzuteilung nach politischen Kriterien erheblich begünstigte: So gab etwa der Gouverneur den Anfragen von befreundeten Verlegern wie Alain de Sérigny statt²⁴⁰ und erhöhte eigenmächtig die Zuwendung für administrationsfreundliche Publikationen wie die Zeitschrift *Algeria*.²⁴¹ Erst in den 1950er Jahren, also in der Endphase des hier betrachteten Untersuchungszeitraumes, normalisierte sich die Papierversorgung in Algerien.

II.2) Journalismus und Korporatismus: Frankreich und Algerien im Vergleich

Vergleicht man die Entstehung des indigenen Journalismus mit der Genese des französischen Pendant, so stechen zunächst ganz klar die Unterschiede hervor. Letzterer entstand ein knappes Jahrhundert vor der indigenen Publizistik und wies dementsprechend eine Struktur und Beschaffenheit auf, die alleine schon von ihrer Beständigkeit und Ausdifferenzierung kaum mit dem indigenen Journalismus vergleichbar sind. Dennoch gibt es Punkte, an denen man gewisse Parallelen ausmachen kann: In Frankreich hatte es seit der Revolution leidenschaftliche Debatten um die Presse- und Meinungsfreiheit und eine entsprechend umfangreiche Gesetzgebung gegeben, die häufigen Veränderungen unterworfen war.²⁴² Ende des 19. Jahrhunderts, Anfang des 20. Jahrhunderts waren auch die ersten indigenen Publizisten vor allem bemüht, Zugang zur öffentlichen Kommunikation zu erhalten und die hier bestehenden kolonialen, religiösen und ethnischen Schranken zu durchbrechen. Zwar gab es noch keine mediale Öffentlichkeit, die entsprechend dem französischen Beispiel als Träger und Forum solcher Debatten fungiert hätte, doch bestand unter den kolonisierten Eliten großes Interesse an ungehinderter Meinungsäußerung.²⁴³ Weiterhin war die Aktivität des Publizierens in Frankreich eng mit politischer Überzeugungsarbeit verknüpft und übernahm im 19. Jahrhundert sogar parteiähnliche Funktionen: Aufgrund der Instabilität des französischen Parteiensystems füllten Zeitungen die Rolle als dauerhafter Träger bestimmter politischer Ideen aus und waren eher Teil des politischen Systems als dessen Beobachter.²⁴⁴ Politisierung prägte ebenso die indigene Publizistik wie im Kapitel IV.1 zu ausführlich zu sehen sein wird. Zwar tendierten Parteien nach ihrer Herausbildung ab den 1930er Jahren dazu, die Zeitungen zu dominieren, doch waren Letztere entscheidend am Prozess der Entstehung politischer Gruppierungen beteiligt. Ähnlich wie in Frankreich war Journalismus

²³⁹ CAOM 9CAB/46: Surveillance de la presse, 1947-1948.

²⁴⁰ Ebd.

²⁴¹ CAOM 8CAB/50: Répression des collaborateurs de presse, revue de presse algérienne 1945-1946.

unweigerlich mit politischem Handeln verknüpft und wurde mehr als politische Aktion denn als Informationsübermittlung verstanden.

Insgesamt aber überwogen die Unterschiede zwischen beiden Formen des Journalismus. Die französische Presse arbeitete sich an der Reizfigur des amerikanischen Pendants ab und definierte ihr Selbstverständnis in Abgrenzung von der transatlantischen Art und Weise, Journalismus zu betreiben. Bis ins 20. Jahrhundert hinein verstand sich die Mehrheit der französischen Journalisten als politische Chronisten oder Literaten und war von der höheren Wertigkeit ihrer Arbeitsweise gegenüber dem „Informations- und Sensationsjournalismus“ ihrer angelsächsischen Kollegen überzeugt.²⁴⁵ Die französisierten indigenen Journalisten dagegen verbanden ihren Publizismus unmittelbar mit dem Drang zur politischen Emanzipation und sahen darin eher ein Mittel zum Zweck als eine Berufung. Hier war jedenfalls – anders als bei ihren französischen Kollegen – eine teleologische Aufladung der Journalistentätigkeit nicht erkennbar, auch wenn dem französischen Publizismus durchaus Bewunderung entgegen gebracht wurde. Die arabisierten Journalisten orientierten sich viel stärker an den publizistischen Traditionen der arabischen Welt: Sie bezogen sich in vielen ihrer Artikel auf religiöse Themen und reflektierten den Zustand und Reformbedarf der muslimischen Gemeinschaft immer mit Blick auf den Islam.²⁴⁶

Auch wenn der französische Journalismus im Vergleich mit anderen westlichen Ländern stark an Politik und Wirtschaft gekoppelt blieb, entging er jedoch nicht gewissen Tendenzen der Autonomisierung der journalistischen Sphäre. Zum Ende des 19. Jahrhunderts schritt die Presseentwicklung hier rasant voran und die Zeitungsauflagen erreichten immer neue Rekordauflagen.²⁴⁷ Die massenmediale Realität führte dazu, dass die Journalisten zunehmend die Rolle von Angestellten in Massenbetrieben und von Zahnrädern in einer kommerziell gesteuerten Pressemaschinerie ausfüllten.²⁴⁸ Um nicht zum Spielball der Presseunternehmer zu verkommen, fingen die Journalisten an, sich korporativ zu organisieren und so ihre Interessen zu verteidigen: Nach ersten Zusammenschlüssen Ende des 19. Jahrhunderts entstand dann 1918 das *Syndicat National des Journalistes* (SNJ), welches nicht nur eine materielle Absicherung seiner Mitglieder zum Ziel hatte, sondern erstmals versuchte, der

²⁴² Mathien, *Journalistes*, S. 72f.

²⁴³ Siehe Kapitel I.4.

²⁴⁴ Siehe dazu Jörg Requate, *Journalismus als Beruf. Entstehung und Entwicklung des Journalistenberufs im 19. Jahrhundert. Deutschland im internationalen Vergleich*, Göttingen 1995, S. 87ff.

²⁴⁵ Sandrine Lévêque, *Les journalistes sociaux. Histoire et sociologie d'une spécialité journalistique*, Rennes 2000, S. 11.

²⁴⁶ Siehe dazu Merad, *Formation*, S. 22ff.

²⁴⁷ Marc Martin, *Médias et journalistes de la République*, Paris 1997, S. 116ff.

²⁴⁸ Christian Delporte, *Les journalistes dans l'entre-deux-guerres. Une identité en crise*, in: *Vingtième Siècle*, Juli-September 1995, Heft 47, S. 160.

Anerkennung des Journalismus als eigenständige Profession den Weg zu ebnen.²⁴⁹ Hierin bestand auch der große Unterschied zum indigenen Journalismus: Während dieser bis zur Unabhängigkeit Algeriens 1962 keine Berufsjournalisten in seinen Reihen hatte, sondern auf politische Aktivisten zurückgriff, die in ihrer Freizeit schrieben, entwickelte sich die Professionalisierung in der Zwischenkriegszeit zum Hauptanliegen der französischen Journalistenschaft. Sinnbild dieses Bestrebens war das so genannte Journalistenstatut: Dessen Verabschiedung sollte den Status des Journalismus als eigenständigen Beruf gesetzlich verankern und den Angehörigen dieser Profession soziale und materielle Standards garantieren, die für die anderen Berufsgruppen längst etabliert waren.²⁵⁰ Den Journalisten kam hierbei zugute, dass eine ganze Reihe Parlamentsabgeordnete selbst als Journalisten arbeiteten und erfolgreich Lobbyarbeit für das Statut leisteten: Im März 1935 wurde der Gesetzesentwurf schließlich verabschiedet und so die besondere Rolle der Journalisten für die Ausgestaltung der Öffentlichkeit gewürdigt. In der Tat wirkte die Vorstellung von einer aufklärerisch-pädagogischen Presse in der Zwischenkriegszeit immer noch nach, wobei den Journalisten dabei gewissermaßen die Rolle des Erziehers zufiel. Dennoch scheiterte der Versuch des *Syndicat*, eine Art Journalistenstand zu gründen, wie es die Ärzte und Anwälte realisiert hatten. Dem Statut zufolge blieb nämlich die Kontrolle des Zugangs zur Profession in den Händen der Verleger: „Journalist“ war nämlich, wer einen Redakteursvertrag bei einem Verleger vorweisen konnte und hieraus sein Haupteinkommen bezog. Den Standesbestrebungen der Journalisten stand das unantastbare Recht auf Redefreiheit entgegen: Die Journalistenschaft konnte für sich nicht das Monopol auf öffentliche Meinungsäußerung in Anspruch nehmen.

In Algerien nahmen vor allem die Journalisten europäischer Zeitungen die korporatistischen Anstöße aus der Metropole auf und gründeten 1938 das *Syndicat professionnel des journalistes algériens*, das dem *Syndicat National des Journalistes* als algerische Sektion angeschlossen war.²⁵¹ Die Korporation war von Beginn an durch Journalisten rechtskonservativer Blätter aus Algier dominiert: Marcel Ferrari, Redakteur beim pro-kolonialen *Echo d'Alger*, hatte den Vorsitz der Organisation inne. Während das *Syndicat professionnel* vor dem Zweiten Weltkrieg in Algerien konkurrenzlos blieb, veränderte sich nach dem Ende der Vichyherrschaft über das Land 1943 die Situation nachhaltig: Das in der Metropole bereits seit 1938 bestehende *Syndicat des journalistes confédérés*, welches zum

²⁴⁹ Thomas Ferenczi, *L'invention du journalisme en France*, Paris 1993, S. 247.

²⁵⁰ Mathien, *Journalistes*, S. 95f.

²⁵¹ CAOM 1K/41: Cabinet du Préfet.

gewerkschaftlichen Dachverband der kommunistischen *Confédération générale du travail* (CGT) gehörte, fasste in Algerien schnell Fuß. Hier gewannen Journalisten an Einfluss, die während des Krieges in Opposition zum Vichyregime gestanden hatten²⁵², wie z. B. Pierre Fayet, der auch als Abgeordneter der Kommunistischen Partei in der Nationalversammlung saß.²⁵³ Sieht man sich die Polizeiberichte von den ersten Versammlungen dieser Korporation in Algerien an, so wird mancher Unterschied zum *Syndicat professionnel* der Vorkriegsjahre augenfällig: Die Organisation hatte beispielsweise indigene Journalisten in ihren Reihen, die lautstark die tabuisierte „question indigène“ thematisierten.²⁵⁴ Die linke Grundausrichtung veranlasste das *Syndicat des journalistes confédérés* dazu, eine *Epuration* der algerischen Presse zu fordern, wie der Polizeibericht vermerkt: „Le secrétaire du Syndicat, Edmond Ginestet, a demandé que l'épuration s'étende et que la voix du peuple français soit entendue. A son avis, il y aura lieu de refuser aux membres de la presse qui ont accepté cette collaboration non seulement la carte professionnelle, mais encore l'accès à n'importe quel organe, à un titre quelconque... Il a fait l'apologie des journaux clandestins de la Résistance.“²⁵⁵ Trotz der Zurückhaltung der Administration gegenüber einer *Epuration* sah sich die Konkurrenzkorporation, das *Syndicat professionnel*, in die Enge gedrängt: Zahlreiche Mitglieder arbeiteten bei kollaborationsverdächtigen Zeitungen und mussten nun Repression und gesellschaftliche Ausgrenzung fürchten.

Nach der Enteignung der *Dépêche Quotidienne* sowie der *Dernières Nouvelles* 1946 und der Übertragung ihres Besitzes an die *Société Nationale des Entreprises de Presse* wandte sich der Generalsekretär des *Syndicat Professionnel*, Jean Lepeltier, in einem Brief an das *Comité National de Presse*, um gegen die Enteignung der als „Kollaborationszeitungen“ verschmähten Publikationen zu protestieren.²⁵⁶ Das *Syndicat Professionnel* forderte die öffentliche Hand auf, einen „fonds d'indemnité“ für die von Entlassung betroffenen Redakteure einzurichten, da dies „pour des raisons indépendantes de leur volonté“ passiere.²⁵⁷ Es ging hier natürlich nicht nur um die materielle Absicherung der Journalisten, sondern auch um die Frage, inwieweit ihnen aufgrund ihrer Sympathien für das Vichyregime gesellschaftliche Ächtung drohte, die jegliche zukünftige berufliche Betätigung unmöglich gemacht hätte. Das Lobbying für die Journalisten war von Erfolg gekrönt, was nicht zuletzt damit in Zusammenhang stand, dass es für die Enteignungen kaum eine gesellschaftliche

²⁵² Gallissot, Engagements, Eintrag „Fayet“, S. 284.

²⁵³ CAOM 9 CAB/46: Surveillance de la presse, 1947-1948.

²⁵⁴ Siehe CAOM 1K/297: Syndicat (u. a.) des journalistes, ouvriers du livre, de l'imprimerie, 1945-1951.

²⁵⁵ Ebd.

²⁵⁶ Ebd.

²⁵⁷ CAOM 1K/588: Interdiction de journaux, 1945.

Mehrheit in Algerien gab.²⁵⁸ Sie waren vielmehr auf Druck aus der Metropole und der politischen Linken zurückzuführen. Letztlich mussten die *Dépeche* und die *Dernières Nouvelles* zwar schließen, konnten aber kurz- bzw. mittelfristig unter geändertem Namen wieder erscheinen.²⁵⁹ Auf diese Weise kamen die meisten Redakteure auch schnell wieder in Lohn und Brot.

In langfristiger Perspektive stellte die Vichyzeit für den Korporatismus des algerischen Journalismus nur eine Parenthese dar: In der Tat konnten auch die Enteignungen rechtskonservativer und pro-kolonialer Publikationen nichts an den Machtstrukturen und an der personellen Kontinuität in diesem Bereich ändern, auch wenn in der unmittelbaren Zeit nach Ende des Vichyregimes, also 1943, linke Journalisten und Publikationen, wie beispielsweise *Alger-Républicain*, eine gewisse Rolle in der algerischen Öffentlichkeit spielten. In den mehrfach umbenannten Journalistengewerkschaften jedenfalls tauchten die bereits vor dem Krieg einflussreichen rechtskonservativen Journalisten häufig in prominenter Stellung wieder auf und konnten nach 1948 auch ihren Einfluss im *Syndicat des Journalistes d'Algérie* behaupten.²⁶⁰ Zwar war das *Syndicat Professionnel/Syndicat des Journalistes d'Algérie* der Mutterorganisation SNJ angeschlossen, hatte aber mit deren progressiver Ausrichtung aber nicht viel im Sinn: Die rechtskonservative Presse verteidigte auch nach 1945 die koloniale Ordnung vehement und befürwortete die Ausgrenzung indigener Eliten aus dem öffentlichen Diskurs. Kolonisierte kamen in ihren Publikationen und Journalistengewerkschaften jedenfalls nicht vor.

Die in Algerien korporativ organisierten Journalisten unterhielten enge Bindungen in die Politik, besonders zur Administration, und nutzten diese, um ihre exklusive Machtstellung, die ja nicht nur zu Lasten der linken, sondern auch der indigenen Presse ging, auszubauen. Ein Beispiel war Louis Robin, prominenter Journalist und bis 1939 Vorsitzender der *Ligue Coloniale française*.²⁶¹ In der unmittelbaren Nachkriegszeit konnte er sich als Funktionär in verschiedenen für die Presse maßgeblichen Organisationen profilieren. So leitete er das *Maison des Journalistes* in Algier und war Generalsekretär der *Commission de la carte d'identité des journalistes*, die den Zugang zum Journalistenberuf überwachte und der damit eine wichtige Kontrollfunktion zufiel. Etwa ein Zehntel der Anträge beschied die

²⁵⁸ Siehe Fußnote 233, S. 63.

²⁵⁹ Einzelheiten siehe Kapitel II.1.

²⁶⁰ Siehe die Protokolle der Sitzungen des *Syndicat* und die jeweils angegebene Liste mit allen Vorstandsmitgliedern, CAOM 1K/297: *Syndicat (u. a.) des journalistes, ouvriers du livre, de l'imprimerie*, 1945-1951.

²⁶¹ CAOM 9 CAB/46: *Surveillance de la presse*, 1947-1948.

Kommission abschlägig und provozierte damit oft genug den Gang vor Zivilgerichte.²⁶² Darüber hinaus war Robin Vorsitzender des *Syndicat de la presse nord-africaine à Paris*, in deren Auftrag er Lobbyarbeit für die französischsprachige nordafrikanische Presse in der Metropole machte. Robin tat sich durch seine Nähe zur politischen Macht hervor und stand exemplarisch für einen Teil der europäischen Journalistenschaft, die ihr Heil in der Anbiederung an die Administration suchte und dadurch in ihrer Rolle als Kontrollorgan der Politik versagte. Robin wandte sich beispielsweise am 13. April 1948 brieflich an den *Gouverneur-Général* Naegelen und beglückwünschte ihn zum Sieg bei den Wahlen zur *Assemblée Algérienne*. Er lud den Gouverneur zur Feier, die er anlässlich des Erfolges der administrationsfreundlichen Kräfte zu organisieren gedachte, ins *Maison des Journalistes* in Algier ein.²⁶³ Ihm war gleichgültig, dass die Wahlergebnisse von der Verwaltung für alle sichtbar massiv manipuliert worden waren, um den drohenden Erfolg der muslimisch-nationalistischen Parteien zu verhindern. Der Ausdruck „Elections à la Naegelen“ sollte als Synonym für Wahlfälschungen in den französischen Sprachgebrauch eingehen.

Ein weiteres Beispiel für die Verbindung von Journalismus und kolonialen Interessen war der 9. Kongress des *Syndicat de la presse nord-africaine* in Paris im September 1948, auf dem Robin das Projekt einer „voyage d'études, d'information et de propagande“ vorstellte, die von Bordeaux aus starten und durch den gesamten afrikanischen Kontinent, darunter Algerien, bis nach Kapstadt führen sollte.²⁶⁴ Vordergründig ging es dabei um Reklame für den Tourismus: „La France est placée pour prendre en mains l'industrie du voyage et du tourisme en Afrique. Elle en a tous les bons ouvriers...techniciens, hôteliers, cuisiniers, véritables ambassadeurs notamment, de nos grands vins de France!“ Tatsächlich handelte der Projektbericht aber von der infrastrukturellen Erschließung Afrikas, besonders Algeriens und Marokkos, mit dem Ziel, die koloniale Penetration bis in die letzten Ecken des Kontinents zu vollenden. Robin war in dem „Bordeaux et la route terrestre du Cap“ titulierten Rapport darum bemüht, die sich aus dem Zweiten Weltkrieg ergebenden neuen geopolitischen Entwicklungen auch infrastrukturell zu denken: So stellten Suez- und Panamakanal neuralgische, aber dadurch auch gefährdete Punkte dar. Die Kaproute auf dem Landweg habe deswegen höchste Priorität. Der Bericht enthielt an vielen Stellen koloniale Propaganda: Das Heil des geschundenen und geplagten, durch den „Panslawismus“ gefährdeten Westeuropas, so Robin, liege in Afrika. „L'Europe occidentale va-t-elle mourir? Non, si elle croit en l'Afrique! [...] Quelques soient les convulsions d'enfantement du monde nouveau (après 1945) que nous évoquions...

²⁶² Christian Delporte, *Histoire du journalisme et des journalistes en France*, Paris 1995, S. 64.

²⁶³ CAOM 9 CAB/45: Correspondance avec journaux et journalistes, 1948-1950.

²⁶⁴ CAOM 9 CAB/46: Surveillance de la presse, 1947-1948.

l’Afrique doit demeurer l’objectif immédiat“. Weiter hieß es: „Oh, certes, ce n’est pas ici (à Bordeaux), dans cette cité, où sont tant d’illustres pionniers, où le mot colonial connaît toute sa noblesse et sa grandeur, qu’il s’agit de prêcher la plus grande France. Mais, hélas, quelle place dans la presse, l’opinion, est faite à l’Afrique, aux problèmes africains? Je pense à Archinard, à Borgnis-Desbordes, à Mangin, à Marchand, à Brazza, nous donnant un Empire – encore un mot qu’il n’est pas de bon ton de prononcer – nous donnant un Empire, presque à l’insu de la Métropole, malgré nous! [...] Nous sommes bien chez nous, partout en Afrique, quoi qu’en disent ceux que nous avons instruits, mais qui oublient l’histoire.“²⁶⁵

Robin brachte hier neokoloniale Fantasien zum Ausdruck: Er redete der permanenten Verfügbarkeit des afrikanischen Kontinents für europäische Zwecke und Interessen das Wort und ignorierte vollständig die Tatsache, dass sich bereits in vielen afrikanischen Ländern expandierende Unabhängigkeitsbewegungen formiert hatten. Die Korrespondenz mit dem Kabinett des *Gouverneur-Général* zeigt Robins Nähe zur Administration. So schrieb er in seiner Rolle als Gewerkschaftsvorsitzender in einem Brief: „J’ai toujours été honoré d’une subvention annuelle du Gouvernement Général... Pourrai-je être aidé (pour mon projet) par votre Crédit hôtelier algérien?“²⁶⁶ Die dem *Gouvernement Général* untergeordnete *Direction des Travaux Publics* stellte Robin zwar keine direkte Finanzhilfe in Aussicht, verwies aber mit Wohlwollen auf die *Région Economique d’Algérie*, bei der sie ein gutes Wort für das Projekt des *Syndicat* einlegen wollte.²⁶⁷ Hieran wird nicht nur die fehlende Distanz und Eigenständigkeit des *Syndicat de la presse nord-africaine* von der Administration deutlich, sondern es stellt sich auch die Frage, inwieweit Robin in seiner Funktion als Gewerkschaftsvorsitzender nicht seine Handlungskompetenzen überschritt, wenn er infrastrukturelle Projekte plante, die nicht zuletzt politischen Interessen dienten.

Das ebenfalls von rechtskonservativen Journalisten dominierte *Syndicat des Journalistes d’Algérie* unter Vorsitz von Marcel Ferrari konnte aber auch der Administration gegenüber unbequem werden, beispielsweise wenn es um eine Verbesserung der journalistischen Arbeitsbedingungen ging. Hier standen dann eindeutig die Interessen der Korporation im Vordergrund, wobei linke und indigene Journalisten weitgehend ausgeschlossen blieben. Ferrari beklagte sich am 19. November 1947 gegenüber den Behörden darüber, dass bei Reisen und Umzügen von Offiziellen die Journalisten immer am Ende des Trosses angesiedelt und damit von den wichtigsten Informationen abgeschnitten und in ihrer Berichterstattung behindert seien. Auch die Polizei verhalte sich wenig kooperationsbereit mit Journalisten und

²⁶⁵ CAOM 9 CAB/46: Surveillance de la presse, 1947-1948.

²⁶⁶ Ebd.

²⁶⁷ Ebd.

Reportern. Ferrari forderte ein Ende der arkanen Haltung, die die französischen Behörden in Bezug auf den Umgang mit Politikern immer noch charakterisierte.²⁶⁸ In gleicher Weise kritisierte die Gewerkschaft 1946 das Informationsmonopol der offiziellen Nachrichtenagentur *France-Presse*: Die Versorgung mit Nachrichten über den telegrafischen Weg sei unzureichend und damit eine adäquate Auslandsberichtserstattung der algerischen Presse nicht gewährleistet. Außerdem halte, so die Beschwerde von Seiten Raoul Perriers, dem Herausgeber der *Dépêche Algérienne*, die Agentur Informationen bewusst zurück und verlange zu hohe Tarife von den Zeitungen.²⁶⁹

Ferrari war ebenso sehr bemüht, das vom SNJ vorgegebene Ziel der Professionalisierung des Journalismus in Algerien konkret durchzusetzen. Für die Gruppe der „Brotjournalisten“ war es traditionell schwierig, Amateure und Gelegenheitspublizisten aus dem Journalismus fernzuhalten. Doch Ferrari war entschlossen, den korporativen Abschluss der Journalisten nach außen nun durchzusetzen. So intervenierte er in die Angelegenheiten eines Algierer Anwaltes, der nebenberuflich als *Rédacteur judiciaire* der *Presse Libre* arbeitete. Dies wurde von Ferrari und anderen Algierer Journalisten mit dem Argument moniert, man könne nicht gleichzeitig neutraler Berichterstatter und potenzieller Vertreter eines Angeklagten sein; hier bestehe ein Interessenkonflikt. Außerdem müsse das Schreiben die hauptsächliche Einnahmequelle darstellen, um als Redakteur eingestellt werden zu können. Nach der Ablehnung der Algierer Anwaltskammer, auf ihren Standesgenossen einzuwirken, schaltete Ferrari schließlich das *Syndicat National des Journalistes* in Paris ein, mit der Bitte, alles daran zu setzen, den im Statut festgelegten Bestimmungen effektiv Nachdruck zu verleihen.²⁷⁰ Der Fall zeigt, wie ernst es den Journalistenorganisationen war, sich nach außen abzugrenzen und ihre korporativen Interessen zu verteidigen. Ferrari forderte diesbezüglich eine Präzedenzentscheidung auf ministerieller Ebene, um solche Verstöße gegen das Arbeitsrecht in Zukunft auszuschließen bzw. umgehend zu ahnden.

Auch vor Arbeitskämpfen schreckte das *Syndicat des Journalistes d'Algérie* nicht zurück. Im Februar 1953 kam es erstmals nach dem Krieg zu einem Streik in der algerischen Presse: Betroffen waren u. a. das *Echo d'Alger*, das *Journal d'Alger* sowie die *Dépêche Quotidienne*, also Zeitungen mit vielen Journalisten aus dem konservativen *Syndicat professionnel*. Ausgangspunkt des Streiks war ein Konflikt um eine Gehaltserhöhung, die die Journalisten von den Verlegern einforderten. Sie beriefen sich diesbezüglich auf ein im März 1946 ausgehandeltes Abkommen zwischen dem *Syndicat des Quotidiens d'Algérie* und dem

²⁶⁸ CAOM 1K/290: notices de renseignements sur des journaux et journalistes, 1941-1948.

²⁶⁹ CAOM 1K/586: Rapports de renseignement sur les agences de presse et sur les journaux 1942-1951.

²⁷⁰ Siehe CAOM 1K/41: Cabinet du Préfet.

Syndicat professionnel sowie dem damals CGT-hörigen *Syndicat National des Journalistes*. Hiernach wurde die Gehaltsentwicklung der algerischen Journalisten an die der Pariser Kollegen gekoppelt, allerdings unter Berücksichtigung der geringeren Lebenshaltungskosten in Algerien. Als im April 1952 die Pariser Gehälter um 5,65 % anstiegen, forderten die algerischen Kollegen gemäß Abkommen die gleiche Erhöhung ein, was die Arbeitgeber umgehend mit dem Verweis auf das am 31. August 1952 in Kraft getretene Einfrieren von Löhnen und Preisen in Algerien ablehnten. Das Beispiel des Streiks zeigt vor allem, dass sich Algerien dem in der Metropole gängigen politischen Links-Rechts-Schema entzog. Hier war es das konservativ und pro-kolonial orientierte *Syndicat des Journalistes d'Algérie* (bis 1948 *Syndicat professionnel*), welches den Streik vom Zaun brach und vehement für die Einhaltung der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern getroffenen Abkommen pochte. Dagegen lehnten linke Publikationen wie *Alger-Républicain* eine Beteiligung am Streik ab und erhöhten sogar kurzfristig die Auflage, um von dem publizistischen Vakuum zu profitieren.²⁷¹ Deren Journalisten lehnten eine Mitgliedschaft in der als „kolonialistisch“ verpönten Gewerkschaft ab; auch wurden sie weit unter Tarif bezahlt. Auch wenn es in Algerien links orientierte Publikationen hier und rechtskonservative Zeitungen dort gab, so spielte dennoch die jeweilige Haltung zur kolonialen Frage bzw. zum „problème indigène“ oftmals eine sehr viel maßgeblichere Rolle für die Verortung der Publikationen in der algerischen Presselandschaft.

Das Kapitel macht deutlich, dass die französische Pressegesetzgebung also unmittelbare Anwendung in Algerien fand, jedoch Paragraphen aufwies, die für den kolonialen Kontext maßgeschneidert waren und nach und nach dem Pressegesetz von 1881 hinzugefügt wurden. Auch wenn die algerischen Zeitungen – allen voran die europäischen – vom Ende des *Cautionnement* und der *Autorisation préalable* profitierten und sich entfalten konnten, so beinhaltete das Gesetz dennoch diskriminierende Regelungen in Bezug auf Sprache und Herkunft der Publizisten. Durch Gesetzesänderungen konnten bereits ab Ende des 19. Jahrhunderts arabischsprachige Zeitungen ohne Umschweife verboten werden; in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts kamen Dekrete hinzu, die darauf ausgerichtet waren, die aufkommende indigene Presse in Schach zu halten. Besonders nach 1945 bekam sie die Folgen der ständigen Eingriffe in die Presserechtslage und deren Auslegung zu spüren: Auch wenn sicherlich punktuell die Kollaborationspresse von spektakuläreren Maßnahmen, wie der des Verbots und der Enteignung, betroffen war, so gibt es keinen Zweifel daran, dass die

²⁷¹ Boualam Khalfa; Henri Alleg, *La Grande aventure d'„Alger-Républicain“*, Paris 1987.

indigene Presse nach 1945 um ihr Überleben kämpfte. Die Vormachtstellung der rechtskonservativen Presse, dem schärfsten Gegner des indigenen Publizismus, blieb letztlich trotz der *Epuration* unangetastet. Der interventionistische Geist der Nachkriegszeit erleichterte politische Interventionen in das Justizsystem und minderte die Unabhängigkeit der Rechtssprechung. Ab den 1950er Jahren waren selbst die französischsprachigen Publikationen der indigenen Presse nicht mehr vor justizieller Willkür und Repression geschützt.

Die korporativen Strukturen des algerischen Journalismus machen deutlich, wie exklusiv die Interessenorganisation war. Journalisten rechtskonservativer und pro-kolonialer Zeitungen nahmen in den korporativen Strukturen von der Gründung 1938 an eine hegemoniale Stellung ein und setzten das Netzwerk zur Kontaktknüpfung und -pflege mit hohen politischen Stellen ein. Während linksorientierte Journalisten zumindest zeitweise, nämlich nach den Presseenteignungen 1946, in Form des *Syndicat des journalistes confédérés* ihren Einfluss geltend machen konnten, blieb die indigene Presse vollständig außen vor. Verschiedene Faktoren gaben hier den Ausschlag: Zunächst einmal wurde sie von den Behörden argwöhnisch beäugt und hätte wenig Aussicht darauf gehabt, offizielle Strukturen der Selbstorganisation genehmigt zu bekommen. Die fehlende offizielle Interessenvertretung wurde zumindest ab den 1930er Jahren durch die oft enge Bindung an indigene politische Parteien kompensiert. Für die indigenen Journalisten blieb die Macht des öffentlichen Wortes ein politisches Instrument, das dazu beitragen sollte, die indigene Gemeinschaft aus ihrer politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Unterprivilegierung zu befreien.

III. Der indigene Journalismus als Herausforderung für den Kolonialstaat

Die indigene Presse wurde von Seiten der Administration weitgehend als Störfaktor wahrgenommen, mit dem man sich rechtlich auseinandersetzen musste, anstatt in einen argumentativen Wettstreit mit ihr zu treten. Schon die Vorstellung, dass die Muslime die Presse- und Meinungsfreiheit, die grundsätzlich genauso in Algerien wie in der Metropole galt, nutzen könnten, stieß bei der Administration und bei weiten Teilen der Europäer auf wenig Anklang. Zu tief war das Überlegenheitsgefühl und die Gewissheit verankert, dass die „fiebrige“ und „irrationale“ „opinion publique musulmane“²⁷² diese Freiheit missbrauchen und die „masses musulmanes analphabètes“ aufwiegeln könnte. Der gesetzliche Rahmen spiegelte ja im Grunde genau diese Haltung: Das ursprünglich liberale Pressegesetz von 1881 war mit Blick auf den kolonialen Kontext mehrfach verschärft und zusätzlich mit Verfügungen wie dem *Décret Régnier* flankiert worden, die den Strafverfolgungsbehörden großen Spielraum einräumte, um gegen die indigene Presse vorzugehen. Sicherlich war das grundsätzliche Misstrauen gegenüber der lokalen Bevölkerung Teil jeder „situation coloniale“; auch darf die Haltung der Administration nicht auf eine Repressionsstrategie reduziert werden, ließ sie doch besonders in den 1920er Jahren die indigene Presse weitestgehend in Ruhe. Die Behörden bemühten sich, zumindest nach außen den Schein der „Zivilisierungsmission“ aufrecht zu erhalten und die Kolonisierten von der Legitimität und vom Nutzen französischer Herrschaft zu überzeugen. Doch konnten die Kolonialbehörden in dieser Hinsicht die Widersprüche und Inkonsistenzen ihrer Position nicht lange verbergen: Gerade in der Zwischenkriegszeit boten sich viele Möglichkeiten, ihren Willen zur Assoziierung der indigenen Bevölkerung unter Beweis zu stellen. Im Grunde genommen war auch die Partizipation am öffentlichen Diskurs, die die indigenen Eliten vor allem ab den 1920er Jahren forciert hatten, nichts anderes als der Nachweis, zu „rationeller“, medialisierter Kommunikation in der Lage zu sein. Dass die Administration das indigene Streben nach einer Partizipation am öffentlichen Diskurs größtenteils als Bedrohung wahrnahm, zeigt, wie substanzlos das immer wieder zur Legitimierung der kolonialen Ordnung bemühte „Zivilisierungsversprechen“ war.

²⁷² Ageron verortet deren Entstehung in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg, siehe Ageron, *Algériens Musulmans*, Band 2, S. 1025-1055. Siehe dazu ebenso Ali Merad, *Le réformisme musulman en Algérie 1925-1940*, Algier 1961, S. 42.

III.1) Die *Surveillance des indigènes* als integraler Bestandteil der kolonialen Ordnung

Die so genannte „*Surveillance des indigènes*“ bezeichnete die spezifische, zuerst militärische, dann polizeiliche Beobachtung der indigenen Bevölkerung und spielte eine wichtige Rolle für die Zementierung der kolonialen Ordnung. Die Kolonisierten galten wegen ihres Widerstandes gegen die Etablierung der französischen Herrschaft als politisch unzuverlässig; vor allem nach den Unruhen der Jahre 1870/1871 systematisierte die Administration die meist polizeiliche Kontrolle und Überwachung der indigenen Bevölkerung und baute ein umfassendes Netz der Bespitzelung und Ausspionierung auf.²⁷³ Die Quellen legen offen, wie vielfältig diese Beschattung aussah: Sie reichte von der Überwachung von Kultur- und Lesezirkeln über die Infiltrierung von muslimischen Sportvereinen und der Pfadfinderbewegung bis hin zur Beobachtung der indigenen Presse, Gewerkschaften und politischen Parteien.²⁷⁴

Die „*Surveillance*“ war zunächst einmal nichts spezifisch Französisches, sondern klassischerweise Teil der Herrschaftsstrategie der Imperialmächte. Christopher Bayly hat für das koloniale Indien beschrieben, wie sehr die Macht der Briten auf dem Kenntnis der indigenen Bevölkerung und auf dem Bezug von diesbezüglich relevanten Informationen beruhte.²⁷⁵ Sicherlich sind das britisch beherrschte Indien und das von Frankreich kolonialisierte Algerien zunächst einmal kaum vergleichbar: Während Algerien 1848 der französischen Republik einverleibt wurde und Hunderttausende europäische Siedler aufnahm, hatten die Briten in Indien politisch und administrativ sehr viel weniger ambitionierte Pläne, was das Netzwerk einheimischer Informanten für sie umso wertvoller machte. Aber auch die Franzosen waren auf lokale Informationen angewiesen: Zwar tendierten sie sehr viel stärker dazu, der indigenen Bevölkerung Institutionen und Lebensweisen aufzuoktroyieren, doch ließen sie beispielsweise das muslimische Justizwesen, das islamische Privatrecht, weitestgehend auch das Religionswesen unangetastet. Durch Umfragen versuchten sie herauszufinden, wo es Anschlussmöglichkeiten an bestehende Traditionen im Gesundheits- und Schulwesen gab und wie der selbst aufzubringende Investitionsaufwand begrenzt werden konnte.²⁷⁶

Die „*Surveillance des indigènes*“ trug grundsätzlich politischen Charakter, weil sie die Gruppe der Kolonisierten pauschal der mangelnden politischen Loyalität verdächtigte. Doch variierte der Fokus der „*Surveillance*“ zeitlich in erheblichem Maße: Von 1870 bis etwa 1920

²⁷³ Siehe Martin Thomas, *Empires of intelligence: security services and colonial disorder after 1914*, Berkeley 2008, besonders Kapitel 1, S. 14ff.

²⁷⁴ Siehe dazu CAOM 9H/31: *Surveillance politique des Indigènes 1936-1945*. Département de Constantine.

²⁷⁵ Bayly, *Empire*, S. 3ff.

²⁷⁶ Siehe Turin, *Affrontements*, S. 101ff.

wiesen die Überwachungsberichte vor allem auf die öffentliche Unsicherheit und die Kriminalität hin, für die die Verfasser die „indigènes“ verantwortlich machten.²⁷⁷ Auch Arbeitskämpfe und durch Missernten provozierte soziale Agitation kamen zur Sprache: Beispielsweise fürchtete die Polizei für die Erntezeit im Sommer 1921 Unruhen, da viele marokkanische Wander- und Saisonarbeiter auf eigene Faust zur Arbeitssuche nach Algerien aufbrachen und in Konkurrenz zu algerischen Tagelöhnern traten.²⁷⁸ Allerdings entstand in dieser Zeit auch das Bild von unkontrolliert umherziehenden „muslimischen Massen“, das später dann auch zu politischen Zwecken, vor allem zur Diffamierung legitimer muslimischer Anliegen, verwendet wurde.²⁷⁹ Während des Ersten Weltkrieges war zudem die Angst vor Hungersnöten und Seuchen und den damit verbundenen Unruhen aus den Berichten des Kabinetts des *Gouverneur-Général*s herauszulesen.²⁸⁰

Ab 1920 dann rückte die Frage der politischen Loyalität unweigerlich in den Mittelpunkt der Polizeiberichte: Die Akten waren nun explizit mit „surveillance *politique* des indigènes“ überschrieben und zahlreiche indigene Publikationen, die nun neu entstanden, wurden unter strenge behördliche Aufsicht gestellt.²⁸¹ Die Administration wurde sich der Existenz einer „opinion publique musulmane“ zunehmend bewusst, also einer Instanz, in deren Rahmen öffentlich debattiert wurde und in dem latent vorhandene Stimmungen und Strömungen nun im Begriff standen, zu klaren politischen Positionen und Standpunkten zu gerinnen. Die Herausbildung dieser öffentlichen Meinung stand teilweise im Zeichen der Hinwendung vieler Muslime zu ihren arabischen und religiösen Wurzeln, was den Behörden und Polizeidiensten große Sorgen bereitete: „(L’opinion publique musulmane) traverse de longues périodes d’insensibilité, de léthargie psychologique, pour se réveiller tout à coup âprement véhémence et nerveuse.“²⁸² Diese nichtsäkulare Orientierung von Teilen der „muslimischen“ öffentlichen Meinung wurde schlichtweg als „Unreife“ abgetan und mit ihrer mangelnden Erfahrung erklärt. Entscheidend aber war, dass der *Directeur des Affaires Musulmanes* ihr jegliche Rationalität absprach, auf Grundlage derer propagandistische Einflussnahme die

²⁷⁷ CAOM 9H/10: Surveillance des Indigènes, 1914-1927. Auch Ageron, *Algériens Musulmans*, Band 1, S. 173f. weist auf die Panik hin, die sich Ende der 1870er Jahre unter vielen europäischen Siedlern in Algerien in Bezug auf die „insécurité“ breit machte, für die sie die indigene Bevölkerung verantwortlich machten. Siehe auch Ebd., S. 644ff. Aus Sicht der indigenen Zeitungen allerdings war die Hysterie der Behörden und der Siedler übertrieben und diente vor allem als Vorwand für eine Verschärfung der „Surveillance des indigènes“ und des gesetzlichen Arsenal, mit dem die indigene Bevölkerung traktiert wurde. Siehe dazu Ihaddaden, *Presse indigène*, S. 118f.

²⁷⁸ CAOM 9H/10: Surveillance des Indigènes, 1914-1927.

²⁷⁹ Das Bild vom „faulen“, „ungeschickten“, „gesichtslosen“ Nordafrikaner fand in den 1950er Jahren sogar Eingang in populärwissenschaftliche Publikationen, siehe beispielhaft Ausgaben der *Etudes sociales nordafricaines* (ESNA), Jahrgänge 1957 und 1959.

²⁸⁰ CAOM 9H/10: Surveillance des Indigènes, 1914-1927.

²⁸¹ L’ikdam (1919 gegründet), *La Voix des Humbles* (1922), *Ech-Chichab* (1925) u. a.

²⁸² CAOM 9H/27: Surveillance politique des indigènes, 1926, 1935-1936.

Muslime auf die französische Seite hätte ziehen können: „Aucun fait n’a, en terre d’islam, de valeur politique propre. Tel incident, qui, normalement, aurait dû provoquer une dangereuse effervescence, demeure inaperçu, alors qu’un autre, minuscule et futile, surexcite tout d’un coup la masse toute entière. C’est la raison pour laquelle les pronostics, en administration musulmane, sont parfois si décevants.“²⁸³ Damit exkulperten die französischen Amtsträger sich und ihr Handeln von vorneherein: Nicht die eigene Reformverweigerung gegenüber fundamentalen Forderungen der indigenen Gemeinschaft war demzufolge der Grund für die antifranzösische Orientierung der „opinion publique musulmane“, sondern die „Irrationalität“ und „Zügellosigkeit“ der „masses musulmanes“. Auch stellte diese Deutung der Dinge eine implizite Rechtfertigung der Repression dieser öffentlichen Meinung dar: „Elle a cette vocation déformatrice... qui tour à tour minimise un fait capital ou transforme un souffle en tempête. [...] Les Evolués s’enflamment. Ils révèlent une fois de plus cette instabilité psychologique, cette vision hallucinatoire, cette grandiloquence verbale... La phrase les enivre, les emporte.“²⁸⁴ Den *Evolués*, also der französisierten indigenen Elite, wurden dieselben Attribute wie der „Masse“ zugeschrieben: Das Wortfeld des Rausches, der Trunkenheit sollte die Gleichförmigkeit aller Muslime unterstreichen und sie in einen Topf werfen. Auch das Denken der die „opinion publique musulmane“ dominierenden Elite war, so die Botschaft, unvereinbar mit dem westlichen Rationalitätsprinzip. Daraus ergaben sich zwei Lehren: Erstens durfte dem indigenen öffentlichen Diskurs nicht derselbe Rang eingeräumt werden, den die europäisch-französische Öffentlichkeit im Hinblick auf die Machtkontrolle und als Forum des gesellschaftlichen Ideenaustausches einnahm. Und zweitens bedurfte es trotz der „Irrationalität“ der indigenen Gemeinschaft einer Strategie, mit der den Kolonisierten der Universalitätsanspruch französischer Herrschaft zu vermitteln werden konnte.

Gerade letztere Vorgabe leitete sich aus dem Umstand her, dass die indigene Stimme in Algerien nicht einfach und auf ausschließlich polizeilichem Wege zum Schweigen zu bringen war. So irrational der Ausdruck dieser Stimme auch sein mochte, galt es aus Sicht der Administration dennoch im Rahmen der auch in Algerien Bestand habenden Pressegesetzgebung, die Kolonisierten vom Wohle französischer Herrschaft zu überzeugen. So schrieb der *Service des Affaires Indigènes* 1930: „M. Mirante (Directeur du Service des Affaires Indigènes) estime qu’on ne peut complètement s’opposer à la publication de journaux en langue arabe, résultat d’une évolution nécessaire qu’il convient de ne pas décourager, sous réserve toutefois que les dirigeants de ces journaux présentent toutes

²⁸³ CAOM 9H/27: Surveillance politique des indigènes, 1926, 1935-1936.

²⁸⁴ Ebd.

garanties... Il ne saurait être question d'interdire à l'opinion musulmane de s'exprimer par voie de la presse, à condition qu'elle se montre respectueuse de l'autorité dont le principal souci est le maintien de l'ordre."²⁸⁵ Grundsätzlich hatte man also nichts gegen das öffentliche Kommunizieren der Muslime, solange sie sich am ordnungspolitischen Rahmen der französischen Souveränität über Algerien ausrichteten. Die Zeitungen, die sich daran nicht hielten – allen voran arabischsprachige Publikation in den 1930er Jahren – mussten mit Verboten und Beschlagnahmungen seitens der Behörden rechnen, wie im Kapitel III.3 zu sehen sein wird. Sie konnten ohne Umschweife und Gerichtsverfahren, auf rein administrative Weisung des Innenministers und auf Vorschlag des *Gouverneur-Général*s hin verboten werden, was entsprechend häufig auf diese Weise vollzogen wurde.

Ohnehin wurde die „opinion publique musulmane“ von Seiten der Behörden mit Argwohn betrachtet. Nicht nur die Publizisten selbst und die von ihnen genutzten Medien standen im Verdacht, der „wankelmütigen Masse“ als Sprachrohr zu dienen und dadurch als systemdestabilisierender Multiplikator zu wirken, sondern die Rezipienten dieser Presseerzeugnisse selbst gerieten ins Visier der Überwachungsbehörden: So registrierte das dem *Gouvernement Général* unterstehende *Centre d'information et d'études* (die späteren *Services de Liaison Nord-Africains*²⁸⁶) 1938 alle Besitzer eines Radiogerätes in Algerien und unterschied dabei nach Muslimen und Nichtmuslimen. Auch waren muslimische Cafébesitzer aufgeführt, die ihrer Kundschaft ein Radiogerät zur Verfügung stellten.²⁸⁷ Obwohl das Verhältnis von europäischen und muslimischen Radiobesitzern in Algerien 30:1 betrug, wurden muslimische Hörer als Gefahr wahrgenommen, die aus Sicht der Behörden nicht zuletzt von der aus anderen arabischen Ländern ausgestrahlten Radiopropaganda ausging. Das *Centre d'information et d'études* legte auch regelmäßig Abonnentenlisten indigener Publikationen an.²⁸⁸ Dies macht die spezifisch ethnische Diskriminierung deutlich, die die algerischen Muslime erfuhren. Dennoch konnte es sich die Administration nicht leisten, ausschließlich auf eine Repression der Sphäre indigener Kommunikation zu setzen: Es ging ja auch immer darum, die Widerstände gegen die Kolonialherrschaft durch Legitimierungsmaßnahmen zu reduzieren und den Fortschritt der „Mission civilisatrice“ nach außen zu demonstrieren. Insofern war die Überzeugungsarbeit, die die Administration in Richtung der indigenen Gemeinschaft leistete, ein wichtiger Schritt, um die Kontrolle über den indigenen Diskurs und indigene Wahrnehmungsmuster zu gewinnen.

²⁸⁵ CAOM 15H/23: Dossiers de presse, u. a. El Ouma (Alger et Paris), Es Souna, 1932-1945.

²⁸⁶ CAOM Série 93: SLNA, Préfecture de Constantine.

²⁸⁷ CAOM 15H/31: Radio-Alger. Emissions, écoutes, Divers, Radio Arabe, 1936-1943.

²⁸⁸ So El Bassair 1937, siehe CAOM 9H/57: Surveillance des indigènes, presse incluse 1937-1940 oder Ech-Chichab 1939, siehe CAOM 9H/27: Surveillance politique des indigènes, 1926, 1935-1936.

III.2) Staatliche propagandistische Einflussnahme auf die indigene öffentliche Meinung

Die Beobachtung indigener Medien hatte nicht ausschließlich den Zweck, diese eines „Deliktes“ zu überführen, um sie dann gerichtlich zu belangen. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Beschattung der Presse war die Gewinnung von Informationen über Charakteristika und Eigenheiten des indigenen Milieus. So fertigten beispielsweise in den *Territoires du Sud*, die unter Militärverwaltung standen, viele Rekruten und Hauptmänner Memoranden über die Lage der indigenen Bevölkerung und über Inhalte der indigenen Presse an.²⁸⁹ Hier ging es darum, in Erfahrung zu bringen, womit sich die Presse beschäftigte und welche Themen die indigene öffentliche Meinung bewegten. Hintergrund dabei war die Notwendigkeit, diese so weit wie möglich von der Legitimität französischer Herrschaft zu überzeugen. Es galt also, über Radio, Publikationen oder sonstige Medien Vertrauen in der indigenen öffentlichen Meinung herzustellen und auf diese Weise meinungsbildend zu wirken. Wie schwierig dies war, macht ein Bericht eines französischen Informanten im muslimischen Milieu von 1945 deutlich, der den „état d’esprit“ der indigenen Bevölkerung beschrieb: „Sa conclusion est qu’une entente est impossible et qu’elle ne peut être obtenue qu’en surface pour des laps de temps très courts par des palliatifs à diversifier à tous moments. [...] Il estime qu’une propagande pro-française restera inefficace, tellement les propagandes étrangères ont pris le premier pas... Les seuls éléments qu’on pourrait trouver pour faire œuvre utile en notre faveur sont peut-être parmi les religieux épris de traditions qui... loueraient le gouvernement et rendraient hommage à la France.... La propagande par la parole seule serait tout à fait inopérante. Elle doit être accompagnée d’actes.“²⁹⁰ Trotz des pessimistischen Berichts spielte Propaganda im indigenen Milieu in den 1930er bis 1950er Jahren eine wichtige Rolle in der „politique indigène“ der Administration: Radio, Zeitungen und Pamphlete waren die Medien, mit denen versucht wurde, die indigene Bevölkerung vom Wohl französischer Herrschaft zu überzeugen. Der zitierte Bericht wirft jedoch zugleich ein Schlaglicht auf die Versäumnisse Frankreichs: Der in der Propaganda immer wieder bemühte Integrationsdiskurs hatte zu wenig praktischen Widerhall und war zu selten von konkreten Handlungen begleitet, die die Akzeptanz französischer Herrschaft hätte steigern können.

²⁸⁹ Dies war der Fall von Hauptmann Carret, der 1956 über den „Réformisme en Islam“ (siehe CAOM 93/4496: Association des Oulémas, enseignements, 1937-1961) sowie 1957 über das „Enseignement de la langue arabe en Algérie“ schrieb, siehe CAOM 4I/68: Enseignement public et privé, surveillance, 1933-1960. Ihm gleich tat es Hauptmann Wender 1936 zur „Presse indigène en Algérie“, siehe CAOM 4I/178: Presse arabe de langue française, 1936-1958.

²⁹⁰ CAOM 9H/42: Dossiers de l’Emir Khaled, 1922-1938; état d’esprit des Musulmans 1943-1947.

III.2.1) Einflussnahme durch *Radio-Alger*

Ein wichtiges Mittel, der indigenen Bevölkerung den eigenen Standpunkt nahe zu bringen, stellte das Radio dar. Es war in den 1930er Jahren einerseits ein neuartiges Medium, das entsprechende Neugier auf sich zog. Auch wenn die Verbreitung gerade unter Muslimen vor 1939 sehr begrenzt blieb²⁹¹, darf man die Auswirkungen und die Reichweite dieses Mediums nicht unterschätzen. Zahlreiche arabische Cafés boten ihrer Kundschaft Radioempfang und hatten damit solchen Erfolg, dass die Behörden schnell hellhörig wurden.²⁹² Ebenso entscheidend für die Eignung als Propagandainstrument war der Umstand, dass das Radio – anders als herkömmliche Medien wie Zeitungen – in den 1930er bis 1950er Jahren dem Staatsmonopol unterstand. Hier konnten also Botschaften übermittelt werden, die zunächst einmal keine direkte mediale Konkurrenz zu befürchten hatten. Radio war außerdem ein suggestives Medium, mit dem der zahlenmäßig große Teil der indigenen Bevölkerung angesprochen werden konnte, die des Lesens und Schreibens nicht mächtig war. Alles in allem bestanden also günstige Bedingungen, um Propaganda effektiv verbreiten zu können.

Ein wichtiger Hebel zur Beeinflussung der indigenen öffentlichen Meinung waren die „émissions en langues arabe et kabyle“ (ELAK), die innerhalb *Radio-Algers* bereits seit den 1930er Jahren eine eigene Redaktionssektion bildeten. Sie rekrutierten viele Muslime als Radiojournalisten und vor allem als Sprecher, hatten aber auch eine eigene Theatertruppe, mit der die arabischsprachigen Hörer unterhalten werden sollten²⁹³. Bereits Ende der 1930er wies der *Gouverneur-Général* Peyrouton an, die ELAK für Propaganda im muslimischen Milieu einzusetzen. Er äußerte sich in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Radioklubs „Amicale Radio PTT Alger“ im Juli 1938 wie folgt: „Des conférences radio périodiques, exclusives de toute tendance politique... seraient de nature à intéresser les populations indigènes et à assurer une large propagande à l'œuvre accomplie par la France en Algérie depuis un siècle (Voici les thèmes potentiels): Habitat indigène...l'œuvre d'assistance en Algérie...La France et l'Islam.“²⁹⁴ Die Themen kreisten um die Errungenschaften, die Frankreich aus Sicht des *Gouverneurs* nach Algerien gebracht hatte und sollten den Muslimen den Modernisierungsschub der Kolonialherrschaft vor Augen führen. Einen weiteren wichtigen Anstoß für das Radio gab der Zweite Weltkrieg: Dieser war der

²⁹¹ Offizielle Zahlen gab es erst in den 1940er Jahren. Der Radiobestand in muslimischen Haushalten kann auf wenige Zehntausend geschätzt werden. Siehe dazu Cahiers d'Histoire de la Radiodiffusion, La Radiodiffusion de l'Algérie Française (1924-1962), in: Cahiers d'Histoire de la Radiodiffusion 1990, Nr. 26.

²⁹² Siehe vorliegendes Kapitel III.1 zu Radio-Alger.

²⁹³ André Limoges, La troupe de Radio-Alger, in: Cahiers d'Histoire de la Radio-diffusion, 1991, Nr. 29. Zu den verschiedenen Kategorien von Künstlern bei den ELAK siehe CAC, Versement 19900532.7: Archives de l'Administration des Services artistiques. Régie générale des Orchestres et des Chœurs, Radiodiffusion française, RTF, ORTF/ 1942-1975, Boîte 7: Formations de Paris et de province 1954-1960.

²⁹⁴ CAOM 15H/32: Radio-Alger. Emissions, écoutes, Divers, Radio Arabe, 1937-1943.

Übergangsregierung insofern eine Lehre, als das Medium hier massiv von der Feindpropaganda genutzt worden war, um die französische Kolonialherrschaft in der Wahrnehmung der indigenen Bevölkerung zu delegitimieren. Sowohl deutsche, italienische als auch arabische Radiosender hatten solche Botschaften über ganz Nordafrika verbreitet.²⁹⁵ Aber auch die Alliierten hatten den Nutzen des Radios erkannt: Man denke nur an de Gaulles Appell vom 18. Juni 1940 oder an das Abhören der BBC im besetzten Frankreich. Die französische Administration Algeriens war sich bewusst, welches potenziell wirksame Propagandainstrument sie mit den ELAK in ihren Händen hielt, weshalb sie noch vor dem Kriegsende in Europa ambitionierte Pläne für deren Neugestaltung ausarbeitete. So forderte ein undatierter Bericht, vermutlich von 1944, eine grundlegende Überholung dieser Radiodienste und ein Ausrichten auf politische Zweckmäßigkeit: „On verra les réformes à introduire d’urgence afin de donner à cet instrument de propagande son efficacité maximale.“²⁹⁶ Der Verfasser sah Frankreich weiterhin in eine „guerre des ondes“ mit feindlichen Radiostationen verwickelt, die es mit allen Mitteln zu gewinnen gelte. Allerdings beinhaltet der Bericht nicht zuletzt eine massive Kritik an der bisherigen Radiogestaltung und legte die Vernachlässigung dieses von den Kriegsgegnern so virtuos eingesetzten Propagandainstruments gnadenlos offen: „Est-ce à dire que tout ait été parfait? Certes non. Et cette réponse négative, valable pour le passé, l’est encore davantage pour le présent... il importe de mettre en lumière certaines erreurs de méthodes... Ces erreurs dépassent le cadre de l’exécution de ces émissions et posent en réalité un problème de haute administration, à tout le moins celui sur lequel doivent se modeler ces émissions.“²⁹⁷

Zentral ist hier, dass eine unmittelbare Unterordnung der Radioredaktion unter die Politik gefordert und auch umgesetzt wurde: So übernahm das *Centre d’informations et d’études*, welches direkt dem *Cabinet civil* des *Gouverneur-Général* unterstellt war, noch vor Kriegsende die Kontrolle über die ELAK. Es galt also als ausgemacht, dass nur die direkte administrative Einflussnahme auf die Radiodienste die Propagandaeffizienz gegenüber der muslimischen Bevölkerung sicherstellen konnte.²⁹⁸ Dies wirft ein Schlaglicht auf die behördliche Sichtweise von öffentlicher Kommunikation in Bezug auf die indigene Bevölkerung: Diese war aufgrund ihres wahrgenommenen Drohpotenzials politisch zu

²⁹⁵ Sogar Radio Berlin sendete antifranzösische Propagandasendungen arabischer Journalisten bis nach Nordafrika, siehe ebd. Ebenso CAOM 4I/66: Dossiers de surveillance vie culturelle, Radio, 1940-1961.

²⁹⁶ CAOM 4I/66: Dossiers de surveillance vie culturelle, Radio, 1940-1961.

²⁹⁷ Ebd.

²⁹⁸ So beinhaltet der Bericht folgende weitere Stellungnahme: „La collaboration des services administratifs... intéressés à la politique indigène... ne pourra être que désirable et bienfaisante pour les émissions musulmanes, car elle permettra de garder un contact étroit avec l’opinion et d’agir sur elle avec le maximum d’efficacité.“ Siehe CAOM 4I/66: Dossiers de surveillance vie culturelle, Radio, 1940-1961.

kontrollieren und, wo nötig, zu manipulieren und zu beeinflussen. Medien – wie *Radio-Alger* – wurden zu Vehikeln der „politique indigène“ mit der Maßgabe, die indigene Wahrnehmung nachhaltig zu prägen.

Die Unterordnung der ELAK unter höchste politische Stellen, die mit der Aufstockung der Finanzmittel und der Sendeleistung einherging, sollte vor allem sicherstellen, dass das vorwiegend indigene Personal vorbehaltlos hinter den französischen Souveränitätsansprüchen über Algerien stand und sich bereit zeigte, in gleicher Weise auf die Hörer einzuwirken. Der oben bereits zitierte Bericht von 1944 zur Gestaltung der Radiopolitik zeigt, wie explizit das Medium Radio die französische Kolonialherrschaft verherrlichen sollte: „Les speakers de langue arabe exposeront les caractères universels de l’humanisme français, les fastes de l’histoire de France, le rôle et les traits de génie ou de générosité des grands français... ils montreront comment la France... en adaptant son action à chaque race, a pu dans chaque partie de son Empire colonial, faire œuvre de libération vraie et d’humanité, relever le niveau de vie des populations, les préserver des fléaux sociaux, les instruire et les appeler à sa culture.“²⁹⁹ Die Sprecher sollten also ausdrücklich den französischen Universalismus betonen und die Präsenz Frankreichs in Algerien als Befreiung und sozialen sowie kulturellen Aufschwung darstellen. Ebenso oblag es ihnen, das gesellschaftliche Zusammenleben in Algerien als harmonisches Miteinander von Europäern und Muslimen zu beschreiben, das auf einem unantastbaren Solidaritätsprinzip beruhte: „L’on s’attachera à montrer la solidarité des intérêts existant entre les éléments ethniques, la solidarité morale créée par un siècle de vie en commun... L’on rendra sensible à l’auditeur comment des Français et des Françaises créent et entretiennent avec un désintéressement complet et au prix d’un grand dévouement des œuvres d’assistance aux indigènes.“³⁰⁰ Unentbehrliche Vorbedingung für die Einstellung bei den ELAK von *Radio-Alger* war zweifelsfreie Loyalität gegenüber der französischen Herrschaft über Algerien, was besonders für die so genannten *Conférenciers*, die redaktionelle Verantwortung trugen, galt: „Les conférenciers attitrés de la station doivent avoir un esprit nettement français, dépasser le stade de simple loyalisme qui laisse intacte, parfois, une mentalité foncièrement attachée à des traditions périmées.“³⁰¹ In der Tat zweifelten die Behörden oft genug an der ideologischen Tauglichkeit muslimischer Bewerber für *Radio-Alger*, wie Akten über das Einstellungsverfahren beweisen. Sie befürchteten, Mitarbeiter einzustellen, die sich unter dem Schutz der arabischen Sprache den redaktionellen Vorgaben widersetzten und die politischen Leitlinien ignorierten, um den indigenen Hörern

²⁹⁹ CAOM 4I/66: Dossiers de surveillance vie culturelle, Radio, 1940-1961.

³⁰⁰ Ebd.

³⁰¹ Ebd.

antifranzösische Standpunkte näher zu bringen: „Le choix des speakers... exige une très grande prudence. [...] Il conviendrait d’éviter de faire appel aux éléments pouvant exister sur place: étudiants nord-africains ou orientaux, plus ou moins gagnés par les idées du nationalisme et aux sentiments de xénophobie qui peuvent résulter d’un purisme religieux exacerbé. A fortiori, il ne saurait être question de faire appel à des éléments locaux pour effectuer le contrôle des émissions.“³⁰² Deswegen war es zumindest nach dem Zweiten Weltkrieg die Regel, dass zu Bewerbern auf Stellen bei *Radio-Alger* ein „rapport de renseignements“ angefertigt wurde, der deren ideologischen Überzeugungen ausleuchten sollte.³⁰³

Die zu Kriegsende geleisteten Reformen in Bezug auf die Redaktions- und Programmstrukturen erzielten jedoch häufig nicht den gewünschten Effekt. So erhielten die ELAK zwar tatsächlich zusätzliche finanzielle Mittel, mit denen mehr Sprecher und *Conférenciers* eingestellt und die Senderleistung aufgestockt werden konnten.³⁰⁴ Dennoch offenbarten Hörerumfragen und administrative Erhebungen wiederholt die mangelnde Beliebtheit der arabischsprachigen Sendungen *Radio-Algers* unter Muslimen, die anstatt dessen lieber ägyptische und britische Sender hörten.³⁰⁵ Wurden die Musik- und Kulturprogramme oft als unattraktiv angesehen – während gerade ägyptische Sender der Avantgarde der arabischen Musik ein Forum gaben und dementsprechend Popularität genossen – so waren die politischen Programme nicht nur der ELAK, sondern von *Radio-Alger* im Allgemeinen zu durchsichtig in Bezug auf ihre propagandistische Wirkung, um nachhaltig und tief greifend auf die indigene Hörschaft zu wirken. Die Redaktion berichtete beispielsweise nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder lang und umfassend von den Sitzungen der *Assemblée Algérienne* und versuchte auf diese Weise, sie mit einer Aura der Legitimität zu versehen, die sie in den Augen der indigenen Bevölkerung längst nicht besaß.³⁰⁶ Die Wahlen zur *Assemblée* von 1947 waren nachweislich massiv manipuliert

³⁰² CAC, Fonds ORTF, 1re partie: Direction Générale, 1930-1976 Cote: 1970/647: Conventions, Algérie, intégration de Radio-Alger.

³⁰³ Siehe beispielhaft CAOM 1K/507: Radio Algérie (1951-1954). Ebenso CAC, Versement 19950218.23: Archives de la Direction générale de la Radiodiffusion française, 1925-1964, Boîte 23: Organisation des services de programme, Porché 1940-1949.

³⁰⁴ Zur Sendeleistung von *Radio-Alger* siehe Centre des Archives Contemporaines (CAC), Versement 19870714.3, Histoire de la Radiodiffusion en France et l'étranger, 1920-1960, Radio-Alger: notes sur fonctionnement 1923-1944. Zu einer umfassenden Übersicht über die Reformen bei *Radio-Alger* nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs siehe CAC, Fonds ORTF, 1re partie: Direction Générale, 1930-1976, Cote: 1970/646: Conventions, Algérie, intégration de Radio-Alger sowie CAC, Versement 19950218.11: Archives de la Direction générale de la Radiodiffusion française, 1925-1964, Dossiers W. Porché.

³⁰⁵ CAOM 4I/66: Dossiers de surveillance vie culturelle, Radio, 1940-1961. Siehe auch die 1959 und 1960 durchgeführte Erhebung einer französischen Soziologin über die Hörgewohnheiten muslimischer Radionutzer; Suzanne Frère, Sons et images dans le bled algérien. Enquête sociologique, Algier 1961.

³⁰⁶ CAOM 10CAB/222: Rapports mensuels sur les émissions en langues arabe et kabyle de Radio-Alger, 1951.

worden, um den pro-kolonialen Kräften den Sieg zu sichern.³⁰⁷ Die Berichterstattung über ihre Abgeordneten, Sitzungen und Beschlüsse gaukelten ein öffentliches Interesse an ihr vor, das längst nicht mehr bestand. Insgesamt fokussierten also die politischen Sendungen *Radio-Algers* im Allgemeinen und der ELAK im Besonderen die offiziellen Institutionen Algeriens, wohingegen oppositionelle und außerparlamentarische politische Gruppen, die weite Teile der indigenen Bevölkerungsmehrheit vertraten, im Programm nicht vorkamen. Genau dies kritisierte beispielsweise die linke Tageszeitung *Alger-Républicain*, welche *Radio-Alger* als „officine de fausses nouvelles“ verspottete und der öffentlichen Sendeanstalt nicht nur – der offiziellen Ausrichtung entsprechend – Propaganda, sondern auch die Manipulierung der Öffentlichkeit durch Falschinformationen sowie die Entlassung unliebsamer Journalisten vorwarf: „M. Naegelen a fait écarter du micro de Radio-Alger et de ses commentaires politiques les journalistes suspects d’une objectivité trop effective.“³⁰⁸

Auch die privilegierte Behandlung der Sendungen auf Kabylish, einer der bedeutenden Minderheitensprachen Algeriens, machte *Radio-Alger* bei vielen arabischen Muslimen nicht beliebter. Die französischen Kolonialherren hatten traditionell die Kabycler in besonderer Weise gefördert, so in Fragen der Schulpolitik oder der Migration in die Metropole; Kabycler hatten dadurch überdurchschnittliche Französischkenntnisse und bessere Aufstiegsmöglichkeiten als die Araber.³⁰⁹ Die Radiopolitik war in diesem Zusammenhang nur eine Facette der „Dividere-et-imperare“-Strategie; dennoch verärgerte die Gleichstellung der beiden Sprachen in der Programmstruktur der ELAK die Araber in besonderer Weise, sahen sie doch im Arabischen eine geheiligte Sprache, die mit einem „Berberdialekt“ nicht auf eine Stufe gestellt werden durfte.³¹⁰

Unabhängig von der Frage, ob die ELAK ihr Beeinflussungspotenzial ausschöpften oder ob die Muslime nach 1945 tatsächlich in ihrer politischen Haltung bereits so stark von Frankreich abgerückt waren, dass sie sich von der Radiopropaganda nicht mehr angesprochen fühlten, wurde nach dem endgültigen Zerschlagen jeglicher Verständigung zwischen

³⁰⁷ Siehe Kapitel II.2.

³⁰⁸ CAOM 9CAB/46: Surveillance de la presse, 1947-1948.

³⁰⁹ Siehe dazu Kapitel I.1.

³¹⁰ Siehe dazu CAOM 4I/66: Dossiers de surveillance vie culturelle, Radio, 1940-1961. Hier wandte sich der Algierer Préfekt am 27. Februar.1961 brieflich an den *Sous-préfet des Cabinet Civil des Gouverneur-Général*: „C’est ainsi qu’animées par le Chef des émission en langue arabe M. BENHASSINE Fattalah, ancien élève de Médersa et Président de l’Amicale des Anciens élèves du Lycée Franco-Musulman, des intrigues paraissent se nouer de la part de membres du personnel de la Radio afin que’il n’existe plus que deux chaînes, la „chaîne française“ et la „chaîne arabe“, celle-ci réservant au Kabyle la place qu’occupent actuellement les chants d’origine tlemcenienne.“ Als weiteres Beispiel für die „Dividere-et-imperare“-Politik siehe CAOM 81F/766: Association des Oulémas, surveillance, 1933-1958: Hier wird deutlich, dass das *Gouvernement Général* 1940 enge Beziehungen zu den *Marabouts*, abergläubischen und in Algerien lange Zeit einflussreichen Mystikern, knüpfte, mit dem Zweck die orthodoxen *Oulémas* zu isolieren, die aufgrund ihrer Strategie der Rückkehr zur Reinheit des originären Islam in Feindschaft zu den *Marabouts* standen.

Europäern und Muslimen durch den Allerheiligenaufstand vom 1. November 1954 der Stab über die ELAK gebrochen. So beklagte sich der *Gouverneur-Général* Soustelle 1955 auf Bitten des Direktors der *Radio Television Française* (RTF) beim Ministerpräsidenten Faure in Paris, dass das Propagandapotenzial des Radios lange Jahre unterschätzt worden wäre und so auch Frankreichs Abstimmungsniederlagen bei der UNO zu erklären seien.³¹¹ Allerdings war dies eher ein politisches Manöver, mit dem der Direktor der RTF mehr Geld für seine Anstalt herausschlagen wollte, dabei jedoch keineswegs den Kern der Sache traf: Nicht kühne Visionen effizienter Radiopropaganda hatten gefehlt, sondern die Umsetzung der Vorgaben sowie die Fehleinschätzungen in Bezug auf die Resonanz im indigenen Milieu führten dazu, dass die Stimme *Radio-Algers* oftmals ungehört verhallte. Darauf weisen nicht zuletzt Veröffentlichungen von *Radio-Alger* hin, in denen sich die Sendeanstalt bezüglich ihrer „Emission Arabes“ in Selbstlob überschlug: Die große Anzahl an Leserbriefen und die positiven Bemerkungen ließen gar keinen anderen Schluss zu, so der Tenor.³¹² Tatsächlich ging es angesichts der Ineffizienz der ELAK darum, sich selbst in Szene zu setzen und positive Schlagzeilen zu produzieren.

Der General Paul Massu, Befehlshaber der 10. Fallschirmjägerdivision und verantwortlich für die berüchtigte „Bataille d’Alger“, brachte die Kritik am 24. Oktober 1957 in einem Bericht auf den Punkt. Er wies auf das „fonctionnement routinier et inutile“ der arabisch- und kabyllischsprachigen Dienste hin und bemängelte, dass die 1945 formulierten Visionen letztlich an ihrer stümperhaften Umsetzung zerschellt seien: „Sur le plan technique: Les employés chargés de la manipulation des appareils de studio n’ont pas, à leur prise de fonction, la qualification technique de leur spécialité; il en résulte, durant leur longue formation pratique, une série impressionnante d’erreurs techniques, qui indisposent l’auditeur (sonnerie au départ des émissions, partitions musicales non-diffusées dans l’ordre annoncé).“³¹³ In dem detaillierten Bericht verwies er darauf, dass die Leistung der ELAK immer noch zu schwach sei und dass zu viele Muslime die ausländischen und oft antifranzösischen Programme vorzögen. Außerdem würden oftmals bewusst plumpe Falschinformationen verbreitet, die den Hörer jedoch nicht in die Irre leiten könnten. Doch war Massus abschließende Forderung utopisch: „Il faut qu(e) (les ELAK) deviennent un moyen puissant dans l’œuvre de pacification entreprise.“³¹⁴ Dafür war es jedoch längst zu spät: Die schwache propagandistische Wirkung *Radio-Algers* seit Mitte der 1930er Jahre hatte

³¹¹ CAOM 11CAB/82: RTF et Radio-Alger, rapports sur le courrier reçu par les émissions arabes, 1955.

³¹² Ebd.

³¹³ CAOM 4I/66: Dossiers de surveillance vie culturelle, Radio, 1940-1961.

³¹⁴ Ebd.

strukturelle Ursachen – vor allem die politische Entwicklung der indigenen Gemeinschaft – und konnte durch kurzfristige Maßnahmen nicht entscheidend verbessert werden.

III.2.2) Publikationen und öffentliche Reden der Administration

Neben Radiopropaganda griff die Administration auch auf herkömmliche Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung zurück, nämlich auf gedruckte Publikationen und öffentliche Reden. Auch wenn diese Medien nicht die Suggestion des Radios besaßen, so erreichten sie dennoch leichter ihre Zielgruppe und hatten eine größere Reichweite.

So legte das *Office algérien d'action économique et touristique* (OFALAC) im September 1948 die Zeitschrift *Algeria* wieder auf, die bereits in den Jahren 1933 bis 1939 und 1940 bis 1943 erschienen war. Das OFALAC war dem *Gouvernement Général* unterstellt und damit auf dessen Wohlwollen und finanzielle Unterstützung angewiesen. Der Zweck der Publikation erschließt sich aus einem Brief des Vorsitzenden des Büros an den *Directeur des Cabinet Civil du Gouverneur* vom 25. September 1948: „Cette revue constituera un bel instrument de propagande en faveur de l'Algérie sous tous ses aspects: économique, social, touristique, culturel.“³¹⁵ Nicht zuletzt wandte sich *Algeria* auch an muslimische Leser, die von den Vorzügen der französischen Tourismus- und Infrastrukturerschließung in Algerien überzeugt werden sollten. Zu diesem Zweck wurden neben Europäern auch Muslime in die redaktionelle Erstellung der Zeitschrift einbezogen, was eine Grundvoraussetzung für die Wirksamkeit von Propaganda im indigenen Milieu darstellte: Diese waren mit ihrer Herkunftsgemeinschaft vertraut, konnten sprachliche Barrieren überwinden und erreichten bei den Lesern einen höheren Grad an Identifikation, was der Vertrauensbildung zuträglich war. Das etwa 15-köpfige Redaktionskomitee umfasste drei Muslime; die Europäer waren mehrheitlich Professoren und Kaufleute.³¹⁶ Signifikant in diesem Zusammenhang war die Bitte des OFALAC-Vorsitzenden an den *Directeur des Cabinet Civil*, selbst dem Komitee beizutreten; dies unterstreicht die Ausrichtung der Zeitschrift an offiziellen Interessen und Standpunkten. Die ungezwungene Verwendung des Begriffs „Propaganda“ seitens des OFALAC-Vorsitzenden weist darauf hin, wie selbstverständlich der Begriff Teil der politischen Sprache war und wie sehr staatliche, politisch motivierte Beeinflussung öffentlicher Kommunikation als Normalität aufgefasst wurde.

Dabei blieb es nicht: Es gab viele Publikationen, die die Administration zwar nicht in Eigenregie betrieb, jedoch finanziell, logistisch oder ideell unterstützte. Im Juni 1946 gründeten zwei ehemalige europäisch-algerische Resistanceaktivisten die Zeitschrift *Le*

³¹⁵ CAOM 9CAB/46: Surveillance de la presse, 1947-1948.

³¹⁶ Ebd.

Moghreb illustré. In Briefwechseln mit den Präfekten in Algier und Constantine versicherten sie, dass sie sich mit ihrer Publikation für die „défense de la cause française“ und die „solidarité entre Français et Musulmans“ in Algerien einsetzen würden.³¹⁷ Das Projekt stieß bei den Präfekten auf Zustimmung. Sie setzten sich nicht nur finanziell dafür ein, sondern halfen auch bei der Zusammenstellung eines hochrangig besetzten *Comité de patronage*, das der Zeitschrift einen quasi-offiziellen Anstrich verlieh: Der Vorsitzende des *Conseil Général* von Algier, der *Inspecteur Général des Finances*, sowie auf muslimischer Seite mehrere Großmuftis nahmen in diesem Komitee ihren Platz ein. Die staatliche Unterstützung lässt sich plausibel erklären: Die Publikation stand für die „Union franco-musulmane“ und ein harmonisches Miteinander von Muslimen und Europäern in Algerien. Entscheidend waren für die Administration in den Nachkriegsjahren vorzeigbare Muslime, die sich explizit und öffentlich für die „Association“ Algeriens mit Frankreich aussprachen und für die „solidarité franco-musulmane“ plädierten. Nur mit Hilfe von pro-französischen Muslimen bestand Hoffnung, propagandistisch in die indigenen Milieus vorzudringen und hier die Wahrnehmungsmuster zu verändern. Es musste Vorbilder in Fleisch und Blut geben, die exemplarisch für die Integration von Muslimen in die französisch dominierte Ordnung Algeriens standen. Publikationsprojekte, die solche Vorbilder in ihren Reihen hatten oder zumindest solchen Vorbildern ein Forum gaben, wurden von der Administration systematisch gefördert.

Ebenso spielten öffentliche Reden eine gewisse Rolle, auch wenn ihr offizieller Charakter in der Regel dazu führte, dass das indigene Interesse gering blieb. Immer wieder wurde auch auf lokaler Ebene Propaganda für die französische Kolonialherrschaft gemacht, so am 16. Oktober 1948 von Seiten des *Gouverneur-Général*, der anlässlich der Verleihung der Ehrenlegion an M. Jannin, Bürgermeister der Kommune Attatba, verkündete: „Je voudrais que l’on me cite une nation qui puisse revendiquer au bilan de ses gloires, une œuvre comparable à celle réalisée en Algérie par la France.... Il faut que la France apprenne qu’elle est une grande puissance musulmane. C’est dans une de ces cellules d’union étroite franco-musulmane que nous pouvons davantage apprécier le travail accompli...“.³¹⁸ Neben der Glorifizierung der französischen Errungenschaften in Algerien, die der Legitimierung der kolonialen Ordnung dienen sollte, betonte der *Gouverneur-Général* auch die „Union franco-musulmane“, die in den Nachkriegsjahren immer wieder beschworen wurde. Dies trug nicht zuletzt der Tatsache Rechnung, dass das Religionsmerkmal zunehmend identitäre Bedeutung

³¹⁷ Siehe CAOM 1K/290: notices de renseignements sur des journaux et journalistes, 1941-1948.

³¹⁸ CAOM 9CAB/47: Rapports mensuels du SLNA, Alger, 1948.

für die indigene Gemeinschaft hatte.³¹⁹ Doch entpuppte sich diese „Einheit“, wenn immer sie auf die Probe gestellt wurde, als substanzlose Illusion, der es zwar nicht an Visionen mangelte, jedoch an einer konkreten Ausfüllung und Umsetzung. Die von der Administration manipulierten Wahlen zur *Assemblée Algérienne* 1947 stellen in diesem Zusammenhang ein gutes Beispiel dar.³²⁰

Schließlich muss hier noch auf ein weiteres Beeinflussungsmittel der indigenen öffentlichen Meinung eingegangen werden, das nicht direkt auf Reden, Publikationen oder dem Radio gründete. Es handelte sich vielmehr um die Vergabepraxis von Anzeigen und Werbung durch die öffentliche Hand in Algerien. Einerseits bekamen nur die Zeitungen auch Anzeigen und damit Einnahmen, die der Administration gegenüber nicht feindlich gesinnt waren. Andererseits organisierten sich die Publikationen im *Syndicat professionnel des journaux d’annonces légales* und bildeten gewissermaßen eine Art Korpsgeist heraus, der den Stolz auf die Auswahl durch die Administration in sich vereinte.³²¹ Hier griff also das Prinzip der Administration, die Zeitungen durch die Vergabe von Anzeigen zu locken und ihnen sich bei ihnen Loyalität quasi zu erkaufen. Alles in allem wirkte die Vergabepraxis also anders als bei Radio- oder Publikationspropaganda eher indirekt: Für eine profranzösische Ausrichtung winkten indigenen Publikationen Verdienst- und Einnahmeverbesserungen. Auch dies war in gewisser Weise Eigenwerbung der Administration, auch wenn es ihr dadurch kaum gelang, indigene Zeitungen zur Aufgabe ihrer Skepsis gegenüber der etablierten Ordnung zu bewegen.

Dass die Administration durchaus einen genauen Plan vor Augen hatte, wie die Kontrolle über die „opinion publique indigène“ gewonnen und Propaganda wirksam verbreitet werden konnte, zeigen die bereits 1929 entworfenen Pläne für einen *Service Général d’information*, der im Kriegsfall sowohl für die Metropole als auch für Algerien effizient jegliche Information und ihre Verbreitung kontrollieren sowie pro-französische Propaganda in Umlauf bringen sollte. Man kann hier durchaus von einem „Masterplan“ sprechen, da er von höchster Ebene, namentlich der *Présidence du Conseil de la République*, ausging und das Bewusstsein der politischen Akteure von der Bedeutung der öffentlichen Meinung für die politischen Machtverhältnisse offen legte. Ursprünglich sollte der Dienst nur in der Metropole in Aktion treten, doch 1937 erwirkte das *Gouvernement Général* eine Ausweitung des Aktionsradius auf Algerien: „Ces instructions bien qu’élaborées dans la Métropole, indiquent cependant, que

³¹⁹ Siehe dazu Kapitel IV.1.

³²⁰ Siehe vorliegendes Kapitel II.2.

³²¹ Siehe CAOM 10CAB/176: Presse, journalistes, saisies de journaux, 1954.

dans les territoires français d’Outre-Mer, le moral des populations doit faire l’objet des soins particuliers des Gouverneurs ou Résidents Généraux, et que l’action à y conduire... peut néanmoins s’inspirer utilement de certaines mesures prises en France... Dans le cas particulier de l’Algérie, il est du plus haut intérêt de prévoir la création à la mobilisation d’un organisme susceptible de diriger et de coordonner l’action morale à exercer non seulement sur la population française, mais surtout dans les milieux indigènes.³²² Im Falle der Mobilmachung also oblag es dem Dienst u. a., effektiv der zu erwartenden Feindpropaganda im indigenen Milieu entgegenzuwirken. Das dem *Gouvernement Général* angeschlossene *Secrétariat permanent de la Défense Nationale en Algérie* fasste die Anweisungen für den Dienst in Algerien sowie dessen detaillierte Struktur in einem 20-seitigen Dossier zusammen. Hieraus wird deutlich, wie sehr die Behörden für den Kriegsfall mit einer Gemengelage aus Feindpropaganda, Verschlechterung der Versorgungslage und dadurch bedingt mit einer massiven Destabilisierung der bestehenden Ordnung rechneten. Deswegen war zwar eine Aktivierung des *Service Général d’information* nur für den Kriegsfall geplant. Dennoch funktionierte der von Militärs und Zivilbeamten dominierte Dienst bereits zu Friedenszeiten³²³: Das Personal musste sich mit den Besonderheiten der „opinion publique indigène“ vertraut machen und auf seine Überwachungs- und Beeinflussungsaufgaben vorbereitet werden. So oblag der *Section Indigène* vor allen Dingen die „étude des variations de l’opinion musulmane en Algérie“ sowie die Analyse der „presse islamique algérienne“ mit dem Ziel „d’en extraire tout ce qui peut nécessiter une action, immédiate ou non...“. Die *Section Indigène* war bis hinunter auf die lokale Ebene in Zellen gegliedert, die vor Ort die Observierungs- und Propagandaaufgaben übernahmen: Die Beeinflussung der muslimischen Meinung sollte vor allem in Schulen und sonstigen Ausbildungsstätten, am Arbeitsplatz bzw. in Handels- und Landwirtschaftskammern sowie mittels aller verfügbaren Medien durchgeführt werden, was insofern leichter fiel, als der *Service Général* für den Kriegsfall auch gleichzeitig das Informationsmonopol innehatte: „Le service oriente la rédaction des journaux.“

Die genannten Beispiele zeigen, wie sehr die Administration in Algerien daran interessiert war, propagandistisch in die Sphäre indigener Selbstverständigung vorzudringen und hier Diskurse und Stimmungen zu beeinflussen. Mediale Meinungsbeeinflussung wurde umfassend reflektiert und für politisch notwendig befunden. Das größte Hindernis für eine entfaltete propagandistische Wirkung stellte in diesem Zusammenhang der Graben dar, der zwischen den Europäern und der indigenen Gemeinschaft in Algerien klaffte: Beide Milieus

³²² CAOM 1K/41: Cabinet du Préfet.

³²³ Ebd.: „L’organisation de la Section Indigène est prévue dès le temps de paix.“

beäugten sich argwöhnisch, nur wenige Beamte sprachen Arabisch und generell litt gerade das ländliche und vorwiegend muslimische Algerien an einer massiven „Unterverwaltung“, wie Alain Mahé zeigen konnte.³²⁴ Daraus resultierte das Bedürfnis der Administration nach indigenen Mittlern, die in beiden Welten zuhause und bereit waren, mit den Behörden zu kooperieren. Schon Ende des 19. Jahrhunderts hatte es Versuche gegeben, durch gezielte Einschulung einer begrenzten Anzahl an Muslimen eine Mittlerschicht zu schaffen, die in Bezug auf die Kluft zwischen Europäern und Muslimen eine Brückenfunktion übernehmen und für die notwendige Verständigung sorgen konnte.³²⁵ Eins jedenfalls zeichnete sich in den 1930er und 1940er Jahren deutlich ab: Eine gebildete und französisierte indigene Elite, deren mediales und politisches Erwachen der Kolonialstaat so sehr fürchtete, war unabdingbar für eine effiziente Beeinflussung der indigenen öffentlichen Meinung.

III.2.3) Die Verbreitung staatlicher Propagandadiskurse durch indigene Mittler

Wie bereits im Fall von *Radio-Alger* und den ELAK umrissen, spielten indigene Mitarbeiter im Allgemeinen und im Medienbereich im Besonderen eine wichtige Rolle. Die Kolonialherren brauchten sie einerseits dazu, ein indigenes Publikum anzusprechen und für die jeweiligen medial verbreiteten Diskurse empfänglich zu machen. Andererseits mussten sie auch als lebender Beweis für den Erfolg der französischen Integrations- und Assimilationspolitik herhalten. Man kann die indigenen Mittler in Algerien grob in zwei Kategorien unterteilen: Auf der einen Seite standen diejenigen, die diese Rolle mit Überzeugung und Idealismus ausfüllten und tatsächlich an das Projekt der „Union franco-musulmane“ glaubten. Auf der anderen Seite gab es eine Vielzahl an Muslimen, die ihre Mittlerrolle eher pragmatisch interpretierten und als Chance zum sozialen Aufstieg verstanden, ideologisch jedoch keine besondere Bindung an das „französische Algerien“ hatten.

Unter der erstgenannten Kategorie befanden sich Publizisten wie Rabah Zénati, Herausgeber der *Voix des Humbles* in den 1920er Jahren sowie Smail Mami, Chefredakteur der administrationsfreundlichen *En-Nadjah*³²⁶. Auch wenn Zénati immer wieder Konflikte mit den Behörden austrug, so war er doch ein überzeugter Assimilationist; ihm gingen die Pläne des *Gouvernement Général* nicht weit genug und was er vor allem kritisierte, war die

³²⁴ Mahé, Grande Kabylie, S. 9. Dies widerspricht der weit verbreiteten Sichtweise von einer effizienten und all umfassenden Durchherrschaft der indigenen Gemeinschaft durch die Kolonialherren.

³²⁵ Fanny Colonna; Omar Carlier; Abdelkader Djeghloul (Hgg.), *Lettrés, intellectuels et militants en Algérie 1880-1950*, Oran 1988, S. 15; auch Christiane Achour, *Abécédaires en devenir. Idéologie coloniale et langue française en Algérie*, Algier 1985, S. 150.

³²⁶ Zu *En-Nadjah* siehe Collot, Régime juridique, S. 358.

fehlende Konsequenz bei der Französisierung der indigenen Bevölkerung.³²⁷ Diese Kategorie von Mittlern hatte für die Administration insofern Bedeutung, als sie im indigenen Milieu bekannt waren und mit ihren Publikationen eine relativ große Zahl an Lesern erreichten. Auch verliehen sie als öffentliche Personen dem Assimilierungsprojekt ein Gesicht und konnten auf diese Weise auch die Teile der indigenen Bevölkerung ansprechen, die des Lesens und Schreibens nicht mächtig waren.

Was die Rekrutierung vieler indigener Mittler aus Sicht der Administration jedoch stark schmälerte, war deren ideologische Indifferenz gegenüber der französischen Ordnung. Stellten Mediatoren wie Zénati oder Mami sicherlich „Leuchttürme der Propaganda“ dar, so war das Ziel einer effizienten Beeinflussung der indigenen öffentlichen Meinung durch indigene Mittler von Beginn an dadurch gefährdet, dass das eingestellte Personal der französischen Vorherrschaft über Algerien weitgehend gleichgültig, wenn nicht sogar ablehnend gegenüber stand. Zwar war sich die Administration dieses Problems bewusst, doch konnte sie daran wenig ändern. So wurde in den Berichten zur Personalrekrutierung für die ELAK von *Radio-Alger* immer wieder auf die „politische Unzuverlässigkeit“ der neuen Mitarbeiter hingewiesen: „(Nous devons éviter) des erreurs telles que le recrutement d’agents: conférenciers ou autres dont l’esprit se trouve orienté à l’opposé des nécessités de l’heure comme des tendances générales de la Haute Administration.“³²⁸ Gleichzeitig offenbarten die Berichte das Idealbild, welches den Behörden vom muslimischen Radioredakteur oder Radiosprecher vorschwebte, ohne dass klar aus dem Text hervorging, woher man diese Leute bekommen sollte: „En ce qui concerne spécialement le speaker, il doit constamment faire œuvre intelligente et être à même de traduire, avec aisance et simplicité, en se mettant à la portée de l’auditoire, tant pour la forme et l’emploi de vocables dérivés de l’arabe... Pour justifier leur collaboration permanente, les conférenciers doivent réunir les mêmes conditions... et encore posséder une formation intellectuelle qui les rend aptes au rôle d’éducateurs et d’arbitres.“ Allgemein setzte die Administration große Hoffnungen in die indigenen Mittler – nicht nur die Radiojournalisten –, mit deren Hilfe sie glaubte, die Wahrnehmungsmuster der Kolonisierten propagandistisch beeinflussen zu können: „Si nous ne pouvons ni détruire les mosquées... ni imposer violemment la langue française à ces quatre millions de sujets, force nous est de leur laisser des prêtres, des juges et des savants, quitte à agir sur ces directeurs spirituels pour transformer peu à peu la société musulmane... et

³²⁷ Zénati, Problème.

³²⁸ CAOM 4I/66: Dossiers de surveillance vie culturelle, Radio, 1940-1961.

l'amener à notre langue, notre justice, à nos mœurs.“³²⁹ Demgegenüber stand die konkrete Realität beispielsweise der Rekrutierung von Radiojournalisten, welche durch massive Probleme geprägt war, den Idealtypus des „indigenen Mitarbeiters“ tatsächlich ausfindig zu machen und an sich zu binden. Aus Sicht der Verwaltungsbeamten handelte es sich um „Opportunisten“, teilweise um „Saboteure“, die die „Großzügigkeit“ Frankreichs, sie in exponierter beruflicher Stellung zu beschäftigen, nicht zu schätzen wussten. So schrieb der Algierer Präfekt während des bereits ausgebrochenen Algerienkriegs an einen seiner Unterpräfekten: „Mais ce qui frappe surtout, c'est cet état d'esprit fâcheux qui existe dans les rapports du personnel musulman avec les administrateurs qui les emploient. J'ai déjà constaté dans cette partie de la population musulmane qui se prétend intellectuelle une tendance à bénéficier des générosités sans aucune contrepartie et ayant le souci d'une neutralité que j'assimile à une trahison parce qu'elle se traduit en définitive par la prise de position en faveur du FLN.“³³⁰

Obwohl sich die Administration bewusst war, wie bedeutsam die Rekrutierung einer Mittlerschicht war, blieb die Elitenpolitik der Administration Stückwerk. Zwar hatte es durchaus Bemühungen in Fragen der Schulpolitik und der Bildung für Muslime gegeben.³³¹ Doch verharrte die Einschulungsrate muslimischer Kinder bis zum Zweiten Weltkrieg unter 10 %³³²; hinzu kam die so genannte „politique des bachagas“, die die Administration traditionell in Algerien verfolgt hatte. Sie bestand darin, die etablierten muslimischen Familien und Clans zu stützen, die oft Großgrundbesitzer waren und feudalähnliche Privilegien genossen. Auch wenn seit Ende des 19. Jahrhunderts neue indigene Eliten ausgebildet wurden, so behielten die bei der lokalen Bevölkerung verhassten „Bachagas“ bis in die 1950er Jahre ihre vormals privilegierte Stellung zumindest punktuell und informell inne und nutzten weiterhin ihre engen Beziehungen zu den Behörden weidlich aus. Doch war diese Aufrechterhaltung unzeitgemäßer Privilegien innerhalb der Administration nicht unumstritten. Ein Bericht von 1952 des *Service de Liaison nord-africain* (SLNA), ein den algerischen Präfekturen unterstellter Sicherheits- und Geheimdienst, stellte beispielsweise die gesamte Elitenpolitik der Administration zur Diskussion: „Il convient, tout en marquant aux anciennes familles musulmanes les égards qui leur sont dus, de déceler les personnalités même d'humble extraction, les hommes de valeur qui émergent de la masse, pour en faire les notables de demain. Il faut rester en contact avec eux, les rallier à nous et les faire collaborer à l'œuvre française. Une „politique de bachagas“ que l'on a souvent reprochée à

³²⁹ Maurice Poulard, *L'Enseignement pour les indigènes en Algérie*, Diss. Algier 1910, S. 138.

³³⁰ CAOM 4I/66: Dossiers de surveillance vie culturelle, Radio, 1940-1961.

³³¹ Siehe dazu die Kapitel I.2 und I.3.

³³² Colonna, *Lettrés*, S. 8.

l'administration française en Algérie, doit faire place à une „politique des élites musulmanes“ qui accorde notre confiance aux seuls Musulmans jouissant d'une influence réelle et méritée, mettant d'abord celle-ci au service de l'intérêt général. La solution du problème algérien réside donc dans l'entente et la collaboration féconde des élites franco-musulmanes.“³³³ Der SLNA brachte hier das meritokratische Prinzip ins Spiel, das der bisherigen Politik der Unterstützung etablierter, jedoch „antimodernistischer“ Eliten zuwiderlief. Nur französisch ausgebildete und mit einem modernen Rechts- und Gesellschaftsverständnis vertraute Eliten hätten das Zeug, den muslimischen „Massen“ als Vorbild zu dienen und sie von der Vorteilhaftigkeit einer Integration in die französisch dominierte Ordnung Algeriens zu überzeugen: „Les Musulmans pourront alors, sans rien renier pour cela des richesses spirituelles de leur tradition, justifier leurs compétences pour participer à la gestion des affaires algériennes, voire même métropolitaines si l'on veut que l'*Union française* ne soit pas un vain mot.“³³⁴ Diese Ausführungen verwiesen auch auf die bevormundende Haltung, die die Administration den indigenen Mittlern gegenüber an den Tag legte. Aus herkömmlicher französischer Sicht waren Letztere eine Schicht der Befehlsempfänger, die auf begrenzte und randständige rechtliche und materielle Inklusion hoffen durfte, dabei jedoch politisch vollständig loyal sein musste. Der SLNA dagegen brachte den Gedanken in die Diskussion ein, die Mittler als gleichwertige Partner zu akzeptieren und unter Wahrung ihrer kulturellen Traditionen an der „gestion des affaires algériennes“ zu beteiligen.

Insgesamt gesehen müssen die Versuche staatlicher Einflussnahme auf indigene Wahrnehmungen und Diskurse in den 1930er bis 1950er Jahren als gescheitert gedeutet werden. Die Administration war frühzeitig mit den Herausforderungen vertraut, die die Entstehung einer „opinion publique indigène“ mit sich brachte. Sie ließ u. a. vom *Centre d'informations et d'études* umfangreiche Berichte über deren Beschaffenheit und die Folgen anfertigen, die das Wirken von Muslimen im öffentlichen Raum nach sich zog. Die Behörden hatten außerdem mit dem Monopol über das Radio sowie der Verfügung über verschiedene gedruckte Propagandapublikationen wirkungsmächtige und suggestive Mittel in der Hand, um die indigene öffentliche Meinung auf ihre Seite zu ziehen. Doch scheiterte dies einerseits an der Inkonsequenz, mit der eine zwischen Administration und indigener Gemeinschaft vermittelnde Schicht aufgebaut wurde. Auch wenn eine moderne Elitenpolitik vom Ende des 19. Jahrhunderts an zunehmend die traditionsreiche „politique des bachagas“ in den Hintergrund drängte, so versäumten es die Behörden, der steigenden Zahl der im

³³³ CAOM 4I/68: Enseignement public et privé, surveillance, 1933-1960.

³³⁴ Ebd.

französischen Schulsystem ausgebildeten Muslimen angemessene Stellen zu verschaffen und sie auf diese Weise nicht zuletzt ideologisch an sich zu binden. Die rechtliche und gesellschaftliche Marginalisierung, der sie unterlagen, ließ sie zunehmend Abstand von der französisch dominierten Ordnung nehmen, auch wenn sie weiterhin vehement ihre Integration forderten. Sie fühlten sich von der Administration ungerecht behandelt und als Propagandainstrument missbraucht. Ebenso vereitelten überzogene Erwartungen der Administration an *Radio-Alger* und die ELAK eine realistischere Berichterstattung, die die indigene Bevölkerung hätte ansprechen können. Die Radioprogramme sollten propagandistisch vergessen machen, dass die Administration gerade in den 1930er Jahren mehrmals greifbare und politisch realisierbare Integrationsentwürfe blockiert oder jedenfalls nicht forciert hatte. Diese Aufgabe konnten sie jedoch nicht leisten. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die „*opinion publique indigène*“ bereits derart antikolonial und zunehmend national eingestellt, dass Propaganda bei dieser zumeist auf taube Ohren stieß. Letztlich wurde die Durchdringung der „*esprits indigènes*“ zur Illusion: Die Administration konnte in Fragen der Loyalität und Regimetreue nicht einmal für die von ihr rekrutierte Mittlerklasse bürgen.

III.3) Der polizeiliche Umgang mit der indigenen Presse: *Surveillance politique* und Repression

Parallel zu den Versuchen, die „*opinion publique indigène*“ propagandistisch zu beeinflussen, setzte die Administration von den 1920er Jahren an auf die Überwachung weiter Teile der indigenen Presse. Dies war kein Widerspruch in sich: Aus Sicht der Behörden stellten besonders die arabischsprachigen, oft an den *Oulémas*, also muslimischen Religionsgelehrten, orientierten Publikationen eine antifranzösische Minderheit dar, die es zu isolieren und observieren galt. Gleichzeitig versuchte man, französischsprachige indigene Zeitungen auf die eigene Seite zu ziehen. Allerdings war dies ein zunehmend schwieriges Unterfangen, da viele *Oulémas*-inspirierte Organe in den 1930er Jahren neu entstanden und sich die Zahl der für die Zusammenarbeit in Frage kommenden Publikationen reduzierte. Die Beschattung der Presse fügte sich nahtlos in die historisch tief verwurzelte „*Surveillance des indigènes*“ ein; sie kam nun nur anders zum Ausdruck. Beinhaltete das Repertoire der verantwortlichen Polizeibeamten oder Militärs vor dem Ersten Weltkrieg eher Umfragen im indigenen Milieu, Überwachung von Moscheen und Dorfversammlungen oder die Kontrolle von Wanderarbeitern, so hatte die „*Surveillance*“ nun eine neue Qualität: Die indigene Gemeinschaft verfügte ab den 1920er Jahren erstmals über ein Netz von publizistischen

Ausdrucksmitteln, die die Eindrücke und Stimmungen in der Bevölkerung aufnahmen, zu Meinungen und Forderungen formten und schließlich durch tausendfache Verbreitung mit Macht auf die indigenen Rezipienten zurückwirkten. Dies ließ bei den Sicherheitsbehörden die Alarmglocken schrillen: Der Überwachungsaufwand stieg auf ein Vielfaches und führte dazu, dass die „Surveillance des indigènes“ eine krakenförmige Gestalt annahm und zahlreiche verschiedene Polizeikorps involvierte. Entscheidend aber blieb die Verunsicherung, die die Entstehung einer indigenen Presse als Ausdruck der indigenen öffentlichen Meinung³³⁵ bei der Administration auslöste: Auch wenn selbige die Ausbildung indigener Eliten in gewissen Grenzen mit vorangetrieben hatte, so stellte die Tatsache, dass diese nun am öffentlichen Diskurs partizipierten, ein großes Problem für die Behörden dar. Vor allem vollzog sich die Integration der indigenen Diskursteilnehmer in die Öffentlichkeit nicht konsensuell über den Weg bereits existierender, europäisch dominierter Zeitungen, also quasi in „kontrollierter“ Form, sondern über eigenständige Neugründungen. Diese wirkten oft verunsichernd auf die mit der Überwachung beauftragten Polizeidienste, nicht nur wegen der mitunter verwandten arabischen Sprache, sondern auch wegen der eigenen Diktion und Themenwahl, die sich grundlegend von den europäischen Publikationen in Algerien unterschieden.

III.3.1) Das Kompetenzgerangel der polizeilichen Überwachungsdienste

Die indigene Sphäre öffentlicher Kommunikation im Algerien der 1920er Jahre war vielschichtig und zeigte bereits die Symptome einer gewissen politischen Ausdifferenzierung. Die *Presse jeune-algérienne* bekam es zunehmend mit der Konkurrenz der reformistischen Publizistik zu tun.³³⁶ Vor allem auf Letztere reagierten die Behörden mit großem Misstrauen und stellten sie von Beginn an unter scharfe Überwachung, die nicht selten in offene Repression und Publikationsverbote umschlug. Zwar hatten die *Oulémas* mit Nationalismus zunächst einmal nichts im Sinn, betonten jedoch die islamischen Wurzeln der algerischen Muslime und forderten in gewissen Grenzen eine Rückbesinnung auf eigene kulturelle Traditionen, die maßgeblich durch Religion und arabische Sprache geprägt waren.³³⁷

³³⁵ Auch wenn sich die öffentliche Kommunikation der Muslime immer noch stark in Encounteröffentlichkeiten wie Cafés und Versammlungsöffentlichkeiten wie Lesezirkel, Koranschulen oder anlässlich öffentlicher Reden vollzog, so existierte in den 1920er Jahren zweifelsfrei eine veröffentlichte muslimische Meinung, die sich in Form zahlreicher Zeitungen, aber auch im Rahmen politischer Bewegungen artikulierte. Meinungsbildungsprozesse, die medial vermittelt wurden, vollzogen sich und bezogen immer größere Teile der indigenen Gemeinschaft mit ein.

³³⁶ Eine Beschreibung der reformistischen Bewegung und ihrer politischen Ziele ist bereits in den Kapiteln I.2 und I.3 erfolgt. Des Weiteren siehe Kapitel IV.2.

³³⁷ Siehe Charles-André Julien, *L'Afrique du Nord en marche: Algérie, Tunisie, Maroc, 1880-1952*, Paris 2002, S. 104.

Die auf Seiten der Administration ausgelöste Verunsicherung führte zu widersprüchlichen Reaktionen, welche durch das Kompetenzgewirr begünstigt wurden, das die *Surveillance des indigènes* charakterisierte. In der Tat befassten sich in Algerien zahlreiche Dienste mit dieser Aufgabe: Die *Direction de la Sécurité Générale*, die *Direction de la Sûreté du Territoire*³³⁸, die *Sûreté Départementale*³³⁹ sowie die den Präfekturen unterstellten *Services de Liaison nord-africains* (SLNA). Hinzu kamen auf unterster Ebene u. a. die *Commissaires Divisionnaires*, die abhörten, beschlagnahmten und Verhaftungen durchführten, sowie in den *Territoires du Sud*, die unter Militärverwaltung standen, die Armee. An dieser Stelle sei nur als Beispiel für die Vielfalt der Dienste der Erlass zitiert, mit dem der Präfekt von Oran 1952 das Verbot der kommunistischen Zeitung *Liberté* in Kraft setzte: „Sont interdites la circulation, la distribution et la mise en vente... du journal *Liberté*... MM. Les Sous-Préfets, M. le Commissaire Central d’Oran, M. Commissionnaire Divisionnaire Chef de la Police des RG du district d’Oran, M. le Lieutenant Colonel commandant la 10ème Légion bis de gendarmerie d’Oran, sont chargés chacun en ce qui le concerne de l’exécution du présent arrêté.“³⁴⁰ Der Präfekt von Oran beauftragte also alleine auf lokaler Ebene vier verschiedene Instanzen mit der Ausführung des Verbotes, wobei dem Präfekten gegenüber ohnehin das Innenministerium in Paris sowie das *Gouvernement Général* in Algier weisungsbefugt blieben. Letztere übermittelten den verschiedenen ihnen unterstellten Diensten immer wieder Anweisungen, die nicht selten im Widerspruch zu den vor Ort ausgeprägten Überzeugungen standen.

Ein Paradebeispiel für die Konflikte und die unklaren Kompetenzen, die den verschiedenen Instanzen zustanden, war der Fall Mohamed Sahli Chérif. Der 1906 im *Département* Constantine geborene Muslim hatte in Frankreich Philosophie und Literatur studiert und war in den 1930er Jahren Grundschullehrer in Algerien geworden. In dieser Zeit näherte er sich trotz – oder vielleicht sogar wegen – seiner Ausbildung in der Metropole ideologisch dem algerischen Nationalismus an und begann, für nationalistische Publikationen wie *Ifrikiya* zu schreiben. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg setzte er seine publizistischen Aktivitäten, allerdings nebenberuflich, fort: So arbeitete er für die indigene Zeitung *El Hayat* in Paris und verfasste darüber hinaus Pamphlete und Schriften, die den französischen Kolonialismus in seiner Essenz anprangerten.³⁴¹ Überraschenderweise fand sich Chérif von 1942 bis 1949 auf

³³⁸ Siehe CAOM 9H/46: Cercles musulmans, associations, congrès politiques musulmans. Das Beispiel der Überwachung eines Journalisten zeigt, wie viele einzelne Sicherheitsdienste oft mit einem einzigen Fall beauftragt waren.

³³⁹ Siehe CAOM 9H/42: Dossiers de l’Emir Khaled, 1922-1938; état d’esprit des Musulmans 1943-1947.

³⁴⁰ CAOM 5I/172: Presse et publications: instructions, arrêtés de saisie, 1947-1958.

³⁴¹ Siehe CAOM 81F/779: Surveillance de l’activité de propagande du PPA et des journaux *La Voix algérienne* et *La Nation algérienne*, 1946-1956.

der Gehaltsliste des Versorgungsministeriums in Paris als öffentlich Bediensteter wieder, wo er nicht zuletzt seine Redakteursfähigkeiten einbrachte. Als das Ministerium 1949 zahlreiche Mitarbeiter, darunter Chérif, entließ, suchte dieser beim Erziehungsministerium um Wiederaanstellung als Lehrer nach. Hierauf fielen die Reaktionen sehr unterschiedlich aus: Für untragbar hielt ihn der SLNA Constantine, der deswegen zu Rate gezogen wurde, weil er Chérif während seiner Zeit in Algerien jahrelang überwacht hatte. So hieß es in der Stellungnahme: „Ses publications sont ... un appel constant à la violence et à l'insurrection... D'accord avec M. le Sous-Préfet de Bougie, j'estime qu'il conviendrait de ne pas conserver cet individu au service de l'Etat. Je vous (à M. le Gouverneur-Général) serais reconnaissant, si vous approuvez cette manière de voir.“³⁴² Der SLNA Constantine vertrat hier die lokale Ebene der *Surveillance indigène* und war als täglich „au contact des masses“ operierender Dienst überzeugt, dass man muslimischen Nationalisten gegenüber Härte unter Beweis stellen musste. Auch sei präventives Handeln besser als bloßes Reagieren auf „hasserfülltes Schriftgut“: „Saisir toutes ces brochures haineuses est une excellente mesure certes mais ne pas conserver les auteurs à notre service serait plus efficace.“

Demgegenüber standen das Innen- und Erziehungsministerium sowie das *Gouvernement Général*, die in diesem Fall für mehr Nachsicht gegenüber Chérif, im Klartext für eine Wiedereinstellung als Grundschullehrer, plädierten. So schrieb der Innenminister 1950: „Il n'est pas opportun de rejeter une demande de réintégration dans l'enseignement secondaire pour des motifs politiques.“³⁴³ Der Minister argumentierte, dass man Chérif im Falle eines negativen Bescheids vollends in die Arme der muslimischen Nationalisten treiben würde. Zwar war ihm bewusst, dass es sich um einen Nationalisten handelte, doch stellte Chérif gleichzeitig den Idealtypus des Mittlers zwischen Administration und „muslimischer Masse“ dar. Er war gut ausgebildet, zweisprachig, mit Frankreich vertraut, journalistisch erfahren und umtriebig und damit schwer mit der Schwarz-Weiss-Schablone zu fassen, die pro-französische von anti-französischen Muslimen schied. Auch das Erziehungsministerium sah angesichts des vermerksfreien Führungszeugnisses Chérifs keinen Grund zur Ablehnung. Das *Gouvernement Général* brachte schließlich das Dilemma der Administration und die gleichzeitige Hoffnung, Chérif wiedereinzugliedern, auf den Punkt: „Cet universitaire évolue de plus en plus vers les doctrines nationalistes extrémistes... Un changement de milieu (par

³⁴² CAOM 81F/779: Surveillance de l'activité de propagande du PPA et des journaux *La Voix algérienne* et *La Nation algérienne*, 1946-1956.

³⁴³ Ebd.

une embauche en tant qu'instituteur) serait peut-être de nature à favoriser un retour de M. Sahli (Chérif) vers l'idée française.“³⁴⁴

Das Beispiel Chérifs kann insofern nicht verallgemeinert werden, als die Anstellung eines muslimischen Nationalisten im Staatsdienst den absoluten Ausnahmefall darstellte. Chérif war nicht zuletzt deswegen für die Administration von solchem Interesse, als er als Muslim vielseitig und gut ausgebildet war, was nicht so häufig vorkam. Daher kann Chérif nicht als typischer indigener Publizist und damit sein Fall eben auch nicht als stilbildend betrachtet werden. Vielmehr wirft der Fall ein Schlaglicht auf das Kompetenzgerangel und die Konflikte zwischen den für die *Surveillance politique des indigènes* zuständigen Dienste und Instanzen. So war die harsche Reaktion der lokalen Überwachungsdienste auf Chérifs Gesuch nicht überraschend: Je tiefer man in der Hierarchie ging und je lokaler man schaute, desto größer war die Tendenz zu einer Unterdrückung um jeden Preis. Gerade der SLNA, ob in Algier oder Constantine, aber auch die *Commissaires Divisionnaires* neigten dazu, die *Surveillance indigène* repressiv auszulegen und dafür im Bedarfsfall auch bestehende Gesetze zu umgehen. Auf höherer Ebene wie dem Pariser Innenministerium oder dem *Gouvernement Général* dagegen bestand man in der Regel auf die unbedingte Einhaltung der Gesetzgebung, was wiederholt zu Merkschreiben führte, mit denen die lokalen Instanzen an ihre legalen Verpflichtungen erinnert wurden.³⁴⁵ Nicht selten beschwerte sich der *Gouverneur-Général* bei den lokalen Diensten wie dem SLNA über deren „Unkenntnis der Rechtslage“ bezüglich der indigenen Presse und warf ihnen dienstliches Versagen vor. Die Synergieverluste beeinträchtigten aus Sicht des *Gouverneurs* die Effizienz der ergriffenen Maßnahmen und machten die von ihm verfolgte Politik unglaublich, so im Fall von angeordneten Beschlagnahmungen der Zeitung *El Maghrib El Arabi* im Mai 1949, die erst dann vorgenommen wurden, als sich die meisten Exemplare bereits in Umlauf befanden.³⁴⁶ Dasselbe galt für die Präfekten, die sich in ähnlichem Tonfall an die Unterpräfekten, Kommissare und die lokalen *Renseignements Généraux* wandten.³⁴⁷ Zwar war es letztlich so, dass die obere Hierarchie das letzte Wort hatte, jedoch für den Vollzug ihrer Politik und hinsichtlich der Observierung und Informationserhebung zwingend auf die enge und loyale Mitarbeit der lokalen Dienste angewiesen war.

³⁴⁴ CAOM 81F/779: Surveillance de l'activité de propagande du PPA et des journaux *La Voix algérienne* et *La Nation algérienne*, 1946-1956.

³⁴⁵ Siehe beispielhaft CAOM 5I/172: Presse et publications: instructions, arrêtés de saisie, 1947-1958, ein Karton, der Korrespondenzen mit entsprechenden Merkschreiben enthält.

³⁴⁶ Ebd.

³⁴⁷ Ebd.

Doch selbst auf Ebene der höchsten politischen Instanzen gab es bisweilen Differenzen hinsichtlich der Haltung gegenüber der indigenen Presse. So stand im Februar 1953 die Zeitung der Jugendorganisation der *Oulémas*, *Le Jeune Musulman*, im Blickpunkt, nachdem die Behörden mehrere Artikel in den November-, Dezember- und Januarausgaben 1952/1953 beanstandet hatten. Im Februar schlug der *Gouverneur-Général* zunächst dem Innenminister vor, ein Gerichtsverfahren gegen die Zeitung anzustrengen, woraufhin Letzterer antwortete: „J’observe cependant que ce seraient les premières poursuites qui, depuis plusieurs années, seraient engagées contre un organe de presse de l’*Association des Oulémas*.“³⁴⁸ In der Tat hatten die *Oulémas* nach Ende des Zweiten Weltkriegs ihre Deutungshoheit über die indigene Publizistik eingebüßt. Vielmehr orientierten sich viele Publikationen politisch und ideologisch nun an nationalistischen Parteien wie dem *Mouvement pour le triomphe des libertés démocratiques* (MTLD), der Nachfolgeorganisation des verbotenen Parti Populaire Algérien (PPA). Dementsprechend gerieten auch die *Oulémas*-Blätter zunehmend aus dem Fokus der Polizeidienste. Im März hakte der Justizminister noch mal beim Amtskollegen nach und stieß erneut auf Ablehnung: „J’ai l’honneur de vous faire connaître, après consultation du Gouverneur-Général de l’Algérie, que je n’estime pas opportun, dans les circonstances actuelles que des poursuites soient engagées contre les responsables des articles.“³⁴⁹ Der Innenminister setzte sich also letztlich durch. Es war alles in allem keineswegs nur eine juristische Angelegenheit, in der Staatsanwälten die alleinige Verantwortung zugefallen wäre. Es ging immer auch darum, politische Zeichen zu setzen, die Botschaften an die indigene Presse enthielten: Gegenüber potenziell gemäßigten Blättern wurde bisweilen mit Nachsicht gehandelt³⁵⁰, während offen nationalistische Publikationen massive Repression zu spüren bekamen.

In der Tat gab es in der Administration immer wieder Strömungen, die auf die Gefahren einer rücksichtslosen Repressionsstrategie hinwiesen. Ein Bewusstsein für den harschen Umgang mit indigenen Publikationen und der indigenen Gemeinschaft im Allgemeinen sowie für die Gefahr, jegliche den Europäern und Muslimen in Algerien gemeinsame Vertrauensgrundlage durch die Repressionspolitik zu zerstören, war durchaus vorhanden. So erstellte das *Cabinet Civil* des *Gouverneur-Général*s 1943 einen Verhaltenskodex für seine Beamten, der genau die Vorgehensweisen verhindern sollte, die das Projekt der langfristigen Sicherung der französischen Herrschaft über Algerien gefährdete: „Eviter de paraître opposer Arabes et

³⁴⁸ CAOM 81F/767: Surveillance Oulémas, 1933-1958.

³⁴⁹ Ebd.

³⁵⁰ Siehe beispielhaft auch die Zurückhaltung des *Gouvernement Général* in Bezug auf ein Verbot der indigenen Publikation *L’Algérie Libre* 1952, CAOM 51/172: Presse et publications: instructions, arrêtés de saisie, 1947-1958.

Berbères, les promesses retentissantes, qui ne peuvent pas toujours être accomplies, de faire sur un ton grandiloquent le panégyrique de notre œuvre en Afrique du Nord... Ne pas évoquer les mosquées transformées en églises, le prosélytisme des églises chrétiennes, ne pas trop souligner le caractère libéral des méthodes appliquées par d'autres puissances dans leurs colonies... lorsque les conditions locales ne nous ont pas permis d'en appliquer d'analogues en Afrique du Nord française."³⁵¹ Auch der 1943 an die französischen Militärbehörden in Algerien gerichtete Bericht eines ehemaligen jüdischen Gymnasiallehrers aus Casablanca, M. Amsellem, zum „problème indigène algérien“ zeigt, dass im Grunde ein volles Bewusstsein von der sich dramatisch zuspitzenden „indigenen Frage“ vorhanden war, wenn nicht bei der Administration, dann zumindest teilweise beim Personal, das diese beriet. „La France se doit d'elle-même et pour des raisons majeures d'aborder la solution du problème indigène algérien. Aucun gouvernement... ne pourra se dérober devant la gravité de ce problème. [...] La guerre de 1914, puis celle de 1939, et la fondation de l'URSS ont donné à la question coloniale la plus brûlante actualité, ont cristallisé les aspirations émancipatrices au sein du milieu indigène dans les divers empires coloniaux... Les indigènes forment une masse dont l'influence sera lourdement décisive sur les destinées de cette colonie... il serait erroné des les considérer comme animés par un programme anti-français; ils appartiennent en partie au moins à la culture française qu'ils refusent de renier. [...] Le problème algérien n'est pas un problème religieux, il serait plus exact de considérer le problème algérien comme ressortissant au fait colonial, de tenter de faire l'histoire sincère de ce problème... Il faudra aujourd'hui, en 1940, une colonisation d'un type nouveau, fondé sur une collaboration plus humaine, plus intime et plus fraternelle entre les métropoles et leurs colonies."³⁵² Amsellem legte hier die indigene Frage in einer Weise offen, die die Administration zu sofortigen und wenigstens symbolischen Maßnahmen zugunsten der Muslime in Algerien hätte bewegen müssen. Obwohl die Militärverwaltung den Bericht mit Interesse zur Kenntnis nahm, blieben die Forderungen Amsellem's unerfüllt, ja der Kern, „le problème algérien est ressortissant au fait colonial“, wurde sogar vollständig ignoriert. Das „algerische Problem“ als ein koloniales wahrzunehmen, überforderte die Administration bis in die 1950er Jahre hinein, als es für eine Lösung dieser Frage mit politischen Mitteln zu spät war. Die Gedanken und Argumentationsfiguren, mit deren Hilfe man sich des Kernproblems Algeriens wirksam hätte nähern können, lagen jedenfalls der Administration bereits in den 1940er Jahren vor.

³⁵¹ CAOM 4I/178: Presse arabe de langue française, 1936-1958.

³⁵² CAOM 5I/86: Fédération des Elus musulmans, Bendjelloul, 1930-1943; Assemblée Nationale, coupures de presse, 1946-1948.

Trotz der Nachsicht, die manche der in die *Surveillance* involvierten Instanzen walten ließen, tendierte die Haltung der Administration gegenüber Teilen der indigenen Presse vor allem ab dem Beginn der 1930er Jahre zu einer immer intensiver werdenden Überwachung. Von wenigen Titeln der jungalgerischen Presse abgesehen wurden praktisch alle Publikationen meist in der Person des Herausgebers und/oder Chefredakteurs observiert. Die indigene Presse erschien den Polizeidiensten zunehmend als ein Konglomerat feindlicher, subversiver Verschwörer, deren Konspirationen nur durch allgegenwärtige Beschattung aufgedeckt und vereitelt werden konnten. Sicherlich führten Unklarheiten in der Zuständigkeit und das oben beschriebene Kompetenzgerangel dazu, dass die *Surveillance* bisweilen ineffiziente und widersprüchliche Züge trug. Dennoch bedeutete sie nichtsdestoweniger für die indigenen Publikationen ein Infragestellen ihrer Existenz.

III.3.2) Die Mittel der *Surveillance Politique*: Observierung, Verbote, Geld- und Gefängnisstrafen

Zu den oben genannten Polizeidiensten, die in die *Surveillance* involviert waren, kamen noch übergeordnete Instanzen in Algerien hinzu, die bemüht waren, die Überwachung zu koordinieren. So erhob die dem *Gouvernement Général* untergeordnete *Direction Générale des Affaires Indigènes* Daten u. a. über auffällig gewordene Journalisten und Publizisten und wirkte als Zentralstelle, an die sich andere Sicherheitsdienste zwecks Informationsbeschaffung wenden konnten. Außerdem wirkte vor Ort auch noch die *Police des Renseignements Généraux départementaux* (PRG), die Fälle besonders hochrangiger Publizisten, die oft gleichzeitig Politiker waren, übernahm.³⁵³ Allerdings fällt es schwer, den einzelnen Instanzen präzise die sehr vielfältigen Überwachungsaufgaben zuzuordnen. Aus dem vorliegenden Quellenmaterial wird ersichtlich, dass sich die *Police des Renseignements Généraux départementaux* in Algier oft um die Überwachung von Prozessen, die indigenen Journalisten gemacht wurden, sowie von Meetings, die beispielsweise die Herausgeber von *Alger-Républicain* organisierten, kümmerte. Der SLNA folgte recherchierenden Journalisten auf Schritt und Tritt, lasen im Rahmen ihrer Möglichkeiten die indigene Presse, fertigten Berichte dazu an und gingen zu Sitzungen von Journalistengewerkschaften, um die Präfekten über die personellen und inhaltlichen Entwicklungen und Beschlüsse auf dem Laufenden zu halten. Die *Sûreté Départementale* spezialisierte sich auf die Anfertigung von Profilen der indigenen Publikationen: Sie recherchierte die Namen der Herausgeber, Redakteure, Verwalter, Besitzer, was angesichts der Vorsichtsmaßnahmen, die neu erscheinende

³⁵³ Siehe CAOM 1K/290: notices de renseignements sur des journaux et journalistes, 1941-1948.

Zeitungen ergriffen, nicht immer einfach war. Allerdings überschnitten sich die Aufgabengebiete der verschiedenen Dienste sehr häufig.

Beispielhaft sei hier die Überwachung von *La Défense* erwähnt, die unterstreicht, wie weit verzweigt und vielarmig das Netz der von der Administration organisierten *Surveillance* war. So wurde Herausgeber und Chefredakteur Lamoudi³⁵⁴ bei seinen Reisen durch Algerien ständig überwacht, wobei je nach Gemeinde, in die er reiste, sich die lokale Polizei um dessen Observierung kümmerte.³⁵⁵ Die *Surveillance* von Mitarbeitern war in Teilen das Werk lokaler Polizei- und Zivilbeamter: So nahm der Verwalter der *Commune mixte* Collo 1935 gegenüber dem Unterpräfekten in Philippeville zum Lokalkorrespondenten der *Défense*, Chaabane Dib, Stellung. Er beschwerte sich über dessen antiadministrative Haltung und forderte vom Unterpräfekten Beschlüsse, die es ermöglichten, ihm und *La Défense* Einhalt zu gebieten.³⁵⁶ Gleichzeitig überwachte aber auch die zentral agierende *Direction Générale des Affaires Indigènes* die Zeitung kontinuierlich: Ihre Beamten fertigten regelmäßig Berichte an, in denen beanstandete Artikel im Wortlaut aufgeführt und Empfehlungen der Schließung oder Zensurierung gegeben wurden.³⁵⁷ Besonders in den *Territoires du Sud*, die in den 1930er Jahren immer noch unter Militärverwaltung standen, sorgten nicht nur *La Défense*, sondern viele als subversiv betrachtete indigene Publikationen für Aufruhr. Hier war die Repression der Presse schärfer und rücksichtsloser als in den drei *Départements*, da die *Administrateurs militaires* mehr oder weniger freie Hand hatten, um ohne richterliche Befugnis gegen indigene publizistische Aktivitäten vorzugehen. Im September 1936 warnte der Militärkommandeur von Ghardaia in den *Territoires du Sud* vor einer geplanten Leserreise Lamoudis nach Laghouat und vor der weiteren Verbreitung seiner Ideen in einer ohnehin gespannten Situation, „depuis les sanctions prises à l’égard des distributeurs de tracts“.³⁵⁸ Lamoudi reiste nicht nur in den militärisch verwalteten Süden, sondern durchquerte ganz Algerien auf dem Weg zu seinen Lesern und Abonnenten, um sie für seine Ideen und Überzeugungen zu gewinnen. Wenn die Auflage auch kaum über 3.000 kletterte, so wurde *La Défense* dennoch im ganzen Land gelesen, wodurch das Misstrauen der Behörden gegenüber den indigenen „Lettres“ nur noch stärker anstieg und der gegen sie gerichtete Generalverdacht befeuert wurde.

³⁵⁴ Zu seiner Person und Publikation siehe Kapitel IV.2.

³⁵⁵ CAOM 15H/20: Dossiers de presse. Darunter *La Défense*, 1932-1945.

³⁵⁶ Ebd.

³⁵⁷ Ebd.

³⁵⁸ Ebd. Ebenso CAOM 9H/57: *Surveillance des indigènes, presse incluse* 1937-1940.

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm das Misstrauen gegenüber der indigenen Presse noch mehr zu. Diese setzte sich nun verstärkt aus nationalistischen Zeitungen zusammen, deren Verbreitung der zuständige SLNA in Algier fürchtete. Aus Überwachungsberichten geht hervor, wie sehr dieser Polizeidienst die verstärkte Hinwendung der indigenen Bevölkerung zur Religion mit dem nationalistischen Diskurs, der tatsächlich islamisch konnotiert war, assoziierte: „Ce retour à la religion est, à ne pas en douter, un indice du chemin parcouru dans les consciences par le sentiment nationaliste inséparable du mysticisme religieux.“³⁵⁹ Die Überwachung der muslimisch-nationalistischen Presse, vor allem der Publikationen der wichtigsten nationalistischen Partei der Nachkriegszeit, dem *Parti du Peuple Algérien* (PPA), ergab sich daraus zwingend. Die Berichte zeigen, wie eng die Mitarbeiter des SLNA viele Kader beschatteten, auch wenn es Grenzen der Erkenntnisgewinnung gab: Der PPA agitierte häufig mittels mündlicher Propaganda. Diese war wegen der Sprachhürde und der Volatilität der verbreiteten Standpunkte polizeilich schwer zu erfassen. Das Beispiel des Scheich El Okbi von der *Oulémas*-Bewegung zeigt jedoch, dass der SLNA auch hier bemüht war, seiner Aufgabe gerecht zu werden: So übersetzte der Dienst im Juli 1948 El Okbis Rede vor dem *Cercle du Progrès* in Algier, einem bedeutenden kulturellen Zirkel. Okbis Ansprache wies Formen einer politischen Predigt auf, die die Muslime dazu aufforderte, sich aus der „Versklavung (durch Frankreich, P. Z.) zu lösen und den *Oulémas* beizutreten.“³⁶⁰

Die muslimisch-nationalistische Publizistik blieb der wichtigste Bezugspunkt für den SLNA gerade in Algier: Hier war die Publikationstätigkeit unter den muslimischen Eliten am stärksten ausgeprägt, hier konzentrierten sich die wichtigsten indigenen Ideengeber. In den Nachkriegsjahren fertigte der SLNA Algier jeden Monat ein so genanntes „Bulletin mensuel d’information“ an, in dem die relevanten Aktivitäten indigener Politiker und Publizisten zusammengefasst wurden.³⁶¹ Neben der Introspektion der verschiedenen indigenen Parteien (*Union démocratique du manifeste algérien* (UDMA); PPA-MTLD) war hier auch die Rubrik „Radio-Presse“ zu finden, in der die Positionen der Publikationen erläutert wurden. Allerdings tendierten Dienste wie die SLNA zu einer institutionell bedingten Routine: Die Bulletins wurden monatlich erstellt, auch wenn viele indigene Publikationen nur unregelmäßig erschienen. Sie waren oft redundant und deskriptiv; vielen fehlte es an analytischer Schärfe. Das Suchraster („Questions Algériennes“; „Pays de l’Union Française“; „Scène Mondiale“) blieb über Jahre unverändert, was dazu führte, dass Änderungen der indigenen politischen Landschaft unverarbeitet blieben.

³⁵⁹ CAOM 9CAB/47: Rapports mensuels du SLNA, Alger, 1948.

³⁶⁰ Ebd.

³⁶¹ Siehe beispielhaft CAOM 15H/3: Bulletin mensuel de la presse algérienne de langue arabe, 1947-1951.

Die Pressekontrolle und -überwachung ließ auch aus den nordafrikanischen Nachbarländern kommende Publikationen nicht unbeobachtet. Dem Export der tunesischen und ägyptischen Presse und Publizistik waren die Behörden in Algerien mit dem Paragraphen 14 des Pressegesetzes von 1881 zu Leibe gerückt, der administrative Verbote „ausländischer Druckerzeugnisse“ ermöglichte. Gerade um die Jahrhundertwende kamen viele solcher Zeitungen ins Land und provozierten die Administration zu rigidem Einschreiten: 1900 respektive 1902 wurden die beiden ägyptischen Titel *El Moayyad* und *El Lioua* verboten. Doch war deren Popularität unter der indigenen Gemeinschaft in Algerien so groß, dass immer wieder Publikationen ins Land geschmuggelt wurden, ohne dass die Behörden dies umfassend und dauerhaft unterbinden konnten.³⁶² Nach 1945 ermunterten diese Publikationen ihre „arabischen Brüder“ in Algerien offen dazu, sich zum Nationalismus zu bekennen und die französische Kolonialherrschaft abzuschütteln. Dies führte zu einer umso strengeren Handhabung des Imports. Ein Beispiel von 1947 zeigt, wie kompliziert die Einfuhr war: Buchhändler mussten bei der *Direction Générale des Finances* jede einzelne Publikation, ob Buch oder Zeitung, angeben, die sie einführen und zum Verkauf anbieten wollten. Die für Importfragen zuständige Behörde wandte sich dann an das *Cabinet des Gouvernment Général*, welches wiederum über die „politische Zulässigkeit“ der Bücher befand.³⁶³ Schriften aus dem Ausland waren grundsätzlich verdächtig und mussten ihre Unbedenklichkeit nachweisen. Dies galt nicht nur für Publikationen aus dem arabischen Raum: Auch deutsche, britische und osteuropäische Zeitungen wurden bei der Einfuhr massenweise beanstandet, da hier Reflexe aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs bzw. des Kaltes Krieges (nach)wirkten.³⁶⁴ Beispielhaft sei der Fall eines englischen Journalisten genannt, der 1947 aus Algerien berichten wollte. Zwar erhielt er seitens der Behörden die notwendige Akkreditierung, doch nicht nur die: Der französische Innenminister veranlasste nämlich dessen Überwachung durch den *Service de la surveillance du territoire*. So schrieb der Minister: „Sans s’opposer à l’enquête que compte faire en Afrique du Nord le journaliste britannique, le ministère des Affaires Etrangères a demandé de surveiller les déplacements et les contacts qui seront pris par Monsieur Rodd.“³⁶⁵ Dem Journalisten wurden Kontakte zum britischen Geheimdienst und zu den muslimischen Nationalisten angedichtet und auf diese Weise die Überwachungsmaßnahmen gerechtfertigt. Letztlich drehte sich – zumindest nach 1945 – eben doch alles um die „indigene Frage“.

³⁶² Siehe Collot, *Régime juridique*, S. 351.

³⁶³ CAOM 9CAB/46: *Surveillance de la presse*, 1947-1948.

³⁶⁴ Siehe CAOM 1K/41: *Cabinet du Préfet*.

³⁶⁵ CAOM 9CAB/46: *Surveillance de la presse*, 1947-1948.

Stellten die Observierung und eingehende Kontrolle die Grundstufe im Umgang mit der indigenen Publizistik dar, so war der behördliche Versuch, Publikationen vorübergehend oder definitiv zum Schweigen zu bringen, das repressivste Mittel, das zum Einsatz kam. Verbote konnten nur im Ausnahmefall direkt von den mit der *Surveillance* beauftragten Organen erlassen werden; dennoch bot der gesetzliche Rahmen genügend Möglichkeiten, Verbote zu erwirken.

Ein sehr häufig beschrittener Weg, indigene Zeitungen an ihrem weiteren Erscheinen zu hindern, war der administrative. Er beruhte rechtlich auf dem Artikel 14 des Pressegesetzes von 1881, welcher 1895 erweitert worden war.³⁶⁶ Der Innenminister hatte nun die Möglichkeit, nicht mehr nur im Ausland erscheinende, sondern auch in Algerien publizierte Zeitungen zu verbieten, solange sie auf Arabisch erschienen. Solcherlei Fälle gab es viele: So wurden in der Zwischenkriegszeit zahlreiche reformistische Titel verboten, wie 1925 *El Mountakid*, 1933 *Ach-Charia*, 1937 *Al-Maghrib Al-arabi* und 1938 *El Ouma*.³⁶⁷ Nach 1945 verlor diese Verbotspraxis an Bedeutung, weil die indigene Presse erstens fast nur noch auf Französisch publizierte und zweitens das Arabische dem Französischen gleich gestellt wurde und presserechtlich nicht mehr als „ausländische Sprache“ galt.³⁶⁸ Was die Fälle miteinander verband, war die Einfachheit der Prozedur: Auf Vorschlag des *Gouverneur-Général*s unterschrieb der Innenminister einen Erlass, der kurz und bündig, ohne notwendigerweise eine Begründung zu nennen, die entsprechende Zeitung verbot. Die Entscheidung war sofort gültig und konnte nicht angefochten werden, da es sich um einen administrativen Beschluss handelte, der keinerlei richterliche Instanz involvierte. Nur so konnte eine effiziente Repression der indigenen Presse funktionieren: Die Organe mussten schnell zum Schweigen gebracht werden, wollte man eine Verbreitung indigener Ansichten verhindern. Auch hätten Gerichtsverfahren nicht nur die Prozedur zeitlich in die Länge gezogen, sondern der angeklagten Zeitung und ihren Herausgebern ein Forum geboten, um mediale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

In diesem Zusammenhang ist ein Fall interessant, der die Beliebtheit dieser Prozedur unterstreicht: Die kommunistisch-indigene Zeitung *La Lutte Sociale* stand bei der *Direction de la Sécurité Générale* des *Gouvernement Général*s 1932 unter strenger Beobachtung.³⁶⁹ Doch erschien sie auf Französisch und war dadurch schwer zu belangen. Als die Zeitung auszugsweise auch arabische Texte veröffentlichte, war der Weg für ein komplikationsloses

³⁶⁶ Siehe Einzelheiten im Kapitel II.1.

³⁶⁷ CAOM 15H/22: Dossiers de presse, u. a. *Lutte sociale*, *El Maghreb El Arabi*, *El Midane*, *En Nadjah*, 1925-1945.

³⁶⁸ Collot, *Régime juridique*, S. 382.

³⁶⁹ Ebd., S. 363.

Verbot geordnet: „*La Lutte Sociale* paraîtra désormais avec texte mi-français, mi-arabe...[...] De ce fait, ce périodique... pourra être considéré comme une publication étrangère tombant sous le coup de l'article 14 de la loi du 29 juillet 1881 et de l'article unique de la loi du 22 juillet 1895... Si la nature des articles insérés dans le texte arabe rendrait [une interdiction] nécessaire, je ne manquerai pas de vous proposer l'interdiction définitive“, schrieb der *Directeur de la Sécurité Générale* in einem Bericht.³⁷⁰

Schwieriger war das Vorgehen gegen indigene Zeitungen, die sich ausschließlich der französischen Sprache bedienten: Hier stand ein Verbot auf administrativem Wege zumindest bis zum Zweiten Weltkrieg außer Frage; nicht umsonst galt das Pressegesetz von 1881 als das liberalste, was die Republik bis dahin gekannt hatte.³⁷¹ Auch wenn der Verwalter französischer Staatsbürger sein musste, so konnte selbst der indigene Charakter einer Publikation das Verbotsverfahren nicht erleichtern, solange sie französischsprachig war. Den Behörden blieb in dem Falle nichts anderes übrig, als ein Gerichtsverfahren anzustrengen. Die wichtigste Rechtsgrundlage für ein Verbot war in diesem Zusammenhang der Artikel 10 des *code d'instruction criminelle*, welcher folgendes besagte: „Les Préfets des départements.... pourront... faire tous actes nécessaires à l'effet de constater les crimes et délits contre la sûreté intérieure et extérieure de l'Etat, et d'en livrer les auteurs aux tribunaux chargés de les punir.“³⁷² Eigentlich war dieser Artikel nur für Ausnahmesituationen konzipiert, doch bemühten ihn die Präfekten regelmäßig, um die immer zahlreicheren französischsprachigen Publikationen verbieten zu lassen.³⁷³ Auf diesem Ausnahmeweg wurde die Prozedur gegenüber herkömmlichen Verfahren erheblich beschleunigt: Innerhalb von 24 Stunden lagen dem Staatsanwalt alle Unterlagen vor, so dass die Anklage zügig eingeleitet werden konnte.

1939 änderte sich die diesbezügliche Rechtslage fundamental: Das Dekret vom 6. Mai 1939 machte nun – wie oben geschildert – auch administrative Verbote und Beschlagnahmungen französischsprachiger Zeitungen möglich, solange nachgewiesen werden konnte, dass „ausländische Kräfte“ hinter der Publikation standen und die Absicht hatten, die öffentliche Ordnung zu destabilisieren.³⁷⁴ Entscheidende Neuerung im Verhältnis zu der Zeit vor 1939 war folgender Passus: „L'interdiction peut être prononcée... également.... contre des

³⁷⁰ CAOM 15H/22: Dossiers de presse, u. a. *Lutte sociale*, *El Maghreb El Arabi*, *El Midane*, *En Nadjah*, 1925-1945.

³⁷¹ Zu einer Einordnung des Gesetzes von 1881 siehe Bellanger; Godechot, *Presse française*, Band 3. Pierre Albert dagegen relativiert die Bedeutung des Gesetzes und argumentiert, dass die wichtigsten Errungenschaften des liberalen Presserechts bereits vor 1881 verankert gewesen seien. Siehe seine Dissertation: *Histoire de la presse politique nationale au début de la Troisième République (1871-1879)*, Paris 1980.

³⁷² CAOM 1K/588: Interdiction de journaux 1945.

³⁷³ So im Falle von *Liberté* am 7.3.1952, siehe CAOM 5I/172: Presse et publications: instructions, arrêtés de saisie, 1947-1958: Zumindest einige Ausgaben wurden mit Verweis auf Artikel 10 aus dem Verkehr gezogen. Ein weiteres Beispiel war *Alger-Républicain* am 30.5.1952, siehe ebd.

³⁷⁴ Siehe Einzelheiten im Kapitel II.1.

journaux ou écrits de *provenance étrangère* rédigés en langue française, imprimés à l'étranger ou en France.“³⁷⁵ Selbst in Frankreich und auf Französisch publizierte Schriften konnten also „de provenance étrangère“ sein, ohne dass die Verfügung die Kriterien für eine solche Herkunft verdeutlichte. Das Dekret blieb über 1945 hinaus in Kraft: War die indigene Presse noch davon ausgegangen, dass es sich um eine „Kriegsverfügung“ handelte, die zu Friedenszeiten wieder verschwinden würde, so sah sie sich schnell eines Besseren belehrt. Ein gutes Beispiel in diesem Zusammenhang ist die nationalistische Zeitung *El Maghrib El Arabi*: Sie veröffentlichte zwar auf Arabisch, war aber ab 1947 französischsprachigen Publikationen deshalb gleichgestellt, weil das Algerienstatut das Arabische zur offiziellen Sprache und damit gleichrangig mit dem Französischen gemacht hatte.³⁷⁶ *El Maghrib El Arabi* hätte also vom Schutz des Pressegesetzes von 1881 profitiert, wenn es das Dekret vom 6. Mai 1939 nicht gegeben hätte. Auf dessen Grundlage jedoch und mit dem Vorwurf, von „ausländischen Hintermännern“ geplant worden zu sein, ließ der Algierer Präfekt in den Jahren 1948 und 1949 zahlreiche Ausgaben beschlagnahmen, so dass teilweise über Wochen kein einziges Exemplar zum Leser gelangte.³⁷⁷

Erwies sich weder der administrative noch der rechtliche Weg als gangbar, so setzten die Behörden oftmals alles daran, unter Umgehung rechtsstaatlicher Prinzipien die betroffene Publikation zum Schweigen zu bringen. Dies kann am Beispiel von *L'Algérie Libre*, Publikation der nationalistischen, aber legalen Partei MTLD, nachvollzogen werden: Obwohl die so genannte „Saisie préventive“, also die willkürliche Beschlagnahmung ohne Kenntnis des tatsächlichen Inhalts der Ausgabe, 1945 im Zuge der Liberalisierung des „Kriegsrechts“ abgeschafft worden war, wurde die Erstausgabe des Blattes vom 18. August 1949 auf administrative Weisung des Algierer Präfekten beschlagnahmt.³⁷⁸ Der Präfekt verwies auf die „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“, die bei Erscheinen von der Publikation ausgegangen wäre. Chefredakteur Mezerna focht diese Verwaltungsentscheidung gerichtlich an, jedoch erfolglos: Erst neun Jahre später nahm sich der Staatsrat der Angelegenheit an und bestätigte die Weisung des Präfekten als „rechtmäßig“. Entscheidend war, dass hiermit eine Art Präzedenzfall für Rechtswillkür geschaffen worden war: 28 der 29 Ausgaben der Zeitung, die bis zum August 1951 erschienen, wurden beschlagnahmt, ohne dass die Anfechtung des

³⁷⁵ CAOM 5I/172: Presse et publications: instructions, arrêtés de saisie, 1947-1958.

³⁷⁶ Siehe Collot, Régime juridique, S. 379f.

³⁷⁷ CAOM 5I/172: Presse et publications: instructions, arrêtés de saisie, 1947-1958. Siehe auch Collot, Régime juridique, S. 386f.

³⁷⁸ Collot, Régime juridique, S. 386f.

Chefredakteurs und Herausgeber gerichtlich verhandelt worden wäre.³⁷⁹ Im Juli 1952 fand der Präzedenzfall dann Eingang in die Rechtssprechung: Ein Algierer Berufungsgericht bestätigte, dass die Präfekten unter Berufung auf den „Notstand“ jegliche Publikation beschlagnahmen konnten.³⁸⁰ Dies war insofern ein Dammbruch, als nun der willkürlichen Verfolgung jeglicher unliebsamen Presse Tür und Tor geöffnet war und die Justiz sich dazu bewegen ließ, zentrale Entscheidungsbefugnisse aus der Hand zu geben. Von einer politisch unabhängigen Justiz konnte für Algerien ab diesem Zeitpunkt nicht mehr die Rede sein. Nicht zuletzt *Alger-Républicain* war von den Folgen des Urteils stark betroffen und hatte vor allem nach Ausbruch der bewaffneten FLN-Rebellion im November 1954 und nach der Ablehnung, diese offen zu verurteilen, laufend unter Beschlagnahmungen zu leiden.³⁸¹ 1955 wurde *Alger-Républicain* endgültig dazu gezwungen, sein Erscheinen einzustellen.

L'Algérie Libre war kein Einzelfall: So berief sich derselbe Algierer Präfekt im Zusammenhang mit dem Verbotsverfahren gegen die eigentliche gemäßigte UDMA-Zeitung *La République Algérienne* im November 1949 auf Gesetzesparagrafen, die seiner puren Phantasie entsprangen.³⁸² Hier lag offenkundig der Versuch vor, den bestehenden Gesetzesrahmen mit dem Zweck zu verzerren, die indigene Presse mundtot zu machen. Der Pariser Innenminister allerdings schritt in diesem Fall ein: Am 1. Februar 1950 wandte er sich brieflich an den *Gouverneur-Général* und wies ihn vehement auf die Verfehlungen des Präfekten hin. Der Innenminister kritisierte nicht das Prinzip des Verbots selbst, sondern die juristische Begründung, die im Fall der gerichtlichen Anfechtung unhaltbar gewesen wäre. Der *Préfet chargé de la Direction des Services de l'Algérie et des Départements d'Outre-Mer* im Innenministerium wies im Widerspruch zum Algierer Präfekten und den SLNA darauf hin, dass auch in Algerien französisches Recht uneingeschränkt gelte.³⁸³ Allgemein war es so, dass die Überwachungsbehörden vor allem auf lokaler Ebene zu Gesetzesübertretungen im Rahmen ihres Vorgehens gegen die indigene Presse tendierten. Dies galt ebenso für die örtlichen Polizeidienste wie beispielsweise für den SLNA, der unmittelbar dem Präfekten unterstand. So beklagte sich ein Mitarbeiter des Algierer SLNA im März 1950 darüber, dass die französischen Gesetze „hinderlich“ seien für ein effizientes Vorgehen gegen indigene Publikationen. Die Rechtstexte seien für die Metropole gemacht, trügen der Lage in Algerien und der von der indigenen Presse ausgehenden Gefahr aber nicht ausreichend Rechnung.³⁸⁴

³⁷⁹ Collot, *Régime juridique*, S. 387f.

³⁸⁰ CAOM 10CAB/2: *Alger-Républicain*: Rapports, notes, saisies, 1949-1955.

³⁸¹ Siehe dazu Laisne, *Engagements*, S. 135 sowie S. 143ff.

³⁸² CAOM 4I/178: *Presse arabe de langue française*, 1936-1958.

³⁸³ Ebd.

³⁸⁴ Ebd.

Die interne Korrespondenz zeigt, wie sehr es im SLNA die Tendenz gab, Gesetze als dehnbare Texte zu betrachten, die auf extensive Weise ausgelegt werden konnten.

Verbote indigener Publikationen beruhten also zumeist auf einwandfreier Rechtsgrundlage, was der repressiven Rechtslage für fremdsprachige Presseerzeugnisse geschuldet war. In den 1930er bis 1950er Jahren hatte die Verfolgung Hochkonjunktur: Die Administration war weitgehend bemüht, die indigene Stimme auf legalem Weg zum Schweigen zu bringen. Besonders repressiv waren die Nachkriegsjahre 1948/1949, in denen das *Gouvernement Général* die Daumenschrauben gegenüber indigenen Publikationen noch einmal anzog. Die Ironie lag dabei darin, dass man im Namen des Gesetzes die Gesetze selbst oft genug übertrat; nicht wenige interne Korrespondenzen der Überwachungsdienste drehten sich um genau diese Frage. Tendenziell neigten der Innenminister und der *Gouverneur-Général* zu einer legalistischen Haltung, mit der die indigene Presse im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten bekämpft werden sollte. Dennoch verhedderten auch sie sich bisweilen im Paragraphenwust und widersprachen sich in so entscheidenden Fragen, ob denn arabischsprachige Publikationen auf administrativem Wege verboten werden konnten. Je lokaler der Maßstab, den man anlegte, desto repressiver und anarchischer wurde die Haltung gegenüber der indigenen Presse. Von den Polizeibeamten der Kommunen, den *Commissaires Divisionnaires*, aus gesehen waren die aus der Metropole importierten Gesetze und Rechtstexte abstrakt und nicht in Einklang mit den Bedürfnissen vor Ort zu bringen.

Die Repression gegen die indigene Presse erschöpfte sich jedoch nicht in Publikations- und Erscheinungsverboten. Während Letztere für die Behörden die Ultima Ratio darstellten, wurden Geld- und in geringerem Maße auch Gefängnisstrafen weitaus häufiger ausgesprochen. Auch wenn die betroffene Publikation im Normalfall weiter erschien, so war ihre Stellung durch solcherlei Strafen dennoch geschwächt: Indigene Zeitungen hatten so gut wie nie finanzkräftige Verlegergruppen im Rücken; die Abhängigkeit von einzelnen besonders engagierten Journalisten war also ungleich größer. Traf diese ein Gerichtsurteil, war oft die Existenz in Frage gestellt.

Eins der wichtigsten Instrumente stellte in diesem Zusammenhang das *Décret Régnier* vom 30. März 1935 dar, welches die Artikel 23 und 24 des Gesetzes von 1881 um die „koloniale Dimension“ erweitert hatte (siehe Kapitel II.1). Es ging hier um Anstiftung von „indigenen Subjekten“ zur „atteinte à la souveraineté française“. Durch das Dekret konnten nicht mehr nur Vergehen gegen die „sûreté de l'Etat“, sondern auch spezifische „Anschläge“ auf die

französische Souveränität geahndet werden. So geriet beispielsweise im Januar 1939 die indigene Zeitung *La Défense* ins Visier: Chefredakteur Lamine Lamoudi und Verwalter Pierre Juglaret wurden wegen „excitation à des manifestations de désordre contre la souveraineté française“ und auf Grundlage der Artikel 23 und 24 des Pressegesetzes von 1881 angeklagt: „Lamoudi, né 1892, journaliste demeurant à St-Eugène 186 bis av. Maréchal Foch, Alger, indigène non-naturalisé, marié, 3 enfants, lettré, non repris de justice... Juglaret, Pierre Jean Louis, dit Mohammed Es-Cherrif, né 1904, à Paris, publiciste, Français, repris de justice, célibataire... Ils sont accusés d’avoir incité à la rébellion contre l’ordre français.“³⁸⁵ Hintergrund der Verurteilung war die seit 1936 anhaltende Unruhe in der muslimischen Bevölkerung, die aufgrund des Wahlsiegs der Volksfront sowie des abstimmungsbereiten Reformentwurfs Blum-Viollette Hoffnung schöpfte, dass es zu einer substanziellen Verbesserung ihrer Lage kommen könnte.³⁸⁶ *La Défense* geriet als Trägerin dieser politischen Forderungen besonders ins Visier der Behörden und wurde 1938 der Anstiftung zu „anti-französischen Demonstrationen“ bezichtigt, bevor Lamoudi und Juglaret schließlich sowohl zu einer Geld- als auch zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurden.³⁸⁷ Besonders Lamoudi war für das Funktionieren und Erscheinen der Zeitung unabdingbar: Er war Herausgeber, Chefredakteur und der mit Abstand am häufigsten publizierende Autor. Deswegen ist es nicht verwunderlich, dass die Publikation bereits in den Sommermonaten 1939, also noch vor den antiliberalen Pressedekreten, die im September 1939 für indigene Blätter faktisch die Zensur wiedereinführten, ihr Erscheinen einstellte.³⁸⁸ Allerdings traf es Juglaret noch härter, da es die Verwalter waren, die an erster Stelle für die Vergehen einer Publikation hafteten, wie der Artikel 42 des Pressegesetzes festlegte: „Seront passibles comme auteurs principaux des peines qui constituent la répression des crimes et délits commis par la voie de la presse, dans l’ordre ci-après, savoir: 1) Les gérants ou éditeurs.... 2) A défaut, les auteurs.“³⁸⁹ In der Tat muss man nach Geldstrafen unterscheiden, die den Verwalter/Verleger oder den Autoren betrafen. Während Letztere oftmals glimpflich davon kamen, konnten finanzielle Sanktionen gegen den Verleger gewaltige Dimensionen annehmen und eine Publikation auch direkt in den Ruin führen. *Alger-Républicain*, wie *La Défense* französischsprachig, wurde in der ersten

³⁸⁵ Prozessakten siehe CAOM 4I/179+180: Presse, journaux en langue française, dossiers de surveillance, 1936-1956.

³⁸⁶ Siehe Ahmed Koulakssis, *Le parti socialiste et l’Afrique du Nord de Jaurès à Blum*, Paris 1991, S. 247ff. Ebenso Françoise Gaspard, *De Dreux à Alger. Maurice Viollette 1870-1960*, Paris 1991, S. 113ff.

³⁸⁷ CAOM 4I/179+180: Presse, journaux en langue française, dossiers de surveillance, 1936-1956.

³⁸⁸ Ebd.

³⁸⁹ Loi sur la liberté de la presse du 29 juillet 1881, Paris 1881.

Hälfte der 1950er Jahre auf diese Weise traktiert und geriet immer wieder in existenzbedrohende finanzielle Schieflagen.³⁹⁰

La Défense konnte also als landessprachliche Publikation nicht auf administrativem Wege belangt werden. Sie hatte zudem in Person von Juglaret einen Verwalter vorzuweisen, der französischer Staatsbürger war, und erfüllte somit alle Anforderungen, um in den vollen Genuss des liberalen Geistes des Gesetzes von 1881 zu kommen. Deswegen war das *Décret Régnier* für die Repression dieses Publikationstypen auch so bedeutend: Es verwies explizit auf die kolonisierte Bevölkerung und verfügte Sanktionen nicht etwa für ein bestimmtes Publikationsverhalten, sondern für den Fall von Unmutsbekundungen der Kolonialsubjekte gegen die französische Ordnung. Das Dekret räumte den Verfolgungsbehörden großen Spielraum ein, da Unruhen bestimmten Zeitungen wie *La Défense* willkürlich zugeordnet werden konnten. Ein Artikel ließ sich in diesem Zusammenhang immer finden und anprangern. Auch wenn auf diese Weise ein Verbot nicht direkt durchzusetzen war, so bot der bestehende gesetzliche Rahmen immer noch genügend Möglichkeiten, indigenen Publikationen durch Individualbestrafung ihrer wichtigsten Mitarbeiter oder Herausgeber bzw. Verwalter beizukommen.

Eine weitere wichtige Rechtsgrundlage für das Vorgehen gegen die indigene Presse bildete der Artikel 27 des Gesetzes von 1881, der den Tatbestand der „Calomnie“ und der „reproduction de fausses nouvelles“ regulierte. Wie scharf sich die Wahrnehmungsweisen von Muslimen und Europäern unterschieden und wie sehr die beiden Kommunikationssphären voneinander getrennt blieben, hier die europäisch-französische, dort die indigene, lässt sich an diesem Beispiel zeigen. Meinungen, aber auch Ereignisse, die für indigene Zeitungen selbstverständlich waren, kamen in europäischen Titeln oft nicht vor und existierten für die europäisch-französische Öffentlichkeit schlichtweg nicht. Die Wahrnehmungskluft führte dazu, dass indigene Publikationen immer wieder erfolgreich der „reproduction de fausses nouvelles“ bezichtigt wurden. So publizierte die kommunistisch-indigene Zeitung *Liberté* am 9. und 16. Dezember 1948 Artikel, die unter Berufung auf glaubhafte militärische Quellen berichteten, dass die neu konstituierten *Détachements d'intervention rapide* der französischen Armee mit dem Kampf gegen indigene Rebellen beauftragt seien. Die Reaktion des *Gouverneur-Général*s war nicht etwa eine Anzeige wegen militärischen Geheimnisverrats; er wandte sich stattdessen mit der Bitte an den Staatsanwalt, Anklage wegen „reproduction de fausses nouvelles“ zu erheben.³⁹¹ Auch *Alger-Républicain* geriet nach Einschwenken auf eine konsequent antikoloniale und pro-indigene Haltung Ende

³⁹⁰ CAOM 10CAB/2: Alger-Républicain: Rapports, notes, saisies, 1949-1955.

³⁹¹ CAOM 9CAB/46: Surveillance de la presse, 1947-1948.

der 1940er Jahre ins Visier der Verfolgungsbehörden und musste sich mehrfach wegen des „fausses-nouvelles“-Paragraphen vor Gericht verantworten, wie beispielsweise in der so genannten „affaire des pierres qui pleurent“. Hierbei handelte es sich um einen Skandal im öffentlichen Wohnungsbau: Das *Gouvernement Général* hatte angesichts der Wohnungsnot in Algier Anfang der 1950er Jahre vollmundig angekündigt, die Zahl der Sozialwohnungen massiv zu erhöhen. Doch bekamen Günstlinge den Millionenauftrag und bauten Wohnungen, die so feucht waren, dass der Skandal im Volksmund nur noch „Affaire des pierres qui pleurent“ genannt wurde. *Alger-Républicain* wurde aufgrund der Berichterstattung der „reproduction de fausses nouvelles“ bezichtigt. Die französische Gesetzgebung wies hier eindeutig Parallelen zur presserechtlichen Lage im deutschen Kaiserreich Ende des 19. Jahrhunderts auf: „Üble Nachrede“ und „Verbreitung groben Unfugs“ waren in beiden Ländern wichtige Anklagegründe gegen die Presse³⁹² und im französischen Fall eine Art Allzweckwaffe, um die indigene Presse zum Schweigen zu bringen. Für die Verurteilungen auf Grundlage des „fausses-nouvelles“-Paragraphen musste *Alger-Républicain* alleine in den Jahren 1950 und 1951 Geldstrafen in Höhe von jeweils 2 Millionen Francs zahlen.³⁹³ Es wird deutlich, wie sehr die Wahrnehmungen auf europäischer und auf indigener Seite voneinander abwichen: Für die Muslime hatte sich die Politik der Administration spätestens seit 1947 als Farce entpuppt; eine politische Lösung der „indigenen Frage“ erwartete sie mehrheitlich nicht mehr. Auf der anderen Seite hielt so mancher *Gouverneur-Général* weiterhin an der offiziellen Politik der *Association* und Integration der indigenen Bevölkerung fest und war nicht bereit, sich die polizeiliche Repression indigener Meinungsäußerungen einzugestehen. Allerdings war der Tatbestand der „reproduction de fausses nouvelles“ in einigen Ausnahmefällen durchaus erfüllt. Wie im Kapitel IV.3 noch eingehend zu sehen sein wird, gab es auf Seiten der indigenen Presse mitunter frei erfundene Artikel, deren Autoren ihrer Phantasie freien Lauf ließen. Dies hing nicht zuletzt mit der starken Politisierung zusammen, welche sachlicher Berichterstattung wenig Raum gewährte und anstatt dessen auf Polemik und Polarisierung setzte. Ebenso zu Buche schlug die mangelnde Ausbildung mancher Redakteure und Mitarbeiter, die dazu führte, dass Artikel nicht gründlich genug recherchiert waren. Fälle frei erfundener Geschichten schaden der indigenen Presse umso mehr, als sie die Ausnahme bildeten, von den Behörden aber als Regelfall dargestellt wurden. Vor allem der SLNA war bemüht, dies mit Macht gegen die indigene Presse zu wenden: Der Service sprach von einer „bande de calomniateurs“, gegen die alles gesetzlich Erlaubte – und darüber hinaus – getan werden müsse, um solche „Skandale“ in Zukunft von vorneherein

³⁹² Requate, Journalismus als Beruf, S. 244ff.

³⁹³ Laisne, Engagements, S. 134.

auszuschließen. Man könne, so die Argumentation, zwar einzelne indigene Blätter der „Calomnie“ bezichtigen und gerichtlich belangen. Der gegenüber der Öffentlichkeit in der *Métropole* erlittene Imageschaden für das französische Algerien ließe sich dadurch aber nicht mehr rückgängig machen, da die – meist anklagenden – Artikel sich bereits im Umlauf befanden: „Il est certain qu’une telle prétention risque d’impressionner l’opinion parlementaire métropolitaine et de provoquer des remous que rien ne justifie.“³⁹⁴ Grundrechte wie Pressefreiheit waren also aus Sicht des SLNA nachrangig gegenüber dem Ausschalten einer kritischen indigenen Presse. Hohe Geldstrafen hatten durchaus einen Abschreckungseffekt und führten nicht selten dazu, dass sich indigene Journalisten im Zweifelsfall eine Art Selbstzensur auferlegten und weniger kritisch berichteten.

III.3.3) Die Zuspitzung der Konfrontationskonstellation zwischen *Surveillance Politique* und indigener Presse nach 1945 und das Ende der propagandistischen Integrationsbemühungen

War in den 1930er Jahren und in der unmittelbaren Nachkriegszeit der Glaube an Propagandaerfolge durchaus noch ausgeprägt, so verkümmerten diese Überzeugungen auf Seiten der Administration ab 1948 zusehends. Zwar hielten einige Inhaber des Gouverneursamts offiziell weiter am Ziel der *Association* und Integration fest, doch war gerade auf unterer Verwaltungsebene der Niedergang des bis dahin vorherrschenden Integrationsdiskurses spürbar. Die aufstrebende indigene öffentliche Meinung entwickelte sich von einer diffusen, zersplitterten Entität zu einer straffer ausgerichteten, um einende ideologische Elemente wie Nationalismus und muslimische Identität herum organisierten Sphäre, die Drohpotenzial besaß und die Administration alarmierte. Die *Surveillance Politique* der indigenen Presse wurde nun endgültig eins mit der Repression; an die Stelle von Worten, auch wenn sie bisher *über* und nicht in Kommunikation mit den Kolonisierten geäußert worden waren, traten nun Verfolgung und Unterdrückung.³⁹⁵

Ein Beispiel hierfür waren die Präfekten. In Oran wies der Amtsinhaber im April 1952 alle mit der Überwachung der indigenen Publizistik beauftragten Dienste dazu an, mit aller Macht gegen die „separatistische Propaganda der muslimischen Nationalisten“ vorzugehen und die bestehende Gesetzeslage bis zur Überdehnung hin auszunutzen. In seinem Text kommt ein Wortfeld der freien Rede und des Sprechens vor; diesen galt es Einhalt zu gebieten: „orateurs“; „protestations“; „exhorter“; „réunions“. Demgegenüber stand ein Wortfeld des

³⁹⁴ CAOM 4I/178: Presse arabe de langue française, 1936-1958.

³⁹⁵ Einen kurzen Abriss der Verfolgung der indigenen Presse, besonders der nationalistischen, nach 1945 gibt Collot, *Régime juridique*, S. 380ff.

Kampfes und der Unterdrückung: „Anti“; „atteintes“; „lutter“; „poursuivre“; „opposer“; „répression“. Nicht nur Zeitungen und Journalisten selbst sollten zur Rechenschaft gezogen, sondern auch die Druckereien aufs Schärfste überwacht werden, im Rahmen einer „stricte observation des dispositions de la loi du 29 juillet 1881“.³⁹⁶ Der Präfekt von Oran forderte also ein härteres Einschreiten der Polizeidienste, obwohl der Grad an Repression bereits Ende der 1940er Jahre neue Höchststände erreicht hatte. Dies zeigt, dass es nicht mehr um Kommunikation und diskursive Aushandlung ging, mit dem Ziel, der indigenen Gemeinschaft eine Integrationsperspektive aufzuzeigen, sondern darum, selbige mit allen verfügbaren Mitteln zum Schweigen zu bringen. Gewisse Professionalisierungstendenzen³⁹⁷ der indigenen Presse, sowohl personell-inhaltlicher als auch technisch-logistischer Art, erschreckten die Administration und trugen zu einem Abbruch des Integrationsdiskurses bei. Anstelle von Diskursen und Inklusionsangeboten trat eine Exklusions- und Repressionsstrategie.

Auch die Neigung des *Gouvernement Général* zu administrativen Verboten indigener Zeitungen illustriert diese Strategie. Gerichtsverhandlungen hätten muslimischen Journalisten und Verlegern ein Forum geboten, die „cause indigène“ einer breiteren Öffentlichkeit vor Augen zu führen. Das wollte die Administration aus nahe liegenden Gründen verhindern. Dennoch fehlte administrativen Verboten das pädagogisch-moralische Moment, das Gerichtsprozessen innewohnte: Es ging ja im Idealfall darum, dem Angeklagten seine Verfehlung vor Augen zu führen und durch die Strafe Läuterung zu bewirken. Auch waren solche Prozesse, die es ja durchaus gab, ebenso ein Lehrstück für die Öffentlichkeit: Sie stellten eine Selbstvergewisserung und Legitimierung der bestehenden rechtlichen und politischen Ordnung dar und wirkten somit tendenziell systemstabilisierend. All dies fiel durch die gewählte Repressionsstrategie weg: Die Administration zog es vor, die Gegenseite durch hastig vollzogene und unzureichend legitimierte Verwaltungsakte zum Schweigen zu bringen, wodurch sie vor allem eins offenbarte: Ihr schwindendes Selbstbewusstsein in die selbst repräsentierte Ordnung und ihre Angst vor einer offenen Verhandlung der „question indigène“.

Doch verengte sich nach 1945 der Spielraum der Administration im Hinblick auf Verbotsverfügungen, die auf dem bloßen Verwaltungsweg vollzogen werden konnten. Die indigene Presse passte sich den rechtlichen Gegebenheiten immer besser an: Viele Blätter erschienen nun auf Französisch oder ließen ihre arabische Ausgabe übersetzen. Französische Verwalter, oft einfache Strohmänner, wurden eingesetzt. Die Folge war ein Anstieg der anhängigen Gerichtsverfahren gegen indigene Publikationen: Die Repression nahm also

³⁹⁶ CAOM 5I/172: Presse et publications: instructions, arrêtés de saisie, 1947-1958.

³⁹⁷ Siehe Kapitel IV.1.

wesentlich mehr Zeit und Energie in Anspruch. Der *Gouverneur-Général* Chataigneau war angesichts des an Effizienz einbüßenden Vorgehens besorgt und verließ 1947 den bis dahin beschrittenen Weg der offiziellen Integration der Muslime. Seine Berichte und Anweisungen an die Präfekten spiegelten vielmehr den Zustand der Hysterie, der sich seiner bemächtigte: Er portraitierte Algerien hierin als ein Land an der Schwelle zum Krieg zwischen der indigenen Gemeinschaft und den Europäern. Anstatt Association und Integration der Muslime zu fordern, wies er die Präfekten und die ihnen unterstellten *Services de Surveillance* zu höchster Wachsamkeit an und erläuterte ihnen das rechtliche Arsenal, mit dem die von der indigenen Publizistik ausgehenden Gefahr gebannt werden könnte. Dabei unterstrich er, dass eigentlich nur die in Kriegszeiten gültige Ausnahmegesetzgebung die indigene Bevölkerung in Schach zu halten in der Lage wäre: „La législation pénale du temps de paix est mal adaptée à la matière.“³⁹⁸ Dies ist ein klares Indiz dafür, dass für Chataigneau bereits eine Art Kriegsatmosphäre herrschte, in deren Rahmen Kommunikationsangebote an die indigene Seite keinen Platz mehr hatten. Anstatt dessen stand die rücksichtslose Repression der „propagande“ und der „propos et chants anti-français“ ganz oben auf der Prioritätenliste: „Il importe de mettre.... hors d'état de nuire les agitateurs... et de préserver le prestige de l'autorité en réprimant les infractions flagrantes à la loi et surtout à l'ordre public.“³⁹⁹ Auch betonte der *Gouverneur-Général* die Bedeutung des *Décret Régnier* mit seiner explizit „kolonialen Dimension“: Dies sei der einzige „allgemein formulierte“ Rechtstext, der gegen die indigene Presse verwandt werden könne, was nichts anderes hieß, als dass er genug Interpretationsspielraum ließ, um ihn mit einem gewissen Maß an Willkür und nach Gutdünken einzusetzen.

Auch der SLNA Algier verwies zur gleichen Zeit darauf, dass die Inklusionsversuche gegenüber den Muslimen gescheitert und dass Kommunikationsangebote nicht mehr gefragt seien: „Le statut de l'Algérie a clos pour ces trois départements une période de leur histoire et dans une époque aussi troublée que celle que nous traversons, il semble nécessaire de rompre avec les errements du passé pour imposer ici une manière de se comporter qui serve les intérêts seuls de la France, car c'est elle en définitive qui risque de tout perdre. [...] Certaines allusions, certaines accusations calomnieuses, si elles peuvent à la rigueur se concevoir venant de Musulmans, ne le sont plus venant de Français. Elles sont à vrai dire intolérables.“⁴⁰⁰ Der SLNA griff hier besonders die Mittlerschicht an, ob es sich nun um Europäer oder Muslime handelte. Der Verweis auf die „accusations calomnieuses“ von französischer Seite zielte auf

³⁹⁸ CAOM 5I/172: Presse et publications: instructions, arrêtés de saisie, 1947-1958.

³⁹⁹ Ebd.

⁴⁰⁰ CAOM 4I/178: Presse arabe de langue française, 1936-1958.

europäischstämmige Journalisten oder Verwalter, die für indigene Zeitungen arbeiteten. Aus Sicht des SLNA war es an der Zeit, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und ausschließlich die Interessen Frankreichs zu berücksichtigen, sprich die Schicht der Mittler zwischen den Gemeinschaften endgültig in die Schranken zu weisen. Dass man jedoch mit einer definitiven Abkehr vom Integrationsdiskurs Frankreich sehr wohl schadete, blendeten die SLNA und auch Chataigneau aus. Man hatte die Warnung eines aus dem indigenen Milieu berichtenden europäischstämmigen Informanten nicht ernst genug genommen: „La propagande par la parole seule serait tout à fait inopérante. Elle doit être accompagnée d’actes.“⁴⁰¹ Zu lange war der Diskurs der *Association* ohne praktische Folgen für die indigene Bevölkerung geblieben: Ihm fehlte es an Flankierung durch konkret spürbare Maßnahmen. So blieb das Blum-Viollette-Projekt in den 1930er Jahren ebenso politisches Stückwerk wie die im Rahmen der *Libération* gemachten Integrationsversprechen uneingelöst: Das 1947 beschlossene Algerienstatut existierte nur auf dem Papier.⁴⁰² Dadurch verlor die Administration die Unterstützung a priori integrationsfreundlicher Kräfte wie die von Ferhat Abbas von der UDMA oder die des Publizisten Rabah Zénati. Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre verhärteten beide Lager ihre Standpunkte: Nationalistische Brandreden auf der indigenen Seite trafen auf massive Repression von der französischen Seite, wodurch eine politische Lösung der „question indigène“ endgültig außer Reichweite rückte.

Die Entstehung eines autonomen indigenen Journalismus stellte aus Sicht der Behörden eine Bedrohung der kolonialen Ordnung dar. Auch wenn die *Surveillance des indigènes*, also die Überwachung der indigenen Bevölkerung und im Besonderen ihrer Eliten, historisch verwurzelt war, so empfanden die Überwachungsbehörden Anfang der 1920er Jahre das Aufkommen einer ausdifferenzierten öffentlichen Meinung, die von der aufblühenden Publizistik getragen war, als Zäsur: Sie waren vom politischen Charakter der indigenen Presse alarmiert und intensivierten ihre Maßnahmen der Kontrolle und Eindämmung der Publikationsaktivitäten. Doch war die Zwischenkriegszeit nichtsdestotrotz eine Periode relativer Pressefreiheit zumindest für die französischsprachigen Publikationen: Diese blieben weitestgehend unberührt von Verbots- und Repressionsmaßnahmen und leisteten einen wichtigen Beitrag dazu, dass die Selbstverständigung innerhalb der muslimischen Gemeinschaft aufblühte und eindeutig zivilgesellschaftliche Tendenzen erkennbar waren. Das kann dennoch nicht davon ablenken, dass die Behörden der indigenen Presse gegenüber

⁴⁰¹ CAOM 9H/42: Dossiers de l’Emir Khaled, 1922-1938; état d’esprit des Musulmans 1943-1947.

⁴⁰² Zur Implementierung des Algerienstatuts von 1947 siehe Tayeb Chenntouf, *L’assemblée algérienne et l’application des réformes prévues par le statut du 20 septembre 1947*, in: Charles-Robert Ageron (u.a. Hgg.), *Les chemins de la décolonisation de l’Empire colonial français*, Paris 1986, S. 367-375.

grundsätzlich misstrauisch eingestellt waren und sie argwöhnisch beäugten. Ihre Versuche, die muslimische Bevölkerung durch Einschaltung einer Mittlerschicht auf ihre Seite zu ziehen, waren schlecht koordiniert und dem immer wieder bemühten Integrationsdiskurs mangelte es an konkreten Praxismaßnahmen, die diesem Glaubwürdigkeit verliehen hätten. So wurde er immer mehr zu einer Phrase, der keine Überzeugungskraft mehr inne wohnte. Nach 1945 lag der Schwerpunkt der *Surveillance indigène* eindeutig auf der Repression, was letztlich einer klaren Absage an das Kommunikationsangebot, das große Teile des indigenen Journalismus verkörperten, gleichkam.

IV) Soziologie des indigenen Journalismus: Akteure, Publikationen und die journalistische Praxis

Hatte es vor dem Ersten Weltkrieg erste, durchaus beachtenswerte Versuche journalistischer Betätigung unter den algerischen Muslimen gegeben, so war für die Jahre nach 1918 eine regelrechte Explosion indigener Publikationen festzustellen. Allein bis 1925 entstanden mehr als ein Dutzend neue Zeitungen⁴⁰³, was die Dynamik der indigenen Presseentwicklung eindrucksvoll unter Beweis stellte. Für die 1920er Jahre war sicherlich bedeutsam, dass trotz der oben geschilderten grundsätzlich skeptischen Einstellung der Administration gegenüber indigenen Publikationsaktivitäten relative Pressefreiheit herrschte. Sicherlich standen die indigenen Journalisten unter eingehender Beobachtung und waren mehrheitlich der Beschattung durch Polizeibeamte ausgesetzt, die die neuartige Publikationspraxis im Auftrag der *Surveillance indigène* in Augenschein nahmen. Doch hielten sich die Behörden mit der Ultima Ratio, also Verboten, die dann nach 1945 massiv zum Einsatz kommen sollten, zurück. Dies hing nicht zuletzt damit zusammen, dass die indigene Sphäre öffentlicher Kommunikation zunächst von eher administrationsfreundlichen Journalisten beherrscht wurde: So waren die *Jeunes-Algériens* in Form des *L'Ikdam* vertreten, die assimilationistischen Grundschullehrer um Rabah Zénati und Said Faci mit *La Voix des Humbles*, später mit *La Voix Indigène*, sowie Smail Mami mit *En-Nadjah*. Auch ließen die Behörden weitere Instanzen gesellschaftlicher Selbstorganisation, wie die *Cercles culturels*, die muslimische Pfadfinderbewegung, Sportvereine und ähnliche Zirkel weitgehend gewähren. Erst Ende der 1920er Jahren, als die Reformisten zunehmend an Einfluss im publizistischen Feld gewannen und die administrationsfreundliche Stimmung abebbte, verschärfte sich die Haltung gegenüber der indigenen Presse und vor allem arabischsprachige Publikationen wurden verboten.

Ein weiterer Grund für die Dynamik des Publikationswesens war, dass es nun nicht mehr nur einige Dutzend, zumeist jungalgerische, Intellektuelle gab, die – wie vor dem Ersten Weltkrieg – das publizistische Feld beherrschten und im Hinblick auf die indigene Gemeinschaft, als deren legitime Repräsentanten sie sich verstanden, meinungsbildend wirkten. Verschiedene politische Gruppierungen mit teils entgegen gesetzten ideologischen Orientierungen versuchten nun, ihre Ideen unter Nutzung des Mediums der Presse zu Markte zu tragen. Einige unter ihnen agierten erstmals nicht mehr aus dem „système colonial“ heraus, sondern standen außerhalb desselbigen, wie die reformistischen Journalisten. Hatte die große Mehrheit der französisierten Publizisten vor dem Ersten Weltkrieg noch für den Kolonialstaat

⁴⁰³ Ihaddaden, *Presse indigène*, S. 10.

als Übersetzer, Grundschullehrer oder Bürokraft gearbeitet, so entstand nun ein Journalismus, der staatsfern war und dessen Träger in keiner Weise an die Administration gebunden waren.

Die indigenen Journalisten verfolgten gemeinsam das explizite Projekt, durch Herstellung eines größeren öffentlichen Zusammenhangs ihren Anliegen eine größere Sichtbarkeit zu verleihen, wie der Historiker Ali Merad ausführt: „La jeunesse intellectuelle indigène de formation française était impatiente... de se voir intéressée à la marche des affaires publiques (ce qui) se manifestait dans la presse, par des écrits, par des interventions aux différentes tribunes qui leur étaient alors ouvertes.“⁴⁰⁴ Ziel war es also einerseits, sich innerhalb der muslimischen Gemeinschaft zu verständigen, andererseits galt es jedoch gleichzeitig, gegenüber den Europäern Präsenz zu zeigen und politische und partizipatorische Ansprüche anzumelden. Die schmale indigene Elite war sich der Wirkung des Herstellens von Öffentlichkeit mehr und mehr bewusst und strebte danach, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten am öffentlichen Diskurs zu partizipieren.

IV.1) Die Merkmale des indigenen Journalismus: Politisierung, Nucleus und Träger von politischen Ideen und sein Beitrag zur Ausdifferenzierung der „opinion publique musulmane“

So unterschiedlich die politischen Orientierungen, die Sozialisationsmilieus und die Herkunft der indigenen Journalisten waren, so hatten sie dennoch eins gemeinsam: Sie alle waren Teil der muslimischen Gemeinschaft Algeriens und gehörten zur Gruppe der Kolonisierten. Dies hatte weit reichende Konsequenzen: Selbst für die französischsprachigen *Jeunes-Algériens* kam eine unmittelbare Integration in die Redaktionen europäischer Publikationen kaum in Frage. Dazu wurden sie zu sehr als Teil der indigenen Bevölkerung wahrgenommen, die abgeschirmt von der europäisch-französischen Öffentlichkeit in Algerien lebte und eine eigene kulturelle Identität ausprägte, die spezifische Probleme – auch politischer Natur – aufwarf. Sicherlich gab es Beispiele der Zusammenarbeit von muslimischen und europäischen Journalisten, wie am Beispiel von *Alger-Républicain* in Kapitel IV.3 noch zu sehen sein wird. Doch blieben die Ansichten und das Selbstverständnis der allermeisten Journalisten von der ethnischen Herkunft entscheidend mitgeprägt. Die indigene Elite, aus der sich die Journalisten rekrutierten, war Träger spezifischer politischer Anliegen, die sich von denen der Europäer in Algerien fundamental unterschieden: Sie zielten auf die Angleichung an einen rechtlichen und politischen Status ab, den die europäische Bevölkerung wie selbstverständlich genoss.

⁴⁰⁴ Merad, *Réformisme*, S. 44f.

In der Tat trug die Politisierung des indigenen Journalismus in erheblichem Maße dazu bei, die ethnisch fundierte und von den Kolonialherren theoretisierte⁴⁰⁵ Kluft zwischen Muslimen und Europäern weiter zu vertiefen. Die indigene Publikationstätigkeit stand oft unmittelbar mit politischen Gruppierungen in Zusammenhang, die darum bemüht waren, ihren Ideen ein Forum zu verschaffen und durch die Verbreitung die Chancen darauf zu erhöhen, sie auch zur Geltung zu bringen. Die Tätigkeit als Journalist war unmittelbar mit der Verfechtung spezifischer politischer Forderungen verbunden und schloss beispielsweise Marktmechanismen weitgehend aus, nach denen Journalisten primär kommerziell orientierten Verlegern ihre Dienste zum Zweck des Broterwerbs anboten.⁴⁰⁶

Der frühe jungalgerische Journalismus war eindeutig politisiert, auch wenn er seine Anliegen behutsam formulierte und mehr auf eine Einigung mit den Behörden als auf eine Konfrontation hinarbeitete. Journalisten wie Sadek Denden, Mohand Lechani oder Rabah Zénati äußerten sich in ihren Zeitungen, beispielsweise in *La Voix des Humbles*, *L'Islam*⁴⁰⁷ oder *L'Ikdam*, dezidiert politisch und traten mit Blick auf die europäisch-französische Öffentlichkeit und die der Metropole für die Maßstäbe der Zeit, also vor und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, mutig und fordernd auf. Man muss in diesem Zusammenhang berücksichtigen, dass vor allem *L'Islam* vor 1914 und *L'Ikdam* nach 1918 Pionierarbeit für den indigenen Journalismus leisteten und es den Kolonisierten aus Sicht der Administration und der europäisch-französischen Öffentlichkeit nicht zustand, auf publizistischem Wege politische Forderungen zu stellen. Die rapide Zunahme indigener Publikationen in den 1920er Jahren forderte solche Wahrnehmungsmuster natürlich heraus und leitete eine Periode der Auseinandersetzung zwischen indigener Presse und Administration ein. Die Forderungen des frühen indigenen Journalismus zielten auf eine parlamentarische Vertretung, staatsbürgerliche Integration sowie den Zugang zu Karrieren im öffentlichen Dienst hin.⁴⁰⁸ Seine Politisierung trug insofern besondere Züge, als die Publikationen noch nicht aus politischen Parteien oder einflussreichen Zirkeln hervorgingen, sondern eher auf Grundlage loser gemeinsamer Interessen und Lebenslagen entstanden. So gehörten die jungalgerischen Journalisten fast alle zur französisch ausgebildeten indigenen Elite und hatten vielfach die für Muslime höchstmögliche berufliche Stellung wie Grundschullehrer oder Kleinbeamter erreicht.⁴⁰⁹ Daraus entstand jedoch noch keine institutionalisierte politische Bewegung, die sich der

⁴⁰⁵ Zur Identitätsbildung auf Grundlage des Religionsmerkmals siehe Kapitel IV.1.

⁴⁰⁶ Der indigene Journalismus unterschied sich hierin kaum von den Anfängen der journalistischen Tätigkeit in den westlichen Ländern wie Frankreich, England oder den USA im 19. Jahrhundert. Siehe dazu Requate, Journalismus als Beruf, S. 264ff.

⁴⁰⁷ Zu *L'Islam* siehe Collot, Régime juridique, S. 355.

⁴⁰⁸ Siehe dazu beispielhaft die Ausgabe der *Voix des Humbles* vom Mai 1922, S. 1f.

⁴⁰⁹ Wie Rabah Zénati, Said Faci, Mohamed Kessous u. a.

Patronage und Interessenvertretung einer größeren Klientel angenommen hätte. Die Praxis zeigt, dass den *Jeunes-Algériens* teilweise individuelle Integration gelang: Einige nahmen die französische Staatsbürgerschaft an, reüssierten beruflich und genossen Respekt von offizieller Seite. Sie hüteten sich deswegen davor, der französischen Administration gegenüber als Volkstribune und Anwälte der muslimischen „Massen“ aufzutreten.⁴¹⁰ Journalisten wie Rabah Zénati oder Said Faci befürworteten in ihren Artikeln und Büchern⁴¹¹ eine Unterscheidung zwischen gebildeter indigener Elite und dem „peuple“ hinsichtlich des Genusses staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten: „Nul ne songe de réclamer l'électorat pour tous les Indigènes. Il s'agit d'associer progressivement les plus éclairés à la vie nationale, pour que tout un peuple, qui ne demande qu'à s'adapter à la vie moderne, ne demeure pas éternellement en marge de la cité française.“⁴¹² Die jungalgerischen Journalisten begrenzten also ihre Forderungen von vorneherein und unterstrichen der Administration gegenüber ihre Loyalität. Dennoch war ihr Profil klar definiert: Die Publikationen stellten für sie Instrumente zur politischen Interessendurchsetzung dar.

Mit der Expansion der indigenen Sphäre öffentlicher Kommunikation nach 1918 wandelte sich die Politisierung des Journalismus in erheblichem Maße. Letzterer war jetzt unmittelbar an konkrete politische Zirkel oder Bewegungen angebunden und basierte nur noch im Ausnahmefall auf der Initiative einzelner Intellektueller oder öffentlicher Persönlichkeiten. Man kann hier von einem Prozess der Wechselwirkung zwischen Publizismus und der Konstituierung politischer Bewegungen sprechen: Die Publikationsexplosion nach 1918 schuf erst den Rahmen für eine politische Öffentlichkeit, in der sich politische Gruppen und Zirkel herausbildeten und stabilisierten. Gleichzeitig entwickelten sich diese Gruppen zu den hauptsächlichen Trägern von Zeitungen, die finanziert und organisiert werden mussten. Der indigene Journalismus kann diesbezüglich nicht mit den Anfängen seines französischen Pendants im 19. Jahrhundert verglichen werden: Dort übernahmen die Zeitungen parteibildende Funktion, ja bürgten sogar häufig durch ihre Existenz dafür, dass spezifische politische Ideen eine Heimstätte behielten, die das instabile Parteiensystem diesen nicht bieten konnte.⁴¹³ Zwar spielten Publikationen eine zentrale Rolle dabei, diffuse Meinungen und

⁴¹⁰ Zur jungalgerischen Elite, siehe Gilbert Meynier, *L'Algérie révélée*, Genf 1981. Ders.; Koulakssis, *L'Emir Khaled. Ageron, Algériens musulmans et la France*, Band 2, besonders S. 1035-1054. Mahfoud Kaddache, *Histoire du nationalisme algérien. Question nationale et politique algérienne 1919-1951* (2 Bände), Algier 1980.

⁴¹¹ Rabah Zénati war Mitgründer der jungalgerischen Zeitung *La Voix des Humbles* (1922-1939) und trat hier auch als Redakteur in Erscheinung. Er war außerdem Autor des Werkes „*Le Problème algérien vu par un indigène*“, Paris 1938. Said Faci war Publizist und veröffentlichte unter anderem: *L'Algérie sous l'égide de la France contre la féodalité algérienne*, Toulouse 1936.

⁴¹² Faci, *Egide*, S. 290.

⁴¹³ Zur parteibildenden Funktion des französischen Journalismus im 19. Jahrhundert siehe Requate, *Journalismus als Beruf*, S. 58.

Stimmungen aufzugreifen und zu politischen Ideen und Forderungen zu verdichten, doch gerieten sie ab den 1920er Jahren relativ schnell in die Abhängigkeit der verschiedenen politischen Gruppierungen.

Beispielhaft können hier die Reformisten und die Muslimnationalisten genannt werden. Bei Ersteren fungierte die 1925 gegründete Publikation *As-Sihab*⁴¹⁴ (deutsch: der Meteor) tatsächlich als zentrales Ideenforum und Tummelplatz der späteren reformistischen Führungsfiguren. Sie diente der Gruppe um Abdelhamid Ben Badis zur internen Selbstverständigung sowie zur Verbreitung reformistischen Gedankenguts nach außen. Erst 1931 gründete Ben Badis die *Association des Oulémas*, die sich dann aber rasch konsolidierte und zu einem wichtigen Akteur auf der politischen Bühne im Algerien der 1930er Jahre wurde. *El Bassair* dagegen entstand erst 1936 als offizielle Parteipublikation und war also eher ein Sprachrohr der Bewegung, während *As-Sihab* bis 1939 erschien und zu keinem Zeitpunkt der *Association* einverleibt wurde. Die Nationalisten ihrerseits perfektionierten nach 1945 die propagandistische Effizienz ihrer Publikationen wie *La Nation Algérienne* und nach deren Verbot 1947 *L'Algérie Libre*. Die Folge war allerdings, dass die Zeitungen keinerlei Autonomie mehr besaßen und kaum Prägekraft ideologischer und politischer Art in Bezug auf die Partei hatten. Bei *L'Algérie Libre* fungierte Ahmed Mezerna, Vorsitzender des MTLD, unmittelbar als Herausgeber, wodurch deutlich wird, dass oftmals personelle Kongruenz zwischen Publikation und Partei bestand.⁴¹⁵

Die skizzierte Entwicklung der Politisierung des indigenen Journalismus nach 1918 ging nicht zuletzt auch mit der Entstehung ideologischer Gräben einher, die die indigene Gesellschaft nun durchzogen. Politische Lager bildeten sich heraus und grenzten sich voneinander ab. Dennoch vollzog sich die Aufsplitterung und Ausdifferenzierung der indigenen politischen Landschaft mit gedrosseltem Tempo, weil immer noch gemeinschaftseinende Mechanismen wirksam waren. Diese hingen nicht zuletzt mit der „situation coloniale“ zusammen: Abgesehen von bestimmten Teilen der *Jeunes-Algériens* sah die Mehrheit der indigenen Publizistik im Status als Muslim das wichtigste Identitätsmerkmal der kolonisierten Gemeinschaft.⁴¹⁶ Dabei ging es nicht primär um die religiöse Praxis⁴¹⁷, sondern um die

⁴¹⁴ Siehe Collot, *Régime juridique*, S. 369.

⁴¹⁵ Zur indigenen Presse siehe Souriau-Hoebrechts, *Presse maghrébine*. Ebenso Ihaddaden, *Presse indigène*.

⁴¹⁶ Siehe dazu Hartmut Elsenhans, *Frankreichs Algerienkrieg, 1954-1962: Entkolonisierungsversuch einer kapitalistischen Metropole: zum Zusammenbruch der Kolonialreiche*, München 1974, S. 131.

⁴¹⁷ Der Islamwissenschaftler Reinhard Schulze schreibt dazu: „Ein mit islamischen Termini und Symbolen ausgestatteter Diskurs muss nicht religiös sein. Das ist daran abzulesen, dass er im Grunde nicht mit anderen Religionen kommuniziert, sondern mit einem „europäischen Diskurs“.“ Siehe Reinhard Schulze, *Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert*, München 1994, S. 22. Auch im algerischen Fall ging es den Muslimen darum, sich durch die Berufung auf einen bestimmten Identitätstypus, der hier eben religiös fundiert war, von

unmittelbare Assoziierung der eigenen Marginalität mit dem Muslimischsein. Diese Assoziierung kam nicht von ungefähr, sondern ist historisch zu erklären: So hatten die Kolonialherren 1870 ausschließlich die algerischen Juden, die zweifelsfrei zu den Kolonisierten zählten, eingebürgert, nicht aber die Muslime.⁴¹⁸ 1881 wurden Letztere zudem einem besonders repressiven Strafrecht, dem *Code de l'indigénat*, unterstellt, mit dem expliziten Verweis auf ihr Muslimischsein, das mit den Gesetzen der französischen Republik unvereinbar sei.⁴¹⁹ Die indigene Gemeinschaft verinnerlichte diese Stigmatisierung und zog sich immer weiter auf ihren zunächst von außen zugewiesenen Status als Muslime zurück.⁴²⁰ Die Folge dieser gemeinschaftsstiftenden Erfahrung war, dass sich die indigene Publizistik auch nach dem Politisierungsschub der 1920er Jahre eine gewisse Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen politischen Lagern bewahrte und grundsätzliche ideologische Gegensätze unter Umständen überbrückbar blieben. Einige Beispiele seien hier aufgeführt: So war der Verleger und Journalist Abdelkader Mimouni vom Ende der 1930er Jahre an bei politisch sehr unterschiedlich orientierten Publikationen aktiv. Er gründete gemeinsam mit dem Reformisten El Okbi vor 1939 den Verlag *En-Nahdah*⁴²¹, schrieb 1945 für die moderate und von ehemaligen jungalgerischen Journalisten, darunter Ferhat Abbas, dominierte *Egalité*⁴²², bevor er die Muslimnationalisten unterstützte und zahlreiche ihrer Schriften aus dem Mittleren Osten importierte.⁴²³ Mimouni war ein typisches Beispiel für die starke Bindung der indigenen Journalisten an die muslimische Identität, die in den 1930er Jahren vor allem von den Reformisten betont wurde, ehe die Nationalisten nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine stark religiös konnotierte Diktion versuchten, sich als Vorkämpfer für die „cause musulmane“ in Szene zu setzen.⁴²⁴ Aber selbst die Kommunisten waren hier nicht aus dem

den Europäern bzw. den Teilen der indigenen Gemeinschaft, die einen „europäischen Diskurs“ pflegten, abzugrenzen.

⁴¹⁸ Kraft des *Décret Crémieux* 1870 erhielten die jüdischen Bewohner Algeriens die volle französische Staatsbürgerschaft, während die Muslime von dieser Maßnahme ausgeschlossen blieben. Siehe Richard Ayoun, *Le décret Crémieux et l'insurrection de 1871 en Algérie*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine*, Januar-März 1988, Band 35, Nr. 1, S. 61-87.

⁴¹⁹ Siehe Ageron, *Algériens Musulmans*, Band 1, S. 168ff. Ebenso Isabelle Merle, *De la „légalisation“ de la violence en contexte colonial*, in: *Politix* 66 (2004), S. 137-162. Siehe auch Dies., *Respect des coutumes indigènes ou exclusion républicaine*, in: Laurence Bérard (Hg.), *Biodiversité et savoirs naturalistes locaux en France*, Montpellier 2005, S. 60-66.

⁴²⁰ Gallissot äußert sich wie folgt zur Stigmatisierung der Muslime: „La discrimination coloniale agit encore plus globalement en bloquant la société colonisée sous un statut inférieur qui ferme l'accès à l'égalité civile et aux droits politiques, sous couvert du respect du statut personnel...la ligne de partage s'établit sur la caractérisation comme musulmans.“ Siehe René Gallissot, *Le Maghreb de traverse*, Saint-Denis 2000, S. 188.

⁴²¹ CAOM 4I/183: Associations, groupements musulmans.

⁴²² CAOM 9H/70: Territoires du Sud surveillance des indigènes, 1945-1946. Der Karton enthält einen seitenlangen Polizeibericht von 1948 über Mimounis Werdegang und seine Hinwendung zum Nationalismus.

⁴²³ CAOM 4I/183: Associations, groupements musulmans.

⁴²⁴ Siehe beispielhaft *L'Algérie Libre*, 15.6.1952, Artikel zur vorgeblich eingeschränkten Religionsfreiheit für die Muslime, zur Beschlagnahmung religiöser Güter im Zuge der Kolonisierung usw.

Spiel und gingen zeitweise ein Bündnis mit den religiösen Reformisten ein.⁴²⁵ Auch Mohammed Kessous' Identifikation mit der „cause musulmane“ war konstant und kontrastierte merklich mit den zahlreichen Zeitungswechseln und einem gewissen ideologischen Opportunismus, den der Journalist an den Tag legte. So bekannte er sich in seinem 1935 erschienenen Buch „La vérité sur le malaise algérien“ zu seiner muslimischen Identität. Die Zeitungen, für die er schrieb, gehörten unterschiedlichen Lagern an: Der ausgebildete Grundschullehrer begann in den 1930er Jahren bei *L'Entente*, Publikation der *Fédération des Elus* und pries deren Standpunkte: Aufhebung aller Sondergesetze bezüglich der indigenen Bevölkerung, vollständiger Anschluss Algeriens an Frankreich, volle Staatsbürgerschaft für die gebildeten Muslime ohne Aufgabe des *Statut Personnel Musulman*, also des auf dem Koran beruhenden muslimischen Privatrechts. 1944 arbeitete er für die *Egalité*, die der moderaten Bewegung Ferhat Abbas' nahe stand, und in den 1950er Jahren für den kommunistischen *Alger-Républicain*.⁴²⁶ Es wird deutlich, dass trotz der abweichenden Vorstellungen und Ziele der verschiedenen politischen Strömungen der indigenen Gemeinschaft die Grenzen zwischen den politischen Lagern immer wieder in Fluss gerieten und die Gemeinsamkeiten nicht selten überwogen. Nur so sind die zahlreichen Zeitungswechsel vieler Journalisten zu erklären.

Freilich ging die personelle Fluktuation, die die indigene Presse charakterisierte, nicht immer nur auf selbstgewählte Publikationswechsel zurück wie im Fall von Mimouni oder Kessous. Oft sahen sich Journalisten gezwungen, ihr Glück bei einer anderen Zeitung zu suchen oder sogar bei zwei Blättern gleichzeitig zu arbeiten. Vor allem die generell schwierigen Arbeitsbedingungen waren hierfür ursächlich: Den Zeitungen fehlte es in der Regel an ausreichenden Finanzmitteln, um besoldete Redakteure anzustellen. Diese erhielten zumeist nicht mehr als eine Aufwandsentschädigung, so dass viele von ihnen für mehrere Zeitungen gleichzeitig schrieben, um ihr Einkommen aufzubessern. Die geringe Entlohnung führte nicht selten dazu, dass die anfängliche Begeisterung des jeweiligen Redakteurs erlahmte und dieser Ausschau nach einer lukrativeren Stelle hielt. So machten die Anfang der 1950er Jahre bei

⁴²⁵ Wie auf dem *Congrès Musulman* 1936, den die Reformisten gemeinsam mit den Kommunisten und der *Fédération des Elus Musulmans* ausrichteten. Ali Merad schrieb dazu bezüglich der Reformisten: „La nature de son engagement amena le mouvement badisien à faire cause commune avec diverses tendances plus ou moins représentatives de l'opinion algérienne, y compris les communistes et les partisans de Messali... (Ben Badis engagea) son mouvement aux côtés de certaines tendances dont il ne partageait nullement l'idéologie, mais dont il se sentait solidaire sur le plan national “ Siehe Merad, *Réformisme*, S. 189f.

⁴²⁶ Zu seiner Biographie siehe auch Saddek Benkada, *Publicistes et journalistes de l'entre-deux-guerres en Algérie: trajectoire d'intellectuels*, in: Noureddine Sraieb (u.a. Hgg.), *Anciennes et nouvelles élites du Maghreb*, Aix-en-Provence 2003, S. 99-108.

Alger-Républicain angestellten Schriftsteller Kateb Yacine⁴²⁷ und Mohamed Dib keinen Hehl daraus, dass sie sich für unterbezahlt hielten, weshalb sie 1950 respektive 1952 die Zeitung unter anderem aus diesem Grund verließen.⁴²⁸ Andere wiederum suchten sich eine gänzlich andere Arbeit und kamen von Zeit zu Zeit zur Redakteurstätigkeit zurück, nicht zuletzt deswegen, weil ihre Verbundenheit zur „cause musulmane“ immer noch eine starke Rolle spielte. So auch bei Hadj Brahim Aboulyakdan, der 1926 als Redakteur bei der Berberzeitung *Oued Mzab* anfang und sich durch sein journalistisches und stilistisches Talent hervortat.⁴²⁹ Zeitweise gehörte er zu den größten Hoffnungen des indigenen Journalismus. Dennoch gab er den Journalistenberuf nach dem Verbot der Zeitung durch die Administration im Januar 1929 auf und arbeitete als Kleidungshändler in Algier.⁴³⁰ 1933 brachte er die Zeitung *El Ouma* heraus, welche den Reformisten nahe stand. An seinem Beispiel wird deutlich, dass indigene Journalisten nach Phasen der Unterbrechung vor allem aus zwei Gründen zum „brotlosen“ Publizismus zurückkehrten: Sie fühlten sich der politischen Emanzipation der algerischen Muslime verpflichtet, strebten gleichzeitig aber auch nach Prestige und Anerkennung, die der Journalismus verhiess. Neben der finanziellen Unsicherheit erschwerte die ständige Überwachung der indigenen Presse, die wie gesehen oft in Repression und Verbote mündete, die Journalistentätigkeit. Redakteure verloren durch Zeitungsschließungen ihre Arbeit oder wurden selbst gerichtlich verurteilt und so am Schreiben gehindert. Viele von ihnen hatten schlicht Angst davor, als Journalisten unter polizeilicher Beobachtung zu stehen und gaben ihre Tätigkeit nach kurzer Zeit wieder auf, wodurch die personelle Instabilität in der indigenen Presse weiter zunahm.

Den meisten indigenen Publikationen gelang es weder, das eigene politische Profil jenseits der Berufung auf die „identité musulmane“ zu schärfen, noch, genügend finanzielle Quellen zu erschließen. Folglich schlug der Versuch fehl, ihre Redakteure dauerhaft politisch und materiell an sich zu binden, weswegen sie unter ständiger personeller Fluktuation litten. Eine Ausnahme bildeten nationalistische Blätter nach 1945 wie *L'Algérie Libre* oder *La Nation Algérienne*, die vom MTLD finanziert wurden und politisch so manchen Journalisten in ihren Bann schlugen. Hier eröffneten sich erstmals im indigenen Journalismus Karriere- und Aufstiegschancen. Dies war beispielsweise der Fall für Aissat Idir, der als Gewerkschaftsaktivist nach 1945 im MTLD aktiv war, mit Zuständigkeit für wirtschaftliche

⁴²⁷ Für biographische Informationen zu Kateb Yacine und seiner Karriere als Schriftsteller und Journalist siehe Jacques Girault, Bernard Lechebonnier (Hgg.), Kateb Yacine. Un intellectuel dans la Révolution Algérienne, Paris 2002.

⁴²⁸ Im Falle Yacines gab es jedoch auch erhebliche politische und persönliche Differenzen, siehe Jacqueline Arnaud, La littérature maghrébine de langue française, Band 2: Le cas de Kateb Yacine, Paris 1986.

⁴²⁹ Zu Aboulyakdan und *Oued Mzab* siehe Collot, Régime juridique, S. 370.

⁴³⁰ CAOM 15H/23: Dossiers de presse, u. a. El Ouma (Alger et Paris), Es Souna, 1932-1945.

und soziale Fragen. Parallel schrieb er zunächst für die Parteizeitung *La Nation Algérienne*, nach deren Verbot 1947 für das Nachfolgeorgan *L'Algérie Libre*.⁴³¹ Die redaktionelle Tätigkeit stärkte sein Prestige und seine Position innerhalb der Bewegung erheblich und ließ auch die indigene Öffentlichkeit auf ihn aufmerksam werden.⁴³² Auch *Alger-Républicain* muss in diesem Zusammenhang genannt werden: Die Zeitung wurde zeitweise von der Kommunistischen Partei Algeriens (KPA) alimentiert und beschäftigte in der zweiten Hälfte der 1940er, Anfang der 1950er Jahre viele indigene Journalisten, die sich dauerhaft etablieren konnten. So fing beispielsweise Boualam Khalfa 1944 bei der Zeitung an und stieg dank seiner publizistischen Qualitäten in der Hierarchie auf. 1947 wurde er zum Chefredakteur ernannt, was für Muslime eine absolute Ausnahme blieb. Khalfa trat der Kommunistischen Partei Algeriens bei und konnte seine publizistische Reputation für eine politische Karriere nutzen. 1952 wurde er ins Zentralkomitee gewählt und spielte fortan eine wichtige Rolle in der KPA.⁴³³ Dies zeigt, wie materielle Absicherung und politische Perspektive zusammen wirkten und eine personelle Stabilität herbeiführten, die die Grundlage dafür war, zu einer führenden Publikation mit Öffentlichkeitswirksamkeit aufzusteigen. Andere Zeitungen wie die reformistische *La Défense* schafften es zumindest, politische Visionen mit kontinuierlicher inhaltlicher Stringenz zu verbinden und auf diese Weise zumindest punktuell zu einer Referenzpublikation zu werden. Doch mangelte es diesen Publikationen zumeist an finanziellen Ressourcen: Das Beispiel *La Défense* (1934-1939) zeigt, dass ein Team von sechs bis sieben Redakteuren oft kaum länger als ein Jahr zusammen blieb, bevor es auseinander brach und neu zusammen gestellt werden musste. Feste Größen bei *La Défense* waren nur Herausgeber Lamoudi und Henri Bernier bis zu seinem Tod 1938. Personelle Instabilität war oft die Vorstufe zur institutionellen Instabilität: Neben der behördlichen Repression war sie eine der häufigsten Ursachen für die Auflösung von indigenen Zeitungen. Während die ideologischen Gräben in der Zwischenkriegszeit noch überwindbar gewesen waren und oftmals ein gemeinsamer, wenn auch kleiner Nenner zwischen *Jeunes-Algériens*, *Oulémas* und *Fédération des Elus* gefunden werden konnte, verschoben sich die politischen Koordinaten nach 1945. Das indigene politische Feld geriet nun massiv in den Sog des Nationalismus, wodurch letztlich nur noch die Wahl für oder gegen die Nationalisten offen blieb. Dass sich nun zahlreiche Journalisten, wie auch Ferhat Abbas, dem Nationalismus annäherten und einige unter ihnen zu nationalistischen Blättern wechselten, kann nicht mehr –

⁴³¹ Siehe Mohamed Farès, Aissat Idir. Contribution à l'histoire du mouvement syndical algérien du PPA à l'UGTA, Paris 1992.

⁴³² Siehe dazu Gallissot, Engagements, Eintrag Aissat Idir, S. 48.

⁴³³ CAOM 10CAB/2: Alger-Républicain: Rapports, notes, saisies, 1949-1955. Auch Laisne, Engagements, S. 69f.

wie noch für die 1930er Jahre – als Durchlässigkeit der politischen Grenzen interpretiert werden. Es manifestierte sich hier vielmehr der Absolutheitsanspruch der Nationalisten, welcher kaum mehr Raum für andere politische Bewegungen ließ. Dies führte keineswegs zu einer Steigerung der Durchlässigkeit, sondern trug eher dazu bei, die politische Vielfalt zu reduzieren. Die Nationalisten bewiesen großes Geschick darin, sich als Verfechter gemeinschaftseinender Anliegen darzustellen und so viele Journalisten auf sich zu vereinen. Die indigene Presselandschaft hatte nun eine insgesamt größere Stabilität und Übersichtlichkeit: Die durchschnittliche Lebensdauer erhöhte sich durch die bessere Finanzierungslage, die große Zahl an Titeln verringerte sich, während vor allem die reformistische Presse stark an Bedeutung verlor.

Insgesamt wird deutlich, dass der indigene Journalismus von Beginn an einen dezidiert politischen Charakter trug und sich darin zunächst einmal nicht von den Anfängen des Journalismus in Frankreich oder anderen westlichen Ländern unterschied.⁴³⁴ In der Tat bildeten die Journalisten keine von der Politik abgesonderte Gruppe, die das politische Geschehen beobachtete und kommentierte, sondern sie verstanden sich selber als politische Akteure und den Journalismus als politisches Instrument. Im Zuge der Herausbildung einer indigenen Sphäre öffentlicher Kommunikation war das nur natürlich: Politische Visionen von Algerien und von der eigenen Gemeinschaft mussten entwickelt, diskutiert und verbreitet werden, ein politisches Feld mit Trägern unterschiedlicher politischer Vorstellungen und Erwartungen musste entstehen. Dass die Presse in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielte, kann nicht verwundern: Sie war angesichts der „situation coloniale“ eins der wenigen Foren, in denen Kolonisierte Selbstverständigung betreiben konnten. Im Unterschied zu Frankreich oder den USA, die im 19. Jahrhundert die allermeiste Zeit über demokratisch verfasst waren, fehlte es der indigenen Bevölkerung an parlamentarischer Vertretung, Parteien, ja weitgehend sogar an Bildungszugang. Dass der Journalismus unter diesen Umständen als politisches Mittel aufgefasst wurde, war klar: Solange die indigene Bevölkerung rechtliche, politische und ethnische Diskriminierung erfuhr, war es unvermeidlich, dass ihr Wirken in der Öffentlichkeit auf ihre Emanzipation ausgerichtet war. Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg, und faktisch bis zur staatlichen Unabhängigkeit Algeriens 1962, blieb der in den westlichen Ländern beobachtete Prozess der Autonomisierung der indigenen journalistischen Sphäre von der Politik aus, weil die indigene Gemeinschaft marginalisiert blieb und ihre Versuche der Selbstorganisation in Parteien und

⁴³⁴ Zur Politisierung des Journalismus in ausgewählten westlichen Staaten des 19. Jahrhunderts siehe Requate, Journalismus als Beruf, S. 24.

Vereinen weitgehend kriminalisiert wurden. Die Wahl für den Journalismus blieb also eine politische Entscheidung, was auch das Fehlen einer kommerziellen Presse erklärt.⁴³⁵

Außer dem Kernmerkmal der Politisierung war der indigene Journalismus von weiteren Merkmalen geprägt, die ihm seine besondere Beschaffenheit verliehen. So übten indigene Journalisten ihre Tätigkeit in aller Regel nebenberuflich aus, auch wenn einige von ihnen versuchten, sich durch die gleichzeitige Beschäftigung bei zwei oder mehr Zeitungen ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Sehr viele von ihnen arbeiteten als Grundschullehrer, wie in Kapitel I.4 gesehen, gingen einer freiberuflichen Tätigkeit nach oder waren im niederen öffentlichen Dienst beschäftigt: So gab es vor allem Übersetzer, Gerichtsdieners, Kleinbeamte, Händler, aber auch einige Anwälte und Apotheker. Der indigene Journalismus verharrte an einer Schwelle, die es den allermeisten Redakteuren unmöglich machte, vom Schreiben zu leben. Die Publikationen hatten durchweg eine geringe Auflage von unter 5.000, bei bestenfalls wöchentlichem Erscheinen, meist eher monatlich. Die Finanzknappheit war derart groß, dass sich selbst Herausgeber relativ populärer und erfolgreicher Zeitungen, wie Lamine Lamoudi von *La Défense*, dazu veranlasst sahen, immer wieder über die Dörfer zu tingeln, um Abonnenten zu werben und vor allem die bereits gewonnenen Abonnenten dazu zu drängen, endlich ihre Jahresgebühr zu entrichten.⁴³⁶ Indigene Zeitungen entbehrten anders als ihre europäischen Pendants Redaktionsgebäude und –räumlichkeiten, wenn man von den Ausnahmefällen *Alger-Républicain* und *L'Entente* absieht. Journalismus war viel weniger als bei europäischen Zeitungen tägliche Routinearbeit mit Redaktionskonferenzen, auswärtigen Terminen und Ereignisberichterstattung. Die indigenen Journalisten verfassten in der Regel monatliche Artikel, die ein starkes Meinungsprofil aufwiesen und oft polemischen Charakter trugen.

Die indigene Sphäre öffentlicher Kommunikation unterschied sich zumindest noch bis 1945 grundlegend von einer massenmedialen westlichen Öffentlichkeit. In der Tat war sie immer noch sehr stark von Encounteröffentlichkeit⁴³⁷ geprägt: Ein Großteil der Kommunikation trug ausschließlich mündlichen Charakter, was nicht zuletzt durch den Analphabetismus von 85-

⁴³⁵ Einzige Ausnahme war *En-Najah* aus Constantine, deren Chefredakteur Smail Mami sich politisch kaum positionierte und einem vagen Loyalismus zur Administration folgte. Siehe CAOM 15H/22: Dossiers de presse, u. a. Lutte sociale, El Maghrib El Arabi, El Midane, En Nadjah, 1925-1945. Auch sei hier *Radio-Alger* genannt, das in Kapitel III.2.1 ausführlicher behandelt wird. Radiojournalismus war wenig politisiert und bot Dutzenden von Muslimen Arbeit. Diese boten in den *Emissions en langue arabe et kabyle* (ELAK) ihren Hörern vor allem Unterhaltung und Information und unterschieden sich hierin grundlegend von der großen Mehrheit der politisierten Printjournalisten.

⁴³⁶ Siehe beispielhaft für Lamoudi CAOM 15H/20: Dossiers de presse. Darunter *La Défense*, 1932-1945. Für Aboulyakdan siehe CAOM 15H/23: Dossiers de presse, u. a. El Ouma (Alger et Paris), Es Souna, 1932-1945.

⁴³⁷ Zum Modell der Encounteröffentlichkeit, die sich von der Veranstaltungs- sowie der massenmedialen Öffentlichkeit abgrenzt, siehe Jürgen Gerhards; Friedhelm Neidhardt, Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze, in: Stefan Müller-Doohm; Klaus Neumann-Braun (Hgg.), Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation, Oldenburg 1991, S. 31-90.

90 % aller Kolonisierten zu erklären ist. Auch wirkte die Kultur der Oralität weiter fort: Der Basar war ein wichtiger Ort für den Austausch von Neuigkeiten; Reden von Dorfältesten auf dem Dorfplatz oder vom Vorbeter in der Moschee genossen große Aufmerksamkeit; auch das Café als „lieu de sociabilité“ muss genannt werden, wo für einen größeren Zuhörerkreis aus Zeitungen vorgelesen wurde und Radiogeräte die Verbindung zur Welt herstellten.⁴³⁸ Diese Kultur der Oralität erweckte großes Misstrauen bei der Administration, da sie sich weitgehend der Überwachung entzog. Zwar bemühten sich die Behörden, ein dichtes Netz an Spitzeln aufzubauen, die des Arabischen mächtig waren, scheiterten damit jedoch an der schieren Masse der Kommunikation.⁴³⁹ Die Angst vor der indigenen „Doppelzüngigkeit“ blieb jedenfalls allgegenwärtig: So befürchtete die Administration, dass sich die Kolonisierten in französischer Sprache loyal zeigten, auf Arabisch jedoch gegen die französische Präsenz hetzten.⁴⁴⁰ Oftmals wies die „indigene Öffentlichkeit“, soweit man sie überhaupt so nennen kann, semiöffentliche Strukturen auf: Publikationen erschienen und wurden geschlossen, überstiegen selten eine Auflage von zwei bis 3.000 und waren oft über die bloße Leserschaft hinaus kaum bekannt. Der Vertrieb lief oft nicht über die Post, sondern über die Journalisten selbst an Freunde, Bekannte und das persönliche und familiäre Umfeld. Immer wieder fuhren Herausgeber und Verwalter zu Bekannten oder Verwandten in anderen Städten, hinterließen die aktuellste Ausgabe und baten ihre Gastgeber, in ihrem Umfeld für die Publikation zu werben und Ausgaben an den Mann zu bringen.⁴⁴¹ Viele Publikationen waren in diesem Sinne keine Massenmedien, auch wenn sie das technische und politische Potenzial dazu hatten. Doch war ihre Leserschaft und vor allem ihr Bekanntheitsgrad zu begrenzt. Die Außenwirkung, die ja durchaus auch durch kleine Publikationen mittels Provokationen und Eklats hätte erzielt werden können, blieb gering. Gerade die europäisch-französische

⁴³⁸ Zum Café als *lieu de sociabilité* siehe Omar Carlier, *Le café maure: sociabilité masculine et effervescence citoyenne*, in: Hélène Desmet-Grégoire; François Georgeon (Hgg.), *Cafés d'Orient revisités*, Paris 1997.

⁴³⁹ Vgl. dazu Bayly, *Empire*. Bayly argumentiert, dass die Briten Indien nur erobern konnten, weil sie lernten, Beziehungen zu den indigenen Informationsträgern aufzubauen und auf diese Weise an Informationen über die indigene Gemeinschaft und ihre Beschaffenheit zu kommen. Lokales Wissen sei also eine wichtige Quelle britischer Machtsicherung gewesen, im Laufe der Zeit jedoch zunehmend versiegt, womit der Verfall der Kolonialherrschaft eingesetzt habe (siehe dazu S. 365ff.). Es sei dahin gestellt, ob sich die Sicherung französischer Herrschaft in Algerien ebenso maßgeblich auf die Kenntnis lokaler Zusammenhänge stützte. Das engmaschige Überwachungsnetz in Bezug auf die indigene Gemeinschaft zeigt jedenfalls, wie erpicht die Kolonialadministration auf diese Informationen war und wie sehr sie die Zirkulation unkontrollierter Information als Bedrohung empfand.

⁴⁴⁰ Siehe Bericht zur Anstellungspolitik *Radio-Algers*, CAOM 4I/66: Dossiers de surveillance vie culturelle, Radio, 1940-1961. Der Bericht wies auf die Gefahr hin, dass sich unter den eingestellten indigenen Radiojournalisten „unzuverlässige Elemente“ befinden, die die Radioprogramme zur „Propaganda“ auf Arabisch oder Kabylish nutzen könnten.

⁴⁴¹ So tat es Lamoudi, siehe CAOM 15H/20: Dossiers de presse. Darunter *La Défense*, 1932-1945, Aboulyakdan siehe CAOM 15H/23: Dossiers de presse, u. a. *El Ouma* (Alger et Paris), *Es Souna*, 1932-1945.

Öffentlichkeit, die ja zumindest indirekt einen Adressaten darstellte⁴⁴², konnte nur selten erreicht werden.

Nach 1945 wandelte sich die Beschaffenheit des indigenen Journalismus in einigen Merkmalen fundamental, vor allem angestoßen durch nationalistische Titel wie *L'Algérie Libre* und *El Maghrib El Arabi*. Grundsätzlich galt, dass die Zeitungen aufgrund der verstärkten Bildungsanstrengungen seit den 1930er Jahren nun leichter Redakteure fanden, die sprachsicher waren und eine langjährige Schulausbildung absolviert hatten.⁴⁴³ Auch die potenzielle Leserschaft, vor allem von französischsprachigen Zeitungen, wuchs nun stark an. Doch entscheidend war der Wandel, den die indigenen politischen Parteien, allen voran der nationalistische PPA-MTLD, durchliefen. Sie entwickelten sich zu hierarchisierten und teilweise professionalisierten Apparaten, die bereit und in der Lage waren, Geld in Parteizeitungen zu stecken, im Bewusstsein, dass effizientes politisches Handeln ohne kommunikative Vermittlung und Propaganda nicht auskam. Die indigene Presse erfuhr auf diese Weise in den Jahren nach 1945 Prägungen, die sie bis dahin nicht gekannt hatte: Die Zeitungen wurden größer und waren immer seltener von einem individuellen Herausgeber abhängig; die Auflage und Leserzahl stiegen und mit ihr die öffentliche Resonanz und Aufmerksamkeit, die die nun massenmedialisierte Presse erzeugte; kurz gesagt: die indigene Presse stand im Begriff, sich zu professionalisieren, auch wenn weiterhin viele Journalisten weiterhin ehrenamtlich oder für geringe Aufwandsentschädigungen arbeiteten.

IV.2) Die reformistische Zeitung *La Défense*: Eine indigene Musterzeitung unter Beobachtung und am Rande des finanziellen Kollapses

Als Beispiel für eine den Reformisten nahe stehende Zeitung soll im Folgenden die von Lamine Lamoudi herausgegebene Publikation *La Défense* in Bezug auf ihre Struktur, Mitarbeiter und politische Orientierung vorgestellt werden. Es handelte sich um eine wöchentlich erscheinende Publikation, was der typischen Periodizität der indigenen Presse entsprach. Die politische Nähe der Zeitung zur *Association des Oulémas* war augenfällig: Zwar hießen deren offizielle Organe *As Sihab* und *El Bassair*, doch hatte der Herausgeber von *La Défense*, Lamine Lamoudi, das Amt des Generalsekretärs der Vereinigung inne und nutzte das Forum der Zeitung, um reformistischen Forderungen Ausdruck zu verleihen.

⁴⁴² Siehe das Bekenntnis Aboulhaks in *La Défense* vom 18.5.1934: „N'avons-nous pas fait choix de la langue française, justement pour que nos écrits soient pesés, jugés et compris par ceux-là même auxquels nous nous adressons? [...] Nos journaux sont lus par l'élite musulmane et par les Européens. Nous les libellons en français, à seule fin de permettre aux Français d'Algérie et de France de se rendre compte de la véritable situation qui nous est faite et des inqualifiables brimades dont nous sommes l'objet.“

⁴⁴³ Siehe Sivan, *Communisme*, S. 162-165.

La Défense war für indigene Verhältnisse ungewöhnlich stabil und langlebig in seiner Existenz, was nicht zuletzt zur Auswahl der Zeitung als exemplarisches Untersuchungsobjekt beigetragen hat. So erschien die Publikation von 1934 an quasi ununterbrochen über fünf Jahre, was gesicherte Aussagen über das Profil, die Struktur und die Inhalte zulässt. *La Défense* war außerdem ein gutes Beispiel für den Zwiespalt, in dem sich die indigene Presse befand: Einerseits war sie um Eigenständigkeit und Abgrenzung von der europäisch-französischen Öffentlichkeit Algeriens, von der sie sich zurückgewiesen fühlte, bemüht. Andererseits war es gerade die Randständigkeit indigener Publizistik, die Ignoranz seitens der Europäer, die die Muslime so erzürnte und in ihrem Ehrgefühl verletzte: Die europäisch-französische Öffentlichkeit Algeriens war der Fixpunkt, an dem sich die muslimische Publizistik abarbeitete.

La Défense gehörte zu den modernsten Publikationen der indigenen Presse. Nicht nur war das graphische und ästhetische Erscheinungsbild anspruchsvoller gestaltet als das der Konkurrenz; auch bewegte sich der sprachliche Ausdruck auf hohem Niveau. Hinzu kam die breite Themenstreuung: So nahmen die Redakteure Stellung zu den indigenen politischen Belangen, zu Kultur, zur Frauenfrage oder kündigten Lokalveranstaltungen an. Insgesamt orientierte sich die Zeitung an europäischen Publikationen und versuchte, deren Standards zu übernehmen. Auch wenn dies letztlich scheiterte – das Blatt musste 1939 aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten sein Erscheinen einstellen –, so bleibt festzuhalten, dass *La Défense* in den fünf Jahren seiner Existenz publizistische Maßstäbe für die indigene Presse setzte, an denen sich ernsthafte Publikationen in Zukunft zu messen hatten.

Lamine Lamoudi war anders als viele Reformisten, die oft nur Arabisch sprachen, mit westlichem Denken vertraut und modernen Kommunikationsstrategien gegenüber aufgeschlossen.⁴⁴⁴ In El Oued, 300 Kilometer südöstlich von Algier, 1891 geboren, besuchte Lamoudi in der nächst größeren Stadt Biskra Koran- und Grundschule für die indigene Bevölkerung (*Ecole indigène*). Trotz guter schriftlicher und mündlicher Fähigkeiten im Arabischen und Französischen und guter Noten an der weiterführenden Schule zunächst in Biskra, später in Constantine, erhielt er kein Stipendium für eine *Médersa* (Koranschule) in Algier. Deshalb musste er seinen Wunsch, Richter zu werden, aufgeben und sich mit einer Ausbildung zum *Oukil judiciaire*, also einem Anwalt an muslimischen Gerichten, begnügen. Parallel zu seiner Anwaltsausbildung knüpfte er enge Kontakte zu den muslimischen Gelehrtenmilieus in Biskra.⁴⁴⁵ Hier kam er mit der reformistischen Bewegung in Kontakt, mittels Vertretern wie Scheich El Okbi und Muhamad Al Aid, mit denen gemeinsam er

⁴⁴⁴ Zur Biographie siehe auch Merad, *Réformisme*, S. 110f.

⁴⁴⁵ Kaddache, *Nationalisme*, S. 103.

journalistisch in der Zeitung *Sada Al Sahara* debütierte.⁴⁴⁶ Über El Okbi und Al Aid schließlich traf Lamoudi Abdelhamid Ben Badis, der 1925 die Zeitung *El Mountakid* in Constantine als Sprachrohr des Reformismus gegründet hatte. Lamoudis Talent erkennend setzte Ben Badis ihn hier als Journalist ein, bevor die Zeitung 1925 verboten und durch *As Sihab* ersetzt wurde. Als Ben Badis die von ihm gegründete Denkströmung 1931 in Form der *Association des Oulémas* institutionalisierte, vertraute er Lamoudi das einflussreiche Amt des Generalsekretärs an. 1932 ging Lamoudi nach Algier, übte hier seinen Beruf als *Oukil judiciaire* aus und wurde sogar Vorsitzender der *Association des Oukils judiciaires algériens*.⁴⁴⁷ Durch die Akkumulierung mehrerer exponierter Funktionen und Ämter rückte Lamoudi nun zunehmend in den Fokus der Behörden: Diese fürchteten, dass die *Oukils judiciaires* flächendeckend unter den Einfluss des Reformismus geraten könnten. Deshalb erkannten sie Lamoudis Wahl zum Vorsitzenden nicht an und belegten ihn sogar mit einem zweimonatigen Berufsverbot.⁴⁴⁸ Hier zeigt sich, dass Journalismus zwar in der Regel für die Muslime ein Nebenberuf blieb, jedoch bisweilen Auswirkungen auf die Haupttätigkeit hatte. Die Behörden übten Druck auf die Betroffenen aus, ihre publizistischen Tätigkeiten einzustellen und sich auf ihre eigentliche Arbeit zu konzentrieren. Mit prominenten Journalisten wie Lamoudi ging man vorsichtiger um: Für das Einstellen seiner Journalistentätigkeit stellte ihm die Administration nicht nur die reibungslose Rückkehr in den Anwaltsberuf, sondern eine zusätzliche Betätigung in einer Algierer *Médersa* in Aussicht.⁴⁴⁹ In anderen Fällen, wie dem von Mohamed Sahli Chérif, war die Administration sogar bereit, die Betroffenen bei vorhandener Qualifikation in den Staatsdienst zu übernehmen, um sie von ihren journalistischen Umtrieben abzubringen.⁴⁵⁰ Als sich Lamoudi aber den Behörden gegenüber völlig unkooperativ zeigte, fingen diese an, dessen Klienten einzuschüchtern und ihnen die Wahl eines anderen Anwaltes nahe zu legen.⁴⁵¹ Unter diesen Bedingungen blieben ihm nur zwei Möglichkeiten: Entweder er gab den Journalistenberuf mitsamt seinen politischen Stellungnahmen auf oder aber seine Tätigkeit als Anwalt, für die er eine offizielle Genehmigung benötigte. Lamoudi entschied sich für Letzteres und widmete sich vollständig dem Journalismus.⁴⁵² Insofern stellte er eher eine Ausnahme dar, da Journalismus als Hauptberuf bei Muslimen nur äußerst selten vorkam.

⁴⁴⁶ Kaddache, *Nationalisme*, S. 204.

⁴⁴⁷ CAOM 15H/20: Dossiers de presse. Darunter La Défense, 1932-1945.

⁴⁴⁸ Ebd.

⁴⁴⁹ Ebd.

⁴⁵⁰ Siehe CAOM 81F/779: Surveillance de l'activité de propagande du PPA et des journaux La Voix algérienne et La Nation algérienne, 1946-1956.

⁴⁵¹ CAOM 15H/20: Dossiers de presse. Darunter La Défense, 1932-1945.

⁴⁵² Ebd.

Von seiner Anwaltstätigkeit entbunden investierte Lamoudi – neben seiner Funktion als Generalsekretär der *Oulémas* – seine Energie nun vollends in seine Publikationstätigkeit und gründete 1934 *La Défense*. Die Zeitung war nicht nur Ausdruck seiner publizistischen Ambitionen und politischen Überzeugungen, sondern belegte nicht zuletzt eine gewisse Absetzung von der *Oulémas*-Bewegung. Zwar blieb er weiterhin Generalsekretär, doch hatten sich die personellen und politischen Konflikte innerhalb der *Association* verschärft. Lamoudi betrachtete vor allem die Publikation der Bewegung, *As Sihab*, als zunehmend veraltet und unzeitgemäß. Ihm schwebte eine französischsprachige, modern gestaltete und auf die Bedürfnisse und Erwartungen der potenziellen Rezipienten ausgerichtete Zeitung vor, die er in Form von *La Défense* schließlich realisierte.⁴⁵³

Der 1934 bereits schwelende Konflikt mit einigen Mitgliedern der *Oulémas* führte 1936 zum Rücktritt Lamoudis als Generalsekretär. Ein entscheidender Streitpunkt war die Ausrichtung der Bewegung: Während Lamoudi für eine offen politische Haltung der *Association* und allen daraus folgenden Konsequenzen eintrat, inklusive der Repression seitens des Staates, verfocht besonders der Konkurrent Lamoudis, Scheich El Okbi, eine apolitische Einstellung und eine Konzentration aller Kräfte auf den Ausbau des religiösen Schul- und Unterrichtswesens, das die *Oulémas* autonom betrieben.⁴⁵⁴ Lamoudi ging in seinem Abschiedsbrief allerdings so weit, El Okbi der Sabotage des reformistischen Wirkens zu bezichtigen und behauptete, er mache mit dem *Directeur des Affaires Indigènes*, Joseph Milliot, gemeinsame Sache.⁴⁵⁵ Dies verscherzte ihm viele Sympathien bei den *Oulémas*, auch unter denjenigen, die El Okbis Standpunkt nicht teilten.

Trotz der Konflikte, die Lamoudi mit Mitgliedern der *Associations des Oulémas* austrug, waren seine reformistischen Überzeugungen unverkennbar. So schrieb er in *La Défense*: „(La grande majorité des intellectuels) se bornent à demander l’élargissement du cadre de nos libertés, l’octroi de droits politiques et de sérieuses réformes nous permettant de vivre dignement et honorablement et d’évoluer „dans le cadre de notre statut, de nos traditions, de notre civilisation“.“⁴⁵⁶ Lamoudi trat in *La Défense* als erbitterter Gegner einer Assimilierung der algerischen Muslime auf und wandte sich im Besonderen gegen die so genannten „sphères

⁴⁵³ Siehe die persönliche Stellungnahme Lamoudis in ebd.

⁴⁵⁴ Ahmed Sarri, *L’Association des Ulama Musulmans algériens et l’Administration française en Algérie de 1931 à 1956*, Marseille 1990.

⁴⁵⁵ CAOM 15H/20: Dossiers de presse. Darunter *La Défense*, 1932-1945. Der Karton 20 der Série 15H beinhaltet eine lange Stellungnahme Lamoudis zu seiner Tätigkeit als Generalsekretär der *Oulémas*, zu seinem Rücktritt von dieser Funktion und zu seiner Entscheidung, *La Défense* zu gründen. Ein Abgleich mit Polizeiquellen macht es möglich, die Aussagen als weitestgehend wahrheitsgemäß zu bestimmen.

⁴⁵⁶ *La Défense*, 26.1.1934.

de contact“, wo integrationswillige Muslime für eine Assimilierung warben.⁴⁵⁷ Der Journalist lehnte die vollständige Angleichung der Lebensformen der Muslime an die der Europäer ab, welche seiner Auffassung nach dem identitären Empfinden und dem Selbstverständnis der Muslime widersprachen. Lamoudi betonte die „Distinktion“ von den „Européens“ und war bemüht, den Prozess der muslimischen Identitätsbildung vom Gebot der Assimilierung abzugrenzen. An der politischen Abhängigkeit der algerischen Muslime von Frankreich allerdings rüttelte Lamoudi nicht: Es ging ihm zuvorderst um kulturelle und religiöse Eigenständigkeit und eine positive Identifikation der Muslime mit sich selbst.

Lamoudi war aber nicht nur politischer Journalist, sondern – ganz in der Tradition der *Oulémas* stehend – in seinem Schreiben immer auch Pädagoge und Moralist. Der Reformismus war nicht nur latent politisch, sondern zuvorderst ein Projekt der moralischen und geistigen Erneuerung der muslimischen Gesellschaft in Algerien: Die Herausbildung einer muslimischen Identität, die Verbreitung des Hocharabischen in Wort und Schrift, die „Reinigung“ des Islam von „Aberglauben“ und heterodoxem Ritus standen im Vordergrund reformistischer Praxis. Lamoudis Schreiben wies dementsprechend häufig Merkmale des Predigens und des moralischen Appells auf. So äußerte sich der Journalist im Leitartikel der Erstausgabe von *La Défense* wie folgt: „Beaucoup des nôtres... se rendent compte de la nécessité... de travailler avec méthode et persévérance au relèvement de notre pitoyable condition et à l'amélioration de notre misérable sort.“⁴⁵⁸ Der Artikel enthält moralisierendes Vokabular und misst das Verhalten der französischen Administration und der muslimischen *Evolués*, in ihrer Mehrheit *Jeunes-Algériens*, an hohen Moralstandards: Ausdrücke wie „injustices criantes“ und „traitement scandaleux“ dokumentieren Lamoudis Maßstäbe.

Aus Sicht der Administration waren die Reformisten „geistige Brandstifter“, die das Fundament der Kolonialherrschaft aushöhlten und der westlichen Lebensform das Konkurrenzmodell des erneuerten Islam gegenüber stellten und bewarben. Der Vorwurf des „Nationalismus“ zeigt, wie undifferenziert die Behörden die indigene Publizistik bewerteten. Sicherlich wies Lamoudis Blatt latent nationalistische Merkmale auf: So barg die Forderung nach Religions- und Unterrichtsfreiheit insoweit politischen Sprengstoff, als die Franzosen im Falle des Nachgebens wichtige Instrumente der Beeinflussung und Indoktrinierung der muslimischen Jugend aus der Hand gaben. Doch stellte Lamoudi die politische Souveränität Frankreichs über Algerien nicht in Frage, sondern betonte vielmehr 1935: „L'Algérie est une province française... La souveraineté française ne saurait être discutée.“⁴⁵⁹ Lamoudi war ein

⁴⁵⁷ Siehe *La Défense*, 12.3.1937. Zum Begriff „sphères de contact“, siehe Rey-Goldzeiguer, *Origines*, S. 78ff.

⁴⁵⁸ *La Défense*, 26.1.1934.

⁴⁵⁹ Ebd., 1.3.1935.

ausdauernder Kämpfer für die Rechte der algerischen Muslime und griff in diesem Zusammenhang die Kolonialherren mit der gleichen Rhetorik an, mit der sie ihn attackierten: Mit den Vorwürfen konfrontiert, „subversive Nationalisten“ zu sein, sezierten er und seine Mitarbeiter die beständigen Verletzungen indigener Rechte: Unterdrückung der Pressefreiheit, polizeiliche Übergriffe, die Zementierung „feudaler“ wirtschaftlicher Verhältnisse.⁴⁶⁰

Obwohl Lamoudi in *La Défense* keine explizit nationalistischen Standpunkte verbreitete, wurde das Blatt von den Behörden als Teil der aufkommenden nationalistischen Bewegung begriffen. 1927 hatte sich in der Metropole mit der *Etoile Nord-Africaine* (ENA) erstmals eine Bewegung unter der Führung Messali Hadjs formiert, die offen die Unabhängigkeit eines muslimischen Algerien einforderte.⁴⁶¹ Die Administration sah einen direkten Kausalzusammenhang zwischen reformistischer Bewegung und dem aufkommenden indigenen Nationalismus für gegeben, obwohl zwischen beiden Strömungen keine institutionellen Verbindungen bestanden, sondern sie sich ab 1936 sogar feindlich gesinnt waren.⁴⁶² Reformisten und Nationalisten wurden in einen Topf geworfen und beide gleichermaßen als Bedrohung für die französische Souveränität über Algerien wahrgenommen.

Lamoudi bemühte sich in *La Défense* um die Vermittlung reformistischen Denkens: Er wandte sich propagandistisch an die an französischen Schulen ausgebildete Elite junger Muslime, um sie für die „cause réformiste“ zu gewinnen. Anders als viele Reformisten, die im Mittleren Osten eine traditionelle Ausbildung erhalten hatten und nicht mit moderner Pädagogik und interaktiver Wissensweitergabe vertraut waren, allen voran Scheich El Okbi, hatte Lamoudi erkannt, welche Bedeutung der Außendarstellung zukam: Ihm war klar, dass mit auf Arabisch geführten doktrinären Spezialdebatten um die reine Lehre kein Zuspruch unter der jungen muslimischen Elite zu gewinnen war. Auch war sich Lamoudi der Beeinflussungsmöglichkeiten bewusst, die Medien innewohnten: Anders als viele indigene Publikationsprojekte der 1920er und 1930er Jahre bereitete er die Gründung von *La Défense* gründlich vor und stellte ein quasi-professionelles Team aus Redakteuren und Korrespondenten zusammen, das auf relativ hohem Niveau berichtete. Dem Historiker Ali Merad zufolge gehörte Lamoudi zur „aile marchante du mouvement réformiste“.⁴⁶³ Gemeint

⁴⁶⁰ Siehe beispielhaft Aboulhaks Artikel in *La Défense*, 16.2.1934, „La fièvre monte“ zur wirtschaftlichen Lage, desselben Autors vom 23.2.1934 zur Pressefreiheit, „La presse arabe“, sowie Lamoudis Artikel „Nous sommes mal gouvernés“ zur Unfähigkeit der europäischen politischen Eliten, in der Ausgabe vom 9.3.1934.

⁴⁶¹ Siehe *L'Étoile nord-africaine et le mouvement national algérien: actes du colloque du 27 février au 1er mars 1987*, Paris 1988.

⁴⁶² Siehe dazu Kapitel V.1.1.2.

⁴⁶³ Merad, *Réformisme*, S. 110.

war damit, dass er sich weniger als Doktrinär und Traditionalist der Bewegung hervortat, sondern pragmatisch bemüht war, erfolgreich propagandistisch zu wirken und die Anhängerschaft des Reformismus effizient zu vergrößern. Religion war für Lamoudi hier eher Mittel zum Zweck der Mobilisierung.

Lamoudi zählte auf ein kleines, aber fähiges Team aus Redakteuren, das immer wieder um Gelegenheitsmitarbeiter und Lokalkorrespondenten erweitert wurde. Er selbst schrieb meist mindestens einen Leitartikel pro Ausgabe, manchmal auch mehr. Jedenfalls gab er die ideologischen Leitlinien der Zeitung vor. Seine Mitarbeiter können grob in drei Kategorien eingeteilt werden: städtische *Evolués*, die ihm in Algier direkt zur Seite standen; indigenophile Mitarbeiter, die sich als Europäer für die „cause indigène“ publizistisch einsetzten; schließlich Lokalkorrespondenten, die dann berichteten, wenn in ihrer Region etwas Relevantes passierte.

Zur erstgenannten Kategorie gehörte Aboulhak alias Mohamed Benhoura, der das Amt des Richters an muslimischen Gerichten ausübte⁴⁶⁴ und Lamoudi im Zusammenhang mit seiner Anwaltstätigkeit kennen gelernt hatte. Aboulhak stammte aus einer Familie, in der mehrere Mitglieder für die „Magistrature musulmane“ in Algerien arbeiteten und den Kolonialbehörden wertvolle Dienste leisteten. Einige hatten sogar die Ehrenlegion verliehen bekommen.⁴⁶⁵ Auch Aboulhak hatte sich zunächst in seiner Funktion als Richter loyal gezeigt und war 1914 den *troupes auxiliaires indigènes* der französischen Armee freiwillig beigetreten.⁴⁶⁶ Doch fiel er bereits nach dem Ersten Weltkrieg als Autor subversiver Schriften auf und vollzog in den 1930er Jahren endgültig die Wandlung zum Reformisten. U. a. brachte er sein publizistisches Talent bei den Zeitungen *L'Ikdam*, *La Défense*, *La Justice* und später auch bei *Alger-Républicain* mit ein.⁴⁶⁷ Aboulhak stand Lamoudi bei der Gründung von *La Défense* eng zur Seite. Er war im ersten Jahr dessen wichtigster Mitarbeiter und in der ideologischen Argumentation am nächsten an Lamoudi dran. Außerdem verfasste er in dieser Zeit die zweitmeisten Artikel. Allerdings trennten sich die Wege der beiden nach wenigen Monaten: Vordergründig war es ein Streit um Geld und um die prekäre Finanzlage von *La Défense*, der zum Bruch zwischen beiden führte.⁴⁶⁸ Vermutlich lag der Konflikt jedoch tiefer und drehte sich um ihre Rivalität sowie Fragen des persönlichen Prestiges, denn zweifellos waren beide ambitionierte und selbstzentrierte Journalisten. Jedenfalls gründete Aboulhak das

⁴⁶⁴ CAOM 15H/20: Dossiers de presse. Darunter *La Défense*, 1932-1945.

⁴⁶⁵ Ebd.

⁴⁶⁶ Ebd.

⁴⁶⁷ Zu *La Justice*, siehe CAOM 9H/46: Cercles musulmans, associations, congrès politiques musulmans; für *La Défense* CAOM 15H/20: Dossiers de presse. Darunter *La Défense*, 1932-1945; für *Alger-Républicain* CAOM 9H/31: Surveillance politique des Indigènes 1936-1945. Département de Constantine.

⁴⁶⁸ Siehe Polizeibericht CAOM 15H/20: Dossiers de presse. Darunter *La Défense*, 1932-1945.

Konkurrenzblatt *La Justice* und kodierte *La Défense* in Stil und Layout.⁴⁶⁹ Das Verhältnis der beiden Weggefährten wurde dadurch endgültig zerrüttet, was noch Jahre später Niederschlag in Polemiken bis hin zu persönlicher Beleidigung in beiden Publikationen fand.⁴⁷⁰ Ferhat Abbas war ein weiteres Beispiel für die städtischen *Evolués* bei *La Défense* und verfasste 1936/1937 zahlreiche Artikel.

Die zweite Kategorie bildeten indigenophile europäischstämmige Journalisten. An erster Stelle stand Henri Bernier, der Aboulhak Ende 1934 als rechte Hand Lamoudis ersetzte. Er setzte nun gemeinsam mit dem Chefredakteur die Akzente und prägte die Ausrichtung des Blattes nachhaltig. Aus dem europäischen Kleinbürgertum Algiers stammend stand er schon früh dem Kolonialismus ablehnend gegenüber und brachte seine antikolonialistischen Überzeugungen publizistisch bei *La Défense* ein.⁴⁷¹ Die Trauer und Bestürzung in der Redaktion und Leserschaft nach seinem Tod im Juli 1937 zeugen von der Tiefe und Außergewöhnlichkeit seines Engagements. Bernier hinterließ eine Lücke, die Lamoudi nicht recht zu schließen verstand. Diesem fehlte es jetzt an einer prägnanten und ausdrucksstarken rechten Hand, so dass das Blatt ab 1937 deutlich an Dynamik und intellektueller Tiefenschärfe einbüßte. Ein weiterer Europäer, der für *La Défense* schrieb, war Victor Spielmann. Als Sohn eines elsässischen Siedlers geboren rebellierte er nach dem Ruin seines Vaters gegen die sozialen Ungerechtigkeiten in Algerien und kam so in Berührung mit dem Elend der indigenen Bevölkerung. Ähnlich wie viele muslimische Journalisten verdiente er sein Geld als Handelsvertreter und war nur nebenberuflich publizistisch tätig.⁴⁷² Aufgrund seiner ausgesprochenen Sensibilität für Ungleichheit sympathisierte er mit der kommunistischen Partei und schrieb für zahlreiche europäische und indigene Blätter, darunter *La Lutte Sociale*. Bei *La Défense* fungierte er quasi als das „soziale Gewissen“ und schrieb viele Artikel über die materielle Verwahrlosung der indigenen Bevölkerung. Schließlich muss in der Kategorie der Indigenophilen noch Pierre Juglaret alias Mohamed Chérif genannt werden. Juglaret stellte insoweit einen Sonderfall dar, als er zwar europäischstämmig war, jedoch nach seiner Übersiedlung nach Algerien seine Identität abstreifte, zum Islam konvertierte und einen muslimischen Namen annahm. Er stieß in den 1920er Jahren zum Journalismus und half zahlreichen Organen der indigenen Presse nicht nur mit seinem

⁴⁶⁹ Zu *La Justice* siehe Collot, Régime juridique, S. 364.

⁴⁷⁰ Siehe beispielhaft die Ausgabe von *La Défense* vom 27.8.1937, in dem sich Lamoudi über die „Gemeinheit“ und „Schändlichkeit“ Benhouras ereiferte.

⁴⁷¹ Siehe Nachruf auf Bernier in *La Défense*, 9.7.1937.

⁴⁷² Zur Biographie siehe Gilbert Meynier; Ahmed Koulakssis; Pierre Montois; Jean-Louis Planche, Victor Spielmann (1866-1938), un Européen d’Algérie révolté contre l’injustice coloniale, in: *Parcours*, Nr. 12, Mai 1990, S. 89-98. Allgemein zum Aspekt der nebenberuflichen Tätigkeit vieler indigener Journalisten siehe Kapitel IV.1.

publizistischen Können, sondern auch mit seiner französischen Staatsbürgerschaft. Mehrere Zeitungen setzten ihn offiziell als Verwalter ein, und nutzten das Pressegesetz von 1881, welches Publikationen mit französischem Verwalter die volle Publikationsfreiheit zugestand.⁴⁷³ Für *La Défense* schrieb er von Zeit zu Zeit Artikel und stand Lamoudis reformistischer Position sehr nahe.

Die dritte Kategorie bildeten indigene Journalisten in der Provinz, die für *La Défense* als Lokalkorrespondenten arbeiteten. Diese gingen sicherlich mit der geringsten Vorbildung ans journalistische Werk, konnten jedoch oftmals ihre Unerfahrenheit durch Engagement und Begeisterung für ihre Arbeit kompensieren. Sie dienten Lamoudi zumeist als Berichterstatter und Informationsübermittler; Lamoudi schrieb auf Grundlage ihrer Aussage dann den entsprechenden Artikel. So war Chaabane Dib Korrespondent in Collo in der Nähe von Constantine.⁴⁷⁴ Er war wie Lamoudi auch *Oukil judiciaire* und auf diese Weise mit ihm in Kontakt gekommen. Lamoudi hatte die Absicht, in ganz Algerien ein Netz an politisch und persönlich zuverlässigen Mitarbeitern und Korrespondenten aufzubauen, die ihn mit Informationen versorgen konnten. So geht aus den Quellen hervor, dass in Laghouat in den besonders sensiblen, da militärisch verwalteten *Territoires du Sud* Abdelmalek Bouchokra dafür zuständig war, während Abdallah Ben Abderrahmane diese Aufgabe in Bou-Saada übernahm.⁴⁷⁵ Möglicherweise arbeitete in Bône Hamed Largueche für die Zeitung. Über eine Bezahlung derselben ist nichts bekannt. Oftmals arbeiteten Lokalkorrespondenten bei indigenen Publikationen ehrenamtlich. Allerdings ist es gut möglich, dass Lamoudi auf seinen zahlreichen Reisen in die Provinz den Korrespondenten für ihre Informationsbeschaffung etwas zusteckte.

Relativierend muss hier hinzugefügt werden, dass nur die Biographien einiger weniger Mitarbeiter rekonstruiert werden konnten. Die Fluktuation war auch bei *La Défense* hoch, viele Mitarbeiter kamen und gingen. Da es keinen Nachlass Lamoudis oder der Zeitung gibt, mussten die Biographien puzzleartig rekonstruiert werden. Indigene Zeitungen waren klein und von Verfolgung bedroht, so dass die Redakteure und Journalisten nur einer kleinen Öffentlichkeit bekannt waren bzw. oft sogar unter Pseudonym schrieben, um aus Angst vor behördlichen Repressalien nicht enttarnt werden zu können. Das macht die Untersuchung indigener Zeitungen schwierig und lückenhaft.

⁴⁷³ Neben *La Défense* *La Justice*, *La Voix du Peuple*, *El Djahim* und *El Hayat*.

⁴⁷⁴ CAOM 15H/20: Dossiers de presse. Darunter *La Défense*, 1932-1945.

⁴⁷⁵ Ebd.

La Défense sprach naturgemäß die französischsprachige Elite der Muslime an und konnte hier eine beachtliche Leserschaft gewinnen.⁴⁷⁶ Sie hatte sich gegenüber der etablierten jungalgerischen Presse und den wenigen nationalistischen Titeln zu behaupten. Allerdings profitierte *La Défense* davon, die einzige reformistische Publikation auf Französisch zu sein. Mit dem zunehmenden politischen Einfluss, den die *Association des Oulémas* gegen Ende der 1930er Jahre erlangen konnte, stieg auch das Interesse der jungen Eliten an *La Défense*. Der Polizeibericht zu einer Informations- und Werbeveranstaltung Lamoudis 1937 in Djebel Nador nahe Mostaganem vermittelt ein gutes Bild von der Leserschaft von *La Défense*: „Les assistants au nombre de 100 à 150 avaient tous reçu des invitations individuelles et nominatives... Parmi eux se trouvaient deux instituteurs indigènes... et l'adjoint technique indigène de la santé publique de Trézel... L'auditoire était composé de commerçants kabyles de Trézel... et d'indigènes sans profession définie.“⁴⁷⁷ Mit den *Jeunes-Algériens* konkurrierte *La Défense* um die Grundschullehrer, die eine relativ große und begehrte Zielgruppe bildeten, da sie sich innerhalb der *Evolués* als Korps konstituierten und erheblichen Einfluss ausübten. Ebenso galt es, die Kleinbeamten zu gewinnen, die als Techniker, Verwalter, *Cadi* oder Übersetzer arbeiteten. Dennoch gelang es *La Défense* nie, die Auflage dauerhaft auf mehr als 3.000 Exemplare pro Woche zu steigern. Die Zeitung war, obwohl sie sich als Interessenvertreterin aller algerischen Muslime verstand, elitärer ausgerichtet als beispielsweise Publikationen der nationalistischen Bewegung Messali Hadjs, wie *Ech-Chaab*, welche sich offen und populistisch als einzige Volksbewegung Algeriens bezeichnete.⁴⁷⁸ Auch wenn *La Défense* das Elend der indigenen Bevölkerung anprangerte, so war die anvisierte Zielgruppe dennoch die alphabetisierte und politisch sensibilisierte muslimische Funktionselite.

Immer wieder geriet auch *La Défense* nicht zuletzt wegen der schwachen Auflage in finanzielle Schwierigkeiten. Zwar beinhaltete jede Ausgabe eine Seite Werbung, doch lief das Anzeigengeschäft sehr schlecht. Die meisten Einnahmen kamen daher aus dem Verkauf, vor allem der Abonnements, welche regelmäßige Einnahmen darstellten, auf die man mittelfristig zählen konnte. Den größten Ausgabenposten stellten keineswegs die Personalkosten dar: Trotz unvollständiger Informationen kann man davon ausgehen, dass selbst die engsten und produktivsten Mitarbeiter Lamoudis, wie zunächst Aboulhak und schließlich Bernier, allenfalls Aufwandsentschädigungen erhielten. In der Regel wurden vielmehr die per Verkauf erzielten Einnahmen sofort und nicht selten vollständig in die nächste Ausgabe gesteckt. In

⁴⁷⁶ Die Auflage bewegte sich zwischen zwei und 3.000, wobei die Zahl der tatsächlichen Rezipienten aufgrund der oben beschriebenen kollektiven Lesepraktiken deutlich darüber lag.

⁴⁷⁷ CAOM 15H/20: Dossiers de presse. Darunter *La Défense*, 1932-1945.

⁴⁷⁸ CAOM 9H/47: Nationalisme, Mouvements, presse, leaders, 1937-1938.

der Tat waren Papier- und Druckkosten der größte finanzielle Posten, den die Zeitung zu verkraften hatte. Da es so gut wie keine muslimischen Verlage gab, von dem des Scheich Arslan in Algier abgesehen, waren indigene Zeitungen auf kommerzielle Druckereien angewiesen, die zumeist nur bei sofortiger Barzahlung überhaupt den Druckauftrag akzeptierten. Das oft wenig vertrauensvolle Verhältnis zwischen Zeitung und Druckerei war ein wichtiger Grund, warum viele indigene Publikationen unregelmäßig erschienen. *La Défense* wurde von der Druckerei Sebaoun in Algier gedruckt und hatte anfangs auch Probleme, die jeweils nötige Summe rechtzeitig aufzubringen. So geriet die Zeitung im September 1934 wenige Monate nach ihrer Gründung in Zahlungsschwierigkeiten und musste deswegen die für den 7. September vorgesehene Ausgabe ausfallen lassen.⁴⁷⁹ Die Anweisung an den Drucker, die Zeitung nur noch zweiwöchentlich zu drucken, erwies sich jedoch als voreilig: Schon ab dem 28. September erschien *La Défense* wieder im Wochenrhythmus. In der zweiten Jahreshälfte 1939 paarten sich Finanzprobleme mit behördlicher Repression. Lamoudi und Juglaret waren wegen der Anstiftung zu „désordres contre la souveraineté française“ angeklagt und konnten ihren redaktionellen und logistischen Verpflichtungen nicht ausreichend nachkommen. Ab September 1939 erschien *La Défense* deswegen nicht mehr. Zwar handelte Verwalter Missoum Chérid bei der Druckerei El Arabia, die der Publizist Aboulyakdan betrieb⁴⁸⁰, erfolgreich einen Sonderpreis für die nächste Ausgabe heraus: Dieser lag bei 1.000 F für eine Auflage von 3.000 Exemplaren.⁴⁸¹ Doch hing das Schicksal der Zeitung nun von der Unterstützung von finanziell potenten Sympathisanten ab. Chérid wandte sich im Februar 1940 an Abbas Turki, einen wohlhabenden Händler, der im Vorstand des reformistischen *Cercle du Progrès* gesessen hatte, und bat ihn um finanzielle Unterstützung. Turki machte zur unannehmbaren Bedingung, dass Chérid ersetzt und das Niveau der Redaktion deutlich erhöht werden müsste. Damit war das Schicksal von *La Défense* besiegelt, womit die Publikation nicht allein stand: Die Verschärfung der Pressegesetzgebung verurteilte fast die gesamte indigene Presse zum Schweigen.

An dieser Stelle muss schließlich bezüglich der Finanzierungspraxis indigener Zeitungen noch auf eine Besonderheit hingewiesen werden: Die Ressourcenknappheit und die oft begrenzte Bekanntheit einzelner Publikationen zwang die Herausgeber und Verwalter dazu, regelmäßig auf Reisen zu gehen. Ziel hierbei war es einerseits, die jährliche Abonnementgebühr bei den Abonnenten auch tatsächlich einzufordern; viele von ihnen ließen sich mit der Entrichtung dieser Gebühr in einer Weise Zeit, die die Zeitungen immer wieder

⁴⁷⁹ CAOM 15H/20: Dossiers de presse. Darunter *La Défense*, 1932-1945.

⁴⁸⁰ CAOM 15H/23: Dossiers de presse, u. a. El Ouma (Alger et Paris), Es Souna, 1932-1945.

⁴⁸¹ CAOM 4I/179+180: Presse, journaux en langue française, dossiers de surveillance, 1936-1956.

an den Rand des finanziellen Abgrunds brachte.⁴⁸² Andererseits ging es darum, potenzielle Zielgruppen durch Informations- und Werbeveranstaltungen auf die Zeitung aufmerksam zu machen und an sich zu binden; nicht selten konnten die Herausgeber auf solchen Reisen eine ganze Reihe von Abonnements abschließen. Lamoudi entwickelte in dieser Beziehung großen Eifer: Zahllos sind die Polizeiberichte über seine Reisen kreuz und quer durch Algerien.⁴⁸³ Lamoudi stützte sich hierbei auf ein großes Netzwerk an Bekannten und politischen Freunden. Zentral waren hierbei die so genannten *Cercles culturels*, die sich im Zuge der Ausbreitung des Reformismus in Algerien überall gebildet hatten. In ihnen kamen in der Regel an der *Nahda*, also der islamischen Wiedererweckung, interessierte Intellektuelle zusammen, die dann in diesem Rahmen Unterricht der arabischen Sprache, religiöse Lesungen und Koranunterricht anboten. Lamoudi knüpfte Kontakt zu vielen Betreibern dieser *Cercles*: In Sidi Bel Abbès empfing ihn im April 1934 der *Cercle Nadi en Hadjar*, in Philippeville wenig später der *Cercle Nadi El Mouakhat*, in Bou Saada die *Société El Hidaya*, um nur einige Beispiele zu nennen.⁴⁸⁴ Diese wirkten im Sinne Lamoudis als Multiplikatoren und konnten ihm im Rahmen einer Lesung oder Informationsveranstaltung einen größeren Interessentenkreis zuführen. Auch dem *Dépositaire*, also der Person, die *La Défense* vor Ort vertrieb, stattete Lamoudi zumeist einen Besuch ab.⁴⁸⁵ Entscheidend für *La Défense* waren hier die institutionalisierten Anlaufstellen, wie die *Cercles* oder die *Médersas*, deren Gemeinde bzw. Rezipientenkreis sich reformistischen Ideen gegenüber in der Regel aufgeschlossen zeigte. Zwar blieben der Bekanntheitsgrad und die Auflage der Publikation – und der indigenen Presse im Allgemeinen – meilenweit von den Werten der europäischen Presse entfernt. Doch konnte Lamoudi auf diese Weise eine zahlenmäßig kleine und über Algerien verstreute Hauptzielgruppe immer wieder direkt ansprechen und als Sympathisanten oder sogar Leser gewinnen. Der Journalist nutzte darüber hinaus die Reisen zur Beschaffung von Informationen über abgelegene Gebiete, in denen oft kein Korrespondent zur Verfügung stand, und verbreitete reformistisches Gedankengut in Städten der algerischen Provinz.

⁴⁸² Siehe beispielhaft den Appell der Redaktion in der Ausgabe vom 1.1.1937. Darin hieß es unter anderem: „Dans certains centres, malheureusement, beaucoup d’abonnés ont failli à leur devoir et peuvent être considérés comme responsables... des difficultés avec lesquelles nous nous sommes trouvés aux prises à la fin de l’année. Sous peu, notre Directeur commencera sa tournée... Nous prions tous nos amis de déployer le maximum d’activités pour le mettre à même d’abrégier son séjour dans les localités où il va se rendre.“

⁴⁸³ Der Karton CAOM 15H/20: Dossiers de presse. Darunter *La Défense*, 1932-1945 ist voll von solchen Berichten.

⁴⁸⁴ Ebd.

⁴⁸⁵ Ebd.

Der hier genannte Aspekt verweist nicht zuletzt auch auf die Strukturen der *Sociabilité*, in die die Journalisten von *La Défense* eingebunden waren.⁴⁸⁶ Lamoudi nutzte die erwähnten *Cercles* nicht nur als Multiplikatoren für seine Überzeugungen und zur Werbung neuer Leser, sondern knüpfte auch ein Netzwerk, das politische Bedeutung hatte. *La Défense* betrieb nicht von ungefähr politischen Journalismus, der reformistische Ideen verfocht, verbreitete und realisiert sehen wollte. Lamoudi war bis 1936 Generalsekretär der *Association des Oulémas* und in dieser einflussreichen Funktion bemüht, seine Machtstellung innerhalb der Bewegung durch Gewinnung einer treuen Anhängerschaft zu stärken. Er selbst spielte eine tragende Rolle im bekanntesten und einflussreichsten *Cercle* Algers, dem *Cercle du Progrès* in Algier, den Scheich El Okbi seit 1927 leitete. Er reiste nicht nur – wie oben gesehen – zu *Cercles* in der Provinz, sondern verkehrte neben Algier auch in den entsprechenden Strukturen in Constantine und Tlemcen, wo der führende Reformist Scheich Bachir El Brahimi im *Cercle Nadi Essada* das Sagen hatte.⁴⁸⁷ So verquickte sich die politisch unabdingbare *Sociabilité* mit der Publizistik: Die *Cercles* spielten eine wichtige Rolle im Kampf um die Deutungs- und Diskurshoheit, der innerhalb der reformistischen Bewegung im Gange war. Lamoudi konkurrierte mit zahlreichen *Oulémas*-Blättern, wie *El Bassair* und *As Sihab*; je stärker seine Position in den einflussreichen *Cercles* war, desto besser waren die Aussichten, politisch innerhalb der Bewegung und publizistisch mit *La Défense* erfolgreich zu sein.

IV.3) Alger-Républicain: Der Versuch der Verschmelzung von indigenem und europäischem Journalismus

Die Tageszeitung *Alger-Républicain* war ursprünglich von Sozialisten gegründet worden, näherte sich nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch immer stärker dem Kommunismus an und wurde schließlich faktisch von der KPA übernommen, wenn auch nicht als offizielles Parteiorgan. Dieser Umstand macht eine Dreiteilung der folgenden Darstellung sinnvoll: zunächst die sozialistische Vorkriegszeit von 1938 bis zur Schließung 1940, dann die Übergangszeit nach dem Ende der Kampfhandlungen in Algerien vom Wiedererscheinen 1943 bis 1947 und schließlich die Jahre 1947 bis 1954, in denen die Publikation einem strikt kommunistischen Kurs folgte. Nur so kann das Blatt richtig eingeordnet werden: Das *Alger-Républicain* der Zwischenkriegszeit hatte mit dem *Alger-Républicain* der 1950er Jahre kaum

⁴⁸⁶ Zur Geselligkeit innerhalb des indigenen Milieus siehe beispielhaft Omar Carlier, *Medina and modernity. The emergence of Muslim civil society in Algiers between the two world wars*, in: Zeynep Celik; Julia Clancy-Smith (u.a. Hgg.), *Medina and modernity. The emergence of muslim civil society in Algiers between the two world wars*, Washington 2008, S. 62-84.

⁴⁸⁷ CAOM 15H/20: Dossiers de presse. Darunter *La Défense*, 1932-1945.

etwas gemein. Die politische Orientierung prägte nicht nur den Diskurs der Zeitungen nachhaltig, sondern hatte unmittelbare Auswirkungen auf Beschaffenheit und Soziologie des betriebenen Journalismus.

IV.3.1) Gründung und Anfangsjahre 1938-1940: Sozialistische Ausrichtung und das Projekt der Zusammenführung von Europäern und Muslimen

Die Publikation war zunächst einmal Teil der europäischen Presse Algeriens und erschien erstmals am 6. Oktober 1938. Der entscheidende Impuls für die Gründung der Zeitung kam aus dem Umfeld der Sozialistischen Partei (SFIO), die nach dem Sieg des *Front Populaire* 1936 die Möglichkeiten für eine Publikation im Raum Algier sondierte.⁴⁸⁸ Vorbild war hier die oppositionelle und kolonialkritische Tageszeitung *Oran-Républicain*, welche sozialistische und radikal-sozialistische Parteiaktivisten 1935 mit Erfolg gegründet hatten.⁴⁸⁹ Diese leisteten echte Pionierarbeit, da die Dominanz rechtskonservativer Blätter in der europäisch-französischen Öffentlichkeit ungebrochen war und eine funktionierende Oppositionspresse bis dahin quasi nicht existiert hatte. Der Chefredakteur von *Oran-Républicain*, Pierre Laffont, sah in der Gründung eines Algierer Pendants eine zwingende Notwendigkeit: *Oran-Républicain* war Teil der Provinzpresse und konnte sich in der Hauptstadt nur eingeschränkt Gehör verschaffen. Wollte man größeren Einfluss auf die öffentliche Meinung erlangen, so war ein publizistisches Projekt in Algier unabdingbar. Ihren Überzeugungen folgend standen Laffont und sozialistische Aktivisten wie Paul Schmitt und Edmond Auza bei der Gründung *Alger-Républicains* Pate und hoben die Publikation auf Grundlage ihres journalistischen und logistischen Know-Hows aus der Taufe. Beispielsweise war es entscheidend, den Zugang zur Mangelware Papier sowie zu einer Druckerei von Anfang an sicherzustellen.⁴⁹⁰

Interessant ist, dass der später weltberühmt gewordene Schriftsteller Albert Camus die Zeitung in ihren Anfangsjahren gemeinsam mit seinem Kollegen Pascal Pia nachhaltig prägte und bis zur zwischenzeitlichen Schließung des Blattes 1940 zu den wichtigsten Redakteuren zählte. Wie im Teil zur Semantik später noch zu sehen sein wird⁴⁹¹, empfand Camus bereits in den 1930er Jahren tiefe Empathie mit dem Schicksal der indigenen Bevölkerung, ohne sich jedoch konsequent auf die Seite der Antikolonialisten zu stellen, auch in den 1950er Jahren nicht, als diese Alternative von anderen engagierten Intellektuellen wie Jean-Paul Sartre als

⁴⁸⁸ CAOM 10CAB/2: *Alger-Républicain*: Rapports, notes, saisies, 1949-1955.

⁴⁸⁹ Siehe Alleg, *Aventure*, S. 17.

⁴⁹⁰ CAOM 1K/41 Cabinet du Préfet.

⁴⁹¹ Siehe Kapitel VI.4.

gangbar aufgezeigt wurde.⁴⁹² Camus nahm nicht nur am Elend der indigenen Bevölkerung großen Anteil, sondern zeigte auch reges Interesse an ihrer kulturellen und religiösen Andersartigkeit. In seinen Texten formulierte er die Vision einer Verschmelzung der verschiedenen in Algerien präsenten Ethnien, betonte dabei jedoch die Bedeutung der europäischen *Latinité* und den Beitrag Frankreichs zur Entwicklung Algeriens. Insofern war er durchaus typisch für die gesellschaftlichen Vorstellungen von *Alger-Républicain*. Der Historiker Emmanuel Sivan hat Camus Ansichten wie folgt beschrieben: „La théorie de Camus (sur la fusion ethnique, P. Z.) part à la recherche d’une identité pluraliste permettant à l’Européen de devenir partie intégrante de la scène algérienne... sans renoncer à son héritage culturel.“⁴⁹³ Camus galt den Zeitgenossen als „pro-indigen“ und wurde wegen seiner Artikel zeitweise polizeilich überwacht. 1937 verließ er aus Protest gegen die Kampagne, die die Kommunisten gegen die muslimischen Nationalisten lanciert hatten, die KPA.⁴⁹⁴ Erst nach Camus’ Weigerung 1957, den Unabhängigkeitskampf des FLN öffentlich gutzuheißen, brach die französische intellektuelle Linke den Stab über ihn und warf ihm fehlende intellektuelle Konsequenz vor.⁴⁹⁵

Alger-Républicain war bemüht, sein publizistisches Projekt klar links zu positionieren und wollte dies auch symbolisch durch die eigenen Besitzverhältnisse markieren. Als Negativfolie schwebte den Gründern dabei das Beispiel der rechtskonservativen Algierer Presse vor, die sich ausnahmslos in den Händen finanzstarker Investoren befand und somit – aus Sicht *Alger-Républicains* – Spielball kommerzieller Interessen war: „La presse est complètement asservie à l’argent et a perdu toute indépendance et dignité... La majorité des journaux ne sont plus des organes faits pour défendre des idées; ce sont de grandes entreprises commerciales montées par des hommes d’affaires.“⁴⁹⁶ Das Ziel war es vielmehr, eine von den Redakteuren, Lesern und Sympathisanten getragene Aktiengesellschaft entstehen zu lassen, dank der die Unabhängigkeit der Publikation vom Gutdünken eines allmächtigen Verlagshauses gewahrt bleiben konnte.⁴⁹⁷ Zunächst hatte diese Strategie Erfolg: So verfügte die Gesellschaft im Mai 1938 bereits über 6.000 Aktionäre und konnte dank der erzielten Einnahmen im Oktober 1938 erstmals *Alger-Républicain* herausgeben.⁴⁹⁸ Doch sehr schnell stellte sich heraus, dass die Publikation chronisch defizitär war. Das Startkapital in Höhe von mehreren Millionen Francs

⁴⁹² Siehe beispielhaft Jean-François Sirinelli, *Les intellectuels dans la mêlée*, in: Jean-Pierre Rioux (u.a. Hgg.), *La guerre d’Algérie et les Français*, Paris 1990, S. 116-130.

⁴⁹³ Sivan, *Communisme*, S. 113.

⁴⁹⁴ Ebd., S. 103.

⁴⁹⁵ Sirinelli, *Intellectuels*, S. 117.

⁴⁹⁶ *Alger-Républicain*, 6.10.1938.

⁴⁹⁷ CAOM 1K/41: Cabinet du préfet.

⁴⁹⁸ CAOM 10CAB/2: *Alger-Républicain*: Rapports, notes, saisies, 1949-1955.

reichte nur zur Anschubfinanzierung: Redaktionsräume mussten bezogen, Papier gekauft und eine Druckerei gefunden werden. Die Finanzschwierigkeiten *Alger-Républicains* blieben nicht latent, sondern brachten die Zeitung immer wieder in konkrete Notlagen. So geriet sie im September und Oktober 1939 in Zahlungsschwierigkeiten, die zu einer vorübergehenden Einstellung der Gehaltszahlungen führten. Permanente Liquidität war insofern eine Notwendigkeit, als es sich bei den allermeisten Druckereien der indigenen Presse um kommerzielle Unternehmen handelte, die für jeden bevorstehenden Druckauftrag vorausgehende Barzahlung verlangten.⁴⁹⁹ Sicherlich muss bei der indigenen Presse und ihrer finanziellen Situation immer auch die politische Dimension mitgedacht werden: Geringeres Ansehen, begrenzter Vertrieb, gegebenenfalls klandestine Existenz, im Extremfall sogar Beschlagnahmungen und Geldstrafen führten in aller Regel zu finanziellen Einbußen und Verlusten, die die indigene Presse schwer belasteten.

Alger-Républicain war zwar nicht die offizielle Parteizeitung der SFIO in Algerien, hatte aber eine klar sozialistische Ausrichtung und bediente sich bereits vor dem Zweiten Weltkrieg teilweise einer kommunistischen Diktion. Im aufgeheizten politischen Klima Ende der 1930er Jahre irritierte sie der Widerstand, auf den die Reformvorhaben des *Front Populaire* vor allem auf der rechten und rechtsextremen Seite des politischen Spektrums stießen, so sehr, dass sie die *Dépêche Algérienne* und das *Journal d'Alger* 1938 als „fascistes“ bezeichnete.⁵⁰⁰ *Alger-Républicain* ließ sich in Polemiken verwickeln, die das Blatt schnell zum roten Tuch für die rechtsgerichtete Öffentlichkeit und für die Administration werden ließen. Ohnehin hatten die Sozialisten in Algerien einen schweren Stand und stießen bei der mehrheitlich traditionell und konservativ eingestellten europäischen Wählerschaft weitgehend auf Ablehnung.⁵⁰¹ Im Februar 1940 – nach der Verschärfung der Pressegesetzgebung – stellte die Zeitung vorerst ihr Erscheinen ein.

Alger-Républicain war also zunächst einmal keine indigene Zeitung im eigentlichen Sinne. Dennoch hatte die Zeitung im Gegensatz zur übrigen europäischen Presse ein zentrales Anliegen, welches sie in die unmittelbare Nähe der indigenen Presse rückte: nämlich Europäer und Muslime unter ihrem Dach zusammen zu führen, sowohl in der Redaktion, als

⁴⁹⁹ Dies war auch bei *Alger-Républicain* der Fall, siehe Alleg, *Aventure*, S. 97.

⁵⁰⁰ *Alger-Républicain*, 27./28.5.1945.

⁵⁰¹ Obwohl es ab den 1920er Jahren durchaus Zulauf für die Sozialisten und Kommunisten unter der europäischen Bevölkerung Algeriens gab. Siehe dazu Sivan, *Communisme*, S. 20f. Ebenso muss darauf hingewiesen werden, dass die Sozialisten bis zum Zweiten Weltkrieg bei der muslimischen Bevölkerung so gut wie keinen Kredit hatten. Siehe dazu Gilbert Meynier; Ahmed Koulakssis, *Sur le mouvement ouvrier et les communistes d'Algérie au lendemain de la Première Guerre mondiale*, in: *Le Mouvement Social*, Januar-März 1985, Heft 130, S. 3-32. Hierin zeichnen die Autoren außerdem ein Bild von der regionalen Bedeutsamkeit der Arbeiterbewegung Algeriens in der Zwischenkriegszeit. Während die Sozialisten in Algier und in Constantine bessere Wahlergebnisse erzielten, so stellten sie in Oran im Westen des Landes eine weitaus stärkere Gewerkschaftsbewegung auf die Bewegung, siehe Meynier; Koulakssis, *Mouvement*, S. 4f.

auch in der Leserschaft und sogar auf gesellschaftlicher Ebene. Diesbezüglich unterstützte die Zeitung ethnisch gemischte Sportvereine und organisierte politische und kulturelle Abende, die sich an beide Gemeinschaften in Algerien wandten.⁵⁰² *Alger-Républicain* war ein wichtiges Symbol für die „Monde de contact“⁵⁰³, welche Europäer und Muslime zusammen brachte, und stand für eine interethnische Verständigung, die im Algerien der 1930er Jahre noch in den Kinderschuhen steckte. Die Zeitung ist deswegen für eine Analyse im Rahmen der Themenstellung geeignet, weil in ihr europäische auf muslimische Journalisten trafen und sie gewissermaßen ein Laboratorium der Verschmelzung von europäischem und indigenem Journalismus darstellte. In letzter Konsequenz symbolisierte sie die Utopie einer Vereinheitlichung der entlang ethnischer Grenzen zerteilten Kommunikationsräume; Europäer und Muslime sollten dieser Vision zufolge mit gleichen Chancen am Diskurs partizipieren. Auch trafen hier zwei Formen des Schreibens und der Wirklichkeitswahrnehmung aufeinander, die von verschiedenen Traditionen geprägt waren und sich zunächst einmal fremd gegenüber standen. Dies lässt Rückschlüsse auf das Selbstverständnis muslimischer Journalisten zu, die sich gewissermaßen am Modell des europäischen Schreibens orientierten und abarbeiteten, gleichzeitig jedoch auch immer wieder zur Abgrenzung neigten.

Wie ernst es *Alger-Républicain* mit der „cause musulmane“ meinte, zeigen zwei Leitartikel aus der unmittelbaren Anfangszeit. Im ersten Artikel bezeichnete der Autor die Uneinigkeit der Muslime als Hauptursache für ihre andauernde Marginalisierung. Er rief alle Muslime zu einer Sammlung um *Alger-Républicain* auf, über alle ethnischen, ideologischen und religiösen Grenzen hinweg. Zu dieser Zeit war die muslimisch-nationalistische Bewegung noch marginal⁵⁰⁴, so dass der Autor wie selbstverständlich von den Muslimen einforderte, sich als „bon Républicain“ zu verhalten. *Alger-Républicain* forderte also zunächst von den Muslimen durchaus Loyalität zur Republik und zum französischen Algerien ein. Der Duktus verriet die sozialistische Orientierung der Zeitung: So betonte der Verfasser die soziale Realität der Klassengesellschaft und rief alle Europäer und Muslime dazu auf, sich gegen die Herrschaft der „colons fascistes“ zu erheben.⁵⁰⁵ Im zweiten Leitartikel definierte der muslimische Redakteur Kaddour Makkaci die Haltung *Alger-Républicains* zur „question indigène“. Gleiche Rechte und Pflichten für alle, forderte er und unterstrich damit die zunächst durchaus assimilationsfreundliche Haltung der Zeitung: „Il est donc de la plus élémentaire justice que tous les Algériens, soumis aux mêmes charges et devoirs et se réclamant tous de la même

⁵⁰² Laisne, Engagements, S. 109. Siehe auch René Gallissot, *La République et les indigènes*, Paris 2007, S. 178 und 181.

⁵⁰³ Zum Begriff siehe Rey-Goldzeiguer, *Origines*, besonders S. 69-92.

⁵⁰⁴ Sivan, *Communisme*, S. 91.

⁵⁰⁵ *Alger-Républicain*, 8.10.1938.

nation, soient traités sur un même pied d'égalité.“⁵⁰⁶ Doch blieb es nicht bei bloßen Forderungen: *Alger-Républicain* verstand sich als wichtiger Teil der algerischen Öffentlichkeit und setzte sich zum Ziel, die Muslime an der redaktionellen Erstellung zu beteiligen und verschiedenste Vertreter der muslimischen Gemeinschaft in der Rubrik „Tribune Libre“ zu Wort kommen zu lassen: „Aucune différence raciale ne viendra altérer la beauté du combat journalier que mènera Alger-Républicain.“⁵⁰⁷ Basisorientierte Berichterstattung und gleichberechtigte Einbeziehung beider ethnischen Gemeinschaften waren also explizite Ziele von *Alger-Républicain*.

Dennoch blieb eine zahlenmäßig ausgewogene Einstellung von europäischen und muslimischen Journalisten in den Anfangsjahren Wunschdenken. Unter den 24 Mitgliedern des Aufsichtsrates der Aktiengesellschaft *Alger-Républicain* befanden sich nur drei Muslime.⁵⁰⁸ Die Redakteure ließen sich an einer Hand abzählen: Neben Mohand Lechani schrieb Kaddour Makkaci für *Alger-Républicain*. Die muslimischen Journalisten kümmerten sich weitgehend um die Lokal- und Sportberichterstattung, blieben jedoch weitgehend im Schatten von Camus und Pia, die den Großteil der Politik- und Sozialberichterstattung übernahmen. Muslime spielten auch als Lokalkorrespondenten in der Provinz eine Rolle: *Alger-Républicain* legte Wert darauf, auch aus den vom europäischen Leben entlegenen *Douars* und Dörfern zu berichten und dem Leser diesbezüglich Informationen aus erster Hand zur Verfügung zu stellen.⁵⁰⁹

IV.3.2) Wiedererscheinen, Grenzen der interethnischen Integration und Annäherung an den Kommunismus 1943-1947

Die Wiederaufnahme der Erscheinungstätigkeit 1943 ging mit einer langsamen, aber stetigen Steigerung der Zahl muslimischer Mitarbeiter einher. So wurden in den Jahren 1943 und 1944 u. a. Aziz Kessous, der vorher für das kolonialkritische *Ralliement* geschrieben hatte, Ahmed Smaili, Abdelkader Safir, Boualam Khalfa, der aus der linken Gewerkschaftsbewegung kam, und Mouloud Hacène, als Redakteur für Außenpolitik, eingestellt.⁵¹⁰ Dennoch ging manchem Muslim dieser Prozess nicht schnell genug. So verzeichnete ein Polizeibericht über die Wahl des neuen Aufsichtsrates von *Alger-Républicain* vom 19. Dezember 1944: „(Le journaliste) Benhoura a protesté violemment contre la participation quasi-nulle des Indigènes à la direction d'un journal qui relève quotidiennement les „inégalités“ dont souffrent les

⁵⁰⁶ La Défense, 11.10.1938.

⁵⁰⁷ Alger-Républicain, 11.10.1938.

⁵⁰⁸ CAOM 1K/41: Cabinet du préfet.

⁵⁰⁹ Ebd.

⁵¹⁰ Laisne, Engagements, S. 46. Siehe zur Biographie der Journalisten auch Gallissot, Engagements.

Musulmans... Sa protestation a été partagée par tous les actionnaires.“⁵¹¹ Während sich die Gleichstellung auf redaktioneller Ebene verbesserte, waren leitende Stellungen und Ämter im Aufsichtsrat immer noch von Europäern dominiert. Auch in den ersten Nachkriegsjahren blieb die Zielsetzung der Verschmelzung von europäischem und muslimischem Journalismus ein frommer Wunsch. Zwar stellte *Alger-Républicain* zunehmend muslimische Redakteure an, doch beklagten sich indigene Leser und Sympathisanten darüber, dass ihre Weltsicht in dem Blatt zu kurz käme: „Alger-Républicain n'a pas encore tout à fait le caractère algérien qu'il veut et dit être le sien. Nous aimerions y trouver des reportages sur notre pays, nous apprécierons la parution dans ce journal de poèmes, nouvelles, romans même, écrits par des Algériens. L'histoire artistique, littéraire, l'histoire des civilisations qui se sont succédées ont besoin d'être connues“.⁵¹² Die Jahre 1945/1946 stellten das Verhältnis von Muslimen und Europäern bei *Alger-Républicain* auf eine harte Probe. Die Ereignisse von Sétif vom 8. Mai 1945 riefen ein geteiltes Echo hervor: Während sich die europäischen Redakteure in der Verurteilung des repressiven Kolonialstaates sowie der „feudalen Siedler“ einerseits und der „faschistischen Muslimfanatiker“ andererseits einig waren, teilten die muslimischen Kollegen diese Sicht der Dinge nicht. *Alger-Républicain* hatte die Unruhen und das darauf folgende Massaker an Tausenden Muslimen weitgehend mit Links-/Rechtskategorien sowie dem Konzept des Klassenkampfes interpretiert und die muslimischen Nationalisten als Brüder im Geiste der „kolonialistischen Ausbeuterklasse“ bezeichnet. Den Muslimen missfiel hierbei vor allem die völlige Ignoranz der indigenen Frage, welche ein wichtiger Auslöser für die Unruhen von Sétif gewesen war.⁵¹³

Die Ausgaben der Jahre 1945 bis 1947 belegen auch inhaltlich, dass eine Integration muslimischer Interessen und Sichtweisen die Ausnahme blieb. Von muslimischen Redakteuren geschriebene Artikel waren klar in der Minderheit und Themen, die sich spezifisch auf indigene Belange oder die „indigene Frage“ bezogen, waren in *Alger-Républicain* – zumindest in der unmittelbaren Nachkriegszeit – eher selten zu finden.⁵¹⁴ Sicherlich muss hier auch berücksichtigt werden, dass *Alger-Républicain* die Muslime nicht einfach ignorierte, sondern bewusst Europäer und Muslime als Einheit aufzufassen gewillt war und einem wie auch immer gearteten Partikularismus keinen Vorschub leisten wollte.

⁵¹¹ CAOM 4I/179+180: Presse, journaux en langue française, dossiers de surveillance, 1936-1956.

⁵¹² Siehe *Alger-Républicain* 19.2.1947.

⁵¹³ Siehe beispielhaft den Gastbeitrag von Henri Boubekeur, in: *Alger-Républicain*, 10.6.1945. Auch Boualam Khalfa, damals Mitarbeiter der Zeitung, zeigte sich unzufrieden mit der Berichterstattung und provozierte dadurch kontroverse Auseinandersetzungen innerhalb der Redaktion. Siehe Alleg, *Aventure*, S. 38f.

⁵¹⁴ Dennoch gab es die regelmäßig, wenn auch nicht täglich abgedruckte Rubrik „La question indigène“, die durchaus immer wieder wichtige indigene Belange wie den Statut Personnel oder die parlamentarische Repräsentation der Muslime zur Sprache brachte.

Dennoch hätte es gerade nach der Repression von Sétif einer expliziten Parteinahme für muslimische Belange und einer Thematisierung der um öffentliche Anerkennung ringenden indigenen Frage bedurft. Die von der Zeitung angestrebte Integration und Verschmelzung der beiden Gemeinschaften war in der Praxis so wenig greifbar, dass sie in der Berichterstattung nicht einfach als selbstverständlich hätte vorausgesetzt werden dürfen.

Alger-Républicain näherte sich nach dem Wiedererscheinen 1943 langsam, aber stetig der Kommunistischen Partei an. Die Zeitung knüpfte in ihrem Diskurs nicht nur an den kommunistischen Duktus an, sondern stellte nun bevorzugt Redakteure mit Bindungen zu den kriegsbedingt äußerst populären Kommunisten ein.⁵¹⁵ Dies heizte die Divergenzen in der Redaktion weiter an: Während die meisten europäischen Redakteure mit dieser Entwicklung einverstanden waren, standen die muslimischen Kollegen diesem Prozess reserviert gegenüber. Ihre Skepsis gegenüber der Kommunistischen Partei war stark ausgeprägt; bei den europäischen Kollegen dagegen stand diese nicht zuletzt wegen ihrer Verdienste in der *Résistance* hoch im Kurs. Der ethnischen Linien folgende Konflikt reichte bis in den Aufsichtsrat, der die Aktiengesellschaft *Alger-Républicain* kontrollierte, aus dem schon 1939 aus ähnlichen Gründen Muslime zurückgetreten waren.⁵¹⁶ Diese Entwicklung leistete der Gruppenbildung bei *Alger-Républicain* Vorschub. Einige Muslime wandten sich teilweise nationalistischen Gruppierungen wie dem PPA-MTLD zu; so galt vor allem Ahmed Smaili innerhalb der Redaktion als Verfechter eines muslimischen Nationalismus und der Unabhängigkeit eines muslimischen Algerien.⁵¹⁷

Trotz der Unstimmigkeiten unter den Mitarbeitern forcierte der mit der KPA sympathisierende Chefredakteur Michel Rouzé ab 1945 die Annäherung an die Kommunistische Partei.⁵¹⁸ Der Aufsichtsrat wurde mit Parteimitgliedern besetzt und neue Redakteure mit Blick auf deren politische Sympathien rekrutiert.⁵¹⁹ Im Diskurs der Zeitung ließ sich nun zunehmend eine nachhaltige Rhetorik des Kalten Krieges wieder finden, die von starkem Antiamerikanismus und Antiimperialismus geprägt war.⁵²⁰ Der Marshallplan wurde kritisiert und angebliche amerikanische Versuche, in Nordafrika Fuß zu fassen, angeprangert. In diesem Zusammenhang trat schließlich auch die indigene Frage verstärkt in den Vordergrund: Nachdem sie noch bei der Analyse der Sétifunruhen so gut wie keine Rolle gespielt hatte, tauchte sie nun in der Wirklichkeitsdeutung von *Alger-Républicain* an

⁵¹⁵ Laisne, *Engagements*, S. 85.

⁵¹⁶ CAOM 1K/586: *Rapports de renseignement sur les agences de presse et sur les journaux, 1942-1951*.

⁵¹⁷ Siehe Laisne, *Engagements*, S. 46.

⁵¹⁸ Siehe Sivan, *Communisme*, S. 122f.

⁵¹⁹ Siehe Ebd.

⁵²⁰ Siehe Alleg, *Aventure*, S. 55.

prominenter Stelle auf.⁵²¹ Doch blieb die indigene Frage Funktion der Kalt-Kriegs-Perspektive der Zeitung: Antiimperialismus war ein wichtiges Merkmal einer linken Gesinnung in der Nachkriegszeit und ließ sich nicht nur gegen die etablierten Kolonialmächte wie Frankreich oder Großbritannien, sondern auch gegen die USA argumentativ nutzen. Auch wirkte zunächst noch die von KPF-Chef Maurice Thorez geprägte Vorstellung einer „nation en formation“⁵²² bei *Alger-Républicain* nach: Muslime und Europäer in Algerien sollten zu einer einzigen „algerischen Nation“ verschmelzen. *Alger-Républicain* misstraute dem aufstrebenden muslimischen Nationalismus und unterstrich zunächst die Bedeutung der französisch-algerischen Union.⁵²³ Doch hatte sich die Mehrheit der Muslime mittlerweile vom Versprechen dieser „Verschmelzung“, das sich in der Zwischenkriegszeit als substanzlos erwiesen hatte, abgewandt und unterdessen nationalistische oder autonomistische Positionen eingenommen. Besonders wirkte das endgültige Scheitern der Reform Blum-Viollette nach, welche den Muslimen politische Partizipation und rechtliche Inkludierung in Aussicht gestellt hatte, letztlich jedoch trotz der mehrjährigen Regierungsverantwortung der Volksfront auf ganzer Linie gescheitert war.⁵²⁴ Das Verhältnis der muslimischen Elite zur französischen Linken nahm dadurch nachhaltig Schaden: Diese erschien den muslimischen Wortführern immer weniger als glaubwürdiger Bündnispartner, mit dessen Hilfe eine Umsetzung der Inklusionsbestrebungen erreicht werden konnte. Überhaupt war in diesen Jahren ein Prozess der tief greifenden Desillusionierung unter den Muslimen erkennbar: Der Glaube an die Existenz eines humanistischen und emanzipationsfreundlichen Frankreich brach in sich zusammen; an seine Stelle trat eine viel mehr auf Eigenständigkeit bedachte Trotzhaltung, die dazu führte, dass die muslimische Elite zunehmend Autonomie-, in Teilen sogar Unabhängigkeitsvorstellungen formulierte. Dass sich die Stimmung unter den Muslimen gewandelt hatte, illustriert die Reaktion auf de Gaulles Dekret vom 7. März 1944, mit dem die muslimische Elite ohne Aufgabe ihres zäh verteidigten muslimischen Rechtsstatus in den Genuss der französischen Staatsbürgerschaft kommen sollte.⁵²⁵ Die Muslime wiesen dieses Angebot entrüstet als unzureichend und nicht mehr der Realität angemessen zurück.⁵²⁶ So

⁵²¹ Siehe beispielhaft *Alger-Républicain*, 10./11.8.1947 sowie den Gastbeitrag des UDMA-Politikers Mostefai in der Ausgabe vom 31.8.1947.

⁵²² Für Näheres zum Konzept der „nation en formation“ siehe Kapitel VI.2. Ebenso Rey-Goldzeiguer, Origines, S. 92ff.

⁵²³ Siehe beispielhaft *Alger-Républicain*, 18.5.1945 und *Alger-Républicain*, 29.5.1945, das Interview mit dem Abgeordneten Demusois.

⁵²⁴ Siehe Sivan, Communisme, S. 129.

⁵²⁵ Siehe Roger Le Tourneau, L'évolution politique de l'Afrique du Nord musulmane, 1920-1962, Algier 1963, S. 337ff.

⁵²⁶ So schreibt Reinhard Schulze diesbezüglich: „Es ist nicht zu übersehen, dass der antiimperialistische Tenor der amerikanischen Außenpolitik unter Roosevelt die Angleichung des islamischen Diskurses an die nationalistische Öffentlichkeit förderte, weil ein liberaler Nationalismus damals in den USA Gehör fand. [...]“

forderte Ferhat Abbas nicht nur punktuelle Reformen, sondern eine vollständige Revision des Kolonialkonstrukts sowie ein Ende der rassistischen Diskriminierung. Zusätzlich erteilte er den Vorkriegssehnsüchten nach einer Integration der Muslime in die „patrie française“ eine endgültige Absage: „(Nous revendiquons) la diffusion des idées nouvelles, la condamnation définitive des contraintes du régime colonial, de son dogme racial et de son arbitraire... (Nous devons) inculquer à tous l'idée d'une nation algérienne, [...] d'une République autonome fédérée à une République Française rénovée, anticolonialiste et anti-impérialiste.“⁵²⁷

Alger-Républicain hatte also zunächst Schwierigkeiten, die Veränderungen, welche das muslimische Milieu in Algerien durchlaufen hatte, wahrzunehmen und in die Analyse der politischen Lage der Nachkriegszeit mit einfließen zu lassen: Besonders die bereits in den 1930er Jahren begonnene und während des Zweiten Weltkriegs vollzogene Herausbildung einer muslimischen Identität⁵²⁸ lief Gefahr, die Zeitung von indigenen Interessen zu entfremden. Dies führte nicht zuletzt dazu, dass viele Muslime *Alger-Républicain* nicht mehr ernst nahmen und der Publikation den Rücken zuehrten. Die Gleichheitsfokussierung der Zeitung verhallte ungehört und schnitt das Blatt zunehmend von der politischen und sozialen Wirklichkeit, in der die meisten Muslime lebten, ab. Erst ab 1947 wurde sich die Redaktion zunehmend der drohenden Entfremdung der indigenen Leserschaft bewusst und passte sich nun stärker an deren Wirklichkeitswahrnehmung an.

IV.3.3) *Algérianisation* der Redaktion und gleichzeitige Unterordnung unter die Kommunistische Partei Algeriens 1947-1954

Ab 1947 änderte sich die redaktionelle Linie *Alger-Républicains* spürbar: Die Zeitung setzte sich nun immer nachhaltiger für die Belange der muslimischen Bevölkerung ein. Die vorher durchaus vorhandenen Assimilationsvorstellungen wurden aufgegeben und eine vollständige Demokratisierung der politischen Verhältnisse bei gleichzeitiger Erhaltung der kulturellen Eigenständigkeit und Identität der Muslime eingefordert. Zentral war, dass sich die Wirklichkeitswahrnehmung der Redakteure merklich wandelte und die indigene Frage nun unmittelbar und losgelöst von Links-/Rechtskategorien reflektiert wurde.⁵²⁹ Mit Boualam

Die nationalistische Öffentlichkeit [in Algerien] sammelte sich in der Association des Amis du Manifeste et de la liberté (AML), der sich die *Oulémas* und die... PPA anschlossen... Die von der UNO proklamierte Emanzipation der Völker, die Gründung der arabischen Liga 1944/45 und die immer noch emanzipationsfreundliche Haltung der USA betteten die Unabhängigkeitsforderung, welche die Vereinigung seit März 1945 erhob, in eine internationale Öffentlichkeit ein.“ Siehe Schulze, *Islamische Welt*, S. 157. Siehe dazu auch Rey-Goldzeiguer, *Origines*, S. 91. Die Autorin beschreibt hier exemplarisch den Wandel der Haltung Ferhat Abbas' zur Assimilierungsfrage. Ebenso Sivan, *Communisme*, S. 129.

⁵²⁷ Ferhat Abbas, *La Nuit coloniale. Guerre et révolution d'Algérie*, Paris 1962, S. 150.

⁵²⁸ Siehe Kapitel IV.1 zur „cause musulmane“.

⁵²⁹ Das Kapitel VI. zur Semantik *Alger-Républicains* behandelt diese Frage ausführlich.

Khalfa wurde erstmals ein Muslim Chefredakteur und das Personal zunehmend einer „Algérianisation“⁵³⁰ unterworfen: Nur noch eine Minderheit der Journalisten stammte aus der Metropole und der Anteil der Muslime stieg noch einmal an. Die Zeitung knüpfte sogar direkte Beziehungen zu nationalistischen Politikern des MTLD und der UDMA und gab ihnen die Möglichkeit, in der Rubrik „Tribune Libre“ ihre Standpunkte darzulegen und argumentativ zu verteidigen.⁵³¹ 1953 stieß sogar ein ehemaliger muslimischer Nationalist, Abdelhamid Benzine, zur Redaktion hinzu und dokumentierte damit die neue Orientierung von *Alger-Républicain*.⁵³² Allerdings nahm die Publikation selbst keine muslimisch-nationalistische Position ein: Sie äußerte sich nicht explizit zur Unabhängigkeit Algeriens von Frankreich und plädierte, als eine Verschmelzung der beiden Gemeinschaften immer unwahrscheinlicher wurde, für eine föderative Autonomie Algeriens von Frankreich. 1951 übernahm *Alger-Républicain* die Führung der frisch gegründeten „Front algérien pour la défense et le respect des libertés“, welche eine Art oppositionelles Komitee zur Überwachung der gefährdeten Pressefreiheit darstellen sollte. Neben der KPA gehörten auch die indigenen Parteien MTLD, UDMA sowie die Reformisten dazu, also Vertreter aus allen politischen Lagern der indigenen Gemeinschaft. Das Engagement *Alger-Républicains* ging sogar so weit, die Gründung einer arabischsprachigen Ausgabe in Erwägung zu ziehen, um noch mehr Kolonisierte anzusprechen und deren teilweise noch vorhandenen Berührungsängste gegenüber „europäischen“ Zeitungen zu überwinden.⁵³³ Dieses Beispiel zeigt jedoch auch, dass die Verschmelzung von europäischem und muslimischem Journalismus eine Utopie blieb: Offensichtlich wirkten die Bemühungen, Leser anzusprechen und zu gewinnen auf Europäer und Muslime weiterhin unterschiedlich.

Trotz der Priorität, die indigenen Interessen nun bei *Alger-Républicain* eingeräumt wurde, verlief das journalistische Wirken innerhalb der Redaktion weiterhin entlang ethnischer Grenzen. Die Muslime bildeten eine Gruppe mit eigenem Stil pflegte und eigenen Interessen. Europäer und Muslime hatten unterschiedliche Erwartungen an die Zeitung: Während Erstere ihre Arbeit für *Alger-Républicain* eher als Berufung und Erfüllung auffassten, sahen Letztere in ihrer Tätigkeit die Chance, einerseits politisch Einfluss zu nehmen, andererseits ihre journalistische oder politische Karriere zu befördern.⁵³⁴ Die indigenen Mitarbeiter standen zudem auf niedrigerer Stufe in der Hierarchie: So diente Abdelhamid Gherab beispielsweise als „Mädchen für alles“ und übernahm sowohl Reparatur- als auch Redaktionsaufgaben.

⁵³⁰ Der Begriff stammt vom ehemaligen Chefredakteur Henri Alleg selbst, siehe Alleg, *Aventure*, S. 135.

⁵³¹ Sivan, *Communisme*, S. 175.

⁵³² Siehe Gallissot, *Engagements*, S. 131ff.

⁵³³ CAOM 10CAB/2: *Alger-Républicain: Rapports, notes, saisies*, 1949-1955.

⁵³⁴ Siehe dazu Laisne, *Engagements*, S. 114. Ebenso Alleg, *Aventure*, S. 93f.

Muslimische Journalisten hatten in der Regel keine festen Rubriken, die sie täglich bearbeiteten, sondern machten eher die Klein- und Korrespondentenarbeit. So formierten sich Grenzlinien und Gruppenbildungsprozesse, die aus indigener Sicht die europäische Dominanz bei *Alger-Républicain* zementierten und Kolonisierten Chancengleichheit verweigerten. Diese Einschätzung der indigenen Redakteure war sicherlich subjektiv, änderte jedoch nichts an ihrer Haltung: Die Identifikation mit der Zeitung blieb trotz gegenteiliger Beteuerungen vergleichsweise gering und führte zu einer hohen personellen Fluktuation. Persönliche Konflikte, die exponierte indigene Journalisten wie Kateb Yacine oder Mouloud Haddad mit der Zeitungsleitung taten ihr Übriges und trugen mit dazu bei, dass das Kriterium der ethnischen Zugehörigkeit bei *Alger-Républicain* von Bedeutung blieb.⁵³⁵

Die „Algérianisation“ der Zeitung war nicht zuletzt auf den Einfluss der KPA zurückzuführen, die ab 1947 vollständig die Kontrolle über *Alger-Républicain* übernahm. Ebenso deutlich äußerte sich der kommunistische Einfluss in der Einstellungspolitik: Oberstes Kriterium der Rekrutierung war die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei Algeriens.⁵³⁶ Die Unterordnung *Alger-Républicains* unter kommunistische Interessen war eng mit KPA-Mitglied Henri Alleg verbunden, der ab 1951 als Chefredakteur fungierte. Unter seiner Führung mussten Bewerber ihre politische Gesinnung vorweisen können und der Partei in irgendeiner Form gedient haben, sei es in der Gewerkschaftsbewegung. Politische Kriterien rangierten vor professionellen Gesichtspunkten: Aus Sicht Allegs ließ sich der Journalismus mit entsprechendem Eifer immer noch erlernen. Der Chefredakteur strebte ohnehin nicht das Ideal des „Journalismus als Beruf“⁵³⁷ an, sondern setzte explizit auf ideologische Hingabe und politisches Herzblut, welche die Identifikation mit der Zeitung garantierten. Ein Zitat aus Allegs Portrait der Zeitung belegt diese Haltung: „(Le rédacteur) Jacques Salort n’a jamais eu jusqu’à son arrivée à *Alger-Républicain* la responsabilité d’une entreprise et ignore complètement comment fonctionne un journal. Mais lui aussi est passionné par la mission qui lui a été confiée et, travaillant jusqu’à seize heures par jour, il maîtrisera avec rapidité tous les problèmes d’administration et de gestion d’un quotidien.“⁵³⁸ Die allermeisten Redakteure besaßen zwar bereits Berufserfahrung, bevor sie bei *Alger-Républicain* zu arbeiten begannen, doch gab es einige unter ihnen, die sich das journalistische Handwerk autodidaktisch beigebracht hatten, wie Marcel Angeletti oder Nicolas Zannettacci.⁵³⁹ *Alger-Républicain* kam

⁵³⁵ Siehe Arnaud, *Littérature maghrébine*.

⁵³⁶ Laisne, *Engagements*, S. 113.

⁵³⁷ Requate, *Journalismus als Beruf*.

⁵³⁸ Alleg, *Aventure*, S. 68.

⁵³⁹ Laisne, *Engagements*, S. 72.

dies durchaus gelegen, wären die Redakteure doch andernfalls schwerer zu halten und vor allem finanziell anspruchsvoller gewesen. Gerade der finanzielle Aspekt kam zum Tragen: *Alger-Républicain* hatten den in der Pressebranche geltenden Tarifverträgen die Anerkennung verweigert und zahlte Löhne weit unter Tarif. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet die Zeitung, die sich gemeinschaftsübergreifend als „Verteidiger der Schwachen und Ausgegrenzten“ empfand, deutlich weniger als die Konkurrenz bezahlte und sich an Journalistenstreiks nicht beteiligte. Letztere wurden bisweilen sogar dazu genutzt, um die Auflage punktuell massiv zu steigern und so die vorübergehende Monopolstellung auszunutzen.⁵⁴⁰ Die Zeitung bewegte sich hier auf einem schmalen Grat zwischen selbstloser Aufopferung für eine Sache und der Ausbeutung ihrer Mitarbeiter. Allerdings nutzte sie die geringe Entlohnung der Journalisten zu keinem Zeitpunkt zur Steigerung des Gewinns oder der Vorstandsgehälter. Die „Algérianisation“ von *Alger-Républicain* entsprang der nach 1945 konsequent antikolonialen Haltung der KPA. Der Anteil indigener Mitarbeiter erhöhte sich signifikant: So arbeiteten ab Anfang der 1950er Jahre beispielsweise die KPA-Kader Ahmed Khellef oder Chérif Djemad als Redakteure für *Alger-Républicain*.⁵⁴¹ Außerdem stammten die europäischen Redakteure nicht mehr hauptsächlich aus der Metropole, sondern wurden vor Ort rekrutiert. Auch Alleg kam aus Algier, wo er zuvor als Journalist und Grundschullehrer gearbeitet hatte.⁵⁴²

Die KPA betrachtete *Alger-Républicain* ab dem Beginn ihrer Einflussnahme Ende der 1940er Jahre als „incomparable moyen de propagande et d'action“, als „levier puissant permettant d'agir sur l'opinion publique“.⁵⁴³ Gerade weil das Blatt keine offizielle Parteizeitung war, sondern im Gewand einer scheinbar unabhängigen und unkonventionellen Publikation daher kam, war ihre milieu- und gemeinschaftsübergreifende Binde- und Wirkungskraft ungleich höher als beispielsweise die von *Liberté*, dem offiziellen Organ der KPA. Durch islambezogene Berichterstattung konnte eine muslimische Leserschaft gewonnen werden, während der große Lokalteil und die Sportberichte auch ein ideologisch weniger stark fixiertes Publikum interessierten. *Alger-Républicain* war eins der wenigen Beispiele einer genuin politisierten und gleichzeitig publizistisch erfolgreichen Publikation; die Politisierung wirkte nicht abschreckend, sondern aufgrund der relativen Offenheit anschlussfähig für viele Milieus und Gemeinschaften.

⁵⁴⁰ Laisne, Engagements, S. 111.

⁵⁴¹ Ebd., S. 86.

⁵⁴² Alleg, Aventure, S. 65.

⁵⁴³ Joël Merrien, *Alger-Républicain et la politique de Front national de 1950 à 1954*, Mémoire DES Histoire, Nanterre 1974, S. 101.

Der politische Einfluss nahm von den 1950er Jahren an derartige Formen an, dass er bisweilen die gesellschaftliche und politische Realität überdeckte, über die zu berichten sich *Alger-Républicain* zum Ziel gesetzt hatte. Die soziale und politische Realität wurde nur noch verzerrt und über ein absolutes „Wir-gegen-sie“-Denken wahrgenommen. So griff Chefredakteur Boualam Khalfa beispielsweise im Oktober 1949 die Affäre von Sidi Ali Bounab auf, die sich um einen gewaltsamen Polizeieinsatz gegen Bewohner des gleichnamigen Dorfes drehte. Khalfa suchte den Ort des Geschehens auf und startete vom 5. Oktober an eine umfassende Artikelserie, in der er die Vorfälle als Spitze eines Eisberges darstellte und als Aufhänger dafür benutzte, Polizeigewalt gegen die indigene Bevölkerung sowie koloniale Diskriminierung anzuprangern.⁵⁴⁴ Khalfa galt als das Beispiel schlechthin für die Integration eines Muslims in den europäisch-französischen Journalismus. Er machte Sidi Ali Bounab zu einer Staatsaffäre, obwohl die von ihm recherchierten Informationen spärlich waren; vielmehr griff er auf Gerüchte zurück, die das Geschehen umrankten.⁵⁴⁵ Weder die angeblich entstandenen Millionen Francs an Schaden, noch Vergewaltigungen, noch massive Erntevernichtungen durch die Polizei erwiesen sich schließlich als den Tatsachen entsprechend. Khalfa musste sich gerichtlich verantworten und wurde verurteilt. Für *Alger-Républicain* entstand großer finanzieller, aber vor allem ideeller Schaden in Form der eigenen Glaubwürdigkeit. Khalfa konnte sich anders als Provinzkorrespondenten nicht auf das Argument der Ahnungslosigkeit zurückziehen: Seinem Handeln lag Mutwilligkeit und politische Verblendung zugrunde. Ähnlich gelagert war der Fall Chérif Madouni, auch wenn es sich hier um einen weniger prominenten Lokalkorrespondenten der Zeitung handelte: Der Journalist hatte im November 1952 einen Artikel über eine Keuchhustenepidemie verfasst, der in der Region Guenzet nordwestlich von Sétif bereits mehrere Dutzend Kinder zum Opfer gefallen seien. Als der *Adjoint technique de la Santé de Guenzet* daraufhin den Autor erstaunt zur Rede stellte, stellte sich heraus, dass dieser die Epidemie erfunden hatte, um die Behörden zur Einrichtung einer zusätzlichen Krankenstation in der Region zu bewegen.⁵⁴⁶ Die Beispiele machen deutlich, dass die im Zuge der zunehmenden Politisierung *Alger-Républicains* und der stärker werdenden behördlichen Repression in den 1950er Jahren die anerkannte Seriosität der Zeitung zunehmend Schaden nahm.

Trotz der starken kommunistischen Einflussnahme auf die Zeitung behielt diese, wie oben bereits kurz angedeutet, eine bedeutende indigene Leserschaft, die sie ab dem Ende der

⁵⁴⁴ Siehe *Alger-Républicain*, 5.10.1949 sowie die Ausgaben der darauf folgenden Tage.

⁵⁴⁵ Siehe Laisne, *Engagements*, S. 93ff.

⁵⁴⁶ CAOM 11CAB/88: Censure, saisies de journaux: *Algerie-Libre* et *Alger-Républicain*, 1951-1955.

1940er Jahre sogar noch vergrößern konnte. Von 1938 an hatte *Alger-Républicain* als Leser nicht nur Europäer, sondern auch explizit den kolonisierten Teil der Bevölkerung anvisiert. So hieß es in einer der ersten Ausgaben vom 8. Oktober 1938: „C’est ainsi que nous nous adressons à toutes les personnalités musulmanes représentatives de toutes tendances et de toutes opinions“.⁵⁴⁷ Obwohl die wichtigsten indigenen Rezipienten zu den gebildeten, städtischen Eliten, die Französisch verstanden und alphabetisiert waren, zählten, bedeutete dies nicht, dass die Publikation sich nicht für den unterprivilegierten Teil der Kolonisierten interessierte. Kollektive Lesepraktiken wie das Vorlesen in Cafés führten dazu, dass *Alger-Républicain* auch Analphabeten erreichte und zur meistgelesenen Tageszeitung unter der indigenen Bevölkerung wurde. Kateb Yacine beschrieb – sicherlich auch in glorifizierender Absicht – den Fall eines analphabetischen Lesers und die Faszination, die *Alger-Républicain* auf diesen ausübte: „A Lafayette un des amis d'*Alger-Républicain*... n'est rien de plus qu'un cordonnier, misérable, illettré... Ce n'est qu'un vieillard dont l'œil flamboie encore derrière de vieilles lunettes brisées, cependant que chaque jour on lui lit SON journal. Ce n'est pas toujours facile pour lui de trouver un lettré secourable pour lui traduire ce que dit *Alger-Républicain*. Il lui faut bien souvent, lui qui ne gagne pas tous les jours dix francs, non seulement payer le journal mais encore offrir le café à celui qui voudra bien le lui lire. Pas un seul matin, devant le dépositaire, il n'a manqué de dresser sa silhouette cassée en deux.“⁵⁴⁸

Indigene Leser honorierten das antikoloniale Engagement der Zeitung und stellten nach 1945 mehr als 50 % der Leserschaft.⁵⁴⁹ Dies war nur deshalb möglich, weil die Politisierung *Alger-Républicains* im kommunistischen Sinne mit der Aufgabe frankozentrischer Wahrnehmungsmuster und der expliziten Hinwendung zur „indigenen Frage“ einherging.⁵⁵⁰

So kam es, dass die linke Orientierung der Publikation für die Kolonisierten letztlich keine so große Rolle bei der Kaufentscheidung spielte. Im Oktober 1943 organisierte sogar der *Cercle du Progrès* – ein reformistisch dominierter Lese- und Kulturzirkel – eine Werbeveranstaltung zugunsten *Alger-Républicains* mit 600 Besuchern Spendeneinnahmen von 100.000 Francs.⁵⁵¹

Die Hoffnung der Muslime aller politischen Richtungen auf substanzielle Reformen war groß und der quasi als Brücke zwischen Europäern und Muslimen fungierende *Alger-Républicain* diente ihnen als Projektionsfläche für ihre Hoffnungen und Sehnsüchte. So konnten sich

⁵⁴⁷ CAOM 4I/179+180: Presse, journaux en langue française, dossiers de surveillance, 1936-1956.

⁵⁴⁸ *Alger-Républicain*, 18.5.1950.

⁵⁴⁹ Merrien, *Politique*, S. 54.

⁵⁵⁰ Zur Haltung der lange Zeit ambivalenten und keineswegs konsequent antikolonialen Haltung der KPA siehe Sivan, *Communisme*.

⁵⁵¹ CAOM 4I/179+180: Presse, journaux en langue française, dossiers de surveillance, 1936-1956.

selbst die Reformisten, die die linke Ausrichtung der Publikation eigentlich für suspekt hielten, zumindest teilweise mit ihr identifizieren.

Auch die personelle und inhaltliche „Algérianisation“ des Blattes zeigte Wirkung: Rubriken wie „La question indigène“, *Tribunes Libres*, welche indigenen Politikern zur Verfügung gestellt wurden, sowie die radikale Positionierung gegen den politischen Status Quo stießen bei indigenen Lesern auf breite Zustimmung. Diese identifizierten sich zunehmend mit den nun häufiger auftauchenden muslimischen Namen unter den Artikeln und betrachteten *Alger-Républicain* als „ihre“ Zeitung. In der Tat gewann die Rekrutierung indigener Redakteure und Mitarbeiter ab Ende der 1940er Jahre an Bedeutung, wobei diese vor allem aus der Gewerkschaftsbewegung stammten.⁵⁵² Trotz ihrer zumeist unvollständigeren journalistischen Vorkenntnisse im Vergleich zu den europäischen Kollegen bewiesen sie oft starken Willen und Lerneifer: So zeigen die Beispiele von Abdelkader Choukal oder Mohammed Ferhat, beide Redakteur bei *Alger-Républicain* ab Anfang der 1950er Jahre, dass selbst Bewerber mit anfänglichen Schreibschwächen zu talentierten Journalisten werden konnten.⁵⁵³ Choukal entwickelte sich schließlich zu einem Spezialisten für Justizberichterstattung, während Ferhat islambezogene politische Artikel sowie Kritiken von arabischsprachigem Theater und von Kulturveranstaltungen verfasste.

Eine Besonderheit indigener Mitarbeiter war ihre herausgehobene Stellung als Korrespondenten. Bis Ende der 1940er Jahre hatte *Alger-Républicain* im Grunde auf die gleichen Korrespondenten vertraut wie die anderen europäischen Tageszeitungen auch. In der Regel verfassten Provinzbeamte, Rathausangestellte oder Lehrer vor Ort Standardartikel, die sie an alle interessierten Tageszeitungen schickten. Oftmals gab es nur einen Lokalkorrespondenten in einer Stadt, der dadurch eine Art Monopolstellung hatte.⁵⁵⁴ In den Artikeln ging es um Entscheidungen der Kommune, um Lokalpolitiker und Sportereignisse. Im Ergebnis lief diese Praxis auf eine standardisierte Lokalberichterstattung hinaus, die eintönig und vorhersehbar blieb. Sie war nicht mit dem Anspruch *Alger-Républicains* vereinbar, nicht zuletzt auch für die Muslime zu sprechen, welche in den meisten ländlichen Regionen in der Mehrheit waren und in der Wahrnehmung der europäischen Zeitungen kaum auftauchten. Ab 1950 war die kommunistische Publikation deshalb bemüht, den Schwerpunkt auf eine eigenständige Lokalberichterstattung zu verlagern, die sich von der Sichtweise von Kleinbeamten der Administration unabhängig machte und dafür den Alltag der indigenen Bevölkerung in den Mittelpunkt rückte. Dafür benötigte die Zeitung indigene Mitarbeiter, die

⁵⁵² Laisne, *Engagements*, S. 114. Auch Yahia Briki war solch ein Beispiel, siehe Alleg, *Aventure*, S. 75.

⁵⁵³ Ebd., S. 116.

⁵⁵⁴ Alleg, *Aventure*, S. 111f.

diesen Alltag kannten und angemessen zu beschreiben verstanden. So wandte sich die Leitung von *Alger-Républicain* im Dezember 1950 in einem Brief an bereits angestellte Korrespondenten sowie politische Sympathisanten in zahlreichen Provinz- und Kleinstädten und warb um ihre Dienste: „Nous avons eu l’occasion d’apprécier maintes fois... le dévouement de nos correspondants. [...] En même temps, il faut alimenter la rubrique régionale plus régulièrement par des envois plus fréquents... Il est clair qu’*Alger-Républicain*... doit aussi apparaître sur le plan régional comme le seul journal qui défend les revendications des travailleurs, des fellahs, des populations exploitées des campagnes. [...] Dévoiler les méfaits du colonialisme, n’est-ce pas notre tâche à nous tous?“⁵⁵⁵ Dies stellte eine Würdigung der Lokalkorrespondenten und ihrer Arbeit dar und unterstrich die verstärkte Bedeutung, die die Zeitung dem Geschehen vor Ort von nun an einräumte. Gleichzeitig war es ein Appell an all diejenigen, die sich mit den politischen Zielsetzungen *Alger-Républicains* identifizierten und Tatendrang verspürten, die eigene Lebenssituation aktiv publizistisch mitzugestalten, sich für eine Korrespondententätigkeit zu bewerben.

Doch legte das Schreiben an die Korrespondenten und potenzielle Bewerber auch deren Schwächen exemplarisch offen. So schrieb die Direktion weiter: „Certains de nos correspondants ne fonctionnent plus ou très irrégulièrement. Nous leur demandons de comprendre... l’absolue nécessité de développer la rubrique régionale. [...] Il est bien entendu d’autre part que nos informations doivent être sûres et pour les cas les plus graves il est indispensable de s’assurer un minimum de preuves avant l’insertion dans les colonnes du journal.“⁵⁵⁶ So war ein Teil der Korrespondenten in ihrer Arbeit unzuverlässig, so dass die Zeitung ein Netzwerk aufbaute, welches vor Ort jeweils verschiedene Informanten beauftragen konnte. Viel dringlicher für *Alger-Républicain* war jedoch die Frage nach dem Wahrheitsgehalt der übermittelten Informationen. Dabei ging es nicht um den Schreibstil oder die Rechtschreibung. Die eingesandten Artikel wurden von einem Redakteur einer gründlichen Formalkorrektur unterzogen, bevor sie Eingang in die jeweilige Tagesausgabe fanden.⁵⁵⁷ Abhängig war die Redaktion jedoch vom Gehalt der Informationen: Dieser konnte nicht ohne erheblichen Aufwand von Algier aus auf seine Richtigkeit überprüft werden. Dass es mehrmals zu schweren Fehlern kam, lag an der mangelnden Ausbildung der Korrespondenten. Diese befragten beispielsweise in einem zu recherchierenden Fall nur die eine Seite und verließen sich auf Gerüchte, ohne zu überprüfen, ob sie tatsächlich stimmten. Zumeist fiel der Redaktion in Algier der unzusammenhängende Charakter des betroffenen

⁵⁵⁵ CAOM 1K/586: Rapports de renseignement sur les agences de presse et sur les journaux 1942-1951.

⁵⁵⁶ Ebd.

⁵⁵⁷ Alleg, *Aventure*, S. 114.

Artikels auf, doch ab und an gelangten Artikel in die Zeitung, die schlicht falsch waren und von dritter Seite dafür oft scharf attackiert wurden.⁵⁵⁸

Dies tat aber der Entschlossenheit von *Alger-Républicain* keinen Abbruch, das Korrespondentennetzwerk auf lokaler Ebene auszubauen.⁵⁵⁹ Es ging der Zeitung nicht nur um die Etablierung einer neuen, engagierten Form der Lokalberichterstattung, sondern schlicht auch darum, mehr Leser in der Provinz zu gewinnen. Diese waren stärker an lokalen Begebenheiten interessiert. In den Jahren 1952 und 1953 startete *Alger-Républicain* erneut eine Rekrutierungskampagne, an deren Ende die Publikation von über 200 Lokalkorrespondenten Informationen bezog. Herausgeber Henri Alleg nannte sie „les yeux et oreilles de l’Algérie“⁵⁶⁰, die das berichteten und offen legten, was der etablierten rechtskonservativen Algierer Presse mit ihren europäischen Lokalkorrespondenten entging. *Alger-Républicain* gelang es zeitweise, die europäisch-französische Öffentlichkeit mit der indigenen Kommunikationssphäre zu verbinden. In der Tat hatte das Blatt die Utopie der Verschmelzung von europäischem und indigenem Diskurs noch nicht völlig über Bord geworfen, sondern lenkte vielmehr die Aufmerksamkeit ihrer europäischen Leser auf indigene Lebenslagen und Interessen. Die Kampagne 1952/1953 war stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtet als 1950: Es sollten nicht nur neue Korrespondenten rekrutiert, sondern diese dann auch von bereits erfahrenen Journalisten konkret angeleitet werden. Darum kümmerte sich u. a. Omar Heraoua, der von Stadt zu Stadt zog und die Kollegen in ihre neue Arbeit einführte.⁵⁶¹ Es ging darum, ihnen das notwendige journalistische Handwerkszeug durch konkrete Praxis im Schnelldurchgang beizubringen, aber auch Aufgaben für die Zeitung vor Ort zu übernehmen, wie die Sicherstellung des Vertriebs in der Rolle als *Dépositaire*, oder bei großem lokalen Interesse an einer bestimmten Thematik die rechtzeitige Bestellung höherer Stückzahlen.⁵⁶² Jedenfalls suchte *Alger-Républicain* vom Beginn der 1950er Jahre an ihr Heil im Lokalen: Dies korrespondierte mit der zunehmenden Hinwendung der Zeitung zur indigenen Frage und der politischen Annäherung an die muslimischen Nationalisten.

Was bedeutete dieser Strategiewechsel in der Lokalberichterstattung von *Alger-Républicain*? Zunächst einmal ein verstärkter Rückgriff auf indigene Korrespondenten in der Provinz. Diesen wurde zunächst einmal nur die Briefmarke erstattet, die sie für das Einschicken des jeweiligen Artikels aufzuwenden hatten⁵⁶³; erst nach einer Probezeit erhielten sie auch eine

⁵⁵⁸ Siehe dazu Alleg, *Aventure*, S. 74.

⁵⁵⁹ CAOM 11CAB/88: Censure, saisies de journaux: Algérie-Libre et Alger-Républicain, 1951-1955.

⁵⁶⁰ Alleg, *Aventure*, S. 111.

⁵⁶¹ Ebd., S. 113.

⁵⁶² Ebd., S. 53.

⁵⁶³ Laisne, *Engagements*, S. 117.

Aufwandsentschädigung. Bei der Rekrutierung spielten auch politische Motive eine Rolle: *Alger-Républicain* verfügte in der Provinz in erster Linie über Kontakte zu Gruppen und Personen, die ihrer politischen Orientierung nahe standen. Über diese Netzwerke gelangte die Zeitung an mögliche Kandidaten für die Korrespondentenaufgabe. Diese gehörten häufig dem nationalistischen MTLD oder der gemäßigteren UDMA an und investierten auch politisches Engagement und Hingabe in ihre Korrespondententätigkeit. Die indigenen Korrespondenten führten bei *Alger-Républicain* eine neue Art Lokaljournalismus ein: Sie gaben sich nicht damit zufrieden, bloße Meldungen bezüglich der Stadtratsentscheidungen oder der behördlichen Baugenehmigungen durchzugeben, sondern spürten investigativ Probleme und Skandale auf, die der prekären rechtlichen und materiellen Lage der indigenen Landbevölkerung zugrunde lagen. So sah sich Lakhdar Rekouche, Lokalkorrespondent in Bouira, als eine „plaque sensible“, der es immer wieder gelingen musste, „de refléter fidèlement l’image et l’esprit de ma région, avec ses ombres et ses lumières.“⁵⁶⁴ Omar Heraoua, zeitweise Korrespondent in Sétif, deckte einen Fall auf, bei dem Gelder eines Pensionsfonds für muslimische Veteranen veruntreut worden waren.⁵⁶⁵ Die unkonventionelle Lokalberichterstattung sorgte für Aufregung und führte wiederholt zu behördlichem Einschreiten und zu Verhaftungen von Korrespondenten⁵⁶⁶, rief jedoch gleichzeitig immenses Aufsehen und ein starkes öffentliches Interesse hervor, welches beispielsweise im Fall Heraoua in Sétif die Nachfrage nach *Alger-Républicain* punktuell in die Höhe schnellen ließ.⁵⁶⁷ Der indigene Lokaljournalismus war weniger systematisch und gründlich recherchiert als der europäische; er wurde oft von Autodidakten betrieben, deren Formalbildung unter der der Redakteure in Algier lag. Dennoch besaß er eine gewisse Dynamik und Aufsässigkeit und durchbrach die Eintönigkeit und den Eurozentrismus der traditionellen Lokalberichterstattung. Die Detail- und Milieukennntnis der indigenen Journalisten ließ auf diese Weise das Leben der ländlichen Provinzen in einem neuen Licht erscheinen und schuf ein eindrucksvolles Portrait von der kolonialen Diskriminierung der indigenen Bevölkerung.

Die Ambivalenz des Status von *Alger-Républicain* bezüglich seiner „ethnischen“ Verortung zeigte sich nicht zuletzt bei den materiellen Bedingungen, unter denen die Redaktion arbeitete. Diese entsprachen eher den Standards der europäischen Tageszeitungen Algeriens und waren in keiner Weise mit den teils archaischen Bedingungen vieler indigener Zeitungen

⁵⁶⁴ Siehe Alleg, *Aventure*, S. 114.

⁵⁶⁵ Ebd., S.115.

⁵⁶⁶ Siehe den Fall von Mohamed Bensalem in Laghouat, der aufgrund seiner publizistischen Tätigkeit mehrfach verhaftet wurde, Alleg, *Aventure*, S. 112.

⁵⁶⁷ Ebd., S. 115.

zu vergleichen. Im Zuge der *Epuration* nach dem Zweiten Weltkrieg bekam die Publikation die Druckerei und die Redaktionsräumlichkeiten der *Dépêche Algérienne*, welche diese aufgrund von Kollaborationsaktivitäten hatte räumen müssen, zur Verfügung gestellt.⁵⁶⁸ Es handelte sich hierbei um ein repräsentatives, großzügiges Gebäude im Zentrum von Algier. Die Druckerei bot moderne Standards des Druckverfahrens und ermöglichte einen Ausstoß von mehreren Tausend Exemplaren pro Stunde. Allerdings entpuppten sich die Mietforderungen und die Druckkosten als gewaltige Ausgabenposten, die den Etat des Blattes schwer belasteten. Die Logistik entsprach mehr den Möglichkeiten der finanziell und kommerziell besser aufgestellten *Dépêche* und des *Journal d'Alger*, kaum jedoch den wirtschaftlichen Gegebenheiten *Alger-Républicains*. In der Druckerei arbeiteten Ende der 1940er Jahre bis zu 40 Drucker, welche Zeitungen, Broschüren und Propagandamaterial aller Art für die Kommunistische Partei Algeriens produzierten.⁵⁶⁹ Nach der Annäherung *Alger-Républicains* an die muslimischen Nationalisten stand die Druckerei ab 1949 sogar dem MTLD für die Herstellung ihrer Publikationen wie *Algérie libre*, *Libre Algérie* und *La Nation algérienne* zur Verfügung, so dass auch die indigene Presse bisweilen in den Genuss technisch relativ hochwertiger Druckverfahren kam.⁵⁷⁰

Die Auflage wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit durch die *Résistance*-Vergangenheit *Alger-Républicains* günstig beeinflusst. Das Blatt profitierte von der Deutungsmacht der Linken und konnte ihre Stellung im sozialistischen und kommunistischen Milieu der algerischen Städte ausbauen. Die Auflage kletterte auf knapp 30.000 Exemplare täglich, bevor die Zeitung erst Ende der 1940er Jahre wieder an Zuspruch verlor. Die europäische Leserschaft konzentrierte sich in den größten Städten wie Algier, Oran und Constantine, während indigene Leser auch im kleinstädtischen bzw. ländlichen Milieu, beispielsweise in Laghouat, Djelfa, Bône und Tlemcen, zu finden waren. Der Abonnementverkauf spielte für *Alger-Républicain* so gut wie keine Rolle, worunter die Vorhersehbarkeit des Auflagenbedarfs litt.⁵⁷¹ U. a. dadurch bedingt war die Zahl unverkaufter Exemplare außergewöhnlich hoch: So wurden 1953 bei einer durchschnittlichen Auflage von 24.635 Exemplaren nur 18.056 an den Mann gebracht.⁵⁷² Daran war allerdings nicht nur schlechtes Management schuld, sondern es steckte auch Kalkül dahinter: So hing der Zugang zu den Ressourcen kollaborationsbedingt enteigneter Zeitungen entscheidend von der Auflagenstärke

⁵⁶⁸ Siehe ausführlich dazu Kapitel II.1.

⁵⁶⁹ Laisne, Engagements, S. 98.

⁵⁷⁰ Serge Kastell, *Le maquis rouge: l'aspirant Maillot et la guerre d'Algérie*, 1956, Paris 1997, S. 34. Siehe auch Alleg, *Aventure*, S. 19.

⁵⁷¹ Ebd., S. 121.

⁵⁷² Siehe Laisne, Engagements, S. 123.

ab, so dass *Alger-Républicain* trotz faktischer Leserverluste die Auflage künstlich hochhielt und so noch mehr Geld verlor. Auch dies zeigt, wie politisch das Management der Zeitung agierte und auf betriebswirtschaftliche Belange wenig Rücksicht nahm.

Der effizient organisierte Vertrieb von *Alger-Républicain* bildete die Grundlage für die hohen Auflagezahlen.⁵⁷³ Die Zeitung war nicht nur in Algier zu kaufen, sondern in allen größeren Städten Algeriens. Aufgrund der schlechten Straßenverhältnisse allerdings dauerte die Auslieferung hier deutlich länger; in Städten wie Constantine oder Biskra gab es *Alger-Républicain* im Laufe des Nachmittags zu kaufen, während ländliche Regionen oft erst am nächsten Tag beliefert wurden.⁵⁷⁴ Die Publikation konnte dabei auf ein relativ großes Netz an *Dépositaires* zurückgreifen, die sie in ihren Kiosken und Verkaufsständen vertrieben; auch spielte der Straßenverkauf eine herausragende Rolle. Einmal im Jahr wurden die Straßenverkäufer in die Redaktion eingeladen, beschenkt und als unentbehrliche Mitarbeiter gewürdigt, ohne die jegliche journalistische Arbeit bedeutungslos wäre.⁵⁷⁵

Am Beispiel *Alger-Républicains* wird ähnlich wie im Fall von *La Défense* deutlich, wie schwierig die Ertragslage im Umfeld der indigenen Presse war. Eine hohe Auflage und weite Verbreitung garantierten keinesfalls für eine zumindest ausgeglichene Leistungsbilanz. Das Anzeigen- und Werbegeschäft war bereits in den 1950er Jahren von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Lage einer Publikation. *Alger-Républicain* blieb diesbezüglich weit hinter der Konkurrenz zurück und erwirtschaftete beispielsweise 1953 Anzeigen- und Werbeeinnahmen von 50 Millionen Francs, während das auflagenschwächere *Journal d'Alger* 113 Millionen Francs einnahm.⁵⁷⁶ Gerade Privatunternehmen standen dem linksgerichteten *Alger-Républicain* ablehnend gegenüber und wählten bevorzugt die konservative Algierer Presse, um Anzeigen zu platzieren. Diese Tendenz nahm in den 50er Jahren mit der Hinwendung der Publikation zur KPA noch zu. Auch sanken in dieser Zeit die Einnahmen aus den so genannten *Annonces Légales*, also den von staatlicher Seite vergebenen öffentlichen Anzeigen und Ankündigungen. Zwar führte das *Gouvernement Général Alger-Républicain* weiterhin unter den bevorzugt zu beauftragenden Blättern⁵⁷⁷. Doch viele Kommunen schlossen die Zeitung aufgrund ihrer politischen Orientierung von öffentlich zu vergebenden Ankündigungen aus. Die bevorzugte Stellung im indigenen Milieu warf dabei zu

⁵⁷³ Im Vergleich dazu erschienen indigene Zeitungen bestenfalls wöchentlich und erreichten dabei eine Auflage von bis zu 5.000. Zur Auflage *Alger-Républicains* siehe Sivan, *Communisme*, S. 175.

⁵⁷⁴ Laisne, *Engagements*, S. 125.

⁵⁷⁵ Ebd., S. 109f.

⁵⁷⁶ Siehe Archives du Ministère de l'Information (CHAN), F41 2880, SNEP, Imprimerie d'Alger.

⁵⁷⁷ CAOM 10CAB/176: Presse, journalistes, saisies de journaux, 1954.

wenig Ertrag ab, um die missliche Finanzlage wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Zwar verrät ein Blick in den Anzeigenteil der Zeitung, dass auf Arabisch verfasste Annoncen die indigene Leserschaft ansprachen. Doch hatten potenzielle Werbe- und Anzeigenkunden von wenigen Ausnahmen abgesehen nicht genug Finanzkraft, um *Alger-Républicain* regelmäßige und stabil hohe Einnahmen zu bescheren. Ebenso schmälerte der Umstand die Einnahmen, dass viele indigene Leser sich ein Zeitungsexemplar teilten.

Unter diesen Umständen bestand die einzige Überlebenschance *Alger-Républicains* in der Alimentierung durch die KPA. Regelmäßig initiierte Spendenaufrufe an Leser und Sympathisanten riefen zwar Solidarität hervor und unterstrichen die hohe Identifikation der Rezipienten mit der Zeitung, halfen jedoch in der Regel nur dabei, kurzfristige Engpässe zu überbrücken. Die KPA finanzierte den Finanzbedarf des Blattes über den parteieigenen *Fonds national de subvention*: So verhinderte 1950 ein Zuschuss in Höhe von 9 Millionen Francs die Insolvenz, während im darauf folgenden Jahr bereits 16,5 Millionen Francs flossen.⁵⁷⁸ Jede zu einem Preis von 10 Francs verkaufte Ausgabe fuhr dabei einen Verlust von 0,90 Francs ein. Die Ausrichtung der Publikation auf das indigene Milieu ab Ende der 1940er Jahre wirkte sich also finanziell negativ aus und war rein politisch bedingt. *Alger-Républicain* – verspottet als „Journal des Arabes“ – verlor auf der einen Seite europäische Leser und Werbekunden, konnte aber Teile des indigenen Milieus an sich binden. Dies entsprach der Abwendung der KPA von einem frankozentrischen Weltbild und deren Ausrichtung auf die „indigene Frage“ sowie antikoloniale Prinzipien.

Der indigene Journalismus war vielseitig und präsentierte sich vor allem in der Zwischenkriegszeit als Träger und Forum einer zunehmend ausdifferenzierten „opinion publique musulmane“, die unterschiedliche ideologische Lager in sich vereinte. Die Zeitungen reichten vom mikroskopisch kleinen Ein-Mann-Unternehmen, das sich wenige Wochen hielt, über das durchschnittliche Wochenblatt mit ein bis zwei Hauptredakteuren und mehreren Gelegenheitsmitarbeitern bis hin zu über Jahre erscheinenden Titeln mit mehreren Tausend Lesern und meinungsbildender Wirkung in der indigenen Sphäre öffentlicher Kommunikation. Auch die sprachliche Vielfalt war bemerkenswert: Die Publikationen veröffentlichten auf Arabisch, Französisch oder verwandten beide Sprachen in derselben Ausgabe. Dennoch wies der indigene Journalismus Gemeinsamkeiten auf, die ihn vor allem vom europäischen Pendant in Algerien klar abgrenzten: Er war stark politisiert und sah seine Daseinsberechtigung in der Verfechtung spezifischer politischer Anliegen. Journalisten waren

⁵⁷⁸ Laisne, Engagements, S. 72.

politische Akteure: Sie betrachteten sich nicht als distanzierte Beobachter von Politik, sondern als deren unmittelbarer Bestandteil. Indigene Journalisten waren größtenteils Laien und engagierten sich publizistisch aus politischem Engagement. Erst nach 1945 bildeten sich bei der nationalistischen Presse Tendenzen einer Professionalisierung heraus, ohne die politische Anbindung der Zeitungen in Frage zu stellen. Wichtig war auch ihre Rolle in der indigenen Gemeinschaft im Algerien der 1920er Jahre: Sie trugen in bedeutender Weise dazu bei, zivilgesellschaftliche Entwicklungen zu fördern. So ersetzten sie die fehlenden politischen Parteien dadurch, dass sie den spezifischen politischen Ideen ein Forum und eine Heimstätte boten; Journalisten waren häufig Träger und Gestalter der *Cercles culturels*, die den indigenen Eliten als Orte der Selbstverständigung und der Geselligkeit dienten⁵⁷⁹; manche Redakteure unterstützten ebenso Sportvereine wie sie sich beispielsweise in der *Ligue des Droits de l'Homme* engagierten.⁵⁸⁰ Dies konnte nichts daran ändern, dass der indigene Journalismus unter existenzbedrohenden Problemen litt: Neben der ab den 1930er Jahre zunehmenden Verfolgung, die sich nach 1945 systematisierte, sind hier vor allem die finanziellen Probleme, die geringen technischen und logistischen Möglichkeiten, die starke personelle Fluktuation und die institutionelle Instabilität zu nennen. Nach 1945 wandelte sich der indigene Publizismus fundamental: Er war nun auflagenstärker, besser organisiert und in seiner propagandistischen Wirkung ungleich effizienter. Gleichzeitig unterstand er jedoch sehr viel stärker als noch in der Zwischenkriegszeit den Apparaten politischer Parteien, wie dem PPA-MTLD oder der KPA. Er trug nun immer deutlicher den Charakter eines Kampfjournalismus, der sich den Parteizielen unterzuordnen hatte. Darunter litt die Diskussionskultur in der indigenen Sphäre öffentlicher Kommunikation stark: Öffentliches Kommunizieren hatte nun ausschließlich einen utilitaristischen Charakter und zielte darauf ab, den Widersacher, ob Kolonialherr oder innergemeinschaftlicher Gegner, so nachhaltig wie möglich zu diskreditieren.

⁵⁷⁹ Zu den indigenen Kulturvereinen siehe Ihaddaden, *Presse indigène*, S. 191-194.

⁵⁸⁰ *Alger-Républicain* engagierte sich bei muslimischen und gemischten Fussballvereinen in Algier, während Lamine Lamoudi Vizepräsident der *Ligue des Droits de l'homme, Section d'Alger* war. Siehe dazu *La Défense*, 3.8.1938. Zur *Ligue des Droits de l'Homme* in Algerien siehe Fonds *Ligue des Droits de l'Homme*: F delta res 798, Sections d'Algérie, Kartons 167-171.

Fallstudien: **Gesellschaftliche und politische Visionen von Algerien im journalistischen Diskurs**

Die Berücksichtigung der journalistischen Diskurse ist insofern maßgeblich für das Thema, als es nicht ausreicht, nur die Soziologie und gewissermaßen die Sozialgeschichte des indigenen Journalismus zu untersuchen. Im Kampf der indigenen Gemeinschaft um den Zugang zur öffentlichen Rede in einem ersten Schritt, zu politischen und im weiteren Sinne staatsbürgerlichen Rechten in einem zweiten Schritt, spielte nicht nur die strukturelle und organisatorische Beschaffenheit des Journalismus eine Rolle, sondern ebenso die Worte und Begriffe, die er verwendete. Es ging darum, im öffentlichen Raum bestimmte Konzepte wie beispielsweise „Nation“, „Gerechtigkeit“ oder „Modernität“ zu besetzen und semantisch umzudeuten; nur so hatte der indigene Journalismus Aussicht darauf, Wirkung zu entfalten. Schließlich baute der Glaube an dessen emanzipatorische Kraft ja auf dem Glauben an die Macht der Worte auf. Die Untersuchung des journalistischen Diskurses zweier Fallbeispiele, *La Défense* und *Alger-Républicain*, soll zudem ein Bild von den politischen und gesellschaftlichen Visionen in Bezug auf Algerien entwerfen, die die indigene Presse hatte. Mit welchen Kategorien beschrieb sie den sozio-politischen Status quo und welche prozessualen Veränderungen strebte sie an? In welcher Art und Weise arbeitete sie sich an Frankreich und den französischen Modernitätsvorstellungen ab? Welche Selbstwahrnehmung hatten die indigenen Journalisten und wie beschrieben sie den „Anderen“?

V. Die reformistische Zeitung *La Défense*: Obsessive Fixierung auf „Modernität“ und Plädoyer für eine muslimische Identität

Was bei der Lektüre der Zeitung *La Défense* auffällt, ist ihre Fixierung auf die „Modernität“: Die Redakteure arbeiteten sich beständig an diesem Begriff ab und waren bemüht, aus dem Komplex ihrer Überzeugungen und Forderungen eine „Modernität“ herzuleiten, die Vorbildcharakter für die indigene Gemeinschaft haben sollte. Es ist unzweifelhaft, dass es im Spektrum der indigenen Presse eine Vielzahl an Standpunkten und damit auch eine Vielfalt an Modernitätsvisionen gab. Die Publikationen rangen um die Deutungshoheit in der indigenen Sphäre öffentlicher Kommunikation und versuchten, bestimmte Diskussionsfelder und Begriffe – nicht nur den der „Modernität“ – zu besetzen. Die verschiedenen Zeitungen hatten dabei jeweils unterschiedliche Vorstellungen und Interpretationen von „der westlichen Modernität“, die oftmals trotz ihrer Komplexität und ihrer internen Widersprüche als monolithisch und einheitlich aufgefasst wurde. Die jeweilige Aneignungsweise war sehr

spezifisch: Die Redakteure versuchten, ihre Standpunkte als „modern“ darzustellen – offensichtlich wirkte dieser Begriff aus ihrer Sicht legitimierend. „Modernität“ hatte also keinen normativen Charakter, sondern wurde im jeweiligen Diskurs spezifisch angeeignet und mit unterschiedlicher Bedeutung assoziiert und aufgeladen.

La Défense präsentierte ihre am Reformismus orientierte Haltung als „modern“ und unterstrich in diesem Zusammenhang vor allem, wie sehr gerade die angestrebte religiöse Praxis mit den in der indigenen Gemeinschaft etablierten Traditionen, die vom heterodoxen Maraboutismus⁵⁸¹ geprägt waren, zu brechen hatte. Diese Modernitätsperspektive war natürlich eine völlig andere als beispielsweise die der antikolonialen französischen Linken oder *Alger-Républicains*, die den Reformisten skeptisch gegenüber standen und deren Positionen als „rückständig“ ansahen.⁵⁸² Stimmt die Standpunkte in Fragen der Partizipations- und Grundrechte weitgehend überein, so wichen die Vorstellungen von der Regulierung privater Lebensführung sowie von Ehe und Geschlechterrollen stark voneinander ab. Neben dem Bezug auf die „Modernität“ schrieb *La Défense* beharrlich und in zumeist sachlichem Ton gegen die aus ihrer Sicht vorherrschende „koloniale Diskriminierung“ an und beteuerte ihre Loyalität zur französischen Oberhoheit über Algerien. Detailreich nahm sie die Widersprüche der französischen Haltung aufs Korn und stellte damit die in der europäisch-französischen Öffentlichkeit etablierte Deutung auf den Kopf, nach der es die Franzosen waren, die mit aller Macht, aber letztlich erfolglos bemüht waren, die Muslime zu „zivilisieren“. *La Défense* stand für einen breiten Konsens im reformistisch gesinnten muslimischen Milieu. Die Zeitung war in den 1930er Jahren in gewisser Weise ein indigenes Leitmedium, wenn das so überhaupt von einer Zeitung mit einer Auflage von um die 3.000 Exemplaren wöchentlich behauptet werden kann. Das größte Dilemma der Zeitung bestand darin, trotz der Zustimmung zu großen Teilen der bestehenden politischen und rechtlichen Ordnung von den Behörden kriminalisiert und politisch delegitimiert zu werden. Dabei strebte *La Défense* eine Entwicklung an, deren Erreichen von den Kolonialherren zur Vorbedingung für politische Reformen und rechtliche Gleichstellung gemacht worden war: Alphabetisierung, publizistische Betätigung und politische „Reifung“ breiter Schichten von Muslimen, Befreiung von „Aberglauben“ und „Fatalismus“. *La Défense* machte sich nämlich selbst zum Ziel, entsprechende Handlungsweisen unter den Muslimen herzustellen und die Kommunikationsdichte unter ihnen zu erhöhen. Genau darauf reagierten die Kolonialherren jedoch trotz ihrer vorherigen Beteuerungen ablehnend: Sie hatten vielmehr Angst vor einer solchen Anpassung, da sie die klare Trennung von „Kolonisierten“ und „Kolonialherren“

⁵⁸¹ Siehe dazu das folgende Kapitel V.6.

⁵⁸² Sivan, *Communisme*, S. 68 und S. 112.

aufhob und dadurch die koloniale Ordnung in ihrer Substanz gefährdete. In der Folge brandmarkten die Behörden *La Défense* in den Jahren 1934/1935 zunächst als „nationalistische“ Publikation, bevor sie Ende der 1930er Jahre strafrechtliche Verfolgungen gegen Herausgeber und Verwalter anstrebten.⁵⁸³

Die Vorstellungen der Zeitungen von der „französischen Moderne“, wenn nicht sogar von der „westlichen Moderne“, waren holistisch und essentialisierend und ließen die innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die nicht nur die Französische Revolution, sondern der kulturelle, politische und wirtschaftliche Modernisierungsprozess als solcher ausgelöst hatte, ausgeblendet. Das Verhältnis von *La Défense* zu dieser homogenisierten „französischen Moderne“ war von Ambivalenz geprägt: Einerseits riet die Zeitung den Gläubigen, ihr Leben auf den Islam hin auszurichten und verwarf die Privatisierung der Religion, wie sie in Frankreich vorangetrieben worden war. Andererseits gab es durchaus Bereiche, in denen sich die Publikation an Frankreich orientierte. So schwebten den Redakteuren der Zeitung französische Rechtsnormen vor, wenn sie über Presse-, Strafrecht und Staatsbürgerrecht reflektierten, und eben nicht islamische Rechtsnormen, die für weite Teile der muslimischen Gemeinschaft in den 1930er Jahren nach wie vor Bestand hatten. Dies ist umso bemerkenswerter, als Herausgeber und Chefredakteur Lamoudi als *Oukil*, also Anwalt, an islamischen Gerichten gewirkt hatte und deswegen durchaus in der Lage war, die Funktionstüchtigkeit der beiden Systeme miteinander zu vergleichen. Die Diskursanalyse verdeutlicht, dass *La Défense* in Fragen der privaten Lebensführung, der Moral, der Identität, der Rolle der Frau auf Grundlage des Korans argumentierte und dessen Gültigkeit anerkannte. Es ging den Autoren um eine moralische Aufrichtung der aus ihrer Sicht dar nieder liegenden muslimischen Gemeinschaft sowie um eine identitäre Abgrenzung von den Franzosen. Deswegen zeigten sie sich auch den oftmals assimilationswilligen *Jeunes-Algériens* gegenüber ablehnend und verweigerten die mit der Aufgabe des *Statut Personnel* einhergehende Naturalisierung. Gleichzeitig rechneten sie jedoch auch mit dem anderen Lager der muslimischen Elite, den *Grandes familles* und *Caid*s ab. Diese standen für die Kollaboration des 19. Jahrhunderts mit den Kolonialherren und herrschten in ihren meist ländlichen Einflussgebieten – in Einverständnis mit den Franzosen – oftmals feudalähnlich und despotisch. Die Landbevölkerung wurde häufig von den so genannten *Marabouts* in ihrem Glauben bestärkt, dass dies der göttlichen Ordnung entspreche. Die den Reformisten um Abdelhamid Ben Badis nahe stehenden Redakteure von *La Défense* suchten also einen eigenen Weg der „Moderne“, der zwischen den vollständig an Frankreich orientierten *Jeunes-*

⁵⁸³ Siehe CAOM 15H/20: Dossiers de presse. Darunter *La Défense*, 1932-1945.

Algériens einerseits und den im „islamischen Feudalismus“ verharrenden *Grandes Familles* hindurchführte.⁵⁸⁴

Die Ambivalenz bestand dabei nicht nur darin, dass die Journalisten von *La Défense* westliche Partizipationsrechte offen bejahten, in Fragen privater Lebensführung jedoch an ihren Traditionen festhielten, sondern letztlich auch darin, dass sie die Machtfrage nicht offen stellten. Vielmehr bekannte sich die Publikation zu Frankreich und der französischen Souveränität über Algerien und dem in dieser Beziehung bestehenden Status Quo. Doch wurde die Frage nach der Politisierung reformistischen Denkens in der Bewegung kontrovers diskutiert: Während wichtige Persönlichkeiten wie Scheich El Okbi ihr Handeln als völlig unpolitisch betrachteten, war Lamoudi bestrebt, politisch Position zu beziehen und sah in der apolitischen Haltung vieler Muslime die Ursache für die Marginalisierung der muslimischen Gemeinschaft in Algerien. Zwar unterstrich Lamoudi seine Loyalität zu Frankreich und forderte die volle Gültigkeit französischer Gesetze und Rechte für alle Bewohner Algeriens, doch steckte in seinen Forderungen nach vollständiger Gleichstellung und Demokratisierung erheblicher politischer Strengstoff für den Status Quo. Als konsequenter Verfechter der „Personnalité algérienne“, also einer auf arabischer Sprache und muslimischer Religion basierenden Identität, war ihm klar, dass eine solche Demokratisierung den Muslimen überwältigende Stimm- und Entscheidungskraft verleihen und partikularistischen Forderungen den Boden bereiten würde. *La Défense* offenbarte sich also – trotz der weit verbreiteten Wahrnehmung des Reformismus als „apolitische Bewegung“ – als politisch aufmerksam und sensibilisiert: Lamoudis Haltung lief letztlich darauf hinaus, dem muslimischen Algerien nicht nur eine eigene, autonome „Persönlichkeit“ zu verschaffen, sondern die politische Eigenständigkeit – in welcher Form sich dies auch immer ausdrücken würde – vorzubereiten.

V.1) „Recht“ und „Gerechtigkeit“: Die Orientierung an französischen Wert- und Gesetzesnormen als Grundlage für Gleichstellungsforderungen

Sieht man sich die in *La Défense* veröffentlichten Artikel an, so fällt die Häufung der Kategorien „Justice“/„Injustice“ auf, die die Redakteure in ihren Artikeln verwandten. Offensichtlich fühlten sie sich in ihrer Rolle als Sprachrohr der muslimischen Gemeinschaft in ihrem Gerechtigkeitsempfinden verletzt und klagten gegenüber der Administration, aber auch der europäisch-französischen Öffentlichkeit ihren Anspruch auf gerechte Behandlung ein. Nun ist zu fragen, was die Journalisten unter „gerecht“ bzw. „ungerecht“ verstanden. Die

⁵⁸⁴ Siehe beispielhaft *La Défense*, 17.5.1935 sowie ebd., 13.3.1936.

Normen, an denen sie sich hier orientierten, waren die des französischen Staatsbürgerschaftsrechts und der Grundrechte. Sie fungierten als Maßstab für das Gefühl der Ungerechtigkeit, das die indigenen Journalisten empfanden; ihnen wollten sie unterstellt, nach ihnen wollten sie gerichtet werden.⁵⁸⁵ In verschiedenen Artikeln verglichen sie das Schicksal ihrer Gemeinschaft wiederholt mit dem der nichtfranzösischen Siedler, die bis ins 20. Jahrhundert hinein aus Spanien, Italien und Malta nach Algerien eingewandert waren. So schrieb beispielsweise Aboulhak: „(Le fait de) vouloir nous intégrer... dans la grande famille française (est interprété comme) la marque d'un nationalisme farouche [...] En tant que Français, nous sommes contre les abus d'où qu'ils viennent et nous ne nous permettrons pas surtout – il y a des lois en France – que des „produits“ de Majorque et de Malte fraîchement débarqués ici... puissent, à la sueur de l'indigène, édifier du jour au lendemain de scandaleuses fortunes!“⁵⁸⁶ Der Journalist brachte hiermit zweierlei zum Ausdruck: Zunächst einmal unterstrich er den Willen der Muslime, sich an die französischen Gegebenheiten anzupassen und sich zu integrieren, ja er bezeichnete sich und die Angehörigen der muslimischen Gemeinschaft sogar als „Français“; zum Zweiten beklagte er bitterlich, dass die gerade erst aus Südeuropa eingewanderten Siedler – im Gegensatz zur indigenen Bevölkerung – automatisch Staatsbürger und französischem Recht unterstellt wurden und unterstellte ihnen, dieses auch noch unwidersprochen zu überschreiten. Die Ungerechtigkeit bestand also aus Sicht von *La Défense* darin, dass der indigenen Gemeinschaft trotz ihrer Integrationsbereitschaft die Staatsbürgerschaft und damit der Genuss der französischen Rechtsnormen vorenthalten blieb, während andere nichtfranzösische Gemeinschaften wie die Malteser, Italiener sowie die algerischen Juden dieses Privileg ohne eigenes Zutun verliehen bekamen.⁵⁸⁷ Die entrüstete Reaktion auf den Ausschluss aus der Rechtsgemeinschaft der französischen Staatsbürger führt vor Augen, dass die Redakteure diesen als ehrverletzend und diskriminierend empfanden und zeigt, wie stark sich *La Défense* an französischen Rechts- und Gesetzesnormen orientierte.

In der Tat betrachteten die Redakteure von *La Défense* das Regime, dem die Muslime in Algerien unterstanden, als „Tyrannei“, also als illegitime Herrschaftsform. Damit war nicht die französische Herrschaft über Algerien als solche gemeint, sondern im Gegenteil die halbherzige Durchsetzung französischer Rechtsprinzipien, welche für die große Mehrheit der

⁵⁸⁵ Siehe beispielhaft den Leitartikel „A propos d'Empire“ in *La Défense*, 1.2.1939, wo es hieß: „Nous ne donnerons notre adhésion sincère et totale qu'à un régime qui soit parfaitement égalitaire... qui accorde à TOUS les droits et les libertés dont jouissent les citoyens.“

⁵⁸⁶ *La Défense*, 20.4.1934.

⁵⁸⁷ Siehe Colette Zytnicki, *La politique antisémite du régime de Vichy dans les colonies*, in: Jacques Cantier; Eric Jennings (Hgg.), *L'empire colonial sous Vichy*, Paris 2004, S. 156.

Muslime keine Gültigkeit besaßen. Lamoudi skizzierte deutlich, welche Hoffnung die Idee der „justice française“ für die Muslime verkörperte: „(Nous avons mené) une longue lutte... pour la conquête de quelques droits et de quelques libertés dans le cadre de la légalité et de la vraie souveraineté française... (Nous sommes toujours) confiants dans la justice de la grande nation sous l'égide de laquelle nous vivons depuis plus d'un siècle.“⁵⁸⁸ Die Unterstellung der Muslime unter französische Rechtsnormen in Fragen von bürgerlichen Freiheiten und politischen Partizipationsrechten stand also ganz oben auf der Prioritätenliste. Deren Durchsetzung brachte Lamoudi hier explizit mit seinem Verständnis von „justice“ in Verbindung. Eindeutig schwebten ihm Idealvorstellungen bezüglich der Französischen Revolution und der Emanzipationskraft der französischen Republik vor Augen, nämlich die politische und rechtliche Inkludierung vormals ausgeschlossener Kategorien unter Berufung auf die Gleichheit aller Menschen. Lamoudi sprach von „vraie souveraineté Française“, was im Unterton mitschwingen ließ, dass die in Algerien bestehende Herrschaftsform in gewisser Weise eine Fratze, eine Karikatur der eigentlichen französischen Idee von Herrschaft war. Die Forderung nach „Gerechtigkeit“ basierte hier also nicht auf der Feststellung rechtlicher Willkür gegenüber den Muslimen, sondern nimmt auf das moralische Gebot Bezug, einen politischen und rechtlichen Idealzustand herzustellen, der seine Vorbilder im langen 19. Jahrhundert fand, in Form der politischen Inkludierung des Dritten Standes während der Revolution, später der Besitzlosen, Juden und anderer gesellschaftlicher Kategorien.

Auf dieses moralische Gebot der Gleichstellung verwiesen die Redakteure von *La Défense* immer wieder und bezogen, neben dem Verweis auf die Grundrechte, ebenso die Aspekte der Wirtschaft und Bildung mit ein: „Jusqu'à quand feindra-t-on ignorer que de ce côté de la Méditerranée il y a un peuple de six millions d'âmes dont les 5/6 meurent de faim et dont les 9/10 des enfants ne trouvent pas place dans les écoles publiques?“⁵⁸⁹ Es ging hier also nicht so sehr um spezifische gesetzliche Regelungen zugunsten der Muslime oder um eine Beendigung der rechtlichen Willkür, von der die indigene Bevölkerung betroffen war. Vielmehr forderte *La Défense* eine Anerkennung der Muslime als ebenbürtig im Namen des Humanismus. Auch Ferhat Abbas, der einige Artikel für die Zeitung verfasste, teilte diese Ansicht: „Le problème algérien relève de la justice humaine.“⁵⁹⁰

Diese von den *La-Défense*-Redakteuren formulierte Wunschvorstellung hatte jedoch mit der Realität der 1930er Jahre wenig gemein. Zwar war 1919 ein Gesetz verabschiedet worden, das auch den Algeriern, die nicht Staatsbürger waren, eine Vertretung in den

⁵⁸⁸ *La Défense*, 15.3.1939.

⁵⁸⁹ Ebd., 14.9.1934.

⁵⁹⁰ Ebd., 14.5.1937.

Gebietskörperschaften, wie den *Délégations Financières*, garantierte.⁵⁹¹ Doch trat die rechtliche Kluft, die nicht nur zwischen den Muslimen und Europäern, sondern auch zwischen den Muslimen und den Juden bestand, deutlich zutage. So etwa im September 1934, als sich Lamoudi über die strafrechtlichen Konsequenzen der gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Todesopfern ereiferte, die wenige Wochen zuvor in Constantine Juden und Muslime miteinander ausgetragen hatten: „Un ivrogne israélite s’est permis d’insulter des Musulmans en prière et de profaner leur mosquée... Le Code n’a prévu pour ce „délinquant“ CITOYEN FRANÇAIS que deux jours de prison et 15 F d’amende. Un élu musulman... a infligé une très légère correction à un agent de sûreté qui l’avait insulté. Ce délinquant simple „sujet français“ a été condamné à un mois de prison et 100 F d’amende... Il y a donc deux justices dans ce pays.“⁵⁹² Der Herausgeber von *La Défense* brachte hier ein deutliches Plädoyer dafür vor, den minderwertigen Status der Muslime nicht länger dafür zu missbrauchen, im Strafrecht mit zweierlei Maß zu messen. Die einzige Lösung dieses Dilemmas war aus seiner Sicht die rechtliche Gleichstellung von Muslimen mit den Europäern und Juden.

Angesichts der schlechten Aussichten, kurzfristig eine solche Gleichstellung zu erreichen, war *La Défense* bisweilen geneigt, die Einbeziehung der Muslime in die Rechtsgemeinschaft französischer Staatsbürger geradezu herbei zu schreiben: „Aux Français de France et d’ici nous signalons la lamentable situation (dans laquelle nous nous trouvons)... Une politique de sagesse et de compréhension, basée sur le respect absolu des droits et libertés de chacun, voilà ce qu’il faut.“⁵⁹³ Dem Autor Lamoudi ging es hier wohl darum, die von ihm verteidigte Gruppe der Muslime als Teil der „chacun“ zu positionieren, also der Gesamtheit der Staatsbürger, auf deren bisweilen divergierende Interessen man mit einer „weisen“ Politik des Ausgleichs reagieren müsse. Die Muslime sollten ganz selbstverständlich als Träger der grundlegenden „droits et libertés“ dargestellt werden, mit dem Ziel, die Zurückhaltung zu überwinden, die bei vielen Europäern hinsichtlich einer rechtlichen Inkludierung der kolonisierten Bevölkerung immer noch vorherrschte. Dabei war die Grundlage für eine postulierte „politique de sagesse et de compréhension“ noch überhaupt gar nicht gegeben: Es herrschten in Algerien wenigstens zwei Rechtsregime, die kaum etwas miteinander zu tun hatten. Die Muslime hatten weder die gleichen Versammlungs- und Publikationsfreiheiten wie die Europäer, noch unterstanden sie dem gleichen Straf- und Beamtenrecht.⁵⁹⁴ Lamoudis Ziel war es, mit diskursiv-publizistischen Mitteln eine Vision des Ausgleichs und der

⁵⁹¹ Siehe Gilles Candar, Jean Longuet (1876-1938): SFIO et Deuxième Internationale, Diss. Lille 1995, S. 268ff.

⁵⁹² *La Défense*, 28.9.1934.

⁵⁹³ Ebd., 14.9.1934.

⁵⁹⁴ Zur Versammlungsfreiheit, siehe Collot, Institutions, S. 288ff. Zum Strafrecht siehe Ebd., S. 190ff. Zur Publikationsfreiheit, siehe beispielhaft Collot, Régime juridique, S. 359ff.

Gleichstellung in den Köpfen zu verankern, die bis dahin über das Stadium einer Idee noch nicht hinausgekommen war.

La Défense bezog sich nicht nur hoffend und bittend auf das moralische Gebot der Gleichstellung aller diskriminierten Minderheiten in einem idealisierten Staat, sondern unterstrich die Verpflichtung Frankreichs, den Muslimen „Gerechtigkeit“ widerfahren zu lassen, und zwar unter Berufung auf die von den Kolonialherren verkündete „Mission civilisatrice“. Die Zeitung reklamierte also nicht nur selbst französische Rechtsnormen für sich; sie erinnerte gleichzeitig die Kolonialherren an das von ihnen selbst gemachte Versprechen, die Kolonien nicht als bloßes wirtschaftliches Beuteobjekt und als rechtsfreien Raum zu betrachten, sondern die Kolonisierten nach Maßstäben europäischer Werte und Gesetze zu beurteilen. *La Défense* bezog sich dabei auf den unausgesprochenen „contrat colonial“, in dem ja gerade der Mangel an „Zivilisation“ die Grundlage für gravierende Statusunterschiede bildete, der jedoch die „Zivilisierung“ der Kolonisierten zum Ziel erhob und deren Emanzipation in Aussicht stellte.⁵⁹⁵ Auf genau diese Emanzipation vertraute nicht zuletzt *La Défense* und setzte dabei große Hoffnung in die Fähigkeiten und den Willen Frankreichs, in Algerien – und hier vor allem unter der indigenen Bevölkerung – „zivile“ Verhaltensweisen zu fördern bzw. herzustellen: „Ce qu’il faudrait faire, c’est... soumettre (les) intelligences paralysées (des Musulmans) à une éducation civique et morale pour leur faire recouvrer leur libre arbitre.“⁵⁹⁶ An anderer Stelle schrieb Ferhat Abbas 1936: „J’ai foi en l’œuvre de la France en Algérie, parce que... en définitive, elle sera une œuvre de libération, d’entente et de paix sociale.“⁵⁹⁷ Der unerschütterliche Glauben an das französische „Zivilisationsversprechen“ wurde zusätzlich durch die Regierungsübernahme der Volksfront im Mai 1936 befeuert, die den Muslimen konkrete Maßnahmen zu ihren Gunsten in Aussicht stellte: „Le gouvernement du Front Populaire, en qui nous avons placé notre ultime espoir, se dispose à tenir la promesse qu’il nous avait faite avant son accession au pouvoir.“⁵⁹⁸ Selbst nach dem Scheitern der von der Volksfrontregierung angestrebten Reformversuche gaben die *La-Défense*-Redakteure ihre Hoffnung auf die Strahlkraft und Beständigkeit innerfranzösischer Überzeugungen nicht auf und beschworen die Wirkungsmacht des

⁵⁹⁵ Sehr gut kommt dieser „Contrat colonial“ in einem Beitrag von Manuel Bugéja im *Bulletin de la Société de Géographie d’Alger* von 1938 mit dem Titel „L’enseignement des indigènes“ zum Ausdruck: „La France apporta la civilisation à Sidi-Ferruche. Elle s’installa en observant une politique d’équité, reconnaissant les droits acquis et les usages. Son attitude était inattaquable dans son programme... Nous nous sommes établis par des moyens prudents et sages au milieu d’un peuple, très arriéré, que nous cherchons à amener pour le fonder en nous.“ Siehe *La Défense*, 23.11.1938.

⁵⁹⁶ *La Défense*, 15.2.1935.

⁵⁹⁷ Ebd., 8.5.1936.

⁵⁹⁸ Ebd., 1.1.1937.

Freiheits- und Gerechtigkeitsideals: „Les Musulmans aiment la France pour son idéal de liberté, de justice et de civilisation... Ils aiment la France, parce que, se refusant à croire qu'elle puisse renier ses propres principes, ils espèrent... que sous peu... elle finira par entendre leur voix et faire droit à leurs légitimes revendications.“⁵⁹⁹ In der Tat wirkte selbst 1939 noch immer der Glauben an das vermeintlich unverfälschte, den Prinzipien der Freiheit, Mündigkeit und Emanzipation benachteiligter Minderheiten verpflichtete Frankreich nach; eine endgültige Absage an Integration und Gleichstellung war aus Sicht der Muslime undenkbar, da dies an die Grundwerte gerührt hätte, die Frankreich repräsentierte. Die reformbejahende Argumentation wurde schließlich um den Aspekt des Eigennutzes erweitert: Die Gleichstellung der Muslime sei nicht nur ein im „contrat colonial“ eingeschlossenes Versprechen, sondern zudem im Eigeninteresse Frankreichs: „(Il s'agit là d') une réforme que l'intérêt supérieur de la France rend nécessaire.“⁶⁰⁰ Im Hinblick auf einen drohenden europäischen Krieg sei die Einheit von Metropole und Kolonien unabdingbar und interne Spannungen und Unruhen der äußeren Sicherheit abträglich.

Die tatsächliche Umsetzung des „Zivilisierungsversprechens“ ließ jedoch auf sich warten. Das Versprechen erschien zunehmend als Herrschaftstechnik mit dem Zweck, die Muslime ruhig zu stellen und ihre Eliten gefügig zu machen. *La Défense*, und im Besonderen Herausgeber und Chefredakteur Lamoudi, waren bemüht, die von den Kolonialherren vorgebrachten Ursachen für die Ungleichbehandlung der kolonisierten Bevölkerung abzustellen: So waren die Senkung der Analphabetenrate, Bildung, die Bekämpfung von „Aberglauben“, „Fatalismus“ und des heterodoxen Maraboutismus sowie die Schaffung eines politischen Bewusstseins unter den Muslimen explizite Ziele von *La Défense*. Anstatt ihre Bemühungen zu unterstützen, konterkarierte, ja sogar kriminalisierte die Administration selbige. So schilderte Lamoudi in seiner Zeitung den 1938 gegen ihn angestregten Prozess aus seiner Sicht: „Un homme est poursuivi uniquement pour avoir lutté toute sa vie pour la liberté, l'égalité et la fraternité... Vous avez à juger un journaliste qui n'a fait qu'user de la liberté de presse.“⁶⁰¹ Lamoudi wies auf den aus seiner Sicht bestehenden Widerspruch zwischen Rechtspraxis und tatsächlichem Vergehen hin. Die Konkretisierung von Presse- und Meinungsfreiheit wurde zum Anlass genommen, gerichtlich gegen den *La-Défense*-Herausgeber vorzugehen. Die Quellen zeigen, dass im Fall der reformistischen Zeitung die Repression in dem Maße anstieg, in dem die Zeitung immer vehementer Reformen und die Gleichstellung der Muslime einforderte. Das „Zivilisierungsversprechen“, das gleichzeitig

⁵⁹⁹ *La Défense*, 4.1.1939.

⁶⁰⁰ Ebd., 1.1.1937. Auch 8.5.1936.

⁶⁰¹ Ebd., 15.6.1938.

auch ein Integrationsversprechen darstellte, entpuppte sich zunehmend als substanzlose Hülle; die „Mission civilisatrice“ erfuhr hierdurch eine massive Entmystifizierung und die französische Kolonialherrschaft eine schleichende Delegitimierung in den Augen der indigenen Bevölkerung.

Der Bezug auf die Presse- und Meinungsfreiheit war Kernpunkt in der Orientierung von *La Défense* an französischen Rechtsnormen. Einerseits hing dieser Aspekt eng mit dem Ziel der Zeitung zusammen, den Muslimen einen aktiven Part in der öffentlichen Kommunikation zu verschaffen und die Entfaltung einer indigenen Publizistik und Öffentlichkeit zu begünstigen. Gleichzeitig war *La Défense* als Zeitung selbst direkt von der Pressegesetzgebung betroffen und hatte häufig genug unter selbiger zu leiden. Die Artikel, die auf die Problematik der Pressefreiheit Bezug nehmen, beklagten immer wieder, wie sehr diese Rechtsinstitution politischen Betrachtungen und Interessen unterworfen sei und als Kampfinstrument gegen die indigene Presse verwandt würde. Anders als die arabischsprachigen Zeitungen, die ohnehin nicht in den Genuss des liberalen Pressegesetzes von 1881 kamen, unterstand *La Défense* als französischsprachige Zeitung mit französischem Verwalter (Juglaret) rechtlich selbigem Gesetz, wurde jedoch Opfer justizieller Willkür. So schrieb Redakteur Aboulhak: „On nous accuse journellement de dénigrer systématiquement les institutions françaises alors que nous ne faisons que nous élever contre ceux qui les piétinent et les prostituent [...] Nous ne nous faisons pas faute de dévoiler les exactions et les turpitudes qui se perpètrent à l’insu du Pouvoir Central... C’est pour cette raison que ceux que nous visons remuent ciel et terre pour arriver à mettre un terme à nos dangereuses révélations.“⁶⁰² Aboulhak verwies hier auf die Interessen Dritter, wie korrupten Bauunternehmern, Großgrundbesitzern oder Politikern, die ein Interesse daran hatten, die indigene Presse zum Schweigen zu bringen. Pressefreiheit war relativ und wurde immer wieder wirtschaftlichen und politischen Interessen geopfert. Das in Frankreich als Grundpfeiler bürgerlicher und publizistischer Freiheiten geltende Pressegesetz von 1881 wurde auf diese Weise ausgehöhlt und zum Spielball persönlicher Interessen gemacht. Aboulhak stellte auch hier erneut private Profiteure einem idealisierten „Pouvoir central“ gegenüber, welcher für die Reinheit und Unverfälschtheit französischer Rechtsnormen stand, sich gegenüber den Überhand nehmenden Privatinteressen aber nicht behaupten konnte.

Die in den 1930er Jahren zunehmend repressive Auslegung der Pressegesetze, die mit der Notwendigkeit der Gefahrenabwehr für die französische Oberhoheit über Algerien begründet

⁶⁰² *La Défense*, 18.5.1934.

wurde, führt die Aushöhlung der Pressefreiheit vor Augen. Während arabischsprachige Organe als „ausländisch“ deklariert und systematisch verboten wurden⁶⁰³, gerieten indigene Zeitungen, die auf Französisch erschienen, immer wieder in Nationalismusverdacht, was ihre Überwachung zur Folge hatte. 1935 wurde eigens das *Décret Régnier* erlassen, nach dem auch Redakteure französischsprachiger Publikationen auf Grundlage des meist vagen Verdachts der „atteinte à la souveraineté française“ angeklagt werden konnten. Genau dies widerfuhr 1938 Lamoudi und Verwalter Juglaret.⁶⁰⁴ Wie vage in ihrem Fall der Verdachtsmoment war, beweist die Anklageschrift, die Lamoudi in einem Artikel zitiert: „Nous nous rendîmes devant M. le juge Rombert qui, après un court interrogatoire, nous notifia l’inculpation „d’avoir attenté à la souveraineté française... OU excité des désordres... OU incité à la résistance active... OU passive aux lois“.“⁶⁰⁵ Der Staatsanwalt machte sich gar nicht die Mühe, den Fall einer näheren Untersuchung zu unterziehen und den Tatbestand näher einzugrenzen. Es ging hier gar nicht um das eigentliche Vergehen, das zu definieren schwer fiel, sondern darum, die Angeklagten unschädlich zu machen und daran zu hindern, ihre Vision eines reformierten Algerien weiter zu propagieren – unter Berufung auf welche Rechtsgrundlage auch immer. Ob Rechtsbeugung oder Fabrikation maßgeschneiderter Gesetze oder Dekrete – das Ziel war das gleiche: Die sich abzeichnende und konkretisierende Emanzipation der Muslime zu blockieren sowie die europäisch-französische Öffentlichkeit gleichzeitig von der Gefährdungslage durch indigene Propaganda zu überzeugen. Dazu schrieb Lamoudi: „N’a-t-on pas réussi, à force de répéter que l’existence des journaux musulmans fait courir le plus grand danger à la domination française, à faire admettre par certains organes parisiens... la nécessité de restreindre la liberté de presse en Algérie?“⁶⁰⁶ In der Repression und Stigmatisierung der indigenen Presse offenbarten sich jedoch nicht nur Heuchelei und Machtfixierung der Kolonialherren, sondern es zeigte sich gleichzeitig der grundlegende Widerspruch des französischen Kolonialprojekts: Das vorgegebene Ziel der „Zivilisierung“ führte ja in letzter Konsequenz zur Emanzipation der Kolonisierten und zur Aufhebung der französischen Herrschaft, und damit zum Ende des Kolonialprojekts selbst. Die Angst vor der Anpassung muslimischer Lebensweisen an die des Westens hatte also auch mit Selbsterhalt und Selbstbehauptung derjenigen zu tun, die das koloniale Algerien politisch und wirtschaftlich dominierten.

⁶⁰³ Siehe Kapitel III.3.2.

⁶⁰⁴ Ebd.

⁶⁰⁵ *La Défense*, 6.7.1938.

⁶⁰⁶ Ebd., 17.8.1938.

V.2) *La Défense* und die Frage der französischen Souveränität über Algerien

Die Forderung nach einer rechtlichen Gleichstellung der Muslime ging im *La-Défense*-Diskurs mit dem Bekenntnis der Loyalität zur französischen Hoheit über Algerien einher. Anders als von der Justiz immer wieder behauptet, unterstützte *La Défense* in keiner Weise separatistische Vorhaben, sondern betrachtete die Präsenz Frankreichs in Algerien als unabdingbar. So schrieb der zeitweise für die Zeitung arbeitende Ferhat Abbas: „La seule réalité existante est l’Algérie en tant que province française, partie intégrante de la nation française... L’Algérie musulmane s’est prononcée pour l’émancipation au sein de la Nation dans le cadre de la Cité Française.“⁶⁰⁷ Abbas brachte hier zum Ausdruck, was Konsens für die Redakteure der reformistischen Zeitung war: Dass nämlich die Emanzipation der Muslime unter französischer Ägide vollzogen werden und als Bezugsrahmen die französische Rechtsordnung haben sollte. Allerdings war Abbas ansonsten in seinen Meinungen nicht repräsentativ für die Zeitung. Er war politisch in der jungalgerischen Bewegung sozialisiert worden⁶⁰⁸ und vertrat assimilationistische Standpunkte, die die meisten *La-Défense*-Redakteure nicht teilten. Die Akzeptanz französischer Herrschaft war jedoch in den 1930er Jahren unter den muslimischen Eliten die Regel, mit Ausnahme der von Messali Hadj geführten Nationalisten. So bekundete Lamoudi 1938 angesichts der außenpolitischen Bedrohung Frankreichs durch Deutschland Solidarität mit der Metropole: „Nous sommes pour la France, contre tous ses ennemis, où qu’ils se trouvent.“⁶⁰⁹ Er verwies auf den Blutzoll, den die Muslime während des Ersten Weltkriegs für Frankreich geleistet hatten und erklärte die Bereitschaft, auch in künftigen Konflikten der Metropole zur Seite zu stehen, unter der Bedingung der Anerkennung grundlegender Rechte für die Muslime. Sicherlich war Lamoudi hier bemüht, die verzwickte Lage Frankreichs auszunutzen: Das Land stand außenpolitisch unter Druck und konnte sich keine inneren Unruhen oder bürgerkriegsähnliche Zustände, wie sie Lamoudi für den Fall der Reformverweigerung in Algerien heraufziehen sah, leisten. Doch basierte das Bekenntnis zu Frankreich selbst von kolonialkritischeren Leuten wie Lamoudi keineswegs nur auf Opportunismus, sondern war stark von einem Idealbild Frankreichs geleitet, das einen fast schon naiven Glauben an das Gute offenbarte: „Nous, Musulmans, qui avons toujours contribué... à la grandeur de la Nation Française, nous ne rêvons pas seulement d’une France forte militairement, mais aussi d’une France forte moralement.“⁶¹⁰ Hier lag ein emphatischer Begriff von „Grandeur“ zugrunde; dieser war positiv konnotiert, obwohl nicht zuletzt die imperiale Expansion Frankreichs zu ihrer Herauentwicklung

⁶⁰⁷ *La Défense*, 17.5.1935

⁶⁰⁸ Siehe sein Buch *Le Jeune-Algérie*, Paris 1938.

⁶⁰⁹ *La Défense*, 23.2.1938.

⁶¹⁰ Ebd., 7.9.1938.

beigetragen hatte. Selbst die koloniale Dimension der französischen „Grandeur“ wurde also nicht in Bausch und Bogen verdammt: „Menacée sur ses frontières, menacée dans son domaine colonial, menacée dans sa position et son avenir de grande puissance, il faut que la France soit forte.“⁶¹¹ Henri Bernier ging sogar soweit, den vollständigen „Anschluss“ Algeriens an das Mutterland zu fordern: „La question du rattachement complet à la France, la question de l'évolution du peuple musulman d'Algérie dans le cadre français n'est pas en cause entre Ferhat Abbas et moi.“⁶¹² Der Forderung nach einer vollständigen Einverleibung durch Frankreich lag die schablonenhafte Unterscheidung der Franzosen in „bons“ und „mauvais“ zugrunde: Hier die Administration und die Siedler, die alles Schlechte verkörperten und deren Einfluss man sich entziehen wollte; in der Metropole die Vertreter des guten, ehrlichen, idealistischen und humanistischen Frankreich, denen man sich überantworten sollte, wie Bernier ausführte. Die Artikel machen deutlich, dass es die ungebrochene Utopie der Gleichstellung in den 1930er Jahren – im Besonderen in der Zeit des *Front Populaire* ab 1936 – immer noch vermochte, Teile der muslimischen Elite zu eindeutigen Loyalitätsbekundungen zugunsten Frankreichs zu bewegen. „Tout ce qu'ils désirent“, so Bernier, „c'est d'être des Français intégraux et complets. Voilà ce qu'ils attendent de vous... Ils le paieront avec leur loyauté.“⁶¹³

In der Tat hatten die Redakteure von *La Défense* – ebenso wie die ihnen nahe stehenden Reformisten – mit nationalistischen Umtrieben und Ideen nichts gemein. Auch hier nahm Ferhat Abbas erneut eine Position ein, die – obwohl in ihrer Tragweite und Konsequenz nicht repräsentativ – dennoch als Zuspitzung der *La-Défense*-Haltung verstanden werden kann: „La France, c'est moi [...] Si j'avais découvert la nation algérienne, je serais nationaliste... Cependant, cette patrie n'existe pas. Je ne l'ai pas découverte. J'ai interrogé l'Histoire, j'ai interrogé les morts et les vivants... Personne ne m'en a parlé.“⁶¹⁴ Abbas war kein Reformist; seine Haltung stieß bei einigen Kollegen, wie Abou Ez Zohra, auf scharfe Kritik⁶¹⁵ und wurde Abbas besonders nach 1945 immer wieder vorgehalten. Dennoch führt eine konsequente Historisierung zu der Erkenntnis, dass die Zeitgenossen vor allem seine Idealisierung von und die Fokussierung auf Frankreich kritisierten, in der Sache jedoch nichts anderes forderten: Nämlich die rechtliche Gleichstellung der Muslime. Während Abbas die Nichtexistenz der algerischen Nation konstatierte und den Integrationswillen der Muslime beschwor, beschrieb Ez Zohra die Praxis kolonialer Diskriminierung und prangerte die der indigenen Bevölkerung

⁶¹¹ *La Défense*, 7.9.1938.

⁶¹² Ebd., 17.5.1935.

⁶¹³ Ebd.

⁶¹⁴ Ebd., 28.2.1936.

⁶¹⁵ Ebd., 20.3.1936.

widerfahrene Ungerechtigkeit an. Das Ziel beider war jedoch das gleiche, nur die Strategien beider Autoren lassen sich in konzilient hier und konfrontativ da unterscheiden. Wenn Abbas in seiner Offenheit bezüglich der „algerischen Nation“ auch alleine dastand, so grenzten sich die *La-Défense*-Mitarbeiter systematisch von nationalistischem Gedankengut ab, sowohl im Diskurs als auch in der Praxis. Aboulhak reagierte mit Unverständnis auf die Anschuldigungen von Seiten der Administration, die Gleichstellungsforderungen trügen einen „nationalistischen Charakter“: „L'appellation (dans ce contexte) de ‚nationalistes musulmans‘ est pour nous un non-sens... (Est présent)... le vif désir qu'ont les indigènes de devenir des Français intégraux!“⁶¹⁶ Lamoudi seinerseits äußerte sich zwar nicht zu der Frage, ob eine algerische Nation existierte; er stellte jedoch die Existenz substanzieller nationalistischer Gefühle in Algerien in Abrede: „Pas plus qu'en Tunisie, ni au Maroc, il n'y a de nationalisme en Algérie.“⁶¹⁷ Lamoudi verwies hier auf die Tatsache, dass die einzige nennenswerte muslimisch-nationalistische Organisation in Form der *Etoile Nord-Africaine* (ENA) 1927 im französischen Exil entstanden war und bis Mitte der 1930er Jahre in Algerien selbst kaum eine Rolle spielte. Dies änderte sich jedoch, als Parteiführer Messali Hadj nach Algerien übersiedelte und hier den PPA gründete. Den von Lamoudi initiierten *Congrès Musulman* und dessen Beschlussfassung unterminierte Hadj, indem er durch populistische Stimmungsmache Teile der unterprivilegierten indigenen Bevölkerung mobilisierte und Lamoudi als Verfechter der Assimilierung und Urheber identitärer Entfremdung brandmarkte.⁶¹⁸ Lamoudi distanzierte sich von Hadjs „programme et action nationalistes“ und verurteilte dessen „destruktives Machwerk“: „Lui seul peut séduire les Musulmans abusés en qui il fait naître des espérances chimériques et, d'autre part, effrayer les Français... qui tremblent à l'idée de voir l'Algérie cesser de faire partie un jour de ce qu'ils appellent le 'patrimoine national'... Messali a déclaré la guerre au Congrès parce que celui-ci demande le rattachement administratif à la France.“⁶¹⁹ Auch wenn Lamoudi nicht so weit ging wie Abbas und die Existenz der algerischen Nation in Abrede stellte, so hielt er eine Statusverbesserung zugunsten der algerischen Muslime nur durch Kooperation mit den Franzosen und unter französischer Herrschaft für möglich. Nationalistisch-populistische Agitation war ihm fremd und erschien ihm kontraproduktiv. Sein gesamtes publizistisches und politisches Projekt war auf den greifbaren Kompromiss mit Frankreich ausgerichtet und ging mit einer Absage an alle Ideen und Handlungen einher, die auf Separatismus abzielten.

⁶¹⁶ *La Défense*, 20.4.1934.

⁶¹⁷ Ebd., 14.12.1934.

⁶¹⁸ Siehe dazu Mahfoud Kaddache, *La vie politique à Alger de 1919 à 1939*, Algier 1970, S. 310ff. und S. 337f.

⁶¹⁹ CAOM 9H/47: *Nationalisme, Mouvements, presse, leaders*, 1937-1938.

Eine Kontroverse, die *La Défense* und Hadj miteinander führten, betraf die so genannte „Naturalisation“, also die Einbürgerung von Muslimen durch den französischen Staat. Hadj warf Lamoudi vor, diese in der Beschlussfassung des *Congrès Musulman* einzufordern und die Muslime auf diese Weise ihrer Identität berauben zu wollen. Nun war die Haltung der Zeitung in dieser Frage durchaus differenziert; zwar plädierte sie für die „Naturalisation“, jedoch unter bestimmten Bedingungen. So lehnte sie die Aufgabe des *Statut Personnel Musulman* – auf den in der Folge noch näher eingegangen wird – ebenso ab wie die „Naturalisation individuelle“ im Zusammenhang mit der Einbürgerung, wie Bernier deutlich machte: „Comprendra-t-on pourquoi nous avons combattu âprement la naturalisation individuelle ... pourquoi nous ne préconisons pas davantage une naturalisation globale au profit des seuls Evolués? [...] Il y a nécessité de part et d'autre à ce qu'une loi d'égalité en faveur de toute la population indigène soit promulguée sans retard, si l'on veut réellement obtenir l'unité, et par conséquent la paix totale.“⁶²⁰ Für Bernier stellte die individuelle Einbürgerung einiger *Evolués* eine Spaltung der indigenen Gemeinschaft dar, die einer Diskriminierung der unterprivilegierten muslimischen Mehrheit gleichkam und nicht zuletzt dem für die politische Ordnung maßgeblichen sozialen Frieden entgegenwirkte. Nichtsdestotrotz waren die Einlassungen der Zeitung zur Naturalisation ein Beweis für den grundsätzlichen Willen, sich der französischen Hoheit über Algerien unterzuordnen, wenn auch unter selbst festgelegten Bedingungen. Ziel war es, die Einbürgerung für einen möglichst großen Personenkreis auszuhandeln und nicht mehr in jedem Einzelfall auf die Großzügigkeit der Behörden angewiesen zu sein. Die Einbürgerung sollte für alle Muslime unabhängig von ihrem Bildungsstand und ihren Meriten (Militär- oder Beamtendienst) erfolgen.

Ebenso bemerkenswert war die Gelassenheit, mit der *La Défense* den Begriff „Empire“ gebrauchte. Dieser wurde keineswegs als Wurzel allen Übels gesehen, sondern als Ordnungsrahmen, in dem sich auch die Muslime unter bestimmten Bedingungen einzurichten vorstellen konnten. Allerdings kritisierte Lamoudi 1939, nach dem Scheitern der geplanten Reformvorhaben unter der Volksfrontregierung, die Gestalt eben dieses Ordnungsrahmens massiv: „L'idée de l'„Empire Français“ fait son chemin et semble faire la joie de tous... Personne ne paraît voir le moindre inconvénient à ce que la patrie des deux Napoléon ait son IIIème Empire comme l'Allemagne a son IIIème Reich et l'Italie son Empire de l'Ethiopie. [...] Nous sommes aujourd'hui pour l'Empire Français, comme hier... Mais nous ne

⁶²⁰ *La Défense*, 8.5.1936.

donnerons notre adhésion sincère et totale qu'à un régime qui soit parfaitement égalitaire.“⁶²¹ Lamoudi rückte das „Empire Français“ in die Nähe von willkürlichen Gewaltdiktaturen wie Hitlerdeutschland und das faschistische Italien, nicht jedoch, ohne jedes Mal schließlich wieder Zustimmungsbekundungen zum „Empire Français“ zu äußern. Nicht die französische Herrschaft als solche stand in Frage, sondern ihre Ausgestaltung sowie die aus seiner Sicht mangelnde Wertschätzung der Muslime im kolonialen Algerien.

Trotz ihres deutlichen Bekenntnisses zur französischen Herrschaft trat die Zeitung immer wieder als Forum für den Kampf um die Deutungshoheit über die Geschichte Algeriens in Erscheinung. Dies stand nicht unbedingt im Widerspruch zur Bejahung der bestehenden politischen Ordnung: Das Interesse für die Geschichte des Landes war eher Ausdruck der Identitätssuche der Muslime. *La Défense* stand argumentativ unter dem Druck der Nationalisten und Teilen des konservativen Flügels der Reformisten, die die von *La Défense* vertretenen Modernitätsvisionen zurückwiesen und als identitätsentfremdend verurteilten. Das Feld der Geschichte bot die Möglichkeit, fern von konkreten politischen Fragen unter Beweis zu stellen, dass man sich der Verwurzelung der algerischen Muslime in einer affirmativen Geschichte bewusst war und sich innerhalb gewisser Grenzen in die jahrhundertealte Tradition des arabischen Algerien stellte. Gerade die vom Reformismus betriebene Propagierung der Rückkehr zu einer auf dem ursprünglichen Islam beruhenden Lebensführung ließ sich gut in einen argumentativen Zusammenhang mit dem verteidigten Geschichtsbild bringen. So zweifelte Aboulhak in einem Artikel von 1934 offen am von den Franzosen verbreiteten Geschichtsbild, man habe es 1830 bei der Landnahme mit „deux millions d'habitants cantonnés dans une existence atroce“ zu tun gehabt: „L'époque d'avant la conquête n'était pas pleine de „tragique horreur“. Il y avait une civilisation sans laquelle l'Europe ne serait pas ce qu'elle est aujourd'hui.“⁶²² Die blühende arabische Zivilisation sei bloß vernachlässigt worden, könne es aber prinzipiell mit der europäischen aufnehmen. Weiter hieß es: „Au point de vue matériel, nos pères n'étaient pas aussi à plaindre... comment expliquer sinon cette résistance acharnée des tribus à la plus grande armée d'Europe? [...] S'il y a eu accroissement de la population musulmane, cet accroissement n'est pas dû aux commodités sociales... à l'hygiène ou à la santé publique...mais au caractère prolifique et à la vitalité de notre race!“⁶²³ Aboulhak widersprach der These, die Franzosen hätten die Muslime 1830 in einem Zustand des totalen materiellen Elends angetroffen und Algerien in ein florierendes Agrarland verwandelt. Ebenso stellte er die Effizienz der Gesundheits- und

⁶²¹ *La Défense*, 1.2.1939.

⁶²² Ebd., 27.4.1934.

⁶²³ Ebd.

Hygienemaßnahmen von Seiten der Kolonialherren zugunsten der indigenen Bevölkerung in Abrede und ließ hier sogar rassehygienische Vorstellungen anklingen: Der Bevölkerungsanstieg sei alleine durch die Stärke und Lebenskraft der „muslimischen Rasse“ zu erklären. Dem Autor ging es darum, das Bild des durch die Franzosen assistierten und aufgepäppelten Muslims in Frage zu stellen und ihn als eigenständigen historischen Akteur zu positionieren. Der Muslim musste aus seiner Stellung als Objekt und bloßem Empfänger herausgelöst und in einen affirmativen Narrativ eingefügt werden.

Dass *La Défense* sich nicht nur an die indigene Bevölkerung wandte, sondern sich auch an der europäischen Presse abarbeitete und sich auf die europäisch-französische Öffentlichkeit bezog, beweisen die Reaktionen des Blattes auf die von der konservativen Presse verbreiteten Geschichtsbilder. So war beispielsweise die *Dépêche Algérienne* bemüht, die Kolonisierung durch die Verherrlichung ihrer Leistungen und Hervorbringungen zu legitimieren, und malte das vorkoloniale Algerien in düstersten Farben: „Avant l’arrivée de nos chefs militaires, l’Administration de ce pays était plongée dans le plus complet désordre: c’était le chaos. Livrées à l’arbitraire de leurs dirigeants... les populations vivaient misérablement dans un état de quasi-servitude. L’existence matérielle languissait, précaire et difficile.“⁶²⁴ Die Kolonisierung sollte hier zum Akt der Befreiung aus materieller und politischer Abhängigkeit stilisiert werden. *La Défense* reagierte in Person von Henri Bernier energisch auf diese Behauptungen und warf der *Dépêche* Geschichtsverzerrung und Eurozentrismus vor: „Il fallait évidemment que nous (Français) fussions entrés dans ce pays en pionniers de la civilisation, ayant pour mission de ...faire disparaître toute trace de barbarie. Il était donc nécessaire que nous y trouvions des esclaves à libérer et des barbares à châtier. [...] Même si nous considérons les populations nord-africaines comme esclaves, elles n’ont lutté contre nos armes que pour conserver leur liberté, et elles n’estiment avoir perdu leur indépendance que le jour où nous les avons vaincues.“⁶²⁵ Bernier unterstrich hier, wie sehr die Wahrnehmung der Kolonialherren und die der Kolonisierten auseinander klafften und sich zwei völlig unterschiedliche Geschichtsbilder offenbarten. Aus seiner Sicht war auch gar nicht so sehr der – aufgrund der Quellenlage – hypothetische Zustand des Landes 1830 entscheidend, sondern vielmehr der unter französischer Herrschaft erzielte Fortschritt für die Muslime: „Il nous appartenait, auprès des Indigènes, de remplir... le mandat civilisateur... L’avons-nous rempli?“ Berniers Antwort ließ keinen Zweifel an seiner Meinung: „Rien n’a été fait... jusqu’en 1930, pour introduire ce peuple dans la patrie commune et lui permettre d’avoir sa part du bien commun... Si l’Algérie, au lieu de tomber en notre pouvoir, était restée tributaire

⁶²⁴ *La Défense*, 17.1.1936.

⁶²⁵ Ebd.

de la Turquie, elle eût suivi le mouvement ascensionnel de cette dernière puissance et se placerait aujourd'hui avec elle au premier rang des peuples civilisés.“⁶²⁶ Der *La-Défense*-Redakteur war also bemüht, den Mythos der „modernisierenden“ und „zivilisierenden“ Kolonialherrschaft zu dekonstruieren und das von der französischen Seite vertretene Geschichtsbild als erfolglosen Versuch der Legitimierung einer versagenden Ordnung zu entlarven. In Berniers Argumentation deutet sich bereits die Abwendung der muslimischen Eliten vom französischen Modellfall an: Der Emanzipationsgehalt der französischen Ordnung falle hinter den der kemalistischen Türkei zurück.

V.3) Die zentrale Rolle von Wissen und Bildung für die „Entwicklung“ der muslimischen Gemeinschaft Algeriens

Ein wichtiger Mosaikstein im Reformprojekt von *La Défense* stellten die Bildungsvisionen dar. Sie waren zentral für das Projekt der propagierten „Erneuerung“ der indigenen Gemeinschaft. *La Défense* übernahm hier eindeutig eine Haltung, die stark von der Weltsicht der *Oulémas* geprägt war. Für eine moralische, geistige und materielle Revitalisierung des muslimischen Algerien bedurfte es einer alphabetisierten Bevölkerung, die sich ihrer angestrebten staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten bewusst war und sich in Fragen von öffentlich-politischer Relevanz engagiert einbrachte. Anders als im europäischen Bildungswesen verknüpften sich im indigenen Unterrichtswesen zivile mit religiösen Elementen. In der Zeit vor der französischen Kolonisierung hatte es vor allem Koranschulen gegeben, in denen Wissen über die heilige Schrift und die arabische Sprache vermittelt wurden.⁶²⁷ Diese wurden mehrheitlich nach 1830 geschlossen, wodurch das traditionelle muslimische Bildungswesen zugrunde ging. Erst 1850 bemühte sich die Administration darum, zumindest der indigenen Oberschicht Schulbildung zu ermöglichen; dafür wurden die so genannten *Ecoles arabe-françaises* eingerichtet oder Schüler in den größeren Städten auf französische Schulen geschickt. Die Resonanz bei den Muslimen fiel jedoch äußerst bescheiden aus: Die westliche und vom Französischen dominierte Ausbildung rief bei vielen Muslimen Überfremdungsängste hervor, so dass die Einschulungsraten unter Muslimen trotz behördlichen Bemühens auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch weit unter 10 % einer Altersklasse lagen.⁶²⁸

Manchen Redakteuren von *La Défense* waren die zumeist auf Ignoranz und Misstrauen beruhenden Vorbehalte vieler Muslime gegen die *Ecoles franco-indigènes* durchaus bewusst.

⁶²⁶ *La Défense*, 17.1.1936.

⁶²⁷ Turin, *Affrontements*, S. 120ff.

⁶²⁸ Colonna, *Lettrés*, S. 7.

Sie unterstrichen nicht zuletzt deshalb die zentrale Bedeutung von Bildung für die indigene Bevölkerung und hielten ihre Landsleute dazu an, die bestehenden Vorurteile zu überwinden. Dazu beriefen sie sich auf Mitarbeiter des Bildungsministeriums, die selbst den emanzipatorischen Gehalt der Schulbildung betonten: „C’est un devoir pour le Gouvernement de la République de commencer l’amélioration de la race vaincue, par l’instruction... On espère que les (indigènes) viendront à nous quand ils seront bien persuadés que nous ne portons pas atteinte à leurs croyances... et que sous le bénéfice de nos lois et de nos institutions, ils pourront augmenter leur bien-être et leur sécurité, sans rien sacrifier de leurs convictions.“⁶²⁹ Dennoch stellte sich die Bildungsfrage auch für *La Défense* komplexer dar als beispielsweise für das Pariser Bildungsministerium. Schulischer Unterricht stand für die Muslime in einer bestimmten Traditionslinie: Er war eng mit der Vermittlung religiöser Inhalte sowie einer sakralen Überhöhung des Arabischen als heiliger Sprache des Koran verknüpft. Unter den Bedingungen der Kolonialherrschaft entwickelte sich das Bedürfnis heraus, in Form des Unterrichts nicht nur Wissensinhalte vermittelt zu bekommen, sondern auch Identitätsbildung zu betreiben, die es möglich machte, sich in einem kolonialen Kontext zu behaupten. Dementsprechend setzte sich nicht zuletzt auch *La Défense* für die Wiedereröffnung von Koranschulen bzw. gegen ihre drohende Schließung ein⁶³⁰: „La fermeture des écoles coraniques serait un acte arbitraire très caractérisé. Le Coran constitue la charte civile et religieuse de tout musulman. Le proscrire serait se livrer à une agression que rien ne justifie.“⁶³¹ Hier machte sich die Nähe der Zeitung zu den Reformisten bemerkbar: Der Islam besaß zwar für Lamoudi keine so große Bedeutung wie für den Begründer und spirituellen Führer der Reformisten, Abdelhamid Ben Badis. Dennoch propagierte auch der *La-Défense*-Herausgeber eine Rückkehr zum ursprünglichen Islam und eine Abkehr vom heterodoxen und maraboutisch⁶³² geprägten Glauben, wie er in Algerien im 20. Jahrhundert mehrheitlich praktiziert wurde. Der Koran hatte „zivile“ Bedeutung und sollte Lebensführung und moralisches Empfinden leiten, wie Lamoudi ausführte. Bernier seinerseits machte konkrete Vorschläge, wie der Koranschulunterricht organisiert werden könnte: „Sous l’intelligente direction des Oulémas, une classe coranique (pourrait fonctionner) auprès de chaque école franco-indigène, ainsi qu’une Chaire coranique à l’Université.“⁶³³

⁶²⁹ *La Défense*, 18.1.1939.

⁶³⁰ Nach der Schließung der Koranschulen im Zuge der Kolonisierung Algeriens waren in den 1920er Jahren vor allem dank der Bemühungen der Reformisten neue Koranschulen entstanden. *La Défense* unterstützte die Schulgründungen von seiner ersten Ausgabe 1934 an.

⁶³¹ *La Défense*, 25.5.1934.

⁶³² Siehe Kapitel V.6.

⁶³³ *La Défense*, 8.3.1935.

In der Tat machte die Zeitung deutlich, dass sie die Ausweitung indigener Bildung als einen Schritt nach vorne auf dem Weg der „Entwicklung“ der muslimischen Gemeinschaft betrachtete und die von der Administration betriebene Obstruktion scharf verurteilte: „Que signifient ces mesures iniques et barbares auxquelles recourt l’administration algérienne pour empêcher l’instruction du peuple, condition fondamentale de son évolution?“⁶³⁴ Diese Hemmnisse in der Akzeptanz indigener Bildungsbemühungen durch die Administration und die Europäer in Algerien sollten überwunden werden: „Pourquoi s’est-on empressé de fermer (tant d’) écoles coraniques ? [...] Voilà le résultat auquel nous avons abouti après deux années d’efforts au cours desquels nous avons démontré... que l’action que nous menons en faveur de notre peuple n’a qu’un but: attacher définitivement à la France ce peuple... qui a fait preuve de loyalisme et de loyauté.“⁶³⁵ Der Autor warf hier den Behörden vor, Maßnahmen zu sabotieren, die auf nichts anders ausgerichtet waren, als darauf, die von den Kolonialherren aufgestellten Vorgaben zu realisieren. Sicherlich trugen die Dominanz des Arabischen sowie die religiösen Inhalte im Koranschulunterricht nicht zur Vertrauensbildung bei den Behörden bei, doch förderten Letztere eben auch nicht den Ausbau der *Ecoles indigènes* und bekämpften das *Enseignement Arabe Libre*.⁶³⁶ Die Debatte über die Koranschulen offenbarte die spezifische Vision von Modernität, die *La Défense* vertrat. Aus ihrer Sicht war eine Scheidung des Weltlichen vom Religiösen weder Bedingung noch Merkmal von Modernität: „Les commentateurs les plus modernes... sont intraitables (sur le fait qu’)... en Islam, le temporel est inclus dans le spirituel; loi religieuse, loi civile y sont invinciblement... associées.“⁶³⁷ Für *La Défense* stand „Modernität“ vielmehr für die Überwindung der Hand in Hand gehenden Bildungsdefizite der muslimischen Bevölkerung und der heterodoxen Ausübung der islamischen Religion durch die *Marabouts*. Dabei spielte das Religiöse sogar eine besonders wichtige Rolle: Durch die Berufung auf den ursprünglichen Islam und die Schriften Mohammeds konnte nämlich die zeitgenössische Glaubenspraxis glaubhaft delegitimiert werden, während gleichzeitig die neu gegründeten Koranschulen zur Bildung und Alphabetisierung der algerischen Muslime beitrugen.

La Défense hatte also eine spezifische Vision von Modernität, doch war das Denken ihrer Redakteure von den Idealen der Aufklärung beeinflusst. So brachten sie beispielsweise wenig Verständnis dafür auf, dass die Administration die indigenen Bildungsbestrebungen immer wieder sabotierte: „Comme si la culture du peuple algérien pouvait menacer la souveraineté française... Les hommes éclairés (d. h., die indigenophilen Europäer, P. Z.) qui consacrent

⁶³⁴ *La Défense*, 17.4.1939.

⁶³⁵ Ebd., 18.5.1938.

⁶³⁶ Siehe Kapitel I.2.

⁶³⁷ *La Défense* 17.5.1935.

leur généreux dévouement à l'éducation de notre masse... (sont) les meilleurs propagateurs de la civilisation et les meilleurs artisans de la grandeur de l'Empire français... Rassemblons nos forces pour combattre l'obscurantisme, en éclairant les esprits égarés... par le triomphe de la vérité.“⁶³⁸ „Eclairés“, „obscurantisme“ und „vérité“ waren der Sprache der „Lumières“ entlehnt und verwiesen auf die emanzipatorische Kraft freien und selbst bestimmten Denkens, welches – obwohl von Frankreich zum Prinzip erhoben – den Muslimen in Algerien verweigert werde. Entscheidend hier war jedoch der Bezug auf die von Frankreich verkörperte „Civilisation“ und die „Grandeur“ des französischen Kolonialreiches, die den Muslimen im Schulunterricht vermittelt werden sollte. Lamoudi unterstrich, dass die indigenen Bildungsanstrengungen auf das Wettmachen „zivilisatorischer Defizite“ abzielten und in Einklang mit dem „contrat colonial“ ständen: „On réduit à néant tout effort accompli par nous afin de pallier à la carence... (Ces mesures d'obstruction) visent à empêcher à tout prix le relèvement culturel de la masse algérienne. [...] (En même temps) tout le monde est unanime à considérer l'instruction comme étant la base de toute civilisation.“⁶³⁹ Dabei hätten die Muslime bereits große Fortschritte auf ihrem Weg hin zur „Civilisation“ gemacht und benötigten Bestätigung von Seiten der Administration: „La masse algérienne a saisi l'importance et l'utilité de l'enseignement.“⁶⁴⁰

Ein besonders sensibler Punkt stellte für *La Défense* die Frage des Arabischunterrichts dar. Arabisch hatte nicht nur den Status einer „ausländischen“ Sprache, sondern wurde durch die Beschränkungen, die für das *Enseignement Arabe Libre* galten, an seiner Verbreitung gehindert. Der Sprachfrage kam deswegen eine solche Bedeutung zu, weil das Arabische gleich in mehrfacher Hinsicht eine symbolische Bedeutung für die indigene Bevölkerung besaß: Die Sprache war zunächst einmal ein Symbol des identitären Widerstands gegen koloniale Entfremdung und kulturelle sowie religiöse Assimilierung durch die Kolonialherren. Die Pflege des sprachlichen arabischen Erbes signalisierte einerseits eine Hinwendung zu Bildung, die innerhalb der muslimischen Gemeinschaft Algeriens keineswegs selbstverständlich war: In den 1920er Jahren waren ca. 90 % derselben Analphabeten.⁶⁴¹ Auch war die Kenntnis des Hocharabischen sehr schwach ausgeprägt: Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sprach ein Dialektalarabisch, das weit von der Hochsprache entfernt war. Gleichzeitig stellte der Fokus auf den Arabischunterricht eine Form des Widerstands gegen die kulturelle Kolonisierung dar und ermöglichte es *La Défense*, hier ganz den *Oulémas* folgend, sich von den assimilationistischen *Jeunes-Algériens* abzugrenzen.

⁶³⁸ *La Défense*, 17.4.1939.

⁶³⁹ Ebd.

⁶⁴⁰ Ebd.

⁶⁴¹ Colonna, *Lettrés*, S. 7.

Schließlich war Arabisch die Sprache des Koran und besaß als solche eine sakrale Bedeutung: Das Studium der Religion und Theologie konnte nur in dieser Sprache erfolgen; die von *La Défense* propagierte Ausrichtung der Lebensführung auf einen erneuerten Islam war dementsprechend eng mit der Förderung von Arabischunterricht, der oftmals von den *Oulémas* selbst erteilt wurde, verknüpft. Ausdruck fand die Sensibilisierung der Zeitung für die Sprachfrage in zahlreichen Artikeln, die die behördlichen Beschränkungen des Unterrichts angriffen, besonders das vorläufig vollständige Verbot desselben vom 8. März 1938: „On nous dépouille progressivement des majeurs droits et libertés que nous reconnaisent les lois françaises... Le terrible décret du 8 mars 1938 supprime pratiquement l'enseignement de l'arabe.“⁶⁴²

Ein indigenophiler Journalist, Jean Scelles, der gelegentlich für *La Défense* schrieb, brachte das zwischen indigenen Bildungsbestrebungen und behördlichem Misstrauen bestehende Spannungsverhältnis auf den Punkt. Er sah das Hauptproblem in der Vermengung von zivilen und religiösen Aspekten bei der indigenen Bildung, besonders dem Arabischunterricht, liegen. Diese Überschneidung sei für die islamskeptischen französischen Bildungspolitikern sowie die für die *Surveillance des indigènes* zuständigen Sicherheitsbehörden schwer verständlich und ein Hemmschuh für die Ausarbeitung einer adäquaten Integrationslösung. Scelles schrieb: „La question de la langue... est de nature religieuse... Les Européens ne peuvent pas imaginer quelle importance peut avoir dans l'âme d'un peuple, l'étude d'une langue formée par agglutinement d'idées autour de lettres qui ont des significations en soi... Ils ne comprennent pas que cette langue est un reflet direct de l'âme. [...] Dans les limites où les intellectuels musulmans font œuvre strictement religieuse et culturelle... ils ne peuvent être considérés comme des gens troubles ou séditeux.“⁶⁴³ Überspitzt gesagt rief die für die Muslime selbstverständliche religiöse Dimension jeglicher Form von Bildung Misstrauen bei den Kolonialherren hervor, welche selbige als Einfallstor für subversive und antifranzösische Propaganda fürchteten. Auch die Ausweitung des Arabischunterrichts barg für sie die Gefahr einer verminderten Kontrolle indigener Schriften und Publizistik. Dabei erschütterten sie den Glauben der muslimischen Elite an das Integrationsversprechen und werteten die bei den Kolonisierten als Mittel zum Aufstieg hoch im Kurs stehende Bildung ab.

⁶⁴² *La Défense*, 4.5.1938.

⁶⁴³ Ebd., 15.6.1938.

V.4) Die Herausbildung eines politischen Bewusstseins innerhalb der muslimischen Gemeinschaft als zentrales Moment im Denken von *La Défense*

La Défense verfolgte das Ziel, das Denken der Muslime zu politisieren und zur Herausbildung eines politischen Bewusstseins bezüglich der Lage der Muslime als Gemeinschaft beizutragen. Auf diese Weise sollte die häufig von den Muslimen selbst mit „Rückständigkeit“ assoziierte Flucht ins Private überwunden werden. Dies stellte ein ambitioniertes Projekt dar und setzte die Entstehung eines umfassenden Bildungssystems für die Muslime voraus, welches die Grundlage für die Bewusstseinsbildung legen sollte. Nicht zuletzt deshalb standen – wie oben gesehen – schulische Ausbildung und Sprachunterricht im Zentrum der gesellschaftlichen Vision der Zeitung und der *Oulémas*.

Dennoch waren sich die *La-Défense*-Redakteure bewusst, dass die „opinion publique musulmane“ noch am Anfang ihrer Entwicklung stand und angesichts von über 80 % Analphabeten vor allem unter der Landbevölkerung immer noch viele Anstrengungen zu leisten waren: „Ce qu’il faudrait faire, c’est provoquer dans les campagnes un réveil des esprits analogue à celui des villes, inculquer à tous ces esprits frustrés la notion du bien général, soumettre ces intelligences paralysées à une éducation civique et morale pour leur faire recouvrer leur libre arbitre.“⁶⁴⁴ Auch hier verwendete der Autor, Kaddour Sator, Aufklärungsbegriffe wie „réveil des esprits“ und „libre arbitre“. Auf Grundlage eines emphatischen Bildungsbegriffs forderte er, die eingegebene „Intelligenz“ und „Mündigkeit“ der Landbevölkerung endlich zur Entfaltung zu bringen und den Menschen die Verantwortung für ihr Dasein in ihre eigenen Hände zu legen. *La Défense* unterstrich immer wieder, wie wichtig ein Koranschulnetz auch für den ländlichen Raum in Algerien sei. In der Tat sah Lamoudi in der Ignoranz und dem Rückzug ins Private vieler Muslime den größten Hemmschuh für eine Politisierung des Bewusstseins der Bevölkerung. Die Muslime hätten so lange unter Diskriminierung und Ausgrenzung zu leiden, meinte der Herausgeber, wie sie sich fatalistisch mit ihrem Schicksal abfänden und jegliche Ausgrenzung hinnähmen. Lamoudis Fluchtpunkt war die theoretisch entworfene und idealisierte Sphäre indigener Selbstverständigung, in der die Muslime in Interaktion miteinander treten und durch Diskussion zur Problemlösung gelangen sollten.

Lamoudis Haltung war innerhalb der reformistischen Bewegung umstritten. Die *Association des Oulémas* hatte 1931 noch in ihre Statuten geschrieben, sie habe ausschließlich religiöse und kulturelle Zwecke. Doch Lamoudi gelang es, nicht zuletzt den spirituellen Führer der Gruppe, Ben Badis, von der Relevanz einer auch politischen Orientierung der *Oulémas* zu

⁶⁴⁴ *La Défense*, 15.2.1935.

überzeugen. So schrieb Ben Badis in *La Défense*: „Ne croyez pas que je néglige la question politique... Avant d’être un personnage religieux, je suis un indigène algérien, et rien de ce qui intéresse les Indigènes algériens ne me laisse indifférent.“⁶⁴⁵ Lamoudis großer Gegenspieler innerhalb der Gruppe war Scheich El Okbi, der für eine vollkommen apolitische Haltung eintrat. Lamoudis Rücktritt als Generalsekretär 1936 ging nicht zuletzt auf diesen Konflikt, der sich allerdings auch auf persönlicher Ebene immer mehr zugespitzt hatte, zurück. Die Trennlinie innerhalb der *Oulémas* verlief weitestgehend entlang kultureller Grenzen: Während die ausschließlich in arabisierte Umgebung sozialisierten Kader wie El Okbi oder Tewfik El Madani theologischen Debatten und der Sprachunterrichtsfrage höchste Priorität einräumten, neigten zweisprachige und mit französischer Kultur vertraute Mitglieder wie Lamoudi oder auch Ben Badis zu einer stärker diesseitigen und pragmatischen Orientierung sowie zu politischen Stellungnahmen. So schrieb Lamoudi über seine apolitischen Kollegen: „Ces hommes de Dieu ont... le désir de servir la collectivité... Il est étrange que des hommes à la tête de notre mouvement conçoivent différemment le rôle des Oulamas.“⁶⁴⁶ Letztlich ging es eben auch darum, wie man sich zu westlichen Bürgergesellschaften stellte, wie sie Frankreich als Modellfall verkörperte: Bejahte man Demokratie und die Teilhabe des Einzelnen an politischen Entscheidungen oder lehnte man sie ab? Lamoudi fasste sich selbst als einen „intellectuel“ im westlichen Sinne auf, der im politischen Feld zu intervenieren und den „Massen“ geistig, aber auch politisch als Vorbild zu dienen hatte: „Dans tous les pays, les intellectuels composant l’élite, qu’ils s’appellent savants, hommes de lettre, penseurs ou Oulamas, sont désignés pour guider les masses.“⁶⁴⁷

La Défense begrüßte die zunehmende Sensibilisierung der muslimischen Gemeinschaft für öffentliche und politische Belange, die einige Intellektuelle bereits vor dem Ersten Weltkrieg angestoßen hatten, bevor sie sich nach 1918 fast explosionsartig verstärkte und zur Bildung von Zeitungen, Vereinigungen, Lesezirkeln und Interessengruppen geführt hatte. Fast alle Zeitungen wiesen eine mehr oder weniger starke Politisierung auf und diskutierten vorzugsweise die „Politique indigène“ der Administration, aber auch gemeinschaftsspezifische Themen wie den Populismus des Politikers Emir Khaled kontrovers. In den 1930er Jahren konkurrierten bereits die *Jeunes-Algériens*, die Assimilationisten, die *Fédération des Elus*, die *Oulémas* und die Nationalisten um die Gunst der indigenen Gemeinschaft. Der *La-Défense*-Redakteur Aboulhak kommentierte die Herausbildung politischer Lager und eines politischen Bewusstseins mit Zuversicht und

⁶⁴⁵ *La Défense*, 3.1.1936.

⁶⁴⁶ Ebd., 12.2.1937.

⁶⁴⁷ Ebd.

Zustimmung: „Le peuple algérien accomplit à l’heure actuelle la plus grande tâche de son histoire. Cette tâche consiste à prendre conscience de ce qu’il est pour affirmer son droit à ce qu’il veut être... (S’est réalisé) la création et l’unification d’une opinion publique musulmane en Algérie.“⁶⁴⁸ Für Aboulhak gingen mit den Prozessen der Bewusstseinsbildung weitere einschneidende Entwicklungen für die indigene Gemeinschaft einher: Die Identitätsfrage hatte hier große Bedeutung, da Teile der jungalgerischen Elite aufgrund ihrer Sozialisation in französischen Wert- und Denkmustern sowie Teile der unterprivilegierten Bevölkerungsmehrheit aufgrund von Sprache (Dialektalarabisch) und ethnischer Herkunft (Berber) Schwierigkeiten damit hatten, die eigene Identität klar zu bestimmen. Ebenso folgenreich war der Entstehungsprozess einer öffentlichen muslimischen Meinung: Erstmals gab es eine indigene Publizistik sowie einen Kommunikationsraum, in dem Muslime mit Muslimen Selbstverständigung betrieben, politische Argumente und Ideen austauschten. Es entstanden Ansätze einer medialen und politischen Öffentlichkeit, auf deren Grundlage sich feste politische Lager mit spezifischen Programmen herausbildeten, welche um Einfluss bei der Bevölkerung bemüht waren. Auch wenn beispielsweise *La Défense* es so nicht reflektierte, bildeten sich durch diese Prozesse Strukturen heraus, die abseits der europäisch-französischen Öffentlichkeit lagen und Akteure fokussierten, die der französischen Herrschaftselite Algeriens gegenüber standen.

Auffällig ist, wie sehr *La Défense* wichtige Merkmale des französischen Politik- und Rechtssystems, wie zum Beispiel die Bedeutung der freien Presse, bejahte und für die muslimische Gemeinschaft einforderte. So schrieb die Zeitung im April 1937: „Il y a en France trois pouvoirs constitutionnels... Mais l’autre pouvoir, le quatrième, et peut-être le plus puissant, c’est le pouvoir de la presse. C’est cette dernière qui façonne l’opinion publique... qui forme et renverse les gouvernements... Ce sont les grands quotidiens de la colonie... qui ont étouffé la voix du peuple musulman pour des réformes justifiées... Qu’avons-nous à opposer à cette formidable artillerie? [...] Une opinion publique musulmane qui discute aujourd’hui, capable de prendre position.“⁶⁴⁹ *La Défense* war fasziniert vom Einfluss der europäischen Zeitungen in Algerien, und generell von der Machtentfaltung, die vom Prinzip der Pressefreiheit ausging. Als eigenständiger Akteur im Pressespektrum war die Hoffnung groß, eines Tages selber umfassend meinungsbildend zu wirken und politische Ansichten und Ideen zu präfigurieren. *La Défense* glaubte an die Emanzipationskraft des publizierten Wortes und an das Politisierungspotenzial, das der benachteiligten indigenen Bevölkerung innewohnte. Es ging nun darum, die Alphabetisierung unter der Jugend

⁶⁴⁸ *La Défense*, 25.5.1934.

⁶⁴⁹ Ebd., 16.4.1937.

substanziell zu steigern und diese als Leser und schließlich als Träger der von *La Défense* propagierten Ideen zu gewinnen.

Den nächsten Schritt nach vorne stellte aus Sicht der Zeitung die Bildung einer muslimischen politischen Partei dar, mit der sich die formierenden Meinungsspektren und Denkströmungen innerhalb der „*opinion publique musulmane*“ in feste politische Strukturen überführen ließen.. Am Anfang standen Alphabetisierung und Bildung, dann folgten Zeitungsgründungen und freie Diskussion; stellte der sich konstituierende Kommunikationsraum das Fundament für die „*opinion publique musulmane*“ dar, so genügten jedoch freier Ideenaustausch und die Macht des geschriebenen Wortes allein nicht aus, um indigene Interessen zu politischen Forderungen gerinnen zu lassen und zu gesellschaftlichen Visionen zu verdichten. *La Défense*, und hier allen voran Lamine Lamoudi, war einer der wichtigsten Verfechter und Träger des *Congrès Musulman Algérie*, der vom 7. Juni 1936 an Tausende Delegierte in Algier zusammen führte und eine Art Generalstände des indigenen Algerien darstellte.⁶⁵⁰ Ziel war es, die politisch interessierten Muslime jeglicher Orientierung zusammenzubringen und – angesichts der bestehenden rechtlichen und politischen Ausgrenzung – gemeinsam ein Aktionsprogramm zu entwickeln, mit dem man den verantwortlichen französischen Politikern gegenüber treten und diese zu Reformen auffordern konnte. *La Défense* unterstrich schon lange vor dem *Congrès Musulman* die Bedeutung einer Einigung aller Muslime mit dem Verweis darauf, die Spaltungen und internen Konflikte kämen den Kolonialherren zugute: „Il suffit de remporter une victoire plus sur nous-mêmes que sur autrui. Nous n’obtiendrons justice que le jour où nous délaissions nos querelles intestines et où nous unissons nos volontés éparées et coordonnons nos efforts dispersés.“⁶⁵¹ Hier wird erneut das Element der Eigeninitiative deutlich: Für *La Défense* kam es auf das eigene Handeln an und nicht darauf, wie mit den Muslimen als kolonialen Verfügungsobjekten umgegangen wurde. Angesichts der Vielköpfigkeit der indigenen Gemeinschaft und ihres aufkeimenden Bewusstseins von rechtlicher und politischer Benachteiligung bot ein konzertiertes und geschlossenes Vorgehen gute Aussichten, die Administration zu Zugeständnissen zu zwingen. Um die Delegierten zur Einigung und Geschlossenheit zu bewegen, richtete Lamoudi auch während des Kongresses immer wieder Appelle an sie: „Pendant un siècle, nos maîtres impitoyables ont profité de nos divisions et de nos chicanes... Vous savez, chers frères, que tous nos malheurs n’ont pour cause que cette faute criminelle? [...] N’aurez-vous pas le courage, une fois dans votre vie,... de faire le suprême sacrifice pour la cause commune?“⁶⁵²

⁶⁵⁰ Zum *Congrès Musulman* siehe Le Tourneau, *Evolution*, S. 325ff.

⁶⁵¹ *La Défense*, 10.8.1934.

⁶⁵² Ebd., 1.1.1937.

Nach innen stellte der *Congrès* als solcher durchaus einen politischen Erfolg dar, nicht zuletzt für Lamoudi und *La Défense*. Bis auf die National-Populisten um Messali Hadj nahmen Vertreter aller gesellschaftlichen Strömungen am Kongress teil und verabschiedeten nach über einem Jahr Sitzungsdauer eine gemeinsame Charta, welche eine Delegation der französischen Regierung in Paris vorlegte.⁶⁵³ Trotz der Hoffnung der muslimischen Gemeinschaft auf Statusverbesserungen blieb der *Congrès Musulman* nach außen zunächst jedoch wirkungslos, obwohl die Volksfront, welche ambitionierte Pläne für eine Verbesserung der Lage der indigenen Bevölkerung gehegt hatte, die Regierungsgeschäfte führte. Der Druck der Siedlerlobby in Algerien und die sich zuspitzende innenpolitische Lage, die von scharfen Konflikten der Volksfront mit dem rechten und rechtsextremen politischen Lager geprägt war, verhinderten die Durchsetzung des Reformpakets zugunsten der indigenen Bevölkerung in Algerien.⁶⁵⁴ Dennoch war der *Congrès Musulman Algérie* ein Beweis dafür, dass die algerischen Muslime es verstanden, sich politisch zu organisieren, Partikularinteressen hinten anzustellen und klare Forderungen zu artikulieren, wie Henri Bernier pointiert bemerkte: „Le peuple musulman a pris en mains ses destinées... Ce jour a été scellée l’union sacrée entre les différentes catégories de la population musulmane (élus, oulémas, militants)... Tous, de droite ou de gauche, ont du reconnaître que ce Congrès fut... l’expression directe des pensées, sentiments et volontés du monde musulman algérien tout entier.“⁶⁵⁵ Der *Congrès Musulman* stellte eine wichtige Etappe im politischen Reifeprozess der Muslime dar und war vom indigenen öffentlichen Diskurs mit Neugierde und Aufmerksamkeit begleitet worden. *La Défense* beispielsweise berichtete wöchentlich in großer Aufmachung. Sicherlich kann der *Congrès Musulman* dahingehend interpretiert werden, dass er Ausdruck einer Tendenz zur kommunitaristischen Abschließung der Muslime war, die sich zunehmend ihrer Identität bewusst wurden und versuchten, dies auch auf politischer Ebene zu artikulieren. Es zeichneten sich Prozesse der Einigung, der Zentralisierung und der Bündelung politischer und gesellschaftlicher Kräfte ab, die schließlich in die Entstehung einer politischen Massenbewegung mündeten.

In der Tat bestand eine Lehre aus dem Scheitern des *Congrès Musulman* darin, konsequent auf eine Institutionalisierung der politischen Interessenvertretung hinarbeiten. Der *Congrès* hatte den Anfang gemacht und die Muslime in die Kultur der politischen Diskussion eingeführt; eine politische Partei, so befand *La Défense*, müsse nun an seine Stelle treten und die beschlossene Charta dauerhaft zum Programm erheben: „Nous risquons de perdre la

⁶⁵³ Merad, *Réformisme*, S. 186ff. Siehe auch Sivan, *Communisme*, S. 105.

⁶⁵⁴ Gaspard, Dreux, S. 125.

⁶⁵⁵ *La Défense*, 12.6.1936.

meilleure occasion d'agir à l'heure actuelle. Nous avons des revendications. Nous avons des élus sur qui... nous comptons pour les faire aboutir... Pourquoi ne pas élaborer nous-mêmes un projet s'inspirant de notre programme de revendications?“⁶⁵⁶ An anderer Stelle hieß es: „Il faut un parti pour montrer à la face de tous que l'Algérien enfin veut son bonheur et sait exprimer sa volonté.“⁶⁵⁷

Die Funktion dieser Partei wurde von den *La-Défense*-Redakteuren klar umrissen: Sie sollte die „Passivität“ und den „Fatalismus“ vieler Muslime überwinden helfen sowie politische Anstrengungen und Aktivitäten dauerhaft institutionalisieren. Der Glaube war groß, „von oben“ her Strukturen einführen zu können, die letztlich auf die Mentalität einwirkten und diese transformierten. So schrieb Kaddour Sator: „Les Algériens Musulmans se savent aux prises avec les problèmes les plus angoissants... et ils ne font rien pour s'en délivrer... Ils vivent au jour le jour... et lorsqu'ils butent contre la réalité amère, ils appellent le ciel au secours... Il faut un Parti pour démontrer à tous ces coreligionnaires, pour lesquels la vision du progrès social s'arrête au seuil de leur gourbi (maison, P. Z.), qu'il est temps de secouer... leur misère pour essayer d'arriver à un état meilleur.“⁶⁵⁸ Bei Sator offenbarte sich der Glaube an Bildung und an die Erziehung zur Zivilcourage. So hieß es weiter: „(Le marabout) enturbanné représente le summum de la civilisation (pour les campagnards)... Par atavisme, ils ont une peur irraisonnée de l'administrateur et (font preuve d') un défaut complet de courage civique, résultat de l'absence d'éducation.“⁶⁵⁹ Auffällig sind hier die sich gegenüberstehenden Wortfelder der „Zivilisation“ einerseits („civilisation“; „courage civique“; „éducation“) und der „Rückwärtsgewandtheit“ andererseits („atavisme“; „peur irraisonnée“). Sator betrieb bezüglich der indigenen Landbevölkerung Schwarz-Weiß-Malerei auf Grundlage seiner am Westen orientierten Modernitätsvorstellungen, mit dem Ziel, die Notwendigkeit der Parteigründung argumentativ zu untermauern.

Ein weiterer Journalist von *La Défense*, Abdallah, kritisierte die Obrigkeitshörigkeit und Verantwortungslosigkeit des „einfachen Volkes“: „Ce brave peuple n'a pas la dignité pour pouvoir avoir foi en lui-même. Il place cette foi constamment en un homme. Il croit toujours aux „méhdis“. Le 20^{ème} siècle ne permet plus cela. Pour cela, le plus sûr moyen est de lui inculquer certaines notions de démocratie qui le mettront ainsi lui-même en face de ses responsabilités... Une école nous est nécessaire. Ce sera le parti.“⁶⁶⁰ Die Partei sollte dem „peuple“ das Prinzip der Machbarkeit der Dinge vermitteln und ihr den Konnex zwischen

⁶⁵⁶ *La Défense*, 22.5.1936.

⁶⁵⁷ Ebd., 15.2.1935.

⁶⁵⁸ Ebd.

⁶⁵⁹ Ebd.

⁶⁶⁰ Ebd., 25.9.1936.

eigenem Handeln und den daraus erwachsenen Folgen aufzeigen, also ihr Verantwortlichkeit beibringen. Dies hing eng mit der Entstehung eines Identitätsbewusstseins zusammen, von dem aus die indigene Gemeinschaft – seines Platzes gewiss – auf Grundlage von Selbstbestimmung und Bildung die geeignetsten Vertreter bestimmen konnte, anstatt auf „Méhdis“, also Heilsbringer, zu vertrauen. Der Partei kam dabei hauptsächlich die Aufgabe der Erziehung der „Massen“ zu. Sie sollte diese vor allem mit den Spielregeln demokratischer Politik vertraut machen und ihnen klar machen, dass mit Patriarchalismus und Tribalismus kein politischer und gesellschaftlicher Fortschritt zu erreichen sei: „Par le parti disparaîtra le régime de l’irresponsabilité sous lequel a toujours vécu la politique indigène. Les portes politiques s’ouvriraient à tous pour un travail utile. Le contrôle et la critique efficaces pourraient y pénétrer... Le droit de parole accordé aux militants sera le meilleur aiguillon pour l’ élu qui voudra travailler par le Parti, c’est la réunion de tous les éléments populaires, l’union du peuple, l’épanouissement de notre idéal.“⁶⁶¹ Das Fordern von Verantwortlichkeit, „nützlicher“ Arbeit, von Kritik und Effizienz, von freier Rede war auch hier den Idealen der Aufklärung entlehnt. Die unterprivilegierten sozialen Schichten erwarben nicht nur politisches Bewusstsein, sondern wurden in der Vorstellung von Abdallah gleich als Parteiaktivisten rekrutiert und in die demokratisch organisierten innerparteilichen Kommunikationsprozesse integriert. Ohne ebendiese Partei, so die Warnung, verharre das muslimische Algerien jedoch in einem Zustand der öffentlichen Sprachlosigkeit: „Faute de ce parti, il y aura danger pour l’Algérie musulmane qui manquera d’une opinion publique éclairée.“⁶⁶² Zwar riet Abdallah der muslimischen Gemeinschaft davon ab, Vertrauen in „Heilsbringer“ zu setzen, doch muss er sich – wie andere *La-Défense*-Redakteure auch – den Vorwurf gefallen lassen, sich als eigenen Heilsbringer „die Partei“ ausgeguckt zu haben. Auf sie wurde aller Fortschrittsglaube projiziert, sie sollte das Volk zu Demokratie und zivilen Handlungsweisen erziehen, sie galt ihnen als Ausdruck und zugleich Zuspitzung der im Volk vorhandenen politischen Meinung. „Die Partei“ blieb also im Diskurs von *La Défense* ein idealisiertes Konstrukt, das alle vorhandenen Modernitätssehnsüchte in sich vereinte. Die Realität jedoch war voller Widersprüche und Ambivalenzen. Auf der einen Seite verfocht die reformistische Zeitung vehement die Politisierung der indigenen Selbstwahrnehmung und die Herausbildung einer indigenen politischen Öffentlichkeit. Auf der anderen Seite rief sie alle Muslime dazu auf, sich vereint gegen die koloniale Diskriminierung zu stemmen und sich entsprechend politisch – in Form einer Parteigründung – zu organisieren. *La Défense* rückte den gewaltfreien, auf Vernunft basierenden, fortschrittsorientierten Austausch von Ideen in den Vordergrund und

⁶⁶¹ *La Défense*, 25.9.1936.

⁶⁶² Ebd.

blendete dabei aus, dass die Entstehung einer politischen Öffentlichkeit in der Wirklichkeit immer auch mit Meinungsunterschieden, ideologischer Polarisierung und Lagerbildung einherging. Für *La Défense* lief der freie Ideen- und Gedankenaustausch tendenziell eher auf Konsens und Geschlossenheit hinaus; die Redakteure waren sich der Überzeugungskraft ihrer Ansichten sicher. Daher erklärt sich die Erschütterung Lamoudis, als dieser noch während des *Congrès Musulman* den ins Persönliche gehenden Verbalattacken Messali Hadjs ausgesetzt war.⁶⁶³ Dass freier Meinungsaustausch eben auch Populismus und medial transportierte Hetze begünstigte, wollte der Herausgeber nicht wahrhaben. Lamoudi glaubte vielmehr an die zivilisatorische und humanistische Dimension der geistigen und publizistischen Erneuerung der muslimischen Gemeinschaft.⁶⁶⁴ Die Realität widersetzte sich dem Idealismus von *La Défense*: Auch wenn der *Congrès Musulman* in beachtlicher Weise und erstmalig viele Muslime zusammengeführt und hinter einer politischen Absichtserklärung vereint hatte, so hieß dies noch lange nicht, dass alle in der indigenen Gemeinschaft bestehenden ideologischen Strömungen an diesem Einigungsprozess partizipierten. Zu den Attacken Hadjs kam der Streit Lamoudis, Vorsitzender des *Congrès*, mit Dr. Bendjelloul hinzu, der die einflussreiche *Fédération des Elus* führte, den Bund aller in Lokal- und Regionalgremien sitzenden muslimischen gewählten Vertretern. Lamoudi und die ihm ergebene Mehrheit des *Congrès* zwang Bendjelloul nach tagelangen Verbalscharmützeln schließlich zum Rücktritt, nicht ohne dass darunter die viel beschworene Einheit der Muslime stark gelitten hätte.

Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass *La Défense* aus guten Gründen für eine Institutionalisierung politischer Interessenvertretung eintrat, die über bloße publizistische Aktivitäten hinausging. Sie argumentierte plausibel, dass Parteistrukturen am ehesten dazu geeignet waren, die indigene Frage aus ihrem Schattendasein zu befreien und ganz oben auf der politischen Agenda zu etablieren. Der von der Zeitung getragene und publizistisch eng begleitete *Congrès Musulman* stellte einen ermutigenden ersten Schritt in diese Richtung dar. Die in diesem Zusammenhang auftauchenden kommunitaristischen Tendenzen verwiesen auf gemeinschaftliche Abgrenzung, wenn nicht sogar auf erste Anzeichen von Nationsbildung; Entwicklungen wie Zentralisierung, Einigungsbestrebungen und Kräftebündelung waren

⁶⁶³ Siehe den Brief, den Lamoudi an die Adresse Hadjs verfasste, in: CAOM 9H/47: Nationalisme, Mouvements, presse, leaders, 1937-1938.

⁶⁶⁴ Wobei einschränkend hinzugefügt werden muss, dass aus Sicht Lamoudis die Kommunistische Partei Algeriens (KPA) außerhalb der muslimischen Gemeinschaft stand, auch wenn sie formal am *Congrès Musulman* teilnahm. Als sich Amar Ouzegane, Kongressvertreter der KPA, dazu anschickte, auch europäische Parteimitglieder zum *Congrès Musulman* einzubestellen, lehnte Lamoudi sein Ansinnen ab und stellte ihn öffentlich bloß. Ohnehin umrankten Gerüchte den Kongress, nach denen die Kommunisten versucht hätten, die Veranstaltung zu unterwandern, um so die Beschlussfassung zugunsten ihrer Interessen zu beeinflussen. Dies erhöhte die Vorbehalte gegenüber der KPA und marginalisierte sie in den Kongressausschüssen. Siehe dazu Sivan, *Communisme*, S. 105.

erkennbar. Dennoch konnte sich die muslimische Gemeinschaft den Kehrseiten des Politisierungsprozesses nicht entziehen: Die Entstehung einer indigenen Sphäre öffentlicher Kommunikation ging mit überbordendem Medienaufkommen und deren Instrumentalisierung einher, sie wurde begleitet von ideologischen Polarisierungen bis hin zu persönlichen Beleidigungen und Bedrohungen; Hetze, Populismus und tiefe Gräben wie zwischen den Reformisten und Nationalisten waren Teil dieser Entwicklung. Gemeinschaftliche Abschließung und Abgrenzung von Frankreich wurden bejaht; gleichzeitig jedoch durchtrennten neue Grenzen diese sich konstituierende Gemeinschaft. Die von *La Défense* idealisierte und überhöhte Gemeinschaft, verdichtet in „der Partei“, wies tiefere Risse und Abgründe auf, als die Journalisten erkennen wollten.

V.5) Die Debatte um den *Statut Personnel Musulman* und die gesellschaftliche Rolle der Religion

Die gesellschaftlichen und politischen Zukunftsvisionen von *La Défense* waren sicherlich in Teilen am französischen Vorbild ausgerichtet und übernahmen Teile dessen Rechts- und Bildungsvorstellungen. Doch wiesen die Projektionen von *La Défense* spezifische Ausprägungen auf und es fanden sich Punkte, an denen ihre Haltung und französische Positionen selten zusammen fanden, wie in Fragen von Glauben und Religion sowie hinsichtlich der Beschaffenheit einer möglichen Staatsbürgerschaft für Muslime.

Letztere wurde von *La Défense* wie gesehen lautstark eingefordert. Doch stellte die Vergabe der Staatsbürgerschaft an die Muslime eine komplexe und viel diskutierte Frage dar. So gab es bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts durchaus die Möglichkeit für die assimilierte Elite, sich mittels der Prozedur der so genannten *naturalisation individuelle* einbürgern zu lassen. Dabei wurden Sprachfähigkeit und Bildungsgrad bzw. militärische Meriten geprüft; zentrales Element war jedoch der Verzicht auf den so genannten *Statut Personnel Musulman*.⁶⁶⁵ Dieser bildete die Grundlage für die privatrechtliche Verfasstheit der Muslime: U. a. waren Familien-, Personenstands- und Erbrecht in diesem Statut kodifiziert. Die Administration hatte nach der rechtlichen Eingliederung Algeriens in die französische Republik 1848 darauf verzichtet, die Muslime französischem Privatrecht zu unterstellen.⁶⁶⁶ Neben dem Strafrecht, das besonders repressiv war und sich deutlich von den Bestimmungen für französische Staatsbürger unterschied, stellte dieser Rechtsbereich also eine weitere Scheide zwischen den *citoyens* und den *sujets français* dar. Aus Sicht des französischen Gesetzgebers war das muslimische Privatrecht unvereinbar mit der Staatsbürgerschaft: Diese

⁶⁶⁵ Ihaddaden, *Presse indigène*, S. 277.

⁶⁶⁶ Collot, *Institutions*, S. 178ff.

schloss Polygamie und die gesetzlich verankerte Benachteiligung der Frau aus. Die *naturalisation individuelle* war in der Praxis nie über ihren Status als Randphänomen hinausgekommen: Bis 1919 hatten gerade einmal knapp 5.000 Muslime von dieser Prozedur Gebrauch gemacht und sich einbürgern lassen.⁶⁶⁷ *La Défense* reagierte auf den bescheidenen Erfolg der *naturalisation* mit der Forderung nach einer Reform des Einbürgerungsprozederes. So wies der Redakteur Henri Bernier darauf hin, dass die *naturalisation individuelle* zwar in der Theorie eine gewisse Konsistenz aufweise, in der Wirklichkeit jedoch als Integrations- und Assimilierungsinstrument versagt habe: „L'avènement de l'assimilation (ne peut se réaliser) qu'en préparant... les conditions nécessaires à son éclosion. La condition principale est... assurément la création d'écoles en nombre suffisant pour permettre d'élever à la française les 900.000 enfants indigènes.“⁶⁶⁸ Bernier griff also erneut eins der Lieblingsthemen der Zeitung, die indigene Bildung, auf und stellte es in einen unmittelbaren Zusammenhang mit der gescheiterten *naturalisation*. Dies erklärte aber noch nicht, warum die französisierte Elite das Angebot der Einbürgerung unter Auflagen weitgehend ausgeschlagen hatte. Bernier führte aus: „(Opter pour la naturalisation individuelle) serait une rupture entre (l'élite évoluée) et la masse musulmane... Bien peu se décident à faire ce pas... Ils ne désirent qu'entrer dans la famille française, mais pas sans leurs familles à eux.“⁶⁶⁹ Bernier argumentierte also, dass das Ziel, die muslimische Elite zur *naturalisation* zu bewegen, nur erreichbar sei, wenn *alle* Muslime in den Genuss der Einbürgerung kämen; die Oberschicht würde die mit der *naturalisation* einhergehende Entfremdung von ihrem Herkunftsmilieu nicht riskieren. Der „Masse“ wiederum sei es wegen der fehlenden Bildung sowie ihrer Verwurzelung in der Tradition unmöglich, den *Statut Personnel Musulman* aufzugeben: „Il serait brutal de provoquer la destruction brusque et immédiate de tout ce qui constitue leur mentalité séculaire, leur religion, leurs mœurs, leurs manières.“⁶⁷⁰ Die Einbürgerung, so Bernier weiter, entfalte assimilatorische Wirkung und müsse deswegen umgehend für alle algerischen Muslime durchgesetzt werden. Der Autor trat hier also nachhaltig für eine Verknüpfung von westlichen Partizipationsrechten mit muslimischen Vorstellungen von privater Lebensführung ein. Die Grund- und politischen Rechte inklusive eines liberalen Strafrechts sollten gewährt, die privatrechtliche Sonderstellung der Muslime unter Berufung auf ihre Verhaftung in der Tradition jedoch unangetastet bleiben.

Nicht nur in diesem Beispielfall war es Henri Bernier, der sich der Frage des *Statut Personnel* hauptsächlich annahm. Möglicherweise wollte *La Défense* unter Beweis stellen, dass man

⁶⁶⁷ Kaddache, *Nationalisme*, S. 75f.

⁶⁶⁸ *La Défense*, 8.3.1935.

⁶⁶⁹ Ebd.

⁶⁷⁰ Ebd.

auch als Christ und Franzose plausibel für die so genannte *Citoyenneté dans le statut* eintreten konnte. So betonte er in durchaus nachvollziehbarer Weise, dass die Muslime ungefragt französischer Herrschaft unterstellt und zu „sujets français“ gemacht worden waren. Dann, so Bernier, müsse man sie auch kulturell und religiös so akzeptieren, wie sie seien: „La France, Etat laïque, peut-elle contraindre des hommes qui appartiennent à une religion à adopter la loi d’une autre religion? [...] Le fait que nous avons conquis un peuple oriental nous oblige de tenir compte de la loi religieuse de ce peuple.“⁶⁷¹ In der Tat war die Sichtweise der Franzosen rigide und eurozentrisch. Die Muslime waren von ihnen kolonisiert und in gewissen Grenzen kulturell beeinflusst worden. Daraus ergaben sich für die Kolonialherren Verpflichtungen, zu denen auch die mittelfristige Einbürgerung der kolonisierten Bevölkerung zählte. Denn diese hatte ja nicht die Wahl: Eine andere Staatsbürgerschaft als die französische konnte sie schließlich nicht annehmen. Dass Rechtsinstitutionen wie die Polygamie und die Unterordnung der Frau Teil des *Statut Personnel Musulman* waren und auf französischer Seite immer wieder zum Vorwand genommen wurden, diesen für unvereinbar mit dem *Code Civil* zu erklären, konnte aus Sicht Berniers nichts an der Richtigkeit der *Citoyenneté dans le statut* ändern. Jahrhundertealte kulturelle Gewohnheiten und Bräuche standen mit der Ausübung politischer Rechte in keinerlei Zusammenhang, wie Bernier ausführte: „Qu’est-ce qui empêche un polygame d’exercer ses droits civiques avec autant d’intelligence que n’importe lequel d’entre nous?“⁶⁷² Abgesehen von der Tatsache, dass die Vielehe sehr selten vorkam und nur unter ganz bestimmten Bedingungen vollzogen werden konnte, zog auch das von französischer Seite geäußerte Argument der Frauenfeindlichkeit kaum, war doch das weibliche Geschlecht zu der Zeit auch in Frankreich hinsichtlich der politischen Partizipation und privatrechtlichen Stellung weit von der Gleichberechtigung entfernt. Das entscheidende Argument Berniers blieb aber der Verweis auf die willkürlich etablierte Kolonialherrschaft, die weder das Recht hatte, die indigene Bevölkerung zu kultureller Anpassung zu zwingen noch dauerhaft von jeglicher politischer Partizipation auszuschließen.

Der *La-Défense*-Redakteur beschwor immer wieder die Gefahr der Spaltung der Muslime in *Evolués* hier und „la masse indigène“ dort und berief sich dabei auf die politische Stabilität, die dadurch gefährdet sein könnte. Der „Masse“ könne man jedoch aufgrund ihrer fehlenden Bildung und ihrer Verhaftung in der Tradition den Verzicht auf den *Statut Personnel* nicht zumuten; daher sei die *Citoyenneté dans le Statut* für alle Muslime der einzig mögliche Ausweg. Schuld an der Bildungsmisere, so Bernier, sei Frankreich: „Près de 6.000.000 d’indigènes (sont restés) non évolués, non assimilés, par suite de la carence de

⁶⁷¹ *La Défense*, 28.6.1935.

⁶⁷² Ebd.

l'Administration...qui engloutit des milliards dont quelques-uns seulement auraient suffi à bâtir des écoles pour indigènes!“⁶⁷³ Bernier übergang hier, dass die Ursachen durchaus auf beiden Seiten zu finden waren: Nach Jahrzehnten der Vernachlässigung indigener Bildung hatte die Administration in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Anstrengungen unternommen, um der indigenen Bevölkerung Schulbildung zu verschaffen. Diese reagierte jedoch zunächst mit Skepsis und Argwohn und lehnte es mehrheitlich ab, ihre Kinder auf die Schulen der Kolonialherren zu schicken. Dies änderte sich erst in den Jahren 1910 bis 1920, in denen die Einschulungsraten von muslimischen Kindern substantiell anstiegen.⁶⁷⁴ Das Geflecht von Ursache und Wirkung war also komplexer, als Bernier es darstellte und seine Argumentation in einer Weise vereinfachend, dass er schnell an Plausibilitätsgrenzen stieß. Er reduzierte die Bringschuld der Muslime auf ein Minimum und sah die Assimilierungschancen dann am größten, wenn die gesamte indigene Bevölkerung umgehend eingebürgert würde. In letzter Konsequenz flüchtete sich Bernier wiederholt in essentialistische Betrachtungen über das Wesen der Muslime und dessen zeitlose Unabänderlichkeit: „Même les élèves de l'Ecole Française... n'ont pas pu... s'affranchir du culte de leurs traditions ancestrales et... ils entendent monter sur un train à deux rails.“⁶⁷⁵ Bernier fasste hier die Gleichzeitigkeit vom Streben nach politischen Partizipationsrechten und dem Festhalten an Traditionen in der privaten Lebensführung metaphorisch: Die Muslime wurden als Insassen eines Zuges dargestellt, der auf zwei Gleisen verkehrte. Trotz seiner verkürzten Sichtweise auf die Frage der Schulbildung machte Bernier deutlich, dass der Glaube der Muslime und ihre privatrechtliche Verfasstheit nichts mit ihrer Fähigkeit zu tun hatten, ihre Rolle als französische Staatsbürger würdig auszufüllen: „Quoi de plus naturel qu'un musulman français s'appuie en même temps sur l'Islam de ses ancêtres et sur la France des temps nouveaux? Peut-il se soustraire à l'un plus qu'à l'autre pour marcher droit? [...] Non, cette double voie, qui lui est nécessaire, est faite pour un seul train et pour un seul parcours... Ceux qui entendent l'emprunter sont également fidèles à l'Islam et à la France.“⁶⁷⁶ Bernier appellierte hier an die französische Seite, mehr Verständnis für die muslimische Gemeinschaft und ihre Auffassung von Religion aufzubringen. Diese war eng mit der rechtlichen und politischen Sphäre verknüpft und konnte – anders als in der laizistischen Republik – nicht einfach ins Private abgeschoben werden. Bernier war sich bewusst, dass es angesichts des republikanischen Gleichheitsprinzips eines rechtlichen Sonderstatus für muslimische Staatsbürger bedurfte: „Il faudra un concordat (par lequel) le „statut musulman“ sera appelé à

⁶⁷³ *La Défense*, 8.5.1936.

⁶⁷⁴ Siehe Colonna, *Lettres*, S. 6ff.

⁶⁷⁵ *La Défense*, 10.1.1936.

⁶⁷⁶ Ebd.

fonctionner légalement en Algérie.“⁶⁷⁷ Der Redakteur unterstrich, dass sich die Muslime – unabhängig von ihrer religiösen Orientierung und ihrer privatrechtlichen Verfasstheit – den Regeln der politischen Sphäre unterordnen und staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten nachkommen würden: „La foi doit s’exprimer dans la vie, s’épanouir socialement au grand jour, sans porter ombrage au pouvoir temporel... C’est sur ce domaine-là qu’un citoyen doit lui être soumis et c’est l’autre rail qui est destiné à porter le train de la société.“⁶⁷⁸

Der Gastbeitrag eines nur der Redaktion bekannten Autors untermauerte Berniers Position und verwies darauf, dass im Islam das Zivile und das Religiöse untrennbar miteinander verwoben seien. Eine Aufspaltung, wie sie die französische Republik 1905 in Form der Einführung des Laizismus vorgenommen hatte, sei in Bezug auf die islamische Religion unmöglich: „En Islam, le temporel est inclus dans le spirituel; loi religieuse, loi civile y sont éternellement liées... Nous ne pouvons exiger... la séparation toute occidentale de la „Foi“, reléguée au domaine intime, et de la „Loi“.“⁶⁷⁹ Dem Autor zufolge war das „Weltliche“ nicht nur mit dem „Spirituellen“ verwoben, sondern Letzterem unterstellt. Ein Großteil des Privatrechts stellte nichts anderes als die Übersetzung religiöser Vorschriften in zivile Rechtsnormen dar. Daraus folgte, dass die denkbare Unterordnung der Muslime unter säkularisiertes französisches Privatrecht – wie im Fall der *naturalisation individuelle* vorgesehen – einer Missachtung islamischer Gebote gleichkam. „C’est pourquoi la naturalisation apparaît à beaucoup une abjuration, une apostasie.“⁶⁸⁰ Pierre Juglaret, Verwalter von *La Défense* und bisweilen auch als Autor in Erscheinung tretend, pflichtete dem anonymen Verfasser bei und ging sogar so weit, das Prinzip westlich-säkularen Rechts als solches als „Mutter aller Gifte“ zu bezeichnen: „Le poison-père, qui est inculqué aux élites algériennes par l’école d’Etat, par l’imprimé, par le cinéma... c’est l’idée du droit existant par soi-même. [...] L’homme se crée-t-il lui-même? Non, bien loin que d’avoir des droits, il doit ... tout à des puissances supérieures.“⁶⁸¹ Recht konnte für Juglaret nur aus göttlicher Quelle stammen; er ging sogar soweit, das Prinzip einer volkslegitimierten Legislative abzulehnen.

Aus dem hier skizzierten Blickwinkel heraus betrachtet machte Berniers Ablehnung, den *Statut Personnel* aufzugeben, Sinn: Selbst den *Evolués*, die trotz ihrer Französisierung zumeist weiterhin im muslimischen Milieu verkehrten, war es so gesehen nicht möglich, sich französischem Privatrecht zu unterstellen und gleichzeitig Muslim zu bleiben. Im Artikel hieß es weiter: „Il serait inutile de répliquer que la foi est une chose et une autre le Statut

⁶⁷⁷ *La Défense*, 15.5.1936.

⁶⁷⁸ Ebd., 10.1.1936.

⁶⁷⁹ Ebd., 17.5.1935.

⁶⁸⁰ Ebd.

⁶⁸¹ Ebd., 9.2.1938.

Personnel... Les commentateurs les plus modernes, les plus libéraux, comme Cheikh Abdou et Rachid Rida insistent que Foi et Statut Personnel sont intimement associés... Rida est à l'avant-garde du mouvement moderniste.“⁶⁸² Religiöses und Weltliches waren also so stark miteinander verzahnt, dass die zur *naturalisation individuelle* berechtigten *Evolués* faktisch vor der Wahl zwischen Einbürgerung und Festhalten am muslimischen Glauben standen; für viele ein zu hoher Preis. Der Verweis des Autors auf die Koranexegeten macht deutlich, dass aus Sicht von *La Défense* das Festhalten an religiös fundierten privatrechtlichen Vorschriften einen „modernen“ Charakter trug. Im indigenen öffentlichen Diskurs standen sich zu dieser Zeit die lange Zeit dominierenden Anhänger der maraboutischen Bruderschaften und die Reformisten gegenüber, welche bezüglich des Glaubens und der religiösen Praxis eine Rückkehr zu den Ursprüngen des Islams forderten. Nur vor diesem Hintergrund kann die Selbsteinschätzung von *La Défense* als „modern“ nachvollzogen werden. Unbedingtes Festhalten am muslimischen Glauben mit allen rechtlichen Implikationen ging also in dieser Modernitätsvision mit dem Einfordern von politischen Partizipationsrechten westlicher Prägung einher. Mit dem Verweis auf die muslimischen „commentateurs les plus modernes... et à l'avant-garde du mouvement moderniste“ untermauerte die Zeitung ihre Ansichten und verlieh ihnen Autorität.

Die skizzierten Debatten um die Einbürgerung der Muslime und den *Statut Personnel* werfen ein bezeichnendes Licht auf die Selbstwahrnehmung, die in bestimmten muslimischen Milieus vorherrschte und nicht zuletzt auch auf ihre Identitätsbildung. Der Erwerb der *Citoyenneté* stellte für *La Défense* eines der begehrtesten Ziele dar, mit anderen Worten der Einbezug in das die französische Nation konstituierende Kollektiv. Es ging nicht primär darum, Teil der französischen Nation zu werden, sondern die damit verbundenen Rechte wahrnehmen zu können. Gleichzeitig spielte diese potenzielle Zugehörigkeit jedoch keine große Rolle; in der Tat spielte bei der überwiegenden Mehrheit der indigenen Bevölkerung in den 1930er Jahren der Nationalismus, und überhaupt die Idee einer algerisch-muslimischen, geschweige denn einer gesamtalgerischen Nation keine Rolle. Bernier wies implizit darauf hin, als er die Prozedur der *naturalisation individuelle* kritisierte: „Les rédacteurs de la loi stupide de naturalisation individuelle ne se sont-ils pas rendus compte de son caractère nocif? N'ont-ils pas vu qu'en offrant la naturalisation individuelle aux indigènes, ils reconnaissent implicitement en eux des „étrangers“ et donnaient un fondement quasi légal au nationalisme algérien?“⁶⁸³ Hierin steckte der Vorwurf, einem nicht existierenden Nationalismus dadurch zur Entstehung zu verhelfen, dass man den Muslimen

⁶⁸² *La Défense*, 17.5.1935.

⁶⁸³ Ebd., 15.5.1936.

die Staatsbürgerschaft verweigerte. Vielmehr spielte die Religionszugehörigkeit eine immense Rolle in der Identitätsbildung: Nicht die Einbürgerung als solche symbolisierte den Verrat an der eigenen Identität, sondern die mit dem Verzicht auf den *Statut Personnel* einhergehende *naturalisation*, wie Lamoudi deutlich machte: „En demandant la naturalisation, l'indigène se reconnaît étranger dans son propre pays... en adoptant un statut différent de celui des siens, il rompt brutalement les liens naturels et juridiques qui sont la raison d'être et font la force de la famille... Il s'agit d'un abominable crime de lèse-religion... Chercher à acquérir la citoyenneté par un autre moyen que son octroi avec conservation du Statut Personnel, c'est... trahir sa cause.“⁶⁸⁴ Der Fortbestand der Gemeinschaft der algerischen Muslime hing aus der Sicht Lamoudis von ihrer religiösen Einheit ab, weshalb diese um jeden Preis verteidigt werden musste. Von einem Denken in nationalen Kategorien war der *La-Défense*-Herausgeber hier weit entfernt.

Die Debatte um den *Statut Personnel*, die in *La Défense* geführt wurde, blieb jedoch komplex, vielstimmig und voller Widersprüche. Dies hing nicht zuletzt damit zusammen, dass *La Défense* oftmals als Forum widerstreitender Meinungen in Erscheinung trat und all diejenigen, die mit Argumenten zum Thema aufwarten konnten, dazu aufrief, in *La Défense* zu publizieren, redaktionsfremde Autoren eingeschlossen. Insofern setzte die Zeitung ihren Anspruch, Träger und Spiegel der „opinion publique musulmane“ zugleich zu sein, exemplarisch um. Selbst die Haltung Henri Berniers, der die *Citoyenneté dans le statut* so vehement verfochten hatte, blieb nicht frei von Doppeldeutigkeiten: So gestand er ein, dass er die *Citoyenneté dans le statut* nicht aus prinzipiellen Gründen verteidigt hatte, sondern eher, weil es die Umstände nahe legten. „Je trouve le rêve de l'assimilation on ne peut plus légitime... Mais c'est pour un lendemain fort éloigné.“⁶⁸⁵ Bernier betonte, dass die Voraussetzungen dafür noch fehlten, die Assimilierung nach erfolgter Einbürgerung aller Muslime jedoch effizient realisiert werden könnte. „Que les partisans de l'assimilation me comprennent: je ne pense pas autrement qu'eux-mêmes.“⁶⁸⁶ Bernier outete sich als grundsätzlicher Befürworter einer totalen kulturellen Angleichung der Muslime an die Europäer, gleichzeitig aber als pragmatischer Verfechter des *Statut Personnel*. Diese Haltung war symptomatisch für eine Zeitung, in dessen Modernitätsvision sich Individualismus und politische Partizipation mit Patriarchalismus und traditionellen Lebensweisen mischten.

Diese innere Zerrissenheit, die die muslimische Gemeinschaft durchzog, fand sich auch in mehreren Gastbeiträgen zum Thema wieder. So machte derselbe Autor, der Bernier unter

⁶⁸⁴ *La Défense*, 12.3.1937.

⁶⁸⁵ Ebd., 8.3.1935.

⁶⁸⁶ Ebd.

Berufung auf Koranexegeten noch Argumente zur alternativlosen Verteidigung des *Statut Personnel* geliefert hatte (siehe oben), deutlich, wie sehr er sich in der Tradition des muslimischen Milieus gefangen fühle: „Les proches, la vieille maman... qui nous reprochent notre culture française... Les anciens camarades qui n’ont pas réussi à se caser dans la société franco-algérienne ne cessent d’exalter le Prophète... Nous sommes esclaves du milieu.“⁶⁸⁷ Der Autor lehnte die *naturalisation individuelle* eigentlich nicht ab, ja er sehnte sie sogar herbei, ohne selbst aktiv die Initiative ergreifen zu wollen: „Nous espérons que vous, Français, nous imposeriez la naturalisation... Nous aurions dit à nos proches: Nous ne l’avons pas voulue... C’était certes une petite hypocrisie. Mais elle arrangeait bien des choses.“⁶⁸⁸ Er wies zudem einen möglichen Ausweg aus der Unvereinbarkeit der unterschiedlichen indigenen und französischen Modernitätsvorstellungen: Nämlich durch die Reform des koranischen Rechts aus sich selbst heraus. So schrieb er: „Le droit musulman n’est pas immuable... De nombreux auteurs non suspects d’hérésie ont fait à cet égard des remarques catégoriques... Ainsi, El Zurkani proclame: „On ne peut trouver étrange que les lois s’adaptent aux circonstances.“ Ahmed Khan écrit: „Nous devons imiter les Arabes des anciens jours qui ne craignaient pas d’ébranler leur foi en imitant Pythagore.“ ...Toutes ces idées ont fini par entrer dans les mœurs et dans la législation elle-même.“⁶⁸⁹ Der Autor konstatierte eine schleichende Säkularisierung des koranischen Rechts, die von Muslimen selbst ausging und nicht von den Kolonialherren aufoktroziert war, mit dem – aus seiner Sicht – „modernen Leben“ als explizitem Fluchtpunkt: „Il a fallu adapter la loi coranique aux exigences de la vie moderne... Il s’est ainsi créé dans tous les pays musulmans un droit séculier à côté du droit coranique.“⁶⁹⁰ Es wird hier wieder deutlich, wie unterschiedlich die Modernitätsvorstellungen im indigenen Milieu selbst waren: Der anonyme Autor hatte eine gänzlich andere Vorstellung von moderner Rechtsentwicklung als *La Défense*, welche die Modernität ja gerade im Festhalten am koranisch fundierten *Statut Personnel* begründet sah. Die in *La Défense* geführte Diskussion über den *Statut Personnel* führte vor Augen, dass manche muslimische *Evolués* aufgrund ihrer Ausbildung an französischen Schulen stärker dazu tendierten, französische Modernitätsauffassungen zu übernehmen und dennoch davor zurückschreckten, den endgültigen Bruch mit ihrem Herkunftsmilieu zu vollziehen. Zur Wahrung der Anonymität waren die meisten Gastbeiträge nicht unterzeichnet und der jeweilige Autor nur der Redaktion bekannt. Die *La-Défense*-Redakteure dagegen hatten eigene Vorstellungen von

⁶⁸⁷ *La Défense*, 17.5.1935.

⁶⁸⁸ Ebd.

⁶⁸⁹ Ebd.

⁶⁹⁰ Ebd.

Modernität und verteidigten den *Statut Personnel* als zivilrechtliche Übersetzung religiöser Gebote und als Symbol muslimischer Identität vehement.

Auch über den spezifischen Diskussionspunkt *Statut Personnel* hinaus zeigte die Haltung von *La Défense* zu den Themen Religion und Glauben, dass sie bestimmte Entwicklungen, die westliche Länder in diesen Bereichen seit 1800 durchlaufen hatten, ablehnend gegenüber stand. So offenbarte Bernier seine Ablehnung des Laizismus in Bezug auf das muslimische Algerien und betonte den Vorrang des Spirituellen vor dem Weltlichen: „Les grandes religions n’ont pas plus d’importance aux yeux de l’Etat que les sociétés sportives ou musicales...L’Etat est tout... Il faudra poser... en face de l’Etat usurpateur, le principe de la primauté du spirituel et le fait de l’indépendance religieuse.“⁶⁹¹ Der Redakteur wies die Verbannung des Religiösen in die Privatsphäre zurück und sah im Nationalismus eine „Zivilreligion“, mit der der Staat die Bevölkerung mobilisieren konnte, ohne vom Prinzip der Marginalisierung der Religion abrücken zu müssen. Bernier wandte sich gegen jegliche Form von Säkularisierung und lehnte die Entwicklung der „modernen Nationen“ ab: „La religion doit avoir la prépondérance sur l’enseignement et le pouvoir civils. C’est pour avoir rejeté ce joug bienfaisant que les nations modernes trouvent leur perte dans l’excès même de leur progrès et de leur civilisation outrancière.“⁶⁹² Die kulturkritische Deutung wandte sich hier gegen „modernen Fortschritt“ und „Zivilisation“ und betrachtete beide als ursächlich für den „Untergang der modernen Nationen“.

Einen Schwerpunkt in der Berichterstattung von *La Défense* bildete die Frage der Religionsfreiheit. Diese war deshalb ein wichtiges Thema, weil mehrere reformistische Kleriker ab 1933 ein Predigtverbot erhielten⁶⁹³ und die Algierer Moscheen im gleichen Jahr der Kontrolle der reformistisch dominierten *Association Cultuelle Musulmane* entzogen wurden. Die Aufsicht übernahm an ihrer Stelle die von der Algierer Präfektur einberufene *Commission du Culte*. Lamoudi ereiferte sich über die „criminelle atteinte à notre liberté de conscience“ und bezeichnete diese Maßnahme als „inique et unique dans l’histoire de la Colonisation“.⁶⁹⁴ Der berechtigte Verweis auf die Verletzung von Grundrechten, die in der *Métropole* unvorstellbar gewesen wäre, wurde allerdings von Bemerkungen Lamoudis flankiert, die sein stark von religiösen Freund-Feind-Bildern geprägtes Denken offen legten: „La Cultuelle Musulmane a été dépouillée de ses prérogatives et il lui a été substitué une Commission présidée par un Catholique. [...] Pendant quatre années entières... notre chef

⁶⁹¹ *La Défense*, 13.3.1936.

⁶⁹² Ebd.

⁶⁹³ Siehe Collot, *Régime juridique*, S. 369.

⁶⁹⁴ *La Défense*, 14.5.1937.

spirituel à nous, Musulmans, fut un Chrétien...C'est une nouvelle atteinte à la dignité des Musulmans.“⁶⁹⁵ Lamoudi offenbarte hier ein exklusives Religionsverständnis, das die Unterstellung unter Andersgläubige nicht tolerierte: Er verwies auf das Ehrgefühl der Muslime, das dadurch verletzt sei, dass ein Christ die Aufsicht über die Algierer Moscheen innehabe.

Schließlich stellte der Redakteur Aboulhak die Konzepte Nationalismus und Islam archetypisch gegenüber und ordnete Ersterem aggressive Borniertheit, Letzterem hingegen universelle Inklusion zu. Er stilisierte den Gegensatz der beiden zu einem Konflikt der „matière“ versus „esprit“. Die Muslime hätten aufgrund des Verfalls ihrer Machtausdehnung und der teilweisen Kolonisierung Abstand von materiellen Verheißungen und Herrschaftsphantasien genommen und sich – angesichts der Machtlosigkeit – in Bezug auf die Heimatliebe ins Innere, in den Glauben zurückgezogen: „La notion de patrie est vivace chez le Musulman. Elle évoque l'esprit, tandis que chez l'Européen elle représente la matière... La patrie est pour l'Occidental un patrimoine terrestre, pour le Musulman une idée. Cette idée, c'est sa foi.“⁶⁹⁶ Aboulhak wollte damit zum Ausdruck bringen, dass ein aggressiver, materialistischer Nationalismus bei den Muslimen keine Wurzeln schlagen könne, sondern sich die Identität im Glauben konkretisiere. Dieser habe sich zur uneinnehmbaren Bastion entwickelt und allen Invasionen westlicher Eroberer widerstanden; islamische Länder konnten zwar eingenommen, nicht aber kulturell westernisiert werden, so die Botschaft. Aboulhak rühmte also die Verwurzelung der Muslime in ihrem Glauben als identitäre Überlebensstrategie. Aus seiner Sicht stellte die Übernahme teleologischer westlicher Denkmuster wie Nationalismus oder ökonomischer Materialismus eine Gefährdung für die Existenz der muslimischen Gemeinschaft dar, weil diese so ihren Zusammenhalt auf materielle Verheißungen stützte, die für die Muslime unerreichbar waren.

So sehr die von *La Défense* verinnerlichte Vision des muslimischen Algerien auf der Durchsetzung weit reichender politischer Partizipations- sowie von Grundrechten und einer Demokratisierung von öffentlicher Kommunikation fußte, so reserviert positionierte sich die Zeitung zu einer „Westernisierung“ des Privaten. Kernpunkt war hier die enge Verknüpfung von Glauben und privater Lebensführung: Während in Frankreich im Zuge des Säkularisierungsprozesses das „Weltliche“ vom „Religiösen“ geschieden worden war, gingen große Teile des muslimischen Privatrechts unmittelbar auf den Koran zurück. Regelungen zur Ehe, zu Scheidung und Polygamie, zum Erbe sowie bezüglich des Statuses der Frau mussten

⁶⁹⁵ *La Défense*, 14.5.1937.

⁶⁹⁶ Ebd., 2.2.1934.

aus Sicht vieler Muslime unangetastet bleiben, da sie göttlicher Quelle entstammten. Im Grunde lief die Säkularisierung des muslimischen Privatrechts ihrer Meinung nach auf eine Aufgabe der islamischen Religion hinaus: Passte man selbige westlichen Vorstellungen an, argumentierten sie, so widersetzte man sich den koranischen Vorschriften und verwirkte seinen Status als Muslim. *La Défense* stellte sich in dieser Debatte für weite Teile der öffentlichen muslimischen Meinung als Forum zur Verfügung, doch tendierte die Zeitung selbst eindeutig zu einer Bewahrung des koranischen Privatrechts. Der Verzicht auf den Glauben, der eine zentrale Rolle für die Identitätsbestimmung der algerischen Muslime spielte, war für sie keine realistische Handlungsoption. Die Modernitätsvision von *La Défense* beruhte sowohl auf der spezifischen Aneignung französischer Modernitätsvorstellungen als auch auf genuin eigenen Ansichten von dem, was aus ihrer Sicht „modern“ war. Der Begriff „modern“ war eindeutig positiv besetzt und hatte legitimierende Wirkung. Trotz der Auffassungsdifferenzen betrachtete *La Défense* die staatsbürgerliche Integration der Muslime als erstrebenswert und als grundsätzlich mit der Beibehaltung privatrechtlicher koranischer Vorschriften vereinbar.

V.6) *La Défense* und „die Anderen“: die Abgrenzung von Teilen der indigenen Elite und vom „mauvais Français“ zu identitätsbildenden Zwecken

Die klare Benennung ihrer Gegner und Feinde stellte für *La Défense* ein wichtiges Mittel der identitären Abgrenzung und der Selbstdefinition dar. Sowohl innerhalb als auch außerhalb der muslimischen Gemeinschaft nahm die Zeitung Grenzziehungen vor: Gemeinschaftsintern zielte das Blatt vor allem auf die *Marabouts* und die indigenen Volksvertreter, während außerhalb der „mauvais Français“, welcher dem idealisierten humanistischen Frankreich dichotomisch gegenüber gestellt wurde, als Negativfolie diente.

Ein wichtiges Feindbild der Zeitung bildeten die so genannten *Marabouts*: Bei ihnen handelte es sich um lebende oder bereits verstorbene Heilige, die verehrt wurden und deren Gräber oder – bei lebenden *Marabouts* – deren Gebetshäuser meist zu regelrechten Pilgerstätten wurden. Oft schlossen sich an die Grabstätte oder das Gebetshaus noch andere Institutionen wie karitative Einrichtungen oder Koranschulen an. Es entstand ein ausgeprägter Heiligenkult, der die religiöse Praxis in Algerien nachhaltig prägte und gerade in ländlichen Gegenden nicht selten die ausschließliche Form der Glaubensausübung darstellte.⁶⁹⁷ Aus Sicht von *La Défense* und der Reformisten im Allgemeinen jedoch handelte es sich bei den

⁶⁹⁷ Siehe dazu Merad, *Réformisme*, S. 58-78.

Marabouts um „charlatans“ und „marchands d’amulettes“, die die Gläubigen in ihrem fehlgeleiteten Glauben bestärkten und durch den um ihre Person entfachten Kult weg führten vom „reinen Islam“. Lamoudi stellte die historische Entwicklung der *Marabouts* wie folgt dar: „(Etant à l’origine pourvus de) mépris absolu des richesses..., de simplicité dans leurs manières,... de modestie, bonté et désintéressement..., les Marabouts acquirent (dès le 16^{ème} siècle) une grande autorité et exercèrent une influence considérable sur les masses asservies, subjuguées, traitées avec incroyable dureté par les princes... Dans la Zaouia, la résidence des Marabouts, ...l’enseignement religieux était donné gratuitement... par des maîtres compétents et dévoués.“⁶⁹⁸ Sie hatten Lamoudi zufolge also zunächst durchaus eine positive Rolle, bevor sie sich ihrerseits korrumpieren ließen: „(Après basculement de l’Algérie) dans une épouvantable anarchie à la suite de la disparition des souverains... les Marabouts, dont le prestige et l’influence étaient énormes, ... se jetèrent dans la mêlée et créèrent eux-mêmes des Domaines sur lesquels ils exerçaient un pouvoir théocratique que personne ne songeait à leur disputer... Le Maraboutisme devint... un redoutable moyen de domination et d’asservissement.“⁶⁹⁹ Hier lag für Chefredakteur Lamoudi das Problem: Die *Marabouts* hätten ihre auf religiöser Fachkenntnis und moralischer Festigkeit beruhende Autorität zu weltlichen Zwecken missbraucht und als Herrschafts- und Bereicherungsinstrument eingesetzt. Zusammen mit dem Heiligenkult disqualifizierte dies die *Marabouts* aus Lamoudis Sicht für eine gesellschaftliche Führungsrolle im Algerien der 1930er Jahre.

Dass die *Marabouts* auch im 20. Jahrhundert noch eine wichtige Rolle spielten und für weite Teile der indigenen Bevölkerung wichtige religiöse Autoritätspersonen darstellten, missfiel den Reformisten, *La Défense* eingeschlossen: Ihr Anspruch bestand darin, die aus ihrer Sicht heterodoxe und auf Bezahlung religiöser Dienstleistungen basierende Glaubenspraxis der *Marabouts* zurückzudrängen und anstelle ihre von der *Nahda* inspirierte Rückkehr zu einer puristischen Religionsausübung zu setzen. Lamoudi verachtete die Haltung der *Marabouts* zum Islam: „On affuble certains Marabouts du titre pompeux de „grands chefs religieux“.“⁷⁰⁰ Mindestens ebenso wichtig war ihre Einstellung zu den von den Reformisten gemachten Reformvorschlägen bezüglich der Staatsbürgerschaft für Muslime, umfassender Schulbildung und politischer Rechte. Die *Marabouts* fürchteten eine Änderung des Status Quo insoweit, als sie zu den traditionellen Eliten des muslimischen Algerien zählten, jedoch nur in geringem Umfang über soziales und kulturelles Kapital wie Bildung, Französischkenntnisse oder

⁶⁹⁸ *La Défense*, 9.2.1934.

⁶⁹⁹ Ebd.

⁷⁰⁰ Ebd., 9.2.1938.

politische Netzwerke verfügten.⁷⁰¹ Aus Sicht der Reformisten waren sie „rückständige Reaktionäre“, die sowohl in ihrer Glaubenspraxis als auch in Fragen von Bildung, technischem Fortschritt und politischer Bewusstseinsbildung hoffnungslos veraltete Positionen einnahmen. So schrieb der Journalist Limam über die *Marabouts*: „Toutes les forces de réaction, le bloc des éléments rétrogrades... sabotent les réformes dont beaucoup des nôtres commencent à désespérer.“⁷⁰² Gerade die Fortschritte im schulischen Bereich griff die privilegierte gesellschaftliche Stellung, die die *Marabouts* einnahmen, an. Immer mehr Muslime hinterfragten die innerhalb der muslimischen Gemeinschaft bestehenden Hierarchien und entwickelten ein Leistungsethos heraus, welches die Machtstellung der *Marabouts* anzweifelte. Dazu schrieb Aboulhak: „Les Marabouts voient leur influence diminuer et leur prestige atteint par l'action combinée des écoles islamo-françaises.“⁷⁰³ Die Reformisten machten die *Marabouts* zudem für den unter Muslimen weit verbreiteten Fatalismus verantwortlich, der ihrem Ziel der Rationalisierung, Politisierung und Ausbildung der Muslime entgegenstand: „(Les Musulmans) vivent au jour le jour... et lorsqu'ils butent contre la réalité amère, ils appellent le ciel au secours de leur malheur... L'élection de Ben Allel (un Marabout, P. Z.) est un résultat de cet état d'esprit.“⁷⁰⁴ Schließlich waren die *Marabouts* den Reformisten auch deshalb ein Dorn im Auge, weil sie seit dem 19. Jahrhundert von der Administration bevorzugt behandelt worden waren und ihre weiterhin privilegierte Stellung innerhalb der muslimischen Gemeinschaft nicht zuletzt diesem Umstand verdankten. Der Journalist Kaddour Sator kommentierte dies wie folgt: „Tous les gens sensés savent... qu'il n'existe pas de plus grand fléau que ces enturbannés marabouts... pour lesquels la plus grande science consiste dans la connaissance approfondie des couloirs des immeubles de l'Administration.“⁷⁰⁵ Der Vorwurf ging jedoch über die bloße Anschuldigung, Kollaborateure zu sein, hinaus: Aus Sicht der Reformisten war die Kombination aus „Rückständigkeit“ und Elitenstatus verhängnisvoll, da nicht nur das Kolonialsystem unhinterfragt blieb, sondern gleichzeitig die muslimische Gemeinschaft um jegliche innere Entwicklung hin zu politischer, kultureller und geistiger Emanzipation gebracht wurde. Die *Marabouts* stellten dieser Logik zufolge ein wichtiges Instrument für die Administration dar, mit dessen Hilfe die Muslime nicht nur unter Kontrolle, sondern gleichzeitig auch in Unwissen und Ignoranz gehalten werden sollten: „Les différents Gouverneurs-Généraux se faisaient les champions de l'obscurantisme et de la régression en couvrant de toute leur autorité le mouvement rétrograde

⁷⁰¹ Merad, *Réformisme*, S. 63ff.

⁷⁰² *La Défense*, 20.4.1938.

⁷⁰³ Ebd., 16.2.1934.

⁷⁰⁴ Ebd., 15.2.1935.

⁷⁰⁵ Ebd.

des marabouts.“⁷⁰⁶ Diese Abgrenzung von den *Marabouts* ging im Diskurs von *La Défense* immer auch mit der Forderung nach einer völlig neu gestalteten Elitenpolitik einher: Frankreich, so Ferhat Abbas, könne nicht mehr auf eine sich im Abstieg befindliche, den Anforderungen der Zeit nicht mehr entsprechende Elite der Notablen und alteingesessenen Familien zählen, sondern müsse im Sinne der Entwicklung Algeriens handeln und demzufolge die französisierten Muslime integrieren und als legitime Repräsentanten ihrer Gemeinschaft akzeptieren. Nur so habe Frankreich eine Zukunft in Algerien.⁷⁰⁷ Die *Marabouts* stellten für *La Défense* eine Art Negativfolie dar, mit deren Hilfe sie deutlich machen konnten, gegen welche Visionen eines zukünftigen Algerien sie sich wendeten und mittels derer sie ihre eigene Identität bestimmten: Die Übernahme von französischen Rechtsprinzipien, politischen Strukturen und technischen Errungenschaften ging dabei mit der Ausrichtung auf einen puristischen Islam und mit einer kulturellen und religiösen Selbstbestimmung innerhalb des kolonialen Systems einher.

Doch bezog sich die Abgrenzung der reformistischen Zeitung nicht nur auf die Notableneliten des 19. Jahrhunderts, sondern ebenso auf Teile der französisierten Eliten. In besonderer Weise missfiel den Redakteuren von *La Défense* die Art und Weise, in der die Muslime auf lokaler Ebene vertreten wurden. In der Tat verfügten sie hier nach dem Ersten Weltkrieg über Vertreter und Abgeordnete, beispielsweise in den *Délégations financières*, den *Assemblées Départementales* sowie dem *Conseil Général*, auch wenn ihre Vertretung in keinem Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung stand.⁷⁰⁸ Hauptproblem in diesem Zusammenhang war für *La Défense* aber gerade nicht diese immer noch die Muslime diskriminierende Repräsentationspraxis, sondern die Art und Weise, in der die muslimischen Vertreter die Interessen ihrer Wähler verteidigten. Man darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass die Kritik von *La Défense* an den gewählten muslimischen Abgeordneten keineswegs uneigennützig war, sondern in engem Zusammenhang mit der Tatsache stand, dass die Reformisten zumindest zu Beginn der 1930er Jahre weitestgehend vergeblich versuchten, sich über Wahlen in die verschiedenen Organe wählen zu lassen.⁷⁰⁹ Die Volksvertreter wurden in zwei Klassen eingeteilt: „Les élus musulmans peuvent être classés en deux catégories: les traîtres et les incapables.“⁷¹⁰ Mit Letzteren waren die Vertreter gemeint, denen es trotz guten Willens an der nötigen Bildung und Qualifikation fehlte, um die Interessen der Muslime –

⁷⁰⁶ *La Défense*, 4.12.1936.

⁷⁰⁷ Ebd., 22.1.1935.

⁷⁰⁸ Siehe dazu Collot, *Institutions*, S. 45ff.

⁷⁰⁹ Siehe beispielhaft die Kommunalwahlen in Algier im Mai 1939, bei denen Lamine Lamoudi antrat, jedoch an einem Kandidaten der nationalistischen PPA scheiterte. Siehe dazu *La Défense*, 28.4.1939 sowie 3.5.1939.

⁷¹⁰ *La Défense*, 28.4.1939.

politische und rechtliche Inklusion, sozioökonomische Verbesserungen, religiöse und kulturelle Autonomie – zu verteidigen. Die Hauptgegner der Reformisten waren jedoch die „traîtres“: „J’entends par „traîtres“ ceux qui avec l’appui de l’Administration Algérienne extorquent par tous les moyens, pression, promesses, menace, les suffrages de leurs coreligionnaires ignorants.“⁷¹¹ Im Zentrum stand hier also die Böswilligkeit der Abgeordneten, welche trotz ihrer Bildung und ihres Bewusstseins von der Diskriminierung der kolonisierten Bevölkerung – so stellte es jedenfalls *La Défense* dar – jegliche Aufsässigkeit vermissen ließen und sich mit der europäischen Mehrheit beispielsweise in den *Délégations financières* soweit arrangierten, dass die muslimischen Vertreter ihren privilegierten Status als Abgeordnete genießen und ihre europäischen Kollegen die politische Agenda quasi ohne oppositionellen Widerstand bestimmen konnten. So schrieb Aboulhak: „Notre peuple a fini par comprendre... que ses ennemis les plus dangereux ne sont pas ceux qui le combattent au grand jour... mais bien ceux qui, sous couleur de les défendre, battent monnaie de ses malheurs à chaque occasion. C’est de nos élus qu’il s’agit.“⁷¹² Gemeint war hier vor allem, dass die Administration, mit dem Vorwurf seitens der Reformisten konfrontiert, die Muslime hätten weiterhin Ausgrenzung und Diskriminierung zu erleiden, ja auf die muslimischen Vertreter verweisen konnte. Diese lieferten ihr gewissermaßen ein Alibi, Reformen weiterhin zu verschleppen, ohne den Muslimen bestimmte Formen der Interessenvertretung vollständig vorzuenthalten. Insofern stellten die muslimischen Vertreter in den Augen Aboulhaks größere Feinde dar als die Administration selbst. Ferhat Abbas ging soweit, die muslimischen Vertreter diskursiv aus der muslimischen Gemeinschaft auszugrenzen, indem er sie „apprentis bourgeois“, „appuis de la classe dominante“ sowie „mercenaires“ bezeichnete.⁷¹³ Ihm zufolge hatten diese durch ihre Anbiederung an die europäische Mehrheitsmeinung in den *Délégations Financières* ihren Status als Vertreter der *Muslime* verwirkt; trotz ihrer Bildung und Französisierung waren sie den Bedürfnissen der Muslime als politisch bewusste Gemeinschaft nicht gerecht geworden.

Die Wahrnehmung des „Franzosen“ war bei *La Défense* stark von Schwarz-Weiß-Denken geprägt: Hier die „bons Français“, die alle Tugenden Frankreichs wie „justice“, „bonté“, „civilisation“ oder „humanité“ verkörperten, dort die „mauvais Français“, die sich zwar als Franzosen ausgaben, jedoch nichts anderes als eine Fratze Frankreichs zur Schau stellten. An erster Stelle stand der reformistischen Zeitung zufolge die französische Administration in

⁷¹¹ *La Défense*, 28.4.1939.

⁷¹² Ebd., 9.3.1934.

⁷¹³ Ebd., 27.4.1934.

Algerien. Sie galt ihr als Instanz, die die mögliche Verständigung zwischen Muslimen und Europäern unmöglich machte, die Ausbeutung der indigenen Bevölkerung begünstigte und die Frankreich zugeordneten Werte durch den Schmutz zog. So warf Redakteur Aboulhak dem *Gouvernement Général* vor, die Integration der Muslime zu sabotieren und stellte diesem das „gerechte Frankreich“ gegenüber: „Le Musulman sent confusément qu’il est impossible que la France veuille le destiner à (l’exclusion sociale)... Il s’interposera toujours, quoiqu’il fasse, un mur infranchissable entre (Paris) et lui... Ce mur infranchissable, c’est le Gouvernement Général de l’Algérie.“⁷¹⁴ „La France“ stellte hier die Regierung in Paris dar, an die die muslimische Elite glaubte und in die sie große Hoffnungen auf Emanzipation und Integration setzte. Sie wurden in der Regel mit Humanismus, Großmut und Gerechtigkeit assoziiert und als ehrliche Anhängerin der politischen und gesellschaftlichen Mündigkeit der Muslime angesehen. Die als Vertreter der Republik eingesetzte algerische Administration bildete gewissermaßen die Negativfolie zur Pariser Regierung: Sie torpedierte in den Augen von *La Défense* die politisch in Paris bereits entworfene Besserstellung der Muslime und verkörperte die „exclusion des Musulmans“. Des Weiteren bezichtigte Lamoudi die Administration der Lüge gegenüber der Pariser Regierung: Da Erstere Letztere mit Informationen über die politische und soziale Lage in Algerien versorgte und sie im Hinblick auf die „politique musulmane“ beriet, war die Administration entscheidend am politischen Umgang mit den Muslimen beteiligt. Lamoudi warf ihr vor, der Pariser Regierung absichtlich Falschinformationen zu übermitteln, mit dem Ziel, die unterprivilegierte Stellung der Muslime zu zementieren: „En vrais amis de la France, nous tenons à lui affirmer qu’elle a été honteusement trompée par ceux qui l’ont renseignée jusqu’ici sur la véritable situation des Indigènes d’Algérie.“⁷¹⁵ Die Administration wurde hier als böswillige Wahrheitsverdrehlerin dargestellt, die die Absichten des „guten und gerechten Frankreich“ unterminierte. Zudem wurde der Administration Machterhalt um jeden Preis vorgeworfen: „Notre Administration n’abdique pas facilement ses privilèges... Si l’un lui est arraché par la loi, elle s’efforce de le reprendre par la violence ou par la ruse.“⁷¹⁶ Erreiche die Kolonialadministration ihre Ziele nicht auf legalem Wege – wie beispielsweise die Kompetenz, die muslimischen Mitglieder der *Assemblées Locales* zu benennen –, so umgehe sie eben die Gesetze, die in Paris gemacht worden waren. Aus der Sicht Lamoudis sprach die Administration so den von Frankreich verkörperten Werten wie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie Hohn und entlarvte ihr wahres Gesicht, das einer Fratze Frankreichs glich.

⁷¹⁴ *La Défense*, 16.2.1934.

⁷¹⁵ Ebd., 22.3.1935.

⁷¹⁶ Ebd., 1.2.1935.

Neben dem Vorwurf des Werteverrats hielt *La Défense* den Politikern, die für die Umsetzung der *Politique musulmane* in Algerien verantwortlich waren, Unfähigkeit und Desinteresse vor. Aboulhak kritisierte fehlendes Fingerspitzengefühl und mangelnde Weitsicht: „On a écrit... que le propre des natures ultra-sensibles était de ressentir à l’avance les grands courants qui transforment les mœurs... Hélas, ce genre d’antennes fait totalement défaut à nos gouvernants.“⁷¹⁷ Lamoudi unterstrich, wie sehr Überlegenheitsgefühl und Unfähigkeit miteinander einhergingen: „L’orgueil de M. Carde (le Gouverneur-Général, P. Z.), sa mentalité de colonialiste intégral tenant avant tout à son prestige personnel et à ses prérogatives... font de lui le gouverneur le moins capable de comprendre l’âme, les sentiments et les aspirations des populations indigènes... le moins apte à gouverner l’Algérie musulmane.“⁷¹⁸ Symptomatisch für die Sichtweise von *La Défense* waren Artikel wie der von Lamoudi zitierte, mit dem Titel „Nous sommes mal gouvernés“. Die Reformisten waren nicht nur von der Unfähigkeit ihrer eigenen muslimischen Vertreter in den verschiedenen lokalen Körperschaften überzeugt, sondern sahen auch die *Politique musulmane* als Sammelbecken sowohl diskriminierender als auch fachlich und menschlich ungeeigneter Entscheidungsträger.

Doch zielte die Kritik von *La Défense* nicht nur auf eine abstrakte, gesichtslose Verwaltungsinstanz, sondern bezog explizit die europäische Bevölkerung Algeriens mit ein: „Parlementaires, délégués financiers, conseillers généraux et municipaux, journalistes, penseurs, écrivains... ont totalement perdu notre estime et notre confiance.“⁷¹⁹ Es ging also nicht nur um das politische Establishment; auch Vertreter der Zivilgesellschaft wie Journalisten und Intellektuelle dienten der reformistischen Zeitung als Negativfolie, die ihr Abgrenzung und Selbstdefinition ermöglichte. Aus Sicht Lamoudis war die Banalisierung und teilweise Negierung hehrer Prinzipien wie „Zivilisierung“ und „Emanzipierung“ skandalös. Diese erwiesen sich seiner Analyse zufolge als leer und substanzlos: „Nous ne nous faisons plus d’illusions sur les idées... de ce monde de privilégiés qui ne poursuivent qu’un seul but: maintenir éternellement et à tout prix leurs nombreux et scandaleux privilèges.“⁷²⁰ Dasselbe Argument des Wertemissbrauchs benutzte Lamoudi auch in einem weiteren seiner Leitartikel in Bezug auf die „réactionnaires algériens“: „Ces forbans ne sont „français“ que dans la limite où cela ne nuit à leur prépondérance, ni à leurs intérêts personnels.“⁷²¹ Auffällig hier ist der Gegensatz zwischen dem die hehren Prinzipien repräsentierenden „français“ und dem von

⁷¹⁷ *La Défense*, 25.5.1934.

⁷¹⁸ Ebd., 9.3.1934.

⁷¹⁹ Ebd., 26.4.1935.

⁷²⁰ Ebd.

⁷²¹ Ebd., 4.3.1938.

Lamoudi geschilderten Opportunismus der „réactionnaires algériens“, die ihren Eigeninteressen alles Prinzipielle unterordneten. Des Weiteren betonte Lamoudi, dass das „nationale Interesse“ Frankreichs sowie das Gemeinwohl „Privatinteressen“ untergeordnet würden: „Le Gouvernement Général a placé le profit immédiat du colon et des grosses entreprises au-dessus de l’“intérêt supérieur“ de la France, sacrifiant les bases morales et culturelles sur lesquelles doit s’édifier l’avenir de la colonisation.“⁷²²

La Défense nahm nicht nur die europäische Bevölkerung Algeriens als Ganzes ins Visier, sondern suchte sich bestimmte Gruppen heraus, deren Verhalten die Zeitung als besonders verabscheuungswürdig ansah. Schoß sich die Zeitung einerseits auf die „Féodaux“ und die „Parlementaires“ ein, so nahm sie auf der anderen Seite die Gruppe der eingewanderten Italiener, die einen bedeutenden Teil der europäischen Einwanderer ausmachten, unter verbalen Beschuss: „C’est au peuple de France lui-même que ces vampires s’en prennent maintenant! Oublieux de leur extraction calabraise ou napolitaine, ces „suce-sang“, pour qui le mot „pays“ se prononce „payez“ ont l’infernal toupet... de traiter d’agitateurs et d’anti-Français non seulement le faible Musulman mais le Français, le pur Français.“⁷²³ Hintergrund dieser Vorwürfe waren die besonderen Spannungen, die zwischen Muslimen und nichtfranzösischen Einwanderern herrschten: Den Muslimen stieß besonders bitter auf, dass die Italiener, Spanier und Malteser verhältnismäßig bald nach ihrer Ankunft die französische Staatsangehörigkeit verliehen bekamen und ihr Überlegenheitsgefühl den Muslimen gegenüber offen zum Ausdruck brachten. Diese Erfahrungen kollidierten mit Lamoudis Gerechtigkeitsempfinden und bestätigten einmal mehr seine Zweifel an der „justice française“. Seine Anschuldigungen waren mehrschichtig: Er schrieb den Italienern in Algerien eine Ausbeutermentalität zu („vampires“; „suce-sangs“) und stellte sie als gesellschaftliche Parasiten da. Das Wortspiel mit „pays“ und „payez“ verweist auf ihre angebliche Käuflichkeit und ihren prinzipienlosen Materialismus. Schließlich greift Lamoudi auch wieder auf die Gegenüberstellung des „pur Français“ und des „Calabrais“ zurück, um die Anmaßung der italienischen Einwanderer zu unterstreichen.

Doch grenzte sich die reformistische Zeitung nicht nur von ihren „natürlichen Feinden“ wie der Administration, der konservativen Presse und den Siedlern ab, sondern distanzierte sich ebenso von Teilen der französischen Linken, deren Unterstützung für die „cause musulmane“ sie als unzureichend empfand. Besonders nach 1938, als sich das Scheitern der Blum-Viollette-Reform, die eine umfassende politische und gesellschaftliche Integration der Muslime sicherstellen sollte, abzeichnete, ging *La Défense* mit der französischen Linken in

⁷²² *La Défense*, 4.12.1936.

⁷²³ Ebd., 20.4.1934.

der Metropole hart ins Gericht: „Où sont nos amis? Nos amis semblent nous abandonner puisqu’aucune réaction de leur part ne s’est produite contre les graves mesures prises à notre rencontre. Nous espérons qu’ils se décident à faire leur devoir envers une population qui les a considérées jusqu’ici comme les véritables, les seuls représentants de l’esprit français, de l’idéal français.“⁷²⁴ Auch wenn Lamoudi die humanistische Linke in Paris hier kritisierte, so kann dennoch von Abgrenzung keine Rede sein. Vielmehr betonte der Journalist die gemeinsamen Werte, die die Muslime und deren „Freunde“ verbanden und Bezug auf die Emanzipationskraft der französischen Republik nahmen.

Die Abgrenzung von politischen und ideologischen Gegnern spielte nicht nur für *La Défense*, sondern für die gesamte reformistische Presse eine bedeutende Rolle. Es ging für sie darum, ihre eigenen Ideen publizistisch zu positionieren und dabei das politische Profil so zu schärfen, dass man die Aufmerksamkeit der potenziellen indigenen Leserschaft auf sich zog, was angesichts der Bescheidenheit des Pressemarktes keine einfache Angelegenheit war. Während innerhalb der eigenen Gemeinschaft die scharfe Kritik an den *Marabouts* und den *Elus* die Chance bot, die Originalität und vor allem die Vorzüge der eigenen Ideen zu unterstreichen, grenzte sich *La Défense* nach außen vor allem gegenüber der Kolonialverwaltung, des politischen und gesellschaftlichen Establishment des europäischen Algerien sowie der nichtfranzösischen Einwanderer, die bei den Redakteuren mitunter Überfremdungsängste schürten, ab. Dies ermöglichte der Zeitung, neben der positiven Bestimmung ihrer Zielsetzungen und Visionen, die Grenzen und Ausschlüsse ihres Denkens und ihrer Programmatik festzulegen und auf diese Weise das eigene politische und ideologische Profil zu schärfen.

Die Analyse des *La-Défense*-Diskurses liefert ein umfassendes Bild von den Wertvorstellungen und Denkkategorien, mit denen eins der zentralen Organe der reformistischen Publizistik der Zwischenkriegszeit die Wirklichkeit erfasste und Zukunftsvisionen von Algerien entwarf. Jenseits der Stigmatisierung des Blattes als „nationalistisch“ von Seiten der Administration und der abschätzigen Abqualifizierung als „rückständig“ von Seiten der assimilationistischen indigenen Presse wird deutlich, dass *La Défense* eine sehr differenzierte und komplexe Vorstellung von den soziopolitischen und kulturellen Verhältnissen in Algerien hatte und keineswegs zu simplifizierender Polemik neigte. Reformistisches Denken war in der Zwischenkriegszeit eine ständige Gratwanderung zwischen der „muslimischen Identität“ einerseits und der Herausforderung und Stimulierung

⁷²⁴ *La Défense*, 4.5.1938.

französischer Modernitätsvorstellungen andererseits. *La Défense* hielt unmissverständlich am Primat des Religiösen fest und betrachtete andere Gesellschaftsbereichen wie Politik und Recht diesbezüglich als nachrangig. Insofern war das Prinzip der Säkularisierung inakzeptabel für die Redakteure: Sie lehnten eine Abschiebung der Religion ins Private ab und verteidigten das aus koranischer Quelle stammende muslimische Privatrecht vehement. Interessant ist, dass sie die Penetration des Religiösen in die Bereiche der Bildung und des Rechts als „modern“ verstanden und diese „Modernität“ explizit positiv konnotierten. Gleichzeitig reklamierten sie aber auch französische Grund- und Staatsbürgerrechte für die indigene Gemeinschaft und entwarfen ein Idealbild „gerechter“ französischer Herrschaft. Auch in Fragen der Stimulierung eines politischen Bewusstseins unter der Bevölkerung und der Schaffung eines funktionierenden Parteiwesens orientierte sich *La Défense* an der französischen Entwicklung. „Frankreich“ wurde schablonenhaft in „gut“ und „böse“ geteilt und den perhorreszierten Siedlern sowie der Administration das von der Metropole verkörperte humanistische „Frankreich“ gegenüber gestellt. *La Défense* leistete insgesamt wichtige Beiträge zur innergemeinschaftlichen Diskussion und war gleichzeitig Träger und Forum zentraler Debatten, so zum *Statut Personnel Musulman* und zur Frage nach der Stimulierung eines politischen Bewusstseins. Der Diskurs der reformistischen Zeitung ist nicht zuletzt deshalb so interessant, weil er sich in einer Zeit relativer Toleranz in Bezug auf die Pressefreiheit entfalten konnte, trotz der Gerichtsverfahren, von denen das Blatt 1938/1939 betroffen war. Ihre Ausgaben zeichnen ein Bild lebhafter, kontroverser Diskussionskultur, die nach 1945 so kaum mehr zu finden war.

VI. „Soziale Frage“ oder „indigene Frage“? *Alger-Républicain* zwischen Klassenkampf und antikolonialem Engagement

Alger-Républicain entwickelte sich gerade nach 1945 zu einer bedeutenden Schnittstelle zwischen europäisch-französischer Öffentlichkeit und der indigenen Sphäre öffentlicher Kommunikation und propagierte offen die Annäherung der beiden Gemeinschaften. Die Zeitung suchte nach Wegen, die hier klaffenden Gräben zu überwinden und ein Gleichgewicht im Zusammenleben von Europäern und Muslimen herzustellen. Auch wenn sicherlich sozialistische, später dann vor allem kommunistische Ideen und Vorstellungen die Leitlinien der Publikation bestimmten und somit die Kategorie Links/Rechts ihren Diskurs entscheidend formte, spielte die „indigene Frage“ dennoch eine Rolle: Anfangs war sie sicherlich weniger bedeutend, rückte aber ab Ende der 1940er Jahre umso stärker in den Vordergrund. Sicherlich argumentierte *Alger-Républicain* weniger von einem genuin indigenen Standpunkt, wie beispielsweise *La Défense*, die kulturelle und religiöse Autonomie für die algerischen Muslime und Respekt vor dem *Statut Personnel Musulman* einforderte. Für *Alger-Républicain* stellte die indigene Frage zunächst einmal quasi ein Anhängsel der grundlegenden Forderung nach einer tief greifenden Demokratisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Algeriens dar: Die „feudalen“ Wirtschaftsstrukturen, die von Patriarchalismus und dem Gutdünken der Unternehmer geprägt waren, sollten genauso reformiert werden wie die undurchschaubaren Verflechtungen zwischen der Politik und umtriebigen, zumeist konservativ und kolonialistisch orientierten Medienunternehmern, welche die europäisch-französische öffentliche Meinung entscheidend beeinflussten und so linke Orientierungen in Diskurs und Praxis marginalisierten. Die Muslime stellten in allen drei Bereichen der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die am stärksten ausgegrenzte Gemeinschaft dar: Auf diese Weise rückte diese als ein besonders prägnantes Fallbeispiel einer sozial, ökonomisch, politisch und rechtlich diskriminierten Gruppe in den Fokus von *Alger-Républicain*. Dass die Muslime aber darüber hinaus auch *als Kolonisierte* und *als Muslime* diskriminiert wurden, spielte im Diskurs der Zeitung zumindest bis 1947 zunächst einmal keine entscheidende Rolle. In der Tat waren die Redakteure – Europäer wie Muslime – sehr viel säkularisierter als bei anderen indigenen Zeitungen, so dass Religion keine große Rolle im Zeitungsdiskurs spielte. Die Publikation war jedenfalls semantisch permanent bemüht, einen Zusammenhang zwischen den ausgebeuteten europäischstämmigen Land- und Industriearbeitern einerseits und den ohnehin unter jeglicher Form von Deprivation leidenden indigenen Bevölkerung herzustellen.

VI.1) Der Republikanismus *Alger-Républicains* und das Projekt der „Entfeudalisierung“ Algeriens

Alger-Républicain war eine in hohem Maße idealistische, auf Prinzipien ausgerichtete Zeitung, die authentisch für ihre Überzeugungen eintrat. Das oberste Ideal der Publikation bestand in der „Demokratisierung“ Algeriens, nicht nur in einem politischen Sinne, sondern auch bezogen auf die ökonomischen, kulturellen, gesellschaftlichen und medialen Partizipationsmöglichkeiten. Aus Sicht der Redakteure war Algerien immer noch von „feudalen“ Strukturen geprägt und verharrte quasi in einem „vorrevolutionären“ Zustand. *Alger-Républicain* war eine der wichtigsten Oppositionszeitungen des Landes und sah sich als Speerspitze einer Bewegung, die grundlegenden Prinzipien wie öffentlicher Diskussion, medialer Machtkontrolle, Meinungsvielfalt und eben auch einer breiten Demokratisierung zahlreicher Lebensbereiche zum Durchbruch zu verhelfen hatte.

Unverkennbar war in der Anfangszeit der Einfluss sozialistischer Ideen auf das Denken der Redakteure: Auch wenn die Zeitung nicht unmittelbar an die sozialistische Partei angebunden war, so stand sie den Ideen der Volksfrontregierung nahe und verdankte ihre Gründung nicht zuletzt dem Impuls des *Front-Populaire*-Wahlsieges im Frühjahr 1936.⁷²⁵ Die überschaubare Zahl an Sozialisten in Algerien fasste im Zuge dieses Erfolges Mut und entschloss sich, auf publizistischer Ebene der Übermacht rechtskonservativer Blätter etwas entgegenzusetzen. So war die von *Alger-Républicain* angestrebte Demokratisierung auch sozialistisch angehaucht: Die Zeitung trat nicht nur für die Zuerkennung des vollen, gleichberechtigten Wahlrechts für die Muslime ein, sondern mindestens ebenso resolut für die Demokratisierung der Lebenschancen der gesamten, also auch der europäischstämmigen Arbeiterklasse und Unterschicht. Der Zugang zu Arbeit Gesundheit, Wohnung, Bildung, Medien sollte allen Bewohnern Algeriens gleichermaßen ermöglicht werden, ungeachtet der ethnischen, sozialen oder religiösen Herkunft.

Ein Aspekt der Forderungen *Alger-Républicains* nach Demokratisierung betraf die politische Dimension des Begriffs, wobei es um die Frage des Wahlrechts für die muslimische Bevölkerung ging. Zwar hatte es 1947 ein neues Algerienstatut gegeben, das die *Délégations Financières* durch die formal demokratischere *Assemblée Algérienne* ersetzte.⁷²⁶ In der Tat

⁷²⁵ Siehe Kapitel IV.3.1: *Oran-Républicain* war in Folge des *Front-Populaire*-Wahlsieges gegründet worden, während *Alger-Républicain* ursprünglich ein publizistisches Projekt von Journalisten des *Oran-Républicain* war, die ihre Ideen in der Medienlandschaft der Hauptstadt repräsentiert sehen wollten.

⁷²⁶ 1900 hatte Algerien finanzielle Autonomie von der Metropole erlangt und seitdem selbst im Rahmen der so genannten *Délégations Financières* den Haushalt beschlossen. Die Muslime waren hier stark unterrepräsentiert und besetzten, obwohl sie die Bevölkerungsmehrheit stellten, nur ein Drittel der Sitze. Siehe Collot, Institutions, S. 219. 1947 übernahm die *Assemblée Algérienne* die Finanzhoheit über Algerien. Hier hatten die Muslime

konnten die Muslime nun zumindest die Hälfte der Abgeordneten dieses „algerischen Parlaments“ bestimmen, doch stehe, so *Alger-Républicain* im Juni 1946, die Administration nicht zu der von ihr selbst gefeierten Reform: „Il faut en finir avec l’hypocrisie officielle qui consiste à parler le langage de l’égalité pour maintenir en fait l’inégalité... Il ne faut pas parler de démocratie, octroyer des droits électoraux et puis user de la violence la plus éhontée pour attenter à la liberté des suffrages.“⁷²⁷ In den Augen *Alger-Républicains* waren die beschlossenen Reformen nicht nur unzureichend, sondern gleichzeitig nur auf dem Papier existent, ohne den Willen, die auf Demokratisierung zielenden Maßnahmen tatsächlich umzusetzen. Gegen diese opportunistische, heuchlerische Haltung der Administration wandte sich die Ideale und Prinzipien betonende Publikation: Es ging ihr nämlich darum, nicht nur eine Erweiterung der politischen Rechte der Muslime zu erreichen, sondern darüber hinaus das Projekt der Moralisierung von Politik und Gesellschaft in die Wirklichkeit umzusetzen. Reformen sollten ausdiskutiert und demokratisch entschieden werden, jedoch musste es dann in der Folge auch eine politisch neutral eingestellte Administration geben, die den parlamentarischen Willen ohne Obstruktionshaltung akzeptierte und die Reformen in die Tat umsetzte.

Alger-Républicain strebte einen fundamentalen Wandel der Funktionsmechanismen der algerischen Politik und Gesellschaft an. Worin dieser bestehen sollte, lässt ein Leitartikel vom 11. Juli 1946 erahnen: „Il faut démocratiser l’Algérie. Cela veut dire: faire confiance au peuple, lui donner les moyens de vivre décemment et de pratiquer la démocratie à la base, en commençant par la démocratie municipale, en finissant par l’Assemblée Algérienne.“⁷²⁸ Es ging aus Sicht der Zeitung darum, Politik nicht als von oben herab verordnete Maßnahmen zu begreifen, sondern als das Endprodukt eines offenen Diskussionsprozesses auf gesellschaftlicher, publizistischer und schließlich parlamentarischer Ebene. Die Hinwendung zu einer demokratischeren, auf unmittelbarer gedanklicher und durchaus auch parteipolitischer Partizipation der Bevölkerung beruhenden Politikvision war ein zentrales Element im Demokratieverständnis *Alger-Républicains* und macht deutlich, wie grundlegend die Einwände gegen den Status Quo in Algerien waren.

Die Redakteure unterstrichen im Besonderen die Notwendigkeit, den „inneren Kolonialismus“ zu beenden. An der grundsätzlichen Präsenz Frankreichs in Algerien hatten sie zunächst einmal nichts auszusetzen, sehr wohl jedoch an der Ausgestaltung des

immerhin bereits die Hälfte der Sitze inne, was aber immer noch weit entfernt von demokratischen Standards war. Siehe Collot, *Institutions*, S. 220.

⁷²⁷ *Alger-Républicain*, 7.6.1946.

⁷²⁸ Ebd., 11.7.1946.

bestehenden Systems: „Le colonialisme a fait son temps.“⁷²⁹ Zum praktizierten Kolonialismus sah die Zeitung nur die Alternative der Demokratisierung, die die Deprivation breiter Volksschichten in Politik, Wirtschaft, Bildung, Kultur und medialem Zugang beenden sollte: “Nous voulons que la liquidation du colonialisme s’accomplisse au bénéfice de la démocratie, donc au bénéfice de tout le peuple algérien, sans distinction de race.“⁷³⁰ An Stelle der „Feudaloligarchie“ hatte ein demokratisches Gemeinwesen zu treten, welches den Bürgern des Landes unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen und religiösen Herkunft Partizipation und Teilhabe garantierte.

Die „Féodaux“ stellten neben der Administration das Hauptfeindbild für *Alger-Républicain* dar. Sie verschmolzen in der Perspektive der Zeitung, die ab Ende der 1940er Jahre endgültig ins kommunistische Lager wechselte, zu einem Konglomerat mächtiger Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Medien und wurden als wichtigstes Hindernis auf dem Weg Algeriens zur „Demokratie“ im Sinne *Alger-Républicains* verstanden: „Le problème essentiel de l’Algérie, c’est la démocratisation du pays. Ses ennemis, les féodaux et leurs agents... gouvernent l’Algérie, détiennent la richesse et les leviers de commande administratifs.“⁷³¹ *Alger-Républicain* bezog sich hier auf die Netzwerke des „Klassenfeindes“, der die Schaltstellen in der Administration mit solchen in der Wirtschaft – besonders Landbesitzer, Winzer, Bauunternehmer und Banker – und in den Printmedien zu verbinden verstand und das Land weitgehend losgelöst vom Einfluss der Pariser Regierung unter seiner Kontrolle hielt. Die Zeitung nahm die verschiedenen Untergruppen der „Féodaux“ ins Visier, so beispielsweise die Großgrundbesitzer. Diese stellten nur einen kleinen Teil der oftmals pauschal als „Siedler“ titulierten Europäer in Algerien, verfügten jedoch über riesige Anbauflächen, auf denen sie Getreide, Wein, Tabak und Obst anbauten. Sie griffen dabei auf ein Heer von größtenteils indigenen Landarbeitern zurück, die in einem ausgeprägten Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Arbeitgebern standen und deshalb bereit waren, für geringe Löhne zu arbeiten. *Alger-Républicain* strich ihren Widerstand gegen eine „Demokratisierung“ und gegen eine gerechtere Verteilung der Ressourcen Algeriens heraus: „Par le renouveau démocratique en France et en Algérie... la féodalité fasciste, terrienne... se sent menacée dans ses privilèges.“⁷³² Stark beeinflusst von der marxistischen Faschismustheorie, welche für die Zwischenkriegszeit einen engen Zusammenhang zwischen dem Aufstieg der faschistischen Bewegungen und der finanziellen Unterstützung durch Teile des

⁷²⁹ *Alger-Républicain*, 18.4.1947.

⁷³⁰ Ebd.

⁷³¹ Ebd., 11.7.1946.

⁷³² Ebd., 28.3.1946.

Unternehmertums herstellte, assoziierte *Alger-Républicain* die Begriffe „féodaux“ und „facistes“ fortwährend und unterstrich somit die Notwendigkeit der Entfernung selbiger aus ihren Machtpositionen sowie der Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Auch verwandte die Zeitung den Faschismusbegriff immer wieder in einem Atemzug mit Ausdrücken wie „trusts“ und „réaction“⁷³³ und verlieh so der Verquickung von faschistischer und kapitalistischer Gesinnung Nachdruck. Dass sich die Kritik an den Großgrundbesitzern nicht auf die Ausbeutung muslimischer Landarbeiter beschränkte, sondern die weit reichenden Folgen ihres Handelns für die gesamte algerische Gesellschaft mit berücksichtigte, zeigt auch folgendes Zitat: „Les féodaux algériens sont ici une poignée et ont refusé même aux Algériens d’origine européenne le bénéfice des lois démocratiques.“⁷³⁴ *Alger-Républicain* sah hier die grundlegende Demokratisierung Algeriens gefährdet und schob dafür den Großgrundbesitzern die Verantwortung zu.

Eine weitere Untergruppe der „Féodaux“ bildeten die rechtskonservativen Algierer Zeitungen, die sich im Besitz einflussreicher Medienunternehmer befanden. Die Publikationen verspotteten *Alger-Républicain* immer wieder als „journal pauvre“ und „journal des Arabes“ und nahmen ihr vor allem übel, dass sie von Maßnahmen der *Epuration*⁷³⁵ zu Lasten der rechtskonservativen und vor allem kollaborationistischen Blätter profitiert hatte. *Alger-Républicain* sah in ihnen die Verkörperung nicht nur des „Faschismus“, sondern auch des Rassismus, Vichys sowie der Kommerzialisierung des Mediensektors auf Kosten von demokratisierter Kommunikation und Meinungsvielfalt. Die Schlussfolgerung *Alger-Républicains* war diesbezüglich eindeutig: „Si on ne se décide pas à briser la puissance des féodaux, de leurs créatures dans les bureaux, dans la presse... aucune réforme ne sera valable dans ce pays.“⁷³⁶ Der Autor spielte hier nicht zuletzt auf die Medienmacht der „Féodaux“ an, mit der sie Zeitungen wie *Alger-Républicain* sowie die indigene Presse fast vollständig marginalisierten, denn an anderer Stelle hieß es: „Ils s’efforcent de diviser les masses populaires.“⁷³⁷ In der Tat litt *Alger-Républicain* ab Ende der 1940er Jahre unter teils deutlichen Verlusten europäischstämmiger Leser, wodurch sich die Meinungsvielfalt der algerischen Publizistik weiter reduzierte. Die linksorientierte Zeitung warf der kommerzialisierten Massenpresse vor, Themen wie das „problème indigène“ zu verschleiern und totzuschweigen.⁷³⁸ In der Tat tauchten Muslime in der Berichterstattung der großen

⁷³³ *Alger-Républicain*, 21.6.1947.

⁷³⁴ Ebd., 11.7.1947.

⁷³⁵ Siehe Kapitel II.1.

⁷³⁶ *Alger-Républicain*, 17.7.1946.

⁷³⁷ Ebd., 28.3.1946.

⁷³⁸ Ebd., 13.11.1946.

Algierer Tageszeitungen *Journal d'Alger* und *Dépêche Algérienne* kaum auf. *Alger-Républicain* bezog aus der Tatsache, dass diese an akuten Problemen der algerischen Gesellschaft vorbeiredeten, einen Teil ihrer Daseinsberechtigung: Die Publikation füllte die Lücke mit ihrem speziellen Augenmerk auf soziale und ethnische Probleme sowie Ausgrenzungen und reagierte auf die Versäumnisse der konservativen Presse nicht zuletzt mit der Einführung innovativer Formen journalistischer Berichterstattung, wie Lokal- und Sozialreportagen.⁷³⁹

Die wertorientierte und idealistische Haltung *Alger-Républicains* veranlasste die Zeitung dazu, der Administration und den *Féodaux* immer wieder vorzuwerfen, ihrer Rolle als Repräsentanten Frankreichs in Algerien nicht gerecht zu werden. Grundlage für die Anklage, die von Frankreich verkörperten Werte wie die Grundrechte, die Gleichheit aller Menschen sowie die Prinzipien der Emanzipation und Toleranz zu missachten, war die beinahe karikierende Einteilung alles Französischen in „Gut“ und „Böse“. Ähnlich wie *La Défense* hielt *Alger-Républicain* an einem idealisierten Frankreichbild fest, welches durch Begriffe wie „liberté“, „démocratie“ oder „générosité“ konnotiert war; dem gegenüber stand ein von der Administration angeblich betriebener „colonialisme attardé“, der von den ausschließlich auf persönliche Bereicherung bedachten „Féodaux“ mitgetragen würde. *Alger-Républicain* betonte, dass das Bild, was Frankreichs Vertreter in Algerien abgäben, nur die verzerrte Fratze eines eigentlich humanistischen, emanzipatorischen und auf Fortschritt ausgerichteten Frankreichs darstellte. Der „colonialisme attardé“ in Algerien sei etwas eigentlich „Unfranzösisches“, für das Frankreich weder eintreten noch es länger hinnehmen könnte, ohne dabei Schaden für die eigene Glaubwürdigkeit zu nehmen: „Il faut que le peuple algérien sache que la démocratie française ne doit pas être confondue avec le colonialisme; l'ouvrier de Belleville ou le paysan de Beauce n'ont rien à voir avec M. Abbo ou Schiaffino (algerischen Unternehmern, P. Z.), ou leurs créatures de la vieille administration algérienne.“⁷⁴⁰ Die „colonisation“ in Algerien und ihre Träger wurden als etwas Frankreich Fremdes, Äußeres dargestellt, quasi als Usurpatoren der eigentlich vom humanistischen Frankreich getragenen Macht. Die Administration wurde „Frankreich“, die „Féodaux“ dem französischen Arbeiter und Bauer gleichsam als Antithese gegenüber gestellt. *Alger-Républicain* brachte so sowohl seine volle Identifizierung mit der französischen Republik als auch seine Verachtung des „kolonialen Missbrauchs“ zum Ausdruck.

⁷³⁹ Siehe Kapitel IV.3.3.

⁷⁴⁰ *Alger-Républicain*, 22.8.1946.

Klar waren jedenfalls die Werte, auf die sich *Alger-Républicain* berief und die historische Tradition, in die sich die Zeitung stellte: „Les principes inscrits dans la Déclaration des Droits de l’Homme sont loin d’avoir triomphé dans tous les pays... En Algérie, le colonialisme défend âprement ses privilèges menacés. Car tel est le nom de la Bastille qui se dresse au-dessus de nos têtes.“⁷⁴¹ *Alger-Républicain* bezog sich hier auf das revolutionäre Erbe Frankreichs und deutete es als eine Verpflichtung für alle Franzosen, es anzunehmen und ihm gerecht zu werden. Die Zeitung leitete aus der Vorbildrolle, die Frankreich spielte, konkrete Handlungsverpflichtungen ab, die auch in dem Moment galten, in dem illegitime Erben – die „Féodaux“ – dieses Erbe usurpierten und ideell missbrauchten. Frankreich, so *Alger-Républicains* Folgerung, könne sich einen solchen Werteverrat und Reputationsschaden nicht erlauben.

Doch aus Sicht *Alger-Républicains* standen nicht nur die Glaubwürdigkeit und der Ruf Frankreichs auf dem Spiel. Die Zeitung befürchtete außerdem konkrete und direkt fassbare Auswirkungen auf die Metropole. Auch hier, so die Redakteure, wären „Freiheit“ und „Demokratie“ gefährdet, sollte es nicht gelingen, in Algerien und anderen Kolonien den von Frankreich verkörperten Prinzipien zum endgültigen Durchbruch zu verhelfen: „Si nous ne nous opposons pas de toutes nos forces... aux campagnes menées par ceux incapables de comprendre l’évolution moderne des peuples coloniaux... les événements iraient vite: le peuple français, isolé et affaibli, perdrait lui-même sa liberté au profit d’un régime autoritaire, commandité par les trusts.“⁷⁴² *Alger-Républicain* machte hier deutlich, dass die Beziehung Kolonialmacht-Kolonie nicht entlang einer Einbahnstrasse verlief, sondern dass beide sich wechselseitig beeinflussten und eben auch in die Metropole – trotz ihrer räumlichen Distanz zu den kolonialen Schauplätzen – Erfahrungen und Ideen aus den Kolonien Eingang fanden und die Diskussion sowie die politische Entwicklung hier mit beeinflussten. Die rücksichtslose „Kolonialmentalität“ von Beamten und Siedlern würde schon bald, so *Alger-Républicain*, zurück in die Metropole getragen und hier die demokratische Stabilität gefährden.

⁷⁴¹ *Alger-Républicain*, 13./14.7.1947.

⁷⁴² Ebd., 6./7.4.1947.

VI.2) Gleichstellung oder Französisierung der Muslime? *Alger-Républicain* und das ambivalente Projekt der „Verschmelzung“ muslimischer und europäischer Lebenssphären in Algerien

Wie kaum eine andere Publikation in Algerien stand *Alger-Républicain* für ein Zusammenleben von Europäern und Muslimen, das eben gerade nicht ein Nebeneinanderleben bedeuten, sondern vielmehr den klaffenden Graben zwischen den beiden Gemeinschaften überwinden und letztlich in eine Verschmelzung europäischer und muslimischer Lebensweisen münden sollte. Auf Mikroebene lebte *Alger-Républicain* quasi eine Lebensform vor, die das Blatt zum Vorbild für die gesamte algerische Gesellschaft erheben wollte.

Alger-Républicain war in diesem Zusammenhang bemüht, ein Gesellschaftsmodell zum Ziel auszurufen, welches in der Praxis weit von der Realität entfernt war und als utopisch erscheinen musste. Die Zeitung formte diskursiv eine Gesellschaftsform vor, in der Europäer und Muslime als vereint gedacht wurden, sowohl in ihren Interessen als auch in ihrer Mentalität und kulturellen Orientierung. Entscheidend in diesem Zusammenhang war die Wahrnehmung, die die Redakteure von den Muslimen hatten. Vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, der eben diese Sichtweise fundamental verändern sollte, hatten die Journalisten vornehmlich die muslimische Elite im Blick und betrachteten diese im Hinblick auf die europäische Mittel- und Unterschicht als problemlos integrierbar und „einschmelzbar“. *Alger-Républicain* folgte hier dem Glauben der französischen Linken an technischen Fortschritt, an die zivilisatorische Überlegenheit „des Westens“ und letztlich auch an die Machbarkeit und Rechtmäßigkeit der Anpassung indigener Lebensweisen an die des Westens im Allgemeinen und Frankreichs im Besonderen.⁷⁴³ So unterstrich ein Leitartikel kurz nach der Gründung *Alger-Républicains* unmissverständlich: „Notre but: faire évoluer les Musulmans dans le sens de notre civilisation... Il faudra aider la jeunesse intellectuelle musulmane à occuper la place qui lui revient dans notre œuvre (pour la soustraire au) fanatisme religieux qui persiste à la faveur de l'ignorance.“⁷⁴⁴ Deutlich wird hier die positive Wahrnehmung der „œuvre française en Algérie“, die besonders mit Blick auf Technik und Infrastruktur, aber durchaus auch auf

⁷⁴³ Dennoch muss hier relativierend auf die Haltung der Kommunistischen Partei Frankreichs hingewiesen werden, die zwar zahlreiche Anhänger in ihren Reihen hatte, welche pro-koloniale Positionen vertraten, doch in ihrer offiziellen Ideologie bereits seit Ende der 1920er Jahre für die Unabhängigkeit Algeriens eintrat. Auch stand das 1939 von Generalsekretär Maurice Thorez ausgerufene Konzept einer „nation algérienne en formation“ nicht mit der Position *Alger-Républicains* in Einklang: Thorez' Entwurf postulierte eine gleichberechtigte Verschmelzung aller „Rassen“ in Algerien (also der Araber, Berber, Franzosen, Juden, Türken, Griechen, Malteser, Italiener etc.) und betonte die Andersartigkeit dieser Nation von der französischen. Auch war das Konzept eine Absage an die kulturelle Assimilierung der nichtfranzösischen Bevölkerungsteile und negierte den Vorrang einer „Rasse“ gegenüber den anderen. Siehe dazu Sivan, *Communisme*, S. 111.

⁷⁴⁴ *Alger-Républicain*, 26.10.1938.

kulturelle Orientierung und Mentalität als fortschrittlich gesehen wurde. Muslimische Religiosität, nicht zuletzt zu der Zeit von den Reformisten verkörpert, erfuhr hingegen eine negative Deutung; der Redakteur assoziierte diese mit „Fanatismus“ und Ignoranz. Über allem stand vor 1939 der Wille, die Muslime endlich besser in das bestehende, französisch geprägte System der Politik, Erziehung, Gesundheit, Publizistik, jedoch auch der Werte und Überzeugungen zu integrieren.

Die Redakteure der Zeitung beriefen sich dabei immer wieder auf die Muslime selbst, die genau diese Integration forderten: „Le vœu de l’indigène réalisé, c’est l’union à jamais scellée entre Français et Musulmans, c’est l’empire édifié sur des solides assises faites d’éléments différents par l’origine, mais toute semblable par l’idéal, le sentiment, le but... C’est moins le sang que la volonté qui fait la communauté.“⁷⁴⁵ Die Muslime mussten hier als Zeugen dafür herhalten, um die Forderung nach Verschmelzung der beiden Gemeinschaften zu legitimieren. Die Redakteure skizzierten ein Szenario, nach dem sich verschiedene Ethnien hinter einer Idee vereinten und auf diese Weise zu einer nationalen Einheit zusammenschmolzen. *Alger-Républicain* ging hier über die tiefen Gräben des beiderseitigen Misstrauens und über die bestehende systematische Ausgrenzung der Muslime wortlos hinweg und entwarf ein Zukunftsmodell, dem es in eklatanter Weise an jeglicher Realitätsgrundlage mangelte. Auch beschränkte sich die Zeitung aufgrund der eigenen linken Ausrichtung nicht darauf, nur der muslimischen Elite Integrationswille zu bescheinigen, sondern in gleicher Weise den „muslimischen Massen“: „Les masses autochtones tiennent à unir leur sort à celui des masses laborieuses européennes. Toutes deux sont brimées et exploitées par le même possédant. Leur communauté d’infortune commande leur unité d’action.“⁷⁴⁶

Tatsächlich stand vor 1939 ein beträchtlicher Teil der muslimischen Elite einer weitgehenden „Französisierung“ positiv gegenüber, wohingegen der angebliche Drang der „muslimischen Massen“ nach Verschmelzung mit den Europäern mehr dem Wunsch *Alger-Républicains* nach ideologischer Kohärenz geschuldet war denn der Realität entsprach. Beeinflusst durch die Ausbildung an französischen Schulen und beseelt vom Wunsch nach politischer Partizipation war zumindest die muslimische Elite in Teilen dazu bereit, Abstriche in den Fragen von kultureller Orientierung und muslimischer Identität hinzunehmen: „Notre but? Devenir des Français tout court... Abandon du Statut Personnel ne signifie pas reniement de la foi.“⁷⁴⁷ Anders als die Reformisten und die Zeitung *La Défense* sahen diese Muslime also in der Aufgabe des *Statut Personnel Musulman* keinen Akt der Apostasie, sondern den Verzicht

⁷⁴⁵ *Alger-Républicain*, 4.11.1938.

⁷⁴⁶ Ebd.

⁷⁴⁷ Ebd., 23.11.1938.

auf ein die private Lebensführung betreffendes Regelwerk, welches ihrer Meinung nach ohnehin praktisch keine Rolle mehr für die Muslime spielte: „Au moment de nous faire naturaliser, nous ne pensons pas au statut... Nous ne voyons rien que nous ayons perdu, dont nous ayons perdu le bénéfice.“⁷⁴⁸ Die Eliten brachten hier ihre Distanz zur muslimischen Identität und arabischen Kultur zum Ausdruck; sie strebten vielmehr nach individueller Lebensgestaltung und lehnten den einengenden Rahmen der islamischen Moralität und des muslimischen Privatrechts ab.

Doch trugen auch die muslimischen Redakteure von *Alger-Républicain* nicht unwesentlich dazu bei, dieser Fraktion der muslimischen Elite das Wort zu reden und ihre Forderungen publizistisch prominent und öffentlichkeitswirksam zu platzieren. Sie empfanden sich Ende der 1930er Jahre als Wortführer des jungalgerischen Erbes der Emanzipation und Integration der Muslime in die Republik, sowohl rechtlich, als auch politisch und nicht zuletzt hinsichtlich von Kultur und Mentalität. So schrieb Boualam: „Notre génération a fait beaucoup en substituant à la haine contre le vainqueur l’amour sincère (qui) nous fait désirer une identification pure et simple avec les Français... Nous voulons tous l’émancipation... dans une patrie et pour une patrie... Nous ferons tout ce qui est possible de faire pour être un jour les dignes enfants de la France.“⁷⁴⁹ Der Redakteur negierte hier nicht nur die Existenz einer eigenen algerisch-muslimischen „patrie“, deren Fehlen nur durch die Identifizierung mit der französischen „patrie“ kompensiert werden könne, sondern distanzierte sich ebenso von der muslimischen Identität. Auch beanspruchte er für sich, im Namen aller algerischen Muslime zu sprechen, welche die Integration in die französische Nation anstrebten. *Alger-Républicain* versuchte hier allerdings vielmehr, den Assimilierungswillen aller Muslime herbeizuschreiben, als dass die Zeitung die Wirklichkeit abbildete: In der Tat vereinigten die Reformisten, wie das Beispiel von *La Défense* zeigt⁷⁵⁰, zahlreiche Anhänger hinter sich, die zwar die französische Staatsbürgerschaft forderten, jedoch großen Wert auf kulturelle und religiöse Autonomie legten und die muslimische Identität vollkommen verinnerlicht hatten. Nichtsdestotrotz unterstrich *Alger-Républicain* 1939, als immer noch eine gewisse Hoffnung auf die Umsetzung der Reform Blum-Viollette bestand, das vorrangige Ziel der Zeitung: „Ce projet (Blum-Viollette), (qui n’est pas encore mort), nous ne le considérons que comme un premier pas vers la complète fusion des éléments ethniques qui peuplent le sol de l’Algérie.“⁷⁵¹

⁷⁴⁸ *Alger-Républicain*, 14.4.1939.

⁷⁴⁹ Ebd., 21.3.1939.

⁷⁵⁰ Siehe dazu Kapitel V.1 zur Semantik von *La Défense*.

⁷⁵¹ *Alger-Républicain*, 20.5.1939.

Doch ließen die Umwälzungen des Zweiten Weltkrieges und der Bewusstseinswandel, den die indigene Elite in dieser Zeit durchlief⁷⁵², die redaktionellen Leitlinien *Alger-Républicains* nicht unberührt. Da die Zeitung immer auch damit geworben hatte, „von Muslimen für Muslime“ geschrieben zu werden, konnte sie den Diskurs der bedingungslosen Verschmelzung beider Gemeinschaften nicht länger propagieren. In den ersten Jahren nach Ende der Vichyherrschaft in Algerien, also etwa 1943 bis 1945, hatte *Alger-Républicain* noch geschwankt und teilweise den Sinneswandel der Muslime scharf angeprangert. So lösten beispielsweise die Unruhen von Sétif einschließlich der massiven staatlichen Repression im Mai 1945 reflexartige Ängste vor „Muslim-Faschisten“ aus, die gemeinsame Sache mit den europäischen „Féodaux“ gemacht hätten, um das Projekt der Verschmelzung der europäischen und der muslimischen Gemeinschaft zu sabotieren.⁷⁵³ Dabei übersah die Zeitung zunächst, wie tief die Frustration bei den Muslimen nach den Entbehrungen des Weltkriegs und der Wiederherstellung der kolonialen Ordnung saß; *Alger-Républicain* presste alle Beobachtungen in ein Links-/Rechtsschema, dem zufolge es nur „Faschisten“ und „Antifaschisten“ gab und nahm nur die Klassengegensätze wahr. Die „indigene Frage“ fiel quasi durch das Wahrnehmungsraster. Dies änderte sich jedoch spätestens 1946 nicht zuletzt auf Druck der muslimischen Redakteure, die in diesen Fragen dezidiert anderer Meinung waren als ihre europäischen Kollegen. In Leitartikeln stellte die Zeitung nun klar, dass sie keine Assimilierung der Muslime mehr wollte: „Nous voulons orienter l’Algérie... vers la coopération harmonieuse de tous ceux qui y vivent.“⁷⁵⁴ „Coopération“, also Zusammenarbeit wurde nun zum Stichwort für das Zusammenleben von Europäern und Muslimen in Algerien. An anderer Stelle hieß es: „Il est possible de développer sur cette terre du Maghreb une existence meilleure pour tous ceux qui y vivent, quelle que soit la langue qu’ils parlent et la religion qu’ils professent. Il est possible, non pas d’y créer une uniformisation artificielle et une assimilation trompeuse, mais quelque chose de plus authentique: la concorde sincère entre tous dans le respect des droits de chacun, la coopération loyale pour sortir de la misère ce pays qui pourrait être si riche.“⁷⁵⁵ „Uniformisation“ und „assimilation“ wurden der „concorde“ sowie der „coopération“ gegenübergestellt und damit der Tatsache Rechnung getragen, dass die Muslime für die vor 1939 oftmals als Lockmittel benutzte, jedoch nie realisierte „Assimilierung“ nicht mehr zu begeistern waren. Der negativ konnotierten „Vereinheitlichung“ wurde die „coopération loyale“ entgegengesetzt, die nichts weniger

⁷⁵² Nämlich ihre zunehmende Abwendung vom Integrationsversprechen, siehe Kapitel IV.3.2.

⁷⁵³ Siehe beispielhaft *Alger-Républicain*, 29.5.1945.

⁷⁵⁴ Ebd., 9.4.1946.

⁷⁵⁵ Ebd., 5.4.1946.

implizierte, als ein Miteinanderleben der beiden auch zukünftig kulturell unterschiedlichen Gemeinschaften von Europäern und Muslimen.

Der Sozialist und Historiker Charles-André Julien, den *Alger-Républicain* für die Ausgabe vom 17. Juli 1946 interviewte, brachte darin einen Standpunkt zum Ausdruck, der typisch war für die linksorientierten Europäer in Algerien, und so auch von *Alger-Républicain* selber hätte formuliert werden können. Er wies darauf hin, dass aus seiner Sicht die „ère de l’assimilation en Algérie révolue“ sei, nicht ohne zu unterstreichen, dass er diese nicht prinzipiell ablehnte, jedoch nach den verpassten Chancen der Zwischenkriegszeit und angesichts des stark gewachsenen muslimischen Misstrauens keine Umsetzungschance mehr sähe. Es handelte sich also nicht um eine prinzipielle Absage an die Assimilierung, sondern eine, die den bestehenden Umständen geschuldet sei.

Dennoch konnte *Alger-Républicain* nicht vollständig vom Faszinosum der Verschmelzung lassen. Auch wenn sich die Verwirklichungschancen dieser Träume nach 1945 stark verringert hatten, so war die Zeitung in ihrer detaillierten und oft auf der Lokalebene ansetzenden Berichterstattung immer wieder bemüht, Beispiele der Verbrüderung und der Vergemeinschaftung ausfindig zu machen und zu beleuchten. So erschien 1947 eine ausführliche Reportage zur *Ecole Normale des instituteurs* in Bouzaréah bei Algier, welche zum ethnischen „Schmelztiegel“ stilisiert wurde: „L’école reçoit dans ses promotions les Français musulmans. Européens et Musulmans sont placés sur le même plan: ils sont recrutés par les mêmes concours, ils ont les mêmes professeurs, ils reçoivent le même enseignement... Bouzaréah est le creuset où se fond une âme commune... c’est là que les élèves maîtres... forment leur cœur de Français.“⁷⁵⁶ *Alger-Républicain* zeichnete hier erneut ein Bild der kulturellen Verschmelzung, die von der Schule symbolisiert wurde. Bouzaréah sollte es Muslimen ermöglichen, Europäer zu unterrichten und umgekehrt. Die Schule verkörperte die Französisierung in Sprache und Werten und sollte beide Gemeinschaften in gleicher Weise sozialisieren und konditionieren. Die Zeitung deutete selbst geringste Anzeichen für eine Entwicklung, die angeblich auf eine Verschmelzung der europäischen und muslimischen Lebenssphären hinauslief.

Besonders gemeinschaftsstiftende Erfahrungen interessierten die Zeitung, so selten sie auch sein mochten. Immer wieder beschwor sie die gemeinsamen Klasseninteressen zwischen Europäern und Muslimen, die diese zusammenschweißen müssten, um so gemeinsam den Kampf gegen die wirtschaftliche Ausbeutung führen zu können: „Le poids le plus lourd repose sur la masse musulmane. Mais le travailleur européen à qui l’on veut faire croire qu’il

⁷⁵⁶ *Alger-Républicain*, 16.4.1947.

est un privilégié... est lui aussi un exploité... Ses intérêts sont solidaires de ceux de la masse musulmane.“⁷⁵⁷ Ebenso schrieb die Zeitung wiederholt über die schwierigen Lebensumstände der gesamten algerischen Unterschicht, unabhängig von der ethnischen Herkunft. Eine weitere gemeinschaftsstiftende Erfahrung bildete der Wehrdienst während des Zweiten Weltkrieges: „Au sein des armées victorieuses en Europe le 8 mai 1945, les combattants musulmans et européens venus d’Algérie étaient fraternellement confondus. C’est une lutte commune qui leur permettra de même d’établir une vraie démocratie dans leur pays.“⁷⁵⁸ Interessant erscheint hier die Verknüpfung der gemeinsamen Kriegserfahrung mit Demokratie: Für *Alger-Républicain* wirkte das gemeinsame Erleben extremer Gefahrensituationen nivellierend und vereinheitlichend. Rassistische Voreingenommenheit wurde auf diese Weise abgebaut und die Grundlage für eine Reformierung des Kolonialsystems in Algerien gelegt. Die Zeitung beschwor immer wieder das „gemeinsame Schicksal“ von Muslimen und Europäern und konnte auch 1947 noch immer nicht vollständig von den Verschmelzungsphantasien lassen: „Un destin commun avait alors marqué les hommes de ce pays, engagés dans une lutte et dans des souffrances communes. Hélas! Contre cette communauté algérienne en formation, les forces mauvaises du racisme et du colonialisme reprirent vite l’offensive...“.⁷⁵⁹ Immerhin war sich hier der Redakteur der Schwierigkeit bewusst, diese „communauté“ zu realisieren und stimmte nicht mehr den allzu optimistischen Tonfall an, der in der Vorkriegszeit noch dominiert hatte. Gegen Ende der 1940er Jahre dann wich der Verschmelzungsdiskurs *Alger-Républicains* zunehmend Konzepten des „Zusammenlebens“ und der Koexistenz. Die Gräben zwischen beiden Gemeinschaften waren zu tief, um weiterhin guten Gewissens die baldige Herausbildung einer „algerischen Nation“ in Aussicht stellen zu können. Die Zeitung nahm mehr und mehr eine strikt antikolonialistische Position an, der sie zunehmend den eigenen Patriotismus opferte.

Die assimilierungsfreundliche Haltung der Publikation zumindest bis 1947 war eng mit dem Fortschritts- und Machbarkeitsglauben der Linken verbunden, dem sich auch *Alger-Républicain* nicht entziehen konnte. Ohnehin hatte die Linke historisch gesehen ja einen engen Bezug zum Materialismus und stützte ihre Daseinsberechtigung auf Utopien, die auf dem Versprechen der Befreiung des Proletariats aus materieller Not und Ausbeutung beruhten. Prozessen der Urbanisierung, Industrialisierung und Technisierung beispielsweise stand die Linke zwar zwiespältig gegenüber, da sie ja erst die Grundlage für die Ausbeutung

⁷⁵⁷ *Alger-Républicain*, 25.10.1947.

⁷⁵⁸ Ebd., 8.5.1947.

⁷⁵⁹ Ebd., 15.8.1947.

der Arbeiterklasse schufen, doch übten sie insoweit Faszination aus, als sie die Abhängigkeiten und Nöte des Menschen als potenziell kontrollierbar erscheinen ließen. So kommt es nicht von ungefähr, dass die französische Linke lange Zeit durchaus Anhängerin der Kolonisierung war: Sie sah die Kolonien nicht primär als Objekt wirtschaftlicher Interessen, sondern als Exerzierfeld der „mission civilisatrice“, mit deren Hilfe „rückständige“ Gebiete in blühende Kulturlandschaften verwandelt werden konnten.⁷⁶⁰ Auch *Alger-Républicain* teilte das Interesse für technischen Fortschritt und sah damit verbunden die Möglichkeit, „de donner à nos campagnes l’allure d’un pays civilisé.“ Auffällig sind hier die eurozentrischen Kategorien des „Fortschritts“ und der „Zivilisation“, die das Denken der Zeitung lange Zeit prägten. Es waren nicht nur die europäischen, sondern im Besonderen auch die muslimischen Redakteure selbst, welche die „œuvre française“ hinsichtlich der technischen Modernisierung Algeriens überschwänglich lobten und nachdrücklich einforderten. So unterstrich beispielsweise der Journalist Mohand Léchani die Bedeutung von Schulen, Straßen, von Wasserversorgung, Strom und Post für das Land im Hinblick auf die Unterversorgung gerade der muslimischen Landbewohner.⁷⁶¹ Doch ging natürlich die infrastrukturelle Erschließung Algeriens auch mit der Durchdringung des Landes mit französischen Wertvorstellungen einher. Der Straßenbau in ländlichen Gebieten ermöglichte ihre „Durchherrschaft“ durch den Kolonialstaat, der Bau von Schulen förderte die Verbreitung französischer Ideen und Wahrnehmungsmuster, das Urbarmachen von Land in großem Stil schuf die Voraussetzungen für die Gründung von Latifundien in der Hand europäischer Siedler.⁷⁶² Besonderes Interesse hegte *Alger-Républicain* für urbanistische Anliegen: Hier schwebten der Zeitung Vorstellungen moderner westlicher Stadtplanung vor, die nur schwer in Einklang mit muslimischen Traditionen zu bringen waren. Den Hygiene- und Säuberungsdiskurs, mit der die Zeitung die Wohnbedingungen der Muslime zu umschreiben pflegte, entlehnte sie französischen Modernitätsvorstellungen: „La Casbah est un enfer surpeuplé, sans hygiène, abritant un quartier réservé, avec ses vices, ses maladies, sa pègre, horreur des honnêtes gens qui ne peuvent traverser ce cloaque... La mortalité infantile y sévit en permanence... Le quartier réservé de la Casbah doit disparaître.“⁷⁶³ *Alger-Républicain* plädierte für umfassende Abriss- bzw. Renovierungsarbeiten in der *Casbah*, dem Herz der Algierer Altstadt, sowie für eine Umsiedlung der Bewohner in moderne

⁷⁶⁰ Siehe dazu Sivan, *Communisme*, S. 13ff.

⁷⁶¹ *Alger-Républicain*, 2.3.1946.

⁷⁶² Hartmut Elsenhans, *La guerre d’Algérie 1954-1962. La transition d’une France à une autre. Le passage de la IVème à la Vème République*, Paris 1999, zur „pénétration de la France dans le système socioculturel autochtone“, S. 183-199.

⁷⁶³ *Alger-Républicain*, 2.5.1947.

Sozialbauwohnungen am Stadtrand. Das Blatt war bemüht, in diesem Zusammenhang auch immer wieder auf Muslime zu verweisen, die nichts anderes taten, als französische Stadtplanung und urbane Modernisierung einzufordern. Dennoch wird deutlich, wie sehr *Alger-Républicain* bestrebt war, westliche Ordnungsvorstellungen auf Algerien zu übertragen, im Glauben, den Muslimen damit etwas Gutes zu tun. Dabei kam eine Mischung aus Paternalismus, Bevormundung, Machbarkeitsglaube, überzeugtem Antikolonialismus und authentischer Anteilnahme am Schicksal der Muslime heraus, die das folgende Zitat illustriert: „Il s’agit de liquider le système colonialiste en entrant dans la voie de la démocratie, de sortir d’un état arriéré pour devenir un grand pays moderne, exploitant ses richesses naturelles pour le plus grand bien non d’une caste privilégiée, mais de tous les Algériens, européens et musulmans.“⁷⁶⁴

Ähnlich wie *La Défense* war auch *Alger-Républicain* bemüht, den Muslimen zu einem größeren politischen Bewusstsein zu verhelfen und sie aus ihrer marginalisierten Rolle als passive Bezugsobjekte kolonialer Politik zu befreien. Für die linksgerichtete Publikation hing das oben bereits beschriebene Projekt der Demokratisierung Algeriens eng mit einem aktiven Einbringen der Muslime in öffentliche und politische Belange zusammen. Vorrangig ging es für die Zeitung darum, den politischen Reifeprozess der Muslime mit dem Ziel zu unterstützen, auf diese Weise der Verschmelzung nicht nur der Lebensweisen, sondern auch der Interessen von Europäern und Muslimen einen Schritt näher zu kommen. Die Linke hatte in Algerien mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, da ein Großteil der europäischstämmigen Bewohner eher konservativ orientiert war; daher rührte der von *Alger-Républicain* betriebene Versuch, zunehmend Muslime für sozialistische Überzeugungen zu gewinnen. Zunächst einmal appellierte die Zeitung an die Muslime, sich stärker für die Belange des öffentlichen Lebens zu interessieren und Anteil an dem zu nehmen, was sie selbst täglich betraf: „Vous Musulmans êtes enlisés dans vos éternelles querelles intestines, vous n’avez jamais su faire preuve de cet instinct collectif... Mettez un terme à vos dissensions, sources de toutes vos difficultés!“⁷⁶⁵ Zunächst einmal sticht hier natürlich das „Vous Musulmans“ hervor, welches nur unterstreichen konnte, dass *Alger-Républicain* als ursprünglich europäisches Publikationsprojekt zunächst einmal das Vertrauen der Muslime gewinnen musste. Dennoch war der Appell an eine Steigerung des politischen Bewusstseins unverkennbar. Nach dem Zweiten Weltkrieg – und angesichts der nun selbstbewusster auftretenden muslimischen Elite – konstatierte die Zeitung die gewachsene „politische Reife“ und versuchte, den Muslimen den Nutzen einer engeren Verknüpfung ihrer Interessen mit

⁷⁶⁴ *Alger-Républicain*, 11.7.1947.

⁷⁶⁵ Ebd., 8.10.1938.

denen der algerischen Linken schmackhaft zu machen: „Les masses musulmanes algériennes ont acquis plus de maturité politique qu’on ne croit... Elles feront bloc avec tous les démocrates... Là est le salut de toutes les populations algériennes.“⁷⁶⁶ Auch hier zeigte sich erneut der westlich geprägte und von außen auf die Muslime gerichtete Blick *Alger-Républicains*. Die „masses algériennes“ wurden an politischen Willensbildungsprozessen in Europa gemessen. Die Zeitung suchte sich im Rahmen ihrer Lokalreportagen immer wieder bestimmte Gruppen heraus, die ihrer Meinung nach prädestiniert waren für die Verschmelzung ihrer Interessen mit denen ihrer europäischen Kollegen, wie das Beispiel der muslimischen Hafenarbeiter zeigt: „Comment ne pas dire notre amour, crier notre admiration aux 2.640 dockers algériens, qui dans leurs luttes quotidiennes, font preuve d’un esprit de détermination qui a forcé le respect au-delà même des frontières de notre pays? [...] On les retrouve dans tous les combats, contre la misère, contre la guerre, contre les répressions.“⁷⁶⁷ Der Redakteur unterstrich hier das entwickelte politische Bewusstsein der Hafenarbeiter, die trotz ihrer schlecht bezahlten und beleumundeten Arbeit für ihre Rechte kämpften und zusätzlich ihre Tätigkeit politisierten: So verwies der zitierte Artikel nicht zuletzt auf die Tatsache, dass die Algerier Hafenarbeiter es seit Jahren ablehnten, Waffen zu verladen, um ihren Protest gegen den französischen Kolonialkrieg in Indochina zum Ausdruck zu bringen.⁷⁶⁸ Wie das Beispiel der Hafenarbeiter zeigt, war die Zeitung bemüht, die Interessenkonvergenz zwischen muslimischen Arbeitern und der stärker europäisch dominierten Gewerkschaftsbewegung publizistisch zu begleiten und zu betonen und auf diese Weise quasi eine Handlungseinheit herbeizuschreiben.

Um die Politisierung der Muslime zu unterstützen, ging *Alger-Républicain* sogar so weit, den indigenen Parteien und politischen Gruppierungen die eigene Zeitung als Verlautbarungsforum zu Verfügung zu stellen. Neben der gemäßigteren UDMA von Ferhat Abbas erhielten bisweilen sogar die Nationalisten des PPA-MTLD die Möglichkeit, die Zeitung als Sprachrohr für ihre Überzeugungen und Forderungen zu nutzen. Im Herbst 1950 gründete *Alger-Républicain* ein *Comité de défense de la liberté de presse* und schaffte es, wichtige indigene Zeitungen wie *L’Algérie Libre* oder *La République Algérienne* zum Beitritt zu bewegen. Vordergründig ging es dabei um eine Initiative gegen die ständig zunehmende Presserepression und Verbotsmaßnahmen der Administration: „Le problème change du tout au tout si les victimes de l’arbitraire unissent leurs voix et bandent en commun leurs énergies. Cela, *Alger-Républicain*, *Algérie Libre*, *Liberté*, *La République Algérienne* et *El Bassair* l’ont

⁷⁶⁶ *Alger-Républicain*, 9.4.1946.

⁷⁶⁷ Ebd., 20.11.1951.

⁷⁶⁸ Zur Politisierung der Hafenarbeiter und anderer muslimischer sozioprofessionellen Kategorien siehe Sivan, *Communisme*, S. 170.

parfaitement compris.“⁷⁶⁹ Doch ging es nicht ausschließlich um die Mobilisierung zugunsten der Freiheit des geschriebenen Wortes: Mindestens ebenso wichtig war die Bildung gemeinsamer Interessenlagen unter Federführung *Alger-Républicains*. Deren Initiative vergrößerte die Aussichten, den eher zögerlich zum *Comité* beitretenen indigenen Zeitungen die Linie vorzugeben, der diese dann – so die Hoffnung *Alger-Républicains* – folgen würden. Letztlich blieb die kommunistische Publikation jedoch in diesem Punkt weitgehend erfolglos: Die indigenen Zeitungen und Parteien hielten misstrauisch Abstand zur französischen Linken und ließen sich von ihr in keiner Weise für ihre Zwecke einspannen.

Alger-Républicain als Teil der Linken legte gegenüber den Muslimen eine gut gemeinte, aber paternalistische und gewissermaßen bevormundende Haltung an den Tag, bevor sich die Redaktion ab Ende der 1940er Jahre endgültig dem kompromisslosen antikolonialen Kampf verschrieb. Indigene Eigenheiten und Traditionen wurden als Modernisierungshemmnisse gesehen und Teile der muslimischen Eliten dazu angehalten, die technisch-industrielle ebenso wie die kulturell-zivilisatorische „Modernisierung“ innerhalb ihrer Gemeinschaft zu popularisieren und nach außen einzufordern. Leitmotiv des Diskurses war in diesem Zusammenhang die „Verschmelzung“ muslimischer mit europäischen Lebensweisen und die Betonung gemeinschaftsstiftender und -übergreifender Erfahrungen. Muslime sollten dabei französische Denk- und Lebensgewohnheiten übernehmen und sich Normen öffentlicher Interessenvertretung aneignen. Erst ab Ende der 1940er Jahre rückte die Zeitung von ihrer unrealistisch gewordenen Position ab und versetzte sich zunehmend in die indigenen Akteure hinein, mit dem Ergebnis, dass nun zumindest ein aktives Miteinanderleben inklusive eines intensiven Austausches beider Gemeinschaften auf politischer, kultureller und gesellschaftlicher Ebene verfochten wurde. Von einer Idealisierung des europäisch-muslimischen Zusammenlebens in Algerien wich die Zeitung trotz der immer stärker desillusionierenden Wirklichkeit jedenfalls nicht ab.

VI.3) Die Bejahung der französischen Oberhoheit über Algerien unter der Bedingung tief greifender Reformierung

Der Forderung *Alger-Républicains* nach einer Anpassung der Muslime an französische Denk- und Lebensgewohnheiten entsprach die grundsätzliche Loyalität der Zeitung zur politischen Souveränität Frankreichs über Algerien. Hatte die Publikation vor 1939 noch offen eine Assimilierung der Muslime verfochten, so konnte sich *Alger-Républicain* in den

⁷⁶⁹ *Alger-Républicain*, 12.9.1950.

unmittelbaren Nachkriegsjahren, die in Algerien bereits 1943 begannen, nicht der gesellschaftlichen Stimmungslage entziehen, nach der Algerien wie selbstverständlich weiterhin integraler Bestandteil der Republik sein sollte. Trotz der ablehnenden muslimischen Reaktionen auf de Gaulles Constantiner Rede vom 7. März 1944, in der er der indigenen Elite die politische und rechtliche Inkludierung in Aussicht gestellt hatte, blieb für die Europäer alles andere als eine grundsätzliche Rückkehr zu den Vorkriegsverhältnissen unvorstellbar. So ignorierte die algerische *Assemblée Consultative* die Empörung der muslimischen Elite über de Gaulles Angebote und unterstrich vielmehr den Willen der „Indigènes“, bei Frankreich zu bleiben. Die Kolonien im Allgemeinen und Algerien im Besonderen wurden als „prolongement du sol national au-delà des mers“ bezeichnet und jegliche Diskussion über den Status des Landes zurückgewiesen.⁷⁷⁰ Dabei stellten die Kriegsjahre 1939 bis 1943 aus muslimischer Sicht eine tiefe Zäsur dar: Erstmals hatten sie die Franzosen als erniedrigte Verlierer erlebt, was eine weitere Akzeptanz der Kolonialherrschaft alles andere als selbstverständlich machte.⁷⁷¹ Deutsche und italienische Propaganda hatte den Wunsch und die Aussicht nach Unabhängigkeit in den Köpfen der Einheimischen verankert. Hinzu kamen die Opfer, die die Muslime für die Rückeroberung der Metropole geleistet hatten und für die sie eine Entschädigung einforderten. Ein einfaches Übergehen zur Tagesordnung und eine automatische Rückkehr zu den von kolonialer Diskriminierung und enttäuschten Integrationsversprechen geprägten Vorkriegsverhältnissen jedenfalls konnte es aus dieser Perspektive nicht geben.

Alger-Républicain teilte sicherlich nicht die Selbstverständlichkeit, mit der die meisten Europäer in Algerien zum Status Quo von 1939 zurückkehren wollten. Doch konnte sich auch die sozialistisch ausgerichtete Publikation nicht der vorherrschenden Grundstimmung entziehen. Das Ergebnis war ein Kompromiss aus Loyalität zu Frankreich und der Erkenntnis, dass man die Muslime und ihre Ansichten nicht so einfach ignorieren konnte, wie es die *Assemblée Consultative* im Januar 1944 noch getan hatte. So schrieb *Alger-Républicain* im März 1945: „L'intérêt évident des populations algériennes est... que ce pays demeure français... Pour cela, il faut que ce pays cesse d'être la chasse gardée d'une féodalité qui ne se sent française que lorsqu'elle a recours à la force de la France pour sauvegarder ses privilèges.“⁷⁷² Die Publikation machte einerseits im Brustton der Überzeugung deutlich, dass es im Interesse der Muslime sein musste, bei Frankreich zu bleiben. *Alger-Républicain* knüpfte hier an die Jahre vor 1939 an, in denen sie sich immer wieder auf prominente

⁷⁷⁰ *Alger-Républicain*, 14.1.1944.

⁷⁷¹ Siehe dazu Sivan, *Communisme*, S. 129.

⁷⁷² *Alger-Républicain*, 2.3.1945.

Muslime berufen hatte, die selber eine Französisierung und Assimilierung gefordert hatten. Andererseits unterstrich der Verfasser aber auch, dass diese Symbiose mit Frankreich nur unter veränderten Vorzeichen weitergeführt werden könne: Er berief sich im Namen von *Alger-Républicain* auf eine bestimmte Idee Frankreichs, welche in Algerien endlich umgesetzt werden müsse. Der Artikel verweist auf Konfliktlinien, die die postrevolutionäre Gesellschaft im gesamten 19. Jahrhundert durchzogen und in Befürworter und Gegner der Revolution teilten. *Alger-Républicain* sprach hier von einer „féodalité“, die in Algerien immer noch bemüht sei, vorrevolutionäre Zustände zu ihren Gunsten aufrecht zu erhalten. Eben dieser Idee eines feudalen, vorrevolutionären Frankreich jedoch müsse endgültig ein Ende bereitet werden, so der Verfasser, wenn Algerien als Teil der Republik erhalten bleiben sollte. Die Unruhen von Sétif und die daran anschließenden massiven Repressionshandlungen von Armee und Polizei im Mai 1945 bestärkten *Alger-Républicain* in seiner Ansicht, dass nur eine fundamentale Veränderung des Status Quo das angestrebte Zusammenleben von Europäern und Muslimen, Grundlage der französischen Präsenz in Algerien, ermöglichen könnte. Auch wenn die Zeitung den Muslimnationalisten massive Mitschuld an den Unruhen und der hohen Opferzahl gegeben hatte, so waren dennoch aus Sicht *Alger-Républicains* vor allen Dingen die „Féodaux“ und „Fascistes“⁷⁷³ für die Exzesse von Sétif verantwortlich. Das Blatt betonte in diesem Zusammenhang die fundamentale Rolle, die dem „demokratischen Frankreich“ im Reformprozess zufiel: „Chacun peut voir maintenant (après Sétif) qu’il n’est de progrès possible pour l’Algérie que dans l’union avec la démocratie française. Mais chacun doit voir aussi qu’il est urgent que la démocratie pénètre vraiment ce pays.“⁷⁷⁴ Der erste Satz des Zitats spielt auf die „tendances fascistes“⁷⁷⁵ an, die *Alger-Républicain* unter den Muslimnationalisten zu erkennen glaubte und welche angeblich nur durch die „union avec la démocratie française“ neutralisiert werden konnten. In der Tat ließ die Zeitung unmittelbar nach Sétif kein gutes Haar an den muslimischen Nationalisten und zitierte in diesem Zusammenhang einen Gewerkschaftsführer mit den Worten: „Ce sont des pêcheurs en eau trouble du pseudo-nationalisme.“⁷⁷⁶ Gleichzeitig galt die wohltuende Wirkung der „Demokratisierung“ aber, wie der zweite Satz des Sétif-Zitats zeigt, nicht nur für die Muslime, sondern mindestens ebenso für das europäische Algerien, welches aus Sicht der Zeitung von Feudalstrukturen geprägt war.

Dennoch war der Blick *Alger-Républicains* auf die Ereignisse von Sétif zunächst insoweit eingetrübt, als die Zeitung die zum Ausdruck gekommene Unzufriedenheit der Muslime vor

⁷⁷³ Siehe diesbezüglich Kapitel VI.1.

⁷⁷⁴ *Alger-Républicain*, 18.5.1945.

⁷⁷⁵ Ebd., 3.6.1945.

⁷⁷⁶ Ebd.

allem auf ihre Klassendimensionen reduzierte und sie mit der schlechten wirtschaftlichen Lage und Ausbeutung der „muslimischen Massen“ erklärte. Die ethnische und teilweise auch nationale Dimension des Aufstandes dagegen blieb zunächst einmal unerkannt. Ohnehin neigte das Blatt dazu, das politische und gesellschaftliche Geschehen allein mit Links-/Rechtskategorien zu erfassen und das spezifisch ethnische Moment außen vor zu lassen. Die Muslime waren diesem Erklärungsmuster zufolge nur ein Teil des riesigen Proletariats, das *Alger-Républicain* zufolge unter der „Feudalherrschaft“ einer kleinen Minderheit zu leiden hatte und durch Umverteilung und Entmachtung der „Féodaux“ seine Forderungen erfüllt bekäme.

Neben der Umverteilung und der grundlegenden Neugestaltung der Besitz- und Klassenverhältnisse sah *Alger-Républicain* in der „Demokratisierung“ Algeriens ein Allheilmittel für die verfahrenene Lage. Doch diente dieses Konzept zunächst einmal vor allem als Schlagwort: Sicherlich plädierte die Zeitung auch weiterhin für eine Ausweitung der politischen Partizipation auf die Muslime, doch verwies „démocratie“ zunächst einmal auf ein idealisiertes, humanistisches Frankreich, welches den Muslimen Grund- und Menschenrechte sowie Rechte gesellschaftlicher und kultureller Partizipation verschaffen sollte. So schrieb das Blatt: „Nous voulons une France, forte et libre, une Algérie dont les destins soient indissolublement liés à ceux de la France... Cela n'est pas un rêve impossible. Il ne sera impossible que si nous continuons de vivre dans cette atmosphère étouffante où les ennemis de la France et de la démocratie tiennent le haut du pavé, parce qu'on ne laisse pas se créer les conditions de la démocratie, c'est-à-dire de la grandeur. ..“.⁷⁷⁷ Auch hier unterschied die Zeitung wieder zwischen dem eigentlichen, demokratischen Frankreich, der „France de la grandeur“ einerseits, und den „ennemis de la France“ andererseits, die trotz ihrer „Feindschaft“, trotz ihres Antagonismus zu den eigentlichen französischen Werten eben dieses Frankreich in Algerien repräsentierten.

Das Konzept der „Demokratisierung“ war bewusst weit gefasst und nicht in allen Details definiert, um eine relativ breite, gegen den Status Quo gerichtete Bewegung aufzubauen, an die viele ideologisch andocken konnten. So schrieb *Alger-Républicain*: „Pour une concorde sincère entre tous dans le respect des droits de chacun, (il y a) un seul moyen: l'union de tous les démocrates, quelles que soient leurs nuances de doctrine et leurs vues sur les institutions futures de l'Algérie... Un allié naturel: la démocratie française... Le péril commun qui nous menace est trop grand pour nous permettre d'hésiter devant l'union nécessaire.“⁷⁷⁸ Algerien sollte also in „einem französischen Rahmen“ bleiben und der Status Quo mit Hilfe der

⁷⁷⁷ *Alger-Républicain*, 2.6.1945.

⁷⁷⁸ Ebd., 5.4.1946.

„démocratie française“ verändert werden. Alles andere war zweitrangig, auch wenn das Blatt dem Projekt der Veränderung Algeriens weitere Konturen zu geben gewillt war: „On peut encore hésiter sur la meilleure politique à appliquer en Algérie. Mais il ne reste plus beaucoup de temps... Il faut se persuader que le régime des „grandes familles amies de la France“, des bachagas et des beni-oui-oui est un règne qui ne tient plus debout dans ce pays. Il faut porter le fer rouge dans une police politique... Il ne faut pas parler de démocratie, octroyer des droits électoraux et puis user de la violence la plus éhontée pour attenter à la liberté des suffrages.“⁷⁷⁹ Trotz der Detailfragen, auf die *Alger-Républicain* hier Bezug nahm, war das Konzept der Demokratisierung insgesamt eine Chiffre, die dem Werteradikalismus der Zeitung entsprach und gegenüber der Verletzung zentraler Grund- und Menschenrechte keine Toleranz kannte. Auch wenn die zunehmend auf nationale Identifikation ausgerichtete Haltung der Muslime den *Alger-Républicain*-Redakteuren bis etwa 1947 noch weitgehend entging, so setzte sich die Zeitung dennoch rückhaltlos und kompromisslos für eine grundlegende Umgestaltung des Status Quo in Algerien ein.

Wie oben bereits erläutert⁷⁸⁰ stellte das Jahr 1947 eine Zäsur für die Haltung der Zeitung gegenüber den Muslimen dar. Den Redakteuren, unter ihnen immer mehr Muslime, wurde zunehmend die spezifisch ethnische und koloniale Dimension der „question algérienne“ bewusst, die mit Klassenkategorien allein nicht zu lösen war. Dies schlug sich auf redaktioneller Ebene insofern nieder, als es nun mehr Artikel zu spezifisch indigenen Problemen gab, die meist von muslimischen Redakteuren verfasst wurden. *Alger-Républicain* wandte sich nun verstärkt der muslimischen Leserschaft und ihren Interessen und Problemen zu; dabei wurde deutlich, dass sich die Sichtweise der muslimischen Eliten durch die Erfahrungen der Jahre 1939 bis 1943 fundamental gewandelt hatte. Während sie in den 1930er Jahren noch sehnsüchtig mit der Hoffnung auf die französische Linke geblickt hatten, diese würde ihnen staatsbürgerliche und politische Rechte verschaffen, so reichten ihnen solche Schritte in der Nachkriegszeit bei weitem nicht mehr: Sie versuchten nun, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und auf eine grundlegende Besserstellung hinzuwirken. Die Desillusion der Vorkriegserfahrung entfaltete massive Wirkung und entfremdete die vor 1939 in Teilen durchaus assimilationswillige muslimische Elite von Frankreich. Es ging nun nicht mehr um die Frage, wie substanziell die Bemühungen um ihre Integration sein würden, sondern darum, wie weit ihre Eigenständigkeit innerhalb eines französisch kontrollierten

⁷⁷⁹ *Alger-Républicain*, 7.6.1946.

⁷⁸⁰ Siehe Kapitel IV.3.3.

Algerien reichen würde. Dementsprechend tauchte in den Jahren 1946/1947 vermehrt das Schlagwort „Autonomie“ in den Zeitungen auf.

Diese Debatten wurden nicht zuletzt auch bei *Alger-Républicain* ausgetragen, wobei sich die Zeitung selbst zunächst mit eigenen Stellungnahmen zum Thema zurückhielt. Dafür stellte sie ihre Seiten Dritten zur Verfügung, die sich hier zu einer eventuellen Autonomie Algeriens äußern konnten. Zunächst einmal war der Begriff der „Autonomie“ jedoch durchaus doppeldeutig, da auch die Europäer in Algerien daran interessiert waren, Algerien dem Pariser Einfluss zu entziehen und das Land nach ihrem eigenen Gutdünken zu gestalten.⁷⁸¹ Die „Autonomie“ dagegen, die den Muslimen vorschwebte und die auch in *Alger-Républicain* diskutiert wurde, unterschied sich grundlegend von der der Europäer. So sahen sie im 1947 verabschiedeten Algerienstatut, das den Muslimen mehr Mitspracherecht einräumte und vor allem die arabische Sprache der französischen gleichstellte, eine Art Verfassung eines – im muslimischen Sinne – autonomen Algerien. Ferhat Abbas, Vorsitzender der UDMA und vormals Anhänger der Assimilierung, schlug im Vergleich zu den 1930er Jahren neue Töne an, mit denen er seine Forderung nach Autonomie zum Ausdruck brachte: „Nous ne voulons ni séparatisme, ni assimilation, (mais) présence de la France et prise de conscience de la personnalité algérienne. [...] Notre projet de statut de l'Algérie veut faire disparaître la peur héritée du régime colonial. Par la République Algérienne, nous donnons aux éléments musulmans la sécurité, et par l'intégration dans l'Union Française, la sécurité est également assurée à l'élément européen.“⁷⁸² Abbas ging hier sogar soweit, den Begriff der „République Algérienne“ ins Spiel zu bringen. Er machte deutlich, dass er nicht mehr auf „Almosen“ von französischer Seite hoffte, sondern konkret und – für die Administration höchst provokativ – eine weitreichende Autonomie für Algerien forderte, das allenfalls noch durch die Zugehörigkeit zur *Union Française* an Frankreich gebunden blieb.

Die unter anderem auch auf den Seiten *Alger-Républicains* ausgetragene Debatte um eine mögliche Autonomie war nachhaltig von der Umorientierung vormals assimilationswilliger Muslime geprägt. Namentlich die UDMA unter der Führung von Ferhat Abbas war vor dem Krieg noch stark auf Frankreich ausgerichtet gewesen und hatte die Frage nach der Existenz einer algerischen Nation noch explizit verneint.⁷⁸³ Nun jedoch sprach Abbas von einer „personnalité algérienne“, der Entfaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden müssten, während einer seiner Mitarbeiter, der Algerier *Conseiller Municipal* der UDMA, Dr. Saadane,

⁷⁸¹ Siehe beispielhaft *Alger-Républicain*, 17.7.1946. In der Ausgabe nimmt ein Redakteur *Alger-Républicains* Bezug auf die Machenschaften der „Féodalité“, „qui prépare ses positions nouvelles dans un cadre plus ou moins autonome.“

⁷⁸² *Alger-Républicain*, 11.4.1947.

⁷⁸³ Siehe Kapitel V.2.

in die gleiche Kerbe schlug: „Le peuple algérien a sa personnalité propre, son unité ethnique, linguistique et religieuse. Le problème aujourd’hui, c’est de lui restituer sa souveraineté.“⁷⁸⁴

In gewisser Weise entdeckten die in der Tradition der *Jeunes-Algériens* stehenden Aktivisten der UDMA die „algerische Nation“ und bereiteten so ihre Annäherung an die sezessionistischen Nationalisten, vor. Frankreich stand im Begriff, sich die wichtigste Bezugsgruppe innerhalb der muslimischen Elite zu entfremden und somit endgültig den letzten ernstzunehmenden Verhandlungs- und Diskussionspartner zu verlieren. Nicht zuletzt der Unwillen, den Muslimen in den 1930er Jahren Bürgerrechte zu verleihen, aber auch die Unfähigkeit, die Stimmungslage unter den Muslimen in den Nachkriegsjahren richtig einzuschätzen, hatten diese Entwicklung letztlich stark begünstigt.

Alger-Républicain verschaffte diesen Stimmen ein Forum, auch wenn die Zeitung einer Eigenständigkeit Algeriens zunächst noch etwas zögerlich gegenüber stand. Doch ging die Tatsache, dass die Aufrufe der Zeitung zur grundlegenden Reformierung des Landes bei der Administration weitgehend auf taube Ohren stießen, nicht spurlos an den Redakteuren vorbei. Selbst unter denjenigen, die europäischer Abstammung waren, machte sich eine Desillusionierung hinsichtlich ihrer Ausgleichs- und Einigungsvisionen breit, was dazu führte, dass ab 1948 von ihrer Seite kaum noch explizite Loyalitätsbekundungen zu Frankreich zu finden waren. Sicherlich vermied es *Alger-Républicain*, offen zur Sezession aufzurufen oder explizite Überlegungen zu einer Autonomie Algeriens anzustellen. Dies war ohnehin nicht zuletzt auch taktischen Erwägungen geschuldet, um unmittelbare juristische Verwicklungen zu vermeiden und konnte nichts daran ändern, dass sich die Publikation zunehmend eine muslimische Sichtweise der Dinge aneignete. Auch kam es nicht von ungefähr, dass sich das Blatt als Forum für die Autonomiedebatte zur Verfügung stellte.⁷⁸⁵

Zwar machte die Redaktion deutlich, dass es sich nicht um eigene Meinungen und Stellungnahmen handelte, doch war dem Herausgeber natürlich bewusst, dass die Zeitung diesbezüglich als Multiplikator und diskursprägende Stimme wirkte und dazu beitrug, die Autonomieidee zu verbreiten und in der Öffentlichkeit zu verankern.

Ab 1950 gingen vor allem die muslimischen Redakteure *Alger-Républicains* dazu über, die weltweit erstarkenden Unabhängigkeitsbewegungen in den Kolonien publizistisch zu beleuchten und als Vorbild darzustellen. Nicht zuletzt der später bekannte Schriftsteller Kateb Yacine, damals Reporter bei *Alger-Républicain*, übernahm diese Aufgabe: So berichtete er

⁷⁸⁴ *Alger-Républicain*, 31.8.1947.

⁷⁸⁵ Beispielhaft seien hier Gastbeiträge von Ferhat Abbas vom 11.4.1947 und vom 17.5.1947 zur Thematik genannt. Ebenso publizierte *Alger-Républicain* am 24.6.1947 eine selbst durchgeführte Umfrage zum Thema Autonomie.

über den Freiheitskampf des ägyptischen Volkes gegen den „impérialisme anglais“⁷⁸⁶, skizzierte die emanzipatorische und antikolonialistische Kraft der Sowjetunion sowie die Ausmerzung jeglichen Rassismus im Sowjetreich in einer Artikelserie⁷⁸⁷ und präsentierte dem Leser den Kampf der Kolonisierten gegen ihre Diskriminierung im Sudan, in Tunesien etc. Auch der marokkanische Redakteur Mohamed Ferhat fokussierte das Aufeinanderprallen kolonialistischer und antikolonialistischer Kräfte in seiner Heimat: „Il y a occupation du Maroc... Le peuple marocain est dans les carcans. Les Marocains de toute origine sont unanimes à poursuivre leur lutte sur le sol national pour la libération nationale.“⁷⁸⁸ Schließlich nahm sich auch der seit 1947 fungierende Chefredakteur Boualam Khalfa der Thematik an und schrieb bezüglich der nationalen Selbstbestimmung der Albaner: „Pour la première fois dans l’Histoire de l’Albanie les fils d’ouvriers et de paysans ont aujourd’hui la possibilité de poursuivre leurs études et d’accéder à la culture et à la technique dans tous les domaines.“⁷⁸⁹ An anderer Stelle hieß es: „L’Algérie ressemble à l’Albanie par bien des paysages... Les Albanais ont le même sens de l’humour que le paysan algérien... Ils ont malgré les invasions étrangères et comme les Kabyles... conservé leur langue... En réalité, la véritable histoire du peuple albanais est depuis des siècles l’histoire de la résistance à la domination étrangère.“⁷⁹⁰ Khalfa war hier bemüht, Analogien zwischen Albanien und Algerien herzustellen mit der feinen Unterscheidung, dass in Albanien all das bereits realisiert worden sei, was in Algerien noch vor der Verwirklichung stehe. Implizit schien hier durch, dass der Hauptunterschied darin bestehe, dass Albanien die nationale Selbstbestimmung erkämpft habe, während Algerien noch unter Fremdherrschaft zu leiden hätte. Im Grunde galt dieses Muster für alle muslimischen Redakteure, die über nationale Befreiungsbewegungen bzw. entkolonisierte Länder berichteten: Der antikolonialistische Kampf wurde in ein positives Licht gerückt und glorifiziert, während seine Funktion als Vorbild für Algerien implizit blieb, um den Behörden keine unmittelbare Angriffsfläche zu bieten.

Einendes Element der Berichterstattung zur Dekolonisierung war die Betonung ihrer historischen Notwendigkeit. Die Journalisten machten nicht zuletzt auch für Algerien deutlich, dass es nur noch um die „liquidation du colonialisme“ und weniger um ihre Modalitäten. Hatten sich die Redakteure *Alger-Républicains* bis 1947 noch sehr viel stärker für den Entwurf eines Kompromisses mit Frankreich interessiert, so wandten sie sich nicht

⁷⁸⁶ *Alger-Républicain*, 18.11.50.

⁷⁸⁷ Siehe die Ausgaben *Alger-Républicains* vom 14., 16., 20., 21. und 22.12.1950 sowie die Ausgabe vom 13.2.1951.

⁷⁸⁸ Ebd., 6.10.1951.

⁷⁸⁹ Ebd., 4.11.1951.

⁷⁹⁰ Ebd., 4.1.1952.

zuletzt wegen der faktischen Sabotierung des neuen Algerienstatuts durch die Administration von solchen Überlegungen ab und erhoben unter anderen auch Dekolonisierungsbeispiele zum Vorbild, die blutig verliefen. Die vorherige Loyalität zu Frankreich rückte in den Hintergrund und machte einem Pragmatismus Platz, der auch die potenziell gewalttätige Sezession nicht prinzipiell ausschloss. Loyalität zu Frankreich konnte es aus dieser Perspektive nur innerhalb eines grundlegend reformierten politischen Rahmens geben; angesichts der tief greifenden Desillusionierung solcher Hoffnungen auf Veränderung allerdings verblasste die Loyalitätsoption zusehends, wie der Redakteur Abel Maylié es auf den Punkt brachte: „L’avenir de la France dans ce pays est lié à son respect de la liberté des hommes dans ce pays... Aveugles ceux qui ne sentent pas aujourd’hui que le temps des empires coloniaux est révolu.“⁷⁹¹

Die Desillusionierung und die damit einhergehende Abwendung von Ausgleichs- und Einigungsvisionen ab 1950 hatten auch mit der Repression zu tun, die ab diesem Zeitpunkt die muslimische Presse Algeriens im Allgemeinen betraf und auch *Alger-Républicain* zusetzte. Sicherlich muss hier von einem dialektischen Prozess gesprochen werden, in den sowohl die Muslime als auch die staatlichen Überwachungs- und Repressionsorgane involviert waren: Einerseits zeigten die Muslime im Grunde von Kriegsende an ihre Gleichgültigkeit gegenüber französischen Kompromissangeboten, während sich andererseits eben diese Angebote zumeist als substanzlos erwiesen, wie das Beispiel des Algerienstatuts von 1947 illustriert. Die Diskurse zur „Autonomie“ und „Unabhängigkeit“ hatten ein Übriges getan: Der konditionelle Loyalitätsdiskurs wurde nun von einem verbalen Konfrontationsdiskurs abgelöst, der mit der Verfolgung und Schließung von Publikationen sowie Geld- und Gefängnisstrafen für Herausgeber und Redakteure einherging.⁷⁹² Zwar war *Alger-Républicain* in diesem Konflikt nicht an vorderster Front zu finden; dies überließ man muslimisch-nationalistischen Publikationen wie *La Nation Algérienne* oder *L’Algérie Libre*, die reihenweise beschlagnahmt und verboten wurden. Doch wird deutlich, wie wenig Energie das Blatt ab 1950 noch in die Formulierung und Propagierung von Ausgleichs- und Annäherungsutopien bezüglich beider Gemeinschaften aufwandte und sich anstatt dessen auf Fundamentalkritik am Status Quo konzentrierte. *Alger-Républicain* ging nun auf zumindest verbalen Konfrontationskurs und verinnerlichte die Binarität des „Wir“ gegen „Sie“. Erstmals verglich die Zeitung die Vorgehensweise der Administration mit Nazimethoden: „En Algérie comme en France se déchaîne la plus formidable hystérie raciste de ces dernières années... (le gouvernement) organise contre (nos compatriotes) des rafles monstres dans le plus pur style

⁷⁹¹ *Alger-Républicain*, 22.9.1950.

⁷⁹² Siehe Kapitel III.3.3.

hitlérien.“⁷⁹³ Nur zwei Tage später wurde erneut der Nationalsozialismus als Vergleichsinstanz bemüht: „La destruction de la liberté d’expression et de pensée (réalisée en Algérie) est le premier acte de la tyrannie naissante: le fascisme et le nazisme en sont la plus récente démonstration.“⁷⁹⁴ *Alger-Républicain* lenkte die Auseinandersetzung so auf eine neue Eskalationsstufe, da solche Vergleiche nur wenige Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Europa einen Tabubruch darstellten. Gleichzeitig ging die Zeitung erstmals ein unmittelbares Bündnis mit den Muslimnationalisten des MTLD ein, die offen die Unabhängigkeit Algeriens forderten. Zwar war das von *Alger-Républicain* ins Leben gerufene *Comité de défense de la liberté de presse* ein auf die Verteidigung der Meinungsfreiheit begrenztes Aktionsbündnis, doch deutete die Administration den Beitritt der MTLD-Zeitung *L’Algérie Libre* als Beweis für die Verstrickung *Alger-Républicains* in nationalistische Umtriebe.

Insgesamt zeigen die Nachkriegsjahre deutlich, wie sich *Alger-Républicain* von einer ursprünglich eher loyalen Haltung gegenüber der französischen Souveränität über Algerien wegbewegte und zum Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre zunehmend eine muslimische Perspektive hinsichtlich der Frage nach der Machtverteilung zwischen den ethnischen Gemeinschaften übernahm. In den unmittelbaren Nachkriegsjahren war die Zeitung noch als Verfechterin eines Ausgleichs zwischen Europäern und Muslimen unter französischer Oberhoheit in Erscheinung getreten: Das Konzept der „Demokratisierung“ stellte in diesem Zusammenhang das erhoffte Allheilmittel zur Realisierung dieser Vision dar. Zwei zentrale Momente ließen diese Utopie schließlich platzen: Zum einen gaben sich die Muslime nach der Erfahrung der Kriegsjahre und den Unruhen von Sétif nicht mehr mit bloßen politischen Partizipationsrechten zufrieden und zeigten sich wenig dialogbereit; zum anderen setzte die Administration die Serie der enttäuschten muslimischen Hoffnungen durch die Sabotierung des Algerienstatuts nahtlos fort. Autonomie- bis hin zu Unabhängigkeitsfantasien traten an die Stelle der Ausgleichs- und Einigungsvisionen und führten nicht zuletzt auch bei *Alger-Républicain* dazu, dass Loyalitätsbekundungen zu Frankreich fast vollständig verschwanden. Auch wenn die Zeitung sich nicht an den Sezessionsforderungen muslimischer Nationalisten beteiligte, so gab sie dennoch desillusioniert die Utopie einer durch die Integration der Muslime gekennzeichneten und auf prinzipieller Gleichheit und harmonischer Koexistenz beider Gemeinschaften basierenden

⁷⁹³ *Alger-Républicain*, 20.9.1950.

⁷⁹⁴ Ebd., 22.9.1950.

Gesellschaft auf und strebte nur noch ein Ziel an, koste es, was es wolle: Die „liquidation du colonialisme“.

VI.4) *Alger-Républicain* als „Stimme der Armen“: die besondere Bedeutung der Sozialreportage in der Berichterstattung der Zeitung

„Je sentais qu’il n’y avait rien pour ces hommes... ni univers, ni guerre mondiale... en face de l’affreuse misère qui met des plaques sur tant de visages kabyles. C’est de cette misère que je parlerai. Tout en vient et tout y revient. Elle constitue le seul problème de la Kabylie aujourd’hui. [...] Il ne faudrait pas croire que cette situation soit sans issue... Un tel abandon de tout et de tous ne trouve pas seulement sa raison dans une crise économique.“⁷⁹⁵ Mit diesen Worten leitete Albert Camus, Redakteur bei *Alger-Républicain*, im Juni 1939 eine Reportagereihe über die von ihm bereiste Kabylei ein. Das grenzenlose Elend sei es, was ihm ins Auge gesprungen sei und davon abhalte, irgendetwas anderes zum Gegenstand seiner Reportage zu machen, als die Armut in dieser Gegend. Camus leistete hiermit in gewisser Weise Pionierarbeit für eine journalistische Praxis, die zum Markenzeichen von *Alger-Républicain* werden sollte: die Sozialreportage. Sicherlich hatte die Zeitung von ihrer Gründung im Oktober 1938 an eine enge Anbindung an sozialistische Ideen und betrachtete die europäische und muslimische Arbeiterklasse Algeriens als wichtigste Bezugsgruppen. Doch ging die Haltung *Alger-Républicains* über die bloße Bedienung der Interessen ihrer Klientel hinaus: Die Redaktion siedelte unmittelbares soziales Engagement ganz oben auf ihrer Prioritätenliste an und verlangte von ihren Mitgliedern entsprechenden Einsatz in Sozialfragen. In gewisser Weise stützte sie nichts weniger als ihre Daseinsberechtigung auf ihre Rolle als „Stimme der Armen und Ausgebeuteten“. Die Zeitung wollte über diejenigen schreiben und berichten, die in der etablierten europäischen Presse nicht vorkamen: Einerseits gerieten so naturgemäß die Muslime in den Blick, die ja ohnehin von Anfang an explizit als Rezipienten, Produzenten und Subjekte des Diskurses mitgedacht wurden⁷⁹⁶, aber eben durchaus auch die europäische Arbeiterschaft der großen algerischen Städte, die Ende der 1930er Jahre die einzige Trägerschaft sozialistischer Ideen in Algerien bildete. *Alger-Républicain* suchte sich im Vergleich zur etablierten Presse nicht nur neue Themen und Akteure, sondern praktizierte auch eine neue Form des Journalismus, der durch den Begriff „journalisme social“ umschrieben werden kann⁷⁹⁷: Dieser setzte viel stärker auf die Lokalrecherche vor Ort und griff auf Lokalkorrespondenten oder noch häufiger eigens

⁷⁹⁵ *Alger-Républicain*, 5.6.1939.

⁷⁹⁶ Siehe Kapitel IV.3.

⁷⁹⁷ Siehe Kapitel IV.3.3, sowie Lévêque, *Journalistes sociaux*.

entsandte Redakteure zurück. Oberstes Ziel war es, die Betroffenen von Armut, Naturkatastrophen, Obdachlosigkeit, Krankheit oder Arbeitslosigkeit unmittelbar selbst zu Wort kommen und auf diese Weise Porträts der Ausgegrenzten und Diskriminierten entstehen zu lassen. Dieser Stil der Berichterstattung wich wesentlich von der etablierten Praxis ab, auf Pressemitteilungen der Administration bzw. auf den nebenberuflich aktiven Lokalkorrespondenten, häufig Lehrer oder Verwaltungsbeamter und damit herrschaftsnah, zu vertrauen. Camus führte bei *Alger-Républicain* die Praxis des Misstrauens gegenüber offiziellen Presseverlautbarungen ein und setzte auf eigene Recherche und selbst durchgeführte Befragungen unmittelbar Betroffener. Sozioökonomisch und/oder ethnisch diskriminierte Gruppen wurden auf diese Weise zum Gegenstand öffentlicher Aufmerksamkeit und rückten in das Bewusstsein breiterer Bevölkerungsschichten.

Typisch für die Sozialreportagen *Alger-Républicains* war der anklagende Ton und der skandalisierende Duktus. Die Redakteure praktizierten häufig einen investigativen Journalismus, der die Regierung direkt angriff und sie dazu aufforderte, etwas gegen die unhaltbaren Zustände zu tun. Das Ziel der Zeitung war es, eine konkrete und fühlbare Verbesserung der Lebensumstände der Betroffenen zu erreichen, welche über die Publizität der Missstände erreicht werden sollte. So nahm sich die Zeitung im Februar 1947 der Situation muslimischer Veteranen an, die im Weltkrieg für Frankreich gekämpft hatten und nun gepeinigt von körperlicher Verletzung mit unzureichenden Kriegsrenten auskommen mussten. Dabei schlug der Verfasser einen anklagenden und moralisierenden Ton an: „Concevez-vous la misère, le dénuement complet... de ces retraités... (qui) ne peuvent se procurer tout ce qui est nécessaire à leur subsistance?“⁷⁹⁸ Der Verfasser verwies explizit auf die koloniale Diskriminierung, die die Veteranen erfuhren und brandmarkte die Gleichgültigkeit des Finanzministers, der für die Blockierung einer Rentenerhöhung verantwortlich zeichnete: „Pour montrer l’injustice dont sont l’objet ces valeureux soldats, il faut (savoir) qu’un Européen perçoit presque quatre fois plus pour les mêmes annuités... Nous retrouvons là l’esprit colonialiste et tous les préjugés qu’il enfante quand le ministre des Finances énonce que les anciens soldats musulmans n’ont pas les mêmes besoins que les Européens.“ Auffällig an den Artikeln war ihre Politisierung: Der jeweilige Redakteur trat nicht für Almosen ein, sondern plädierte für grundlegende Veränderungen am gesellschaftlichen, sozioökonomischen oder politischen Status Quo in Algerien und nahm dafür zumeist die Administration in die Verantwortung.

⁷⁹⁸ *Alger-Républicain*, 20.2.1947.

Doch hatte *Alger-Républicain* zumindest in den Anfangsjahren ein genuines Interesse an Sozialfragen und beleuchtete auch Fälle, die nicht unmittelbar politisierbar waren. So porträtierte die Zeitung die muslimische Gesellschaft, indem sie über spezifische Lebensbereiche berichtete und oft langatmige, aber authentische Reportagen veröffentlichte: Die Pilgerfahrt⁷⁹⁹, der Ramadan⁸⁰⁰, das Opferfest⁸⁰¹ beispielsweise wurden dem Leser erklärt und näher gebracht, während Mohamed Dib, später ein bekannter Schriftsteller, immer wieder Land und Leute mit Hingabe porträtierte, im Besonderen in seiner Heimatstadt Algier.⁸⁰² *Alger-Républicain* hatte zum Ziel, nicht zuletzt auch auf diese Weise zu einer Annäherung beider Gemeinschaften beizutragen: Dem europäischen Leser wurde die Lebensweise der Muslime vor Augen geführt, beispielsweise das arabische Alphabet erklärt und arabischsprachiges Theater mittels Kritiken⁸⁰³ präsentiert. Die Zeitung griff auch auf Gastbeiträge zurück, um muslimisches Leben unmittelbar sichtbar werden zu lassen. So schrieb Léon Calvet, Leiter einer Schule in Oran, liebevoll über kabylisches Kunsthandwerk: „Dans le village d’Ait Mesbah, toutes les femmes savent renouveler les poteries détériorées en cours d’année. Et deux femmes dans le village se sont spécialisées dans la fabrication de poterie d’apparat... Ces poteries ont une grâce propre: la forme trahit... une origine égéenne... A la méthode crétoise, les Berbères superposèrent leurs dessins.“⁸⁰⁴ Das hier manifest werdende ethnographische Interesse an indigener Kultur war typisch für die Ziele *Alger-Républicains*: Parallel zur ohnehin systembedingten Auseinandersetzung der Muslime mit europäischer Lebensweise und Kultur sollten auch die Europäer Einblicke in die Lebensformen der Muslime erhalten und zu mehr Verständnis für diese bewegt werden. Nicht zuletzt präsentierte die Zeitung auch positive Beispiele der Integration von Muslimen und nährte damit die Hoffnung darauf, die desolate soziale Lage überwinden und einen Ausgleich erreichen zu können. So berichtete Redakteurin Yvonne Lartigaud von speziellen Hilfsprogrammen für muslimische Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen: „Dans l’œuvre de protection de l’enfance musulmane déshéritée, les enfants... peuvent trouver asile, protection... et un bon métier... Dans l’atelier du fer, nous avons vu réalisés par des mains habiles des outils de précision... Au bout d’une année de séjour dans ces ateliers, le petit apprenti peut déjà être employé par un patron au dehors.“⁸⁰⁵ *Alger-Républicains* starkes soziales Engagement kam hier zum Tragen und offenbarte die gesellschaftliche Vision, die

⁷⁹⁹ *Alger-Républicain*, 29.11.1946.

⁸⁰⁰ Ebd., 17./18.8.1947.

⁸⁰¹ Ebd., 25.10.1947.

⁸⁰² Ebd., 14.12.1950.

⁸⁰³ Ebd., 14.10.1947 und 16./17.11.1947.

⁸⁰⁴ Ebd., 11./12.5.1947.

⁸⁰⁵ Ebd., 9./10.2.1947.

der Zeitung vorschwebte: Eine Gesellschaft, die soziale Ungleichheiten so gut es ging einebnete, die „Feudalverhältnisse“ der Vorkriegszeit überwand und nicht zuletzt ethnische Unterschiede zwischen den Gemeinschaften zur Bedeutungslosigkeit verblassen ließ.

Ab 1950 explodierte dann die Zahl der Sozialreportagen bei *Alger-Républicain*. Hatten bis dahin vor allem stark politisierende und polemisierende Berichte Seite an Seite mit eher beschreibenden Gesellschaftsporträts gestanden, so wurde die Sozialreportage nunmehr zunehmend zu einem Kampfinstrument der Zeitung. Hier machte sich die endgültige Hinwendung *Alger-Républicains* zum Kommunismus und die finanzielle, wenn auch nicht institutionelle Anbindung an die Kommunistische Partei Algeriens (KPA) bemerkbar, die das Blatt als „incomparable moyen de propagande et d'action“⁸⁰⁶ bezeichnete. Aus dieser Perspektive wurde *Alger-Républicain* zum Propagandainstrument und zu einem wichtigen publizistischen Mittel, den Gegner in ein schlechtes Licht zu rücken bzw. ihn zu verunglimpfen. Bedeutsames Beispiel in diesem Zusammenhang waren die bereits an anderer Stelle⁸⁰⁷ beschriebenen Vorkommnisse von Sidi Ali Bounab, in deren Zusammenhang Chefredakteur Boualam Khalfa einen Polizeieinsatz im gleichnamigen Dorf zu einer Repressionsaktion ohne Gleichen hochstilisierte und zur Verunglimpfung des „Polizeistaates“ nutzte, bevor sich die Vorwürfe als erfunden erwiesen und Khalfa eine Gefängnisstrafe wegen Verleumdung zu verbüßen hatte. Khalfa war hier der kommunistischen Propagandastrategie gefolgt und hatte die Darstellung der Vorkommnisse derart verzerrt, dass sie schließlich den politischen Interessen der KPA entsprachen. Diese Vorgehensweise schadete der Reputation *Alger-Républicains* und stellte ihre Seriosität in Frage. Auch die von linken Lehrervereinigungen organisierten Ferienlager für Kinder dienten der Zeitung als Projektionsfläche für die Überlegenheit des Kommunismus. Mohamed Dib berichtete ausführlich über Ferienlager für Kinder in Maison Carrée und Hussein-Dey bei Algier und beschrieb sie als Vorzeigeprojekte, in dem Sprösslinge armer Familien erstmals ihren Urlaubstraum unabhängig vom Einkommen der Eltern realisieren konnten: „Chaque année des enfants peuvent avoir des vacances au prix de l'allocation familiale... La situation des parents (est pris en considération) ainsi que leurs possibilités matérielles. La colonie de vacances de Maison-Carrée est une œuvre... gérée par un Conseil d'administration dont les membres appartiennent à l'enseignement.“ Ausserdem unterstrich Dib, wie sehr die Ferienlager als „monde de contact“ zwischen beiden Gemeinschaften funktionierten: „La fusion des deux organisations de vacances (européenne et musulmane) qui existaient précédemment à Maison-Carrée fut réalisée. Il y a tout lieu d'en être satisfait à voir... le

⁸⁰⁶ Merrien, *Politique*, S. 101.

⁸⁰⁷ Siehe Kapitel IV.3.3.

travail de rapprochement de nos petits.“⁸⁰⁸ Dib galt dies als Nachweis für den Erfolg links orientierter Lokalprojekte, die er scharf von den sozialpolitischen Maßnahmen der Administration abgrenzte und als nachzuahmenden Modellfall positionierte.

Die Sozialreportagen vom Anfang der 1950er Jahre betrafen vier große Komplexe: Wohnung, Schule, Arbeit und fehlende Kaufkraft. An erster Stelle stand das Wohnungsproblem, welches angesichts der Baufälligkeit vieler Wohnhäuser und der Verbreitung von Elendsvierteln besonders augenfällig war. So schrieb Mohamed Dib über den Algierer Stadtteil Belcourt: „C’est un spectacle de cauchemar qui nous accueille... Plus de 5.000 personnes vivent dans ce bidonville... dont beaucoup dans des grottes... Des pans de falaise risquent de se détacher de jour en jour (pouvant) tuer plusieurs personnes... Le Gouvernement Général dépêcha un géologue... qui déclara que la falaise représente un danger... Considérant cela le Gouvernement envoya un autre géologue qui, lui, trouva que le terrain était sûr... Le Gouvernement doit édifier des habitations à bon marché et ainsi permettre à tous les habitants des baraques de se loger décemment. Mais il est trop occupé à remplir les prisons et à préparer l’arrivée des armées occidentales!“⁸⁰⁹ Dib versetzte sich hier in die Bewohner des Elendsviertels hinein und befragte sie direkt nach ihren Ängsten. Die Administration stellte er als verantwortungslose und sachlich desinteressierte Behörde dar, die ihrer Grundverpflichtung, alles Erdenkliche zu tun, um der Bevölkerung würdige Lebensumstände zu beschaffen, nicht nachkam. Doch hielt der Redakteur die Forderung nach einer Versorgung mit sicheren und sauberen Wohnungen trotzig aufrecht. Dringlichstes Problem war die Wohnraumknappheit, die die Administration mit ihrem unzureichenden Wohnungsbauprogramm auch nicht annähernd in den Griff bekam. Infolgedessen stiegen die Preise, was zu Wucher führte: Selbst für feuchte und verschimmelte Zimmer wurden den Mietern Höchstpreise abgepresst, ohne dass die Behörden die Mindeststandards in Sachen Mietregulierung, Hygiene und Bausicherheit durchgesetzt hätten, wie Dib berichtete: „Dans ce bidonville de la rue Henry-Jucheron... la détresse est plus que dans aucun autre endroit immense... On croise dans le chemin cette horreur morne des êtres hâves, le visage raviné par les privations, les yeux luisants de fièvre... Mais la chose la plus extraordinaire, c’est qu’il y a des gens qui vivent de cette misère. Ils ont imaginé de faire payer un loyer aux gens qui occupent ces misérables mesures... Les autorités laissent tranquilles ces gens. Ils sont même aidés à exercer leur terreur, puisqu’ils font intervenir les gardes champêtres pour soutirer „le loyer“.“⁸¹⁰

⁸⁰⁸ *Alger-Républicain*, 7.9.1950.

⁸⁰⁹ Ebd., 26.1.1951.

⁸¹⁰ Ebd., 31.7.1951.

Als nunmehr kommunistische Zeitung verfolgte *Alger-Républicain* das Schicksal der Arbeitnehmer mit Aufmerksamkeit. Zahllos waren die Reportagen vom Arbeitsplatz, von Streiks, Demonstrationen, Entlassungen und Lohnkürzungen. Eine zentrale Berufsgruppe aus Sicht der Redaktion stellten die Hafenarbeiter dar, welche vor allem aus Muslimen bestanden und trotz ihrer sehr harten Arbeit schlecht bezahlt und arbeitsrechtlich ungenügend geschützt waren: „La benne aveugle écrase, le fût glissant renverse et tue... les émanations nocives provoquent l’asphyxie.. les poussières de blé, de charbon... attaquent les bronches... Mais ils veulent vivre et vivre dans la paix... Ils ne manipuleront jamais les armes destinées aux massacres du Vietnam... Ils vendent la force de leurs muscles d’acier mais gardent intactes leur conscience et leur foi de prolétaires.“⁸¹¹ Ziel des Autors Mohammed Ferhat war es hier nicht nur, die skandalöse und entmenslichende Ausbeutung der Hafenarbeiter anzuprangern, sondern ihnen gleichzeitig ein publizistisches Denkmal zu setzen: Ferhat überhöhte sie zu Märtyrern der Arbeiterklasse, die sich trotz ihrer erniedrigenden Arbeitsbedingungen nicht korrumpieren ließen und an ihren linken Überzeugungen festhielten.

Das Schulproblem ordnete *Alger-Républicain* insoweit als dringliches soziales Problem ein, als von Schulbildung und Alphabetisierung die Lebenschancen und Aussichten auf sozialen Aufstieg abhingen. Auch wenn es nach 1945 deutliche Anstrengungen von Seiten der Administration gab, die Einschulungsraten muslimischer Kinder substanziell zu steigern, so lag dennoch weiterhin Vieles im Argen. Besonders Schulen in sozial benachteiligten Stadtvierteln fehlte es an dem Notwendigsten: Strom, Klassenzimmer, Heizung, wie Suzanne Lasas unterstrich: „Il n’y a que deux salles dans cette école... S’y entassent au cours de la journée 120 élèves... Mais, fait inconcevable, il n’y a pas d’électricité dans cette école! [...] Mais éclairer l’école signifiait aussi électrifier les ruelles sombres, les maisons... du bidonville environnant, comptant 5.000 âmes... Ce qu’il faudrait au quartier de Bel-Air, c’est un groupe scolaire de huit classes... (En attendant) il va falloir sacrifier tous ceux qui ont besoin d’instruction.“⁸¹² Die Autorin wies hier auf den Zusammenhang zwischen Armut und schlechter Bildungsversorgung hin und forderte die Administration dazu auf, mit geringen finanziellen Anstrengungen zumindest eine Grundversorgung für alle Schüler im schulpflichtigen Alter zu sichern. Die Zukunft der Unversorgten könne nicht einfach „verschoben“ werden: Hinter jedem von ihnen stehe ein Einzelschicksal, das die Behörden wenig kümmere.

⁸¹¹ *Alger-Républicain*, 16.11.1951.

⁸¹² Ebd., 7.12.1950.

Einen festen Platz in der Berichterstattung *Alger-Républicains* hatten zudem Artikel, die sich mit der Teuerung und der mangelnden Kaufkraft der algerischen Unterschichten auseinandersetzten. Das Blatt klagte im Besonderen über die Teuerung von Grundnahrungsmitteln, die unmittelbar durchschlug auf das Haushaltsbudget von Arbeitern und kleinen Angestellten und diese vor existenzielle Probleme stellte. So berichtete Dib: „La nouvelle augmentation du prix du pain touchera toutes les couches sociales, mais les travailleurs sont les plus éprouvés... (Cela) entraînera une diminution de consommation, car évidemment les salaires des travailleurs sont restés bloqués, ce qui provoquera des difficultés pour le commerce et les ouvriers boulangers... Le pain, aliment de base des travailleurs, va devenir un luxe... Il faut supprimer les taxes fiscales et parafiscales pour le pain... qui sont destinées à alimenter le budget de la guerre.“⁸¹³ Dib wies hier auf den Dominoeffekt der Teuerung hin: Diese führe zu weniger Verbrauch, Absatzeinbußen im Bäckereihandwerk, Entlassungen von Bäckergehilfen und so fort. Der Journalist machte seine Erwartungen an den Staat deutlich, welcher die Preise von Grundnahrungsmitteln zu überwachen und gegebenenfalls zu subventionieren habe. Auch hier war Dib darauf aus, seinen Bericht unmittelbar zu politisieren: Er stellte einen Zusammenhang zwischen Brotsteuer und Kriegsausgaben her und zeichnete die Administration als staatliche Instanz, der die Finanzierung ihrer militärischen Abenteuer wichtiger war als die Grundversorgung der Bevölkerung. Die Sozialreportage diente hier wieder einmal als politisches Mittel, der Administration ihre Verfehlungen aufzuzeigen. Schließlich bezog *Alger-Républicain* auch in diesem Zusammenhang wieder die Betroffenen direkt mit ein, um dem Leser deren Schicksal unmittelbar vor Augen zu führen und es nicht in einem Gewirr von Prozentzahlen des Kaufkrückgangs und der Arbeitslosigkeit verblassen zu lassen. So stellte Dib das Lebensschicksal eines Postangestellten vor, der noch wenige Jahre zuvor im Weltkrieg der französischen Armee gedient hatte: „M. A. est auxiliaire technique des PTT. Il déclare: „La fiancée et moi, nous avons décidé de nous marier... mais je n’ai même pas de quoi acheter la moindre bague... Je risque d’être renvoyé du jour au lendemain.“ Dib kommentierte: „Est-ce un cas isolé? Hélas, non! Que de jeunes se trouvent dans la même situation... Est-il vraiment interdit d’espérer que tous les jeunes conquièrent le droit de (vivre leur vie)?“⁸¹⁴ Der Journalist veranschaulichte hier in suggestiver Weise das Problem fehlender Kaufkraft, das nicht nur einen ökonomischen Teufelskreis auslöste und breite Bevölkerungsschichten in Existenznöte brachte, sondern gerade bei der jungen Generation bis in die private Lebensplanung hinein wirkte und ganze Lebensentwürfe nichtig machte.

⁸¹³ *Alger-Républicain*, 24.8.1951.

⁸¹⁴ Ebd., 21.2.1951.

Das Genre der Sozialreportage hatte zentrale Bedeutung für die Identität von *Alger-Républicain*, weil sich die Zeitung als „Stimme der Armen“ verstand und Journalismus explizit für die ethnisch und sozial ausgegrenzten Teile der algerischen Bevölkerung betreiben wollte. Sie war Mittel zur Abgrenzung gegenüber der konservativen, europäischen Presse, die eben diese Bevölkerungsteile weitgehend ignorierte und ermöglichte es *Alger-Républicain*, ein markantes Eigenprofil zu entwickeln, das durchaus publizistischen Erfolg vorweisen konnte. Doch stellte die Sozialreportage eben nicht nur Mittel zum Zweck dar, sondern war Ausdruck der politischen Überzeugungen vieler bei *Alger-Républicain* angestellter Redakteure. Sie konnten hier ihr ausgeprägtes soziales Engagement zur Entfaltung bringen und über tagesaktuelles Geschehen hinaus Reportagen und Gruppenporträts veröffentlichen, in denen ihre Verwurzelung in der „Algérie d'en-bas“ sichtbar wurde. Der „journalisme social“ brach mit der Praxis der herrschaftsnahen, volksfernen Berichterstattung und behandelte die Betroffenen nicht mehr als bloße Objekte, sondern als Akteure und vor allem als wertvolle Informationsquelle, die einen anderen Blick auf die Geschehnisse erst ermöglichte. Ab den 1950er Jahren dann nutzte die Zeitung die Sozialreportage zunehmend als Mittel zur Durchsetzung unmittelbarer politischer Interessen über das genuine soziale Engagement hinaus. Es ging nun nicht mehr nur darum, die meist desolate Lage der ausgegrenzten Muslime, aber auch Europäer medial darzustellen, sondern mindestens ebenso sehr darum, jede noch so geringe Ungleichheit als Fanal für die Bekämpfung der „faschistischen“ und „ausbeuterischen“ Administration zu gebrauchen. Diese Haltung illustriert den Abbruch des Integrationsdiskurses und das Ende jeglicher Einigungs- und Ausgleichsvisionen, die *Alger-Républicain* noch bis Ende der 1940er Jahre formuliert hatte. Auch die publizistischen Mittel mussten nun angesichts des Teufelskreises aus zunehmend sezessionistischer Propaganda der indigenen Zeitungen einerseits und der Repressionsmaßnahmen seitens der Administration andererseits in Stellung gebracht werden.

VI.5) „Antifaschismus“ und „Antiimperialismus“ im Diskurs von *Alger-Républicain* und die zentrale Rolle der sozialistischen, später kommunistischen Weltanschauung

Alger-Républicain war wie oben geschildert ideologisch im Antifaschismus verwurzelt. Die Zeitung verdankte ihre Gründung der aufgeheizten innenpolitischen Lage der 1930er Jahre, in denen sich „Antifaschisten“ und „Antikommunisten“ unerbittlich gegenüber gestanden hatten.

⁸¹⁵ Die jeweils als bedrohlich wahrgenommenen Szenarien einer kommunistischen bzw. einer

⁸¹⁵ Siehe Wirsching, Bürgerkrieg.

faschistischen Machtübernahme hatten die Gesellschaft mobilisiert und polarisiert und die Anfangsjahre von *Alger-Républicain* in entscheidender Weise geprägt und orientiert. Auch nach 1945 blieb die Redaktion auf potenzielle „faschistische“ Handlungsmotivationen fixiert, wie der Beispielfall Sétif beweist. Hinzu kam, dass die Unruhen ausgerechnet am 8. Mai 1945 ausgebrochen waren und sich damit die jährlich wiederkehrende Erinnerung an den Sieg über den Faschismus mit der Erinnerung an die Sétif-Revolution überschneidet. Nicht zuletzt auch, damit das Gedenken an den Sieg über den Faschismus nicht vor der Tragik Sétifs verblasste, konstruierten die Redakteure eine Kontinuität: Sie riefen insoweit zu Wachsamkeit auf, als der Faschismus in Europa zwar am 8. Mai 1945 in die Knie gezwungen worden wäre, in Algerien jedoch zeitgleich den nächsten Aufstand angezettelt habe und demzufolge noch längst nicht erledigt sei. Sétif symbolisierte somit nach der Deutung *Alger-Républicains* das Überleben des Faschismus, gegen den deshalb auch nach Kriegsende alle Kräfte zu mobilisieren waren.

Alger-Républicain zufolge beherrschte das Ringen zwischen Faschisten und Antifaschisten also auch die Nachkriegsjahre: Wie oben gesehen qualifizierte die Zeitung ihre politischen Kontrahenten, vorwiegend die so genannten „Féodaux“, also das gehobene Wirtschaftsbürgertum, sowie die Administration, als „Faschisten“ und versuchte auf diese Weise, den Gegner von vornherein zu diskreditieren. Das in Algerien vorherrschende politische Regime wurde in die Nähe deutscher bzw. italienischer Verhältnisse der 1930er Jahre gerückt und delegitimiert. So wetterte ein Leitartikel gegen die Anwendung des *Décret Régnier*, welches von 1935 stammte und den Tatbestand der „atteinte ou excitation à l’atteinte à la souveraineté française“ definierte: „Le Décret Régnier s’est abattu sur l’Algérie comme un vautour sur sa proie. Les prisons regorgent de détenus... Il est à l’antipode du statut de l’Algérie. Toutes les libertés, reconnues dans l’article deux du statut, s’évanouissent en fumée devant cette vieille machine de guerre... Que dans toute l’Algérie surgissent des comités de lutte... pour exiger et obtenir l’annulation de cette loi d’exception, symbole... du fascisme et de la dictature.“⁸¹⁶

Der unmittelbar nach Kriegsende noch wirkmächtige Wunsch nach einer tief greifenden „Demokratisierung“ des Landes wich Anfang der 1950er Jahre der Desillusion über das Scheitern jeglicher Reformvisionen und veranlasste die Redakteure dazu, Fundamentalkritik an den bestehenden politischen Verhältnissen zu üben. Boualam Khalfa bestritt vehement ihren „demokratischen Charakter“ und wies auf die Manipulierung der Wahlen zur *Assemblée Algérienne*, deren Gründung 1947 *Alger-Républicain* noch als Keimzelle eines „neuen

⁸¹⁶ *Alger-Républicain*, 29.4.1948.

Algerien“ gefeiert hatte, hin: „On peut se demander pourquoi les colonialistes ont consacré des mois à la discussion... et au vote d’une loi de truquage électoral... Les gouvernants colonialistes français veulent une assemblée de guerre, des députés qui voteront les impôts nouveaux... Leur objectif est de frayer le chemin à de Gaulle, l’homme du fascisme, seul capable à leurs yeux de mater la classe ouvrière.“⁸¹⁷ Der „Antifaschismus“ wurde in der Darstellung *Alger-Républicains* zur Bürgerpflicht: Nur durch Widerstand gegen die von Betrug und Korruption geprägten bestehenden politischen Verhältnisse konnte Algerien vor der Diktatur bewahrt werden. Mohammed Aghrib schlug in dieselbe Kerbe: Er attestierte der Regierung einen in Wirklichkeit „faschistischen“ Charakter, welcher nur durch die scheinbare Legitimität des Volksmandats überdeckt würde. Kein Zweifel bestünde daran, dass sich die Verantwortlichen im Bedarfsfall über ebendiesen Volkswillen hinwegsetzen würden: „La politique du gouvernement est si impopulaire maintenant qu’il faut l’imposer à l’immense majorité de l’opinion par la violence s’il le faut.“⁸¹⁸ Der „Faschismus“ wurde hier zum „catch-all“-Phänomen, in welches all das hineinprojiziert werden konnte, was *Alger-Républicain* als Bedrohung wahrnahm. War noch vorher die Repression gegen Zeitungen und die Pressefreiheit im Allgemeinen als spezifisch „faschistisch“ gedeutet worden, so traten nun offene Wahlmanipulation und populistische Irreführung der Wähler als Merkmale hinzu.

Auch die Auslandsreportagen waren von dem binären Deutungsmuster links/rechts entscheidend geprägt. In einem Bericht aus dem kommunistischen Albanien 1952 stellte Khalfa das Land als Vorbild für Algerien dar: Beide Länder seien von einer langen Geschichte der Fremdherrschaft geprägt, nur Albanien habe den Schritt hin zum Sozialismus bereits hinter sich: „Avec l’aide de l’armée soviétique, le peuple albanais remportait le 29 novembre 1944 sa plus grande victoire... le pouvoir populaire était instauré et la voie du socialisme désormais ouverte.“⁸¹⁹ Auch skizzierte der Redakteur Parallelen zwischen den „fascistes de Mussolini“, die das Land besetzt gehalten hätten, und den „Faschisten“, die in Algerien immer noch die Zügel in der Hand hielten. Die Reisereportage Kateb Yacines aus der UdSSR stilisierte das Sowjetreich zur Vollendung der menschlichen Gesellschaft und unterstrich, wie weit man gelangen könnte, wenn man konsequent den Weg des „Antifaschismus“ einschlug.⁸²⁰ In Abgrenzung zur Situation in Algerien unterstrich er die angebliche Religions- und Pressefreiheit sowie die Abschaffung rassistischer Diskriminierung: „Tous les Musulmans en Ouzbékistan étaient unanimes à reconnaître dans le régime soviétique la fin du racisme et des persécutions religieuses... Le „libéralisme racial

⁸¹⁷ *Alger-Républicain*, 1.6.1951.

⁸¹⁸ Ebd., 1.12.1951.

⁸¹⁹ Ebd., 4.1.1952.

⁸²⁰ Ebd., 14.12.1950.

et religieux des Tsars“ si cher à la „Dépêche Algérienne“ n'est rien d'autre que le „libéralisme“ de M. Naegelen (Gouverneur-Général, P. Z.) à l'égard du culte musulman en Algérie... Un même effort créateur... anime Russes et Ouzbeks, croyants et non-croyants, dans un monde où l'homme n'est plus un loup pour l'homme.“⁸²¹

Alger-Républicain war von Beginn seiner Gründung an zutiefst in antifaschistischen Denkmustern verhaftet. Die Wirklichkeitswahrnehmung der Redaktion basierte weitgehend auf der Einteilung der Akteure in „rechts“/„links“, „faschistisch“/„antifaschistisch“, „kommunistisch“/„antikommunistisch“. So bedeutsam und trennscharf diese Weltsicht für die Analyse des Zweiten Weltkriegs oder des beginnenden Kalten Krieges war, so begrenzt erschien sie für die Erfassung der „indigenen Frage“. *Alger-Républicain* hatte zunächst erhebliche Schwierigkeiten, eine muslimische Sicht auf die indigene Frage mit in seine Berichterstattung zu integrieren. Doch wandte sich das Blatt zum Ende der 1940er Jahre dem Problem des Kolonialismus zu und prägte einen „antiimperialistischen“ Duktus aus, der jedoch in Teilen weiterhin der Deutungskategorie „links“/„rechts“ unterworfen blieb.

In der Tat bezog das Blatt ab 1947 die Wahrnehmung der Muslime von der „situation coloniale“ sehr viel stärker mit ein als zuvor, kritisierte die Essenz des Imperialismus scharf und rief zu dessen Beseitigung auf. Doch spielten in diese grundsätzlich antikoloniale Haltung, die das Blatt nun einnahm, auch Einflüsse mit hinein, die der dezidiert linken Ausrichtung der Redaktion geschuldet waren. So wurden anstatt der Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien die USA zu einem Fixpunkt des „antiimperialistischen“ Diskurses der Zeitung. Zwar machte *Alger-Républicain* aus der Ablehnung des Status Quo in Algerien keinen Hehl, doch nahm die Publikation zunehmend eine globalisierende Analyse der „situation coloniale“ vor, in der die „imperialen“ USA und die „antiimperialistische“ Sowjetunion die Hauptrollen spielten. Die Vereinigten Staaten wurden trotz ihrer grundsätzlichen Unterstützung der weltweiten Dekolonisierung und der Selbstbestimmung der Völker als „Imperialmacht“ gesehen, welche ihre Tentakel über Westeuropa gelegt hatte, ihre Machtstellung in Asien durch den Koreakrieg festigte und selbst in Nordafrika – so streute *Alger-Républicain* immer wieder Gerüchte – kurz davor stünde, Militärbasen zu errichten. In Abgrenzung von den USA präsentierte das Blatt die Sowjetunion als einen Ort der Selbstbestimmung der Völker, der Volksdemokratie, der sozialen Gerechtigkeit und vor allem des Antiimperialismus. *Alger-Républicain* bemühte ein weiteres Argument, um den „kolonialistischen“ Charakter Amerikas zu verdeutlichen: Die USA nützten, so die Zeitung,

⁸²¹ *Alger-Républicain*, 13.2.1951.

die endgültige Durchsetzung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in der westlichen Hemisphäre und darüber hinaus, Algerien eingeschlossen, dazu, diese Gebiete ökonomisch an sich zu binden und dadurch Abhängigkeitsstrukturen entstehen zu lassen, welche „kolonialen“ Charakter trügen.

In der Tat fokussierte sich der Blick *Alger-Républicains* auf die Einflussnahme wirtschaftlicher Privatinteressen auf die politischen Entscheidungen in den USA: „En Amérique, dans ce pays qui s’est autrefois trouvé à l’avant-garde de la liberté, les trusts réactionnaires se sont emparés de l’Etat.“⁸²² Weiterhin wies der Redakteur Michel Rouzé auf die aus seiner Sicht verheerenden Auswirkungen der weltweiten Expansion dieser „Trusts“ sowie auf die Verschränkung solch wirtschaftlicher Interessen mit imperialen Interessen hin: „Ces trusts réactionnaires mènent une offensive mondiale contre les forces du progrès. En Algérie, le colonialisme défend âprement ses privilèges menacés..., ce système qui permet à quelques douzaines de féodaux d’exploiter ce pays...et d’y entretenir artificiellement les divisions raciales.“⁸²³ Entscheidend war aus Rouzés Sicht, dass die kapitalistischen Kräfte eine unheilvolle Verbindung mit den „politisch-reaktionären“ Kräften eingingen. Auch wenn ein unmittelbarer Bezug zu Algerien nicht immer nachzuweisen war, so sah Rouzé dennoch in den USA das Modell dieser Verselbständigung ökonomischer Interessen und damit als mitverantwortlich für die Entwicklung in Algerien. Ein Jahr später bestand für *Alger-Républicain* schon gar kein Zweifel mehr an der direkten Verstrickung amerikanischer Unternehmen in die Persistenz kolonialer Ausbeutungsstrukturen in Algerien und des Kolonialismus im Allgemeinen: „En Algérie, la lutte pour la liberté est encore plus ardue. Soutenu par les trusts américains, le colonialisme fait peser sur le peuple une tyrannie qui est très proche de celle du système féodal d’avant 1789.“⁸²⁴

Das Blatt ordnete den Vereinigten Staaten die Rolle der treibenden Kraft im Kolonialismus der Nachkriegszeit zu. So schrieb Michel Rouzé: „Le colonialisme français n’agit plus, comme autrefois, pour son propre compte. Il n’est que le paravent et l’agent d’exécution de l’impérialisme du dollar qui s’efforce d’asservir avec les anciennes colonies européennes, toute l’Europe occidentale. Le combat que mène le peuple de France... contre les réactionnaires américains devient... un combat à caractère anticolonialiste.“⁸²⁵ Interessant ist hier, wie sehr der Redakteur den französischen Nationalismus und das Streben Frankreichs nach nationaler und imperialer Größe als handlungsleitende Faktoren vernachlässigte. Frankreich unterlag aus seiner Sicht dem Einfluss amerikanischer Kapitalisten und

⁸²² *Alger-Républicain*, 13./14.7.1947.

⁸²³ Ebd.

⁸²⁴ Ebd., 14.7.1948.

⁸²⁵ Ebd., 26.12.1947.

Kolonialisten, die auf diese Weise auch Algerien kontrollierten; der Kampf der Algerier für ein Ende des Kolonialismus war für Rouzé gleichzusetzen mit dem Kampf Frankreichs gegen seine Abhängigkeit von den USA. Boualam Khalfa glaubte sogar, unmittelbaren Einfluss der Amerikaner auf direkte Entscheidungsträger in Algerien unter Umgehung der Metropole ausmachen zu können. Der Chefredakteur sah im Algierer Bürgermeister Jacques Chevallier (von *Alger-Républicain* in der Regel „Jack“ geschrieben) einen Strohmann der Amerikaner, der vorwiegend deren Interessen in Algerien bediente: „Les peuples nord-africains ne sont pas prêts... à recevoir l’uniforme américain... (Donc), les stratèges atlantiques ont sorti une arme secrète: M. Jacques Chevallier. L’homme qui les avait déjà servis en qualité d’officier des services de renseignements, l’homme sûr qui il y a deux ans leur donnait des gages en décrétant l’Algérie zone d’influence américaine.“⁸²⁶ Khalfa sah sogar die Möglichkeit einer Loslösung Algeriens von Frankreich, allerdings unter Führung des europäischen Kolonialestablishments, für gegeben und hielt die Amerikaner für den natürlichen Verbündeten dieses „autonomen, reaktionären Gebildes“: „M. Jacques Chevallier a repris le flambeau de l’„autonomisme colonialiste“... Les colonialistes algériens... ont peur de voir un jour crouler le gouvernement français... sous la pression de la masse grandissante des Français... Ils pensent à sauvegarder leurs privilèges au cas où leurs congénères français perdaient les leurs... Il leur faut un allié... l’impérialisme américain. Les Américains ont besoin d’exporter leurs capitaux... En 1945, (face à Sétif), l’Echo d’Alger faisait appel au gendarme français pour réprimer le mouvement de libération; aujourd’hui, M. Chevallier fait appel au gendarme américain.“⁸²⁷ Erneut tauchte hier das Bild von der Verschränkung wirtschaftlicher und kolonialistischer Interessen auf, wodurch die Amerikaner mit ihrer Finanz- und Wirtschaftskraft aus Sicht Khalfas zum natürlichen Verbündeten der sich an ihre kolonialen Privilegien klammernden „Féodaux“ avancierten. Der Chefredakteur unterstellte den Amerikanern reines Profitinteresse fern jeder Wertebindung und eine Skrupellosigkeit, die auf Kosten der kolonisierten Völker ging. Aus der Sicht *Alger-Républicains* standen Dekolonisierung und die weltweite Expansion der USA in einem antagonistischen Verhältnis. Schließlich verknüpfte die Zeitung alle Anschuldigungen an die Adresse der Amerikaner miteinander und hielt den USA im Zusammenhang mit dem Koreakrieg „Kolonialismus“, „Faschismus“ und ausbeuterischen Kapitalismus vor. Mohamed Aghrib assoziierte die amerikanische Präsenz sogar mit einer Krankheit: „Les hommes qui comptaient s’abriter derrière les tanks et la peste de l’étranger américain s’aperçoivent que les tanks et les épidémies provoquées sont incapables de venir à bout du peuple coréen... Il en est ainsi

⁸²⁶ *Alger-Républicain*, 13.1.1951.

⁸²⁷ Ebd., 16.1.1951.

partout à travers le monde où les peuples coloniaux ont battu en brèche l'édifice vermoulu de l'oppression... Maîtres et valets se retrouvent seuls, c'est pourquoi ils vont normalement à la dictature terroriste du fascisme, pour la sécurité de leur base et de leur coffre-fort."⁸²⁸ Auch offen antiamerikanische Anwandlungen waren der Zeitung nicht fremd. So sprach Louis Julia mit Verachtung über eine neue Form des „Tourismus“ in Algerien und spielte dabei auf angebliche amerikanische Geheimagenten an, die eine US-Invasion in Algerien vorbereiteten und die man mit geschultem Auge in den Straßen Algiers ausmachen könne: „On rencontre dans les rues un nombre croissant de gens qui machent du chewing-gum... On saisit assez souvent au vol des lambeaux de phrases dont l'accent nasalisé eût fait s'indigner Shakespeare... Tout se passe... comme si... (on préparait) des débarquements prochains de touristes moins discrets, qui aiment l'ordre, le leur... Ils risquent de faire marcher l'Algérie dans une direction qui n'est ni algérienne ni française.“⁸²⁹ Julia spann die These *Alger-Républicains* von einer Fremdsteuerung Frankreichs und Algeriens durch amerikanische Wirtschaftsinteressen also noch weiter und verwies auf die bevorstehende Invasion von US-Truppen mit dem Ziel der direkten Machtübernahme in Algerien. Er sprach mit Verachtung vom amerikanischen Lebensstil und Akzent und brachte damit seinen Antiamerikanismus zum Ausdruck. Dieser wurde mit Antikolonialismus und Antikapitalismus gemixt und ergab ein Elixier, das zwar durchaus Teile der amerikanischen Expansionsstrategie treffend beschrieb, jedoch die Eigenverantwortung Frankreichs für die festgefahrene Lage in Algerien ausblendete. Der Schlüssel für die Lösung der Kolonialfrage in Algerien lag nämlich nicht, wie *Alger-Républicain* glauben zu machen versuchte, in den USA, sondern in Paris und Algier.

Trotz der Verwurzelung *Alger-Républicains* in der sozialistischen Tradition, die ursprünglich wenig mit Antikolonialismus gemein hatte, lehnte die Zeitung den Kolonialismus entschieden ab. Zwar war diese Haltung weniger unmittelbaren Sympathien für die indigene Bevölkerung geschuldet, als vielmehr dem Streben nach Gleichheit und gesellschaftlicher Nivellierung, doch änderte diese Tatsache nichts am Engagement der Zeitung gegen den Status Quo in Algerien und gegen den Kolonialismus als globales System. Gerade ab Ende der 1940er Jahre nahm die Zeitung auch nichtfranzösische Beispiele von Kolonialisierung in den Blick, entsandte Korrespondenten zu Reportagezwecken dorthin und arbeitete Strukturen und

⁸²⁸ *Alger-Républicain*, 3.6.1952.

⁸²⁹ Ebd., 8./9.6.1947.

Merkmale der „situation coloniale“ als solcher heraus.⁸³⁰ Die Zeitung nahm eine zunehmend globalere Analyse des Phänomens Kolonialismus vor und unterstrich die Dynamik der Interaktion, die die verschiedenen Kolonien miteinander verband. In Algerien waren die Muslime sicherlich nur eine von mehreren sozialen Gruppen, die unter Diskriminierung und Ausbeutung zu leiden hatten und *Alger-Républicain* war nicht bereit, die „cause indigène“ für grundsätzlich wichtiger zu erklären, als die Situation der europäischen Arbeiterschaft. Dennoch stach in Algerien die besonders frappierende Benachteiligung der Muslime hervor: Mit bloßem Auge konnten die Redakteure und Reporter deren Elend und Marginalisierung erkennen. Nicht zuletzt deshalb bezog die Redaktion von der Zeitungsgründung an die Muslime unmittelbar und explizit in das gesellschaftliche Projekt mit ein, das *Alger-Républicain* verfolgte.

Ein Leitartikel vom August 1947 äußerte sich zum Schicksal des Kolonialismus wie folgt: „Dans le monde entier, le procès de liquidation du système colonial a commencé après cette guerre. Il s’agit d’un phénomène historique, à l’échelle duquel nos politiciens réactionnaires... sont de bien pauvres bonhommes. Lier, comme ils le font, le sort des Algériens européens au sort du système colonial, c’est leur préparer de cruels lendemains... Seules des solutions démocratiques permettraient aux différents éléments de ce pays de collaborer paisiblement.“⁸³¹ Die Dekolonisierung wurde hier als historisch überfällige Notwendigkeit gedeutet, der man früher oder später auch in Algerien nicht entrinnen könne. Angesichts dessen stellte die Kopplung des Schicksals der Europäer in Algerien an das Überleben des Kolonialismus aus Sicht *Alger-Républicains* eine politische Unverantwortlichkeit dar; die „colonialistes“ benutzten auf diese Weise nicht nur die algerischen Europäer quasi als Geiseln, sondern erstickten gleichzeitig jede Hoffnung auf zaghafte politische Reformen bereits im Ansatz. Die Zeitung plädierte hier wie in vielen anderen Fällen auch für eine „Demokratisierung“ unter französischen Auspizien als Ausweg aus der Blockade. Die Forderung nach einer französisch kontrollierten Miteinbeziehung der Muslime in den Staat und in das politische System machte deutlich, wie sehr *Alger-Républicain* um eine Lösung bemüht war, die dem Kolonialismus ein Ende bereitete, ohne Algerien grundsätzlich von Frankreich abzutrennen.

Der prinzipielle Antikolonialismus der Zeitung kam oftmals dann zum Ausdruck, wenn Gedenk- oder Jahrestage anstanden bzw. Rückblicke zum Jahresende oder Ausblicke zum

⁸³⁰ Wie beispielsweise Boualam Khalfa, der verschiedene Länder bereiste und Algerien mit dem republikanischen Spanien, dem kolonial durchdrungenen Persien, aber auch mit Italien verglich, das seiner Meinung nach von den USA kolonisiert würde. All diese Beispiele sollten die Globalität und Allgegenwärtigkeit des Phänomens Kolonialismus ebenso unterstreichen wie die Notwendigkeit, dagegen Widerstand zu leisten.

⁸³¹ *Alger-Républicain*, 10./11.8.1947.

Jahresanfang vorgenommen wurden. Die Redaktion stellte dann nämlich tief schürfendere, grundsätzlichere Überlegungen an, die über das Tagesgeschehen hinausreichten und selbiges in größere Zusammenhänge einordneten. Mohamed Bensalem beschrieb den Kolonialismus zum Jahreswechsel 1946/1947 als darwinistisches System, welches dem menschlichen Charakter widerspreche: „Le colonialisme, c’est tout ce qui s’oppose au libre jugement et à la libre expression des sentiments de l’homme. C’est le règne du plus fort sur le plus faible. C’est l’opposé de la démocratie.“⁸³² Nicht untypisch für *Alger-Républicain* übersah Bensalem allerdings die spezifisch ethnische Dimension des Kolonialismus, wie er in Algerien bzw. Afrika und Asien im Allgemeinen vorkam. Die Zeitung setzte ohnehin den amerikanischen „Kolonialismus“ in Westeuropa mit dem der Europäer in Afrika gleich und blendete fundamentale Unterschiede zwischen ihnen aus. Vielmehr unterstrich Bensalem die sozialen Auswirkungen und die unmoralische Niederträchtigkeit des Systems: „Le colonialisme a recours à toutes les perfidies pour prolonger les épreuves des populations algériennes. Il abuse du pouvoir... Dans ses actes quotidiens, il se révèle ce qu’il est: un exploiteur forcené.“

Alger-Républicain war fundamental von der politischen Sozialisierung seiner Gründer in den 1930er Jahren geprägt und erfüllte auch nach 1945 seine Rolle als publizistische Speerspitze im Kampf gegen den „Faschismus“. Dieser war der Überzeugung der Zeitung zufolge auch in den Nachkriegsjahren noch als fester Bestandteil der algerischen Gesellschaft anzutreffen und machte auch vor den Muslimen nicht Halt, wie *Alger-Républicains* Analyse der Sétif-Unruhen 1945 zeigt. Das Blatt wies die Tendenz auf, den Kampf gegen den Kolonialismus als Teil des Kampfes gegen den „Faschismus“ zu begreifen: Das Engagement gegen die Vorherrschaft des rechtskonservativen, „faschistischen“ Lagers in Algerien und für die Machtübernahme der politischen Linken schloss das Projekt der politischen und rechtlichen Inkludierung der Muslime mit ein. Das Schwarz-Weiß-Denken der Zeitung führte zu binären Wahrnehmungsmustern, die keinen Platz für Differenzierung ließen. So fokussierte sich im Zuge des Kalten Krieges die die Verachtung der Zeitung auf den weltweit wichtigsten Exponenten des „rechten Blocks“, dem *Alger-Républicain* als Anhänger des „linken Blocks“ ablehnend gegenüber stand: die USA. Deren Haltung zur Dekolonisierung wurde in keiner Weise differenziert: *Alger-Républicain* sah in den Vereinigten Staaten nichts weniger als den Hauptträger des weltweiten Kolonialismus und deutete ihren Einfluss in bestimmten westeuropäischen Ländern als genauso „kolonialistisch“ wie die französische Präsenz in Afrika. Diese Einengung der Perspektive kann jedoch nicht über *Alger-Républicains*

⁸³² *Alger-Républicain*, 29.12.1946.

grundsätzliche Ablehnung des Kolonialismus hinwegtäuschen: Auch wenn der Kampf gegen den „Faschismus“ lange oberste Priorität besaß, so verschrieb sich die Zeitung mit Beginn der 1950er Jahre rückhaltlos dem Kampf gegen den Kolonialstaat in Algerien und war in letzter Instanz auch bereit, für ein entkolonialisiertes Algerien ein entfranzösiertes Algerien zu akzeptieren. Der Entmachtung der „Féodaux fascistes“ waren aus Sicht *Alger-Républicains* alle anderen Interessen, darunter nationale Befindlichkeiten, unterzuordnen.

Insgesamt wird also deutlich, wie sehr *Alger-Républicain* ursprünglich eben doch eine „europäische“, und keine indigene Zeitungsgründung darstellte: Die Wahrnehmungsmuster waren eurozentrisch, die „indigene Frage“ bis 1947 als solche kaum präsent im Denken zumindest der europäischen Redakteure und auch die „Schmelztiegelphantasien“ in Bezug auf eine mögliche Französisierung der Muslime hielten sich bis in die späten 1940er Jahre. Die Zeitung war ein genuin linkes Publikationsprojekt, in dem ein Fortschritts- und Machbarkeitsglauben zum Vorschein kam, welcher die Redakteure immer wieder dazu verleitete, das Schicksal der indigenen Gemeinschaft in europäischen Kategorien zu denken. Dennoch zeichnet sich genauso deutlich ab, dass *Alger-Républicain* seinen Überzeugungen der „Demokratisierung“ und „Entfeudalisierung“ konsequent folgte: Ab Ende der 1940er Jahre stellte die Zeitung ihre Loyalitätsbekundungen zur französischen Oberhoheit über Algerien angesichts der desillusionierenden Wirklichkeit ein und bot nun Raum zur Darstellung der indigenen Sichtweise, wenn die Redakteure selbst auch keine eindeutig sezessionistischen Positionen einnahmen. Sicherlich waren auch hier immer noch Spuren der Links-/Rechtsdeutung der Wirklichkeit vorhanden: So floss der Kalte Krieg in nicht unerheblichem Maße in die Dekolonisierungsanalyse des Blattes mit ein und die USA avancierten zu den eigentlichen „Kolonialherren“ mit Franzosen und Briten als bloßen Erfüllungsgehilfen. Die konsequente Haltung bezahlte *Alger-Républicain* mit einer beispiellosen Hetzkampagne der rechtskonservativen Presse und der Administration ab 1954 und dem letztendlichen Verbot ein Jahr später.

VII. Die übrigen Publikationen: *La Voix des Humbles*, *La Voix Indigène*, *El Bassair*, *Egalité*, *L'Algérie Libre*, *El Maghrib El Arabi*

Angesichts des Umfangs und der Vielschichtigkeit der indigenen Presse soll im Folgenden kurz versucht werden, einen Überblick über die Publikationen zu geben, welche nicht in einzelnen Fallstudien untersucht werden konnten. Neben *La Défense* und *Alger-Républicain* war die Presselandschaft der Zwischenkriegszeit einerseits von den assimilationsfreundlichen Zeitungen um die indigene Grundschullehrerschaft, die sich in die Tradition der *Jeunes-Algériens* stellte, geprägt, andererseits von den zahlreichen arabischsprachigen Blättern, die vor allem in den 1930er Jahren im ideologischen Umfeld der Reformisten erschienen. Eine dritte zentrale journalistische Strömung waren die nationalistischen Publikationen, welche vor allem nach 1945 das indigene Pressespektrum dominierten.

Die französischsprachige indigene Presse der 1920er Jahre war maßgeblich von der Gruppe der Grundschullehrer geprägt, von denen sich nicht wenige zusätzlich zu ihrer pädagogischen Tätigkeit journalistisch engagierten und bemüht waren, die Meinungsführerschaft innerhalb der indigenen Elite an sich zu reißen. Die Grundschullehrer waren in der *Association des instituteurs d'origine indigène* organisiert und verfügten über eine mobilisierbare Mitgliederschaft, welche in der kolonialen Gesellschaft eine wichtige Brückenfunktion einnahm: die Vermittlung von französischer Sprache, Denk- und Wahrnehmungsmustern, aber auch von westlicher Lebensführung und -rationalität an die indigenen Schüler.⁸³³ Diese Rolle prädestinierte sie dazu, die Assimilation und Französisierung der indigenen Gemeinschaft zu verfechten; auch die Tatsache, dass sie einen der höchstmöglichen sozialen Ränge einnahmen, den Muslime erreichen konnten, trug dazu bei, dass sich ihr Assimilierungsideal nachhaltig verfestigte. Die Grundschullehrer gehörten zu den wenigen indigenen Gewinnern der „situation coloniale“.⁸³⁴

Sprachrohr der *Association des instituteurs d'origine indigène* war *La Voix des Humbles*, die 1922 gegründet und von Chefredakteur Rabah Zénati geleitet wurde. 1929 erschien zusätzlich *La Voix Indigène*, die zwar nicht direkt der *Association* unterstand, jedoch zeitweise auch von Zénati herausgegeben und von Grundschullehrern produziert wurde. Beide Zeitungen dienten als Forum für die politischen Standpunkte der Grundschullehrerschaft. Es darf nicht verwundern, dass eine verhältnismäßig kleine, berufsspezifische Gruppe bemüht war, ihre Hegemonie über den öffentlichen indigenen Diskurs durchzusetzen. Die indigene Sphäre öffentlicher Kommunikation befand sich in den 1920er Jahren noch in ihrer Konstitutionsphase: Eine Reihe an Zeitungen waren bereits entstanden, doch gab es noch

⁸³³ Zur *Association* siehe Léon, *Colonisation*, S. 191ff.

⁸³⁴ Zur Attraktivität der Karriere als Grundschullehrer siehe Colonna, *Instituteurs*, S. 95-97.

keine politischen Parteien, denen man bestimmte politische Projekte hätte zuschreiben zu können. Die einige Hundert Mitglieder starke Gruppe der Grundschullehrer fühlte sich im Bewusstsein ihrer privilegierten sozialen Stellung und aus ihrer Position der Stärke heraus dazu befähigt, eine Leitfunktion im Meinungsbildungsprozess innerhalb der indigenen Gemeinschaft zu übernehmen und globale Gesellschaftsvisionen für Algerien zu entwerfen.⁸³⁵ Zentrales Anliegen von *La Voix des Humbles* war es, die Assimilierung der indigenen Bevölkerung voranzutreiben. Dabei beklagte sie einerseits deren Widerstand gegen jeglichen kulturellen Wandel und ihre Fixierung auf traditionelle Lebensformen. Gleichzeitig nahm sie aber auch die französische Seite in die Pflicht: Dem Gesetzgeber warf die Zeitung vor, vor den „colons“ in Algerien zu kapitulieren und sich ihren Forderungen nach rechtlicher und politischer Ausgrenzung der Muslime zu fügen: „La plupart des journaux d’Algérie ne connaissent qu’une opinion: celle des colons. Or, la colonisation, telle qu’elle a été conçue et pratiquée jusqu’à présent, exige une politique indigène ferme, c’est-à-dire la politique du poing tendu.“⁸³⁶ Ebenso bitter stieß den Redakteuren der diskursive Ausschluss potenzieller indigener Diskursteilnehmer auf. Sie fühlten sich von den „colons“ als genuin „minderbemittelt“ stigmatisiert und auf Grundlage dieses Arguments vom öffentlichen Mehrheitsdiskurs, aber auch von Staatsbürgerschaft und Grundrechten ausgeschlossen: „Les Indigènes ne sont pas irrémédiablement inférieurs. Si la mentalité de l’Indigène diffère de celle de l’Européen... c’est que l’Indigène vit dans l’ignorance tandis que l’Européen évolue rapidement grâce à l’instruction.“⁸³⁷ Aus ihrer Sicht diene dieses Argument des Weiteren dazu, jeglicher Assimilierung einen Riegel vorzuschieben: Die ethnisch und religiös grundierte und dadurch wandlungsresistente Überzeugung der „Minderbemittlung“ schloss eine progressive Annäherung an französische Lebensformen und -verhältnisse sowie eine Integration der indigenen Bevölkerung aus. Dagegen setzten die Redakteure einen strikten Diskurs der Ausrichtung der Muslime auf die französische „Zivilisation“ und auf die westliche Lebensform und negierten die Relevanz und Existenzberechtigung der eigenen Herkunftskultur: „C’est un fait que la civilisation arabe a vécu... L’offrir comme idéal aux... Arabes-Berbères, c’est les pousser vers le néant. La civilisation occidentale (étant) la maîtresse du monde... la politique d’assimilation est la seule logique... viable en Afrique du Nord et il faut interpréter comme un signe heureux... le désir qu’expriment les Indigènes de se fondre dans la masse française.“⁸³⁸

⁸³⁵ Zum Elitebewusstsein der indigenen Grundschullehrer siehe Colonna, *Instituteurs*, S. 194f.

⁸³⁶ *La Voix des Humbles*, Mai 1922, S. 5.

⁸³⁷ Ebd., S. 6.

⁸³⁸ Ebd., Mai 1929, S. 3.

Die offene Distanzierung von der eigenen Herkunftskultur ging mit der Übernahme französischer Modernitätsvorstellungen einher. Die „culture arabe“ wurde sorgsam von der „civilisation occidentale“ abgetrennt und beide dichotomisch einander gegenüber gestellt. Die Grundschullehrer sahen sich als Produkt des in Algerien ablaufenden „Zivilisierungsprozesses“ und wollten nach ihrer erfolgreichen „Französisierung“ selbst zur Ausweitung dieses Prozesses beitragen: „Modestes collaborateurs de l'œuvre civilisatrice de la France en Algérie, imbus des idées françaises, pénétrés de la grandeur de notre mission d'éducateurs, nous ferons tout... pour faire rayonner le génie et l'idéal français.“⁸³⁹ *La Voix des Humbles* wies den Grundschullehrern die Rolle als „missionnaires laïques“ zu: Es ging nicht nur darum, den indigenen Schülern Wissen zu vermitteln und sie aus ihrer „Ignoranz“ zu befreien, wie es die Zeitung formulierte, sondern mindestens ebenso sehr darum, ihre Wert- und Urteilmuster, ihre Lebensführung, letztlich ihre „mentalité“ zu französisieren. Die Zeitung argumentierte in diesem Zusammenhang entlang der Dichotomie „culture arabe arriérée“ versus „grandeur de la civilisation occidentale“ und betonte hier mit besonderem Nachdruck, dass alles andere als eine grundlegende Französisierung den Weg der indigenen Gemeinschaft hin zur Aufnahme in die „famille française“ verbauen musste.⁸⁴⁰ Wie sehr ihr Denken bereits von westlichen Normen geprägt war, zeigt ihre Haltung zum *Statut Personnel Musulman*: Sie forderten mit Blick auf die Einbürgerung einen kompletten Verzicht auf diesen, mit dem Argument, dass der Koran zwar moralischen, nicht aber juristischen Wert besäße.⁸⁴¹ Die Zeitung stellte sich somit gegen das Dogma, nach dem islamisches Recht auf koranischen Vorschriften beruhte und somit göttlichen Ursprungs war. *La Voix des Humbles* argumentierte hier auf säkularer Grundlage und stellte sich gegen die Verknüpfung von religiöser und rechtlich-politischer Sphäre.

Allein die Tatsache, dass sich die Grundschullehrer zu einer Interessenvertretung zusammenschlossen, zeigt, wie sehr sie an die Veränderbarkeit des Status Quo durch Lobbyismus und politische Einflussnahme glaubten und wie sehr sie gewillt waren, den politischen Spielraum, der sich ihnen bot, zu nutzen. Sie gingen den Weg der öffentlichen Interessenartikulation und -vertretung und versuchten, nicht zuletzt durch ihr Sprachrohr, *La Voix des Humbles*, ihre Forderungen und Standpunkte öffentlichkeitswirksam darzustellen. Die Redakteure betonten immer wieder die „Erstarrung“ und den „Fatalismus“ des Islam und der „islamischen Zivilisation“ als solcher, welche sie mit der „Negation des eigenen Willens“

⁸³⁹ *La Voix des Humbles*, Juni 1925, S. 12.

⁸⁴⁰ Ebd., November 1925, S. 10-20.

⁸⁴¹ Ebd., April 1929, S. 11-13.

und „Passivität“ assoziierten.⁸⁴² Unter Verweis auf ihren Verein hingegen unterstrichen sie die Handlungsspielräume, die sich ihnen gegenüber der Kolonialpolitik boten, und betonten die Notwendigkeit, die Initiative zu ergreifen und selbst auf eine Veränderung der Lage der indigenen Bevölkerung hinzuwirken.

Insgesamt wird deutlich, wie sehr *La Voix des Humbles* in ihrem Diskurs den Gegensatz zwischen europäischer und indigener Lebenswelt hervorhob und beide mit Hilfe von klaren Wertzuschreibungen hierarchisierend zueinander verortete. Die Zeitung verfocht die Assimilierung der indigenen Bevölkerung an französische Kultur- und Verhaltensnormen und griff in ihrem Diskurs auf französische Modernitätsvorstellungen zurück, welche sie als handlungsleitende und anzustrebende Norm setzte. Doch die Bemühungen der *Association*, die Meinungsführerschaft innerhalb der indigenen Sphäre öffentlicher Kommunikation an sich zu reißen, scheiterten letztlich. Sicherlich setzten *La Voix des Humbles* und *La Voix indigène* in der Zwischenkriegszeit wichtige publizistische Akzente, vereinigten Teile der *Jeunes-Algériens* und ihrer Erben hinter sich und wurden nicht zuletzt auch von Seiten der Administration mit Aufmerksamkeit bedacht. Doch widersprachen ihnen die assimilationistischen Teile der französischsprachigen indigenen Publizistik und vor allem die arabischsprachigen Journalisten aus dem Umfeld des Reformismus der Grundschullehrerschaft vehement und vertraten anstatt dessen vor allem in Fragen von kultureller Identität und Religion grundlegend andere Ansichten.

Die Publikationen der Grundschullehrerschaft hatten sich, was die französischsprachigen Zeitungen anbetrifft, vor allem mit *L'Ikdam* auseinanderzusetzen, der ab 1919 erschien.⁸⁴³ Nachdem sich die Zeitung zunächst eher der jungalgerischen Strömung zuordnen ließ und den assimilationistischen Standpunkten der *Voix des Humbles* durchaus nicht abgeneigt schien, vollzog sie Anfang der 1920er Jahre eine Wende und begann unter der Führung des Emir Khaled damit, die distinkte muslimische Identität zu betonen und den *Statut Personnel Musulman* als Ausdruck eben dieser Identität für unantastbar zu erklären. Dank der persönlichen Popularität des Emir, aber auch aufgrund der generell verstärkten politischen Bewusstseinsbildung unter der indigenen Bevölkerung gewannen die Ideen des *Ikdam* an Zugkraft und ließen die Hoffnungen der *Association des instituteurs d'origine indigène* auf Deutungshoheit in der indigenen Sphäre öffentlicher Kommunikation schwinden.

Ab den 1930er Jahren dann trat die reformistische Presse massiv in Erscheinung und brachte die assimilationistischen Thesen der *Voix des Humbles* in Bedrängnis. Neben der bereits in

⁸⁴² Siehe beispielhaft *La Voix des Humbles*, November 1925, S. 27f. Auch ebd., August 1929, S.4-6.

⁸⁴³ Zu *L'Ikdam* siehe Meynier; Koulakssis, *L'Emir Khaled*, S. 271ff.

Form einer Fallstudie analysierten *La Défense* vertrat vor allem die arabischsprachige Zeitung *El Bassair* die reformistischen Standpunkte. Ihre Redakteure betonten immer wieder, ähnlich wie *La Défense*, ihre „apolitischen“ Interessen, welche sich auf „kulturelle und religiöse“ Belange beschränkten.⁸⁴⁴ Tatsächlich aber waren die Konflikte, die die Reformisten mit der Administration um ein privates arabischsprachiges Koranschulsystem und um ein autonomes System der muslimischen Religionsausübung austrugen, hochpolitisch. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg lehnten die Reformisten die Umwandlung ihrer *Associaton des Oulémas* in eine politische Partei ab, obwohl ihre Vereinigung längst wie eine solche agierte. So rief *El Bassair* im Januar 1948 zur Gründung eines *Congrès National Algérie* auf, dem es endlich gelingen sollte, alle politischen Kräfte der Muslime zu vereinen und gegen den Status Quo in Algerien zu wenden.⁸⁴⁵

Die Zeitung brachte wiederholt ihre Überzeugung von der Relevanz der „culture arabo-musulmane“ zum Ausdruck und ließ hierbei einen starken Ethnozentrismus erkennen, der nicht nur eine scharfe Abgrenzung von den Europäern, sondern auch von der berberischen Minderheit in Algerien erkennen ließ. So schrieb das Blatt: „Et Dieu créa l’Algérie arabo-musulman“⁸⁴⁶ und brachte damit seine Überzeugung von der göttlichen Legitimität eines arabisch-muslimisch dominierten Algerien zum Ausdruck. Die europäische Minderheit in Algerien rief *El Bassair* dazu auf, sich den Muslimen anzupassen, anstatt diese zur Assimilation aufzurufen, die die Europäer dann faktisch verhinderten.

Zwar stellte die Zeitung zumindest bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nicht unmittelbar die politische Systemfrage, doch war gerade der Bereich der Religion stark politisch aufgeladen. Der Hauptvorwurf der Reformisten an die Adresse der Behörden zielte auf die politische Kontrolle der Religionsausübung: So war für die Gründung von Koranschulen jedes Mal eine behördliche Genehmigung einzuholen; auch mussten Lehrer, die dort arbeiten wollten, einzeln eine Erlaubnis beantragen. Auch die Prediger in den reformistischen Moscheen konnten nur nach staatlicher Autorisierung ihren Dienst aufnehmen, während die jährliche Fahrt der algerischen Pilger nach Mekka vollständig von den Kolonialbehörden organisiert wurde.⁸⁴⁷ Schließlich verurteilte *El Bassair* die Missionierungsbemühungen der Kirche und von Missionsvereinigungen aufs Schärfste und

⁸⁴⁴ El Bassair, 1.8.1947.

⁸⁴⁵ Ebd., 19.1.1948.

⁸⁴⁶ Ebd., 13.3.1950.

⁸⁴⁷ El Bassair, 13.6.1949. Siehe dazu auch Pascal Le Pautremat, *La politique musulmane de la France au 20ème siècle. De l’Hexagone aux terres d’Islam. Espoirs, réussites, échecs*, Paris 2003, S. 187ff.

sah in der Konversion mehrerer Hundert kabyllischer Waisenkinder ein schamloses Ausnutzen ihrer Notsituation.⁸⁴⁸

Nach dem Zweiten Weltkrieg öffneten sich die Reformisten durchaus auch in Fragen der Moral und des islamischen Privatrechts. Während vor 1945 noch traditionelle Geschlechterbilder vehement verfochten worden waren, setzte sich *El Bassair* nun für Schulbildung für Frauen ein und begrüßte ebenso die zunehmende Körperertüchtigung muslimischer Männer in Sportvereinen.⁸⁴⁹ Auch waren die Reformisten vom französischen Hygiene- und Stadtdiskurs beeinflusst: So schlossen sie sich Forderungen nach einer grundlegenden Sanierung der auffälligen *Casbah*, also der Algierer Altstadt, an und hießen ordnungspolitisch motivierte Eingriffe in das Stadtbild zunehmend gut.⁸⁵⁰

Hinsichtlich der politischen Ordnung Algeriens reflektierte *El Bassair* nach dem Zweiten Weltkrieg in globalen Kategorien: Die Zeitung begrüßte den weltweit einsetzenden Dekolonisierungsprozess mit Nachdruck und hieß im Dezember 1949 die Unabhängigkeit Libyens und Indonesiens explizit willkommen.⁸⁵¹ Die Redakteure engagierten sich besonders in der Palästinafrage und proklamierten die Bereitschaft aller Araber, für die Unabhängigkeit des Landes in den Krieg zu ziehen.⁸⁵² Auch wenn die Unabhängigkeit Algeriens nicht unmittelbar eingefordert wurde, so waren dennoch Anspielungen auf diese Frage unverkennbar: Dem westlichen Imperialismus und dem „östlichen Komintern“, so die Zeitung, müsse man die Gründung eines muslimischen Großreiches entgegen setzen.⁸⁵³

Das Beispiel der französischsprachigen Zeitung *Egalité des Hommes* (ab 1948 mit dem Titel *République Algérienne*) zeigt, wie sehr die indigene Presse nach 1945 in den Sog des Nationalismus geriet und gezwungen war, sich zu diesem in welcher Weise auch immer zu positionieren.⁸⁵⁴ Herausgeber Ferhat Abbas hatte noch in den 1930er Jahren die Existenz einer „algerischen Nation“ offen in Frage gestellt⁸⁵⁵ und große Hoffnungen in das Integrationsversprechen der Volksfrontregierung gesetzt. Nach den Geschehnissen des Zweiten Weltkriegs in Algerien war er jedoch einer der Wortführer der Gegner von de Gaulles Integrationsdekreten vom 7. März 1944 und lehnte die angebotene rechtliche Besserstellung der indigenen Bevölkerung mit dem Argument ab, diese reiche bei weitem

⁸⁴⁸ El Bassair, 30.4.1951.

⁸⁴⁹ Ebd., 31.10.1949.

⁸⁵⁰ Ebd., 2.1.1950.

⁸⁵¹ Ebd., 5.12.1949.

⁸⁵² Ebd., 22.12.1947.

⁸⁵³ Ebd., 16.7.1951.

⁸⁵⁴ Zur Zeitung *République Algérienne* siehe Collot, *Régime juridique*, S. 384.

⁸⁵⁵ Siehe dazu seinen Artikel in *La Défense*, 28.2.1936.

nicht aus.⁸⁵⁶ *Egalité* machte deutlich, dass es im Hinblick auf die politische Verfasstheit Algeriens kein „Weiter so!“ gegen könne und dass es mit Statusverbesserungen in Bezug auf die Muslime nicht getan sei. Vielmehr müsse nicht nur mit der politischen Praxis im Lande, die von Diskriminierung und Ausschluss geprägt gewesen sei, gebrochen werden, sondern neue institutionelle Strukturen geschaffen werden: „La solution du statut de l’Algérie n’est pas dans une assimilation de notre territoire à celui de la Métropole... La solution rationnelle et historique est dans une autonomie fédérale au sein de l’Union Française. Autonomie dans laquelle chaque Algérie serait „chez soi“, sans cesser de demeurer avec la France.“⁸⁵⁷ Die Zeitung bezog hier explizit Stellung gegen die vor dem Krieg von der Grundschullehrerschaft vertretene Forderung nach der Assimilierung der indigenen Bevölkerung und betrachtete diese als überholt. Abbas trat nun für eine Föderation von Algerien mit Frankreich ein, welche dem Land weitgehende Handlungsfreiheit in inneren Angelegenheiten einräumen sollte, ohne die „historische“ Verbindung zu Frankreich endgültig zu kappen.⁸⁵⁸ Klar und deutlich war jedenfalls die Forderung nach dem „Self-Government“⁸⁵⁹, zu dessen Legitimierung sich Abbas auf das Beispiel Großbritanniens berief, welches in Kolonialfragen Frankreich um Längen voraus sei und längst Antworten auf die sich zuspitzende Herrschaftsfrage in den verschiedenen Kolonialgebieten gefunden habe. Die Zeitung scheute nicht davor zurück, Reizworte wie „République Algérienne“ in den Mund zu nehmen: „Le Parti du Manifeste... s’est donné pour objectif... de jeter les bases de la République Algérienne et de l’Union Française véritable. Nous sommes pour le fédéralisme, qui sauvegarde la personnalité des peuples d’outre-mer, tout en les groupant autour du peuple français.“⁸⁶⁰ Auf der einen Seite betonte das Blatt die „personnalité propre des peuples colonisés“, die es zu respektieren gelte, andererseits unterstrichen die Redakteure den unauflöslichen Bund mit Frankreich. Ohnehin dürfen Abbas und die *Egalité* nicht den Nationalisten zugeordnet werden; vielmehr schrieb die Zeitung im März 1947: „Nous pensons tous à l’UDMA que le stade des nationalités est de loin dépassé.“⁸⁶¹ Auch wenn die „personnalité algérienne“ an Bedeutung gewann, so hob Abbas auf die Utopie einer „citoyenneté du monde“ ab, die es zu realisieren gelte. Der Politiker und Journalist plädierte langfristig für eine transnational ausgerichtete „Fédération universelle“, die nationale Grenzen und Gräben hinter sich lassen müsse. Den

⁸⁵⁶ Siehe dazu Kapitel VI.2 in der vorliegenden Arbeit.

⁸⁵⁷ *Egalité*, 23.5.1947.

⁸⁵⁸ Ebd., 30.8.1946 sowie Ebd., 6.6.1947.

⁸⁵⁹ *République Algérienne*, 27.1.1950.

⁸⁶⁰ *Egalité*, 6.6.1947.

⁸⁶¹ Ebd., 13.3.1947.

Kolonialmächten habe man nicht Paroli zu bieten, um eigene nationale Fantasien umzusetzen, sondern um deren exorbitante nationale Expansionsansprüche in die Schranken zu weisen.

Ohnehin pflegte *Egalité* einen universalistischen Diskurs, der auf Begriffe wie „Völkerverständigung“ zurück griff und das Grundübel des Kolonialismus im Rassismus angelegt sah. Nicht zuletzt deswegen verteidigte die Zeitung de Gaulles Projekt einer *Union Française*, da sie hierin die Möglichkeit sah, die Entfaltung der „personnalité algérienne“ mit der Bindung an Frankreich in Einklang zu bringen.⁸⁶² Immer wieder suchten die Redakteure nach Anzeichen dafür, dass die französische Regierung Statusverbesserungen für die Muslime plane, und standen zunächst auch dem Algerienstatut von 1947 positiv gegenüber, bevor sich dieses als Lippenbekenntnis entpuppte.

Egalité und Abbas blieben in Bezug auf die eigene Werteorientierung eng an Frankreich angelehnt und zeigten sich vor allem hinsichtlich der Lehren, die die Regierung und die Kolonialadministration aus dem Zweiten Weltkrieg zogen, enttäuscht. Die Zeitung konstruierte Parallelen zwischen der „guerre de libération“ gegen den Nationalsozialismus und der drohenden „guerre de libération“ gegen den Kolonialismus und brachte sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, wie sich verdiente französische Widerstandskämpfer gegen die Nazis nun der „Libération“ der kolonisierten Völker entgegen stellen könnten.⁸⁶³

Die politischen Anliegen der algerischen Muslime wurden also in einen unmittelbaren Sinnzusammenhang mit der *Résistance* gebracht und so der Legitimierungsdruck auf die französische Kolonialpolitik erhöht. Nach der Sabotierung des 1947 eingeführten Algerienstatuts durch die Administration reagierte *Egalité* geschockt und stellte mit Blick auf den Werteverrat, den dieses Verhalten aus Sicht der Zeitung darstellte, fest: „La Révolution de 1789 n’a pas été faite pour nous.“⁸⁶⁴

Abbas sah sich selbst unmittelbar in der Tradition französischer republikanischer Werte stehen und deutete die Entwicklung Algeriens als „Modernisierung“, welche von Frankreich kommend quasi als „Trickle-Down“-Effekt in die indigene Gemeinschaft diffundierte und langsam, aber stetig indigene Denk- und Lebensweisen umzuwandeln begann. Insofern übernahm er weitestgehend französische Modernitätsvorstellungen und schrieb: „Ces peuples, ainsi jugulés (et colonisés), se mirent à regarder autour d’eux, à écouter et à enregistrer. Et chaque fois que le vêtement qui les emprisonnait cédait à l’usure, ils en profitaient pour dégager un membre et puis l’autre, pour essayer de s’en servir. La jambe, peu à peu, s’adapta au terrain nouveau. La main acquit de l’adresse, les cerveaux s’enrichirent de connaissances

⁸⁶² *Egalité*, 15.9.1944.

⁸⁶³ Ebd., 18.8.1946.

⁸⁶⁴ République Algérienne, 14.7.1950.

nouvelles. Et ainsi, une humanité moyenâgeuse s'éveilla à des principes nouveaux et prit conscience de sa force et de ses droits.“⁸⁶⁵ Abbas war vom Nutzen dieser „Modernisierung“ für die indigene Gemeinschaft überzeugt und begrüßte die Aufgabe überkommener Lebensformen und Traditionen mit Nachdruck. Nicht zuletzt deshalb betonte er bezüglich des Widerstands, den die Siedler und die Kolonialadministration der Emanzipierung der algerischen Muslime entgegen setzten, dessen tragische Dimension: Dieser zerstörte aus Sicht von Abbas die Chance auf eine nachhaltige und unwiderrufliche „Modernisierung“ Algeriens im französischen Sinne und entfremdete die Muslime endgültig von Frankreich.

In der Zeit nach 1945 veränderte sich die Struktur der indigenen Presse nachhaltig: Die in der Tradition der *Jeunes-Algériens* stehenden assimilationistischen Zeitungen verloren an Bedeutung, während auch die in den 1930er Jahren dominante reformistische Presse zunehmend in den Hintergrund rückte. Zwar brachten die *Oulémas* durchaus noch Zeitungen wie *El Bassair* sowie *Le Jeune Musulman*⁸⁶⁶ und *La Revue de défense islamique* heraus, doch konnten sie mit diesen Titeln zu keinem Zeitpunkt mehr den meinungsbildenden Einfluss zurückgewinnen, den sie in der Zwischenkriegszeit ausgeübt hatten. Nutznießer der Nachkriegsentwicklung waren in erster Linie nationalistische Publikationen wie *L'Algérie Libre* und *El Maghrib El Arabi*, welche für die indigene Presse ungekannte Auflagen von über 10.000 Exemplaren erreichten, sowie sozialistische und kommunistische Titel wie *Alger-Républicain* und *Liberté*, offizielles Organ des *Parti Communiste Algérien*. Dies hatte sicherlich mit den politischen Erfolgen zu tun, welche die nationalistische Partei PPA-MTLD nach 1945 feierte, erschöpfte sich jedoch nicht darin: So hatte die Politisierung der indigenen Gemeinschaft ungekannte Dimensionen erreicht und ließ viele Muslime zu politischen Aktivisten werden. Auch zeitigten die in der Zwischenkriegszeit unternommenen Bildungsanstrengungen erste Erfolge⁸⁶⁷: Die Zeitungen fanden viel leichter Redakteure, die sprachsicher waren und eine langjährige Schulausbildung absolviert hatten; auch die potenzielle Leserschaft, vor allem von französischsprachigen Zeitungen, wuchs nun stark an. Wie in Kapitel IV.1 skizziert manifestierten sich erstmals im indigenen Journalismus deutliche Professionalisierungstendenzen: Die Nationalisten kombinierten geschickt suggestive politische Forderungen mit hohem finanziellen Input in die Publizistik und einem professionalisierten Parteienapparat, mit dem Ergebnis, dass ihre Publikationen den indigenen Pressemarkt nun dominierten.

⁸⁶⁵ Egalité, 9.5.1947.

⁸⁶⁶ Siehe Collot, Régime juridique, S. 384.

⁸⁶⁷ Zur Schulpolitik in der Zwischenkriegszeit siehe Léon, Colonisation, S. 182-241.

Die wichtigste nationalistische Zeitung war *L'Algérie Libre* und stand dem PPA-MTLD nahe. Im Verhältnis zum Pressediskurs der Zwischenkriegszeit und zu *Egalité* beispielsweise wandelten sich die Deutungskategorien erheblich. Tragendes Element im Diskurs von *L'Algérie Libre* war die Dichotomie Kolonialismus/Antikolonialismus: Algerien wurde hier in einen globalen Kontext eingefügt, der weltpolitischen Logiken folgte und in dem systematisch zwischen Kolonialherren und Kolonisierten unterschieden wurde. So schrieb das Blatt: „L'administration agit dans le cadre de directives impérialistes.“⁸⁶⁸ Die koloniale Situation wurde als handlungsleitender Rahmen gedeutet, dem die Politik der Kolonialadministration vollständig untergeordnet war. Doch wies *L'Algérie Libre* den Kolonialherren auch Auswege aus dem Status Quo: So hätten Großbritannien und die Niederlande die Mechanismen der kolonialen Situation durchbrochen und sich mit der Gewährung der Unabhängigkeit für Indien und Indonesien außerhalb des kolonialen Rahmens gestellt.⁸⁶⁹ Das Blatt forderte Frankreich dazu auf, diesem Beispiel zu folgen und dem „génocide colonial“⁸⁷⁰ ein Ende zu bereiten. Auch müssten die ökonomischen Strukturbedingungen, welche dazu beitrügen, das Überleben des Kolonialismus zu sichern, beseitigt werden: *L'Algérie Libre* nahm hier besonders die „agrarkapitalistische Lobby“ und die „Blei- und Zinktrusts“ in Algerien ins Visier, von denen die indigene Bevölkerung in keiner Weise profitiere und die den kolonialen Status Quo zementierten.⁸⁷¹ Die Tendenz, den Kolonialismus global einzuordnen, brach sich in vielen Artikeln Bahn. So stellte die Zeitung einen expliziten Kausalzusammenhang zwischen der „Moderne“ und dem „unterwerfenden Kolonialismus“ her und sah selbst den Ausbruch beider Weltkriege kolonial bedingt: „Ce monde moderne est caractérisé par ce non-sens: la plupart des gens ne peuvent penser à la possibilité d'asservir un individu sans frémir, mais ils admettent... l'asservissement de peuples entiers... Quelles que soient les causes des deux guerres mondiales, la cause essentielle en est le colonialisme.“⁸⁷²

Grundlage für den Diskurs von *L'Algérie Libre* war die Kategorie der „Nation“, die die Zeitung fest im öffentlichen Diskurs verankerte und auch andere Zeitungen dazu anregte, diese immer häufiger zu benutzen. Während noch Ende der 1930er Jahre die meisten indigenen Journalisten mit einem Denken in nationalen Kategorien nichts anfangen konnten, ja diese teilweise sogar explizit zurückwiesen, kam die indigene Publizistik nun nicht mehr umhin, zur Frage nach der „algerisch-muslimischen Nation“ Stellung zu beziehen, woran

⁸⁶⁸ *L'Algérie Libre*, 8.9.1951.

⁸⁶⁹ Ebd., 15.1.1950.

⁸⁷⁰ Ebd.

⁸⁷¹ Ebd., 2.8.1952.

⁸⁷² Ebd., 1.1.1950.

auch *L'Algérie Libre* einen gewissen Anteil hatte. Entscheidende Bedeutung fiel in diesem Zusammenhang der historischen Legitimierung eben dieser Nation zu: *L'Algérie Libre* setzte alles daran, ihre Existenz bis vor die Kolonisierung Algeriens ab 1830 reichen zu lassen. So schrieb das Blatt: „L'Algérie est une nation qui existe et qui existe depuis fort longtemps, elle existait notamment en 1830 et elle était organisée alors en Etat libre.“⁸⁷³ Die Redakteure verwiesen in diesem Zusammenhang auf muslimische Historiker: So hatten reformistische Publizisten wie Tewfik El Madani und Moubarak El Mili in den 1930er Jahren Neuinterpretationen der algerischen Geschichte vorgelegt, in denen die These von der Kontinuität der „personnalité algérienne“ und der „nation algérienne“ vom 18. bis ins 20. Jahrhundert verfochten wurde.⁸⁷⁴ Sie widersprachen hier der gängigen Deutung westlicher und allen voran französischer Historiker, die die Entstehung eines Nationalbewusstseins erst in der Zwischenkriegszeit ansiedelten.⁸⁷⁵ *L'Algérie Libre* ließ auch unmittelbar Historiker auf seinen Seiten zu Wort kommen. So schrieb Mostafa Lacheraf: „Les Algériens et leurs chefs (qui se rebellaient contre la colonisation entre 1832 et 1872)... n'ont pas été autre chose que des révolutionnaires... Ils avaient pour objectif... la libération du territoire en organisant le peuple pour la guerre, à travers un Etat fondé à la hâte, et la destruction de la puissance antinationale des grandes familles mercenaires et terriennes [...] L'histoire de l'Algérie du XIXème siècle est pleine d'enseignements pour qui veut illustrer le nationalisme autochtone... Entre 1832 et 1848, l'Algérie, constituée spontanément en nation agissante, défendait son indépendance et ses institutions.“⁸⁷⁶ Ziel war es, die Existenz und die Lebendigkeit der algerischen Nation für das 19. Jahrhundert zu dokumentieren und die französische Kolonisierung mit dem Argument zu delegitimieren, dass sie einen bestehenden „Nationalstaat“ zerstört und eine „blühende Nation“ „versklavt“ habe.

Der in *L'Algérie Libre* zum Ausdruck kommende Nationalismus war eng mit den panarabischen Orientierungen der Zeitung verbunden. Auch wenn der Diskurs sicherlich zwischen der „algerischen Nation“ und anderen arabischen „Nationen“ unterschied, so waren besonders die arabische Identität und die muslimische Religion wichtige Merkmale, welche die Algerier mit anderen arabischen Völkern verbanden. Ohnehin hatte der nationale Diskurs von *L'Algérie Libre*, ähnlich wie der von *El Bassair*, eine stark ethnozentristische

⁸⁷³ *L'Algérie Libre*, 4.9.1953.

⁸⁷⁴ Siehe Tewfik El Madani, *Kitab Al Djazair*, Algier 1931 sowie Moubarak El Mili, *Tarikh El Djazair fi al-qadim oual hadith*, (L'Histoire de l'Algérie dans le passé et le présent), Constantine 1928. Einen Überblick über die nach 1900 wieder aufblühende arabischsprachige Geschichtsschreibung in Algerien gibt Saadeddine Bencheneb, *Quelques historiens arabes modernes de l'Algérie*, in: *Revue Africaine* 1956, S. 475-499.

⁸⁷⁵ Siehe beispielhaft Berque, *Intellectuels*, S. 123-152 und S. 260-276. Henri Mausset, *France et Afrique du Nord*, Paris 1945. Charles-André Julien, *France and Islam*, in: *Foreign Affairs*, Heft 18, Nr. 4, 1940, S. 680-699.

⁸⁷⁶ *L'Algérie Libre*, 16.4.1954.

Ausrichtung: Berber und Europäer kamen hier allenfalls als Instanzen der Abgrenzung vor; dafür wurde das „arabisch-muslimische Element“ stark gemacht.⁸⁷⁷ Jenseits der „algerischen Nation“ gab es also auch für die nationalistische Zeitung einen idealisierten transnationalen arabischen Raum, der nationale Grenzen in den Hintergrund treten ließ und dank seiner identitätsstiftenden Instrumente wie arabischer Sprache und muslimischer Religion integrierend wirkte. Politisch konkretisiert wurde diese Utopie durch die Gründung der Arabischen Liga 1945, in die eine der weiteren nationalistischen Publikationen, *El Maghreb El Arabi*, hinsichtlich der Dekolonisierungsbemühungen der drei maghrebischen Länder große Hoffnungen setzte.⁸⁷⁸ *L'Algérie Libre* sah zwischen Algerien, Marokko und Tunesien eine „Schicksalsgemeinschaft“ für gegeben und spielte immer wieder auf mögliche politische Vereinigungsszenarien der drei Länder an.⁸⁷⁹

Die „Moderne“ reflektierte *L'Algérie Libre* weniger explizit als dies *La Voix des Humbles* und *Egalité* getan hatten. Sicherlich griff die Zeitung auf Begriffe wie „Révolution Française“ oder „assaut de la bastille“ als positive Referenzpunkte zurück und reklamierte damit Schlüsselemente französischer Modernitätsvorstellungen quasi für sich. Dennoch gab es bei den nationalistischen Zeitungen keinen besonderen Bezug auf Modernität: Den Redakteuren war schlicht bewusst, dass der Verweis auf die Französische Revolution legitimierend wirkte; insofern hatten solche Topoi eher einen utilitaristischen Charakter. Wie viele andere Zeitungen auch verwiesen die nationalistischen Blätter auf den Widerspruch, den Frankreich im Hinblick auf seinen Universalanspruch als der Verkörperung von Aufklärung und Menschen- und Grundrechten durch seine Kolonialpolitik einging. So schrieb *L'Algérie Libre* in Bezug auf die Beschlagnahmung vieler ihrer Ausgaben: „Le gouvernement français ne respecte pas les engagements internationaux ainsi que leur propre législation selon laquelle on doit pouvoir lire, écrire et parler librement (Déclaration des Droits de l'Homme et du citoyen). [...] Ces principes et engagements n'ont de valeur qu'autant qu'ils peuvent servir d'alibi à la politique rétrograde d'asservissement des peuples.“⁸⁸⁰ Des Weiteren berichtete die Zeitung über die Teilnahme von algerischen Demonstranten an den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Erstürmung der Bastille in Paris am 14. Juli 1950 und unterstrich, wie sehr diese Demonstration die Franzosen daran erinnern sollte, dass dieses Erbe bis in die Gegenwart hinein verpflichte: „(Encore aujourd'hui) il y a des bastilles à abattre en Algérie... Ce mot d'ordre dénonce une répression permanente en Algérie et affirme la volonté des masses algériennes d'arracher la libération des emprisonnés politiques... Des centaines de patriotes

⁸⁷⁷ *L'Algérie Libre*, 14.11.1953.

⁸⁷⁸ Siehe CAOM 15H/3: Bulletin mensuel de la presse algérienne de langue arabe, 1947-1951.

⁸⁷⁹ *L'Algérie Libre*, 16.2.1952.

⁸⁸⁰ Ebd., 1.2.1950.

symbolisent dans les bastilles colonialistes la permanence du nationalisme algérien.“⁸⁸¹ *L'Algérie Libre* knüpfte nicht nur wie hier an Diskursmuster der Revolutionszeit an, sondern verwies auch immer wieder auf die *Résistance*, um den eigenen Kampf in eine Kontinuitätslinie mit dem Kampf gegen den Feudalismus in Frankreich sowie gegen den Nationalsozialismus zu stellen.

Die nationalistischen Zeitungen arbeiteten sich beständig an Frankreich und dem „Westen“ im Allgemeinen ab. *El Maghrib El Arabi* bezog Letzteren in viele Überlegungen politischer, gesellschaftlicher und kultureller Art ständig mit ein und brachte zumeist seinen Unmut zum Ausdruck. So schrieb das Blatt in Bezug auf die grundsätzliche Andersartigkeit von „algerischem Nationalismus“ und „westlichem Kommunismus“ im Februar 1948: „Tout ce qui vient de l'Occident de principes ou de doctrines engendre la ruine et le chaos.“⁸⁸² In dieser Aussage offenbarten sich aber viel mehr Frustration und Wut über die eigene Fixierung auf den Westen, als dessen grundsätzliche Ablehnung und Zurückweisung.⁸⁸³ Die muslimischen Nationalisten waren sich bewusst, dass ihre Kommunikations- und Handlungsstrategie westlichen Vorbildern folgte und dass sich westliche Prinzipien wie Pressefreiheit und nationales Selbstbestimmungsrecht zu eigenen politischen Zwecken nutzen ließen. Sie waren von der Wandelbarkeit des politischen Status Quo in Algerien überzeugt und distanzierten sich explizit von Teilen ihrer Herkunftskultur, die sie als „fatalistisch“ und „ergeben“ umschrieben.⁸⁸⁴ Vielmehr forderten sie eine umfassende Politisierung des indigenen Lebens ein und gaben bisweilen sogar ihren Respekt vor den „westlichen Werten“ zu erkennen: „La faillite de l'Occident n'est pas dans sa culture, dans ses principes, mais dans son comportement et l'aménagement des principes.“⁸⁸⁵

⁸⁸¹ *L'Algérie Libre*, 1.8.1950.

⁸⁸² *El Maghrib El Arabi*, 6.2.1948.

⁸⁸³ Siehe dazu Shmuel N. Eisenstadt, *Multiple Modernities*, in: *Daedalus*, Band 129, Nr. 1, 2000, S. 1-29.

⁸⁸⁴ *L'Algérie Libre*, 5.1.1952.

⁸⁸⁵ Ebd., 10.5.1952.

Schlussbemerkung

Abschließend stellt sich zunächst einmal die Frage nach der Wirksamkeit, die der indigene Journalismus entfalten konnte: Angesichts der immensen Medienmacht der Europäer in Algerien, die sehr lange unumstritten über die gesellschaftliche Deutungshoheit verfügten, muss man prüfen, inwieweit das Vordringen der Muslime in den öffentlichen Diskurs an dieser Machtkonstellation etwas ändern konnte oder ob die Publikationsaktivitäten indigener Journalisten wirkungslos blieben. Auf den ersten Blick mag dies so erscheinen: Nicht wenige Publikationen schafften es kaum, die Schwelle zur massenmedialen Kommunikation zu überschreiten und über den eigenen, eng begrenzten Rezipientenkreis hinaus Bekanntheit zu erlangen. Die indigene Presse blieb unterfinanziert, unterlag starker personeller Fluktuation und litt an einer grundlegenden institutionellen Instabilität, die viele Titel in kurzer Zeit wieder verschwinden ließ. Die Aufmerksamkeit der Europäer für den Pressediskurs der Muslime hielt sich in Grenzen; auch wenn die Administration den indigenen Journalismus aufmerksam beobachtete und die Zeitungen eingehend rezipierte, so gelang es den indigenen Titeln nie, europäische Leser für sich zu gewinnen. Bestes Beispiel für die Trennung der indigenen und der europäischen Sphäre öffentlicher Kommunikation war *Alger-Républicain*: Die Zeitung verfocht explizit das Projekt der Verschmelzung beider Sphären und wollte den tiefen Graben, der zwischen Europäern und Muslimen in Algerien klaffte, nicht nur publizistisch, sondern ganz grundsätzlich überwinden. Die Zeitung scheiterte mit ihrem Anliegen jedoch: Als sie anfangs noch stark mit eurozentrischen Kategorien und Assimilierungsfantasien hantierte, fand sie nur wenig Anklang bei den Muslimen; in den 1950er Jahren wandte sie sich konsequent den indigenen Interessen und Standpunkten zu und entfremdete sich so den europäischen Lesern.

Schaut man jedoch genauer hin, kann man den indigenen Pressediskurs keineswegs als ineffizient und wirkungslos bezeichnen: Dieser trug nämlich besonders in der Zwischenkriegszeit in überragender Weise zur politischen Bewusstseins- und Identitätsbildung in der indigenen Gemeinschaft bei und legte – zumindest indirekt – das Fundament dafür, dass eine Ideologie wie die des Nationalismus, welche Algerien bis dahin kaum gekannt hatte, ab den 1930er Jahren rapide an Popularität gewinnen konnte. Der Journalismus übernahm zentrale Funktionen der nicht existierenden politischen Parteien: Er bot bestimmten politischen Ideen eine institutionelle Heimat, fasste Stimmungen und emotionale Gefühlslagen der Bevölkerung zu konsistenten politischen Meinungen zusammen und propagierte diese mittels seiner Publikationen. Der Journalismus knüpfte an die jahrhundertealte Tradition der Oralität an und war entscheidend an der Entstehung einer

florierenden Diskussionskultur beteiligt, die den Muslimen in der Zwischenkriegszeit die Mittel an die Hand gab, umfassende Selbstverständigung zu betreiben und politische und gesellschaftliche Visionen von Algerien zu entwickeln. Größeren Zeitungen wie *La Défense* und *Alger-Républicain* gelang es zudem durchaus, spezifische gesellschaftliche Diskurse entscheidend mitzuprägen: So nahm die reformistische Zeitung eine Vorreiterrolle dabei ein, gegen den „Fatalismus“ der Muslime anzukämpfen und diese dazu auffordern, die gesellschaftliche und politische Passivität hinter sich zu lassen und ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Ganz wichtig war die Position, die *La Défense* bezüglich des *Statut Personnel Musulman* propagierte: Nicht zuletzt aufgrund der Kampagne der Zeitung zugunsten dieses Privatrechtsstatuts strebte nur eine sehr begrenzte Zahl an Muslimen die vollständige „Naturalisierung“ an. Auch *Alger-Républicain* als publizistisches Flaggschiff der Linken schaffte es immer wieder, die Deutungshoheit der in Algerien dominierenden rechtskonservativen Presse zu durchbrechen: Das von ihr mitgeprägte Siedlerbild und die Verunglimpfung „kolonialistischer Ausbeutungsverhältnisse“ zogen bis in die öffentliche Meinung der Metropole ihre Kreise. Auch das von ihr popularisierte Genre der Sozialreportage war stilbildend und fand schnell Imitatoren: Es rückte die sozialen Verhältnisse in Algerien in ein schlechtes Licht und trug dazu bei, den politischen Status Quo in Algerien weiter zu diskreditieren. Über das eigentliche publizistische Engagement hinaus beteiligten sich Journalisten maßgeblich an der Gründung von Lesezirkeln, die sie selbst als Geselligkeitsorte nutzten, engagierten sich in zivilgesellschaftlichen Organisationen wie der *Ligue des Droits de l'homme* und unterstützten Sport- und Pfadfindervereine. Der Journalismus entwickelte sich zu einer zentralen Instanz für die indigene Gemeinschaft, mittels derer sie an den öffentlichen Diskurs angebunden war und erste Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation jenseits kolonialer Kontrolle und Bevormundung einüben konnte.

Die Ausweitung der indigenen Publikationsaktivitäten in den 1920er Jahren bildete zudem den Rahmen, in dem sich die „opinion publique musulmane“ entfalten und vor allem auch ausdifferenzieren konnte. Unterschiedliche ideologische Strömungen wie die *Jeunes-Algériens*, die assimilationistischen Grundschullehrer, die *Fédération des Elus Musulmans* und die Reformisten verbreiteten ihre Ideen zunächst auf publizistischem Wege, ehe sie überhaupt daran dachten, ihre Denkrichtung in Form einer Partei politisch zu institutionalisieren. Dennoch blieben gemeinschaftsstiftende Elemente wirkmächtig: Über die sich herausbildenden ideologischen Grenzen hinweg identifizierte sich die große Mehrheit der indigenen Journalisten – von Teilen der *Jeunes-Algériens* sowie der assimilationistischen

Grundschullehrer abgesehen – mit der „identité musulmane“. Ohnehin war „musulman“ eine allgegenwärtige Selbstbezeichnung der indigenen Journalisten, ohne dass dies etwas über ihre Religiosität ausgesagt hätte. Angesichts der spezifischen Diskriminierung nicht nur der Kolonisierten, sondern im Besonderen der kolonisierten Muslime, eigneten sich die Betroffenen die eigentlich mit der Absicht der Stigmatisierung verwandte Qualifikation „musulman“ selbst an und konstruierten in der Folge ihre Identität um eben dieses Merkmal herum. Auch der Journalismus machte hier trotz des Elitenstatus seiner Träger keine Ausnahme: Die Journalisten fühlten sich genauso ausgeschlossen wie der Rest der indigenen Bevölkerung. Trotz der politischen Ausdifferenzierung der indigenen Sphäre öffentlicher Kommunikation bewahrten sich die Muslime also zumindest bis zum Zweiten Weltkrieg ein Zusammengehörigkeitsgefühl und eine gemeinsame Identifikation mit der „cause musulmane“, die nicht zwangsläufig die Verfechtung secessionistischer Forderungen bedeutete. Insgesamt gesehen legte der indigene Journalismus der Zwischenkriegszeit die Grundlagen für eine weitgehende politische Selbstorganisation und Selbstverständigung der indigenen Gemeinschaft; es fehlte eben nur noch an einer konkreten parlamentarischen Vertretung sowie an einer unmittelbaren Einflussnahme auf das politische Feld.

In ihrem Diskurs war die indigene Presse vielstimmig und verteidigte je nach ideologischer Ausrichtung unterschiedliche Ansichten und Standpunkte. Dennoch gab es zu bestimmten Themen einen gemeinschaftsübergreifenden Konsens: So strebten praktisch alle Publikationen – von den Nationalisten nach 1945 abgesehen – nach größerer politischer Integration, insbesondere nach der Einbürgerung. Sicherlich waren sich beispielsweise Reformisten und Assimilationisten uneins darüber, ob sich die „Naturalisation“ unter Beibehaltung des *Statut Personnel Musulman* vollziehen sollte oder nicht. Aber für sie alle war die Einbürgerung ein zentrales Anliegen. Als ebenso bedeutsam stellte sich die Fixierung auf die „Moderne“ heraus. Zwar zeigten sich nicht alle Publikationen an ihr gleichermaßen interessiert, doch arbeiteten sich alle zumindest ein Stück weit an ihr ab. Während Teile der *Jeunes-Algériens* und der Assimilationisten französische Modernitätsvorstellungen oft vollständig und unhinterfragt übernahmen, unterzogen die Reformisten diese Vorstellungen einer detaillierten Analyse. Teile dieser Modernitätsvorstellungen wurden angeeignet, so in den Bereichen Grund- und Staatsbürgerrechte, politische Organisation, Technik und Infrastruktur, während Religions- und Säkularisierungsauffassungen genauso zurückgewiesen wurden wie französische Privatrechtskonzepte. Interessanterweise war der Begriff der „Modernität“ aus Sicht der Reformisten positiv besetzt; sie formulierten sogar abweichend von der französischen Modernitätskonzeption eigene Bilder und Vorstellungen von

„Modernität“. Letztere hatte dabei immer den Zweck der Legitimierung und wies sozusagen die Zukunftsfähigkeit des jeweiligen Konzepts aus.

Trotz der Wirksamkeit, die der indigene Journalismus entfaltete, muss die Tatsache reflektiert werden, dass dieser nach 1945 mit seinem Anspruch scheiterte, die „*arme de la presse*“ so effizient einzusetzen, dass sich nichtdiskursive oder sogar gewalttätige Formen der Interessenartikulation erübrigten. Bereits die indigenophilen europäischen Publizisten hatten Ende des 19. Jahrhunderts versucht, den ersten indigenen Journalisten, die in ihren Zeitungen mitarbeiteten und journalistische Erfahrungen sammelten, zu vermitteln, dass Waffen durch Worte ersetzt werden müssten, wenn sie ihren Anliegen dauerhaft Geltung verschaffen wollten. Sicherlich spielte auch die Haltung der Administration eine wichtige Rolle für das Scheitern: In der Tat blockierte sie besonders in der Zwischenkriegszeit greifbare Reformen zugunsten der Muslime, wie 1919 eine Erleichterung der Einbürgerung und vor allem in den 1930er Jahren eine umfassende Revision des Statuses der Muslime auf Grundlage des Gesetzesentwurfs Blum-Viollette. Doch muss hier auch nach der Mitverantwortung der indigenen Presse für diese Entwicklung gefragt werden. Die sich abzeichnende Deutungshoheit der muslimischen Nationalisten nach 1945 führte dazu, dass sich der Pressediskurs nun größtenteils um die Frage drehte, ob man die nationalistischen Anliegen unterstützte oder sie ablehnte. Parteien wie die PPA-MTLD drängten nun einflussreiche Zeitungen, aber auch Vereine und kulturelle Zirkel als Träger des indigenen Diskurses zunehmend in den Hintergrund und verhalfen den eigenen Ansichten dank der zur Verfügung stehenden professionalisierten Publikationen und ihres propagandistischen Geschicks zu großer Popularität. In der Folge erodierte die für die Zwischenkriegszeit charakteristische Meinungsvielfalt und besonders die Toleranz für selbige ging stark zurück. Der Diskurs diente nicht mehr primär der Selbstverständigung und der sachlichen argumentativen Auseinandersetzung, sondern unterlag durchweg utilitaristischen Interessen, die darauf hinzielten, den Gegner zu diskreditieren und eigene Standpunkte um jeden Preis durchzusetzen. Die unterschiedlichen politischen Bewegungen standen sich also zunehmend feindlich und unversöhnlich gegenüber; von der ideologischen Durchlässigkeit und dem Zusammengehörigkeitsgefühl der 1920er und 1930er Jahre war nicht mehr viel zu spüren. Zwar integrierten die nationalistischen Publikationen eindeutig die „*cause musulmane*“ in ihren Diskurs und inszenierten sich als Beschützer der „*nation algérienne arabo-musulmane*“, doch war dies eher ein Anhängsel ihrer sezessionistischen Forderungen: Die „*cause musulmane*“ wurde eins mit der Erlangung der vollständigen politischen Loslösung von Frankreich und ließ keinen Raum für Kompromisse und Meinungsvielfalt. Insofern konnte die

„cause musulmane“ auch nicht mehr als gemeinschaftsstiftende Plattform für Zeitungen wirken, die durchaus unterschiedliche politische Ansichten vertraten, deren Redakteure sich aber durchweg zu ihrer muslimischen Identität bekannten. Der Fluchtpunkt war letztlich der Algerienkrieg: Von der Verödung der indigenen Selbstverständigung und der Konflikteskalation zwischen indigener Presse und Administration führte ein direkter Weg zum bewaffneten Aufstand. In den 1950er Jahren jedenfalls konnte Kommunikation – ob gemeinschaftsintern oder gemeinschaftsübergreifend – keinen entscheidenden Beitrag mehr zur Konfliktlösung und –entschärfung leisten. Neben den schweren Versäumnissen und Verfehlungen der Administration einerseits war also andererseits auch nicht zuletzt die Fokussierung der indigenen Sphäre öffentlicher Kommunikation auf monolithische nationalistische Standpunkte verantwortlich für die Abnahme der Kommunikationsdichte und für die Erosion der Diskussionskultur.

Die zahlreichen Verfehlungen der Administration in Bezug auf das Streben der Muslime nach Diskursteilhabe und politischer Integration beruhten auf ihrer prinzipiell negativen Wahrnehmung der indigenen öffentlichen Kommunikation. In die diesbezügliche Haltung der Behörden spielte ohnehin die historisch verwurzelte *Surveillance des indigènes* mit hinein: Diese unterstellte den Kolonisierten ja grundsätzliche politische Illoyalität und setzte sie der Überwachung aus. Die Administration hatte eine stark diskriminierende und stigmatisierende Sicht auf die öffentliche Kommunikation der Muslime und belegte sie mit Qualifizierungen wie „unreif“, „emotional“ und „unberechenbar“. Die „opinion publique musulmane“ wurde von Beginn an als Risikofaktor eingestuft und ihr erhebliches Destabilisierungspotenzial zugeordnet. So kann es kaum verwundern, dass sich die Behörden von der Expansion der indigenen Presse ab den 1920er Jahren alarmiert zeigten. Dies konnte sie aber in einer ersten Phase nicht in ihrem Glauben erschüttern, die indigene Presse durch Überzeugungsarbeit auf ihre Seite ziehen zu können: Medien wie *Radio-Alger* und eigene offizielle Publikationen standen für ihre Beeinflussungsversuche zur Verfügung. Sicherlich wurde diese Haltung dadurch begünstigt, dass viele Zeitungen der 1920er Jahre eher administrationsfreundlich eingestellt waren: Gerade die jungalgerischen Titel sowie die Publikationen der assimilationistischen Grundschullehrer wirkten hier mildernd auf die Administration ein. Die 1920er Jahre waren ein Jahrzehnt relativer Pressefreiheit in Algerien, auch wenn bereits zu dieser Zeit erste arabischsprachige Zeitungen verboten wurden. Schließungen solcher Blätter kamen in den 1930er Jahren schon häufiger vor, ohne dass sich die Grundhaltung der Behörden fundamental gewandelt hätte. Die eigentliche Zäsur bildeten die Jahre 1943/1944,

in denen sich die indigenen Eliten von den nicht gehaltenen Integrationsversprechen der Administration abwandten und weit reichende Autonomieforderungen stellten. Die zunehmende Dominanz nationalistischer Publikationen nach 1945 führte dann endgültig in eine Konfliktkonstellation, die der Logik der Ausschaltung und der Repression der indigenen Presse um jeden Preis folgte. Nur waren nun auch französischsprachige Zeitungen nicht mehr vor Verfolgung geschützt. Die indigene Sphäre öffentlicher Kommunikation wurde zum Schauplatz einer beispiellosen Welle von Prozessen, Verboten, Beschlagnahmungen und Verhaftungen, die die unmittelbare Existenz der indigenen Presse in Frage stellten. Insgesamt also misstraute die Administration dem indigenen Journalismus von Beginn an, gestand diesem jedoch – nicht zuletzt auch aus Gesetzestreue – einen eng gesteckten Spielraum zu, in deren Grenzen er sich artikulieren und zu Wort melden konnte. Die offene Infragestellung politischer Hierarchien und bestehender Partizipationschancen ließ dann aber bei der Administration die Alarmglocken schrillen und sie vollständig auf die rücksichtslose Repression und Beseitigung der indigenen Presse setzen.

Neben der Tradition der Überwachung der indigenen Bevölkerung trug auch die umfassende Politisierung der indigenen Presse dazu bei, die Administration zu beunruhigen. Die Politisierung kam nicht von ungefähr: Angesichts des Fehlens von parlamentarischer Vertretung und politischen Parteien stellte die Presse eines der ganz wenigen Mittel dar, eigene Meinungen und Interessen zu artikulieren und zu kommunizieren. Dabei ging es nicht nur darum, gegenüber den Europäern und der Administration Ansprüche und Reformbedarf anzumelden, sondern schlichtweg auch um Selbstverständigung: Die indigene Gemeinschaft stand 1918 noch am Anfang eines innergemeinschaftlichen Diskussionsprozesses, in dem verschiedene Standpunkte zu spezifischen politischen und gesellschaftlichen Problemen gegeneinander abgewogen und für haltbar bzw. unhaltbar befunden wurden. Unterschiedliche politische Lager und Gruppierungen kristallisierten sich im Zuge dieses Prozesses heraus und formulierten spezifische politische Meinungen. Der Journalismus stellte eine Art Ventil dar, durch das politischer Druck abgelassen werden und sich die indigene Gemeinschaft in die politische Diskussion einklinken konnte. Journalismus war eines der wenigen Mittel, um Politik zu betreiben, woraus sich dessen Politisierung zwangsläufig ergibt: Solange es keine parlamentarische und parteipolitischen Betätigungsmöglichkeiten für die algerischen Muslime gab, musste eben der Publizismus diese Funktion übernehmen. Damit einher ging auch, dass der Journalismus unweigerlich mit der Sphäre des Politischen verbunden blieb und zu keiner Zeit den für die westlichen Länder typischen Prozess der Autonomisierung durchlief.

Eine weitere Kernfrage, die ebenso auf die Beschaffenheit des indigenen Journalismus zielt, bezieht sich auf den „Journalismus als Beruf“⁸⁸⁶. Sicherlich darf man die Entstehung des indigenen Journalismus in Algerien nicht von vorneherein durch die Professionalisierungsbrille betrachten. Auch der Publizismus in Westeuropa, besonders in Frankreich, war lange Zeit eine Sache von Laien oder semi-professionellen Journalisten gewesen, welche sich häufig eher der Sphäre der Literaten als der professioneller Nachrichtenproduzenten zuordneten. Die vorliegende Arbeit zeigt, dass die indigenen Journalisten in Algerien grundsätzlich nebenberuflich schrieben und veröffentlichten. Dies war vor allem der misslichen Finanzlage der indigenen Presse geschuldet, welche es den Journalisten unmöglich machte, ein Einkommen zu erzielen, das zum Leben reichte. Hinzu trat aber auch die oben erwähnte, überaus starke, Politisierung: Auch ohne materiellen Anreiz faszinierte der Journalismus große Teile der indigenen Eliten, die in der publizistischen Tätigkeit die Möglichkeit sahen, endlich am politischen Geschehen zu partizipieren und die indigene Stimme hörbar zu machen. Es bedurfte keiner professionellen Strukturen, um Hunderte Grundschullehrer, Übersetzer, Richter und Anwälte dazu zu bringen, ihre Freizeit für das Schreiben und Publizieren aufzuwenden. Sie erhielten zumeist nur eine Aufwandsentschädigung, während die Korrespondenten vor Ort in der Regel nur die ihnen entstandenen Kosten zurückerstattet bekamen. Der Grund, warum der Aspekt der Professionalisierung dennoch genannt werden muss, war die Entwicklung nach 1945: Hier war ein solcher Prozess zumindest für die nationalistische und kommunistische Presse deutlich erkennbar. Beide waren vor dem Zweiten Weltkrieg in der indigenen Sphäre öffentlicher Kommunikation noch marginal gewesen, stellten nun jedoch den vormals dominierenden reformistischen, jungalgerischen und assimilationistischen Journalismus in den Schatten. Diese Entwicklung stellte eine tiefe Zäsur dar: Die nationalistischen und kommunistischen Titel waren nun von den mächtigen und ambitionierten Parteien, der PPA-MTLD respektive der KPA, gesteuert und bezahlten ihre Auflagenstärke und Professionalität mit einer ideologischen Abhängigkeit, die den journalistischen Gestaltungsspielraum von vorneherein auf ein Minimum reduzierte. Anschaulich machen dies *Alger-Républicain* und *L'Algérie Libre*: Gerade das erstgenannte Blatt büßte in den 1950er Jahren an Originalität und Offenheit ein, entwickelte sich zu einem Kampfinstrument der KPA und räsonierte nur noch auf Grundlage eines „Wir-gegen-sie“-Denkens. Dennoch erhöhten die Professionalisierungstendenzen die Propagandaeffizienz gerade des nationalistischen Pressediskurses, die Auflage sowie die Verbreitung und machten die Publikationen, welche

⁸⁸⁶ Zitiert nach der Dissertation Jörg Requates mit dem Titel „Journalismus als Beruf. Entstehung und Entwicklung des Journalistenberufs im 19. Jahrhundert“.

nun einem immensen Verfolgungs- und Repressionsdruck ausgesetzt waren, wesentlich widerstandsfähiger. Verbotene Titel erstanden umgehend wieder unter anderem Namen auf und verfügten vor allem, dank der massiven Unterstützung durch die jeweilige Partei, über die logistischen Möglichkeiten, die Publikation auch im Untergrund weiter zu führen. Dies war der zentrale Unterschied zur Zwischenkriegszeit: Hier hatte es sich zumeist um kleine Zeitungen gehandelt, die eventuellen gegen sie gerichteten Maßnahmen der Behörden hilflos gegenüber standen. Schon geringfügige Geldstrafen konnten hier zum Verschwinden solcher Publikationen führen. Demgegenüber stand jedoch die Lebendigkeit der publizistischen Diskussionskultur in der Zwischenkriegszeit, die von der Kleinstrukturiertheit der indigenen Sphäre öffentlicher Kommunikation profitierte und wesentlich zur Ausdifferenzierung der „*opinion publique musulmane*“ und zur Meinungsvielfalt innerhalb der indigenen Gemeinschaft beitrug. All dies verschwand nach 1945 angesichts der professionellen Effizienz der nationalistischen Presse und des von ihr entfachten Sogs: Die so ausgelöste Polarisierung ließ nur noch die Wahl für oder gegen die secessionistische Option zu.

Schließlich sei noch eine kurze Bemerkung zum spezifisch kolonialen Charakter der in der vorliegenden Arbeit beschriebenen Kommunikationssituationen erlaubt. Im Unterschied zur Herauentwicklung einer (zumeist bürgerlichen) Öffentlichkeit in den westlichen Ländern im 18. und 19. Jahrhundert, wo in der Regel Aspekte der Standes- und Klassenzugehörigkeit mit darüber entschieden, ob man am Diskurs partizipieren durfte, waren im kolonialen Kontext Kriterien wie ethnische Herkunft und Religionszugehörigkeit maßgeblich für den Zugang zur öffentlichen Kommunikation. Vorstellungen über die Säkularisierung und den Laizismus beeinflussten die Partizipationschancen nachhaltig. Am Beispiel des kolonialen Algerien kann man die ethnisch-religiöse Aufladung der Diskriminierung sehr gut nachvollziehen: So wirkte die Zuschreibung „musulman“ vom Ende des 19. Jahrhunderts nicht nur in Bezug auf den rechtlichen und politischen Status stigmatisierend, sondern ebenso in Bezug auf die Teilnahme an öffentlicher Kommunikation. Das Dasein als „Muslim“ erschwerte den Betroffenen nämlich den Zugang zum Diskurs in erheblicher Weise: Zeitungen, die auf Arabisch erschienen, konnten ohne Gerichtsurteil verboten werden; alle Publikationen mussten einen Verwalter aufweisen, der die französische Staatsbürgerschaft innehatte; das *Décret Régnier* wies explizit eine koloniale Dimension auf und erleichterte das Verbot von Publikationen in den Kolonien erheblich; schließlich ermöglichte das Dekret vom 6. Mai 1939 die Schließung von Zeitungen auf dem Verwaltungswege, wenn sich „ausländische Drahtzieher“ hinter selbigen befanden. Auch wenn sich die Muslime trotz der widrigen Bedingungen ihren Platz in der Sphäre der öffentlichen Kommunikation erkämpften, so wird

dennoch deutlich, wie spezifisch Kommunikation unter kolonialen Auspizien ablief und wie lohnenswert es ist, sich damit auseinander zu setzen. Jenseits der Frage nach der bloßen Macht- und Ressourcenverteilung sah sich der Kolonisierte einer Vielzahl von Stigmatisierungen und Ausschlüssen gegenüber, an deren Ausarbeitung und Legitimierung Wissenschaftler, Juristen, Mediziner, Soziologen und Philosophen mitgewirkt hatten. Anders als in Form der „Mission Civilisatrice“ verkündet war es das Ziel, die Kolonisierten selbst von ihrer angeblichen Minderwertigkeit und Interaktionsunfähigkeit zu überzeugen und ihre Stimme nicht bis in den Raum öffentlicher Kommunikation durchdringen zu lassen.

Perspektivisch wäre es fruchtbar, die hier für Algerien formulierte Fragestellung auch auf andere französische Kolonien anzuwenden und dort nach der jeweiligen historischen Kommunikationssituation zu fragen. Die vorliegende Arbeit zeigt, dass Algerien eben doch ein sehr spezifisch gelagerter Fall war: In keiner anderen französischen Kolonie war der Grad der Französisierung der indigenen Eliten höher; nirgendwo vollzog sich die Herausbildung moderner Funktionseliten unter einer solch engen Kontrolle der Administration. Besonders aufschlussreich wären konkrete Vergleichsstudien mit Tunesien, das in gewisser Hinsicht Vorbildfunktion für die indigenen Journalisten in Algerien hatte und wo bereits frühzeitig einheimische Eliten am öffentlichen Diskurs partizipierten. Klar scheint jedenfalls zu sein, dass die konkrete Herrschaftssituation großen Einfluss auf die Kommunikationssituation ausübte: So hat Leyla Dakhli für Syrien und den Libanon der Zwischenkriegszeit, welche damals beide französisches Mandatsgebiet waren, gezeigt, dass der indigene Journalismus bereits sehr viel früher als in Algerien Professionalisierungs- und Kommerzialisierungsprozesse durchlief und sich somit von der politischen Sphäre ablöste.⁸⁸⁷ Es wäre zu begrüßen, wenn weitere Arbeiten zur Kommunikation in den französischen Kolonien und ihrer gesellschaftlichen Träger folgen würden.

Darüber hinaus stellt sich natürlich auch die Frage eines transimperialen Vergleichs. An einigen wenigen Stellen hat die vorliegende Arbeit die Fälle Algeriens und Indiens einander gegenüber gestellt, ohne eine wirkliche Vergleichsperspektive herauszuarbeiten. In Anlehnung an Christopher Baylys Buch „Empire and information“ könnte man jedoch eine mögliche Hypothese formulieren: Der geringere Grad der Durchherrschaft der indischen Gesellschaft durch die britischen Kolonialherren machte den Rückgriff auf indische Informations- und Kommunikationsnetzwerke im Hinblick auf die koloniale Herrschaftssicherung notwendig. Die Franzosen dagegen hatten zumindest in Algerien sehr

⁸⁸⁷ Leyla Dakhli, *Les premiers temps de la modernisation du paysage médiatique arabe. L'Exemple de la presse écrite levantine dans l'entre-deux-guerres*, in: Yves Gonzalez-Quijano, Touriya Gaaaybess (u.a. Hg.), *Les Arabes parlent aux Arabes. La révolution de l'information dans le monde arabe*, Arles 2009, S. 40ff.

viel ambitioniertere Herrschaftspläne und fassten wünschenswerte indigene Kommunikation eher als Kommunikation mit den Muslimen denn als Kommunikation unter Muslimen auf. So sollten beispielsweise offizielle arabischsprachige Publikationen beruhigend auf die indigenen Eliten wirken und ihre Subversivität in Grenzen halten. Ob sich solche Arbeitsannahmen jedoch tatsächlich erhärten lassen und wie global gesehen eine Geschichte kolonialer Kommunikation auszusehen hat, darüber muss die zukünftige Forschung befinden.

Literaturverzeichnis

Primärquellen:

Archivquellen

Centre des Archives d’Outre-Mer (CAOM), Aix-en-Provence

Série H: Affaires indigènes, Gouvernement Général

Sous-Série 9H: Surveillance politique des indigènes

CAOM, 9H/10: Surveillance des Indigènes, 1914-1927.

CAOM, 9H/18: Surveillance politique des indigènes, 1929-1939.

CAOM, 9H/27: Surveillance politique des indigènes (département d’Alger), 1935-1945.

CAOM, 9H/31: Surveillance politique des indigènes (département de Constantine), 1936-1945.

CAOM, 9H/42: Dossiers de l’Emir Khaled, 1922-1938.

CAOM, 9H/46: Ouléma, 1934-1938, Congrès musulman, 1936, Cercles intellectuels, étudiants, élus, 1935-1938.

CAOM, 9H/47: Nationalisme, Mouvements, presse, leaders, 1937-1938.

CAOM, 9H/50: Propagande pro- et anti-française, 1935-1944.

CAOM, 9H/57: Surveillance des indigènes, presse incluse, 1936-1937.

CAOM, 9H/70: Territoires du Sud, surveillance des indigènes, 1945-1946.

CAOM, 9H/71: Territoires du Sud, surveillance des indigènes, 1946-1947.

Sous-Série 15H: Presse indigène et radio-diffusion

CAOM, 15H/1: Analyse de la presse indigène d’Algérie, 1935-1936.

CAOM, 15H/2: Bulletin mensuel de la presse indigène d’Algérie, 1939-1943.

CAOM, 15H/3: Bulletin mensuel de la presse algérienne de langue arabe, 1947-1951.

CAOM, 15H/7: Le Mobacher, 1849-1927.

CAOM, 15H/20: Dossiers de presse, La Défense, 1932-1945.

CAOM, 15H/22: Dossiers de presse, u. a. Lutte sociale, El Maghrib El Arabi, El Midane, En Nadjah, 1925-1945.

CAOM, 15H/23: Dossiers de presse, u. a. El Ouma (Alger et Paris), Es Souna, 1932-1945.

CAOM, 15H/24: Dossiers de presse, u. a. La Voix des Humbles, La Voix indigène, 1927-1942.

CAOM, 15H/31: Radio-Alger. Emissions, écoutes, Divers, Radio Arabe, 1936-1943.

CAOM, 15H/32: Radio-Alger. Emissions, écoutes, Divers, Radio Arabe, 1937-1943.

Série CAB: Cabinet du gouverneur

Sous-Série 8CAB: Gouverneur-Général Yves Chataigneau 1944-1948

CAOM, 8CAB/50: Répression de la collaboration de la presse, revue de presse algérienne 1945-1946.

Sous-Série 9CAB: Gouverneur-Général Marcel-Edmond Naegelen 1948-1951

CAOM, 9CAB/45: Correspondance avec journaux et journalistes, 1948-1950.

CAOM, 9CAB/46: Surveillance de la presse, 1947-1948.

CAOM, 9 CAB/47: Rapports mensuels de la préfecture d'Alger (SLNA), Alger, 1948.

CAOM, 9CAB/51: PPA, MTLD, dossiers, rapports de renseignements, 1948-1950.

CAOM, 9CAB/84: Presse, personnel de presse, bulletin de la presse musulmane, 1948-1949.

CAOM, 9CAB/205: Notes individuelles de renseignement du SLNA sur les délégués à l'Assemblée Algérienne, 1948.

Sous-Série 10CAB: Gouverneur-Général Roger Léonard 1951-1955

CAOM, 10CAB/2: Alger-Républicain: Rapports, notes, saisies, 1949-1955.

CAOM, 10CAB/6: Surveillance République Algérienne 1951-1954.

CAOM, 10CAB/80: Presse, propagande officielle, Grève des journalistes, Publications, 1951-1953.

CAOM, 10CAB/176: Presse, journalistes, saisies de journaux, 1954.

CAOM, 10CAB/218: Presse, journalistes, poursuites, 1951-1953.

CAOM, 10CAB/222: Rapports mensuels sur les émissions en langues arabe et kabyle de Radio-Alger, 1951.

Sous-Série 11CAB: Jacques Soustelle 1955-1956

CAOM, 11 CAB/48: Presse, saisies, journalistes, 1955.

CAOM, 11CAB/82: RTF et Radio-Alger, rapports sur le courrier reçu par les émission arabes, 1955.

CAOM, 11CAB/88: Censure, saisies de journaux: Algerie-Libre et Alger-Républicain, 1951-1955.

Sous-Série 1K: Cabinet du préfet d'Alger

CAOM, 1K/41: Presse et interdictions diverses, 1937-1940.

CAOM, 1K/67: Presse et saisie journaux, 1941.

CAOM, 1K/290: u. a. notices de renseignements sur des journaux et journalistes, 1941-1948.

CAOM, 1K/297: Syndicat des journalistes, ouvriers du livre, de l'imprimerie, 1945-1951.

CAOM, 1K/316: Postes privés, radio, émissions, 1952. Radio Algérie, 1942-1950.

CAOM, 1K/507: Radio Algérie, 1951-1954.

CAOM, 1K/586: Rapports de renseignement sur les agences de presse et sur les journaux 1942-1951.

CAOM, 1K/588: Presse, interdictions diverses, 1945.

Sous-Série 4I: Préfecture d'Alger. Centre d'information et d'études. Service des liaisons nord-africaines

CAOM, 4I/66: Surveillance de la vie culturelle: théâtre arabe, musique arabe, cinéma, radio, 1937-1961.

CAOM, 4I/68: Enseignement public et privé en langue arabe, 1933-1958.

CAOM, 4I/69: Surveillance d'enseignement Médersas, d'enseignement supérieur, 1937-1961.

CAOM, 4I/178: Presse et édition, censure et influence des journaux musulmans sur la population, 1936-1958.

CAOM, 4I/179+180: Presse, journaux en langue française, dossiers de surveillance, rapports de police, 1936-1956.

CAOM, 4I/181: Presse et radio, journaux en langue arabe et bilingues, émissions radio en langue arabe, 1937-1959.

CAOM, 4I/183+184: Associations, sociétés et groupements musulmans, dossiers de surveillance, notes de renseignement, 1937-1961.

CAOM, 4I/227: MTLD-PPA, Publications, rapports de police, 1948-1952.

CAOM, 4I/230: Rapports Renseignements Généraux, 1948-1959.

Sous-Série 5I: Préfecture d'Oran. Service des liaisons nord-africaines (SLNA)

CAOM, 5I/86: Fédération des Elus musulmans, Bendjelloul, 1930-1943. Assemblée Nationale, coupures de presse, 1946-1948.

CAOM, 5I/96: PCA, activité, propagande, tracts, journaux, coupures de presse, 1936-1949.

CAOM, 5I/132: SLNA de Constantine, Rapports sur l'activité indigène, 1942-1947.

CAOM, 5I/133: SLNA de Constantine, Rapports sur l'activité indigène, 1948-1953.

CAOM, 5I/172: Presse et publications: instructions, arrêtés de saisie, 1947-1958.

Série 81F: Ministère des affaires algériennes: service des affaires politiques et de l'information

CAOM, 81F/766: Association des Oulémas, surveillance, 1933-1958.

CAOM, 81F/767: Surveillance Oulémas, 1933-1958.

CAOM, 81F/779: Surveillance de l'activité de propagande du PPA et des journaux *La Voix algérienne* et *La Nation algérienne*, 1946-1956.

Série 93: Préfecture de Constantine, Service des liaisons nord-africaines

CAOM, 93/4267: Dossiers individuels, personnalités marquantes, surveillance des individus, Abdelhamid Gharib, Mustapha Ghanem, 1947-1960.

CAOM, 93/4282: Dossiers individuels, personnalités marquantes, surveillance des individus, Ahmed Mezerna, 1944-1957.

CAOM, 93/4282: Dossiers individuels, personnalités marquantes, surveillance des individus, Bendjelloul 1925-1954.

CAOM, 93/4496: Association des Oulémas, enseignements, 1937-1961.

Centre des Archives Contemporaines (CAC), Fontainebleau

CAC, Versement 19870714.3, Histoire de la Radiodiffusion en France et l'étranger, 1920-1960, Radio-Alger: notes sur fonctionnement, 1923-1944.

CAC, Versement 19950218.23: Archives de la Direction générale de la Radiodiffusion française, 1925-1964, Boîte 23: Organisation des services de programme, Porché, 1940-49.

CAC, Fonds ORTF, Première partie: Direction Générale, 1930-1976, Cote: 1970/646: Conventions, Algérie, intégration de Radio-Alger.

CAC, Versement 19950218.11: Archives de la Direction générale de la Radiodiffusion française, 1925-1964.

CAC, Versement 19900532.7: Archives de l'Administration des Services artistiques. Régie générale des Orchestres et des Chœurs, Radiodiffusion française, RTF, ORTF / 1942-1975, Boîte 7: Formations de Paris et de province, 1954-1960.

CAC, Fonds ORTF, Première partie: Direction Générale, 1930-1976, Cote: 1970/647: Conventions, Algérie, intégration de Radio-Alger.

Fonds Ligue des Droits de l'Homme: F delta res 798/167, Sections d'Algérie

Fonds Ligue des Droits de l'Homme: F delta res 798/167, Sections d'Algérie.

Fonds Ligue des Droits de l'Homme: F delta res 798/168, Sections d'Algérie

Fonds Ligue des Droits de l'Homme: F delta res 798/169, Sections d'Algérie

Fonds Ligue des Droits de l'Homme: F delta res 798/170, Sections d'Algérie

Fonds Ligue des Droits de l'Homme: F delta res 798/171, Sections d'Algérie

Archives du Ministère de l'Information (CHAN)

CHAN, F 41 2880, SNEP, Imprimerie d'Alger.

Zeitungen

L'Akhbar, 1839-1934.

L'Algérie libre, par le peuple et pour le peuple, 1949-1954.

L'Algérie nouvelle. Organe central du parti communiste algérien, 1946-1955.

Alger-Républicain, 1938-1940, 1943-1955.

El Bassair, 1935-1939.

Cahiers des Droits de l'Homme, 1920-1963.

Ech-Chaab, 1937.

Ach-Charia, 1933.

Le Croissant, 1908-1914.

La Défense. Hebdomadaire des droits et intérêts des Musulman Algériens, 1934-1939.

La Dépêche Algérienne, 1885-1946.

Les Dernières Nouvelles, 1939-1946.

El Djahim, 1933.

L'Echo d'Alger, 1912-1962.

Egalité des hommes, des peuples et des races (ab 1948 mit dem Namen La République Algérienne), 1944-1955.

L'Entente. Journal de la Fédération des Elus Musulmans du Département de Constantine, 1935-1939.

L'Etendard, 1910-1914.

L'Etoile Algérienne, 1948.

El Hack, 1893/1894.

El Hack. Le Jeune Algérien, 1911-1914.

El Hayat, 1946-1948.

L'Ikdam, 1919-1923.

L'Islam, 1909-1914.

Le jeune Musulman, Journal des Oulémas, 1952-1954.

Journal d'Alger, 1949-1962.

Le Journaliste. Organe du Syndicat National des Journalistes, 1921-1939.

La Justice, 1934-1938.

Kaoukeb Ifrikiya, 1908-1914.

Liberté Algérienne. Hebdomadaire du Parti Communiste Algérien, 1943-1955.

Al-Maghrib Al-Arabi, 1937-1939, 1947-1951.

El Midane, 1936-1938.

El Misbah, 1904/1905.

El Mountakheb, 1882.

El Mountakid 1925.

Le Musulman, 1908-1914.

Le Mobacher, 1848-1928.

En-Nadjah, 1920-1939.

La Nation Algérienne, 1946/1947, 1954.

Oran-Républicain, 1936-1962.

Oued M'zab, 1926-1929.

El Ouma, 1933-1938.

Le Réveil de Sétif, 1906.

La Rose des Voix, La Rose des Voix. Journal professionnel de la RFOM, édité par le Studio-Ecole, 1955.

Sada Al Sahra, 1926-1934.

As-Sihab, 1925-1939.

La Voix des Humbles. Revue mensuelle d'Education Sociale et Corporative
Organe de l'Association des instituteurs d'origine indigène d'Algérie, 1922-1939.

La Voix indigène, 1929-1941.

Edierte Primärquellen

A b b a s , Ferhat, Le Jeune Algérien, Paris 1938.

A l l e g , Henri, Mémoire algérienne, Paris 2005.

A n o n y m e A u t o r e n , La réorganisation de la radiodiffusion en Algérie, in: Bulletin de documentation et d'information générales, 1946, Heft 6, S. 43-48.

A n o n y m e A u t o r e n , ELAK Physionomie annuelle 1961. Rapport d'activités, Services techniques et d'exploitation, in: Bulletin de documentation et d'information générales.

B e n h a b y l è s , Chérif, L'Algérie française vue par un indigène, Paris 1914.

B u g é j a , Manuel, L'enseignement des indigènes, in: Bulletin de la Société de Géographie d'Alger, 1938.

E l M a d a n i , Tewfik, Kitab Al Djazair, Algier 1931.

E l M i l i , Moubarak, Tarikh El Djazair fi al-qadim oual hadith, (L'Histoire de l'Algérie dans le passé et le présent), Constantine 1928.

F a c i , Said, alias Djadir Tayeb, L'Algérie sous l'égide de la France contre la féodalité algérienne, Toulouse 1936.

H e s n a y , Lahmek Hocine, Lettres algériennes, Paris 1936.

K h a l f a , Boualem; A l l e g , Henri; B e n z i n e , Abdelhamid, La grande aventure d'Alger-Républicain, Paris 1987.

Z é n a t i , Rabah, Le Problème algérien vu par un indigène, Paris 1938.

Sekundärliteratur:

A b é c a s s i s , Frédéric; B o y e r , Gilles (u.a. Hgg.), La France et l'Algérie: leçons d'histoire. De l'école en situation coloniale à l'enseignement du fait colonial, Lyon 2007.

D e r s . ; M e y n i e r , Gilbert, Pour une histoire franco-algérienne: en finir avec les pressions officielles et les lobbies de mémoire, Paris 2008.

A c h o u r , Christiane, Abécédaires en devenir. Idéologie coloniale et langue française en Algérie, Algier 1985.

A g e r o n , Charles-Robert, Le Mouvement Jeune-Algérien, in: Etudes maghrébines, 1964, Heft 11, S. 217-243.

D e r s . , Les Algériens musulmans et la France, 2 Bände, Paris 1968.

D e r s . ; S a y a d , Abdelmalek (u.a. Hgg.), Les classes moyennes au Maghreb, Paris 1980.

Albert, Pierre, Histoire de la presse politique nationale au début de la Troisième République (1871-1879), Diss. Paris 1980.

Amrouche, Jean, Colonisation et langage, in: Etudes méditerranéennes, 1963, Heft 11, S. 115-119.

Anderson, Benedict, Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, London 1983.

Arkoun, Mohammed, Locating Civil society in Islamic contexts, in: Sajoo, Aryn B. (u.a. Hgg.), Civil Society in the Muslim world. Contemporary perspectives, London 2002, S. 35-60.

Arnaud, Jacqueline, La littérature maghrébine de langue française, Band 2: Le cas de Kateb Yacine, Paris 1986.

Ayoun, Richard, Le décret Crémieux et l'insurrection de 1871 en Algérie, in: Revue d'histoire moderne et contemporaine, Januar-März 1988, Band 35, Nr. 1, S. 61-87.

Azéma, Jean-Pierre, La IIIe République: 1870-1940, Paris 1991.

Balandier, Georges, La situation coloniale: Approche théorique, in: Cahiers internationaux de sociologie, 1951, Heft 11, S. 44-79.

Barth, Boris; Osterhammel, Jürgen (Hgg.), Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert, Konstanz 2005.

Baruch, Marc-Olivier (Hg.), Une poignée de misérables. L'épuration de la société française après la Seconde Guerre mondiale, Paris 2003.

Baudorre, Philippe (Hg.), La Plume dans la plaie. Les écrivains journalistes et la guerre d'Algérie, Pessac 2003.

Bauerkämper, Arnd, Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure und ihr Handeln in historisch-sozialwissenschaftlicher Perspektive, in: Ders. (u.a. Hgg.), Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich, Frankfurt a. M. 2003, S. 7-30.

Bayly, Christopher Alan, Empire and information. Intelligence gathering and social communication in India, 1780-1870, Cambridge 1996.

Bellanger, Claude; Godechot, Jacques (u.a. Hgg.), Histoire générale de la presse française, Band 2: De 1815 à 1871, Paris 1969.

Benallègue-Chaouia, Nora, Algérie. Mouvement ouvrier et question nationale 1919-1954, Algier 2004.

Bencheneb, Saadeddine, Quelques historiens arabes modernes de l'Algérie, in: Revue Africaine, 1956, S. 475-499.

B e n k a d a , Saddek, Publicistes et journalistes de l'entre-deux-guerres en Algérie: trajectoire d'intellectuels, in: Sraieb, Noureddine (u.a. Hgg.), Anciennes et nouvelles élites du Maghreb, Aix-en-Provence 2003, S. 99-108.

B e n n a b i , Malek, Mémoires d'un témoin du siècle, Algier 1965.

B e n n o u n e , Mahfoud, Education, culture et développement en Algérie, 2 Bände, Algier 2000.

B e n r a b a h , Mohamed, Langue et pouvoir en Algérie. Histoire d'un traumatisme linguistique, Paris 1999.

B e r q u e , Auguste, Les intellectuels algériens, in: Revue Africaine, Société d'Histoire d'Algérie (SHA), 1947, S. 123-152 und 260-276.

B e r q u e , Jacques, Ça et là dans les débuts du réformisme religieux au Maghreb, in: Etudes d'orientalisme dédiées à la mémoire de Lévi-Provençal, Band 2, Paris 1962, S. 471-494.

B h a b h a , Homi K., The location of culture, London/New York 1994.

B i l l y , André; P i o t , Jean, Le Monde des Journaux. Tableau de la presse française contemporaine, Paris 1924.

B l o k , Anton, Dans les coulisses de la scène publique. Naissance de la privacy, in: Kerrou, Mohamed (Hg.), Public et privé en islam, Paris 2002, S. 47-76.

B o o k m i l l e r , Robert J., The Algerian War of Words: Broadcasting and Revolution 1954-1962, in: The Maghrib Review, 1989, Heft XIV, 3-4, S. 196-213.

B o u b a k e r , Hamza, Le jeune Musulman dans l'enseignement secondaire en Algérie. Attitudes psychologiques et évolution intellectuelle, in: IBLA, 1951, Heft 14, S. 395-408.

B o u n f o u r , Abdellah, Notes sur l'histoire du berbère. Essai de bilans et perspectives, in: Dakhli, Jocelyne (u.a. Hgg.), Trames de langues: usages et métissages linguistiques dans l'histoire du Maghreb, Paris 2004, S. 169-182.

B o u r d i e u , Pierre, Propos sur le champ politique, Lyon 2002.

B o u r g e s , Hervé, Décoloniser l'information, Paris 1978.

B o y e r , Pierre, L'évolution de l'Algérie médiane, Paris 1960.

B r a n c h e , Raphaëlle, La guerre d'Algérie: Une histoire apaisée?, Paris 2005.

D i e s . , La guerre d'indépendance des Algériens, Paris 2009.

D i e s . , L'embuscade de Palestro: Algérie 1956, Paris 2010.

Bulletins de l'Institut d'Histoire du temps présent (IHTP), 2004, Heft 83, Répression, contrôle et encadrement dans le monde colonial au 20ème siècle.

Cahiers d'Histoire de la Radiodiffusion, La Radiodiffusion de l'Algérie Française (1924-1962), in: Cahiers d'Histoire de la Radiodiffusion 1990, Nr. 26.

Calhoun, Craig (Hg.), Habermas and the Public Sphere, Massachusetts/London 1992.

Calvet, Louis-Jean, Linguistique et colonialisme, Paris 1974.

Ders., Colonisation et langue d'enseignement. Note sur une brochure d'A. Davesne, in: La linguistique, 1975, Heft 11, 2, S. 117-122.

Candar, Gilles, Jean Longuet (1876-1938): SFIO et Deuxième Internationale, Diss. Lille 1995.

Cantier, Jacques, L'Algérie sous le régime de Vichy, Paris 2002.

Ders.; Jennings, Eric (Hgg.), L'empire colonial sous Vichy, Paris 2004.

Carlier, Omar; Colonna, Fanny; Djeghloul Abdelkader (Hgg.), Lettrés, intellectuels et militants en Algérie 1880-1950, Oran 1988.

Ders., Le café maure: sociabilité masculine et effervescence citoyenne, in: Desmet-Grégoire, Hélène; Georgeon, François (u.a. Hgg.), Cafés d'orient revisités, Paris 1997.

Ders., Violence(s), in: Harbi, Mohammed; Stora, Benjamin (Hgg.): La Guerre d'Algérie 1954-2004, la fin de l'amnésie. Paris 2004, S. 347-379.

Ders., Medina and modernity. The emergence of muslim civil society in Algiers between the two world wars, in: Celik, Zeynep; Clancy-Smith, Julia (u.a. Hgg.), Medina and modernity. The emergence of muslim civil society in Algiers between the two world wars, Washington 2008, S. 62-84.

Caro, Jean-Yves, La sociologie de Pierre Bourdieu. Eléments pour une théorie du champ politique, in: Revue française de science politique, 1980, Heft 30, Nr. 6, S. 1171-1197.

Césaire, Aimé, Discours sur le colonialisme, Paris 1955.

Chaker, Salem, Berbères d'aujourd'hui - Berbères dans le Maghreb contemporain, Paris 1999.

Chakrabarty, Dipesh, Postcoloniality and the Artifice of History: Who speaks for „Indian“ Pasts?, in: Representations, 1992, Heft 37, S. 1-26.

Ders., Radical Histories and the Question of Enlightenment Rationalism: Some recent critiques of Subaltern Studies, in: Chaturvedi, Vinayak (u.a. Hgg.), Mapping subaltern studies and the postcolonial, London 2000, S. 256-280.

Ders., Europa provinzialisieren. Postkolonialität und die Kritik der Geschichte, in: Conrad, Sebastian (u.a. Hgg.), Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt a. M. 2002, S. 283-312.

Chaladi, El-Hadi, Un juriste en quête de modernité, Benali Fekar, in: Kadri, Aissa (u.a. Hgg.), Parcours d'intellectuels maghrébins. Sclolarité, formation, socialisation et positionnements, Paris 1999, S. 165-181.

Chatterjee, Partha, The Disciplines in Colonial Bengal, in: Ders. (u.a. Hgg.), Texts of power: Emerging Disciplines in Colonial Bengal, London 1995, S. 1-29.

Chaulet-Achour, Christiane, Abécédaires en devenir. Idéologie coloniale et langue française en Algérie, Algier 1985.

Cheffaud, M., L'enseignement des Musulmans en Algérie, de 1830 à 1946, in: Documents algériens, 1947, S. 21-41.

Chennouf, Tayeb, L'assemblée algérienne et l'application des réformes prévues par le statut du 20 septembre 1947, in: Ageron, Charles-Robert (u.a. Hgg.), Les chemins de la décolonisation de l'Empire colonial français, Paris 1986, S. 367-375.

Codell, Julie, Imperial Co-Histories. National Identities and the British and Colonial Press, London 2003.

Collot, Claude, Le régime juridique de la presse musulmane algérienne, in: Revue algérienne des sciences juridiques, économiques et politiques, 1969, Heft 1, S. 345-405.

Ders.; Henry, Jean-Robert, Le Mouvement National Algérien, textes 1912-1954, Paris 1978.

Ders., Les institutions de l'Algérie durant la période coloniale, Paris 1987.

Colonna, Fanny, Le système d'enseignement de l'Algérie coloniale, in: Archives européennes de sociologie, 1972, Heft 13, S. 195-220.

Dies., Instituteurs algériens 1883-1939, Paris 1975.

Conrad, Sebastian; Randeria, Shalimi (Hgg.), Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt a. M. 2002.

Cooper, Frederick, Was nützt der Begriff der Globalisierung? Aus der Perspektive eines Afrika-Historikers, in: Conrad, Sebastian; Eckert, Andreas; Freitag, Ulrike (u.a. Hgg.), Globalgeschichte. Theorien, Ansätze, Themen, Frankfurt/New York 2007, S. 131-161.

Dakhli, Leyla, Les premiers temps de la modernisation du paysage médiatique arabe. L'Exemple de la presse écrite levantine dans l'entre-deux-guerres, in: Gonzalez-Quijano, Yves; Guaaybess, Touriya (u.a. Hg.), Les Arabes parlent aux Arabes. La révolution de l'information dans le monde arabe, Arles 2009, S. 39-52.

Déjeux, Jean, Culture algérienne dans les Textes, Paris 1995.

Ders., La poésie algérienne de 1830 à nos jours. Approche socio-historique, Paris 1996.

Delorme-Montini, Bénédicte, Les médias en France 1953-2005. Eléments d'une chronologie, in: Le débat, März-April 2006, Heft 139, S. 172-192.

Delporte, Christian, Histoire du journalisme et des journalistes en France (du 17ème siècle à nos jours), Paris 1995.

Ders., Les journalistes dans l'entre-deux-guerres. Une identité en crise, in: Vingtième Siècle, 1995, Heft 47, S. 158-175.

Ders., Histoire du journalisme et des journalistes en France, Paris 1995.

Ders., Les journalistes en France 1880-1950. Naissance et construction d'une profession, Paris 1999.

Desparmet, Joseph, La réaction linguistique en Algérie, in: Bulletin de la Société de Géographie d'Algérie et d'Afrique du Nord, 1931, Heft 125, S. 1-33.

Ders., Naissance d'une histoire nationale algérienne, in: Bulletin du comité de l'Afrique Française, 1933, Heft 7, S. 387-392.

Desvages, Hubert, L'enseignement des Musulmans en Algérie sous le rectorat de Jeanmaire: le rôle de l'école, in: Le Mouvement Social, 1970, Heft 70, S. 109-137.

Djehoul, Abdelkader, Eléments d'histoire culturelle algérienne, Algier 1984.

Documents algériens. Service d'information du cabinet du gouverneur général de l'Algérie. Série politique musulmane, 1947.

Eder, Klaus, Öffentlichkeit als Medium kollektiver Identitätsbildung, in: Logik - Soziologik. Kolloquium anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Friedhelm Neidhardt. Öffentliche Vorlesungen. Humboldt-Universität zu Berlin, Heft 137, Berlin 2004, S. 11-27.

Ders., The Public Sphere, in: Theory, Culture and Society, 2006, Heft 23 (2-3), S. 607-616.

Eisenstadt, Shmuel N., Multiple Modernities, in: Daedalus, 2000, Heft 129, 1, S. 1-29.

Ders., Concluding remarks: Public sphere, civil society, and political dynamics in Islamic societies, in: Hoexter, Miriam (u.a. Hgg.), The Public Sphere in Muslim societies, New York 2002, S. 139-161.

Ders., Modernity in socio-historical perspective, in: Ben-Rafael, Eliezer; Sternberg, Yitzak (u.a. Hgg.), Comparing modernities. Pluralism versus Homogeneity, Leiden/Boston 2005, S. 31-56.

Ders., Die großen Revolutionen und die Kulturen der Moderne, Wiesbaden 2006.

Elsenhans, Hartmut, Frankreichs Algerienkrieg, 1954-1962: Entkolonisierungsversuch einer kapitalistischen Metropole: zum Zusammenbruch der Kolonialreiche, München 1974.

Ders., La guerre d'Algérie 1954-1962. La transition d'une France à une autre. Le passage de la IVème à la Vème République, Paris 1999.

L'Étoile nord-africaine et le mouvement national algérien: actes du colloque du 27 février au 1er mars 1987, Paris 1988.

Etudes sociales nordafricaines (ESNA), Jahrgänge 1957 und 1959.

Fanon, Frantz, Peau noire, masques blancs, Paris 1952.

Ders., Les damnés de la Terre, Paris 1961.

Farès, Mohamed, Aissat Idir. Contribution à l'histoire du mouvement syndical algérien du PPA à l'UGTA, Paris 1992.

Ders., Aissat Idir: documents et témoignages sur le syndicalisme algérien, Algier 1992.

Ferenczi, Thomas, L'invention du journalisme en France, Paris 1993.

Ferro, Roger-Marc, Fraternité algérienne: Communisme et islam avant l'indépendance 1955-1956, Paris 1986.

Fishman, Joshua, Language and nationalism, Newbury 1973.

Fitouri, Chadly, Biculturalisme, Bilinguisme et Education, Neuchâtel 1983.

Frère, Suzanne, Sons et images dans le bled algérien. Enquête sociologique (Délégation Générale du Gouvernement Général), Algier 1961.

Frevert, Ute; Braungart, Wolfgang (Hgg.), Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte, Göttingen 2004.

Dies., Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen, in: Dies.; Haupt, Heinz-Gerhard (Hgg.), Neue Politikgeschichte: Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt a. M. 2005, S. 7-26.

Gadant, Monique, Parcours d'une intellectuelle en Algérie. Nationalisme et anticolonialisme dans les sciences sociales, Paris 1995.

Gallissot, René, Le Maghreb de traverse, Saint-Denis 2000.

Ders., La République Algérienne et les indigènes. Algérie colonisée, Algérie algérienne 1870-1962, Paris 2007.

Ders. (Hg.), Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier: Maghreb, Algérie: Engagements sociaux et question nationale. De la colonisation à l'indépendance de 1830 à 1962, Paris 2007.

- G a s p a r d , Françoise (Hg.), De Dreux à Alger. Maurice Viollette 1870-1960, Paris 1991.
- G a y r a u d , Henri, La radiodiffusion régionale. Algérie, in: Radio. Informations. Documentation, Nr. 8, August-September 1949.
- G e r h a r d s , Jürgen; N e i d h a r d t , Friedhelm, Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze, in: Müller-Doohm, Stefan; Neumann-Braun, Klaus (u.a. Hgg.), Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation, Oldenburg 1991, S. 31-90.
- G i r a u l t , Jacques; L e c h e b o n n i e r , Bernard (Hgg.), Kateb Yacine. Un intellectuel dans la Révolution Algérienne, Paris 2002.
- G ö l e , Nilüfer, Snapshots of Islamic Modernities, in: Eisenstadt, Shmuel N. (u.a. Hgg.), Multiple Modernities, New Brunswick 2002, S. 91-117.
- G o s e w i n k e l , Dieter; Rucht, Dieter, Zivilgesellschaft - national und transnational, Berlin 2003.
- G o s n e l l , Jonathan K., The politics of Frenchness in colonial Algeria, 1930-1954, Rochester 2002.
- G r a n d g u i l l a u m e , Gilbert, Langue, identité et culture nationale au Maghreb, in: Peuples méditerranéens, 1979, Heft 9, S. 3-28.
- D e r s . , Arabisation et politique linguistique au Maghreb, Paris 1983.
- G u e c h i , Fatima Zohra, La presse algérienne et l'Union Française, in: Ageron, Charles-Robert (u.a. Hgg.), Les chemins de la décolonisation de l'Empire colonial français, Paris 1986, S. 377-385.
- H a m e t , Ismaël, Les Musulmans français du Nord de l'Afrique, Paris 1906.
- H a m p a t é Ba, Ahmadou, Aspects de la civilisation africaine, Paris 1972.
- H a r b i , Mohammed, Le FLN. Mirage et réalité, Paris 1980.
- D e r s . , La guerre commence en Algérie, Brüssel 1984.
- D e r s . , Une vie debout. Mémoires politiques, Paris 2001.
- H a r i k , Elsa M.; S c h i l l i n g , Donald G., The politics of education in colonial Algeria and Kenya, Ohio 1984.
- H a u p t , Heinz-Gerhard, Historische Politikforschung: Praxis und Probleme, in: Ders.; Frevert, Ute (Hgg.), Neue Politikgeschichte: Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt a. M. 2005, S. 304-312.
- H a u p t , Heinz-Gerhard; G u s y , Christoph (Hgg.), Inklusion und Partizipation. Politische Kommunikation im historischen Wandel, Frankfurt a.M. / New York 2005.

H e n r y , Jean-Robert, Droit musulman et structure d'Etat moderne en Algérie: l'héritage colonial, in: Vatin, Jean-Claude; Gellner, Ernest (u.a. Hgg.), Islam et politique au Maghreb, Paris 1981, S. 305-313.

H o e x t e r , Miriam, The Waqf and the public sphere, in: Dies.; Eisenstadt, Shmuel N.; Levtzion, Nehemia (u.a. Hgg.), The Public Sphere in Muslim societies, New York 2002, S. 119-138.

H o h e n d a h l , Peter Uwe (Hg.), Öffentlichkeit – Geschichte eines kritischen Begriffs, Stuttgart 2000.

I h a d d a d e n , Zahir, Histoire de la presse indigène en Algérie. Des origines jusqu'en 1930, Algier 1983.

I m h o f , Kurt, Öffentlichkeit und Identität, in: Kaelble, Hartmut (u.a. Hgg.), Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt/New York 2002, S. 37-56.

J u l i e n , Charles-André, France and Islam, in: Foreign Affairs, 1940, Heft 18, 4, S. 680-699.

D e r s . , Histoire de l'Algérie contemporaine, Paris 1964.

D e r s . , Histoire de l'Afrique du Nord: Tunisie, Algérie, Maroc, Paris 1978.

D e r s . , L'Afrique du Nord en marche: Algérie, Tunisie, Maroc, 1880-1952, Paris 2002

K a d d a c h e , Mahfoud, La vie politique à Alger de 1919 à 1939, Algier 1970.

D e r s . , Histoire du nationalisme algérien. Question nationale et politique algérienne 1919-1951, 2 Bände, Algier 1980.

D e r s . , Le PPA, 1937-39: Documents et témoignages pour servir à l'étude du nationalisme algérien, Algier 1987.

K a d r i , Aissa, Intellectuels algériens: aux fondements de la division, in: Dies. (u.a. Hgg.), Parcours d'intellectuels maghrébins. Scolarité, formation, socialisation et positionnements, Paris 1999, S. 61-98.

K a h n , Nadi Ali, A History of Urdu Journalism (1822-1857), Delhi 1991.

K a s t e l l , Serge, Le maquis rouge: l'aspirant Maillot et la guerre d'Algérie, 1956, Paris 1997.

K i l a n i , Mondher, Langue et domination. De la relation coloniale à la relation de dépendance, in: Revue européenne des sciences sociales 1977, Heft 40, S. 133-147.

K i r a t , Mohamed, The communicators: a portrait of Algerian journalists and their work, Algier 1993.

K l o s e , Fabian, Zur Legitimation kolonialer Gewalt. Kolonialer Notstand, antisubversiver Krieg und humanitäres Völkerrecht im kenianischen und algerischen Dekolonisierungskrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte, 2008, Heft 48, S. 249-274.

Koulakssis, Ahmed, Le parti socialiste et l'Afrique du Nord de Jaurès à Blum, Paris 1991.

Kreuzenbeck, Nora, Tagungsbericht: Das Bild der 'eigenen' Geschichte im Spiegel des kolonialen 'Anderen'. Internationale Perspektiven um 1900. 24.11.2006, Erfurt, in: H-Soz-u-Kult, 17.01.2007, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1453>>.

Lacheraf, Mostefa, L'Algérie: nation et société, Paris 1965.

Laisne, Guillaume, Engagements d'un quotidien en société coloniale. Le cas d'*Alger-Républicain* (1938-1955), IEP Paris, Mémoire de Master Recherche, 2007.

Lamchichi, Abderrahim, Islam et contestation au Maghreb, Paris 1989.

Langenbucher, Wolfgang (Hg.), Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel, München 2006.

Lebovics, Herman, Bringing the empire back home. France in the global age, Durham 2004.

Léon, Antoine, Colonisation, enseignement et éducation. Etude historique et comparative, Paris 1991.

Le Pautremat, Pascal, La politique musulmane de la France au 20ème siècle. De l'Hexagone aux terres d'Islam. Espoirs, réussites, échecs, Paris 2003.

Le Tourneau, Roger, L'évolution politique de l'Afrique du Nord musulmane, 1920-1962, Algier 1963.

Lévêque, Sandrine, Les journalistes sociaux. Histoire et sociologie d'une spécialité journalistique, Rennes 2000.

Liauzu, Claude (Hg.), Les intellectuels français au miroir algérien. Mouvements sociaux maghrébins, Paris 1984.

Ders., Pour une histoire critique de la colonisation. Pour un travail de mémoire, in: Hommes et Migrations, 2001, Nr. 1231, S. 85-91.

Ders. (Hg.), Violence et colonisation: pour en finir avec les guerres de mémoire, Paris 2003.

Limoges, André, La troupe de Radio-Alger, in: Cahiers d'Histoire de la Radio-diffusion, 1991, Nr. 29.

Lorcin, Patricia M. E., Imperial identities. Stereotyping, Prejudice and Race in Colonial Algeria, London/New York 1999.

Lottman, Herbert, L'Épuration (1943-1953), Paris 1994.

L ü s e b r i n k , Hans-Jürgen, La conquête de l'espace public colonial. Prises de parole et formes de participation d'écrivains et d'intellectuels africains dans la presse à l'époque coloniale (1900-1960), Frankfurt a. M. 2002.

L y o t a r d , Jean-François, Le différend, Paris 1983.

D e r s . , La guerre des Algériens. Ecrits 1956-1963, Paris 1989.

M a c e y , David, Frantz Fanon: A Biography, New York 2001.

M a h é , Alain, Histoire de la Grande Kabylie 19e-20e siècles. Anthropologie historique du lien social dans les communautés villageoises, Saint-Denis 2001.

M a l i n o w s k i , Stephan, Modernisierungskriege. Militärische Gewalt und koloniale Modernisierung im Algerienkrieg (1954-1962), in: Archiv für Sozialgeschichte, 2008, Heft 48, S. 213-248.

M a r t i n , Claude, Histoire de l'Algérie Française 1830-1962, Paris 1962.

M a r t i n , Marc, „La grande famille“: l'Association des journalistes parisiens (1885-1939), in: Revue Historique, 1986, Heft 275, S. 129-157.

D e r s . , Médias et journalistes de la République, Paris 1997.

M a t h i e n , Michel, Les journalistes. Histoire, pratiques et enjeux, Paris 2007.

M a u s s e t , Henri, France et Afrique du Nord, Paris 1945.

M a z o u n i , Abdallah, Culture et enseignement en Algérie et au Maghreb, Paris 1969.

M c D o u g a l l , James, History and the Culture of Nationalism in Algeria, Cambridge 2006.

M e m m i , Albert, Portrait du colonisé, Paris 1957.

D e r s . , L'homme dominé, Paris 1968.

M e r a d , Ali, Le réformisme musulman en Algérie 1925-1940, Algier 1961.

D e r s . , L'enseignement politique de Muhammad Abduh aux Algériens (1903), in: L'Orient, 1963, Heft 28, S. 75-123.

D e r s . , Regards sur l'enseignement des Musulmans en Algérie (1880-1960), in: Confluent, 1963, Heft 32-33, S. 596-645.

D e r s . , La formation de la presse musulmane en Algérie (1919-1939), in: IBLA. Revue de l'institut des belles lettres arabes à Tunis, 1964, Heft 27, S. 9-29.

M e r d a c i , Abdellali, Omar Samar. Passeur de modernité à la fin du XIXe siècle. L'émérite méconnu, in: El Watan, 18.12.2008.

Mergel, Thomas, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2002.

Merle, Isabelle, De la „légalisation“ de la violence en contexte colonial, in: Politix, 2004, Heft 66, S. 137-162.

Dies., Respect des coutumes indigènes ou exclusion républicaine, in: Bérard, Laurence (u.a. Hgg.), Biodiversité et savoirs naturalistes locaux en France, Montpellier 2005, S. 60-66.

Merle, Paul, Les Ulémas réformistes algériens, Paris 1955.

Merrien, Joël, Alger-Républicain et la politique de Front national de 1950 à 1954, Mémoire DES: Histoire: Nanterre 1974.

Messaoudi, Alain, Savants, conseillers, médiateurs: les arabisants et la France coloniale (vers 1830-1930), Diss. Paris 2008.

Meynier, Gilbert, L'Algérie révélée, Genf 1981.

Ders.; Koulakssis, Ahmed, Sur le mouvement ouvrier et les communistes d'Algérie au lendemain de la Première Guerre Mondiale, in: Le Mouvement Social, Januar-März 1985, Heft 130, S. 3-32.

Ders.; Koulakssis, Ahmed, L'Emir Khaled, premier *zaim*? Identité algérienne et colonialisme français, Paris 1987.

Ders. (u.a. Hgg.), Victor Spielmann (1866-1938), un Européen d'Algérie révolté contre l'injustice coloniale, in: Parcours, 1990, Heft 12, S. 89-98.

Ders., L'Emir Khaled chef de l'élite francisée et gardien-chef du patrimoine algérien, in: Ders.; Planche, Jean-Louis (u.a. Hgg.), Intelligentsias francisées au Maghreb colonial, Paris 1990, S. 116-138.

Miller, Joseph C., History and Africa/Africa and History, in: The American Historical Review, 1999, Heft 104, 1, S. 1-32.

Monnoyer, Maurice, Journaliste en Algérie, Montpellier 1989.

Montois, Pierre, La presse dans le département de Constantine de 1870 à 1918, Diss. Aix-en-Provence 1982.

Morsly, Dalila, La langue nationale. Pouvoir des mots – Pouvoir par les mots, in: Peuples méditerranéens, 1985, Heft 33, S. 79-88.

Moussaoui, Abderrahmane, Du public et du privé. La notion d'intérêt général en Algérie, in: Kerrou, Mohamed (Hg.), Public et privé en islam, Paris 2002, S. 247-266.

Murphy, James E.; Murphy, Sharon M., Let my people know: American Indian Journalism 1828-1978, Oklahoma 1981.

Naylor, Phillip C., France and Algeria. A History of Decolonization and Transformation, Gainesville 2000.

Ngorwanubusa, Juvénal, Boubou Hama et Amadou Hampaté Ba. La négritude des sources, Paris 1993.

Oerdane, Amar, La question berbère dans le Mouvement National Algérien (1926-1980), Paris 1982.

Oumara, Achour, Analyse du discours nationalitaire algérien (1930-1954), in: Les Mots. Les langages du politique, 1986, Heft 13, S. 131-158.

Pedersen, Susan, What is Political History now?, in: Cannadine, David (Hg.), What is History now?, New York 2002, S. 36-56.

Pernau, Margrit; Jaffery, Yunus (Hg.), Information and the public sphere: Persian newsletters from Mughal Delhi, New Delhi 2009.

Pervillé, Guy, Les étudiants algériens de l'Université française, Paris 1984.

Ders., L'élite intellectuelle, l'avant-garde militante et le peuple algérien, in: Vingtième siècle, 1986, Heft 12, S. 51-58.

Ders., La commission des réformes musulmanes de 1944 et l'élaboration d'une nouvelle politique algérienne de la France, in: Ageron, Charles-Robert (u.a. Hgg.), Les chemins de la décolonisation de l'Empire colonial français, Paris 1986, S. 357-365.

Ders., L'influence française sur la formation du mouvement national algérien, in: Féray, Pierre-Richard; Michel, Geoffrey (Hgg.), L'Empire colonial français face à l'émergence des mouvements nationaux, Actes de la journée régionale d'études organisée par le Ministère de la Défense, le Musée des TDM/CHETOM et de l'Université de Nice-Sophia-Antipolis, Fréjus 1997, S. 55-68.

Planche, Jean-Louis, Victor Spielmann (1866-1938), un Européen d'Algérie révolté contre l'injustice coloniale, in: Parcours, Nr. 12, Mai 1990, S. 89-98.

Potter, Simon J., News and the British world. The Emergence of an Imperial Press System, 1876-1922, Oxford 2003.

Poulard, Maurice, L'Enseignement pour les indigènes en Algérie, Diss. Algier 1910.

Poumerol, Henri, Les Statuts des journalistes de radio et de télévision de 1935 à nos jours, Paris 1988.

Prochaska, David, Making Algeria French – Colonialism in Bône 1870-1920, Cambridge/Paris 1990.

Rahal, Malika, La place des réformistes dans le Mouvement National Algérien, in: Vingtième Siècle, 2004, Heft 83, S. 161-172.

Renken, Frank, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs. Die Fünfte Republik und die Erinnerung an den letzten großen Kolonialkonflikt, Berlin 2006.

Requate, Jörg, Journalismus als Beruf. Entstehung und Entwicklung des Journalistenberufs im 19. Jahrhundert. Deutschland im internationalen Vergleich, Göttingen 1995.

Ders., Öffentlichkeit und Medien als Gegenstand historischer Analyse, in: Geschichte und Gesellschaft, 1999, Heft 25, S. 5-32.

Rey-Goldzeiguer, Annie, Aux origines de la guerre d'Algérie 1940-1945. De Mers-El-Kebir aux massacres du Nord-Constantinois, Paris 2002.

Rivet, Daniel, Le Maghreb à l'épreuve de la colonisation, Paris 2002.

Robinson, David, Paths of accommodation: Muslim societies and French colonial authorities in Senegal and Mauritania, 1880-1920, Ohio 2000.

Saint-Martin, Yves-Jean, Le Sénégal sous le Second Empire: naissance d'un Empire colonial, 1850-1871, Paris 1989.

Sarri, Ahmed, L'Association des Ulamas Musulmans algériens et l'Administration française en Algérie de 1931 à 1956, Diss. Marseille 1990.

Schildt, Axel; Hicketier, Knut; Führer, Karl Christian, Öffentlichkeit – Medien – Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte 41, 2001, S. 1-38.

Schildt, Axel, Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit, in: Geschichte und Gesellschaft 27, 2001, S. 177-206

Schulz, Winfried, Politische Kommunikation: Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. Zur Rolle der Massenmedien in der Politik, Opladen 1997.

Schulze, Reinhard, Islamischer Internationalismus im 20. Jahrhundert, Leiden 1990.

Ders., Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert, München 1994.

Sebaa, Rabeh, L'Algérie et la langue française. L'altérité partagée, Oran 2002.

Senghor, Léopold, Liberté I. Négritude et humanisme, Paris 1963.

Siblot, Paul, L'Algérien dans l'imbroglio des dénominations, in: Mots. Les langages du politique, Heft 57, S. 5-26.

Simon, Jacques, Le Parti Populaire Algérien: 1937-1947, Paris 2005.

Sirinelli, Jean-François, Les intellectuels dans la mêlée, in: Rioux, Jean-Pierre (u.a. Hgg.), La guerre d'Algérie et les Français, Paris 1990, S. 116-130.

Sivan, Emmanuel, Communisme et nationalisme en Algérie, 1920-1962, Paris 1976.

S m a t i, Mahfoud, Ibn Badis: un projet de renouveau, in: Kadri, Aissa (u.a. Hgg.), *Parcours d'intellectuels maghrébins. Scolarité, formation, socialisation et positionnements*, Paris 1999, S. 183-191.

D e r s ., *Les élites algériennes sous la colonisation*, Algier 2008.

S o u r i a u - H o e b r e c h t s, Christiane, *La presse maghrébine. Libye - Tunisie - Maroc - Algérie*, Paris 1969.

S t e i n m e t z, Willibald, *Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume. England 1780-1867*, Stuttgart 1993.

S t e r n h e l l, Zeev, *Ni droite ni gauche: l'idéologie fasciste en France*, Paris 2000.

S t o r a, Benjamin, *Dictionnaire biographique des militants nationalistes algériens 1926-1954*, Paris 1985.

D e r s ., *Les sources du nationalisme algérien*, Paris 1989.

D e r s ., *Ferhat Abbas: une utopie algérienne*, Paris 1995.

D e r s ., 1999-2003, *guerre d'Algérie, les accélérations de la mémoire*, in: Ders.; Harbi, Mohamed (Hgg.), *La guerre d'Algérie, 1954–2004: la fin de l'amnésie*, Paris 2004, S. 501-514.

T a l e b I b r a h i m i, Khaoula, *Les Algériens et leur(s) langue(s): éléments pour une approche sociolinguistique de la société algérienne*, Algier 1997.

T h é n a u l t, Sylvie, *Une drôle de justice: les magistrats dans la guerre d'Algérie*, Paris 2001.

D i e s ., *Histoire de la guerre d'indépendance algérienne*, Paris 2005.

T h o m a s, Martin, *Empires of intelligence: security services and colonial disorder after 1914*, Berkeley 2008.

v o n T r o t h a, Trutz, *Koloniale Herrschaft. Zur soziologischen Theorie der Staatsentstehung am Beispiel des Schutzgebietes Togo*, Tübingen 1994.

T u d e s q, André, *Journaux et radios en Afrique aux 19ème et 20ème siècles*, Paris 1998.

T u r i n, Yvonne, *Instituteurs et colonisation en Algérie au 19ème siècle*, in: *Revue Historique* 1965, Heft 234, S. 353-374.

D i e s ., *Affrontements culturels dans l'Algérie coloniale. Ecoles, médecines, religion 1830-1880*, Paris 1971.

V a t i n , Jean-Claude, Puissance d'Etat et Résistances islamiques en Algérie, 19ème-20ème siècles. Approche mécanique, in: Ders.; Gellner, Ernest (u.a. Hgg.), Islam et politique au Maghreb, Paris 1981, S. 244-269.

D e r s . , L'Algérie politique, histoire et société, Paris 1983.

W i l k e , Jürgen, Massenmedien und Zeitgeschichte, Konstanz 1999.

W i n o c k , Michel, Nationalisme, antisémitisme et fascisme en France, Paris 2004.

W i r s c h i n g , Andreas, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918-1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999.

Y a c o n o , Xavier, L'Université d'Alger, in: Itinéraires. Revue mensuelle, 1982, Heft 264, S. 180-213.

Z e s s i n , Philipp, Frankreichs Kolonialherrschaft über Algerien: Geschichte und historiografische Perspektiven, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 55, 2007, S. 105-123.

Z y t n i c k i , Colette, La politique antisémite du régime de Vichy dans les colonies, in: Cantier, Jacques; Jennings, Eric (u.a. Hgg.), L'empire colonial sous Vichy, Paris 2004, S. 153-176.